universität wien

DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation / Title of the Doctoral Thesis

„Johann Markgraf Pallavicini“

Eine diplomatische Karriere im Schatten der Orientalischen Frage

verfasst von / submitted by

Mag. phil. Kurt Perlin

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Doktor der Philosophie (Dr.phil.)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	A 092 3132
Dissertationsgebiet lt. Studienblatt / field of study as it appears on the student record sheet:	Geschichte
Betreut von / Supervisor:	a.o. Univ.-Prof. Mag. Dr. Marija Wakounig

Gewidmet

meinem Vater Herrn Komm. Rat. Kurt Perlin,

meinem Großvater Herrn Josef Perlin

und den Mitgliedern der Familie Weissensteiner,

insbesondere Moritz und Bernhard, die ihr junges Leben für

Gott, Kaiser und Vaterland gegeben haben.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung 9

1. Einleitung 11

1.1. Von der Diplomatiegeschichte zur „New Diplomatic History“ 11

1.2. Das nähere Themenfeld, 14

1.2.1. Forschungsstand und Fragestellung 14

1.2.2. Quellen und Methode 21

1.2.3. Grundstrukturen der Diplomatie im Habsburgerreich 23

1.2.4. Die Orientalische Frage – Entwicklungen im Osmanischen Reich bis 1875 27

2. K.u.k. Botschaft Berlin, April 1875–April 1876, Einstieg in die Diplomatie 34

2.1. Großmachtinteressen im Osmanischen Reich 35

2.2. Der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina 1875 und seine Folgen 42

2.2.1. „ Andrássy-Note und Berliner Memorandum“ 42

2.2.2. Von Abdülaziz zu Adülhamid II. 57

2.2.3. Die Osmanische Verfassung und die Botschafterkonferenz von 1876 - 1877 63

2.3. Der russisch-osmanische Krieg von 1877–1878 68

3. K.u.k Botschaft Paris, April 1878 – Oktober 1879 73

3.1. Von den Präliminarien von San Stefano zum Kongress von Berlin 73

3.1.1. Informationen über die Bedrohung Konstantinopels durch russische Truppen 73

3.1.2. Österreich-Ungarns Initiative für eine Friedenskonferenz 75

3.1.3. Reaktionen auf San Stefano 79

3.1.4. Der administrative Aufbau Bulgariens unter russischer Kontrolle 82

3.1.5. Informationen über den Kongress von Berlin 1878 83

3.1.6. Bulgariens Weg in die Unabhängigkeit 89

3.1.7. Informationen über die Arbeit der europäischen Kommission für Ost–Rumelien 91

4. K.u.k. Botschaft London, Februar 1880 – Jänner 1881 97

4.1. Von Disraeli zu Gladstone – Neuorientierung der englischen Orientpolitik? 97

5. K.u.k. Gesandtschaft Belgrad, April 1887 – Dezember 1892_____104

5.1. König Milan I., Obrenović – Herrscher, Politiker, Privatmann 104

5.1.1. Informationen über die innenpolitische Situation im Königreich Serbien 104

5.1.2. Herrscherwechsel in Serbien, von Milan I. zu Aleksandar Obrenović.....112

5.1.3. Informationen über die serbisch-bulgarischen Beziehungen.....121

6. K.u.k. Gesandtschaft München, Dezember 1892 – Mai 1894_____126

6.1. Diplomatischer Alltag 126

7. K.u.k. Botschaft St. Petersburg, Juni 1894 – Dezember 1897_____130

7.1. Die k.u.k. Botschaft unter der Leitung von Anton Graf Wolkenstein.....130

7.1.1. Russlands Verhältnis zur Donaumonarchie, Rivalitäten und Differenzen am Balkan.....130

7.1.2. Zeitenwende: von Alexander zu Nikolaj 134

7.2. Die k.u.k. Botschaft unter der Leitung von Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein....135

7.2.1. Informationen über die bulgarische Widerstandsbewegung in Mazedonien 136

7.2.2. Ausschreitungen in Konstantinopel 141

7.2.3. Die russische Anerkennung der Wahl von Ferdinand von Bulgarien 143

7.2.4. Informationen zur inneren Lage des Osmanischen Reiches 145

7.2.5. Osmanisch–griechischen Konflikt um Kreta 1897 151

8. K.u.k. Gesandtschaft Bukarest, Februar 1899 – Oktober 1906 _____155

8.1. Rumäniens Beziehung zu den Großmächten 155

8.1.1. Innenpolitischen Verhältnisse im Königreich Rumänien.....157

8.1.2. Der Zustand der rumänischen Wirtschaft und der Finanzen 163

8.2. Außenpolitik Rumäniens und Orientalische Frage 168

8.2.1. Die Frage der rumänisch-stämmigen Minderheit in Mazedonien 175

8.3. Rumäniens Beziehung zu den Balkanstaaten.....179

8.3.1. Informationen über Rumäniens Verhältnis zu Serbien.....179

8.3.2. Informationen über Rumäniens Verhältnis zu Bulgarien 183

8.3.3. Informationen über Rumäniens Verhältnis zu Griechenland 185

9. K.u.k Botschaft Konstantinopel, Oktober 1906 – November 1918 ____192

9.1. Das Osmanische Reich unter der Herrschaft von Sultan Abdülhamid II.....192

9.1.1. Das Verhältnis Österreich-Ungarns zum Osmanischen Reich, Graf Calices Erbe 192
9.1.2. Informationen über die allgemeine Situation der Mächte im Osmanischen Reich 194
9.1.3. Mazedonien. zwischen Widerstandsbewegung und Reformen.....198
9.1.4. Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Osmanischen Reichs . .204
9.1.5. Aufstand der Unzufriedenen - die Jungtürkische Revolution 205
9.2. Machtkampf im Osmanischen Reich, von Abdülhamid II. zu Mehmed V. 209
9.2.1. Reaktionäre Militärrevolte (April 1909) 213
9.3. Am Vorabend der Balkankriege 215
9.3.1. Gerüchte über die Bildung einer Allianz der Balkanstaaten 215
9.3.2. Unruhen in Albanien und in den asiatischen Provinzen des Reiches 219
9.3.3. Deutschlands (Militär-) Engagement im Osmanischen Reich 221
9.3.4. Die Besetzung der osmanischen Provinz Libyen durch das Königreich Italien 225
9.3.5. Kriegsvorbereitungen der Balkanstaaten, Initiativen und Hintergründe 232
9.3.6. Die Situation in Konstantinopel während des 1. Balkankrieges 235
9.3.7. Gewaltausbrüche 1913 237
9.3.8. Informationen über den 2. Balkankrieg, das Ende der osmanischen Herrschaft in Europa 244

10. Zusammenfassung _____249

11. Quellen- und Literaturverzeichnis_____268

12. Abstrakt _____282

12.1. Abstrakt – Deutsch.....282
12.2. Abstract – English.....283

Danksagung

Ich möchte mich hier an dieser Stelle bei einigen mir nahe stehenden Menschen für die Unterstützung bedanken, die sie mit währen der Erstellung dieser Dissertation zukommen ließen. Dies gilt vor allem meiner Tante, Frau Maria Ablinger, die mir nicht nur eine Stütze während dieser Jahre gewesen ist, sondern weit darüber hinaus mich immer darin bestärkt hat, diesen Weg zu gehen. Dank auch meinem Freund Harald Fiedler, der mit in vielen Gesprächen hilfreich und aufmunternd zur Seite gestanden ist. Ich bedanke mich bei meiner lieben Freundin Gabriele Straka, die es übernommen hat, mich in der Funktion einer Lektorin zu unterstützen und mir durch ihre Fragen und Anregungen geholfen hat, die Lesbarkeit dieser Arbeit zu verbessern.

Bedanken möchte ich mich auch bei meiner Betreuerin, Frau Prof. Marija Wakounig, die im Laufe der Jahre durch ihre Ratschläge, Unterstützung und die Untersuchung betreffende Informationen mich unterstütz und dadurch zum Gelingen dieser Dissertation beigetragen hat. Mein Dank gilt an dieser Stelle auch Herrn Professor Christoph Augustynowicz, der sich bereit erklärt hat, als mein Zweitbegutachtet zu fungieren.

1. Einleitung

1.1. Von der Diplomatiegeschichte zur „New Diplomatic History“

Aspekte zum Diskurs „New Diplomatic History“

„Das neue Interesse an Diplomatie erinnert ein wenig an das Interesse an einem lange Zeit vergessenen und plötzlich wieder entdeckten Gegenstand.“ Mit diesen Worten beginnt Astrid Deuber-Mankowsky ihren Beitrag, der sich das neue Interesse an Diplomatie aus kulturwissenschaftlicher Perspektive zum Thema macht.[1]

ForscherInnen, die heute ihren Forschungsgegenstand im Bereich der Diplomatiegeschichte ansiedeln, haben sich zwangsläufig mit dem international geführten Diskurs um das Image dieses Teilaspekts der Geschichtswissenschaft auseinander zu setzen. Wenn Jürgen Osterhammel schreibt: „Im europäischen Denken des 19. Jahrhundert über internationale Beziehungen standen sich zwei Strömungen gegenüber: die Idee eines geregelten Weltfriedens und das Prinzip egoistischer Staatsräson“[2,] so müsste für die Diskussion in der Auseinandersetzung um den Zugang zum Forschungsgegenstand gelten: konservativ oder modern? Denn es kann kaum bestritten werden, dass dem konservativen Ansatz, internationale Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Staaten im historischen Kontext zu analysieren, mit der Zeit mangelnde Attraktivität vorgeworfen wurde. Die Kontroverse um die Einführung theoretischer und methodischer Innovationen beherrschte ab Mitte der 1970er Jahre bis in die späten 1990er Jahre die internationale Fachwelt. Im deutschsprachigen Raum bildeten sich hierzu zwei gegensätzliche Lager, die in der Auseinandersetzung entweder zum deutschen Historiker Hans–Ulrich Wehler[3] bzw. seinem deutschen Kontrahenten, Andreas Hillgruber, tendierten.[4]

Zum Ausgangspunkt der Diskussion wurde die Frage der Benennung des Begriffs, oder, ob er als „Diplomatiegeschichte“, „moderne Politikgeschichte“ beziehungsweise als „Internationale Geschichte“ zu bezeichnen sei. Darüber hinaus wurde der Grundsatz hinterfragt, ob dieser Bereich der Geschichtswissenschaft vorrangig nach den Richtlinien der Außenpolitik oder der Innenpolitik anzuwenden sei.[5] In seinem Beitrag „Der Historikerstreit“ vermittelte Peter Borowsky einen

[1] Astrid Deuber-Mankowsky, Vertrauen erweckendes Grenzgängertum. Eine Annäherung an das neue Interesse an Diplomatie aus kulturwissenschaftlicher Perspektive, in: Beate Binder – Astrid Deuber-Mankowsky (Hgg.), Die Botschaft der Botschaften, Berliner Blätter, Ethnographische und Ethnologische Beiträge 34, Münster 2004, 12-23.
[2] Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009, 708.
[3] Hans-Ulrich Wehler, Moderne Politikgeschichte, oder „ große Politik der Kabinette?“, in: Geschichte und Gesellschaft 2/3, Göttingen 1975, 344–396.
[4] Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift 216, München 1973, 529–552.
[5] Andreas Rathberger, „Das beste Mittel, das wir zur Verfügung haben“ oder „eine Schande für uns Europäer?“. Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel als Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte und die Kretakrise 1895–1898 Dissertation Wien 2013,1f.

ausführlichen Einblick in die sowohl von HistorikernInnen als auch PublizistInnen öffentlich geäußerte Pro- und Kontra-Argumentation zu diesem Thema, dessen polemisches Spektrum einen Bereich von „Traditionalismus“, bis hin zu dem Vorwurf von „Revisionismus“ beinhaltet.[6] Die teilweise ideologisch hitzig geführte Debatte ebbte erst Ende der 1990er Jahre ab, nicht zuletzt nachdem sie u.a. von Wilfried Loth als kontraproduktiv kritisiert wurde.[7]

Als positiv für die Weiterentwicklung der Diplomatiegeschichte stellte sich der Diskurs jedoch allemal heraus, schien er doch die Stagnation im Bereich der methodischen Ansätze hinter sich gelassen zu haben. Die Methoden- und Theoriediskussion ließ ohne Zweifel die Herausbildung von Innovationen, Neubewertungen und Erweiterungen innerhalb der internationalen Forschung zu. Als Beleg dafür führte Marija Wakounig die diesbezüglichen Stellungnahmen von Loth und Osterhammel bzw. Eckhart Conze, Ulrich Lappenküper und Guido Müller in deren jüngst erschienenen Sammelbänden an, die ihrer Ansicht nach diese Entwicklung widerspiegeln.[8]
Das Metier der Diplomatie ist die Vermittlung, ihr Medium nicht das freie Wort, sondern die Schrift.[9] Daraus resultiert mitunter noch immer die weit verbreitete Meinung, dass es sich bei diesem Forschungsgegenstand um ein rein auf sachlichen Informationen, nüchternes und daher langweiliges Betätigungsfeld handelt. Die Ausarbeitung und Analyse von von Diplomaten verfassten Berichten und Weisungen beruht jedoch nicht nur auf der Nacherzählung ereignisgeschichtlicher Vorkommnisse, sondern erfordert neben Sensibilität für die jeweilige Epoche und Empathie für die Lebensumstände der interagierenden Personen auch ein fundiertes Wissen in Bezug auf politische Ereignis-, Militär-, Wirtschafts-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte.[10]

Neben sachspezifischen Informationen können in den Dokumenten aufschlussreiche Hinweise enthalten sein, die hinter (politische) Kulissen blicken lassen, von persönlichen Schicksalen berichten und Aufstände, Revolten, so wie dynamische Gesellschaftsentwicklungen dokumentieren. Bei Missachtung derartiger Faktoren bestand daher immer die Gefahr, den Fokus der zu erforschenden Aspekte nur auf die politischen Beziehungen zwischen zwei oder mehreren Staaten zu reduzieren.

---

[6] Peter Borowsky, Der Historikerstreit. Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um?, in: Rainer Hering – Rainer Nicolaysen, (Hgg.), Peter Borowsky , Schlaglichter historischer Forschung. Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Hamburg 2005, 63–87.
[7] Vgl.; Wilfried Loth, Einleitung, in: Jürgen Loth – Jürgen Osterhammel (Hgg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, Studien zur Internationalen Geschichte 10, München 2000, VII–XIV; Margot Pernau, Transnationale Geschichte, Göttingen 2011, 23f.
[8] Marija Wakounig, Ein Grandseigneur der Diplomatie. Die Mission von Franz de Paula von und zu Lichtenstein in St. Petersburg 1894–1898,Europa Orientalis, Berlin/Wien 2007, 13f.; Jürgen Loht – Jürgen Osterhammel (Hgg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, Studien zur Internationalen Geschichte 10, München 2000; Eckart Conze – Ulrich Lappenküper – Guido Müller (Hgg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln/Weimar/Wien 2004.
[9] Astrid Deuber-Mankowsky, Vertrauen, 16.
[10] Wakounig, Grandseigneur, 15.

Darüber hinaus überschattete die Frage „ob die außenpolitische Zielrichtung von der Innenpolitik respektive vice versa vorgegeben war?“[11] Zweifelsohne beschränkte in der Vergangenheit ein begrenzter Zugang zeitgemäße Fragestellungen, die die moderne Diplomatiegeschichte in einem größeren Kontext nunmehr wahrzunehmen versucht.

Ein neu entfachtes Interesse an Diplomatie bzw. die mediale Aufmerksamkeit für die politische Bedeutung des diplomatischen Verhandelns[12] brachte es mit sich, dass im Rahmen der Methodik von Diplomatiegeschichte der internationalen Beziehungen eine öffentliche Diskussion über die Integration von Teil- bzw. Nachbardisziplinen eröffnet wurde. Von der Anwendung kulturwissenschaftlicher Ansätze in den Sozialwissenschaften war es demzufolge nur mehr ein kleiner Schritt, dass diese Zugänge auch als Potenzial für die „Modernisierung“ beispielsweise der „Gesellschaftsgeschichte der Internationalen Beziehungen“ zur „Kulturgeschichte der Internationalen Geschichte“ erkannt wurden und in Folge als alternative Methode angenommen werden konnten.[13] Einen interessanten Ansatz in diesem Zusammenhang stellte 1995 der britische Historiker David Reynolds zur Diskussion. Er sprach sich dafür aus, die traditionelle Unterteilung der Geschichtswissenschaft in die Teildisziplinen Diplomatie-, Militär-, Sozial- und Kulturgeschichte zugunsten eines breiteren Konzepts, das Macht, Kultur, Politik und Gesellschaft integriert, abzulegen.[14]

Methodentheoretische Innovationen aus dem Bereich der vergleichenden Politikwissenschaften fanden ebenso Eingang in die Diplomatiegeschichte wie die Anwendung einer zeitgemäßen Spiel- und Akteurstheorie.[15] In der Summe kann festgehalten werden, dass sich der Forschungsgegenstand durch die Öffnung für verwandte wissenschaftliche Disziplinen und deren Innovationen weiterentwickeln konnte und sich demzufolge die Gewichtung der gegensätzlichen methodischen Zugänge nicht mehr nur auf die Interaktion äußerer und innerer Faktoren, bzw. den exklusiven nationalstaatlichen Standpunkt der jeweiligen Außenpolitik beschränkt.

---

[11] Ebda., 15.

[12] Beate Binder und Astrid Deuber-Mankowsky, Die Botschaft der Botschaften. Einige einleitende Anmerkungen, in: Die Botschaft der Botschaften. Beate Binder – Astrid Deuber-Mankowesky (Hgg.), Berliner Blätter, Ethnographische und ethnologische Beiträge 34, 2004, 7–11.

[13] Vgl.; über die Facetten und den Diskurs von Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte, Ursula Lehmkul, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und soziologischem Institutionalismus, Geschichte und Gesellschaft 27/3, Göttingen 2001, 394–423.

[14] Vgl.; Lehmkul, Diplomatiegeschichte, 402–405; David Reynolds, The American Occupation of Britain, 1942–1945, London 1995.

[15] So benennen Stefan Bernhard und Schmidt-Welenburg als bekannteste Form der Akteurstheorie Bourdieus Habitusmodell. In diesem Modell verleiht der Habitus bestimmten Akteuren die Kompetenz, ihre sozialen Aktivitäten in einer typischen Weise zu gestalten, und verknüpft die Position eines Akteurs in einem sozialen Feld mit der Ausübung bestimmter Praktiken. Im Habitusmodell der Autoren nimmt die Spieltheorie den Platz sozial akzeptierten Umgangs mit nationalen Klischees ein. Stefan Bernhard – Christian Schmidt-Wellenburg, Feldanalyse als Forschungsprogramm, in: Stefan Bernhard – Christian Schmidt-Wellenburg (Hgg.), Feldanalyse als Forschungsprogramm 1. Der programmatische Kern, Wiesbaden 2012, 27–56, 41f.

Die Diskussion zur inhaltlichen Überwindung des Zustands mangelhafter theoretischer und methodischer Erneuerung, bzw. um die „Modernisierung“ der Diplomatiegeschichte, beschränkte sich keineswegs auf den deutschsprachigen Raum. Wie Andreas Rathberger in seiner Betrachtung über die methodische Öffnung der als Unterdisziplin der Geschichte der Internationalen Beziehungen verstandenen „Neuen Diplomatiegeschichte“ oder „New Diplomatic History“ ausführt, haben sich mittlerweile HistorikerInnen aus allen Teilen der Welt zu einem losen, internationalen Netzwerk zusammengeschlossen.[16] Das Ziel der Gruppe um die Historiker Kenneth Weißbrot und Karen Gram-Skjoldager ist es, Diplomaten und ihr alltägliches Umfeld im Mittelpunkt der Innovation der Internationalen Geschichte zu stellen.[17] DiplomatInnen sollen zwar den Kern des Forschungsgegenstandes bilden, die Analyse soll sich aber keinesfalls auf sie allein beschränken. Bei den UnterstützerInnen dieses Zugangs liegt somit der Fokus auf der Erforschung des Kontextes von Diplomatie, in einem Spektrum aus deren Einfluss auf politische, gesellschaftliche oder kulturelle Normen, bzw. vice versa. Dieses Postulat deckt sich weitgehend mit den Forderungen Wakounigs, die auch eine stärkere Fokussierung auf die Erforschung des Anteils agierender DiplomatInnen anregt. Denn dadurch würde bei der Suche nach Ursachen und Wirkung von Verhandlungen und Entscheidungsfindungen auf höchster staatlicher Ebene diese verständlicher und auch nachvollziehbarer gemacht werden.[18]

Dieser Herausforderung hat sich die hier vorliegende Dissertation gestellt. Die Karriere des hier zu behandelnden Diplomaten kann als Fallstudie für eine diplomatische Tätigkeit herangezogen werden, die dem besseren Verständnis von Entscheidungsprozessen, Interaktionen, Informationstransfer sowie Wissens- und Informationsaneignung dieser speziellen Berufsgruppe dient.

1.2. Das nähere Themenfeld,

1.2.1. Forschungsstand und Fragestellung

Die Ernennung János (Johann, „Sandor) Markgraf Pallavicinis im Herbst 1906 zum k.u.k. Botschafter Österreich-Ungarns im Osmanischen Reich bildete den Höhepunkt einer diplomatischen Karriere, die er nach erfolgreich bestandener diplomatischer Staatsprüfung im Mai 1875 an der k.u.k. Botschaft in Berlin als unbesoldeter Gesandtschaftsattaché begann.[19] Der Beginn seiner diplomatischen

[16] Rathberger, Das beste Mittel, 4.
[17] Karen Gram-Skjoldager, Bringing the Diplomat back in Elements of a New Historical Research Agenda, EUI Working Papiers, Fiesole 2011, 6–11.
[18] Wakounig, Grandseigneur, 17.
[19] Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Ministerium des Äußeren, Administrative Registratur, F4-245-3, Personalakten, Generalia, Pallavicini, Johann.

Tätigkeit erfolgte fast gleichzeitig mit dem Ausbruch des Aufstands der christlichen Bevölkerung gegen die Herrschaft des Sultans in Bosnien und der Herzegowina im Mai 1875, der eine krisenhafte Entwicklung am Balkan auslöste, die im November 1922 mit dem Ende des Osmanischen Reiches.[20]

Was den Forschungsstand dieser Zeitspanne betrifft, so kann dieser ebenso wie die Karriere des Markgrafen in drei Teilbereiche, nämlich von 1875 bis 1881, von 1887 bis 1906 und von 1906 bis 1913 untergliedert werden. Allen gemeinsam ist jedoch der Umstand, dass die Forschungslage sowohl der bilateralen Beziehungen Österreich-Ungarns zum Osmanischen Reich als auch zur osmanischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kaum ergiebig ist.[21] Studien über die diplomatische Tätigkeit der Vorgänger Pallavicinis als Botschafter Österreich-Ungarns im Osmanischen Reich fehlen vollständig. Bis dato ist weder eine Untersuchung über Franz Graf Zichy zu Zich und von Vásonykeö (24. Jänner 1811–17. Juli 1900) noch über Heinrich Graf Calice (31. März 1831–29. August 1912) erschienen.[22] Allerdings existieren Detailstudien, die sich dem gesellschaftlichen Leben und Umfeld der österreichisch-ungarischen Botschaft in Konstantinopel, sowie Einrichtungen der Donaumonarchie im Osmanischen Reich widmen.[23]

Ad a) Auf der Basis der klassischen Diplomatiegeschichte beschäftigen sich mehrere Werke mit den Ursachen und Auswirkungen des Ausbruchs des Aufstands der christlichen Bevölkerung in Bosnien und der Herzegowina.[24] In diesem Rahmen befinden sich ebenso die Untersuchungen von Istvan Diószegi und Franz Josef Kos, die die Außenpolitik Österreich-Ungarns während der Entwicklungen am Balkan zwischen 1871 und 1879 eingehend analysiert haben.[25]

---

[20] Bertrand Michael Buchmann, Österreich und das Osmanische Reich. Skizzen einer bilateralen Geschichte. Wien 1999, 221f.

[21] Vgl.; Buchmann, Österreich, einen groben Überblick über die außenpolitischen Beziehungen der Habsburgermonarchie mit dem Osmanischen Reich von Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum 1. Weltkrieg ermöglicht auch Karl Vocelka in: Karl Vocelka, Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch(Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Band VI/ 2, Wien 1993, 247- 278.

[22] Franz Zichy zu Zich und von Vásonykeö war k.u.k. Botschafter bei der Pforte vom 11. März 1874 bis 15. Juli 1880 und wurde danach von Heinrich von Calice abgelöst, dessen Dienstzeit am 5. Oktober 1906 endete; vgl.; Erwin Matsch, Der Auswärtige Dienst von Österreich (–Ungarn) 1720–1920. Wien/Köln/ Graz, 1986.

[23] Vgl.; Rudolf Agstner, Der Palazzo di Venezia in Konstantinopel als k.k. Internuntiatur und k.u.k. Botschaft bei der Hohen Pforte 1799–1918 und das Palais in Yeniköy als Sommersitz der k.u.k. Botschaft 1899–1918, in: Rudolf Agstner – Elmar Samsinger (Hgg,), Österreich in Istanbul. K. (u.) K. Präsenz im Osmanischen Reich, Forschung zur Geschichte des österreichischen Dienstes 1, Wien/ Berlin 2010, 19–108, Andreas Patera, Die örtliche, bauliche und räumlich Situation der österreichischen Postämter in Konstantinopel, in: Rudolf Agstner – Elmar Samsinger (Hgg,), Österreich in Istanbul. K. (u.) K. Präsenz im Osmanischen Reich, Forschung zur Geschichte des österreichischen Dienstes 1, Wien/ Berlin 2010, 229–258.

[24] Horst Haselsteiner, Bosnien–Herzegowina. Orientkrise und Südslawische Frage, Buchreihe des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa Band 3, Wien/Köln/Weimar 1996; Rainer F. Schmidt, Die Balkankrise von 1875–1878. Strategien der großen Mächte, in : Rainer F. Schmidt (Hg.), Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke–Gesellschaft Band 58, Stuttgart 2004, Seite 36–96; Hannes Granditz, Herrschaft und Loyalität in der spätosmanischen Gesellschaft. Das Beispiel der multikonfessionellen Herzegowina, Wien/Köln/Weimar 2008, Seite 481–608.

[25] István Diószegi, Die Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1871-1877. Wien/Köln/Graz 1985; Franz-Josef Kos, Die Politik Österreich-Ungarns während der Orientkrise 1874/75–1879. Zum Verhältnis von politischer und militärischer Führung, Köln/Wien, 1984.

Aufschlussreich über den Standpunkt und die außenpolitischen Ziele Russlands in dieser Phase der orientalischen Frage ist vor allem die Untersuchung von Gisela Hünigen, die die Politik des russischen Botschafters Nikolaj Pavlovič Ignat´evs in den Mittelpunkt ihrer Analyse gestellt hat. Darin beschreibt sie die Bestrebungen des russischen Diplomaten, die orthodoxen Balkanslawen in ihrem Wunsch nach Unabhängigkeit von Konstantinopel zu unterstützen.[26]

Des Weiteren sind in der englischsprachigen Literatur eine Anzahl von Arbeiten erschienen, die die Rolle des englischen Ministerpräsidenten Disraeli während der Orientalischen Krise zwischen 1875 und 1879 einer eingehenden Analyse unterzogen haben.[27] Dem in diesem Zusammenhang stehenden Kongress von Berlin vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 wurden im Laufe der Zeit eingehende Untersuchungen gewidmet. Stellvertretend sei hier Alexander Novotny genannt, der sich eingehend mit diesem Themenkreis auseinandergesetzt hat.[28]

Ad b) Von 1881 bis 1887 wurde Pallavicini in Disponibilität versetzt. In der Folge waren die Stationen seiner diplomatischen Karriere Belgrad, München, St. Petersburg und Bukarest, bevor er 1906 zum k.u.k. Botschafter in Konstantinopel ernannt wurde.[29] In der deutschsprachigen Literatur sind kaum Untersuchungen bezüglich der bilateralen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien und Rumänien und deren Auswirkungen auf die Orientalische Frage vorhanden. In Überblicksdarstellungen beschäftigten sich beispielsweise Branislav Vranešević, Roman Viorel, Ștefan Pascu und Constantin Nuțu mit Beziehungen dieser Länder mit der Habsburgermonarchie während des 19. Jahrhunderts.[30]

In ihrer Studie zu Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein wurde von Marija Wakounig bereits der Umstand angeführt, dass „die Forschungslage a) zur russischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Allgemeinen und b) zu den bilateralen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland in den neunziger Jahren

[26] Vgl.; Gisela Hünigen, Nikolaj Pavlovič Ignat´ev und die russische Balkanpolitik 1875–1878, Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Band 40, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1968.

[27] Miloš Kovi ć, Disraeli and the Eastern Question, Oxford, University Press 2011, Robert Seton-Watson: Disraeli, Gladstone and the Eastern Question. A study in diplomacy and party politics, London 1935; Robert Blake, Disraeli. New York 1966.

[28] Alexander Novotny, Quellen und Studien zur Geschichte des Berliner Kongresses 1878, Band 1, Graz, Köln1957; Alexander Novotny, Österreich, die Türkei und das Balkanproblem im Jahre des Berliner Kongresses. Quellen und Studien zur Geschichte des Berliner Kongresses 1878, 1. Band, Graz, Köln 1957.

[29] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

[30] Branislav Vranešević, Aussenpolitische Beziehungen zwischen Montenegro und der Habsburgermonarchie von 1848 bis 1918, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Band VI/ 2, Wien 1993, 330–378; Roman Viorel, Rumänien im Spannungsfeld der Großmächte 1878 – 1944. Von der okzidentalischen Peripherie zum orientalischen Sozialismus. Offenbach 1989; Ștefan Pascu (Cluj–Napoca) und Constantin Nuțu, Rumänien und die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Karl Vocelka, Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch(Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Band VI/ 2, Wien 1993, 279–318, Ekkehard Völkl, Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, München 1995.

des 19. Jahrhunderts im Speziellen, nicht zufriedenstellend ist.“[31] Die Untersuchung zur Mission von Liechtenstein bildet jedoch nicht nur einen wertvollen Beitrag zur Diplomatiegeschichte, sondern klärt auch in mancherlei Hinsicht über politische und gesellschaftliche Entwicklungen in Russland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf. Beiträge zum besseren Verständnis der Österreich-Ungarn und Russland betreffenden Entwicklungen im Rahmen der Balkan- und Orientalischen Frage sind des Weiteren den Publikationen von Francis Roy Bridge, Berthold Sutter und Peter Stein zu entnehmen.[32]

Ad c) Im Gegensatz dazu liegen über den Vorabend des Ersten Weltkriegs, der Phase zwischen 1906 und 1913, eingehende Analysen über Hintergründe, Entwicklungen, Ereignisse und Rivalitäten der europäischen Mächte im Rahmen der Orientalischen Frage, so wie im Hinblick auf innenpolitische Veränderungen im Osmanischen Reich vor. Der Beitrag von Gregor Schöllgen[33] zum Antagonismus zwischen Deutschland und England in der Orientalischen Frage bildet hierzu ebenso einen wesentlichen Beitrag wie Jürgen Angelows, Isabel F. Pantenburgs und Aleš Skřivans Recherch über den Zweibund in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg.[34]

Die inneren- und außenpolitischen Konsequenzen für Russland aus dem verlorenen Krieg mit Japan[35] finden innerhalb der internationalen Histographie ebenso Berücksichtigung, wie Russlands Ambitionen am Balkan[36] und die russisch- österreichisch-ungarischen Verhandlungen vor und während der Annexionskrise.[37] Einblicke über die Rolle und Ziele Österreich-Ungarns am Balkan liefert Evelyn Kolm[38], ebenso wie sich Arnold Suppan der Frage des österreichisch-ungarischen Imperialismus in Südosteuropa widmete.[39]

---

[31] Wakounig, Ein Grandseigneur, 18.

[32] Francis Roy Bridge, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, in: in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch(Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Band VI/ 1, Wien 1993, 196–373; Berthold Sutter, Um Österreich-Ungarns Großmachtstellung am Balkan. Sicherung des europäischen Friedens durch Teilung der Balkanhalbinsell zwischen Russland und Österreich-Ungarn. Eine militärische Denkschrift anlässlich der Kaiserentrevue 1897, in: Walter Höflechner – Helmut J. Mezler-Andelberg – Othmar Pickl (Hgg.), Domus Austriae. Eine Festgabe Hermann Wiesflecker zum 70. Geburtstag, Graz 1983, 391–406; Peters Stein, die Neuorientierung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1895–1897. Ein Beitrag zur europäischen Bündnispolitik im ausgehenden 19. Jahrhundert, Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 44, Göttingen 1972.

[33] Gregor Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die Orientalische Frage 1871–1914, München 1984.

[34] Jürgen Angelow, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Köln/Weimar/Wien 2000, Isabel F. Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897–1908, Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Band 86, Wien, Köln, Weimar 1996, Aleš Skřivan, Schwierige Partner. Deutschland und österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906 – 1914, Hamburg 1999.

[35] Dietmar Dahlmann, Die gescheiterte Revolution – Russland 1905–1907, in: Josef Kreiner (Hg.) Der Russisch-Japanische Krieg (1904/05) Bonn 2005, 117–135; Ian Nish, The Origins of the Russo-Japanese War, London/ New York 2003.

[36] Andrew Rossos, Russia and the Balkans. Inter-Balkan Rivalries and Russian Foreign Policy 1908–1914, Toronto/Buffalo/London 1981, Alan Bodger, Russisa and the End of the Ottomane Empirte, in: Marian Kent (Hg.), The Great Powers and the End of the Ottoman Empire, London 1984.73–107.

[37] Wilhelm M. Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreichisch-ungarische Balkanpolitik 1906–1908, Uppsala 1955, Berthold Molden, Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns, Stuttgart und Berlin 1917.

[38] Evelyn Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus. In: Europäische Hochschulschriften , Reihe III, Frankfurt/Main, u.a., 2001.

Vor allem in der englischsprachigen Geschichtsschreibung ist eine große Anzahl an Arbeiten türkischer Historiker erschienen, die sich mit der innen- und außenpolitischen Entwicklung, bzw. mit bilateralen Beziehungen des Osmanischen Reichs vor und nach der Wende zum 20. Jahrhundert beschäftigten. Stellvertretend sei hierzu Şükrü Hanioğlu [40] genannt.

Zuletzt soll hier die Dissertation von Erich Würl nicht vergessen werden, in der er 1951 die diplomatische Tätigkeit des Markgrafen in Konstantinopel von 1906 bis 1914, zum Großteil auf der Basis der diplomatischen Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußeren, dem Jahrbuch des k.u.k. Auswärtigen Dienstes und diversen Bänden der „Großen Politik“, verfasst hat.[41]

Fragestellung

Auf der Ägäisinsel Lesbos wurde am 30. Oktober 1918 zwischen den alliierten Mächten des Ersten Weltkriegs und dem Osmanischen Reich ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, wodurch die Einstellung aller Kampfhandlungen seitens der osmanischen Regierungstruppen erklärt wurde. Im Artikel 19 dieses Vertrages wurde vereinbart, dass binnen eines Monats alle deutschen, österreichischen und ungarischen Staatsangehörigen das Land zu verlassen haben. Als Konsequenz dieser Vereinbarung wurden von der alliierten Besatzungsbehörde am 30. November 1918 der k.u.k. Botschafter Markgraf Pallavicini inklusive aller noch verbliebenen ehemaligen k.u.k. konsularischen und diplomatischen Bediensteten nach Bulgarien abgeschoben.[42]

Für den Markgrafen bedeutete die Ausweisung den Endpunkt einer langjährigen erfolgreichen Diplomatenkarriere im Dienst für die Habsburgermonarchie, die zweifellos ihren Höhepunkt mit seiner Berufung zum k.u.k. Botschafter im diplomatischen Rang eines „Geheimen Rates“ im Osmanischen Reich hatte und durch Kaiser Franz Joseph I. im Oktober 1906 erfolgt war.[43] Die Ernennung Pallavicinis zum diplomatischen Repräsentanten Österreich-Ungarns fand zeitgleich mit dem Wechsel an der Spitze des k.u.k. Ministeriums des Äußeren am 24. Oktober 1906 von Agenor Graf

[39] Arnold Suppan, Zur Frage eines österreichisch-ungarischen Imperialismus in Südosteuropa: Regierungspolitik und öffentliche Meinung um die Annexion Bosniens und der Herzegowina, in: Adam Wandruszka, Richard Plaschka (Hgg.), Die Donaumonarchie und die Südslawische Frage von 1848-1918, Wien 1978.
[40] Şükrü Hanioğlu, Preparation for a Revolution. The Young Turks 1902–1908, Oxford 2001; Şükrü Hanioğlu, A Brief History of the Late Ottomane Empire, Princeton/Oxford 2008; Mehmet Hacisalioğlu, Die Jungtürken und die mazedonische Frage 1890-1918. Oldenburg 2003; Şerif Mardin, The Genesis of Young Ottoman thought. A study in the Modernization of Turkish Political Ideas, Princeton 1962.
[41] Erich Würl, Die Tätigkeit des Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel 1906–1914, Dissertation Wien 1951.
[42] Matsch, Der auswärtige Dienst, 177.
[43] HHStA MdÄ AR, Personalia F4-245-3, Pallavicini.

Gołuchowski (25. März 1849–28. März 1921) zu Alois Aehrenthal (27. September 1854–17. Februar 1912) statt.[44]

Der Wechsel an der Spitze des Ministeriums des Äußeren bildete gleichsam eine Zäsur in der Ausrichtung und den Zielen der österreichisch-ungarischen Außenpolitik von einer bis dato von Gołuchowski vertretenen passiven Politik der Erhaltung des Status quo, zu einer expansionsorientierten Politik seines Nachfolgers.[45] Infrastrukturinitiativen und eine ambitionierte Balkanpolitik des k.u.k. Außenministers nach 1906 trugen teilweise dazu bei, dass es nicht nur zu einem Anwachsen der Spannungen innerhalb der europäischen Großmächte kam, sondern eine revolutionäre Bewegung im Osmanischen Reich in Gang gesetzt wurde, die zwischen 1908 und 1918 in einer Reihe von Aufständen und verlustreichen Kriegen mündete.[46]
Der k.u.k. Botschaft in Konstantinopel im Allgemeinen und Pallavicini im Besonderen kam während dieser Jahre eine zentrale Rolle im Hinblick auf die Berichterstattung über innenpolitische Entwicklungen und außenpolitische Initiativen des Osmanischen Reichs zu. Pallavicini kam deshalb eine Schlüsselrolle zu, weil er aufgrund seiner Position, seiner diplomatischen Kontakte, aber auch basierend auf seiner Erfahrung und seinen Kenntnissen hinsichtlich der Orientalischen Frage, im Laufe seiner Karriere zu einem profunden Kenner der realpolitischen Gegebenheiten am Balkan geworden war.

Ziel dieser Dissertation ist es deshalb, seine Entwicklung zu einem Insider der orientalischen Frage an Hand der Stationen seiner diplomatischen Tätigkeit zu analysieren. Soweit möglich, stehen im Fokus des Interesses dabei der Informationstransfer im Hinblick auf seine Einsichten über die Mechanismen der europäischen Großmächte auf ihren Einfluss auf die Geschicke des Osmanischen Reiches, sowie innenpolitische Tendenzen, Strömungen und Entwicklungen die Orientalische Frage in denjenigen Ländern, in welchen er seiner diplomatischen Tätigkeit nachgekommen ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Markgraf, bedingt durch seinen diplomatischen Rang und seine Position, einen unterschiedlichen Zugang zu Informationen in Anspruch nehmen konnte.

Es ist anzunehmen, dass er am Beginn seiner Karriere lediglich zu Informationen Zugang hatte, die er im Zusammenhang mit seinen täglichen Pflichten in Erfahrung bringen konnte. Neben einem Austausch an Informationen unter den k.u.k. Diplomaten, Botschafts-, bzw. Gesandtschafts-und Konsularpersonal kann davon ausgegangen werden, dass es ihm vor allem das diplomatische Tagesgeschäft erlaubte, sich durch die aus dem Ministerium des Äußeren an die jeweilige k.u.k.

[44] Vgl.; Aehrenthal Aloys Graf Lexa von, in: Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Band 1, Wien 1957, 8f.
[45] Rathberger, Das beste Mittel, 15.
[46] Vgl.; Angelow, Kalkül, 156f.

Botschaft, bzw. k.u.k. Gesandtschaft übermittelten Informationen, Kenntnisse über Entwicklungen und politische Ereignisse im Rahmen der Orientalischen Frage anzueignen. Daher stellt sich für diese Komponente seiner diplomatischen Karriere die Frage: welche Informationen konnte Pallavicini im Laufe seiner diplomatischen Tätigkeit vor seiner Berufung zum k.u.k. Botschafter im Osmanischen Reich über Entwicklungen hinsichtlich der Orientalischen Frage gewinnen?

Kompetenz setzt Wissen und Erfahrung voraus. Durch seinen persönlichen beruflichen Aufstieg bedingt, stellt sich als Konsequenz dazu die Frage, welche Informationen konnte Pallavicini ab dem Zeitpunkt in Erfahrung bringen, in dem er in die Lage versetzt wurde, in Eigenverantwortung diplomatische Aufgaben zu übernehmen und das k.u.k. Außenministerium über die Ergebnisse dieser Tätigkeit zu unterrichten? Welche „Insider" Informationen konnte er aufgrund seiner höheren Position und der Zunahme von Aufgaben und Verantwortung erlangen, die an vorgesetzter Stelle zur Entscheidungsfindung herangezogen werden konnten? Inwieweit wurde Pallavicini persönlich in Ereignisse involviert und konnte er seine diplomatischen Erfahrungen und sein Wissen aus der Zeit vor seiner Berufung zum k.u.k. Botschafter im Osmanischen Reich in Hinsicht auf politische und wirtschaftliche Entwicklungen erfolgreich einsetzen?

Trotz der Modernisierung des Postdienstes und dem forcierten Ausbau des öffentlichen Kommunikationswesens in Europa benötigte der diplomatische Informationstransfer noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts viel Zeit, so dass von den Diplomaten direkte Beziehungen vorgezogen wurden.[47] Daher ist die Frage von Relevanz: Inwiefern war es Pallavicini in seiner Eigenschaft als Repräsentant der k.u.k. Diplomatie möglich für seine Tätigkeit vom Informationsaustausch zwischen offiziellen und inoffiziellen Quellen zu profitieren? Ist es dem Markgrafen gelungen im Laufe seiner Karriere persönliche Kontakte und ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen? Zu welchen Persönlichkeiten vaus Politik und Diplomatie hatte er während seiner Dienstzeit Kontakt bzw. ist er während seiner diplomatischen Tätigkeit in Beziehung getreten?

Obwohl in Erster Linie ein Repräsentant für Außenbeziehungen fiel Pallavicini auch die Aufgabe zu, die Wirtschaftsinteressen Österreich-Ungarns wahrzunehmen, zu fördern und durchzusetzen. Wie und in welcher Form war es Pallavicini möglich, sich für die Belange der österreichisch-ungarischen Wirtschaft einzusetzen? Wie und welche Maßnahmen hat er getroffen, um die Wirtschaftsinteressen Österreich-Ungarns zu fördern? Auf welche Art und Weise hat er sich eingesetzt? Gibt es Anzeichen für diesbezügliche Informationen über Chancen und Gefahren, bzw. wurden Faktoren wie Marktwachstum und Größe der Absatzmärkte berücksichtigt, die die jeweiligen Absatzmärkte

[47] Heinz Messmer, Der Soziale Konflikt. Kommunikative Emergenz und systematische Reproduktion, Stuttgart 2003, 258.

betraffen? Bestehen Hinweise, dass seinen Bewertungen und Analysen über wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, sowie der Konkurrenzsituation und der Markattraktivität potenzieller Absatzmärkte die gebührende Aufmerksamkeit von Seiten österreichisch-ungarischer Investoren beigemessen wurde?

1.2.2. Quellen und Methode

Die vorliegende Untersuchung stützt sich primär auf die diplomatische Korrespondenz, die sich in diplomatischen Aktenbeständen des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs befinden. Durch Sekundärliteratur, persönliche Lebenserinnerungen von Diplomaten und Berichterstattung in österreichisch-ungarischen Zeitungen erweitert, soll in dieser Dissertation der Versuch unternommen werden, auf der Basis der qualitativen Textanalyse die Orientalische Frage aus dem Blickwinkel des Markgrafen Pallavicini zu analysieren. Abhängig vom Stand der Karriere Pallavicinis wurde dabei der Fokus der Untersuchung auf Weisungen bzw. weitergeleitete Berichte des k.u.k. Außenministeriums, von k.u.k. Botschaften und k.u.k. Gesandtschaften sowie in Folge seiner jeweiligen Position, auf Berichte des Markgrafen gelegt. Die Auswertung des Quellenmaterials erfolgt nach Richtlinien der differenztheoretischen Textanalyse so wie der quantitativen Inhaltsanalyse nach Heiner Legewie[48], die einer festgelegten Abfolge unterliegen und somit als eine empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale bzw. Mitteilungen bezeichnet werden kann.[49]
Des Weiteren werden Ansätze und Zugänge der qualitativen Forschungsmethode der Objektiven Hermeneutik[50] und der Hermeneutik nach Jürgen Bolten angewendet. Die Grundlage hierzu bilden seine Überlegungen hinsichtlich der „Hermeneutischen Spirale“, die neben einem ungebrochenen Verständniszuwachs und einem reflektierten Verständnis der Texte zudem einen klaren Inhaltsstrang bei der Verschriftlichung gewährleistet.[51]

In einigen Bereichen dieser Arbeit wird ferner die Methode des empirischen historischen Vergleichs angewandt, um möglichst zuverlässige Erklärungen sowie Aussagen über Prozesse, Handlungen und

[48] Heiner Legewie, Globalauswertung von Dokumenten. In: Andreas Boehm, Andreas Mengel, Thomas Muhr (Hg.), Texte verstehen. Konzepte, Methoden, Werkzeuge, Konstanz 1994, 177-183; Andreas Böhm, Heiner Legewie, Thomas Muhr, Technische Universität Berlin, Interdisziplinäres Forschungsprojekt ATLAS (Archiv für Technik, Lebenswelt und Alltagssprache) (Ed.), Kursus Textinterpretation: Grounded Theory, Berlin 2008.
[49] Werner Früh, Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, Stuttgart 2001, 27.
[50] Vgl.; Stefan Tischler, Ruth Wodka, Michael Meyer, Eva Vetter, Methoden der Textanalyse. Leitfaden und Überblick, Wiesbaden 1998, 247–263.
[51] Vgl.; Jürgen Bolten, Die Hermeneutische Spirale. Überlegungen zu einer integrativen Literaturtheorie, Poetica 17, Heft 3/4, München 1985, 355-371; Andreas Wernet, Einführung in die Interpretationstechnik der Objektiven Hermeneutik, Wiesbaden 2008, 45f.

Strukturen zu gewährleisten.[52] Zu einem der ersten Vertreter der Vergleichsmethode gehörte der französische Historiker Marc Bloch, der für die Anwendung der vergleichenden Geschichtsbetrachtung als Erweiterung zur traditionellen Nationalgeschichtsschreibung sowie für eine Öffnung der Geschichte gegenüber Sozialwissenschaften eintrat.[53] Ihre Anwendung ermöglicht HistorikerInnen ineinander greifende Entwicklungen besser herauszuarbeiten sowie verlässliche Erklärungen für Handlungen, Prozesse und Strukturen zu erkennen, um so zu anderen Ergebnissen zu gelangen, als dies bei Einzelstudien der Fall sein kann.[54]

Eine vermehrte Anwendung in der Politik-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte fand die Methode ab den 1970er Jahren, obwohl sie, ähnlich wie die Ansätze der New Diplomatic History, bis in die 1990er Jahre einer lebhaften Diskussion innerhalb der internationalen Fachwelt ausgesetzt war.[55] Diese Methode kann insofern als Erklärungskonzept herangezogen werden, da sie nationalstaatliche Ereignisse und Entwicklungen der europäischen Großmächte und des Osmanischen Reiches im Rahmen der Orientalischen Frage verdeutlicht sowie Folgewirkungen und Reaktionen darauf erklärt. Im Rahmen dieser Untersuchung erlaubt sie darüber hinaus durch die diplomatische Karriere des Markgrafen einen akteurszentrierten Zugang, in dem Konflikten, Entscheidungen, Strategien und Verflechtungen ein zentraler Platz zugeordnet werden kann.[56]

Da die Karriere des Markgrafen einer kontinuierlichen Abfolge unterlagt, richtet sich die Untersuchung an einem klassischen, chronologischen Aufbau aus. Belege in Fußnoten werden nach den Vorgaben des Instituts für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien wiedergegeben.[57.] In der Untersuchung werden anfallende Ortsnamen in der im zeitgenössischen Aktenmaterial verwendeten Schreibweise angegeben, wobei die heutige Schreibweise bei erstmaliger Nennung erfolgt und die historische, bzw. heutige alternative Schreibweise in Klammer beigefügt werden. Russische und türkische Personennamen werden nach den Regeln der deutschsprachigen

[52] Heinz–Gerhard Haupt, Jürgen Kocka, Historischer Vergleich, in: Heinz–Gerhard Haupt, Jürgen Kocka (Hg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/Main/New York 1996, 9–47; Charles Tilly, Big Structures, Large Processes, Huge Comparisons, New York 1984, 60–80.

[53] Vgl.; Michael Erbe, Zur neuen französischen Sozialgeschichtsforschung. Die Gruppe um die „ Anales“, Band 10, Darmstatt 1979, 39–42; Marc Bloch, Historiker und Widerstandskämpfer, in: Peter Schüttler (Hg.), Marc Bloch, Historiker und Widerstandskämpfer, Frankfurt/ Main/New York 1999; Ulrich Raulff, Ein Historiker im 20. Jahrhundert. Marc Bloch. Frankfurt/ Main 1995; Carole Fink, Marc Bloch. A Life in History. Cambridge 1989.

[54] Christoph Conrad und Sebastian Conrad, Wie vergleicht man Histographien?, in: Christoph Conrad, Sebastian Conrad (Hg.) Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, Göttingen 2002, 11–45.

[55] Heinz-Gerhard Haupt, Jürgen Kocka (Hgg.), Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt 1996.

[56] Vgl.; Johannes Paulmann, Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18.bis 20. Jahrhunderts, in: Historische Zeitschrift 267, 1998, 649-685; Jürgen Osterhammel, Transkulturell vergleichende Geschichtswissenschaft, in: Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Geschichte und Vergleich: Ansätze und Ergebnisse international vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt/Main 1996, 271–313; Hartmut Kaelble, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt 1999, 48–52; Michael Werner, Bénédicte Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung. Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: Geschichte und Gesellschaft 28, Göttingen 2002, 607-636.

[57] https://www.univie.ac.at/strv-geschichte/images/uploaded/Zitierregeln%20Innenansichten.pdf, 2016 April 15.

wissenschaftlichen Translation angeführt. Die in Russland bis 1918 gebräuchlichen Datumsangaben des Julianischen Kalenders werden dem Gregorianischen Kalender entsprechend vereinfacht, bzw. in Russland verfasstes Aktenmaterial der zeitgenössischen Handhabung folgend, nach beiden Kalenderarten angeführt.

Die Berichterstattung des Markgrafen wird hierzu nicht nur von der klassischen Form der Kommunikation als Informationstransfer im Sender-Empfänger-Regelkreis analysiert, sondern, wie Stefan Tischler, Ruth Wodka, Michael Meyer, Eva Vetter ausführen, „die Selektivität von Kommunikation wird fokussiert. Sie wird als dreistelliger Selektionsprozess verstanden, bestehend aus den Komponenten Information, Mitteilung und Verstehen. Information zeigt sich dabei als eine Selektion aus einem (bekannten oder unbekannten) Repertoire von möglichen Themen, also ein Unterschied, der einen Unterschied macht“.[58]

1.2.3. Grundstrukturen der Diplomatie im Habsburgerreich

Die Anfänge der Diplomatie, wie sie heute in der internationalen Staatengemeinschaft praktiziert werden, reichen bis in das 16. Jahrhundert zurück. Zu den maßgebenden Wegbereitern der modernen Diplomatie werden Persönlichkeiten wie der politische Philosoph, Theologe und Rechtsgelehrte Hugo Grotius (10. April 1528-August 1645)und Kardinal Armand-Jean du Plessis, Premier Duc de Richelieu (9. September 1585-4. Dezember 1642), der enge Berater und Minister Ludwig XIII., gezählt. Im Ringen um die Hegemonie zwischen den Bourbonen und Habsburgern in Europa erkannte der Kardinal, dass die Kunst der Verhandlungen in einer permanenten Tätigkeit besteht und nicht in übereilten Bemühungen im Bedarfsfall erfolgen sollte.[59] In Österreich entwickelt sich der diplomatische Ansätze im 16. und 17. Jahrhundert. 1717 wurde der Ballhausplatz zum Sitz der Geheimen Hofkanzlei und somit sowohl zum außenpolitischen Zentrum der Habsburgermonarchie als auch zu einer wichtigen institutionellen Anlaufstelle für die politische und wirtschaftliche Elite des Staates.[60]

Von Beginn an war der diplomatische Dienst im Namen des Souveräns mit hohem Prestige verbunden. Als Stellvertreter des Herrschers bestand die Tätigkeit hauptsächlich darin, die Interessen, den Willen und die politischen Ziele des Herrschers an den Höfen ausländischer Monarchen mit Nachdruck durchzusetzen. Ab dem 18. Jahrhundert lässt sich dann tendenziell eine Entwicklung

[58] Tischler, Ruth Wodka, Meyer, Vetter, Methoden, 234–247.
[59] Erich Sieder, Österreichs Botschafter und Gesandte zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg. Versuch einer sozialhistorischen Bestandsaufnahme. Dissertation, Wien 1969, 23.
[60] Helmut Rumpler, Die rechtlich-organisatorischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848-1918, in: Adam Wandruszka und Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. 1. Teilband, Band VI, Wien 1989, 1-121.

beobachten, die sich die Errichtung ständiger, beidseitiger Vertretungen in den relevanten europäischen Zentren zum Ziel machte. Diese Missionen und Gesandtschaften wurden in der Folge mit dem Herrscher loyal verbunden und aus Repräsentationsgründen mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestatteten Mitgliedern des Hochadels besetzt. Im absolutistisch regierten Habsburgerreich wurde so neben dem Militär die Diplomatie ein bevorzugtes Betätigungsfeld des Adels. Talentierten jungen Menschen aus adeliger Gesellschaft bot sich hierdurch die Möglichkeit, eine Erfolg versprechende Karriere im auswärtigen Dienst anzutreten. Dessen ungeachtet blieb die Außenpolitik der Habsburgermonarchie eine Domäne des Herrschers. Ein Umstand, der vor allem während der franzisko-josephinischen Ära maßgeblich zum Ausdruck kam.[61]

Die Konfrontation der Habsburger mit den Osmanen am Balkan führte 1719 zur Gründung der österreichischen Internuntiatur bei der Regierung des Osmanischen Reichs.[62] Dabei wurde der Aufbau diplomatischer Beziehungen mit dem Osmanischen Reich sowohl von politischen als auch ökonomischen Motiven geleitet. Vor dem Hintergrund zunehmender religiös-nationalistischer Spannungen standen sowohl sicherheitspolitische Aspekte als auch die Möglichkeit Einfluss auf die Entwicklung der Region zu nehmen im Mittelpunkt des Interesses. Um diese Vorgaben zu realisieren, setzte das Habsburgerreich primär auf Verhandlungen. Diese Herangehensweise stand im unmittelbaren Gegensatz zu der Russlands, das seine politischen Ziele zumeist mit militärischen Mitteln zu realisieren versuchte. Zur Beobachtung der politischen Entwicklungen am Balkan erfolgte in der Folge der Ausbau eines umfangreichen Informationsnetzes auf der Basis von Konsulaten, mit Konstantinopel als Mittelpunkt des Informationstransfers. Im Zusammenhang damit sind auch die Bemühungen der Donaumonarchie zu sehen, sich im Rahmen eines Wettlaufs der europäischen Mächte um den Levantehandel und die Märkte des Nahen Ostens eine günstige Ausgangsposition zu schaffen. Die auf die Initiative von Wenzel Anton Graf Kaunitz-Rietberg (2. Februar 1711–27. Juni 1794) zurückzuführende Gründung der Orientalischen Akademie 1754 markiert hierzu die Grundlage für das weitere politische und wirtschaftliche Engagement des Habsburgerreiches in diesem Raum.[63] In der im Gebäude des Theresianums untergebrachten Akademie wurde der Fokus des Unterrichts dabei auf die Beherrschung der „orientalischen“ Sprachen, türkisch, persisch und arabisch gelegt. Bei der Auswahl der Zöglinge wurde das Augenmerk nicht nur auf deren Fähigkeiten und Talente gelegt, sondern es wurde auch versucht, eine ausgeglichene Vertretung der in Österreich (-Ungarn)

[61] Heinrich Pfusterschmid-Hardtenstein, Von der Orientalischen Akademie zur k. u. k. Konsularakademie. Bedeutung für den Auswärtigen Dienst der österreichisch-ungarischen Monarchie, in: Adam Wandruszka und Peter–Urbanitsch (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. 1. Teilband, Band VI, Wien 1989, Seite 122-195, hier 122–127.
[62] Sieder, Botschafter, 96–101.
[63] Harald Heppner, Die personelle Entwicklung der österreichischen Balkandiplomatie in der 2. Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Österreichische Osthefte 24, Wien 1982, 23–26.

beheimateten Nationalitäten zu erreichen.[64] Die zumeist aus dem bürgerlichen Milieu stammenden Absolventen der Akademie wurden in der Folge entweder direkt nach Konstantinopel oder in eines der österreichischen Konsulate im Osmanischen Reich beordert. Auf diese Weise konnten bis zum Amtsantritt Klemens Wenzel Lothar von Metternichs (15. Mai 1773-11. Juni 1859) im Jahr 1809 alle politisch relevanten Stellen mit Absolventen der Orientalischen Akademie besetzt werden.[65]

Die bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts gültigen Regelungen der diplomatischen Rangstufen waren eine Folge der napoleonischen Kriege. Im Rahmen des Wiener Kongresses wurde neben der Neuordnung Europas auch Gespräche über spezifische Neuerungen auf dem Gebiet der Diplomatie und der diplomatischen Vertretungen geführt. Das Reglement vom 19. März 1815 und der Zusatz vom 21. November 1818 besiegelten die einvernehmliche Lösung der Mächte, basierend auf den Prädikaten die dem jeweiligen Gesandten von seiner Regierung mitgegeben wurden. Die Einteilung erfolgte in Gruppen. In der ersten Gruppe befanden sich Botschafter, päpstlicher Legat, etc., Gesandter, Geschäftsträger bereits eine Stufe darunter.[66] Weitere Bemühungen, den diplomatischen Dienst und die auswärtige Politik neu zu strukturieren und zu reformieren, wurden in der Folge von Kaiser Joseph II., Metternich, Schwarzenberg und am Ende des 19. Jahrhunderts von Kaiser Franz Joseph I. (16. August 1830-21. November 1916) vorgenommen.[67] Ein wesentlicher Teil der Neuerungen wurde hierzu dem Ausbau und der Festigung der Symbiose zwischen dem Souverän und der Bürokratie des Außenministeriums beigemessen. Denn im Unterschied zu demokratisch orientierten Staaten blieb aufgrund der staatsrechtlichen Konstruktion der Habsburgermonarchie die Außenpolitik des Staates einer Einflussnahme durch das Parlament entzogen. Im Einklang mit den Vorgaben des Herrschers blieb die Ausrichtung der Außenpolitik daher im Bereich der Diplomatie und des Konsularwesens weitgehend auf das Berufsbeamtentum und dessen Verwaltungsstrukturen gestützt. Auf dieser Basis gliederte sich der Auswärtige Dienst der Donaumonarchie in die Sparten Ministerialdienst, Diplomatischer Dienst und Konsularwesen, das mit Wirkung vom 1. November 1859 dem Kompetenzbereich des Außenministeriums angeschlossen wurde.[68]

Im Hinblick auf kontinuierlich steigende diplomatische Anforderungen im Rahmen der europäischen Mächtekonstellation erfolgte demnach auch die von Felix Fürst Schwarzenberg (2. Oktober 1800-5. April 1852) initiierte Reorganisation der Zugangsbestimmungen für den Diplomatischen Dienst in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Hierbei wurden die Kriterien sowohl für den Innen- als auch den Außendienst einer strengen Regelung unterworfen. Die Aufnahme erfolgte nach

[64] Ernst U. Cormons, Schicksale und Schatten. Eine österreichische Autobiographie. Salzburg 1951, 69.
[65] Heppner, Die personelle Entwicklung, 27–29.
[66] Sieder, Botschafter 28.
[67] Ebda; 33.
[68] Pfusterschmid-Hardtenstein, Von der Orientalischen Akademie, 122, 135.

einer erfolgreich mündlich und schriftlich absolvierten Diplomatenprüfung. In dieser Prüfung mussten die Kandidaten ihr Wissen in rechtlichen und geschichtlichen Belangen, zum Teil in französischer Sprache, unter Beweis stellen.[69]

Mit seinem Staatsprüfungszeugnis als Beilage ersuchte Pallavicini in einem Schreiben an das k.u.k. Ministerium im Oktober 1874 um Zulassung zu der im November des Jahres abzuhaltenden Diplomatenprüfung. In diesem Jahr bewarben sich neben dem Markgrafen noch weitere vier Kandidaten, die ebenso wie Pallavicini nach vollendetem Examen im Bericht der Prüfungskommission als „befähigt “ anerkannt wurden. Obwohl keiner der angehenden Diplomaten die Prüfung mit Auszeichnung bestehen konnte, wurde die Arbeit Pallavicinis im Bericht an das Ministerium lobend hervorgehoben.[70] Nach der erfolgreichen Aufnahme in den diplomatischen Dienst musste Pallavicini, ebenso wie alle anderen angehende Diplomaten auch, einige Jahre hindurch eine wenig entlohnte Praxis absolvieren.[71] Denn im Allgemeinen erfolgte eine systematisierte Besoldung der Aspiranten erst nach einiger Zeit im Konzeptdienst. Der Staat wollte zwar eine standesgemäße Vertretung, allerdings nicht allzu viel dafür bezahlen. Es besteht Grund zu der Annahme, dass hierzu die Einwilligung des Kaisers für die Ehe zu sehen war. Angehörige des diplomatischen Corps in niedrigen Positionen durften nämlich erst dann heiraten, wenn sie über genügend Kapital verfügten.[72] Da die Lebenshaltungskosten in den diplomatischen Vertretungen der österreich (-ungarischen) Monarchie die Zuwendungen der aus wenig begüterten Familien stammenden jungen Diplomaten zumeist überschritten, stand diesen das Recht zu, zur freien Kost und Logis im Haus des Missionschefs untergebracht zu werden. Nicht selten ergab sich daraus eine enge, freundschaftliche Beziehung, in der die jungen Diplomaten nicht selten den Platz eines angenommenen Familienmitglieds des Botschafters einnahmen.[73] Im Fall von Pallavicini kann demzufolge davon ausgegangen werden, dass sich der Markgraf während seiner Praxisjahre als Botschaftsattaché durch Gespräche mit seinem Vorgesetzten über Entwicklungen hinsichtlich der Orientalischen Frage informieren konnte.

Im Habsburgerreich nahmen die Angehörigen des Diplomatischen Corps innerhalb und außerhalb des Außenministeriums eine soziale Sonderstellung ein.[74] Zusätzlich zu der privilegierten gesellschaftlichen Positionierung entwickelten die Diplomaten ein besonderes Standesbewusstsein, das sie über nationale Grenzen hinweg, solidarisch verband. Sie bildeten eine gut vernetzte Berufsgruppe für sich, an deren Spitze die Person des Ministers über eine gut organisierte Verwaltungs- und

[69] Rumpler, Rahmenbedingungen, 96–97.
[70] Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien) Ministerium des Äußeren, F6-3-1, Diplomatenprüfungen 58–59.
[71] Karl Megner, Beamte. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte des k. k. Beamtentums. Wien 1985, 19–20.
[72] Pfusterschmid-Hardtenstein, Von der Orientalischen Akademie, 129–132.
[73] Rumpler, Rahmenbedingungen, 103–104.
[74] Sieder, Botschafter, 44.

Informationsstruktur verfügen konnte. Über den Charakter ihrer elitären Stellung, sowie ihren Einfluss innerhalb des politischen Systems der Habsburgermonarchie, waren sich die Diplomaten laut den diesbezüglichen Untersuchungen Helmut Rumplers durchaus bewusst.[75] Dabei rekrutierte sich die Beamtenschaft nicht nur aus Familienangehörigen der österreichischen Gebiete Habsburgs und des Königreichs Ungarn. Der Nachwuchs alter adeliger, weit verzweigter Familien aus den Ländern des Deutschen Bundes ebenso wie aus den ehemaligen habsburgischen Provinzen Belgiens, Italiens und Spaniens bildete die politisch, weltanschauliche Basis der Mitglieder des internationalen diplomatischen Corps im Dienste des Hauses Habsburg.
Trotz der Dominanz deutsch-österreichischer und ungarischer Diplomaten innerhalb der bürokratischen Reihen des Außenministeriums war der Ballhausplatz ein Ort der Integration sowohl in sozialer als auch nationaler Hinsicht.[76] Die Diplomaten der österreichisch-(ungarischen) Monarchie empfanden sich in erster Linie als loyale Diener des Staates und sahen sich erst danach gegenüber ihrer „Nation“ und ihrem sozialen Stand verpflichtet.[77]

1.2.4. Die Orientalische Frage – Entwicklungen im Osmanischen Reich bis 1875

Das Osmanischen Reiches erreichte während der Herrschaft Süleymãn I. (6. November 1494, oder 27. April 1495-7. September 1566), des Prächtigen, im 16. Jahrhundert seine größte Ausdehnung. Nach seinem Tod setzte ein kontinuierlicher Prozess schrittweisen Niedergangs ein. Die Ursachen für den sukzessiven Abstieg des Reiches als Machtfaktor in Nordafrika, im Vorderen Orient, sowie in einigen Regionen Osteuropas und des Balkans waren vielfältig und wurden von einem breiten Spektrum an Faktoren beeinflusst. Im Inneren des Vielvölkerreiches bildeten Korruption, Ämterkauf, ein willkürliches Pacht- und Steuersystem, sowie eine verfehle Lehenspolitik die wesentlichen Aspekte für den Abstieg.[78]

Von der Notwendigkeit der Einführung von Reformen überzeugt, wurden am Beginn des 19. Jahrhunderts von Selim III. (24. Dezember 1762-28. Juli 1808) und dessen Nachfolger Mahmud II. (20. Juli 1785-1. Juli 1839) nach europäischem Vorbild die ersten Schritte zur Modernisierung des Reiches gesetzt. Trotz anhaltenden Widerstands der muslimischen Geistlichkeit und der konservativen Mehrheit in der Bevölkerung gelang es den Herrschern Neuerungen im Bereich der Bildung, der Finanzen und Initiativen zur Liberalisierung des Staatswesens durchzusetzen. Den Anforderungen der

[75] Rumpler, Rahmenbedingungen, 88.
[76] Über den Einfluss der ungarischen Diplomaten auf die Außenpolitik der Monarchie, Sieder, Botschafter, 65–68.
[77] Rumpler, Rahmenbedingungen, 114.
[78] Wolfdieter Biel, Die europäischen Mächte und die Entstehung der Osmanischen Verfassung vom Dezember 1876, in: Österreichische Osthefte, Jahrgang 20, Wien 1978, 130.

Zeit entsprechend, wurde im Modernisierungsprozess des Reiches auch der Reorganisation des Militärs, von einem traditionellen Heer in eine moderne Armee, ein zentraler Stellenwert beigemessen. Dabei führte ein vorerst erfolgreich geführter Machtkampf der Janitscharen gegen die Maßnahmen Selim III. in der Folge 1826 zu einer vollkommenen Entmachtung der Elitetruppe durch dessen Nachfolger.[79]

Aus den militärischen Konfrontationen mit Österreich und Russland gingen die Osmanen ab der Mitte des 18. Jahrhunderts geschwächt hervor. Als Konsequenz aus dem russisch-osmanischen Krieg von 1768–1774 musste die Pforte Teile des Nordkaukasus und der nördlichen Schwarzmeerküste an Russland abtreten. Darüber hinaus wurde Russland im Frieden von Küçük Kaynarca (Kütschük Kainardschi) der freie Schiffsverkehr im Schwarzen Meer und die Durchfahrt durch den Bosporus verbürgt. In diesem Vertrag wurde Österreich die Bukowina zugesprochen.[80] Es scheint, dass unter den europäischen Großmächten sich im Anschluss daran der Eindruck verstärkte, dass der osmanische Großmachtstatus im vollen Umfang nicht länger aufrecht erhalten werden konnte. Durch die außenpolitische Schwächung des Osmanischen Reiches ließen die europäischen Großmächte, außer Preußen, ihr Interesse an Territorien des Osmanischen Reiches rund um das Mittelmeer und am Balkan erkennen. Für Russland standen hierbei der Zugang zum Mittelmeer und die Verdrängung der Osmanen von den Küsten des Schwarzen Meeres im Fokus der außenpolitischen und militärischen Ambitionen im Laufe des 19. Jahrhunderts. Im Gegensatz dazu orientierte England seine Politik danach, eine Expansion Russlands auf Kosten Konstantinopels zu verhindern. Im Osmanischen Reich verfügte England über weitreichende Handelsprivilegien für seine Exporte. Daher verfolgte London schon alleine aus ökonomischen Gründen das Ziel, das Osmanische Reich als Machtfaktor in diesem Raum zu erhalten. In zweiter Linie galt es für die englische Außenpolitik, seine Handelsrouten nach Indien und China vor Konkurrenz zu schützen und durch Stützpunkte im Mittelmeer abzusichern. In diesem Zusammenhang gewann das Projekt eines Kanals zwischen Mittel- und Roten Meer in den strategischen Planungen Londons zunehmend an Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Rivalität zu Österreich erwies sich Frankreich vor der Revolution als verlässlicher Verbündeter der Osmanen. Mit der Eroberung Ägyptens durch Napoleon Bonaparte (15. August 1769–5. Mai 1821) 1798–1801 trat jedoch eine Wende in dieser Haltung ein. Frankreich ernannte sich zum Beschützer der Katholiken und unternahm wiederholt militärische Vorstöße in die nordafrikanischen Provinzen des Osmanischen Reichs.[81]

[79] Buchmann, Österreich und 187–189.
[80] Robert Tarek-Fischer, Österreich im Nahen Osten. Die Großmachtpolitik der Habsburgermonarchie im Arabischen Orient 1633–1918. Wien/Köln/Weimar 2006, 57.
[81] Buchmann, Österreich und, 186–200.

Durch den Friedensvertrag von Swischtow (auch *Svištov*, ehemals Sistova, lateinisch *Novae)* 1791 trat nach einer langjährigen militärischen Auseinandersetzung zwischen Wien und Konstantinopel eine Entspannung in den Beziehungen ein. Während der napoleonischen Kriege und danach wurde Metternich seit 1809 k.k. Außenminister, ein Garant für eine friedliche Koexistenz der beiden Reiche. Er vertrat nicht nur die Interessen der Pforte am Wiener Kongress, sonder sprach sich auch deutlich für die Erhaltung des Osmanischen Reiches aus. Nach dem Fall Napoleons nach der Schlacht bei Leipzig (16.–19. Oktober 1813) bildete Wien das Zentrum der europäischen Außenpolitik. Auf der Basis von Legitimitätsprinzip und Kräftegleichgewicht gelang es unter der Leitung Metternichs am Wiener Kongress (18. September 1814–9. Juni 1815) eine stabile Nachkriegsordnung für Europa auszuhandeln.[82] Das Osmanische Reich als kalkulierbarer Machtfaktor blieb bei den Verhandlungen weitgehend unberücksichtigt.

Der Aufstand der Mamluken in Ägypten ab Februar 1802 und der Unabhängigkeitskampf der Griechen 1821–1829 ließen zudem erkennen, dass das Osmanische Reich nicht mehr in der Lage war, seine territoriale Integrität selbständig zu wahren. Im Laufe des 19. Jahrhunderts bot dieser Umstand den europäischen Großmächten Russland, England, Frankreich, Preußen und Österreich wiederholt Anlass, auf die Geschicke des Osmanischen Reiches sowohl in diplomatischer als auch militärischer Weise einzuwirken und demzufolge ihre Interessen gegenüber dem Sultan, zum Teil gemeinsam, zum Teil auch gegeneinander, mit Nachdruck durchzusetzen.[83]

An der Seite des griechischen Unabhängigkeitskampfes nahm die Kooperation einiger Mächte zum ersten Mal konkrete Züge an. Auf Initiative von Zar Alexander I. (23./ 12. Dezember 1777–1. Dezember/ 19. November 1825) bildete sich eine Koalition aus Russland, England und Frankreich, mit dem Ziel, den Kampf der Griechen zu unterstützen. Denn unter dem Oberbefehl des albanisch stämmigen Gouverneurs von Ägypten, Meḥemmed Alī Pāšā (1770–2. August 1849), mussten die anfänglich erfolgreich kämpfenden Griechen etliche schwere Niederlagen gegen die osmanischen Streitkräfte hinnehmen. Eine englische Intervention zur See und das militärische Eingreifen Russlands brachte die Wende zu Gunsten der Griechen.[84] Im Frieden von Adrianopel 1829 wurde die Unabhängigkeit Griechenlands vom Osmanischen Reich de facto erreicht.[85] Auch Russland ging mit Gebietsgewinnen aus den Kämpfen hervor. Der Zar konnte Gebiete im Donaudelta, im Kaukasus und

[82] Fischer, Österreich im Nahen Osten, 62.
[83] Buchmann, Österreich und, 186–187.
[84] Vgl.; Buchmann, Österreich und, zum russisch-osmanischen Krieg 1828–1829, 198.
[85] Ein Jahr später, 1830, im Rahmen einer Konferenz der Großmächte in London wurde die Unabhängigkeit Griechenlands von den Großmächten dann definitiv vereinbart. Fischer, Österreich im Nahen Osten, 64–65.

die Donaufürstentümer als Protektorat, bei Beibehaltung der Oberhoheit des Sultans, als Gewinn für seine Bemühungen verbuchen.[86]
Den Sieg Russlands über das Osmanische Reich nahm Alī Pāšā zum Anlass, sich von der Zentralgewalt loszusagen. In Frankreich fand der Khedive einen Partner, der ihn in seinen Expansionsbestrebungen unterstützte. Paris seinerseits nützte die militärische Schwäche der Pforte um im Jahr 1830 Teile der osmanischen Provinz Algerien zu besetzen. Zwischen 1830 und 1840 zogen die Kämpfe Alī Pāšās und seines Sohnes Ibrahim Pāšās (1789–10. November 1848) in Syrien und Kleinasien gegen die Zentralgewalt, zwei Mal die Intervention der europäischen Mächte nach sich. Um ein weiteres Vorrücken des Khediven zu verhindern, willigte die osmanische Regierung, um den Preis der freien Durchfahrt durch die Dardanellen, in eine Kooperation mit Russland ein.[87]

Nach einer katastrophalen Niederlage der Truppen des Sultans gegen Ibrahim Pāšā bildete sich einige Jahre später (1840–1841), auf Initiative Metternichs, ein österreichisch-englisch-osmanisches Bündnis, um die Expansion des Khediven zu stoppen und das Osmanische Reich vor einer Sezession zu bewahren.[88] Die militärischen Operationen der verbündeten Truppen verliefen in der Folge derart erfolgreich, dass sich der Khedive schließlich aus den eroberten Gebieten zurückzog und einer Einigung mit Konstantinopel zustimmen musste. Als politisches Zugeständnis der Zentralgewalt wurde Alī Pāšā Ägypten als erbliches Herrschaftsgebiet zugesprochen.
Des Weiteren gelang es auch England außenpolitisches Kapital aus der Krise zu schlagen. In der Londoner Meerengenkonvention von 1841 verpflichteten sich die Großmächte und das Osmanische Reich, in Friedenszeiten die Dardanellen für die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe geschlossen zu halten.[89]

Nach dem Tod Mahmud II. (20. Juni 1875–1. Juli 1839) übernahm dessen Sohn Abdülmecid I. (25. April 1823–25. Juni 1861) die Geschicke des Osmanischen Reiches. Während sich im übrigen Europa die ersten ökonomischen Erfolge aufgrund der Industriellen Revolution abzuzeichnen begannen, blieb das Osmanische Reich jedoch Großteils abseits dieser Entwicklung. In einem administrativen Umfeld aus Korruption und Willkür vermieden es sowohl inländische als auch ausländische Investoren, in den Aufbau moderner Produktionsstätten zu investieren. Wirtschaftlich verharrte das Omanische Reich daher auf der Ebene von gewerblicher Produktion und wurde deshalb zunehmend von

[86] Ebda.; 65.
[87] Durch den Vertrag von „Hukâr-Iskelesi“ geriet die Pforte in eine gewisse Abhängigkeit von Russland. Bihl, Mächte, 126.
[88] Marija Wakounig, Dissens versus Konsens. Das Österreichbild in Russland während der Franzisko–Josephinischen Ära, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch(Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 440.
[89] Erwin Beckert, Gerhard Breuer, Öffentliches Seerecht, Berlin/New York 1991, 121.

Industrieimporten aus dem westlichen Europa abhängig. In gesellschaftspolitischer Hinsicht setzte Abdülmecid I. das Reformwerk seines Vaters jedoch fort.

Im Herrschaftssystem der Osmanen verfügte der Sultan nicht nur über die Führungsgewalt, sondern hatte auch die volle Verantwortung für seine Entscheidungen zu tragen. Ihm zur Seite standen in erster Instanz der Großwesir, der als Vorsitzender des wöchentlich tagenden Ministerrates die Staatsgeschäfte leitete. Auf derselben hierarchischen Ebene befand sich der Scheuch-ül-Islam, der nach dem Sultan-Kalifen als die oberste religiös-konservative Autorität fungierte. Obwohl von vielen Seiten torpediert, setzte der Sultan den Reformprozess im Sinne seines Vaters fort. Das Reformedikt von Guülhane, Hatt-i Şerif von Gülhane 1839, bildete hierbei den Beginn der Tanzimat Zeit, einer Periode tiefgreifender Reformen. 1856 wurde mit dem Edikt Hatt-i Hümâyûn ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Modernisierung des Staatswesens gesetzt, der 1876 mit der Verkündung der Verfassung seinen Höhepunkt erreichte.[90]

Die reformierten rechtlichen Grundlagen des Millet-Systems garantierten den Untertanen des Sultans unter anderem die Gleichberechtigung von Muslimen und Angehörigen anderer Glaubens- und Religionsgemeinschaften, die Sicherung des Lebens, der Ehe und des Privateigentums, öffentliche Rechtsprechung, so wie ein gerechtes Steuersystem ohne Sondersteuern und Steuerpacht.[91] Des Weiteren fanden auch westliche Vorbilder aus Kultur, Bildung, Wirtschaft und Verwaltung Einlass in die Gesellschaft. Im Zentrum der Bemühungen stand dabei der Versuch, ein einigendes Reichsbewusstsein im Gegensatz zu den auseinander strebenden Kräften des Nationalismus zu entwickeln. Richtungsweisend in diesem Zusammenhang bildete sich Mitte der 1860er Jahre eine Gruppe von jungosmanischen Schriftstellern und Politikern heraus, zu deren führenden Persönlichkeiten der spätere Reformpolitiker Midhat Paša (18. Oktober 1822-8. Mai 1884) zählte. Mit Anleihen auf islamisch geistige Inhalte propagierte der intellektuelle Kreis die Integration westlicher Nations-, Freiheits- und Konstitutionstheorien in die osmanische Staatslehre.[92]

Die Reformbemühungen des Sultans wurden in St. Petersburg weitgehend unbeeindruckt zur Kenntnis genommen. Für Nikolaj I. (6. Juli/ 25. Juni 1796–2. März/ 18. Februar 1855) war und blieb das Osmanische Reich „der Kranke Mann am Bosporus“.[93] Im Hinblick darauf verfolgte der Zar weiter seine Pläne einer Aufteilung des Reiches unter den europäischen Mächten. Diese standen dem russischen Vorhaben jedoch ablehnend gegenüber. Während sich zwischen Frankreich und England

[90] Bihl, Mächte, 130.
[91] Buchmann, Österreich und, 204–205.
[92] Ebda.; 131.
[93] Buchmann, Österreich und, 189.

eine Allianz gegen weitere russische Expansionsbestrebungen in den Mittelmeerraum und am Balkan formierte, wurde in Wien zu der Entwicklung eine distanzierte, jedoch abwartende Haltung eingenommen. Als selbsternannter Schutz- und Schirmherr der orthodoxen Christen im Osmanischen Reich nahm Nikolaj I. eine religiös-konfessionelle Kontroverse mit dem Sultan um die heiligen Stätten in Jerusalem zum Anlass, um im Sommer 1853 in die Donaufürstentümer Moldau und Walachei einzumarschieren. Als mehrere diplomatische Initiativen zur Beilegung der Krise scheiterten, erklärte daraufhin die osmanische Regierung, im Oktober 1853 Russland den Krieg.

In zähen Kämpfen gelang es in der Folge einer Allianz aus französischen, englischen und osmanischen Truppen die Armee des Zaren zu besiegen. Trotz intensiver Bemühungen der osmanischen Regierung Österreich in die Allianz zu integrieren, konnte Wien für die Dauer des Krimkrieges seine Neutralität bewahren.[94] Sowohl Russland als auch die Westmächte waren jedoch von der Haltung der Habsburgermonarchie hochgradig verstimmt. Ein Umstand, der Russland verstimmte und in eine diplomatische Isolation führte. Der Frieden von Paris am 30. März 1856 beendete offiziell den Krimkrieg. Aus der Krise ging Napoleon III. (20. April 1808–9. Jänner 1873) als Gewinner hervor. Im Vertrag von Paris am 30. März 1856 wurde des Weiteren dem Osmanischen Reich seine territoriale Integrität und Souveränität garantiert und jede Verletzung der Bestimmungen für die Zukunft als feindseliger Akt festgehalten.[95]

Nach dem Abschluss der Friedensverhandlungen trat am Balkan eine Phase relativer Ruhe ein.[96] Allerdings konnten durch den von der Zentralgewalt initiierten Reformprozess die an Nationalstaatlichkeit ausgerichteten Sezessionstendenzen der christlichen Balkanvölker weder eingeschränkt noch gestoppt werden. Denn als Gegensatz zur muslimischen Herrscherelite konnte sich im Verlauf des Jahrhunderts eine finanzkräftige, gebildete christliche Gesellschaftsschicht mit dem Anspruch auf politische Mitgestaltung etablieren. Die von westlichen Ideen inspirierten Anhänger einer Separation waren nicht nur zu revolutionären Aktionen bereit, sondern richteten den Fokus ihrer politischen Ambitionen auf die Errichtung unabhängiger Staatsgefüge auf Kosten des Osmanischen Reiches. Derart gelang es bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts mit der Unterstützung durch die Großmächte, neben Griechenland auch Serbien und Montenegro eine gewisse Autonomie von Konstantinopel zu bescheren.[97]

[94] Vocelka, Das Osmanische Reich, 253–254.
[95] Buchmann, Österreich und, 216–217.
[96] Vocelka, Das osmanische Reich, 254–255.
[97] Buchmann, Österreich und, 190–192; Hannes Grandits, Herrschaft und Loyalität in der spätosmanischen Gesellschaft. Das Beispiel der multikonfessionellen Herzegowina, Wien/Köln/Weimar 2008., 584–590.

Darüber hinaus spiegelten Herrscherwechsel in den besagten Gebieten die Hoffnung und den Willen der christlichen Bevölkerung wider, sich dem Einflussbereich der Osmanen zu entziehen.[98] Permanente Streitigkeiten zwischen muslimischen Feudalherren und christlichen Untertanen forcierten auch in den angrenzenden Provinzen des Sultans die Bereitschaft der betroffenen Bevölkerung, sich gegen die Herrschaft Konstantinopels zu erheben. In zwei Phasen überzogen den Balkan zwischen 1860 und 1867 eine Reihe von Aufständen, die sich gegen die Herrschaft der Osmanen richteten.[99] Durch diplomatische Initiativen, vor allem von Seiten der Habsburgermonarchie, konnte jedoch eine Ausweitung der zumeist regional begrenzten Revolten durch Serbien und Montenegro vermieden werden.[100]

Als Konsequenz der veränderten Machtverhältnisse in Europa, in Folge des preußisch-französischen Kriegs von 1870-1871, verlagerte die österreichisch-ungarische Monarchie ihre außenpolitische Orientierung vermehrt in Richtung Osten.[101] Kaiser Franz Joseph I. reagierte auf diese Entwicklung mit der Ernennung von Gyula Graf Andrássy (8. März 1823–18. Februar 1890) am 14. November 1871 zum Minister des Äußeren und des kaiserlichen Hauses. Vor dem Hintergrund expansionistischer Pläne hatte die Außenpolitik Österreich-Ungarns gut nachbarschaftliche Beziehungen zu Russland zum Ziel.[102] Trotz anfänglicher russischer Vorbehalte gegenüber der Politik des k.u.k. Außenministers konnten zwischen 1872 und 1874 bilaterale Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden. Die Gespräche gipfelten am 22. Oktober 1873 im Dreikaiserbündnis, in dem eine Zusammenarbeit auf der Basis der Erhaltung des Status quo und dem Prinzip der Nichteinmischung auf Entwicklungen am Balkan beschlossen wurde.[103] Der Ausbruch des Aufstands in der Herzegowina im Juli 1875, setzte nicht nur einen Prozess in Gang der die Beziehungen der Großmächte auf die Probe stellte,[104] sondern führte 1922 zum Ende des osmanischen Reiches

[98] In Serbien kam nach dem Tod seines Vaters Miloš Obrenović (18. März 1780–26. September 1860) dessen Sohn Mihailo Obrenović (16. September/ 4. September 1823–10. Juni/ 29. Mai 1868) an die Macht. In Montenegro übernahm im selben Jahr Fürst Nikola I. Petrović-Njegoš (7. Oktober 1841–1. März 1921) die Regierungsgeschäfte von seinem Onkel Danilo II. Petrović-Njegoš (25. Mai 1826–13. August 1860). Nach dem Ende der Herrschaft des griechischen Königs Otto I. (1. Juni 1815–26. Juli1867), der 1862 seinen Thron im Zuge eines Aufstands verlor, wurde ein Jahr später der dänische Prinz Christian Wilhelm Ferdinand Adolf Georg von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, als Georg I. (24. Dezember 1845–18./ 5. März 1913) zum neuen griechischen König gewählt. Hannes Granditz, Herrschaft und Loyalität, 604–608, Buchmann, Österreich und, 191 und 199.

[99] Nikola Petrović, Der Balkan 1860–1875, die Darstellung der politischen Situation in den Berichten russischer Diplomaten. Österreichische Osthefte, Jahrgang 19, Wien 1977, 83–92.

[100] Ebda.; 87–88.

[101] István Diószegi, Die Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1871-1877. Wien/Köln/Graz 1985, 14–17.

[102] Marija Wakounig, Dissens, 461f.

[103] Diószegi, Die Außenpolitik, 38–51.

[104] Wakounig, Dissens, 464.

2. K.u.k. Botschaft Berlin, April 1875–April 1876, Einstieg in die Diplomatie

Laut seiner Personalakte wurde Pallavicini am 27. April 1875 der k.u.k. Botschaft in Berlin zugeteilt, und ist dort am 11. Mai 1875 in seiner Eigenschaft als k.u.k. Gesandtschafts-Attaché zum Dienstantritt bei Botschafter Alajos Károlyi von Nagykároly (8. August 1825–2. Dezember 1889) erschienen.[105] Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Zentrum der Hohenzollern–Dynastie in einer Metamorphose von einer provinziellen Residenzstadt zum administrativen Zentrum des Deutschen Kaiserreichs.[106] Berlin als kaiserliche Residenzstadt war keineswegs unumstritten. Wilhelm I. (22. März 1797–9. März 1888) hatte die Umstände seiner Flucht anlässlich der revolutionären Ausschreitungen von 1848 noch nicht vergessen und hätte laut Wolfgang Ribbe Potsdam bevorzugt.[107] Auch der Thronfolger Friedrich Wilhelm (18. Oktober 1831–15. Juni 1888) stand der Wahl Berlins skeptisch gegenüber und hätte aus geographischen Gründen lieber Frankfurt am Main als neue Residenzstadt gesehen.[108] Trotz eigener Vorbehalte setzte sich in dieser Frage der Standpunkt des Reichskanzlers Otto von Bismarck (1. April 1815–30. Juli 1898) durch, der seinen Einfluss für die Wahl Berlins zur Hauptstadt des Deutschen Reiches in die Waagschale warf.[109] Schon seit seiner Ernennung zum Preußischen Ministerpräsidenten im September 1862 war Bismarck bemüht, Berlin zu einem führenden Industrie- und Bankenplatz in Europa auszubauen.[110] Darüber hinaus legte er den Grundstein für naturwissenschaftliche Forschungen an der dortigen Universität und setzte Impulse zur Belebung des Kultur- und Geisteslebens der Stadt.[111]

Es besteht Grund zu der Annahme, dass sich bei der Ankunft Pallavicinis die deutsche Außenpolitik mit unerfreulichen Entwicklungen konfrontiert sah, die vom Kaiser über die Regierung bis zur Heeresleitung und der Presse als Bedrohung empfunden wurden. Den Ausgangspunkt zu einer außenpolitischen Krise bildeten Frankreichs Reformen zur Reorganisation der Armee, die Annäherung Russlands an Frankreich und ein Treffen Franz Josephs I. mit dem italienischen König Victor Emanuel II. (14. März 1820–9. Jänner 1878) im Frühjahr 1875 in Venedig.[112] Die Presse konstatierte ein

[105] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini, Jahrbuch des k. und k. Auswärtigen Dienstes 1917, 373–374.
[106] Frank-Lothar Kroll (Hg.), Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II., München 2000.
[107] Wolfgang Ribbe, Berlin als brandenburgisch–preussische Residenz und Hauptstadt Preussens und des Reiches, in:Wolfgang Neugebauer (Hg.), Handbuch der Preussischen Geschichte. Das 17. und 18. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preussens, Band 1, Berlin, New York 2010, 1049–1073.
[108] David Clay Large, Berlin. Biographie einer Stadt. München 2002, 16–28.
[109] Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin/Frankfurt am Main 1995.
[110] Vgl.; Franz Herre, Bismarck. Der preußische Deutsche. Augsburg 1997, 178–179.
[111] Laurenz Demps, Ingo Materna, Eckhard Müller–Mertens, Helga Schulz, Heinz Seyer, Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Berlin 1987, 381–383.
[112] Helmut Rumpler, Die Dalmatienreise kaiser Franz Josephs 1875 im Kontext politischer Richtungsentscheidungen der Habsburgermonarchie am Vorabend der orientalischen Krise, in: Lothar Höbelt, Thomas G. Otte (Hgg.) Living Anachron-

mögliches Bündnis der katholischen Mächte gegen das sich im Kampf mit dem Papst und die katholische Kirche befindende Deutsche Kaiserreich. Ein Artikel vom 9. April 1875 mit der Überschrift „Ist der Krieg in Sicht?“ bildete den Auftakt zu einer fünfwöchigen ernsten diplomatischen Krise, an deren Ende der deutsche Reichskanzler eine schwere politische Niederlage einzustecken hatte.[113]

Der österreich–ungarische Botschafter in Berlin war seit 1871 Alajos Graf Károlyi. Wahrscheinlich ist, dass der k.u.k. Botschafter über die Entwicklung der Krise und über die Haltung Österreich-Ungarns von Außenminister Andrá*ssy* unterrichtet wurde. Es ist wahrscheinlich, dass Pallavicini durch die Berichte des Außenministeriums in die Lage versetzt wurde, sich ein Bild über die Stimmung in Paris zu machen. Dort war man äußerst beunruhigt, dass es neuerlich zu einem Krieg mit Deutschland kommen könnte. Es ist wahrscheinlich, dass der Markgraf durch seine Tätigkeit als Botschaftssekretär in die Lage versetzt wurde, den eintreffenden Berichten des Außenministeriums zu entnehmen, dass Andrássy auf die Zusammenarbeit mit Russland setzte und Zar Alexander II. (29. April 1818–13. März 1881) die diplomatische Initiative zur Konfliktbereinigung überließ.[114] Es scheint, dass es unter der Federführung Russlands und Englands im Verlauf des Sommers 1875 gelang, die Krise zwischen Deutschland und Frankreich erfolgreich zu entschärfen.[115]

2.1. Großmachtinteressen im Osmanischen Reich .

Hinweise lassen die Vermutung zu, dass Pallavicini im Rahmen seiner diplomatischen Tätigkeit in Berlin Einblicke in die Mechanismen der europäischen Mächte im Umgang mit dem Osmanischen Reich bekam. Im Zentrum der Berichterstattung standen handels- und wirtschaftspolitisch relevante Verkehrsinfrastrukturprojekte des Osmanischen Reiches, die eine Intervention der europäischen Mächte nach sich zogen. Die diesbezüglichen Berichte informierten Pallavicini über Differenzen der Suezkanal-Gesellschaft (Compagnie universelle du canal maritime de Suez) mit seinen Aktionären und der Kontroverse rund um die Vergabe der Konzession zum Ausbau der osmanischen Eisenbahnen in den europäischen Provinzen. Im April 1875 erfuhr die k.u.k. Botschaft in Berlin aus einer Abschrift der Berichte des k.u.k. Botschafters in Konstantinopel von der pekuniären Kontroverse hinsichtlich der

ism? European Diplomacy and the Habsburg Monarchy, Wien/Köln/ Weimar 2010, 172–173.

[113] Winfried Baumgart, Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878. Paderborn/Wien 2007, 412.

[114] Gyula Andrássy an Alajos Károly Wien 1875 Mai 6, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Karton (Kart.) 141.

[115] Johannes Janorschke, Bismarck, Europa und die Krieg-in-Sicht-Krise von 1875. Otto von Bismarck Stiftung, Band XI, Paderborn/München/Zürich, 2010.

Reparaturarbeiten des am 1869 eröffneten Wasserwegs zwischen Mittel- und Roten Meer.[116] Es besteht Grund zu der Annahme, dass sich Pallavicini anhand der Berichte des k.u.k. Botschafters in Konstantinopel Franz Zichy zu Zich und von Vásonykeö (24. Jänner 1811–17. Juli 1900) an das Außenministerium, über die Vorgänge in Ägypten informieren konnte.[117]

Die Notwendigkeit von Reparaturmaßnahmen an dem 1869 eröffneten Kanal veranlasste den Präsidenten der Gesellschaft Ferdinand de Lesseps (19. November 1805–7. Dezember 1894) im März 1872 eine Erhöhung der Frachtgebühren zu fordern.[118] In England wurden die Forderung als protektionistisch empfunden und von Protesten der betroffenen Reeder begleitet. Die Proteste wurden von einigen Abgeordneten aufgegriffen und führten zu einer Debatte im britischen Unterhaus. Auch unter den französischen Aktionären bildete sich Widerstand, der in einem Rechtsstreit zwischen Befürwortern und Gegnern einer Erhöhung mündete. Als Konzessionsgeber rief die osmanische Regierung Mitte 1873 eine Tarifkonferenz in Konstantinopel ein, zu deren Resultaten Lesseps jedoch seine Zustimmung verweigerte.[119]

Im April 1874 unternahm Lesseps einen weiteren Vorstoß, eine Tariferhöhung durchzusetzen und drohte mit der Schließung des Kanals. Die Entwicklung zeigt, dass die Botschafter von England, Österreich-Ungarn, Italien und Deutschland auf der Umsetzung der Beschlüsse des Vorjahres beharrten und Lesseps von Seiten der Pforte mit der Stationierung von Truppen unter Druck gesetzt wurde. Das veranlasste ihn zum Einlenken. Die neuen Tarife traten mit Ende des Monats in Kraft. Den Vorteil aus dieser Entwicklung zogen vor allem die britischen Reeder und Handelsgesellschaften, während die Suezkanal-Gesellschaft weitere herbe finanzielle Einbußen zu verkraften hatte. Der Inhalt eines von Lesseps verfassten „pour memoires“ erreichte im April 1875 das k.u.k. Außenministerium.[120] Es ist wahrscheinlich, dass den Markgrafen seine Tätigkeit als Botschaftssekretär in die Lage versetzte, aus den eintreffenden Berichten des Außenministeriums Kenntnisse darüber zu bekommen, dass darin von der Gesellschaft die Kosten der fälligen Reparaturarbeiten aufgelistet wurden und man abermals eine Erhöhung der Tarife forderte.[121] Andrássy zeigte sich grundsätzlich bereit den Forderungen nachzukommen. Eine Entscheidung wollte er nur im Einklang mit den Regierungen der europäischen

[116] Vgl., die Eröffnung und der Bau des Suezkanals, J. Groller von Mildensee, Vor vierzig Jahren. Die Orientreise seiner Majestät Kaiser Franz Joseph I. im Jahre 1869, 31–39; Douglas A. Farnie, East and West of Suez. The Suez Canal in History 1854–1956. Oxford 1969.
[117] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1875 April 30, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 141, Abschrift.
[118] Alfred Birk, Alois von Negrelli. Die Lebensgeschichte eines Ingenieurs, Band I, Wien/Leipzig 1915.
[119] Vgl. Farnie, East and West, 216–227.
[120] Rudolf Agstner, 125 Jahre Suezkanal. Österreich-(Ungarn) und seine Präsenz am Isthmus von Suez. Zur Geschichte der Konsulate in Suez Ismailia und Port Said 1844-1956, Kairo 1995, 12-15.
[121] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1875 April 30, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 141(Abschrift).

Mächte treffen. Obwohl die Notwendigkeit Reparaturarbeiten durchzuführen außer Frage stand, ist wahrscheinlich, dass trotz diplomatischer Bemühungen keine Einigung zwischen den Kabinetten erzielt werden konnte.[122]

In den nächsten Monaten des Jahres 1875 zogen sich die Beratungen ergebnislos dahin. Erst eine weitere Initiative des britischen Premiers Benjamin Disraeli (21. Dezember 1804–19. April 1881) im Februar 1876 brachte wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen. Im Rahmen einer versöhnlich gehaltenen Unterhausrede forderte der Premier Lesseps zu weiteren Gesprächen auf. Dieser kam dieser Aufforderung auch umgehend nach. Bei den darauffolgenden Erörterungen konnte ein für beide Seiten akzeptabler Kompromiss erzielt werden. Auf der Grundlage britischer Garantien erklärte sich der Präsident der Suezkanal- Gesellschaft bereit, die Beschlüsse der Konferenz von 1873 anzuerkennen und stellte weitere Widerstände gegen die Beschlüsse ein.[123]

An dieser Stelle stellt sich die Frage „was die Kontroverse um die Erhöhung der Transporttarife mit Pallavicini zu tun hat?“ Es soll an dieser Stelle dem Umstand Rechnung getragen werden, dass, wenn auch nur weitschichtig, die zukünftige Gemahlin Pallavicinis mit Ferdinand de Lesseps verwandt war, und somit ein familiäres Interesse an der Entwicklung der Suezkanal-Gesellschaft bestanden haben könnte.[124] In Hinblick auf seine Karriere ist zu vermuten, dass er durch die Vorgehensweise der Großmächte darüber Kenntnis erlangte, wie sie ihre Interessen im Osmanischen Reich durchzusetzen pflegten. Es war dies der grundsätzliche Wille einen Konsens hinsichtlich auftretender Fragen zu erzielen, der aber im Hinblick auf machtpolitische Eigeninteressen allzu oft scheiterte. In diesem Zusammenhang sind auch die Bemühungen der osmanische Regierung zwischen 1867 und 1875 zu sehen, ein durchgehendes Bahnnetz mit Hilfe ausländischer Investoren im europäischen Teil ihres Herrschaftsbereiches zu errichten.[125]

So sehr der Suezkanal einen entscheidenden Stellenwert für die Entwicklung des Welthandels einnahm, so bedeutsam waren die Bemühungen Österreich-Ungarns, durch die Errichtung neuer Verkehrswege Richtung Osten die Märkte des Osmanischen Reiches zu erschließen.[126] Während

[122] Gyula Andrássy an Alajos Károly Wien 1875 April 30, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Karton 141; Friedrich Beust an Gyula Andrássy, London 1875 Mai 28, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Karton (Kart.) 142, Carl Phillip Wrede an Gyula Andrássy, St. Petersburg 1875 Juni 12 / Mai 31, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142; Rudolf Apponyi an Gyula Andrássy, Paris 1875 Juni 5, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142; Felix Wimpffen an Gyula Andrássy, Rom 1875 Mai 29, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[123] Vgl. Farnie, East and West, 227–249.
[124] Würl, Tätigkeit, 5.
[125] Victor Röll, Enzyklopädie des Eisenbahnwesens, Band 7, Berlin/Wien 1915, 445.
[126] Klaus Reisinger, Österreichs Eisenbahnwesen als Bindeglied zwischen Zentraleuropa und den Balkanländern, in: Harald Heppner (Hg.), Der Weg führt über Österreich. Zur Geschichte des Verkehrs- und Nachrichtenwesens von und nach Südosteuropa, Wien/Köln/Weimar 1996,128–129.

England, Frankreich und auch Belgien ihre Exporte kostengünstig über den Seeweg transportieren konnten, richteten sich die diesbezüglichen Bemühungen der Habsburgermonarchie auf den Export ihrer Produkte mittels Eisenbahn.[127]

Am Ende der 1860er Jahre wurde Außenminister Friedrich von Beust (13. Jänner 1809–24. Oktober 1886) zu einem der maßgeblichen Befürworter des Ausbaus der osmanischen Eisenbahnen in Europa und deren Anbindung an das Streckennetz der Donaumonarchie. In Abdülaziz fand Beust bei dessen Besuch in Wien 1867 den richtigen Ansprechpartner.[128] Der Sultan erwartete sich neben einer Intensivierung der Handelsbeziehungen auch eine Stabilisierung der politischen Verhältnisse am Balkan. Auf Empfehlung des k.u.k. Außenministers erging 1868 eine Konzession zum Bau einer Bahnlinie durch Rumelien nach Konstantinopel, mit Anbindung an das Netz Österreich-Ungarns, an die belgische Firma Van der Elst & Cie.[129] Im Rahmen der wirtschaftlichen Turbulenzen ging die Firma 1869 in Konkurs. Die Konzession wurde zurückgenommen und kurze Zeit später an den deutsch-jüdischen Bankier Maurice Baron Hirsch (9. Dezember 1831–21. April 1896) vergeben. Es besteht Grund zu der Annahme, dass die Finanzierung des Bauvorhabens gesichert war als es ihm gelang Wertpapiere an der Wiener Börse aufzulegen und finanzielle Zusicherungen von der osmanischen Regierung zu erhalten.[130]

In Europa stieß die Anbindung des Osmanischen Reiches an das kontinentale Eisenbahnnetz grundsätzlich auf positive Resonanz. Hinweise deuten darauf hin, dass das Projekt von Russland nicht begrüßt wurde. Durch die Intervention des russischen Botschafters Nikolaj Pavlovič Ignat'ev (29./17. Jänner 1882–3. Juli/ 20. Juni 1908) im Osmanischen Reich und seinen Einfluss auf Großwesir Mahmud Nedim Pascha (1818–14. Mai 1883) kam es 1872 nicht nur zu Verzögerungen des Bauvorhabens, sondern auch zu einer Modifikation der osmanischen Eisenbahnpolitik. In einem 1872 neuverhandelten Vertrag gingen die bis dato im Privatbesitz der Hirschen Bau– und Betreibergesellschaften stehenden Bahnen in den Besitz des Osmanischen Reiches über. Hirsch wurde vom Eigentümer zum Generalunternehmer und Pächter der Bahnen. Die mit der Pforte neu geschlossene Vereinbarung implizierte eine Überprüfung der Kosten der bis dahin fertiggestellten

[127] Ingrid Müller, Die Handelspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie am Balkan 1890-1914, Dissertation Wien 1979.
[128] Kurt Grünwald, Türkenhirsch. Astudy of Baron Maurice de Hirsch Entrepreneur and Philanthropist. Israel Program for scientific translations 1966, 30–33.
[129] Die Firma Van der Elst & Cie gehörte zum Konzern von André Langrand-Dumonceau, in: Mayers Großes Konversations-Lexikon, Band 12. Leipzig 1908, 178-179.
[130] Die sogenannten „Türkenlose" waren eine Mischung aus Los und festverzinster, wenn auch sehr niedrig verzinster Aktien. Markus Klenner, Eisenbahn und Politik 1758–1914. Zum Verhältnis der europäischen Staaten zu ihren Eisenbahnen. Dissertation, Wien 2002, 101; Grünwald, Türkenhirsch, 36f.

Teilstrecken, die in der Folge zu einer langjährigen juristischen Auseinandersetzung zwischen Hirsch und dem Osmanischen Reich führte.[131]

Ein neuerlicher Regierungswechsel in Konstantinopel brachte einen abermaligen Richtungswechsel in der Eisenbahnpolitik der Pforte. Die von Ignat´ev forcierten Pläne eines Anschlusses der bereits errichteten rumelischen Bahnen an das russische Netz wurden verworfen. Die Pforte suchte nunmehr wieder in dieser Frage eine Lösung mit Österreich-Ungarn zu erzielen, in deren Mittelpunkt die Verhandlungen einer Verbindung der österreichisch-ungarischen Bahnen mit den rumelischen Strecken standen. Die Anbindung durch Bosnien an die Südbahn wurde von Konstantinopel vorerst ad acta gelegt. Fast gleichzeitig trat die ungarische Regierung in einen Dialog mit Serbien. Das Ziel der gemeinsamen Bemühungen sollte der Bau einer durchgehenden Linie von Wien nach Konstantinopel über Budapest, Belgrad und Niš sein.[132]

Anhand der Berichte des Außenministeriums und durch Gespräche mit den Diplomaten der Botschaft in Berlin Anfang 1875 konnte sich Pallavicini über die aktuellen Entwicklungen um die „Orientalischen Bahnen“ informieren.[133] Denn in Konstantinopel signalisierte der Sultan Zichy, mit der Unterstützung Österreich-Ungarns den Ausbau der rumelischen Strecken voranzutreiben. zu wollen. Dem Anliegen stand Andrássy positiv gegenüber, zumal er sich der wirtschafts- und handelspolitischen Dimension einer Bahnverbindung mit dem Osmanischen Reich bewusst war. Ebenso gut wusste er über die gegen dieses Projekt gerichteten Maßnahmen Bescheid, hinter welchen der Großwesir Hüseyin Avni Pascha (1819–15. Juni 1876) stand. Es scheint, dass er die Interessen französischer Investoren vertrat, die den Anschluss der orientalischen Bahnen an Österreich-Ungarn verhindern wollten.[134] Die vorliegenden Hinweise lassen den Schluss zu, dass der Handel auf dem Seeweg mit dem Osmanischen Reich für England und Frankreich derart lukrativ war, dass beide diesen Zustand erhalten wollten.[135] Unter diesem Einfluss zog der Großwesir alle Register, um den Sultan zu einer Abkehr von seinen Plänen zu bewegen.[136]

Informationen deuten darauf hin, dass Andrássy in dieser Angelegenheit eine finanzielle Abhängigkeit der osmanischen Regierung von Frankreich vermeiden wollte, weniger von Seiten der Politik, sondern von Börsenspekulanten und Bankiers, die ihre Aktivitäten auf den Orient ausdehnt

[131] Ebd.; 39–42.
[132] Walther Rechberger, Zur Geschichte der Orientbahnen. Ein Beitrag zur Österreich–ungarischen Eisenbahnpolitik auf dem Balkan in den Jahren 1852–1888. Dissertation, Wien 1958, 167.
[133] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 März 20, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 141.
[134] Rechberger, Orientbahnen, 169f.
[135] Herrmann Hagspiel, Außenwirtschaftliche Beziehungen zu Frankreich, in: Adam Wandruschka–Peter Urbanitsch, (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VI/1, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1989, 687-709.
[136] Reisinger, Eisenbahnwesen, 129; Rechberger, Orientbahnen, 174; Grünwald, Türkenhirsch, 48.

hatten.[137] Zugute kam ihm dabei die Ankündigung von Hirsch, weitere Abschnitte in Zusammenarbeit mit einer Gruppe österreichischer Investoren zu errichten und seine Betriebsgesellschaft von einer französischen in eine österreichische umzuwandeln. Trotz bestehender Reklamationsforderungen, aber mit dem Bewusstsein der Unterstützung durch Wien, trat Hirsch abermals in Verhandlungen mit der osmanischen Regierung über neue Bauvorhaben.[138] Fragwürdig ist, ob er sich der Unterstützung durch Österreich-Ungarn sicher sein konnte. Den Berichten vom März 1875 konnte Pallavicini entnehmen, dass Andrássy zwar grundsätzlich bereit war dem Baron „unsere wohlwollende Unterstützung angedeihen lassen zu sollen“, um gleichzeitig festzuhalten, „dass wir uns mit den von verschiedenen Gesellschaften des Baron Hirsch gegen die Pforte erhobenen Reklamationen in keinerlei Weise identifizieren können“.[139] Es besteht kein Zweifel daran, dass diese Reklamationen den entscheidenden Punkt in den Verhandlungen von Hirsch mit der Pforte bildeten. Im Hinblick auf die angespannte finanzielle Situation der Staatsfinanzen seines Reiches ließ der Sultan Zichy wissen, dass an eine Weiterführung des Bauvorhabens nur dann zu denken sei, wenn der Baron von seinen Forderungen Abstand nehmen würde.[140]

Unter dieser Voraussetzung kam es zum Stillstand der Gespräche. Erst der Vorschlag über die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Klärung der Forderungen brachte Bewegung in die ausgesetzten Verhandlungen. Die osmanische Regierung willigte zwar in die Einsetzung einer Kommission ein, die Differenzen konnten trotzdem nicht beseitigt werden. Um den Ausbau doch noch zu ermöglichen, unternahm der Außenminister den Versuch, die deutsche Regierung für sein Anliegen zu gewinnen.[141]

In Berlin wurde der Wunsch des österreichisch-ungarischen Außenministers nach einer gemeinsamen Linie in der Frage des Schiedsgerichts und des Bahnanschlusses „mit lebhaftem Interesse“ zur Kenntnis genommen. Die Berichte aus dem k.u.k. Außenministerium legen nahe, dass der Markgraf daraus die Information entnehmen konnte, dass man sich sonst in Berlin ausweichend verhielt.[142] Über die Willensbekundung mit Wien, in Übereinstimmung der Interessen im Sinne von Anschluss und Ausbau der Bahnen in den europäischen Provinzen des Osmanischen Reiches zu handeln, ging Berlin nicht hinaus.[143]

---

[137] Vgl.; Hagspiel, Aussenwirtschaftliche Beziehungen, 689–690, Marcin Marcinkowski, Die Entwicklung des Osmanischen Reiches zwischen 1839 und 1908. Reformbestrebungen und Modernisierungsversuche im Spiegel der deutschsprachigen Literatur, in: Islamkundliche Untersuchungen Band 279, Berlin 2007.

[138] Rechberger, Orientbahnen, 164–167.

[139] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 März 20, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 141.

[140] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 März 16, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 141. Abschrift der Audienz Zichy beim Sultan vom 16. März 1875.

[141] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 Juni 21, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 141, Abschrift Zichy vom 23. April 1875.

[142] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Terebes 1875 Juli 28, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

[143] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 16, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

Die Berufung Mahmud Nedim Paschas zum Großwesir am 21. August 1875 ließ die Chancen auf eine Realisierung der Bauvorhaben noch einmal in greifbare Nähe rücken. Hinweise deuten darauf hin, dass er im Gegensatz zu seiner ersten Amtsperiode versuchte, die Voraussetzungen für die Umsetzung des Bahnprojektes gegen innere Widerstände durchzusetzen.[144] Der Ausbau der rumelischen Bahnen wurde ins Regierungsprogramm aufgenommen und von Abdülaziz sanktioniert. Die offizielle Erklärung wurde Ende September an Zichy übergeben. Es scheint, dass hierauf die Verhandlungen mit der Baugesellschaft von Hirsch intensiviert wurden und erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Für Andrássy schienen nunmehr alle Hindernisse ausgeräumt. Denn nach dem positiven Abschluss der Verhandlungen zwischen Ungarn und Serbien über den Entwurf einer Eisenbahnkonvention, war dies ein weiterer Schritt in Richtung einer durchgehenden Bahnverbindung zwischen Wien und Konstantinopel. Doch es sollte anders kommen.[145]

Die Ankündigung der Regierung in Konstantinopel, eine Zinssenkung auf ihre Anleihen anzuordnen, ließ in Wien eine pessimistische Einschätzung der Lage entstehen.[146] Die zuversichtliche Stimmung kippte vollends, als bekannt wurde, dass der Sultan in das Abkommen mit Hirsch nicht einwilligen wollte und jeder diplomatische Versuch, ihn doch noch umzustimmen, fehlschlug. Letztlich besiegelte die Weigerung Serbiens, die Eisenbahnkonvention zu unterzeichnen, das vorläufige Ende des Bahnprojekts.[147]

Es besteht kaum Zweifel dran, dass es die Finanzkrise des Osmanischen Reiches und die internen Widerständen gegen die Politik des Sultans waren, die die Bemühungen Österreich-Ungarns 1875 vereitelten, eine durchgehende Bahnverbindung von Wien nach Konstantinopel, bzw. nach Saloniki, zu errichten. An dieser Stelle erlaubt die Darstellung einen Vorgriff, der im Zusammenhang mit dem Ausbau der osmanischen Bahnen im europäischen Teil ihres Herrschaftsbereichs steht. Die Informationen um die Bahnprojekte am Balkan waren für Pallavicini von Wert, nämlich insofern, da bei seiner Ankunft in Konstantinopel 1906 eine seiner ersten Aufgaben als k.u.k. Botschafter darin bestand, das vom Außenminister Aehrenthal betriebene Projekt der Sandschakbahn mit der Osmanischen Regierung zu verhandeln.[148]

---

[144] Rechberger, Orientbahnen, 171–173.
[145] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 16, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[146] Die Ankündigung einer Zinssenkung auf ihre Staatspapiere war nur der Auftakt zu dem am 6. Oktober 1875 erklärten Staatsbankrott des osmanischen Reichs. Marcinkowski, Entwicklung 76–79; zum Staatsbankrott siehe auch, Josef Matuz, Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte. Darmstadt 1985, 245–248; Klaus Kreiser, Der Osmanische Staat 1300–1922, in: Jochen Bleicken – Lothar Gall – Herman Jakobs (Hgg.), Oldenburg, Grundriss der Geschichte Band 30, München 2001, 43.
[147] Rechberger, Orientbahnen, 173f.
[148] Evelyn Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus. In: Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Frankfurt/Main, u.a., 2001.

Obwohl nicht unmittelbar vor Ort, scheint es doch, dass Pallavicini aus den Informationen des k.u.k. Außenministeriums im Laufe des ersten Jahres seiner diplomatischen Tätigkeit Einblicke über die Vorgänge im Osmanischen Reich erlangen konnte. Es war ersichtlich, dass Konstantinopel nach außen hin nicht in der Lage war, den europäischen Mächten viel entgegenzusetzen. Der Diplomat lernte die Mechanismen auf außenpolitischer und diplomatischer Ebene kennen, die die Mächte anzuwenden pflegten, um ihre zumeist wirtschafts- und handelspolitischen Interessen bei der Pforte durchzusetzen. Er konnte sich allerdings auch ein Bild von der innenpolitischen Situation des Reiches machen, wo Diskontinuität, Misswirtschaft, Korruption und Vetternwirtschaft an der Tagesordnung standen. In diesem Umfeld waren vor allem die christlichen Völker des Balkans nicht bereit, die Herrschaft der Osmanen widerspruchslos hinzunehmen. Im August 1875 kam es zu einem Konflikt zwischen der christlichen Bevölkerung der Herzegowina und der osmanischen Autorität, der unmittelbar eine regen diplomatische Tätigkeit der europäischen Mächte zur Folge hatte.[149]

2.2. Der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina 1875 und seine Folgen

2.2.1. „ Andrássy-Note und Berliner Memorandum“

Durch die Informationen des Außenministeriums über den Aufstand der christlichen Bevölkerung in Bosniens und der Herzegowina (1875–1878) ist anzunehmen, dass Pallavicini die Entwicklungen verfolgen konnte. Zum besseren Verständnis und zur Abrundung der Darstellung muss an dieser Stelle angefügt werden, dass die „Lücken“ der Informationen des k.u.k. Außenministeriums an die k.u.k. Botschaft in Berlin und in Folge an die k.u.k. Botschaft in Paris, mit Informationen aus der Sekundärliteratur ergänzt werden.

Unter der Herrschaft Sultan Abdülaziz geriet das Osmanische Reich in eine finanzielle Krise, die im Herbst 1875 in den Staatsbankrott führte. Der Mangel an Einnahmen für den Finanzhaushalt förderte die Abhängigkeit von außen und hemmte die Entwicklung des Reiches zu einer modernen Industrienation. Neben den Altlasten standen darüber hinaus sowohl eine chronisch defizitäre Handelsbilanz als auch übermäßige Ausgaben für Verwaltung, Beamtenschaft und Militär sowie die Verschwendungssucht des Sultans im Zentrum dieser Entwicklung. Neben immer neuer Auslandsanleihen versuchte die Pforte durch eine rigorose Finanzpolitik ihre zunehmenden Auslandsschulden unter Kontrolle zu bekommen.[150] Innerhalb weiter Teile der Bevölkerung führten

[149] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 16, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[150] Matuz, Osmanisches Reich, 246.

diese Maßnahmen zu einem Anstieg von Protestbewegungen und zur Zunahme von Ungehorsam und Widerstand. So auch am Balkan. Der auf den Christen von Bosnien und der Herzegowina lastende Steuer- und Abgabendruck verschärfte die ohnehin prekäre Lebenssituation. Die Rufe nach Gleichstellung mit den muslimischen Herren, Reformen und Unterstützung von außen wurden immer lauter, jedoch von Konstantinopel weitgehend ignoriert.[151] In diesem Klima brach am 9. Juli 1875 im Bezirk Nevesinje ein Aufstand der christlichen Bevölkerung der Herzegowina aus, der sich innerhalb kürzester Zeit wie ein Lauffeuer auf ganz Bosnien ausbreitetet.[152]

Anfang August 1875 wurde die k.u.k. Botschaft in Berlin über die Entwicklung informiert.[153] Es besteht die Annahme, dass sich auch Pallavicini ein Bild über die Vorgänge machen konnte. und er von der Initiative der russischen Regierung Kenntnis erhielt, die diese zur Beruhigung der Lage anregte. In St. Petersburg war man der Ansicht, dass es der Pforte nicht gelingen werde, den Aufstand durch eine gezielte Militäraktion rasch zu beenden. Für diesen Fall befürchtete Russland ein aktives Eingreifen Montenegros auf Seiten der Aufständischen. Wahrscheinlich ist, dass das russische Kabinett den Vorschlag einer kombinierten Aktion der Kaisermächte unterbreitete, um zur Entspannung der Situation beizutragen. Offensichtlich wurde der russische Botschafter in Wien Evgenij Petrovič Novikov beauftragt, Gespräche zur Entwicklung einer gemeinsamen Linie mit dem österreichisch–ungarischen Außenminister und dessen deutschen Kollegen Hans Lothar von Schweinitz (30. Dezember 1822–23. Juni 1901) einzuleiten.[154]

Anhand der Informationen des Außenministeriums konnte sich Pallavicni davon überzeugen, dass die Antwort Andrássys auf die russische Initiative eine grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit erkennen ließ. Das von russischer Seite vorgelegte Konzept einer „offiziösen Mediation der drei Mächte“ empfand der Außenminister jedoch als nicht präzise genug, um als Basis für ein weiteres gemeinsames Vorgehen zu dienen.[155] Im Zentrum seiner Planungen stand die Erteilung kombinierter Instruktionen sowohl an die Konsularvertretungen als auch an die Botschafter in Konstantinopel, denen die Aufgabe zufallen sollte, die Lage zu beruhigen. Andrássy wollte den Aufstand als eine innere Frage des Osmanischen Reiches behandelt wissen.[156]

---

[151] Hans Joachim Härtel und Roland Schönfeld, Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 1998, 72f; Marcinkowski, Entwicklung, 80.

[152] Hannes Grandits, Herrschaft und Loyalität in der spätosmanischen Gesellschaft. Wien/Köln/Weimar 2008, 613–623; Alfred Fischel, Der Panslawismus bis zum Weltkrieg, Stuttgart/Berlin 1919, 410–417.

[153] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 August 7, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

[154] Vgl.; Martin Kröger, Schweinitz, Hans Lothar von, in: Neue Deutsche Biographie, Band 24, Berlin 2010.

[155] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 August 7, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

[156] Vgl.; Rainer F. Schmidt, Graf Julius Andrássy und der Zweibund. Zur Vorgeschichte des Bündnisses vom Oktober 1879 zwischen Österreich-Ungarn und den Deutschen Reich, in: Helmut Rumpler und Jan Paul Niederkorn, „ Der Zweibund“ 1879, Das österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996.

Möglicher Weise befürchtete der Außenminister, durch eine kollektive Mediation eine moralische Verpflichtung zu übernehmen, die nicht zu realisieren sei.[157] Durch die Informationen des Außenministeriums konnte Pallavicini den Eindruck bekommen, dass das Konzept des Außenministers, den Aufstand durch kombinierte Gespräche zu entschärfen und als innere Angelegenheit Konstantinopels zu werten, in den politischen und militärischen Kreisen Österreich-Ungarns umstritten war. Meinungsunterschiede zwischen Diplomatie und Militär waren jedoch nicht neu.

Gegen Bedenken der Diplomatie gab es seit den 1860er Jahren vor allem auf Seiten der Militärs Gedankenspiele über eine Expansion am Balkan.[158] Im Rahmen einer Geheimkonferenz unter dem Vorsitz des Kaisers und im Beisein des Außenministers sowie hoher Militärs wurden im Februar 1872 grundlegende Richtlinien für eine enge Zusammenarbeit von Außen- und Heerespolitik erörtert. Einiges spricht dafür, dass nach dem Vorbild bismarckscher Machtpolitik ein entsprechendes Konzept für Österreich-Ungarn erörtert werden sollte. Andrássy bekannte sich bereits bei seinem Amtsantritt dazu, die Vorgaben des Kaisers umzusetzen und sich im Rahmen seiner Politik mit dem Militär abzustimmen. Ungeachtet der Tatsache, dass die Möglichkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung mit Russland um die Vormachtstellung am Balkan bestand, erachtete Andrássy den Erwerb der osmanischen Provinzen Bosnien und Herzegowina für Österreich-Ungarn als erstrebenswert. Den Schwerpunkt seiner Politik legte Andrássy auf ein defensives Verhalten. Österreich-Ungarn sollte sich auf die kommenden Entwicklungen vorbereiten aber nicht selbst die Initiative ergreifen. Es besteht Grund zu der Annahme, dass nach Einschätzung der Armeeführung ein Krieg gegen das Zarenreich kaum zu gewinnen war. Er plädierte daher nicht nur für eine Annäherung an Berlin sondern richtete seine Bestrebungen auf den Abschluss einer Bündnisvereinbarung mit dem Deutschen Kaiserreich aus.[159]

Das politische Programm des Außenministers war gegenüber dem Osmanischen Reich auf Ausgleich ausgerichtet. Die Informationen Diószegis lassen den Schluss zu, dass seine Politik gegenüber Konstantinopel im Sommer 1875 auf die Erhaltung des Status quo ausgerichtet war und er eine Allianz der Balkanstaaten gegen das Osmanische Reich verhindern wollte.[160] Zweifelsohne lag es

[157] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 August 7, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[158] Horst Haselsteiner, Bosnien–Herzegowina. Orientkrise und Südslawische Frage, Wien/Köln/Weimar 1996, 10–19.
[159] Istvan Diószegi, Graf Gyula Andrássy d.Ä., Schöpfer des Zweibundes 69–83. in: Helmut Rumpler–Jann Paul Niederkorn, „Der Zweibund“ 1879. Das österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996.
[160] Diószegi, Die Außenpolitik, 28–35.

im Interesse Österreich-Ungarns, Differenzen zwischen Serbien und Montenegro zu schüren, um dadurch eine Annäherung der beiden Fürstentümer zu unterbinden.[161]
Eine militärische Zusammenarbeit mit Konstantinopel schloss Andrássy nicht aus; doch die kam nicht zustande.[162] Es ist anzunehmen, dass die Außenpolitik der Habsburgermonarchie gegenüber seinem südlichen Nachbarn einen schmalen Grad zwischen eigenen Expansionsgelüsten und Aufrechterhaltung des Status quo beschritt. Andrássy war sich dieser Tatsache bewusst, als er im Sommer 1876 gegenüber Bismarck seinen Kurs als nicht zu sehr pro-osmanisch, aber auch nicht als zu sehr für die Belange der christlichen Bevölkerung eintretend, präzisierte.[163]

In Berlin 1875 fand Pallavicini ausreichend Zeit, sich sowohl im Rahmen seiner diplomatischen Tätigkeit als auch als interessierter Privatmann über das Konzept und die Ziele der deutschen Außenpolitik ein Bild zu machen.[164] Er konnte erkennen, dass das im Jänner 1871 konstituierte Deutsche Kaiserreich nicht gerade vor Selbstbewusstsein strotzte. Innerhalb der regierenden Kreise herrschte die Meinung vor, von feindlich gesinnten Mächten umgeben zu sein. Bismarck war davon überzeugt, einer diplomatischen Isolation lediglich durch eine aktive Außenpolitik begegnen zu können. Das Feld der Außenpolitik beanspruchte Bismarck als seine Domäne. Sein außenpolitisches Konzept beruhte auf der Grundlage, geopolitische Interessen der europäischen Mächte gegeneinander zu richten. Die Orientalische Frage bildete hierbei eine Option, die Aufmerksamkeit der Mächte auf betreffende Entwicklungen im Osmanischen Reich zu richten.[165]

Der Reichskanzler arbeitete darauf hin, im Konfliktfall als Mediator auftreten zu können und verabsäumte keine Gelegenheit, seine politische Gleichgültigkeit gegenüber der Orientalischen Frage zu bekunden. Es sollte der Eindruck entstehen, dass das Deutsche Kaiserreich nicht an der Orientalischen Frage interessiert sei. Tatsächlich aber war das Gegenteil der Fall. Gegenüber seinen engsten Vertrauten ließ er erkennen, „dass es höchste Staatskunst sei, wenn es gelänge das orientalische Geschwür offen zu halten und dadurch die Einigkeit der anderen Großmächte zu vereiteln und unseren eigenen Frieden zu sichern.“[166]

---

[161] Branislav Vranešević, Außenpolitische Beziehungen zwischen Montenegro und der Habsburgermonarchie von 1848-1918, 378; Vranešević, Branislav: Die außenpolitischen Beziehungen zwischen Serbien und der Habsburgermonarchie, in: Adam Wandruschka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848-1918, Band VI/2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 319-375.
[162] Gisela Hünigen, Nikolaj Pavlovič Ignat´ev und die russische Balkanpolitik 1875–1878. Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Band 40, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1968, 28-35.
[163] Haselsteiner, Bosnien-Herzegowina, 24.
[164] Konrad Canis, Bismarcks Außenpolitik nach 1871. Die Frage der Alternativen, in: Rainer F. Schmidt (Hg.), Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg Band LVIII, Stuttgart 2004, 20- 35.
[165] Winfried Baumgart, Bismarcks Außenpolitik. Einige grundsätzliche Bemerkungen, in: Rainer F. Schmidt (Hg.), Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke–Gesellschaft Band 58, Stuttgart 2004, 10-19.
[166] Ebda,; 18.

In Bismarcks Augen waren nur historische Staaten lebensfähig waren.[167] Was die politischen Ziele der Völker des Balkans betraf nach nationale Souveränität betraf , äußerte er sich skeptisch und lehnte Unterstützung für revolutionäre Bewegungen ab. Diese für Österreich-Ungarn wichtige Grundsatzhaltung erleichterte die diplomatische Annäherung der beiden Kaiserreiche, die im Dezember 1871 mit der Errichtung diplomatischer Vertretungen in Wien und Berlin ihren Ausdruck fand. Weitere Verhandlungen folgten und mündeten am 22. Oktober 1873 im Dreikaiserabkommen von Wien, das zwischen Österreich-Ungarn, dem Deutschen Kaiserreich und Russland abgeschlossen wurde.[168] Das Verhältnis der Kaiserreiche wurde jedoch schon bald von Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland am Balkan getrübt. Es besteht Grund zu der Annahme, dass dadurch Bismarcks außenpolitisches Konzept ins Wanken geriet, da ein Interessenskonflikt am Balkan nicht nur zu Spannungen zwischen den europäischen Mächten geführt hätte, sondern auch zu einem Optionsproblem für Bismarck geworden wäre. Im Hinblick darauf bildete der Ausbruch der Unruhen in Bosnien und der Herzegowina für Bismarck eine willkommene Entwicklung.[169]

Bismarck hielt Österreich-Ungarns für einen unverzichtbaren Garant für das Gleichgewicht der Kräfte in Europa.[170] Trotzdem blieb Andrássy gegenüber der Außenpolitik des deutschen Reichskanzlers hinsichtlich der Ereignisse in Bosnien und der Herzegowina im Sommer 1875 vorsichtig. Obwohl der deutsche Botschafter in Wien in die Verhandlungen um die Entsendung einer Konsularkommission eingebunden war, bemühte sich Andrássy primär darum, mit dem russischen Botschafter, zu dem ein Vertrauensverhältnis bestand, eine Einigung zu erzielen. Novikov trat grundsätzlich für eine Verständigung mit dem Habsburgerreich ein und zeigte sich stets bemüht, im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit der beiden Reiche zu agieren. Hinweise deuten darauf hin, dass es auf seinen Einfluss zurückzuführen war, dass sich das negative Image des österreichisch-ungarischen Außenministers in den Augen der russischen Regierung wandelte.[171]

Pallavicini war bekannt, dass in Russland Michail Alexandrovič Gorčakov (15/4. Juni 1798–11. März 1883) seit 1856 die russische Außenpolitik leitete. Der von Alexander II. im Juli 1863 auch zum Kanzler ernannte russische Staatsmann befand sich zum Ausbruch der bosnischen Krise 1875 bereits im fortgeschrittenen Alter und nahm die Führung der russischen Außenpolitik nur mehr bedingt wahr. In seiner Abwesenheit führte Alexander Genrichovič Žomini (1814–5. Dezember 1888) als sein

[167] Jiři Kořalka, Deutschland und die Habsburgermonarchie 1848–1918, in : Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch(Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/ 2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 65–67.
[168] Jutta Pemsel, Die Wiener Weltausstellung von 1873. Das gründerzeitliche Wien am Wendepunkt, Wien/Köln, 1989, 81.
[169] Rainer F. Schmidt, Die Balkankrise von 1875–1878. Strategien der großen Mächte, in : Rainer F. Schmidt (Hg.), Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke–Gesellschaft Band 58, Stuttgart 2004, 40–42.
[170] Kořalka, Deutschland, 61–65.
[171] Hünigen, Ignat´ev, 22f.

Stellvertreter die Amtsgeschäfte. Žomini war ein Mann des Ausgleichs, der in der ersten Phase der Balkankrise bemüht war, eine einheitliche Linie zwischen St. Petersburg, Berlin und Wien zu erzielen. Den um Harmonie bemühten Vertreter des Kanzlers hatte es Andrássy vor allem zu verdanken, dass er in dieser Phase die richtungsweisenden Initiativen ergreifen konnte.[172]

Pallavicini hatte ebenso davon Kenntnis, dass der k.u.k. Botschafter in St. Petersburg Ferdinand von Langenau (8. Februar 1818–19. Jänner 1881), in Nikolai Karlovitč de Giers (21. Mai 1820–26. Jänner 1895), dem Direktor des Asiatischen Departments, einen weiteren Ansprechpartner in außenpolitischen Fragen hatte. Neben Novikov in Wien und dem russischen diplomatischen Vertreter in London, Pavel Andreevič Šuvalov (27/15. Juni 1827–22/10. März 1889) versuchte vor allem der russische Botschafter in Konstantinopel, Ignat´ev, nicht nur seine politischen Ziele, sondern darüber hinaus die richtungsweisenden Impulse in der Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn um den Führungsanspruch zur Beilegung der Krise in Bosnien und der Herzegowina zu setzen.[173]

Die Grundzüge von Ignat´evs Konzept über die russische Nahostpolitik bestanden bereits seit seiner Zeit als Direktor des Asiatischen Departements. Dieses stand im Widerspruch zu der Linie des Außenministers. Während Gorčakov den Schwerpunkt seiner Bemühungen auf die Aufrechterhaltung stabiler Verhältnisse legte, standen im Zentrum von Ignat´evs Tätigkeit die Verwirklichung der Großmachtansprüche Russlands auf Kosten des Osmanischen Reiches.[174]
Mit dem Ausbruch der Unruhen im Sommer 1875 trat die Gegensätzlichkeit der Konzepte zu Tage, als es galt, die offizielle russische Orientpolitik auf das Programm Gorčakovs festzulegen. Im Willen zur Dialogbereitschaft mit Österreich-Ungarn sah Ignat´ev indes nur die Realisierung seiner Ziele in Gefahr. Der russische Botschafter in Konstantinopel war nicht bereit, seine bis dato erfolgte Einflussnahme auf die Politik der Pforte einzustellen und sich den Direktiven des Außenministers unterzuordnen. Ignat´ev arbeitete weiter darauf hin, die Bemühungen der Monarchie zur Ausdehnung ihrer Einflusssphäre am Balkan zu untergraben und den Führungsanspruch des Zaren in seiner Rolle als Stütze und Verteidiger des russischen Panslawismus zu bewahren. Wahrscheinlich ist, dass er im österreichisch-ungarischen Außenminister einen Gegner im Ringen um eine von Russland dominierte Lösung der Orientalischen Frage sah.[175]

[172] Ebda.; 29.
[173] Ebda.; 27–35.
[174] Dietrich Geyer, Der russische Imperialismus, Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860-1914, in: Helmut Bering – Jürgen Kotzka – Hans-Ulrich Wehler (Hgg.), Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band XXVII, Göttingen 1977, 55-82.
[175] Ebda.; 25f.

Anhand der Entwicklung lässt sich folgern, dass sich im Sommer 1875 Andrássy in Wien bemühte, Russland von seinem panslawistischen Kurs abzuhalten. Mit der Unterstützung Bismarcks wollte er Maßnahmen ergreifen, die eine Ausweitung, bzw. ein Übergreifen der Unruhen verhindern und eine rasche Einstellung der Kampfhandlungen bewirken sollten. Durch Reformen sollte dann die Situation der christlichen Bevölkerung verbessert werden. In seinen Recherchen zur Balkankrise 1875–1878 sind für Schmidt in der Vorgehensweise des Ministers dreierlei Beweggründe zu erkennen: Das Osmanische Reich musste als Bollwerk gegen den russischen Expansionismus vollkommen intakt bleiben. Es durfte am politisch-territorialen Status seiner Provinzen nicht gerüttelt werden. Insbesondere galt es hierbei, eine von Russland propagierte politische Autonomie der Aufstandsgebiete oder die Schaffung weiterer Staaten zu verhindern. Außerdem sollte England als die traditionelle Schutzmacht der Osmanen in dieses Krisenmanagement eingebunden werden, um die Chancen einer Reforminitiative in Konstantinopel nicht von vornherein zu schmälern.[176]

Währenddessen entwickelte der k.u.k.Außenminister ein Alternativkonzept, das unter Einbindung der Großmächte den russischen Expansionsdrang am Balkan einschränken sollte. Dieses Konzept beruhte auf dem Gedanken, das Zarenreich vertraglich zu binden und es dann militärisch gegen das Osmanische Reich vorgehen zu lassen. Im Falle einer russischen Niederlage müsste es infolgedessen seine hegemonialen Bestrebungen in dieser Region einstellen. Bei einem russischen Sieg allerdings müsste St. Petersburg seine militärisch erzwungenen Erfolge auf die vertraglich festgelegte Basis reduzieren, um sich nicht der Gefahr auszusetzen, einer europäischen Mächtekonstellation „á la Krimkrieg“ gegenüber zu stehen. Die Speerspitze dieser Allianz würde Österreich-Ungarn zu Lande und das Vereinigte Königreich zu Wasser bilden. Um keinen diplomatischen Misserfolg hinnehmen zu müssen, strebte Andrássy eine Politik der verdeckten Doppelallianz mit Russland und England an, um je nach Entwicklung der Situation entsprechend reagieren zu können. Dem deutschen Reichskanzler hatte Andrássy bei diesen Überlegungen eine besondere Rolle zugedacht. Es scheint, dass Bismarck die Einhaltung der Verträge zwischen Wien und St. Petersburg überwachen sollte und im Streitfall gegebenenfalls die Partei für Österreich-Ungarn ergreifen sollte.[177]

In Wien wurden unterdessen die Gespräche über eine gemeinsame Aktion von Konsuln und Botschaftern erfolgreich beendet. Darauf hin wurden die Vertreter der Dreikaisermächte in Konstantinopel von ihren Regierungen beauftragt, von der Pforte die Erlaubnis zur Durchführung der Konsularkommission zu erwirken. Dem diplomatischen Geschick Ignat´evs war es zu verdanken, dass die osmanische Regierung der Kommission ihre Zustimmung gab.[178] Vor Ort sollten sodann die

[176] Schmidt, Die Balkankrise, 36–42.
[177] Ebda.; 43f.
[178] Hünigen, Ignat´ev, 32.

Konsuln mit den Aufständischen in Kontakt treten und sie von der Notwendigkeit von Verhandlungen überzeugen.[179]

Während das k.u.k. Außenministerium von einer isolierten, auf die drei Kaisermächte beschränkten Initiative ausging, war es der Wunsch Alexander II., eine breite Basis für die Aktion zu erreichen. Ohne die Zustimmung der Verbündeten einzuholen, erging an die Regierungen von Frankreich, England und Italien das Angebot, sich an der Vermittlungsaktion zu beteiligen. Durch die Mitwirkung der drei Staaten an der Lösung der Krise erlangte der Aufstand eine internationale Bedeutung. Wahrscheinlich ist, dass Ende August 1875 drei Optionen zur Lösung der Krise im Raum standen. Von Seiten der osmanischen Regierung wurde eine militärische Lösung erwogen. Der russische Außenminister hingegen sprach sich für eine Autonomie Bosniens und der Herzegowina, nach dem Vorbild Rumäniens, aus.[180]

Bei Andrássy fand dieser Vorschlag wenig Zustimmung, da von Seiten Österreich-Ungarns kein Interesse an der Entstehung eines weiteren Fürstentums an seiner südwestlichen Grenze bestand. Es ist zu vermuten, dass sich als dritte Option die Aufmerksamkeit der europäischen Kabinette auf die Bemühungen der Konsularkommission konzentrierte. Die geplanten Gespräche verliefen ohne Ergebnis, da die osmanischen Behörden die Zusammenkunft zum Anlass nahmen, die anwesenden „Masterminds“ der Revolte zu verhaften und außer Landes zu bringen.[181] Es gibt keine Hinweise, dass die k.u.k. Botschaft in Berlin hinsichtlich der Vorgänge rund um die Mission der Konsularkommission vom Außenministerium offiziell informiert wurde. Ob sich der Markgraf anhand der Berichterstattung ein Bild über diese Initiative machen konnte, ist fraglich. Aus Wien erhielt er jedoch Informationen über ein Aktionsprogramm, dass Ignat´ev unter der Mitwirkung Zichys und des deutschen Gesandten Werther entwarf.[182]

Das Aktionsprogramm sah vor, die Kompetenzen der Konsuln in Mostar zu erweitern und eine eigenständige diplomatische Tätigkeit der Botschafter in Konstantinopel zu ermöglichen.[183] In Wien, St. Petersburg und Berlin stieß das Programm der Botschafter der Kaisermächte grundsätzlich auf ein positives Echo.Über die Initiative äußerte sich Andràssy gegenüber Kàroly hinsichtlich des Programms der Botschafter der Kaisermächte positiv. Der österreichisch-ungarische Außenminister war einverstanden, die Konsuln mit der Ausarbeitung probater Maßnahmen zur Lösung der Krise zu

[179] Buchmann, Österreich und, 221.
[180] Schmidt, Balkankrise, 45, Hünigen, Ignat´ev, 61.
[181] Miloš Kovi ć, Disraeli and the Eastern Question,Oxford, 2011, 90.
[182] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 Oktober 3, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Abschrift eines Memoirs an Novikov.
[183] Hünigen, Ignat´ev, 61.

betrauen. Er war jedoch nicht bereit, die Weiterleitung der Ergebnisse an die Botschafter ohne vorherige Prüfung durch die Regierungen zu akzeptieren, da er keine eigenmächtigen Aktionen vor Ort wünschte und vor allem autarke diplomatische Aktivitäten der Missionschefs unter der Federführung Ignat´evs verhindern wollte. Die maßgebenden Initiativen der Kaisermächte zur Beendigung der Krise sollte von Wien ausgehen sollte. Eine Verlagerung der Entscheidungsprozesse nach Konstantinopel wollte Andràssy vermeiden. Trotz zunehmender militärischer Präsenz osmanischer Truppen in Bosnien und der Herzegowina wollte Andrássy keinen Druck auf die Pforte ausüben. Dies sollte erst dann geschehen, wenn in Übereinstimmung der drei Mächte detaillierte Maßnahmen und Vorschläge an die osmanische Regierung ergangen sein würden. In dieser Hinsicht forderte Andràssy eine Modifikation des Aktionsprogramms.[184]

Mit der Einwilligung des Zaren ging Ignat´ev im Oktober 1875 daran, mit der Unterstützung der Botschafter der Großächte sein Programm zu realisieren. Ohne die Ergebnisse der Gespräche bezüglich der Textmodifikation abzuwarten, bediente er sich seiner Position, um dem Sultan die Ausarbeitung eines Reformprogramms nahezulegen. Das von ihm inspirierte Grundsatzprogramm beinhaltete neben einer Verwaltungsreform auch weitreichende Erleichterungen für die christliche Bevölkerung im gesamten Reich. Unabhängig davon unternahm der englische Botschafter Sir Henry Eliot (30. Juni 1817–30. März 1907) einen Reformvorstoß, um der Initiative der Dreikaisermächte zuvorzukommen. Anfang Oktober 1875 veröffentlichte auch die osmanische Regierung ein vom Sultan sanktioniertes Irade, indem sie die Ausarbeitung eines reichsweiten Reformprogramms ankündigte.[185] Der russische Botschafter benützte seinerseits die Gelegenheit, seiner Regierung ein Dreipunkteprogramm zu unterbreiten, das als Leitfaden für weitere Verhandlungen mit der Pforte dienen sollte. Aus den Informationen des Außenministerium erhielt Pallavicini Kenntnis über die Bemühungen der Mächte, eine Entspannung der Krise in Bosnien und der Herzegowina durch die Einführung von Reformen im Osmanischen Reich zu erreichen. Im Oktober 1875 stand der Initiative Andrássys im Rahmen der Dreikaisermächte, dem Dreipunkteprogramm Ignat´evs und dem Reformvorstoß des englischen Botschafters, die Ankündigung der osmanischen Regierung gegenüber, eine Reformprogramm für das ganze Reich auszuarbeiten zu wollen. Die Informationen deuten darauf hin, dass die k.u.k. Botschaft in Berlin über die diplomatischen Vorgänge in St. Petersburg unterrichtet wurde.[186]

[184] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 Oktober 3, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[185] Hünigen, Ignat´ev, 61.
[186] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 18, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Abschrift einer Depesche an Ritter von Mayr.

In der russischen Hauptstadt wurden im Herbst 1875 jene Stimmen lauter, die mehr Widerstand gegenüber der Führungsrolle Wiens in der gemeinsamen Balkanpolitik forderten. Aus Diplomatenkreisen erhielt Andrássy diskrete Hinweise auf den Richtungsstreit innerhalb Russlands Außenpolitik, die zunehmend unter Druck der slawischen Wohlfahrtsvereine geriet.[187] Mit der Unterstützung des Zaren konnte sich Ignat´ev nunmehr zum bestimmenden Faktor der russischen Außenpolitik entwickeln. Diese Informationen verstärkten das Misstrauen Andrássys gegenüber Ignat´ev, da sie eine Abkehr Russlands von den gemeinsamen Bemühungen um eine erfolgreiche Lösung der Krise befürchten ließen.[188]

Aus Wien wurde die k.u.k. Botschaft in Berlin auch von Entwicklungen in Konstantinopel unterrichtet und bekam Einblicke in die innenpolitische Situation des Osmanischen Reiches.[189] In der Stadt am Bosporus war der Sultan im Herbst 1875 um eine Deeskalation der Krise am Balkan bemüht. Es besteht Grund zu der Annahme, dass der Großwesir trotz Krankheit daran arbeitete, das Reformprogramm der Pforte zu Gunsten der christlichen Bevölkerung voranzutreiben. Dabei stieß er auf den starken Widerstand konservativ-religiöser und oppositioneller nationalistischer Kreise. Mahmud Nedim Pascha (1818–1883) befand sich im Spannungsfeld zwischen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit, die eine deutliche Verbesserung der rechtlichen und ökonomischen Verbesserung der christlichen Minderheiten weitgehend ablehnte und dem Druck der europäischen Mächte, die Reformen - wenn nötig auch unter Gewaltanwendung - von der Pforte forderten. Im Umfeld der Reformfrage bildete sich im Osmanischen Reich ein explosives Gemisch aus religiösem Fanatismus, nationaler Antipathie und unterdrückter Feindschaft, das sich bei der kleinsten Zuspitzung der Lage zu entladen drohte. Oppositionelle Gruppierungen wie die jungtürkische Reformpartei, mit Midhat Pascha (18.Oktober 1822–8. Mai 1884) als intellektuellen Kopf der Bewegung, oder die aus Paris agierenden Jungtürken, erlangten immer mehr an Bedeutung in den gebildeten Schichten der Bevölkerung.[190]

Zwischen Wien und St. Petersburg herrschte grundsätzliches Einvernehmen über das Ziel ihrer diplomatischen Aktivitäten, nämlich eine Ausweitung des Aufstandes in den „nordwestlichen Provinzen“ zu verhindern. Andrássy veranlasste der unterschiedliche Zugang zwischen seiner Vorgehensweise und den Vorstellungen Ignat´evs, die Kooperation Zichys mit dem russischen Botschafter hinsichtlich der Reformvorschläge zu überdenken. In den Augen des k.u.k. Außenministers war die Unterstützung des russischen Botschafters für sein Reformprogramm nicht

[187] Erich Donnert, Russland 860–1917. Von den Anfängen bis zum Ende der Zarenzeit, Ost und Südeuropa Geschichte der Länder und Völker, Regensburg 1998, 212–214; Hünigen, Ignat´ev, 53–54; Ković, Disraeli, 96–97.
[188] Hünigen, Ignat´ev, 48–52.
[189] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 29, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[190] Ernest Edmondson Ramsaur, The Young Turks. Prelude to the Revolution of 1908, Princeton 1957; Ali Haydar Midhat Bey, The Life of Midhat Pasha. A record of his services, political reforms, banishment, an judical Murder, London 1903.

mehr gegeben. Daher wurde Zichy angewiesen, die Reformbemühungen der Donaumonarchie von nun an ohne dessen Mitwirkung bei der Pforte zu vertreten. Andrássy wollte das Dreikaiserbündnis keineswegs in Frage stellen, zweifelte aber durch den starken Einfluss Ignat´evs auf die russische Außenpolitik zunehmend an der Bereitschaft St. Petersburgs, die Reformfrage im gemeinsamen Sinne zu lösen. Als Konsequenz dieser Entwicklung legte Andrássy Zichy nahe, sich „mit ihrem englischen Kollegen, dessen Stimme bei der Pforte immerhin von Gewicht ist, in ein besseres Verhältnis zu setzen.“[191]

Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Pallavicini Kenntnisse über die diplomatische Reforminitiative des englischen Botschafters hatte. Es besteht aber die Möglichkeit, dass sich der Markgraf über die allgemeinen Ziele der englischen Außenpolitik hinsichtlich ihrer Interessen im Osmanischen Reich informiert hatte und wußte, dass London vor allem in Russland eine Bedrohung seiner Interessen im Nahen und Mittleren Orient sah. Neben dem finanziellen und ökonomischen Engagement im Osmanischen Reich standen die Verteidigung und der Ausbau seiner militärstrategischen Präsenz im Mittelmeer zur Absicherung seiner Einflusssphäre in Asien im Zentrum der Außenpolitik. Es wurde deshalb darauf geachtet, den russischen Expansionismus von Vorderasien nach Europa umzudirigieren. Angesichts der Rivalität zwischen Russland und der Habsburgermonarchie am Balkan rechnete sich London gute Chancen aus, Differenzen innerhalb der Dreibundmächte zu erzeugen.[192]

Innerhalb der britischen Regierung herrschte ein Richtungsstreit hinsichtlich der unbedingten Erhaltung des Status quo und über den Modus, wie Differenzen mit dem Zarenreich ausgetragen werden sollten. Während einige Minister des Kabinetts von Premierminister Disraeli zu einer moderaten Annäherung an Russland tendierten, hielt der Premier eine Kooperation mit Österreich-Ungarn für möglich.[193] Durch die Insolvenz des Osmanischen Reiches am 3. Oktober 1875 geriet das politische Credo des Ministerpräsidenten, an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan unbedingt festzuhalten, unter Druck. Offensichtlich kam der erfahrene Realpolitiker zu dem Schluss, dass die osmanische Regierung diese Krise nicht unbeschadet überstehen werde. Anhand dieser Einschätzung war es ihm möglich, von seiner außenpolitischen Linie abzugehen und eine Aufteilung der osmanischen Gebiete unter den Mächten zu erwägen.[194]

Einiges deutet darauf hin, dass in London die Botschafterkonstellation der drei Kaisermächte in Konstantinopel mit Verwunderung registriert wurde, in welcher Ignat´ev, ohne erkennbaren

[191] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 21, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[192] Ković, Disraeli, 88–90.
[193] Schmidt, Balkankrise, 37f.
[194] Ebda.; 40.

Widerstand Zichys, die maßgebenden Initiativen setzen konnte. Hinsichtlich der Ablehnung des russischen Autonomievorschlags für die Unruheprovinzen durch den österreichisch-ungarischen Außenminister war Disraeli mit ihm gleicher Meinung. So wie Andrássy stellte der Premier die Realisierbarkeit der Initiative in Frage, da er auf Grund der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung mit massiven Komplikationen rechnete. Ein funktionsfähiger Staat bestehend aus verschiedenen nationalen Bevölkerungsgruppen war für Disraeli nur schwer vorstellbar.[195]

Dem Vorstoß der Monarchie nach Bildung einer Konsularkommission konnte Disraeli nichts abgewinnen konnte. Die Initiative Andrássys sah er als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Osmanischen Reiches. Einen Protest konnte er dennoch nicht deponieren, da Abdülaziz ihm zuvor kam und den Vorschlag mit einem Irade akzeptierte. Es hat den Anschein, dass ihm zunächst die Hände gebunden waren, da der Schlüssel zur Lösung der Krise vorerst bei den Kaisermächten lag. Obwohl er eine Ausweitung der Kampfhandlungen für den Frühling 1876 durch die Beteiligung Serbiens befürchtete, blieb zu hoffen, dass die Unruhen ein baldiges Ende finden und es danach zu Verhandlungen mit englischer Beteiligung kommen würde.[196]

.

Weitere Unruhen für das kommende Frühjahr befürchtete auch der k.u.k. Außenminister. Andrássy veranlasste daher Zichy, die Annahme der von Russland und Österreich-Ungarn gemeinsam ausgearbeiteten Reforminitiative mit Nachdruck zu betreiben. Die Berichte lassen darauf schließen, dass der k.u.k. Außenminister bei seiner Anweisung den Hinweis Zichys, dass „die Form in welcher unsere Vorlagen an die Pforte herantreten, widerstrebe der Würde des Sultans," ebenso unberücksichtigt ließ, wie er auf die innenpolitische Situation des Osmanischen Reiches keine Rücksicht nahm.[197] Trotz intensiven Bemühungen konnte Zichy in Konstantinopel seine Vorgaben nicht durchzusetzen. Das einzige Zugeständnis das er von Seiten der osmanischen Regierung erhielt, war die Versicherung „Anregungen zum Nutzen der Aufständischen entgegenkommend aufzunehmen."[198]
Währenddessen wurde der Sultan im November 1875 vom englischen Botschafter bestärkt, das eigene Reformwerk zügig fertig zu stellen.[199] Ende November 1875 wurde die Reformvorlage des Großwesirs einer Kommission zur Begutachtung vorgelegt. Zwei Wochen später wurde Zichy der Erlass des Sultans zur Inkraftsetzung der omanischen Reformen übergeben.[200]

---

[195] Edgar Feuchtwanger, Disraeli. Eine politische Biographie, Berlin 2012, 176f; Ković, Disraeli, 91.
[196] Ković, Disraeli, 89–90.
[197] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 21, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Abschrift eines Telegramms von Zichy.
[198] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 28, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Abschrift eines Telegramms von Zichy.
[199] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 November 29, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart.142.
[200] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1875 Dezember 17, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, vertraulich.

Auf Grund der Entwicklung erklärte sich Gorčakov bereit, im Sinne einer möglichst engen Anlehnung an das Reformprogramm des österreichisch-ungarischen Außenminister tätig zu werden. Andrássy ließ er hierzu wissen, „falls der neue großherrliche Irade im wesentlichen unseren Wünschen entspräche, der Pforte ein ‚Accusé de réception' zu geben, und daran nur den Vorbehalt der Hinzufügung einiger Wünsche, sowie den Vorbehalt der Kontrolle bezüglich der Durchführung der angekündigten Maßregeln zu knüpfen, oder falls wir die Reformen des Sultans nicht als genügend betrachten könnten, auf unsere Vorschläge vom 16. Oktober zurückzugreifen und diese nach den Kommentaren des Petersburger Kabinetts ergänzt und revidiert, im Namen der drei Mächte zur Kenntnis der Pforte zu bringen."[201]

An Ignat´ev hingegen erging die kurze Mitteilung, aufgrund der Übereinstimmung mit Wien sich jeder weiteren Initiative zu enthalten.[202] In Wien wurde mit der Unterstützung des russischen Botschafters eine Note der drei Kaisermächte an die Pforte verfasst und noch vor Jahreswechsel auf Anregung Russlands an die anderen Signatarmächte gesandt. Die Umwandlung der Entente der drei Kaisermächte in eine Sechserentente wurde sowohl in Berlin als auch in Wien mit Bedenken akzeptiert. Hierauf äußerte Andrássy gegenüber Károly die Vermutung, dass der Zar hinter dieser Initiative stand „welche das europäische Gleichgewicht wieder herstellen und das Konzert der Mächte etablieren wolle, wozu die Verständigung der drei Kaisermächte den Übergang bilden sollte."[203]

Die Andrássy-Note wurde jedoch nicht von allen Regierungen ohne Skepsis aufgenommen. In London versprach sich das Kabinett keine Änderung der Situation und in Berlin äußerte Bismarck Zweifel am Erfolg der Note. Gorčakov sah kein baldiges Ende der Krise.[204] In Konstantinopel hingegen ließen die Nachrichten über die Ausfolgung der Note Nervosität entstehen. Noch vor der offiziellen Übergabe reagierte die osmanische Regierung mit dem Hinweis auf Einmischung in innere Angelegenheiten mit einer Gegennote an die Mächte. Nachdem für alle Beteiligten jedoch ein annehmbarer Modus für die Annahme der Reformvorschläge der drei Kaisermächte gefunden werden konnte, fand Ende Jänner 1876 die Zustellung der „Andrássy-Note" statt, die zwei Wochen später die offizielle Zustimmung des Sultans erhielt.[205]

Auch durch die Annahme der Kollektivnote konnte keine Beruhigung der Lage erreicht werden. Die Verhandlungen über ein tragfähiges Übereinkommen wurden von innenpolitischen Eigeninteressen

[201] Ebda.;
[202] Hünigen, Ignat´ev, 66f.
[203] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 Jänner 11, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart.142.
[204] Ković, Disraeli, 98–101.
[205] Hünigen, Ignat´ev, 67–69.

geleitet. In dieser Hinsicht wurde weder Rücksicht auf die innenpolitische Situation des Osmanischen Reiches genommen, noch die Interessen Serbiens und Montenegros beachtet. Hieraus ergibt sich, dass ein Ende der Unruhen für 1876 nicht zu erwarten war.[206]

Im März 1876 wurde die k.u.k. Botschaft in Berlin mit weiteren Informationen über den Fortgang der Krise am Balkan unterrichtet. Die Informationen lieferten den Hinweis, dass Serbien militärische Aktivitäten setzte.[207] Übereinstimmend deuteten die Berichte der k.u.k. Missionen aus Bukarest und Konstantinopel auf die Anwesenheit serbischer Offiziere in Rumänien hin. Übereinstimmung bestand auch darüber, dass sich die serbische Militärdelegation um den Transit von Kavalleriepferden aus Russisch-Bessarabien, die Durchfuhr von Infanteriegewehren aus Deutschland und den Ankauf rumänischer Waffen bemühte. Die Information des k.u.k. diplomatischen Vertreters in Bukarest Heinrich Calice (31. März 1831–29. August 1912)[208] deuten darauf hin, dass dem Ansuchen der serbischen Delegation von rumänischer Seite in keinem Punkt entsprochen wurde.[209] Den eintreffenden Berichten des Außenministeriums war zu entnehmen, dass der k.u.k. Generalkonsul in Belgrad, Nikolaus von Wrede (26. Dezember 1837–1. August 1909) die Rüstungsbemühungen Serbiens aufmerksam verfolgte. Wenngleich er den Zeitpunkt für ein Eingreifen Serbiens auf Seiten der Aufständischen noch nicht für gekommen sah, waren doch die politischen und militärischen Vorbereitungen für Wrede kaum zu übersehen. In den Ortschaften wurden Freiwillige rekrutiert, Offiziere bekamen die Weisung sich feldmäßig auszurüsten und im Kriegsministerium herrschte rege Tätigkeit.[210]

Mitte März 1876 kam es in einigen Teilen der Herzegowina erneut zu Kämpfen zwischen den Aufständischen und den Truppen des Sultans. Schlichtungsversuche der Mächte verliefen erfolglos. Erst ein durch den Fürsten von Montenegro, Nikola I. Petrović Njegoš (7. Oktober/ 25. September 1841–1. März 1921) vermittelter Waffenstillstand führte zur vorübergehenden Einstellung der Kampfhandlungen. Durch das erneute Aufflammen der Unruhen begann sich in St. Petersburg die Erkenntnis durchzusetzen, dass auf der Basis der Reformen der „Andrássy-Note“ kein Ende der Unruhen zu erreichen sei. In gleicher Weise reagierten die Aufständischen, die während der

[206] Haselsteiner, Bosnien-Herzegowina, 37–39.
[207] Vgl.; laut Hünigen begann sich Serbien bereits im Herbst 1875 auf eine mögliche Konfrontation mit dem Osmanischen Reich militärisch vorzubereiten. Hünigen, Ignat´ev, 75.
[208] Vgl.; Calice war seit 1874 in Bukarest als diplomatischer Agent tätig, in: Neue Deutsche Biographie, Band 3, Berlin 1957, 94.
[209] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 März 21, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Bericht Calice aus Bukarest.
[210] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 April 11, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Abschrift Wrede an Andrássy.

Waffenstillstandsverhandlungen den Vertretern der beiden Großmächte ein sieben Punkte umfassendes Memorandum überreichten.[211]

Vom k.u.k. Außenminister wurden die Forderungen der Widerstandskämpfer zurückgewiesen. Im April 1876 trat Andrássy an seine russischen Amtskollegen mit der Idee heran, mit Hilfe des Fürsten Nikola I. von Montenegro die Aufständischen zur Annahme der gemeinsamen Reforminitiative zu überreden. Fürst Gorčakov ließ zwar seine Bereitschaft erkennen, den betreffenden Schritt in Cetinje zu tun, fügte aber in seinem Schreiben an den Minister hinzu, „dass es ihm für diesen Fall angemessen erschiene, dem Fürsten einige Vorteile als Entlohnung für seine guten Dienste in Aussicht zu stellen".[212] Die von Ignat´ev postulierte Variante nämlich sah vor, Montenegro für seine Bemühungen mit territorialen Zugeständnissen zu entlohnen. Doch Andrássy blockte ab. So wie der Plan Gorčakovs bezüglich einer Autonomie der aufständischen Provinzen keine Zustimmung fand, so konnte der österreichisch-ungarische Außenminister auch der Idee, Montenegro für dessen Mediation mit osmanischen Gebieten zu entlohnen, nichts abgewinnen.[213]

Ein Waffenstillstandsversuch Österreich-Ungarns im April 1876 in den Unruheprovinzen Bosnien und Herzegowina scheiterte und die Kampfhandlungen wurden wieder aufgenommen.[214] Dem k.u.k. Außenministerium wurde sowohl von osmanischer Seite als auch aus vertraulichen Quellen bekannt, dass sich unter Verletzung der Neutralität, von russischen Offizieren geführte Freiwillige aus Montenegro an den Kämpfen beteiligten. In Konstantinopel wurden die Meldungen über das aktive Eingreifen dieser Gruppen zum Anlass genommen, Beratungen hinsichtlich einer Kriegserklärung an Montenegro aufzunehmen. Erst die kollektive Warnung der Botschafter der Mächte vor den Konsequenzen dieser Maßnahme konnte einen derartigen Beschluss der osmanischen Regierung verhindern.[215]

Angesichts der anstehenden Differenzen zwischen Wien und St. Petersburg fand auf Einladung von Wilhelm I. und Alexander II. im April 1876 ein Treffen der jeweiligen Außenminister in Berlin statt. Fraglos ist, dass Pallavicini in die Vorbereitung zum Besuch Andrássys involviert wurde, der bereits im Vorfeld mit Bismarck zu einem Meinungsaustausch über modifizierte russische Vorschläge

[211] In ihrem Memorandum forderten die Aufständischen den Abzug aller osmanischen Truppen mit Ausnahme von sechs Garnisonen in größeren Städten, wirtschaftliche Maßnahmen und die Überwachung dieser Bestimmungen durch Vertreter der Großmächte. Grandits, Herrschaft, 623–664; Hünigen, Ignat´ev, 79.
[212] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 April 19, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[213] Ković, Disraeli, 104; Diószegi, Außenpolitik.98–111.
[214] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 April 28, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[215] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 Mai 10, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

zusammentraf. Hinweise lassen den Schluss zu, dass sich Andrássy in den Gesprächen zu dritt gegenüber den russischen Modifikationen ablehnend verhielt.[216] Der russische Außenminister konnte weder die Zustimmung des k.u.k. Außenministers für einen Autonomieplan, Gebietszuwächse für Montenegro, noch für den Plan eine gemeinsame Okkupation gewinnen. Die Verhandlungen der Außenminister der drei Kaisermächte brachte somit nichts Neues.[217] Der Text des „Berliner Memorandums" wurde im Anschluss an die Gespräche den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens mit der Aufforderung übergeben, sich der Resolution der Dreikaisermächte anzuschließen. Frankreich und Italien schlossen sich dem Aufruf an. Das Kabinett in London reagierte ablehnend. Neben Differenzen inhaltlicher Natur begründete der englische Außenminister Edward Stanley Earl of Stanley (21. Juli 1826–21. April 1893) seine Haltung mit dem Vorwurf, nicht in die Verhandlungen eingebunden gewesen zu sein und Disraeli zeigte sich verärgert: „We are being treated like Servia or Montenegro."[218]

Sir Elliot, englischer Botschafter in Konstantinopel, wurde von Stanley instruiert, Abdülaziz die Ablehnung des „Berliner Memorandums" nahezulegen. Anfang Mai 1876 forderte die innenpolitische Entwicklung im Osmanischen Reich die volle Aufmerksamkeit des Herrschers, denn am 2. Mai 1876 brach in Bulgarien ein Aufstand los.[219] Am 11. Mai 1876 führten Proteste in Konstantinopel gegen die Politik des Großwesirs zum Wechsel an der Regierungsspitze. Der eng mit dem russischen Botschafter kooperierende Mahmud Nedim Pascha wurde durch Mehmed Rüşdi Pascha (1811–1882) ersetzt, der in einem Nahverhältnis zum englandfreundlichen Midhat Pascha stand.[220]

2.2.2. Von Abdülaziz zu Adülhamid II.

Mit der Unterstützung der religiösen Führung des Reiches konnte eine reformorientierte Gruppe, unter der Führung Midhat Pascha, den Sultan in der Nacht vom 29. auf den 30. April 1876 zum Rücktritt veranlassen. Wenige Tage später starb Abdülaziz unter ungeklärten Umständen.[221] Im Zentrum der Bewegung stand die Beseitigung der monarchischen Alleinherrschaft durch die Einführung einer parlamentarischen Regierungsform auf der Grundlage des Koran und den

[216] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 April 29, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[217] Hünigen, Ignat´ev, 93.
[218] Ković, Disraeli, 104.
[219] Bereits im Winter 1875/ 1876 bereiteten sich bulgarische Revolutionskomitees für eine Aufstand zur Befreiung ihrer Heimat vor. Den sowohl zahlenmäßig als auch Waffentechnisch unterlegenen Revolutionären gelang es jedoch nicht sich gegen die überlegenen Truppen des Sultans durchzusetzen. Innerhalb weniger Tage erlangten die osmanischen Streitkräfte die Oberhand und nahmen gnadenlos blutige Rache an den Verschwörern und Teilen der christlichen Zivilbevölkerung. Roland Schönfeld, Bulgarien, 115–117; Robert Seton-Watson, Disraeli, Gladstone and the Eastern Question. A Study in Diplomacy and Party Politics, London 1935, 58.
[220] Buchmann, Österreich, 222.
[221] Vgl.; über den Tod des Sultans, in: Haydar Midhat Bey, 80–90.

Staatsgesetzen der früheren Kalifen. Zum Nachfolger wurde sein Neffe Murad V. (21. September 1840–29. August 1904). Anders als im „Berliner Memorandum“ gefordert, setzte sich das reformorientierte Ministerkabinett eine umfassende Modernisierung der gesamten Reichsstrukturen zum Ziel. Daher wurde das Memorandum der Großmächte als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Osmanischen Reiches abgelehnt und zurückgewiesen. Einen wesentlichen Schwerpunkt des neuen Regierungsprogramms bildeten Maßnahmen, die den Einfluss ausländischer Mächte auf die Geschicke des Reiches zurückdrängen sollten.[222]

Den Informationen des Außenministeriums über die innenpolitische Entwicklung in Konstantinopel konnte Pallavicini entnehmen, dass die neue Regierung einen ersten Schritt mittels einer Zirkularnote an die betreffenden ausländischen Missionen setzte, in der sie ihre Absicht ankündigte, eine Erhöhung des Einfuhrzolls vorzunehmen. Die Note beinhaltete auch die Erwartung an die Kabinette der Mächte in Verhandlungen einzutreten. Es besteht Grund zu der Annahme, dass die Ankündigung die ausländischen Diplomaten zwar überraschte, jedoch umgehend zurückgewiesen wurde. Im Namen der k.u.k. Regierung verwies Zichy auf die laufenden Verträge, die eine vorzeitige Änderung bzw. Modifikation der Bestimmungen nicht vorsahen.[223] Vom österreichisch-ungarischen Außenminister wurde diese Haltung geteilt, auch er lehnte die Initiative Konstantinopels ab. In Berlin wurde Károlyi angewiesen, in dieser Angelegenheit in Übereinstimmung mit der deutschen Regierung vorzugehen. Auch die deutsche Regierung betrachtete den von der Pforte beabsichtigten Vorgang als Vertragsverletzung und wies diesbezügliche Ambitionen mit dem Hinweis auf laufende Verträge zurück. In ähnlicher Weise reagierten auch alle anderen von der Maßnahme betroffenen Regierungen und hielten an ihren Handelsprivilegien fest.[224]

Offensichtlich ist, dass anhand der Informationen des Außenministeriums in der k.u.k. Botschaft in Berlin ersichtlich wurde, dass im Gegensatz zur Erhöhung der Einfuhrzölle Andrássy geneigt war, in der Frage des Abschlusses einer Postkonvention zu verhandeln. Noch unter Mahmud Pascha wurde der Generaldirektor des osmanischen Postwesens nach Europa entsandt, um mit den verschiedenen Regierungen über den Aufbau regelmäßiger, eigener Postverbindungen zu beraten. Die Gespräche hatten zum Ziel, sich des fremden Postwesens auf heimatlichem Territorium zu entledigen. Doch so ohne Weiteres wollte sich der Außenminister das Recht Österreich-Ungarns, Postanstalten im Osmanischen Reich zu unterhalten, nicht nehmen lassen. Da Wiens Haltung in der Postfrage in Berlin

[222] Karl Klinghardt, Izzet Pascha, Denkwürdigkeiten des Marschalls Izzet Pascha. Ein kritischer Beitrag zur Kriegsschuldfrage. Leipzig 1927, 76–78; Kreisler und Neumann, Kleine Geschichte, 330–338; Hünigen, Ignat´ev, 96–98.
[223] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Budapest 1876 Mai 27, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Zichy aus Konstantinopel.
[224] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Budapest 1876 Mai 19, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

bekannt war, wurde Károlyi auch hierzu angewiesen, eine gemeinsame Linie mit Deutschland zu suchen. In seinem Bericht ließ der Außenminister erkennen, dass er zwar im wohlverstandenen Interesse des allgemeinen Verkehrs auf diesem Recht bestehen müsse, allerdings gerne bereit war, die Entwicklung der selbständigen osmanischen Post zu fördern. Da die im Rahmen der Bestimmungen des Berner Postvertrages geführten Verhandlungen mit dem Entwurf einer Postkonvention endeten, wurde Karoly ermächtig, diesen Inhalt der deutschen Regierung zur Kenntnis zu bringen. Die Bemühungen zum Aufbau eines eigenen Postmonopols waren großteils vergeblich und hatten keine gravierenden Auswirkungen auf die dominante Stellung des Postwesens Österreich-Ungarns im Osmanischen Reich.[225]

Die unnachgiebige Haltung des österreichisch-ungarischen Außenministers während der Gespräche der drei Außenminister in Berlin im April 1876 blieb nicht ohne Folgen. In London setzten mit dem Wissen Gorčakovs im Juni 1876 russisch-englische Sondierungsgespräche ein. Dabei stand der Vorschlag einer Autonomie Bosniens und der Herzegowina sowie Gebietsabtretungen an Serbien und Montenegro zur Diskussion. Bei den Verhandlungen wurde keine Übereinstimmung der Standpunkte erzielt, da sowohl Disraeli als auch Stanley die Gefahr eines aktiven Eingreifens der Fürstentümer in die Kämpfe befürchteten. Dessen ungeachtet stand der englische Premierminister einer Autonomielösung grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber., er und sein Außenminister wollten jedoch die möglichen Konsequenzen einer militärischen Auseinandersetzung abwarten. Disraeli vertrat nämlich die Auffassung, dass sich die Aufständischen im Fall einer Niederlage mit den angebotenen Zugeständnissen begnügen müssten. Dabei zog der Premier in Erwägung, dass bei einer Niederlage des Osmanischen Reichs sich die Pforte entschließen müsste, eine Regelung nach dem Vorbild des autonomen Fürstentums Rumänien einzugehen.[226]

Unterdessen wurde der österreichisch-ungarische Außenminister von Novikov über die Vorgänge in London informiert. Über die k.u.k. Botschaft in Berlin ließ Andrássy gegenüber Bismarck seinen bekannten Standpunkt wiederholen. Denn Andrássy befürchtete,dass in einem autonomen Gebilde würde ein Vernichtungskampf zwischen der christlichen und muslimischen Bevölkerung auf Grund der unterschiedlichen Konfessionen entfesselt werden. In diesem Kampf sah Andrássy keine Gewinner, nur Verlierer. Darüber hinaus befürchtet er ein Übergreifen der Unruhen auf das gesamte Osmanische

[225] Vgl.; Mit der Unterzeichnung des internationalen Abkommens zur Bildung eines Allgemeinen Postvereins am 9. Oktober 1874 in Bern, dem neben 21 Staaten auch das Osmanische Reich beitrat, wurden die Richtlinien der zwischenstaatlichen Postbeförderung neu geregelt. Auf der Grundlage der am 1. Juli 1875 in Kraft getretenen Verträge ist die Initiative Gaver Paschas, des Generaldirektors des osmanischen Postwesens zu verstehen, die die Beseitigung der fremden Posteinrichtungen auf osmanischen Territorien zum Ziel hatte. Dazu: Rüdiger Wurth, Österreichs Orientalische Post. Durch Balkan und Levante, Österreichische Postgeschichte, Band 16, Eisenstadt 1992, 63–94; Veredarius, Das Buch von der Weltpost. Entwicklung und Wirken der Post und Telegraphie im Weltverkehr, Berlin 1894, 344– 347,;Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Budapest 1876 Mai 19, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

[226] Ković, Disraeli, 117–120.

Reich, da etwa Bulgarien und andere Provinzen das Recht auf Autonomie auch für sich in Anspruch nehmen würden. Eine lokale Begrenzung des Konflikts wäre seiner Ansicht nach unwahrscheinlich, weil Serbien bzw. Montenegro mittelfristig das Ziel verfolgen würden, Bosnien und die Herzegowina zu annektieren. Unter diesen Aspekten verteidigte der Außenminister seine Reforminitiative. Im Sinne seiner Politik wurde er von der Vorstellung geleitet „dass solange das türkische Reich als Reich besteht und die Frage lokalisiert bleibt, die Schranken des Reformgedankens nicht überschritten werden könnten, ohne die Orientalische Frage in ihrem ganzen Umfange ins Rollen zu bringen“.[227]

Diese Reaktion lässt darauf schließen, dass Andrássy dem Vorschlag Stanleys, die Entwicklung der Kämpfe abzuwarten, zustimmte und sich dessen Haltung für den Fall eines siegreichen Endes der Kämpfe durch die Insurgenten anschloss. Bei einer Niederlage der Pforte hingegen war Andrássy nicht bereit, die Lösung der Frage außerhalb der bis dato erzielten Vereinbarungen der drei konservativen Mächte zu akzeptieren.[228] Im Juni 1876 verdichteten sich die Anzeichen für einen bevorstehenden Waffengang Serbiens und Montenegros gegen das Osmanische Reich. Im Gefolge von 600 russischen Offizieren und einigen tausend Freiwilligen erreichte der Panslawist und General der russischen Armee, Michail Grigorevič Černajev (22. Oktober 1828–4. August 1898) im Mai Belgrad, wo er die Führung der serbischen Armee ohne dem Wissen Alexander II. übernahm.[229]

Ende Juni 1876 wurde Milan IV. Obrenivić, (22/ 10. August 1854–11. Februar 1901) Fürst von Serbien, von den bosnischen Widerstandskämpfernzu ihrem Fürsten und Nikola I. von Montenegro von den herzegowinischen Aufständischen zu ihrem Souverän ernannt.[230] Da die Bündnisverhandlungen zwischen den Fürstentümer erfolgreich abgeschlossen werden konnten, erfolgte am 22. Juni 1876, dem achten Jahrestag der Thronbesteigung des Fürsten, die Kriegserklärung Serbiens an die osmanische Regierung. Noch am selben Tag wurde von Fürst Milan IV. ein Manifest veröffentlicht, in dem er die christliche Bevölkerung im osmanischen Herrschaftsbereich Südosteuropas zur allgemeinen Erhebung aufrief.[231] Am 1. Juli erfolgte die Kriegserklärung aus Montenegro, wobei sowohl Milan IV. als auch Černajev mit einem baldigen Kriegseintritt Russlands an ihrer Seite spekulierten.[232]

---

[227] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Budapest 1876 Juni 27, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[228] Ebda.; Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Budapest 1876 Juni 27, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[229] Dietrich Geyer, Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Band 27, Göttingen 1977, 61f.
[230] Franz-Josef Kos, Die Politik Österreich-Ungarns während der Orientkrise 1874/75–1879, Zum Verhältnis von politischer und militärischer Führung, Köln/Wien, 1984, 134; Hünigen, Ignat´ev, 108.
[231] Novotny, Österreich, 20.
[232] Egon Caesar Conto Corti, Alexander von Battenberg. Sein Kampf mit den Zaren und Bismarck. Wien 1920, 19; Ković, Disraeli, 120–127.

Die Eskalation der Gewalt veranlasste Wien und St. Petersburg zu raschem Handeln. Am 8. Juli 1876 kam es im Beisein der beiden Außenminister zu einem Gipfeltreffen zwischen Alexander II. und Franz Joseph I. in Reichstadt (Zákupy).[233] Sowohl für Andrássy als auch für Gorčakov symbolisierte die Entrevue das Eingeständnis ihres diplomatischen Misserfolgs, nämlich der Krise durch diplomatische Bemühungen eine friedliche Beilegung zu ermöglichen, daher standen im Vordergrund der Gespräche die Beseitigung der Differenzen von Berlin und die Abstimmung der weiteren gemeinsamen Schritte. Die in mündlicher Form beschlossene Übereinkunft basierte im Kern auf dem Prinzip der „Nicht-Intervention“ und bei einem Sieg der Truppen des Sultans auf der Aufrechterhaltung des Status quo. Das Fehlen eines schriftlichen Abschlusskommuniqués der Verhandlungen führte in der Folge zu Missverständnissen zwischen den Außenministern.[234]

Die Vereinbarungen von Reichstadt bildeten sowohl für Wien als auch St. Petersburg einen gangbaren Kompromiss, der von Seiten der Monarchie lediglich um den Preis der Schließung des Hafens von Klek für den osmanischen Nachschub erzielt werden konnte.[235] Im Rahmen der Gespräche konnte Russland durch seine Parteinahme für die kleinen Balkanstaaten seinen traditionellen Einfluss in der Region weitgehend sichern. Österreich-Ungarn gelang es seinerseits, den russischen Verhandlern das Zugeständnis abzuringen, keine aktive Unterstützung für die Bildung eines großen slawischen Staats am Balken zu leisten. Sowohl Franz Joseph als auch die führenden Militärs zeigten sich mit dem Verlauf der Gespräche zufrieden, sicherten doch die Ergebnisse die Machtposition der Monarchie am südwestlichen Balkan gegen serbische und italienische Großmachträume.[236]

Angesichts des massiven Engagements russischer Freiwilliger im Kampf, spekulierte die russische Führung mit einem raschen Sieg der christlichen Verbündeten gegen die Truppen des Sultans. Währen sich die Montenegriner gegen die reorganisierten osmanischen Truppen behaupten konnten, musste die serbische Armee nach anfänglichen Erfolgen schwere Niederlagen im Juli und August 1876 hinnehmen.[237] In Anbetracht der aussichtslosen militärischen Lage sahen sich Fürst Milan IV. am 24.

[233] Diószegi, Die Außenpolitik, 112; Hünigen, Ignat´ev, 109; Buchmann, Österreich, 222; Novotny, Österreich, 21.
[234] Andrassy diktierte sein Version dem russischen Botschafter in Wien unmittelbar danach, während der russische Kanzler seine Erinnerungen an die Gespräche erst zu einem späteren Zeitpunkt zu Papier brachte. Kos, Die Politik, 146.
[235] Vgl.; in Reichstadt wurden grundlegende territoriale Veränderungen beschlossen. So beinhalteten die Ergebnisse, dass bei einem militärischen Erfolg der Fürstentümer Bulgarien, Albanien und Rumelien zu autonomen Teilen des Osmanischen Reiches werden sollten. Gebietszuwächse für Serbien und Montenegro, Thessalien, der Epirus und auch Kreta würden zu Griechenland kommen und Konstantinopel würde den Status einer freien Stadt erhalten. Osmanische Gebiete an der Schwarzmeerküste und das im Krimkrieg verlorene Bessarabien an Russland fallen, sowie der osmanische Teil Kroatiens und Teile Bosniens und der Herzegowina würden laut der Vereinbarung an die Monarchie abgetreten werden. Dioszögy, Außenpolitik,112–113; Hösch, Geschichte, 132; Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Budapest 1876 Juli 29, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.
[236] Kos, Die Politik, 147–152.
[237] Klinghardt, Izzet Pascha, 78.

August 1876 und wenige Tage danach auch Nikola von Montenegro, gezwungen, die Signatarstaaten um die Vermittlung eines Waffenstillstands mit dem Osmanischen Reich zu ersuchen.[238]

Sowohl das britische Kabinett als auch die russische Regierung wurden daraufhin aktiv, um das Ersuchen der Fürstentümer diplomatisch zu unterstützen. Die osmanische Regierung reagierte im Bewusstsein ihrer militärischen Stärke hinhaltend und machte ihre Einwilligung von der Annahme harter Friedensbedingungen abhängig.[239] In der europäischen Öffentlichkeit wurden die unerwarteten militärischen Erfolge mit einem bitteren Beigeschmack verfolgt. Über ihre Korrespondenten erreichten Nachrichten über brutale Übergriffe gepaart mit massiven Vergeltungsmaßnahmen an der christlichen Bevölkerung das interessierte Publikum.[240] Insbesondere die russische und die britische Öffentlichkeit zeigten wenig Verständnis für die Gräueltaten und setzte ihre Regierungen unter Druck.[241] Als Konsequenz daraus begann sich die russische Außenpolitik in kleinen Schritten an den Forderungen des Slawischen Komitees zu orientieren und m Zarenreich wurde zunehmend über einen baldigen Kriegseintritt spekuliert. Im Gegensatz dazu verharmloste Disraeli die Berichte aus den Kampfgebieten und hielt an seiner tendenziellen proosmanischen Haltung fest. Da der Vorstoß der osmanischen Truppen auf serbisches Gebiet aber weitere Übergriffe auf Zivilisten erwarten ließ, wurden im Vereinigten Königreich jene Stimmen konsequent lauter, die eine Abkehr Disraelis bisheriger außenpolitischer Linie gegenüber Konstantinopel forderten.[242] Das Ersuchen Milans IV. einen Waffenstillstand zu vermitteln bot dem englischen Ministerpräsidenten einen willkommenen Anlass seine Haltung zu überdenken und der serbischen Regierung seine Vermittlung anzubieten.[243]

Es liegen keine stichhaltigen Indizien vor, dass die k.u.k. Botschaft in Berlin über die Entwicklung am Balkan durch offizielle Berichte des k.u.k. Außenministeriums unterrichtet wurde. Spekulativ kann angenommen werden, dass sich sowohl Pallavicini als auch seine Kollegen des diplomatischen Dienstes ein Bild von den Vorgängen durch regelmäßige Korrespondentenberichte in Tages- und Wochenzeitungen machen konnten.[244] Mitte August 1876 wurde die k.u.k. Botschaft in Berlin von der diplomatischen Initiative des britischen Außenministers Stanley unterrichtet, die die osmanische Regierung in einer gemeinsamen Note zur Einstellung der Kampfhandlungen aufrief. Die Note wurde

[238] Vgl.; Hünigen, Ignat´ev, 119; Hösch, Geschichte, 133; Diószegi, Die Außenpolitik, 119.
[239] Fikret Adanir, Die Makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908, Wiesbaden 1979, 80; Kos, Die Politik, 153.
[240] Ković, Disraeli, 131; Feuchtwanger, Disraeli, 178f.
[241] Adanir, Die Makedonische Frage, 78.
[242] Der Korrespondent der Daily Mail berichtet zwischen 8. und 30. Juni über Übergriffe der osmanische Truppen gegenüber der Zivilbevölkerung. Ković, Disraeli, 131.
[243] Ković, Disraeli, 138.
[244] Beispielsweise sei hier die *Presse* und die *Berliner Börsenzeitung* genannt, die in ihren Berichten ausführlich durch ihre Korrespondenten von der Entwicklung am Balkan berichteten, Vom Kriegsschauplatz, *Die Presse*, Wien 1876 Juni 23, 24, 25, 1–3; Politische Nachrichten, Berlin, 27. Juni, *Berliner Börsen-Zeitung*, Berlin 1876 Juni 23, 24, 25, 26, 27 1–3.

vom österreichisch-ungarische Außenminister unterstützte, um weitere Ausschreitungen gegen die Zivilbevölkerung zu verhindern und einer Flüchtlingsbewegung aus den Kampfgebieten vorzubeugen.[245]

Die offizielle Korrespondenz lässt keinen Schluss zu, dass sich Pallavicini ein Bild über die Absetzung Murats V. durch Informationen des Außenministeriums machen konnte. Wahrscheinlich boten auch hier Berichte in den Tageszeitungen die Möglichkeit, sich über Entwicklungen zu informieren.[246] Am 31. August 1876, 93 Tage nach seiner Inthronisierung, wurde der Sultan abgesetzt. Vor und während seiner Regentschaft gelang es ihm nicht, sich gegen die rivalisierenden innenpolitischen Kräfte seines Reiches zu behaupten. Er blieb ein unberechenbarer Faktor im Kampf um Macht und Einfluss, der hinter den Kulissen stattfand. Von Midhat Pascha wurde Murat V. für die Realisierung seiner Reformpläne benützt. Seiner Absetzung ging ein Ärztestreit bezüglich seiner Zurechnungsfähigkeit voraus, an dessen Ende sich jene Expertise durchsetzte, die ihm Regierungsunfähigkeit aufgrund von Depression und psychischen Störungen attestierte. An seiner Stelle wurde noch am selben Tag sein jüngerer Bruder Abdülhamid II. (21. September 1842–10. Februar 1918) als 34. Sultan des Osmanischen Reiches inthronisiert.[247] Zeitgleich mit der Übernahme der Herrschaft wurde der Reformer Midhat Pascha, in seiner Funktion als Präsident des Staatsrates,vom neuen Sultan mit der Ausarbeitung einer Verfassung für das Osmanische Reich beauftragt.[248]

2.2.3. Die Osmanische Verfassung und die Botschafterkonferenz von 1876 - 1877

Trotz des neuerlichen Herrscherwechsels in Konstantinopel Ende August 1876 wurden die Bemühungen der Mächte, in der Krisenregion einen Waffenstillstand zu erreichen fortgesetzt. In Wien sprach sich der Außenminister für den Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens aus, das primär als Vorbedingung für Verhandlungen über einen Friedensvertrag dienen sollte. Des Weiteren regte Andrássy an, Maßnahmen gegen den weiteren Zuzug russischer Freiwilliger in die Krisenregion zu ergreifen.[249]

---

[245] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 August 23, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142, Abschrift eines telegrafischen Erlasses an den Botschafter in Konstantinopel.
[246] Wien, 1. September, *Die Presse*, Wien 1876 September 2, 1, Vom neuesten Sultan, *Die Presse*, Wien 1876 September 4, 1-2.
[247] Vgl.; Matuz, Das Osmanische, 238f
[248] Vgl.; Rasim Marz, Das Osmanische Reich auf dem Weg nach Europa, Norderstedt 2013, 62–63.
[249] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1876 August 23, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 142.

Ungeachtet der Ergebnisse von Reichstadt fanden in London Mitte September 1876 russisch-britische Verhandlungen in der von Gortčakov verfolgten Autonomie-Frage statt. In den wesentlichen Fragen konnte Übereinstimmung erzielt werden. In den Verhandlungen wurde ein Aktionsprogramm beschlossen, das neben der Verkündung eines sofortigen Waffenstillstands bis Jahresende die Abhaltung einer Mächtekonferenz in Konstantinopel vorsah. Übereinstimmung bestand darüber, dass Russland und England eine gemeinsame Linie hinsichtlich des Konferenzprogramms vertreten würden. Diese hatte zum Ziel, den Staus quo ante für Serbien und Montenegro zu verhandeln sowie eine Autonomie für Bosnien, Herzegowina und Bulgarien zu erreichen.[250]

Unter dem Druck der Ereignisse entschloss sich die die osmanische Regierung am 15. September 1876 ohne Vorbedingungen einen zehntägigen Waffenstillstand zu verkünden. Von englischer Seite wurde dem Sultan nahe gelegt, sich englischem Schutz zu unterstellen und das in London mit Russland verhandelte Aktionsprogramm zu akzeptieren.[251] Es muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Regierungen der Mächte eine militärische Verwicklung Russlands ab der Kriegserklärung der Balkanfürstentümer nicht mehr ausschlossen. Anhand russischer Sondierungen in Wien und Berlin wurde ersichtlich, dass Alexander II. nicht gewillt war, eine Niederlage Serbiens und Montenegros zu akzeptieren, da sich im Herbst 1876 der innenpolitische Druck auf den Zaren erhöhte, als die militärische Niederlage Serbiens feststand. Obwohl sich in St. Petersburg die Mehrheit der Regierungsmitglieder gegen einen militärischen Konflikt aussprach, entschied sich der Zar Kriegsvorbereitungen zu treffen.[252]

Angesichts der öffentlichen Unterstützung Russlands für Serbien und Montenegro betrachtete die russische Regierung das Zugeständnis der osmanischen Regierung vom September als nicht weitreichend genug und stellte Ende Oktober 1876 ein Ultimatum. Darin wurde gefordert, unverzüglich einen Waffenstillstand abzuschließen und binnen zweier Monate mit Friedensverhandlungen zu beginnen. Während in Wien und Berlin noch über die Annahme der russisch-englischen Konferenzinitiative nachgedacht wurde, signalisierte St. Petersburg damit, wenn nötig, auch alleine gegen das Osmanische Reich vorzugehen. Im Hinblick auf die russische Drohung zeigte sich die osmanische Regierung am 1. November 1876 bereit, einem zweimonatigen Waffenstillstand und der Abhaltung einer Mächtekonferenz zuzustimmen. Die diesbezügliche Literatur lässt den Schluss zu, dass sich die russische Führung im November 1876 bereits für einen Waffengang im nächsten Frühjahr entschieden hatte. Vor einer militärischen Aktion gegen das Osmanische Reich

[250] Geyer, Imperialismus, 50–51.
[251] Ković, Disraeli, 151.
[252] Geyer, Imperialismus, 58–63; Hünigen, Ignat´ev, 116–117; Schmidt, Die Balkankrise, 54–55.

wollte der russische Kriegsrat jedoch noch die Ergebnisse der Mächtekonferenz in Konstantinopel abwarten, bzw. erhoffte sich ein europäisches Mandat für eine Strafexpedition gegen Konstantinopel.[253]

Von Gorčakov autorisiert, begannen noch vor dem Beginn der Mächtekonferenz in Wien Verhandlungen zwischen Andrássy und Novikov, die den Abschluss einer bindenden Übereinkunft auf der Basis der Gespräche von Reichstadt zum Ziel hatten. Die Verhandlungen konnten in der Folge bereits Ende Dezember 1876 mit einem Vertragsentwurf beendet werden. Im Hinblick auf die noch mögliche Variante eines europäischen Mandats war Gorčakov jedoch noch nicht bereit, diesen zu unterzeichnen.[254] Ohne große Erwartungen und ohne Repräsentanten der osmanischen Regierung, traten unter dem Vorsitz Ignat´evs die sechs akkreditierten Botschafter der Großmächte am 11.und 12. Dezember 1876 zu ihrer ersten Sitzung in Konstantinopel zusammen. Es traten bereits während der ersten Verhandlungstage Differenzen zwischen den Diplomaten auf, worauf die Verhandlungen auf Jänner 1877 vertagt wurden.[255]

Von der osmanischen Regierung wurde die Konferenz abgelehnt und als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches betrachtet. Von der Bevölkerung wurde diese Haltung unterstützt.[256] Noch bevor sich die Botschafter zu einer weiteren Zusammenkunft trafen, erfolgte am 23. Dezember 1876 die Ernennung des osmanischen Reformpolitikers Midhat Paschas zum Großwesir. Der Zeitpunkt seiner Ernennung war beabsichtigt denn während der Konferenzeröffnung der „Tersane Konferenz“ verkündete der Außenminister des Osmanischen Reiches, Saffet Pascha (1814–1883), am 23. Dezember 1876 die offizielle Inkraftsetzung der Osmanischen Verfassung. Die neue Verfassung wurde grundsätzlich positiv von der Bevölkerung aufgenommen und als politischer Schutz vor weiteren Versuchen der Großmächte gesehen, Einfluss auf die Entwicklung des Osmanischen Reiches zu nehmen. Trotz der Mitwirkung konservativ-muslimischer Repräsentanten wurde die Verfassung jedoch nicht von allen religiösen Gruppierungen akzeptiert, da sie eine Gleichstellung mit der christlichen Bevölkerung ablehnten. Auch die christliche Bevölkerung lehnt die Verfassung ab, da sie Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich anstrebte.[257]

Der Plan des Großwesirs, die Konferenz durch die Proklamation der Verfassung zu sprengen, blieb jedoch ohne Wirkung. Das Inkrafttreten wurde zwar von den Konferenzteilnehmern als gegeben hingenommen, es hatte aber keinen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Gespräche. Die Regierungen der Großmächte reagierten mit Kritik auf das politischen Manövers der osmanischen Regierung. In

[253] Vgl.; Matuz, Das Osmanische Reich, 64; Bihl, Mächte, 126; Schmidt, Balkankrise, 57–58.
[254] Schmidt, Balkankrise, 58.
[255] Kos, Die Politik Österreich-Ungarns, 207; Corti, Battenberg. 22.
[256] Marz, Das Osmanische Reich, 64.
[257] Buchmann, Österreich, 223.

Frankreich nannte man sie ein „Monstrum“ und in England bezeichneten sie regierungsnahe Medien als unannehmbar; ein Mittel, um Russland zu ärgern und allgemein als eine Herausforderung für die Großmächte. In Wien reagierte man skeptisch bezüglich der Umsetzung. St. Petersburg vermutete hinter dem Vorgang der osmanischen Regierung ein taktisches Manöver, um einen Keil zwischen die Einigkeit der Großmächte zu treiben.[258]

Die Botschafterkonferenz ging am 21. Jänner 1877 ohne bindende Ergebnisse zu Ende. Während der Konferenz konnte man sich darauf einigen, den Status quo ante für Serbien, sowie Gebietsabtretungen für Montenegro zu fordern. Darüber hinaus wurde der Zusammenschluss Bosniens und der Herzegowina zu einer Provinz beschlossen. Bezüglich Bulgarien einigten sich die Teilnehmer auf eine russische und eine österreichisch-ungarische Zone, wobei Rumelien von russischen Truppen bis zur Einsetzung eines christlichen Gouverneurs besetzt werden sollte.[259] Wie zu erwarten, beurteilte die Pforte die Beschlüsse der Botschafterkonferenz als inakzeptabel und lehnte sie trotz der Drohung der Großmächte, ihre Repräsentanten abzuberufen, Mitte Jänner ab. Die Konferenz wurde am 21. Jänner ohne bindende Ergebnisse abgeschlossen, worauf die Botschafter der Großmächte wie angekündigt die Metropole am Bosporus verließen.[260]

In einer Abschrift des Außenministeriums Mitte Jänner 1877 wurde die k.u.k. Botschaft in Berlin über die Entwicklungen in Konstantinopel unterrichtet.[261] Die für das Osmanische Reich enttäuschende Entwicklung im Zusammenhang mit der Proklamation der Verfassung führte in Folge zu Spannungen zwischen dem Sultan und Midhat Pascha, die Anfang Februar 1877 zu dessen Absetzung und Verbannung führten. Abdühlhamid II. zeigte sich nach dem Regierungswechsel gewillt, die Reformen Midhat Paschas fortzuführen. Am 19. März 1877 wurde das Parlament mit der Thronrede des Sultans feierlich eröffnet. Der osmanische Parlamentarismus währte jedoch nicht lange. Nach dem Kriegsausbruch mit Russland erwiesen sich die Parlamentarier der Krise nicht gewachsen. Da es nicht gelang, einen Konsens bezüglich der zu ergreifenden Maßnahmen zu erzielen, sah sich der Sultan gezwungen, die Verfassung zu suspendieren. In der Folgezeit seiner Regierung bestand die Verfassung von 1876 zwar fort, blieb allerdings in der Realität der autokratischen Herrschaft Abdühlhamids II. untergeordnet.[262]

[258] Bihl, Die europäischen Mächte, 133.
[259] Marz, Das Osmanische Reich, 66; Kos, Die Politik Österreich-Ungarns, 209–210.
[260] Marz, Das Osmanische Reich, 64–66.
[261] Ritter von Bosizio an Gyula Andrássy, Bukarest 1877 Jänner 17, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Karton (Kart.) 143.
[262] Marz, Das Osmanische Reich, 66.

Nach dem Scheitern der Botschafterkonferenz in Konstantinopel fanden Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland.statt, in welchen es der russische Diplomatie gelang, sich im Rahmen der Vereinbarungen der Budapester Konvention am 15. Jänner 1877 für einen Konflikt mit dem Osmanischen Reich gegenüber der Donaumonarchie abzusichern. In der Übereinkunft verpflichtete sich die österreichisch-ungarische Monarchie unter anderem wohlwollende Neutralität für den Kriegsfall zu wahren und eine Intervention der Großmächte auf der Grundlage des Pariser Vertrages von 1856 abzulehnen. Darüber hinaus wurde zwischen Russland und Österreich-Ungarn die Teilung Südosteuropas in Einflusssphären beschlossen.[263]

Im Gegensatz dazu wurde Ignat´ev nach Berlin, Paris und London geschickt, um ein Großmächtemandat für eine Militäraktion gegen das Osmanische Reich zu erwirken. Auf Basis der Reformvorschläge Ignat´evs wurde in London zwischen Stanley und Šuvalov über Schritte beraten, die osmanische Regierung doch zur Annahme der Beschlüsse von Konstantinopel zu bewegen, um eine Eskalation der Lage zu verhindern. Am 31. März 1877 wurde zwischen England und Russland das „Londoner-Protokoll“ verabschiedet, das im Kern jedoch keine ernsthaften Sanktionen gegen Konstantinopel enthielt.[264]

Als Zeichen der Rückkehr zu gewohnt freundschaftlichen Beziehungen entsandte die englischen Regierung, Sir Austen Henry Layard als neuer Britischer Botschafter nach Konstantinopel. Dort kam es im Februar 1877 zu getrennten Friedensverhandlungen zwischen der osmanischen Regierung, Serbien und Montenegro. Während die Gespräche mit Belgrad auf der Basis des Status quo ante Ende Februar erfolgreich abgeschlossen werden konnten, wurden die Friedensverhandlungen mit Montenegro auf Grund unüberbrückbarer Differenzen für abgebrochen erklärt. In Folge setzte die osmanische Regierung den Waffenstillstand aus und verstärkte ihre Truppen an der Grenze zu Montenegro. Über diese Entwicklung wurde auch die k.u.k. Botschaft in Berlin unterrichtet.[265]

In einer Mischung aus militärischer Stärke und diplomatischem Rückhalt sahen sich das osmanische Parlament und die Regierung in ihrer abweisenden Haltung gegenüber den Beschlüssen der Großmächte bestätigt und wiesen am 10. April 1877 das „Londoner Protokoll“ zurück. Die Ablehnung der Reformvorschläge der Großmächte durch die osmanische Regierung wurde am 24. April 1877 von Russland zum Anlass genommen, um zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele dem Osmanischen Reich den Krieg zu erklären.[266]

[263] Kos, Die Politik Österreich-Ungarns, 197–218; Geyer, Imperialismus, 64.
[264] Schmidt, Balkankrise, 61.
[265] Gustav Thoemmel an Andrássy, Cetinje 1877 April 10, 15, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Kart. 143.
[266] Adanir, Die Makedonische Frage, 81–82.

2.3. Der russisch-osmanische Krieg von 1877–1878

Am 24. April 1877 überschritten unter dem Oberbefehl der Brüder des Zaren, die Großfürsten Nikolaj Nikolaevič (6. November 1856-5. Jänner 1929) und Michail Nikolaevič (25./13. Oktober 1832–18./5. Dezember 1909), die aus der Heeresgruppe Donau und Kaukasus bestehende Armee des Zaren die Grenzen des Osmanischen Reiches.[267] Ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen, gelang es den russischen Truppen Rumänien zu durchqueren und die bulgarisch-rumänische Grenze an der Donau zu erreichen.[268] Wie auch in den russisch-osmanischen Kriegen zuvor, setzten die Militärstrategen des Sultans zur Abwehr der Feinde auch dieses Mal auf ein Defensivkonzept und erwarteten die Armee des Zaren entlang eines gut ausgebauten Festungssystems entlang der Donau, im Kaukasus und an den Balkanpässen.[269]

Vom Kriegsausbruch wurde die europäische Öffentlichkeit durch detaillierte Berichte in der Presse informiert.[270] Laut Diószegi bestand unter den Großmächten kein Zweifel daran, dass es zu dem Krieg kommen werde, daher konnte er keine Hinweise dafür finden, dass sich die österreichisch-ungarische Diplomatie in fieberhafte Tätigkeit stürzte.[271] Allerdings befürchtete Andrássy Einschränkungen für den freien Schiffsverkehr auf der Donau, wegen der Militäroperationen der Krieg führenden Mächte. Károly wurde daher beauftragt, das Berliner Kabinett über die von Andrássy eingeleiteten Schritte in St. Petersburg und Konstantinopel zur Wahrung der Rechte der Anrainerstaaten zu unterrichten.[272]

Zwar erfolgte von beiden kriegsführenden Seiten die Versicherung, dass sie eine nachhaltige Gefährdung der Donauschifffahrt vermeiden wollen, die getroffenen Maßnahmen ließen jedoch ein anderes Szenarium erwarten. Um auch weiterhin die Kontrolle über das Donaudelta auszuüben, wurden von der Marine des Sultans Minensperren an exponierten Stellen gelegt.[273] Russland seinerseits versenkte Schiffe, um die osmanische Donauflotte an der Teilnahme weiterer Kampfhandlungen zu

---

[267] Die russische Invasionsarmee bestand aus zwei Heeresgruppen. Die Donauarmee unter dem Befehl des Zarenbruders, dem und die Kaukasusarmee ebenfalls unter einem Bruder des Zaren. Dioszögy, Außenpolitik, 210; Hösch, Balkanländer, 134; Härtel, Schönfeld, Bulgarien, 119.

[268] Russland und Rumänien schlossen am 16. April 1877 einen Bündnisvertrag der den russischen Truppen eine rasche Durchquerung des Fürstentums ermöglichte. Novotny, Österreich, 30.

[269] Diószegi, Außenpolitik, 209–211.

[270] Beispielsweise: ein Auszug eines Kommentars der *Die Presse* vom 25. April: „Das russische Kriegsmanifest ist erschienen; der Zar hat seine Ansprachen an die Armee gehalten. Fürst Gortschakow motivierte bei den Mächten das Vorgehen Russlands diplomatisch; die russische Botschaft in Konstantinopel hat der Pforte den Abbruch der Beziehungen notificiert und ist abgereist; der türkische Geschäftsträger in Petersburg erhielt eine parallele Weisung und wird morgen abreisen – alle bei einem Kriegsausbruch gewohnten Formalitäten sind zwischen gestern und heute pünktlich und programmmäßig erfüllt worden und im Laufe der gestrigen Nacht haben die Russen auch den Pruth überschritten.“ Ausland, zur Orientfrage, *Die Presse*, Wien, 25. April 1877 April 25, 3, 4.

[271] Dioszögy, Außenpolitik, 181.

[272] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1877 Mai 20, Haus- Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien, Wien), Politisches Archiv (PA), Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Berlin Akten, Karton (Kart.) 143-1.

[273] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1877 Juli 2, HHStA Wien, PA, Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Berlin, Kart. 143-1.

behindern.[274] Der russischen Donauarmee gelang es unerwarteter Weise rasch, am 27. Juni 1877 die von modernen Torpedobooten und Panzerschiffen kontrollierte Donau zu überqueren und einen Brückenkopf zu bilden. Die russischen Truppen teilten sich dann in drei Teile, um die strategischen Balkanpässe zu erobern. Der rasche Vormarsch konnte allerdings von den neu gruppierten Truppen des Sultans in der zweiten Julihälfte 1877 gestoppt werden, worauf es für die nächsten Monate in diesem Krieg zu einer Art Pattstellung kam.[275]
In Wien stieß die Bildung von Barrieren, vor allem im Sulinaarm der Donaumündung, auf scharfen Protest, zumal Andrássy neben der Versandung des Kanals auch eine „empfindliche Schädigung der Interessen aller an dieser Frage beteiligten Mächte“ für die Zeit nach dem Krieg befürchtete.[276] Hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf den Handel kündigte das Kabinett von St. James die Errichtung einer neutralen Zone im Sulina-Kanal unter Aufsicht der Donaukommission an.[277]

Grundsätzlich war der österreichisch-ungarische Außenminister bereit, eine Verständigung in dieser Frage mit England zu erzielen. Er appellierte jedoch auch an die russische Regierung, ihr Einwilligung zur unverzüglichen Räumung der Barrieren durch die Kommission zu erklären. Andrássy wollte jedoch zuerst die Reaktion St. Petersburgs abwarten, bevor er sich dem britischen Projekt der Neutralisierung des Stromgebietes anschloss. Die russische Regierung signalisierte in ihrer Antwort Kompromissbereitschaft, schränkte aber ein, der Forderung nur dann nachzukommen, wenn auf andere Art und Weise der osmanischen Donauflotte die Einfahrt in das Flussdelta erschwert werden würde. Andrássy verhandelte in Übereinstimmung mit Stanley mit St. Petersburg und leitete in Konstantinopel die notwendigen diplomatischen Schritte zur Annahme der Neutralisierung der Donaumündungen ein.[278]

Seit Beginn der russischen Militäraktionen im April 1877 waren die Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie zu England ungetrübt. Von beiden Seiten war der Wunsch nach Kooperation in dieser Krise vorhanden, nicht zu letzt, weil London seine Interessen am Persischen Golf und im Osmanischen Reich durch den russischen Vormarsch gefährdet sah.[279] Hinsichtlich der unbekannten russischen Kriegsziele entschloss sich die englische Regierung, eine bindende Abmachung mit Österreich-Ungarn zu verhandeln. Andrássy seinerseits wollte einen Partner an seiner

[274] Gyula Andrássy an Anton Wolkenstein, Wien Juli 18, HHStA Wien, PA, Gesandtschafts- und Konsulararchive B, Berlin, Kart., 143-1.
[275] Dioszögy, Außenpolitik, 211–212.
[276] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1877 September 1, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Berlin, Kart. 143-1.
[277] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1877 September 7, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv B, Berlin, Kart. 143-1, Abschrift einer Zuschrift von Sir A. Buchanan vom 1. des Monats.
[278] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1877 Oktober 10, HHStA Wien, Gesandtschafts- und Konsulararchive B, Berlin, Kart. 143-1, Abschrift einer Depesche an den Grafen Beust in London.
[279] Dioszögy, Die Außenpolitik 187–189.

Seite haben für den Fall, dass sich Russland nicht an die Abmachungen von Reichstadt halten würde. Ende Mai trat der k.u.k. Außenminister daher mit einem umfassenden Memorandum an das englische Kabinett heran, in welchem er Gründe für einen Kriegseintritt der österreichisch-ungarischen Monarchie skizzierte. Die Denkschrift führte zu einem heftigen Richtungsstreit innerhalb der englischen Regierung, wobei sich die proösterreichisch-ungarische Linie von Premierminister Disraeli durchsetzen konnte.[280]

Durch die Einnahme von Veliko Tarnovo, (Weliko Tarnowo, Tarnovo, Tărnovo) am 6-7. Juli 1877 durch russische Truppen gewannen die Verhandlungen zwischen London und Wien an Brisanz und wurden intensiviert. Als Ergebnis eines regen Notenwechsels wurde die Einleitung von nicht genau spezifizierten Vorkehrungen zur Durchsetzung der jeweiligen Interessen vereinbart.[281] In einer unabhängigen Deklarationen verpflichteten sich beide Mächte zur wechselseitigen Garantie ihrer Interessen. Von englischer Seite galt es hierzu primär die Besetzung Konstantinopels durch russische Truppen zu verhindern, und Andrássy dadurch die Gründung eines slawischen Staates sowie die Ausweitung russischer Hegemonie am Balkan verhindern wollte.[282]

Am 19. September 1877 traf sich Andrássy in Salzburg mit Bismarck.[283] Bei den Gesprächen wurden neben der Entwicklung an den Kriegsschauplätzen, die Verständigung mit London und Fragen über gemeinsame Vorkehrungen zum Schutz der eigenen Staatsbürger im Osmanischen Reich erörtert. Von deutscher Seite wurde dabei angeregt, auf gegenseitiger Basis österreichisch-ungarische und deutsche Staatsangehörige durch die jeweilig in den osmanischen Gewässern anwesenden Kriegsschiffe zu beschützen.[284]

Im September 1877 lieferten sich russische und osmanische Truppen heftige Kämpfe im Kaukasus und an den Balkanpässen. .[285] Am 18. November 1877 wurde die Kaukasusfront mit der Eroberung der osmanischen Festung Kars (Ghars, Qars, Qers) durchbrochen.[286] Wenige Wochen später, am 10. Dezember 1877 musste der Kommandeur der Balkanfestung Pleven (Plewna), Osman Nuri Pascha (1837–5. April 1900), kapitulieren. Den militärischen Sieg vor Augen und mit dem Willen vollendete Tatsachen zu schaffen, verfügte Alexander II. in seinem Hauptquartier ein 13 Punkte umfassendes Friedensprogramm, das jedoch im diametralen Gegensatz zu den Vereinbarungen mit Österreich-

[280] Kovic, Disraeli, 213; Dioszögy, Außenpolitik, 189; Schmidt, Balkankrise, 63f.
[281] Schönfeld, Bulgarien, 119; Schmidt, Balkankrise, 65.
[282] Schmidt, Balkankrise, 66–67.
[283] Ebd.; 68.
[284] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1877 Mai 23, HHStA Wien, PA, Gesandtschafts- und Konsulararchive B, Berlin, Kart. 143-1.
[285] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1877 Mai 23, HHStA Wien, PA, Gesandtschafts- und Konsulararchive B, Berlin, Kart. 143-1, Abschrift an Wolkenstein Ischl 1877 August 22, Wien 1877 August 27.
[286] Ković, Disraeli, 228.

Ungarn von Reichstadt und Budapest stand. Vom russischen Standpunkt bildeten jedoch diese Bedingungen die Basis für die kommenden Verhandlungen mit der osmanischen Regierung. Im Mittelpunkt des russischen Programms stand die Schaffung eines Großbulgariens, das sich von der Schwarzmeerküste, der Ägäis bis zur serbischen Grenze erstrecken sollte. Darüber hinaus forderte der Zar eine Autonomie für Bosnien und Herzegowina, sowie eine Neustrukturierung des Balkanraums.[287] In Belgrad ergriff Fürst Milan IV. die Gunst der Stunde und ‚erklärte dem Osmanischen Reich am 13. Dezember 1877 den Krieg.[288]

Trotz winterlicher Bedingungen setzte die russische Donauarmee im Jänner 1878 ihren Vorstoß über den Šipkapass in Richtung Edirne (Odrin, Adrianoupolis, früher Adrianopel) fort. Angesichts der anrückenden russischen Truppen herrschte sowohl in den bedrohten Provinzen als auch in Konstantinopel Ungewissheit. Unter den diplomatischen Vertretern der Großmächte erhärtete sich unterdessen der Eindruck, dass es schlecht um die Kampfmoral der Soldaten stand und der Widerstandswille der osmanischen Armee nahezu erloschen war. Obwohl der Gouverneur von Adrianopel die Evakuierung der Stadt ankündigte, drängten immer mehr Flüchtlinge in die Stadt. Da die Maßnahmen der Pforte nicht ausreichten um das Leid der Vertriebenen zu lindern, boten sich die meisten ausländischen Missionen an, humanitäre Hilfe zum Schutz der Vertriebenen zu leisten. Angesichts der katastrophalem militärischen Lage und dem Los der Bevölkerung, sah sich Abdülhamid II. gezwungen, die Feindseligkeiten einzustellen und am 1. Jänner 1878 Alexander II. um die Gewährung eines Waffenstillstands zu ersuchen.[289]

Ungeachtet dessen setzten sowohl die russischen als auch die der serbischen und montenegrinischen Truppen ihre militärischen Operationen fortsetzten. Am 20. Jänner 1878 wurde Adrianopel von der russischen Donauarmee erobert und zu ihrem Hauptquartier gemacht. Wenige Tage darauf wurde die eingenommene Stadt zum Schauplatz der Unterzeichnung eines Waffenstillstands zwischen den Unterhändlern des Sultans und Vertretern des Zaren. Die Leitung der Friedensgespräche wurden in der Folge Igant´ev übertragen. Der hatte sich an die Vorgaben der Gespräche des Zaren mit Gorčakov und dem Russischen Kriegsminister, Dimitrij Alekseevič Miljutin (10. Juli/ 28. Juni 1816–7. Februar/ 25. Jänner 1912), zu halten und in diesem Sinne mit der Pforte einen Präliminarvertrag abzuschließen.[290]

---

[287] Vgl.; Die sogenannten „ „Poradim-Bedingungen“ des Zaren im Dezember 1877, Schmidt, Balkankrise, 69, Rainer F. Schmidt, Graf Julius Andrássy und der Zweibund. Zur Vorgeschichte des Bündnisses vom Oktober 1879 zwischen Österreich-Ungarn und den Deutschen Reich, in: Helmut Rumpler – Jan Paul Niederkorn, „ Der Zweibund“ 1879. Das österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996, 31.

[288] Nikolaus Wrede an Gyula Andrássy, Belgrad 1877 Dezember 14, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Gesandtschaft und Konsulararchiv P, Paris, Karton (Kart.) 104, Kovic, Disraeli, 229.

[289] Gyula Andrássy an Felix Wimpffen, Wien 1878 Jänner 30, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Novotny, Österreich, 32f, Geyer Imperialismus, 68.

[290] Hünigen, Nikolaj Pavlovič Ignat´ev 236–237, Novotny, Österreich, 32–33.

In einer für die Zukunft des Osmanischen Reiches prekären Situation „hat seine Exzellenz der Herr Botschafter den Attaché Johann Markgraf Pallavicini angewiesen sich auf seinen Posten nach Paris zu begeben. Derselbe ist am 15. April [1878] an seine neue Bestimmung abgereist“[291]

[291] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

3. K.u.k Botschaft Paris, April 1878 – Oktober 1879

3.1. Von den Präliminarien von San Stefano zum Kongress von Berlin

Nach zwei jähriger Tätigkeit in Berlin wurde Pallavicini nach Paris versetzt, wo er am 16. April 1878. seine diplomatische Tätigkeit aufnahm. Anhand der Berichten des k.u.k. Außenministerium konnte sich Pallavicini über die Situation der von russischen Truppen eroberten Gebiete informieren und konnte Einblicke über die Konsequenzen aus den Kampfhandlungen für die betroffene Bevölkerung gewinnen.

3.1.1. Informationen über die Bedrohung Konstantinopels durch russische Truppen

Den Informationen des k.u.k. Außenministeriums an die k.u.k. Botschaft in Paris ist zu entnehmen, dass die Kampfhandlungen am Balkan und in den Kaukasusprovinzen des Osmanischen Reiches im April 1878 unvermindert fortgesetzt wurden. Wenn auch aus unterschiedlichen Motiven, beurteilten die drei Bevölkerungsgruppen in Bosnien und der Herzegowina die sich abzeichnende politische Veränderung mit Unbehagen.[292] Die Muslime wurden mit Informationen aus dem benachbarten Dalmatien über die Entwicklungen auf den Kriegsschauplätzen informiert. Angesichts der militärischen Lage plädierten nur mehr wenige für die Fortführung der Kämpfe, da nur mehr wenig Hoffnung auf eine Intervention der Großmächte bestand und in muslimischen Kreisen Ansehen und Kompetenz der osmanischen Regierung zunehmend in Frage gestellt wurde. Sowohl bei den lokalen Autoritäten als auch in der muslimischen Gesellschaft machte sich große Unsicherheit über den Fortbestand des Reiches und der eigenen Zukunft breit. Die Mehrzahl der Muslime rechneten mit dem Ende ihrer Vorherrschaft und befürchteten eine Angliederung der Terretorien an Serbien oder Montenegro.[293]Die Informationen des Außenministeriums fan die k.u.k. Botschaft in Paris erlauben die Schlussfolgerung, dass die Muslime Bosniens und der Herzegowina einen Anschluss an Österreich-Ungarn befürworteten. Damit verbanden sie die Hoffnung in der Heimat verbleiben zu können, eine Gleichstellung mit den Christen sowie Schutz der Religion und des Eigentums.[294]
Im Gegensatz dazu setzte die orthodoxe Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina ihre Zuversicht darauf, mit Montenegro vereinigt zu werden, zumal der gebildete Teil der orthodoxen Gesellschaft

[292] Novotny, Österreich, 37.
[293] Consulats-Gerent Depolo an Gyula Andrássy Banjulka 1878 Jänner 3, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104.
[294] Konsul Strautz an Gyula Andrássy, Mostar 1878 März 21, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104.

bereits bereit stand, an Stelle der osmanischen Autoritäten die Administration der Provinzen zu übernehmen. Die Katholiken jedoch vertraten die Ansicht, keine allzu große Verbesserung ihrer Lebensumstände unter montenegrinischer Herrschaft erwarten zu können. In katholisch dominierten Gemeinden warnten die Priester vor einer Hegemonie der Orthodoxie und den daraus resultierenden Konsequenzen.[295]

Möglicher Weise konnte der Markgraf aus Gesprächen mit dem k.u.k. Botschafter, den diplomatischen Kollegen an der k.u.k. Botschaft und aus den Informationen des Außenministeriums davon Kenntnis erlangen, dass in Konstantinopel die Konsequenzen aus dem Krieg für Machthaber und Gesellschaft im April 1878 nicht abzusehen waren. Den Informationen des k.u.k. Außenministeriums war nämlich zu entnehmen, dass sich seit Beginn des Jahres 1878 der Zuzug muslimischer Flüchtlinge in die Hauptstadt nicht abschwächte. Denn Russland reklamierte alle besetzten Gebiete mit einer bulgarischen Bevölkerungsmehrheit als Teil von „Groß-Bulgarien“. Zur Umsetzung dieses Vorhabens wurden bulgarische Hilfstruppen mit der Order herangezogen, die muslimische Bevölkerung gewaltsam aus ihrer Heimat zu vertreiben, um eine slawische Bevölkerungsmehrheiten zu schaffen.[296] Um Gewaltexzessen zu entgehen, zogen es viele Muslime aus den betroffenen Gebieten vor, vor den anrückenden Truppen per Schiffen oder per Bahn nach Konstantinopel zu flüchten.[297]

Die Unterbringung der Flüchtlinge gestaltete sich im Winter 1878 schwierig. Angst vor Seuchen und Epidemien breiteten sich aus.[298] Während die osmanische Regierung Vorbereitungen zur Verhängung des Ausnahmezustands traf, richtete sich der Volkszorn gegen den Sultan und die Regierung die keine umfassende Organisationsstruktur bilden konnten.[299] Innerhalb der politischen Kreise hingegen richtete sich die Stimmung gegen die Haltung der englischen Regierung. In Konstantinopel war das Vertrauen in die Integrität Englands erschüttert, daran konnte auch die Entsendung eines Teils der englischen Flotten vor die Einfahrt zu den Dardanellen nichts zu ändern.[300] Auch war in der osmanischen Öffentlichkeit das Faktum nicht hinreichend bekannt, dass weder

[295] Konsul Strautz an Gyula Andrássy, Mostar 1878 Jänner 11, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104.
[296] Novotny, Österreich, 38.
[297] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Februar 15, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 12A; vgl.; Stefan Troebst, Vom ethnopolitischen Schlachtfeld zum unterethnischen Stabilitätspol: Gewalt und Gewaltfreiheit in der Region Mazedonien im „ langen“ 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, in: Philipp Ther – Holm Sundhaussen (Hgg.), Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 59, Wiesbaden 2001.
[298] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Februar 1, HHStA Wien, Gesandtschaft-und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 8A.
[299] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Jänner 25, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 6C.
[300] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Jänner 25, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 6B.

London noch Wien bereit waren, Russlands Vorgehen unwidersprochen zu akzeptieren. Denn in beiden Hauptstädten wurden Maßnahmen erörtert, die ein weiteres Vorrücken der russischen Truppen auf osmanisches Territorium verhindern sollten. In London wurde Mitte Jänner 1878 dem russischen Botschafter Šuvalov von Stanley eine diplomatische Note übergeben, in der unmissverständlich zum Ausdruck gebracht wurde, „dass jede Okkupation der Dardanellen und Konstantinopels der Casus belli“ seien.[301] Des Weiteren beschloss die englische Regierung, um Konstantinopel vor einem russischen Angriff zu schützen, die Flotte in die Dardanellen einfahren zu lassen und sich um ein Bündnis mit Wien zu bemühen.[302]

Im Februar 1878 wurden in Wien Gespräche der politischen und militärischen Führung um Kaiser, Außenminister und Generalstabschef hinsichtlich der weiteren Vorgehensweise geführt, die ein Spektrum zwischen militärischem Schlag gegen die russische Balkanarmee und einem Kongress der Großmächte abdeckten. Dabei konnten sich die Kräfte, die für eine diplomatische Lösung eintraten, durchsetzen, nicht zu letzt, da weder eine Neutralitätszusage Berlins, noch die Voraussetzung für ein Bündnis mit London erzielt werden konnte. Im Rahmen einer Rede im Reichstag stellte Bismarck fest, sich nicht für die Pläne des österreichisch-ungarischen Außenministers instrumentalisieren zu lassen. Hinsichtlich des osmanisch-russischen Krieges trat er für die Abhaltung einer Friedenskonferenz ein, in der er die Rolle des Friedensvermittlers zwischen den Interessen Österreich-Ungarns, Russlands und Englands einnehmen wollte.[303]

3.1.2. Österreich-Ungarns Initiative für eine Friedenskonferenz

In Paris wurde die k.u.k. Botschaft durch das Außenministerium von den diplomatischen Bemühungen Andrássys informiert, mit Russland auf der Basis einer Konferenz einen Ausgleich zu suchen. Die unabsehbare Folgen einer militärischen Auseinandersetzung und das Ausbleiben der erhofften diplomatischen Rückendeckung durch London und Berlin bildeten für den k.u.k. Außenminister die maßgebenden Faktoren, eine diplomatische Lösung anzustreben. Noch im Jänner 1878 ließ er die osmanische Regierung durch Zichy davon unterrichten, dass er die Signatarmächte des Pariser Vertrages zu einer Konferenz nach Wien eingeladen habe, um „deren berechtigten Einfluss auf die definitive Verständigung Europas über die notwendig erscheinende Modifikation der Verträge zu erzielen.“[304] Die Initiative des österreichisch-ungarischen Außenministers wurde in Berlin

[301] Schmidt, Balkankrise, 70.
[302] Feuchtwanger, Disraeli, 185;Hünigen, Ignat´ev, 232–234.
[303] Schmidt, Balkankrise, 72–77.
[304] Gyula Andrássy an Franz Zichy, Wien 1878 Februar 5, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 13.

wohlwollend aber mit Zurückhaltung aufgenommen.[305] Auch Gorčakov erklärte sich zur Teilnahme an einem Kongress bereit; wusste der doch, dass eine Revision der Bestimmungen von Paris 1856 inklusive der Meerengenfrage nur in Einklang mit den Signatarmächten zu erreichen sei. Wien als Austragungsort lehnte der russische Kanzler jedoch ab.[306]

Die Einfahrt der englischen Marine in die Dardanellen Ende Jänner 1878 veranlasste im Gegenzug die russische Regierung dazu die Besetzung der konstantinopler Vororte San Stefano und Kučuk–Čekmedje durchzuführen. In San Stefano wurde das russische Hauptquartier errichtet und Ignat´ev von Alexander II. mit der Leitung der Friedensverhandlungen beauftragt.[307] Während sich die Spitzen der europäischen Diplomatie noch in Verhandlungen über einen geeigneten Konferenzort befanden, wurde Ignat´ev von Gorčakov und Miljutin instruiert, Russlands Forderungen gegenüber der osmanischen Regierung kompromisslos durchzusetzen und in Teilbereichen vollendete Tatsachen zu schaffen.[308]

Die russisch-osmanischen Friedensverhandlungen verliefen jedoch keineswegs so reibungslos, wie dies die russische Seite erhoffte. Denn sowohl verdeckte diplomatische Aktivitäten des englischen und österreichisch-ungarischen Botschafters, als auch das Einlaufen englischer Kriegsschiffe in die Meerenge, veranlassten die osmanische Regierung abzuwarten und die Gespräche hinauszuzögern.[309] Angesichts der Umstände geriet Ignat´ev unter Druck, die politischen Vorgaben des Zaren zu realisieren. Als Konsequenz daraus setzte Ignat´ev der Verzögerungstaktik der osmanischen Regierung eine ultimative Verhandlungsstrategie entgegensetzte. Die Androhung von Konsequenzen zeigte Wirkung und ließ den Widerstand der osmanischen Regierung gegenüber den russischen Forderungen weitgehend erlahmen. Die russisch-osmanischen Friedensverhandlungen wurden am 3. März 1878, dem Jahrestag der Krönung Alexanders II., mit der Unterzeichnung des Präliminarfriedens von San Stefano beendet.[310]

In der k.u.k. Botschaft in Paris ließen die eintreffenden Informationen des Außenministeriums den Schluss zu, dass trotz des provisorischen Charakters des Vertragswerkes Ignat´ev den Vertretern der Großmächte den Eindruck zu vermitteln versuchte, damit vollendete Tatsachen geschaffen zu haben.[311]

---

[305] Alajos Károly an Gyula Andrássy, Berlin 1878 Februar 3, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 22.
[306] Ferdinand Langenau an Gyula Andrássy, St. Petersburg 1878 Februar 5 / Jänner 24, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104.
[307] Hünigen, Ignat´ev, 236f.
[308] Ebd., 240–252.
[309] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Februar 12, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Telegramm Nr. 119.
[310] Vgl.; Geyer, Imperialismus, 68; Hayek, Bulgarien, 73–98; Schönfeld, Bulgarien, 121; Hünigen, Ignat´ev, 240; Wolfgang J. Mommsen, Das Zeitalter des Imperialismus.,Frankfurt/Main 1969.
[311] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Februar 27, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Telegramm Nr. 157.

Durch den Vertrag von San Stefano wurde ein Anstoß zu politischen bzw. territorialen Veränderungen am Balkan gegeben, von einer definitiven Neuordnung der Region war man noch weit entfernt. Das russisch-osmanische „Abkommen“ schuf eher neue Konfliktstoffe unter den kleinen Balkanstaaten hinsichtlich ihrer Grenzen. Während sich Fürst Nikola I. laut der Präliminarien über Gebietszuwächse und einen Adriahafen für Montenegro freuen konnte, begrüßte Milan IV. zwar die Unabhängigkeit Serbiens vom Osmanischen Reich; die versprochenen Gebietszuwächse blieben allerdings zu Gunsten Bulgariens und dem hartnäckigen Einspruch der Vertreter der Pforte weitgehend aus. Das Vertragswerk konnte des weiteren nicht darüber hinwegtäuschen, dass es hinsichtlich der russischen Rückgabeforderung Bessarabiens zu diplomatische Spannungen und in Folge zu einer Abkehr Rumäniens von Russland kam.[312]

Um eine Annäherung der Standpunkte zu erreichen, setzten nach Unterzeichnung der Präliminarien von San Stefano diplomatische Tätigkeit unter den Repräsentanten der europäischen Außenpolitik ein. Aus St. Petersburg wurde Ignat´ev nach Wien entsandt, um eine Übereinkunft mit Österreich-Ungarn zu suchen. In Wien wurde der russische Unterhändler mit weit über die Vereinbarungen von Reichstadt und Budapest reichenden Revisionsforderungen konfrontiert. In Übereinstimmung mit Kaiser Franz Joseph und der Militärführung beanspruchte Andrássy den gesamten westlichen Teil des Balkans bis Saloniki als politischen und wirtschaftlichen Wirkungsbereich der österreichisch-ungarischen Monarchie.[313] Als Gegenleistung für seine Zustimmung eines unter der Hegemonie Russlands stehenden Fürstentums Bulgarien forderte der Außenminister von Ignat´ev neben Grenzkorrekturen auch die Schaffung einer unabhängigen Provinz Mazedonien. Das als Puffer gedachte Konstrukt mit Saloniki als Zentrum, sollte als Schutz für Griechen und Albaner vor slawischen Gebietsansprüchen dienen und zudem die Verkehrswege Österreich-Ungarns in der westlichen Ägäis absichern. Dafür erklärte sich die Donaumonarchie bereit, weiterhin am Dreikaiserbündnis festzuhalten und sich bei einem russisch-britischen Krieg neutral zu verhalten. Andrássy gab zu erkennen,als Gegenleistung die Umsetzung der russisch-osmanischen Präliminarien im Rahmen einer europäischen Konferenz zu unterstützen.[314]

In London wurde die Bereitschaft Österreich-Ungarns einen großen slawischen Staat am Balkan zu akzeptieren mit Interesse registriert. Andrássy signalisierte dem englischen Botschafter, dass in Wien Bereitschaft zu Gesprächen mit Russland hinsichtlich machtpolitischer Abmachungen am Balkan

[312] In einem Schreiben hatte Alexander II. Fürst Carol von Rumänien eröffnet, die durch den Pariser Frieden abgetretenen bessarabischen Distrikte wieder an Russland angliedern zu wollen, und stellte als Entschädigung den Erwerb der Dobrogea (Dobruža, Dobruca, auch Trans-Danubien, Dobrudscha) in Aussicht. Heinrich Zwiedinek an Gyula Andrássy, Bukarest 1878 Februar 5, Februar 20, März 29, und Gyula Andrássy an Heinrich Zwiedinek 1878 März 27, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104; Hünigen, Ignat´ev, 249–253.
[313] Vgl.; Emil Palotás, Die wirtschaftlichen Aspekte in der Balkanpolitik Österreich-Ungarns um 1978, in: Ralph Melville – Hans–Jürgen Schröder, Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1982, 271–285.
[314] Schmidt, Die Balkankrise, 78–85.

besteht. Diese Information lässt den Schluss zu, dass für England eine Allianz mit Österreich-Ungarn zur Revision von San Stefano unter diesen Umständen nicht mehr in Betracht kam. Zur Wahrung der eigenen Interessen wurde der britische Außenminister Anfang April 1878 aktiv. Obwohl erst seit dem 2. April 1878 im Amt, unterstrich Robert Gascoyne-Cecil, Lord Salisbury (3. Februar 1830–22. August 1903), in einer Zirkularnote an die europäischen Regierungen die Skepsis seines Landes hinsichtlich einer Revisionskonferenz. Des Weiteren sprach er sich unmissverständlich gegen die Gründung eines großbulgarischen Staates, die russische Inkorporation von Batumi (Baum), Kars und Ardahan, sowie gegen jegliche Veränderung des Status quo im Mittelmeer aus. Allerdings signalisierte er grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft gegenüber Russland, indem er im Rahmen einer europäischen Mächtekonferenz die Prüfung, Modifizierung und Adaptierung des Friedensvertrages von San Stefano postulierte.[315]

Nach der Festlegung auf Berlin als Ort der Verhandlungen, stand Alexander II. vor der Alternative, entweder die erweiterten Forderungen Österreich-Ungarns zu akzeptieren oder auf das Projekt „Groß–Bulgarien“, für den Preis einer Einigung mit London zu verzichten.Von russischer Seite war an eine Weiterführung bzw. eine Ausdehnung des Konflikts mit Österreich-Ungarn oder mit England nicht zu denken. Denn neben der Warnung des Kriegsministers, einem Krieg mit den beiden Mächten nicht gewachsen zu sein, eröffnete der Balkanfeldzug der russischen Armeeführung wesentliche Defizite im Bereich der Waffentechnik, der operativen Truppenführung, des Nachschubs und des Versorgungswesens.[316]

Von den taktischen Manövern der europäischen Diplomatie im Vorfeld der Revisionskonferenz wurde die k.u.k. Botschaft in Paris durch weitergeleitete Informationen nur am Rande in Kenntnis gesetzt. Was die Verhandlungen der Signatarmächte bezüglich des Orts, den Zeitpunkt, die Anzahl der Bevollmächtigten, Rangordnung und Themenkreis der Gespräche betraf, ist es durchaus möglich, dass sich Pallavicini anhand der Informationen ein Bild hinsichtlich der politischen Vorstellungen und Ziele der beteiligten Großmächte machen konnte.[317] So ließen die Informationen den Schluss zu, dass sich beispielsweise der italienische Botschafter in St. Petersburg auch Venedig als Austragungsort vorstellen konnte.[318] Frankreich wollte den Kongress auf die Orientalische Frage beschränkt wissen und Deutschland erst die Einladungen verschicken, wenn hinsichtlich des Termins zwischen Wien und

[315] Geyer, Imperialismus, 67.
[316] Diószögi, Außenpolitik 209; Geyer, Imperialismus, 68.
[317] Alajos Károlyi an Gyula Andrássy, Berlin 1878 März 14, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 41.
[318] Ferdinand Langenau an Gyula Andrássy, St. Petersburg 1878 Februar 8, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 23.

St. Petersburg eine Einigung erfolgt sein würde.[319] Der Wunsch der Griechen, an der Konferenz teilzunehmen wurde im Vorfeld ebenso erörtert,[320] wie die Erklärung Gorčakovs, nur über jene Punkte der Friedenspräliminarien verhandeln zu wollen, die als gesamteuropäische Interessen anerkannt werden würden.[321]

Im Gegensatz dazu beharrte Andrássy darauf, über das gesamte Vertragswerk zu beraten.[322] Trotz berechtigter Hoffnung sich doch noch im Vorfeld der Konferenz mit Russland über Modifikationen zu einigen, entschied sich die osmanische Regierung in Berlin in Übereinstimmung mit den Großmächten zu handeln.[323] Hierbei widmete die osmanische Delegation neben dem Komplex „Bulgarien", der Regelung der Frage der Kriegsentschädigung besondere Aufmerksamkeit.[324]

3.1.3. Reaktionen auf San Stefano

An Hand der eingehenden Informationen des k.u.k. Außenministeriums war es möglich, sich in der k.u.k Botschaft in Paris ein Urteil hinsichtlich der Reaktionen der Bevölkerung des Osmanischen Reiches hinsichtlich der Präliminarien von San Stefano machen konnte.[325] Die Reaktion der muslimischen Bevölkerung gestaltete sich negativ; in den kleinasiatischen Provinzen formierten sich anti-dynastische Kundgebungen. Der konservativ-islamische Klerus verweigerte dem Frieden von San Stefano die Anerkennung und entzog dem Sultan jegliches Vertrauen.[326] In Ägypten machte sich der Khedive die Situation zu nutzen, um seinen Einfluss auf Syrien und die Heiligen Stätten auszuweiten. In Armenien waren von Russland unterstützte Bestrebungen im Gang, Autonomie zu erlangen und einen Aufstand gegen die Zentralgewalt zu organisieren. Darüber hinaus wurde der armenisch-gregorianische Patriarch in Konstantinopel von Russland instrumentalisiert, um in Berlin Autonomie für Armenien zu fordern.[327]

---

[319] Gyula Andrássy an Ferdinand Langenau, Wien 1878 März 8, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 27.
[320] Gyula Andrássy an Alajos Károlyi, Wien 1878 März 12, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 37.
[321] Gyula Andrássy an Friedrich Beust, Wien 1878 März 13, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Telegramm Nr. 65.
[322] Gyula Andrássy an Friedrich Beust, Wien 1878 März 24, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 69.
[323] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 April 2, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104.
[324] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 März 27, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Hünigen, Ignat´ev, 238f.
[325] Ebru Boyar, Ottomans, Turks and the Balkans. Empire lost, Relations altered, Tauris Academic Studies 2007.
[326] Stephan Herzfeld an Gyula Andrássy, Smyrna 1878 März 30, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 507.
[327] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 März 22, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 22A.

Die Entwicklung zeigt, dass sich die Muslime in den europäischen Gebieten des Reiches eingestehen mussten, dass sich die Zeit ihrer Vormachtstellung über die christlichen Balkanvölker dem Ende zuneigte.[328] Am Balkan traten nationale und religiöse Gegensätze offen zu Tage. In vielen muslimischen Familien wurde an Emigration gedacht, während es zwischen Griechen und Bulgaren in den eroberten Gebieten zum offenen Bruch kam.[329] Einer Information des Außenministeriums vom k.u.k. Konsul in Saloniki konnte die k.u.k. Botschaft in Paris entnehmen, dass sich „die Sympathie der hierländigen Bevölkerung schon seit längerer Zeit Österreich-Ungarn zugewendet, weil sie nur von dieser Großmacht die Lösung der für Mazedoniens wirtschaftliche Zukunft so unumgänglich notwendigen kürzesten Eisenbahnverbindung mit den Kulturländern Europas erhoffen.“[330] Auch trat die muslimische Gemeinde von Serres mit einer Petition an die k.u.k. Vertretung mit dem Ziel heran trat, eine Vereinigung ihrer Provinz mit Österreich-Ungarn zu erreichen.[331]

In den von russischen Truppen eroberten Gebieten wurde von Muslimen und Griechen die Einschränkung ihrer Religionsausübung, die Zerstörung ihrer Bildungseinrichtungen und die zwangsweise Einführung der bulgarischen Sprache beklagt.[332] Die Abtretung von Albanern bewohnten Gebieten an Montenegro führte zu großer Verbitterung unter der albanischen Bevölkerung und entfachte Willkür und Widerstand in den okkupierten Gebieten.[333] In diesem Zusammenhang trafen sich Mitte Juni 1878 in Prizren Repräsentanten der albanischen Volksgruppe, um über ihre Zukunft zu beraten.[334] Die Versammlung richtete sich an die Regierung in Konstantinopel mit der Forderung, weiterhin als Teil des Osmanischen Reiches zu verbleiben und nicht von Bulgaren, Serben oder Montenegro regiert zu werden. Andernfalls kündigte die Volksgruppe an, Albanien zum Fürstentum zu proklamieren und durch eine massenhafte Erhebung die ursprünglichen Landesgrenzen verteidigen zu wollen.[335]

Im Rhodopegebirge kam es indes zu einem Aufstand bulgarischer Muslime. Die ersten Nachrichten über den Aufstand erreichten Mitte April 1878 das k.u.k. Konsulat in Adrianopel.[336] Darin ersuchte die

[328] Novotny, Österreich, 56.
[329] Vgl.; zu den Flüchtlingsbewegungen am Balkan in Folge des russisch-osmanischen Kriegs siehe auch: Michael Schwarz, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013, 252–261.
[330] Gerhard Chiari an Gyula Andrássy, Saloniki 1878 März 5, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 52.
[331] Gerhard Chiari an Gyula Andrássy, Saloniki 1878 April 9, Mai 13, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 87, 115.
[332] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 März 15, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 21E.
[333] Friedrich Lippich an Gyula Andrássy, Scutari 1878 April 7, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104.
[334] Adanir, die Makedonische Frage, 82–86; Novotny, Österreich,57f.
[335] Konsul Jelinek an Gyula Andrássy, Prizren 1878 Juni 18, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 11; Ritter von Knapitsch an Franz Zichy, Monastir 1878 Juli 6, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 40.
[336] Vgl.; Evangelos Karagiannis, Zur Ethnizität der Pomaden Bulgariens. Münster 1997, 71–76.

christliche Bevölkerung die russische Besatzungsmacht um Unterstützung gegen Raubzüge der Pomaken.[337] Jedoch weder die russische Militärverwaltung noch die osmanische Regierung maßen der Bewegung in der schwer zugänglichen Gebirgsregion anfänglich besondere Bedeutung bei.[338] Es begaben sich lediglich zwei türkische Kommissäre in Begleitung einiger russischer Offiziere in die Region, um deeskalierend zu wirken und den sich rasch ausbreitenden bewaffneten Aufstand Einhalt zu gebieten.[339] Durch die Kontrolle der Bergregion gelang es den mit moderner Bewaffnung ausgerüsteten Insurgenten wiederholt, russische Offensiven abzuwehren und ihrerseits nennenswerte militärische Erfolge zu erzielen.[340] Während der Sommermonate nahm die Intensität der Kämpfe ständig zu. Alle Versuche, mit den Führern des Aufstands in Verhandlungen zu treten, scheiterten.[341] Erst auf Anweisung der in Konstantinopel tagenden Rhodopenkommission gelang es einer diplomatischen Abordnung aus Vertretern der Mächte, eine gewisse Beruhigung der Lage zu erreichen. Die Bewegung ließ daraufhin Monat für Monat nach, bis sie schließlich im Oktober 1878 ihr endgültiges Ende fand.[342]

Trotz dem Abschluss der Präliminarien und der Ankündigung eine Konferenz in Berlin abhalten zu wollen, ließen die Berichte Zichys im April 1878 keine Entspannung der Lage in Konstantinopel erkennen. Denn angesichts der Gefahr einer russischen Besetzung der Stadt, bestand auf diplomatischer Ebene Misstrauen zwischen Russland, England und der osmanischen Regierung weiter. Sowohl der osmanische Hof als auch die Regierung zweifelten weiter an der Bereitschaft Londons, im Fall eines russischen Angriffs für ihre Interessen einzutreten. Im Gegensatz dazu befürchtete, die Regierung von St. James eine gegen England gerichtete russisch-osmanische Allianz.[343]

Den Informationen Zichys vom April 1878 zufolge herrschte unter einigen Militärs des Sultans die Meinung vor, den russischen Truppen bei einem Angriff auf die Hauptstadt erfolgreich entgegentreten zu können. Diese Einschätzung war, wie die Informationen zeigen, nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn ein Großteil der russischen Truppen war infolge von Typhus und mangelnder Verpflegung in einem schlechten Zustand und konnte nicht mehr kämpfen. Zudem herrschte unter den Soldaten

[337] Vgl.; Ulf Brunnbauer, Gebirgsgesellschaften auf dem Balkan. Wirtschaft und Familienstrukturen im Rhodopengebirge (19./20. Jahrhundert), Wien/Köln/Weimar 2004, 87–112.
[338] Carl Sax an Gyula Andrássy, Adrianopel 1878 April 13, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 66.
[339] Zichy an Andrássy, Konstantinopel 1878 April 25, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 252.
[340] Carl Sax an Gyula Andrássy, Adrianopel 1878 Mai 29, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Nr. 100, Franz Zichy an Andrássy, Konstantinopel 1878 Juni 2, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 104, Telegramm Nr. 328.
[341] Zichy an Andrássy, Konstantinopel 1878 Mai 16, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Telegramm Nr. 40B.
[342] Brunnbauer, Gebirgsgesellschaften, 99–104; Novotny, Österreich, 41–42.
[343] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 April 3, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 27.

Disziplinlosigkeit und Korruption.[344] Unter diesem Aspekt stieg das russische Unbehagen hinsichtlich der englischen Flottenpräsenz vor den Dardanellen, das jeder Zeit einen Angriff der englischen Marine auf russische Stellungen befürchten ließ.[345]

In Konstantinopel musste sich indes Abdülhamid II. mit Kritik hinsichtlich seiner Rolle im Krieg auseinander setzen. Im Mittelpunkt der Kritik stand sein passives Verhalten während der Kampfhandlungen, die ihn vorwarf, anstatt wie Alexander II. an der Spitze seiner Truppen zu stehen, sich den Freuden des Haremslebens hingegeben zu haben.[346] Weiters standen am Bosporus Intrigen und Machtkämpfe an der Tagesordnung. Die Informationen lassen den Schluss zu, dass der Sultan aus Furcht vor Attentaten und Revolte mit ängstlichen Verhalten reagierte, sodass es zwischen Jänner 1878 und Oktober 1878 zu sechs Regierungsumbildungen kam.[347] Trotz weitreichender Sicherheitsmaßnahmen kam es im April 1878 in Konstantinopel zu einer Revolte, die das Ziel verfolgte, den abgesetzten Sultan Murad zu befreien und ihn an die Spitze einer muslimischen Aufstandsbewegung im Rhodopengebirge zu stellen.[348]

3.1.4. Der administrative Aufbau Bulgariens unter russischer Kontrolle

Im November 1876 wurde in St. Petersburg die „Kanzlei für Zivilverwaltung in den Ländern jenseits der Donau“ ins Leben gerufen, um den Aufbau einer Zivilverwaltung für das Fürstentum Bulgarien vorzubereiten. Trotz Unstimmigkeiten mit der russischen Heeresleitung wurde noch während der Kampfhandlungen durch russische Beamte und Militärs mit der Umsetzung der vorbereiteten Pläne begonnen. Als Kommissar von Bulgarien wurde der Generaladjutant Alexanders II., General der Kavallerie, Fürst Aleksander Michailović Dondukov–Korsakov (12. September 1820–15. April 1893), ernannt und durch Artikel sieben des Berliner Vertrages von den europäischen Großmächten für die Dauer der russischen Besetzung bestätigt. In dieser Funktion wurde er dem Oberkommandierenden der russischen Truppen, Generaladjutant Ėduard Ivanovič Totleben (20./8. Mai 1818–1. Juli 1884), unterstellt.[349] Totleben kam die Aufgabe zu, als Mittler zwischen der russischen

[344] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 März 22, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 22A .
[345] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 April 3, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 27.
[346] Vgl.; Über die Regierung Abdühlhamids II. siehe: Klaus Kreisler und Christoph K. Neumann, Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2008, 339–350; Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 März 22, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 22A.
[347] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 April 19, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 31A,1878 Juni 5, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Telegramm Nr. 338.
[348] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Mai 24, Konstantinopel 1878 April 19, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 43 A; Kreisler, Neumann, Kleine Geschichte, 347.
[349] Vgl.; Schönfeld, Bulgarien, 125f.

Zivilverwaltung und der osmanischen Regierung zu fungieren. Der Aufbau einer Finanzverwaltung und einer Armee, die Regelung von Grundbesitzstreitigkeiten, sowie die Vorbereitungen zur Wahl einer Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung, bildete den Schwerpunkt von Dondukow–Korsakovs Kompetenzen. Hinweise lassen den Schluss zu, dass Dondukow–Korsakov schon von Beginn seiner Tätigkeit an Ambitionen für den Fürstenthron erkennen ließ. Er ließ daher kaum eine Möglichkeit aus, sich beliebt zu machen und die Sympathien der Bevölkerung zu gewinnen.[350]

Nach dem Abzug der osmanischen administrativen Organe ging die russische Militärbehörde schrittweise daran, an Bulgarien die öffentliche Verwaltung zu übertragen. Für außenstehende Beobachter vollzog sich die Machtübernahme in einem Umfeld „chaotischer Wirrnis“, wie es Generalkonsul Montlong in seinem Bericht an den Außenminister bildhaft andeutete.[351] Die Berichte deuten an, dass die überforderten Bulgaren autoritär agierten, vor allem gegenüber Muslimen, Griechen und den russischen Militärbehörden. Viele gute Absichten und Ansätze der russischen Zivilverwaltung gingen dadurch verloren, weil die eingesetzten Organe sich nicht scheuten, aus ihrer Stellung für sich und ihre Familienangehörigen den größtmöglichen Vorteil zu ziehen. Der schleppende Aufbau staatlicher Strukturen wurde nur von wenigen kritischen Stimmen in Bulgarien begleitet, die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen für die Zeit nach Beendigung der russischen Besatzung befürchteten.[352]

3.1.5. Informationen über den Kongress von Berlin 1878

In einem Umfeld nüchterner Sachlichkeit fand in der Zeit vom 13. Juni bis 13. Juli 1878 in Berlin die Konferenz der Großmächte über die zukünftige Ordnung in der Balkanregion statt.[353] Ohne Staatsoberhäupter nahmen zwanzig Persönlichkeiten aus sieben Staaten an den Gesprächen teil. Neben Bismarck als Gastgeber vertraten in der Hauptsache Außenminister Andrássy Österreich-Ungarn, Disraeli England, Fürst Gorčakov und Graf Šuvalov Russland, Caratheodori Pascha (1833–1906) und Mehmed Ali Pascha (18. November 1827–7. September 1878) das Osmanische Reich, William Henry

[350] Hayek, Bulgariens Befreiung, 112–134.
[351] Oskar Montlong an Gyula Andrássy, Rustschuk 1878 Mai 18, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 24A.
[352] Oskar Montlong an Gyula Andrássy, Rustschuk 1878 Mai 27, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 104, Nr. 29A.
[353] Alexander Novotny, Quellen und Studien zur Geschichte des Berliner Kongresses 1878. Die Türkei und das Balkanproblem im Jahr des Berliner Kongresses, Veröffentlichung der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Wien 1957, 33–37

Waddington (11. Dezember 1826–13. Jänner 1894) Frankreich und Lodovico Conte Corti (24. Oktober 1823–19. Februar 1888) Italien.[354]

Bereits in London konnte im Zuge von Vorverhandlungen Konsens über wesentliche Teilaspekte einer zukünftigen Ordnung am Balkan zwischen den Großmächten erzielt werden. In den zwanzig Hauptsitzungen wurden dann weitere detaillierte Gespräche über die politische Gestaltung Bulgariens, den künftigen Status Bosniens und der Herzegowina, sowie Grenzregulierungen für die Balkanfürstentümer abgehalten. Dabei wurden die Präliminarien von San Stefano so lange erörtert, bis kaum mehr ein Artikel der Vereinbarung verbindlich blieb. Unbestritten ist, dass in Berlin die Weichen für ein autonomes Fürstentum Bulgarien gestellt wurden. Die revidierte Grenze der ehemals osmanischen Provinz wurde im Artikel zwei definiert. Auf Wunsch Disraelis wurde Ost-Rumelien autonom, die Region verblieb aber unter der Herrschaft des Sultans. Die russische Besetzung Ost-Rumeliens wurde in Berlin auf neun Monate beschränkt und nach dem Abzug der Russen einem christlichen Gouverneur auf jeweils auf fünf Jahre unterstellt.[355] Es scheint, dass die Kontrolle der Verwaltung und der Finanzen durch eine europäische Mächtekommission erfolgen sollte. Unbestritten ist, dass die Frage der Reformen für Mazedonien bei den Verhandlungen nicht völlig geklärt wurde, was zu Unmut in der betreffenden christlichen Bevölkerung führte.[356]

Die Balkanfürstentümer Griechenland, Serbien, Rumänien, Montenegro sandten Vertreter in die deutsche Hauptstadt, in der Hoffnung an den Verhandlungen teilnehmen zu können.[357] Ihre Wünsche und Vorstellungen wurden zwar angehört, aber es erfolgte keine Einladung zu den Beratungen. Die von den Großmächten getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der neuen Grenzen für die Fürstentümer beruhten dabei auf geographischen und strategischen Überlegungen. Ethnographische Faktoren rangierten erst an zweiter Stelle.[358] Die autonomen Fürstentümer Rumänien, Serbien und Montenegro wurden für unabhängig erklärt, Forderungen gegenüber dem Osmanischen Reich wurden von den Vertretern der Großmächte zurückgewiesen. Fragen über die Zukunft Albaniens und Armeniens blieben während der Verhandlungen überhaupt unberücksichtigt. Im Hinblick auf seinen

[354] Novotny, Österreich, 53; Emil Palotás, Die wirtschaftlichen Aspekte in der Balkanpolitik Österreich-Ungarns um 1978, in: Ralph Melville und Hans–Jürgen Schröder, Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1982, 271–285; Immanuel Geiss, Der Berliner Kongress Protokolle und Materialien, Michigan 2008; Immanuel Geiss, Der Berliner Kongress, eine historische Retrospektive, in: Ralph Melville – Hans-Jürgen Schröder (Hgg.) Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1982, 31–49.
[355] Akten zum Kongress von Berlin, Novotny, Quellen, 74–135.
[356] Immanuel Geiss, Der Berliner Kongress 1878: Protokolle und Materialien, Michigan 2008.
[357] Vgl.; die Sonderinteressen der Balkanstaaten: Palotás, Die wirtschaftlichen Aspekte, 281; Novotny, Quellen, 49–51.
[358] Hösch, Balkanländer, 136f.

Gesundheitszustand, aber auch um russische bzw. osmanische Verzögerungsversuche zu vermeiden, drängte Bismarck auf rasche Verhandlungsergebnisse.[359]

Unter den Großmächten konnte in den wesentlichen Fragen rasch Übereinstimmung erzielt werden, da bereits im Vorfeld des Kongresses bilaterale Abkommen geschlossen wurden, die ein positives Verhandlungsergebnis garantierten.[360] In England der Vertrag von Berlin als ein Sieg der britischen Diplomatie gefeiert wurde. Auch Andrássy konnte zufrieden die Heimreise antreten, da er neben dem Okkupationsrecht für Bosnien und der Herzegowina wirtschaftliche Projekte für Österreich-Ungarn durchsetzen konnte. Der Außenminister bemühte sich während der Verhandlungen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns um den Ausbau der Handelsverbindungen in den Mittelmeerraum, d.h., die österreichisch-ungarischen Ambitionen zum Aus- und Weiterbau des Bahnnetzes durch den Balkan wurden ebenso berücksichtigt wie die Frage der freien Donauschifffahrt.[361]

Auf den Wunsch Österreich-Ungarns, die Konvention über die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina abzuschließen, reagierte die osmanische Regierung hinhaltend In erster Linie war der zähe Widerstand auf die Haltung des Sultans zurückzuführen, der von der Befürchtung geleitet wurde, durch die Akzeptanz der Verhandlungsergebnisse in seiner Funktion als Kalif ein großes Unrecht an den Muslimen zu sanktionieren.[362] Das Verhandlungsergebnis lässt den Schluss zu, dass der Vertrag für das Osmanische Reich einen weiteren Schritt in Richtung Patronanz durch die Großmächte bedeutete.[363]

In Russland wurde der Verzicht der Regierung auf die „Groß-Bulgarische Lösung“ als mit Entrüstung aufgenommen und als schwere Demütigung empfunden.[364] Das als außenpolitische Niederlage wahrgenommene Vertragswerk führte in der Gesellschaft zu einem starken Verlust an Glaubwürdigkeit in die Politik des Zaren und der Regierung. Die Panslawisten reagierten mit Kritik und es kam zu starken publizistischen Angriffen gegen die russische Diplomatie, Österreich-Ungarn und das Deutsche Kaiserreich.In politischen Kreisen wurden Stimmen laut, die eine Annäherung an

[359] Vgl.; zu der Stimmung und dem Charakter der Verhandlungen, Novotny, 51–68.
[360] Vgl.; So wurde zwischen Šuvalov und Lord Salisbury vom 18. - 30. Mai 1878 in London ein geheimes Protokoll verhandelt, in dem Russland auf die „Groß-Bulgarische Lösung“ verzichtete. Am 6. Juni 1878 unterzeichnete das englische Kabinett eine Vereinbarung mit der osmanischen Regierung, die neben der britische Besetzung Zyperns, Bahnprojekten, ein Verteidigungsbündnis, und Reparationszahlungen an Russland regelte. Österreich-Ungarn schloss am 8. Juli 1878 ein Wirtschaftsabkommen Abkommen mit Serbien. Hösch, Geschichte, 136–138; Robert Blake, Disraeli. Frankfurt 1980, 538–544.
[361] Palotás, Aspekte, 271–285.
[362] Nach zähem Ringen erfolgte die Unterfertigung der Konvention erst am 21. April 1879. Novotny, Österreich, 67; Konstantin Trautenberg an Gyula Andrássy, Berlin 1878 Oktober 12, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 63C; Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Oktober 1, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 76A.
[363] Matuz, Das Osmanische Reich, 240.
[364] Geyer, Imperialismus, 69.

Frankreich forderten.Russlands Prestigeverlust mündete in einer empfindlichen innenpolitischen Krise, die sich im nihilistischen Terror gegen die bestehende Gesellschaftsordnung manifestierte.[365]

In Rumänien hingegen hielt sich die Enttäuschung über die Abtretung der bessarabischen Gebiete an Russland durch den Gebietszuwachs durch die Dobrudscha in Grenzen, obwohl der Berliner Vertrag in Bukarest in politischem, geostrategischem und ökonomischem Sinn als problematisch betrachtet wurde. In diesem Sinn machte sich bereits wenige Tage nach der offiziellen Machtübernahme der Gebiete durch Rumänien Widerstand der bulgarisch-stämmigen Bevölkerung bemerkbar.[366] Der Anschluss der Dobrudscha wurde von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt und von Carl I. am 26. November 1878 offiziell vorgenommen.[367]

In Serbien wurde, nachdem die Skupština die bezugnehmenden Artikel des Berliner Vertrages und die in Berlin abgeschlossenen Konvention mit Österreich-Ungarn sanktioniert hatte, im ganzen Land die Unabhängigkeit gefeiert. Zwar wurde der Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in Bosnien und der Herzegowina in der Presse kritisch kommentiert, von offizieller serbischer Seite wurde jedoch versichert, zukünftig im besten Einvernehmen mit dem Habsburgerreich leben zu wollen. Im Gegensatz dazu gestaltete sich die Durchführung der Montenegro betreffenden Beschlüsse schwierig.[368] Denn in der Hoffnung auf Unterstützung durch die osmanische Regierung begann sich unter der muslimischen Bevölkerung in den an das Fürstentum abzutretenden Gebieten heftiger Widerstand zu formieren.[369] Hinsichtlich der von Griechenland erhobenen Territorialansprüche wandte sich die osmanische Regierung in einem Rundschreiben an die Regierungen der Großmächte und erhob Einspruch gegen die Forderungen. Die Informationen des k.uk Außenministeriums vom August 1878 deuten darauf hin, dass Konstantinopel darauf setzte, die Ausführung der Kongressbeschlüsse zu verschleppen und zu boykottieren.[370]

Auch die muslimisch-albanische Bevölkerung Südalbaniens und Thessaliens traf Vorbereitungen, sich gegen die durch den Berliner Vertrag sanktionierte Annexion durch Griechenland zur Wehr zu

[365] Ebda; 68–70; Fischel, Der Panslawismus, 428f.
[366] Hans Zwiedinek an Gyula Andrássy, Rustschuk 1878 Oktober 9, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Gesandtschaft und Konsulararchiv P, Paris, Karton (Kart.) 105, Nr. 71, Karton 105 Ges. Paris, Pol. Weisungen 1878 VIII – 1879 IV, Bukarest 1878 Juli 23, Nr. 115; Ritter von Zwiedinek an Andrássy, Rustschuk 1878 Oktober 9, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv Paris, Kart. 105; Ritter von Montlong an Andrássy, Ibraila / Brăila 1878 November 27, HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv Paris, Kart. 105; Konsul Hanswenzl an Andrássy, Tultscha 1878 Dezember 9,HHStA Wien, PA Gesandtschaft und Konsulararchiv Paris, Kart. 105, Nr. 28.
[367] Ekkehard Völkl, Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. München 1995, 42–45.
[368] Nikolaus Wrede an Gyula Andrássy, Belgrad 1878 August 12, 23, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 87, Nr. 92.
[369] Friedrich Lippich an Gyula Andrássy, 1878 September 28, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 94.
[370] Freiherr von Trauttenberg an Gyula Andrássy, Berlin 1878 August 13, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 57C.

setzen.[371] Den Informationen des k.u.k. Außenministeriums zu Folge herrschte n dem neu errichteten Fürstentum Bulgarien schon bald Unzufriedenheit, weil sich ein Teil der bulgarischen Bevölkerung zu einem Werkzeug russischen Hegemoniebestrebungen herabgewürdigt sah und sich über Russifizierungsversuche besorgt zeigte.[372] Die bulgarischstämmige Bevölkerung in Mazedonien reagierte ebenso mit Ablehnung auf die Beschlüsse. Anstatt ein Teil Bulgariens zu werden, verblieb Mazedonien nach der Revision der Präliminarien von San Stefano als Provinz im osmanischen Herrschaftsbereich. In vielen Regionen Mazedoniens herrschten nach den Verlautbarungen der Beschlüsse von Berlin anarchische Zustände.[373] Eine Flüchtlingswelle einsetzte ein und ein Teil der christlichen Bevölkerung sich entschied auszuwandern. Andere flüchteten in die Berge, um vom Fürstentum Bulgarien unterstützt, von dort aus Widerstand zu leisten.[374]

Da die Vereinbarungen von Berlin keine Verfügungen über die Repatriierung von Flüchtlingen enthielten, wurden im Dezember 1878 in Konstantinopel mit Großwesir Tunuslu Hayreddin Pascha (1822 oder 1823–30. Jänner 1890) und Außenminister Carathéodory Pascha Gespräche über das Flüchtlingsproblem auf diplomatischer Ebene geführt.[375] Von der russischen Besatzungsbehörde wurden trotz humanitärer Ansätze Maßnahmen gesetzt, die das Ziel hatten, den muslimischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat zu erschweren bzw. deren Verbleib durch Schikanen unmöglich zu machen. Des weiteren übte die bulgarische Volksgruppe unter russischer Herrschaft Vergeltung für erlittenes Unrecht. Unter den in Bulgarien lebenden Griechen wurde eine Assimilierungspolitik betrieben, die den Zweck verfolgte, sie zu einem Wechsel ihrer ethnischen Herkunft zu bewegen, respektive sie zur Auswanderung zu animieren.[376] In diesem Zusammenhang waren die russischen Organe bemühten, die Politik Dondukow–Korsakovs umzusetzen, die eine Einigung aller von Bulgaren bewohnten Gebieten zu einem einheitlichen Staate zum Ziel hatte.[377]

Im Rahmen dieser Maßnahmen wurde der ökonomische Faktor außer Acht gelassen. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Situation im Osmanischen Reich wurden die vertriebenen Muslime nur widerwillig aufgenommen. In den verlassenen Gebieten kam es zu einem Einbruch der Wirtschaft und

[371] Konsul Oculi an Gyula Andrássy Janina 1878 August 24, 31, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. Z.51, Z.53.
[372] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 September 6, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. Nr. 71D, Hayek, Bulgarien 112–134.
[373] Vgl.; Mehmet Hacisalioğlu, Die Jungtürken und die Mazedonische Frage 1890-1918, Oldenburg 2003, 41–46.
[374] Knapitsch an Franz Zichy, Monastir / Bitola, 1878 Oktober 6, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 64,;Hösch, Balkanländer, 180; Adanir, Die Makedonische Frage, 86–88.
[375] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Dezember 10, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 95C.
[376] Novotny, Quellen, 38.
[377] Hayek, Bulgarien, 119f; Carl Sax an Gyula Andrássy, Adrianopel 1878 September 28, Oktober 8, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 63, 65; Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 November 5, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 85A; Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1878 November 15, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 36.

zum Sinken des materiellen Wohlstands, gepaart mit einer zunehmenden Verarmung der verbleibenden Bevölkerungsgruppen.[378] Im Dezember 1878 wurde dann unter der Regierung von Hayreddin Pascha, ein weiterer Anlauf genommen, die noch offenen Fragen der Berliner Vereinbarungen zu regeln. In einer Erklärung an die Mitglieder des diplomatischen Corps stellte Carathéodory Pascha Fortschritte in allen noch strittigen Fragen in Aussicht.[379] Der Ankündigung des Außenministers ging eine Rede Alexanders II. voraus, die den Zielen Dondukov–Korsakovs eine Absage erteilte und ankündigte, friedliche Beziehungen mit dem Osmanischen Reich gemäß der Vereinbarungen von Berlin anzustreben.[380] Einer raschen Abwicklung der offenen Fragen stand nun nur mehr der Sultan im Wege, dessen Unentschlossenheit vielfach als eine Gefahr für die inneren Verhältnisse des Reiches kritisiert wurde.[381]

Im Gegensatz dazu ließ der Sultan deutliche Anzeichen erkennen, die Reformen seines Großwesirs zu boykottieren. Adülhamid sezte die ihm zu Gebote stehenden Mittel mit der Unterstützung islamischer Religionsgelehrter ein, um liberale Reformen Hayreddin Paschas zu verhindern. Nachdem der Großwesir die Friedensverhandlungen mit Russland und die Konventionen mit Österreich-Ungarn zu Ende geführt hatte[382], ging er daran, das Finanzwesen des Reiches zu reorganisieren, da sich die finanzielle Lage des Reiches nach dem verlorenen Krieg mit Russland noch weiter verschärfte. Anfang 1879 kam es zu einer Finanzkrise, inklusive einer Abwertung der türkischen Währung, die auch durch Entschädigungszahlungen der Balkanstaaten für abgetretene Gebiete keine Linderung erfuhr. Ein allgemeiner Aufruhr von besorgten Bürgern, die um ihre Einlagen fürchteten,konnte nur mit Unterstützung des Militärs verhindert werden. Trotz einer von französischen und britischen Investoren bereitgestellte Anleihe gelang es dem Großwesir nicht, die finanzielle Situation des Reiches zu stabilisieren.[383]

Die französische Regierung war bestrebt die Pforte aus ihrer misslichen Lage zu befreien. Im Gegensatz dazu London zeigte London wenig Ambitionen, die osmanische Regierung aus ihrer Finanznot zu befreien um für seine eigenen Interessen Kapital aus der Krise zu schlagen. Das Reformvorhaben Hayreddin Paschas scheiterte allerdings nicht nur an den Machenschaften der

[378] Vgl.; über die die Emigration der türkischen Bevölkerung aus Bulgarien: Billâl N. Şimşir, The Turks of Bulgaria and the Immigration Question, in: The Tukish Presence in Bulgaria, Comunications 1985, Publikation of the turkish historical society, VII, Nr. 87A, Ankara 1986, hier, 42–44; Stephan Herzfeld an Gyula Andrássy, Smyrna 1878 Dezember 21, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105.

[379] Vgl.; Die Osmanen und ihre Nachbarn auf dem Balkan in den Monaten nach dem Präliminarfrieden, Novotny, Quellen, 35–44.

[380] Ferdinand Langenau an Gyula Andrássy, St. Petersburg 1878 Dezember 18. / 6., 1879 Jänner 1. / Dezember 20., HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 54A, 56A.

[381] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1878 Dezember 20, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 98A.

[382] Novotny, Quellen, 66f.

[383] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Konstantinopel 1879 Jänner 21, Februar 4, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. Nr 2AH.P., 13D.

Großmächte, sondern ebenso an den bürokratischen Strukturen des Osmanischen Reiches, die keine effizienten Reformen zuließen.[384]

3.1.6. Bulgariens Weg in die Unabhängigkeit

Anfang Jänner 1879 wurde die k.u.k. Botschaft in Paris vom Außenministerium in Wien über die Vorbereitungen zur verfassunggebenden Versammlung im Fürstentum Bulgarien informiert.[385] Wenige Tage nach dem Abschluss des osmanisch-russischen Friedensvertrages am 9. Februar 1879 wurde in Veliko Tarnovo die erste bulgarische Notabelnversammlung in Anwesenheit diplomatischer Repräsentanten Russlands, des Osmanischen Reichs und der Großmächte eröffnet.[386] Zu den Beratungen fanden sich Abordnungen aus allen Landesteilen ein. Die bulgarische Nationalversammlung setzte sich primär aus den Deputierten zweier Parteien zusammen. Den „Liberalen" standen die „Konservativen" gegenüber, die bereits im Vorfeld Gespräche über Proteste gegen die Beschlüsse von Berlin und Maßnahmen zur Realisierung der Vereinbarungen von San Stefano führten.[387] Dafür konnte jedoch keine gemeinsame Basis gefunden werden. In diesem Zusammenhang genügte darüber hinaus der Hinweis Dondukov–Korsakovs, dass „die Bulgaren die Zukunft ihres Vaterlandes [mit diesem Vorgehen] gefährden würden und er dem deshalb im Interesse der Nation mit aller Entschiedenheit entgegentreten müsse", um dieses Thema unberührt zu lassen.[388]
In Tarnovo wurden im Februar 1879 von einer aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Kommission Beratungen zur Ausarbeitung einer Verfassung für das autonome Fürstentum Bulgarien begonnen. Ein Konzept für die Beratungen basierte auf den konservativen Grundsätzen einer russischen Vorlage, die bereits ein Jahr zuvor in St. Petersburg auf Weisung des Außenministeriums ausgearbeitete wurde. Das von russischen Rechtsgelehrten entworfene „Organische Statut" wurde Anfang März 1879 der Kommission zur Beratung vorgelegt. Bei den anschließenden Beratungen in der Nationalversammlung stieß der auf den russischen Vorschlägen basierende Entwurf der Kommission auf den Widerstand der Liberalen, da er ihrer Ansicht nach nicht in allen Belangen die Unabhängigkeit und nationale Souveränität des Landes garantieren konnte. Nach heftigen Debatten, etlichen Modifikationen und der

[384] Stephan Herzfeld an Gyula Andrássy, Smyrna, 1879 August 2, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 1158.
[385] Oscar Montlong an Gyula Andrássy, Rustschuk / Russe 1879 Jänner 6, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 3.
[386] Der russisch-osmanische Separatfrieden inklusive der Regelung über den Abzug der russischen Truppen und die Übergabe der Verwaltung in Bulgarien und Ost–Rumelien erfolgte am 9. Februar 1879. Hans Zwiedineck an Gyula Andrássy, Sofia 1879 Februar 12, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 105, Nr. 33; Vgl.; Zur Entwicklung der bulgarischen Staatswerdung, Charles, Barbara Jelavich, The Establishment of the Balkan National States, Seattle/London 1977, 158–169; Hayek, Bulgariens Befreiung, 125.
[387] Vgl.; , Schönfeld, Bulgarien, 126–127; R. J. Crampton, Bulgaria. Oxford 2009, 98–99.
[388] Hans Zwiedineck an Gyula Andrássy, Tarnovo 1879 Februar 25, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 40.

Vermittlung Dondukov–Korsakovs wurde die „Konstitution des bulgarischen Fürstentums“ am 16. April 1879 von den Delegierten der Nationalversammlung feierlich angenommen.[389]

Die Wahl des bulgarischen Fürsten wurde im Artikel drei des Berliner Vertrages geregelt.[390] Drei Personen standen ernsthaft zur Wahl; nämlich Waldemar von Dänemark (27. Oktober 1858–14. Jänner 1939), Prinz Heinrich XXV. von Reuss (27. August 1856–25. August 1911) und Prinz Alexander Joseph von Battenberg (5. April 1857–23. Oktober 1893).[391]
Bereits einen Tag nach der Annahme der Verfassung am 16. April 1879, konstituierte sich die Nationalversammlung erneut zur geheimen Wahl. Wenngleich der eine oder andere Abgeordnete Sympathie für einen anderen Kandidaten hegte, die Mehrzahl der Delegierten fügte sich dem Willen Alexanders II. Aus politischen als auch familiären Gründen fiel die Wahl des Zaren auf Alexander von Battenberg, der am 29. April 1879 im zweiten Wahlgang einstimmig zum ersten Fürsten Bulgariens gewählt wurde. Die Wahl des Prinzen wurde sowohl von Wien als auch London unterstützt. Wahrscheinlich ist, dass in Österreich-Ungarn eine gewisse Affinität zur Familie bestand, da der Vater des Prinzen, Alexander von Hessen Darmstadt (15. Juli 1823–15. Dezember 1888), von 1853 bis 1866 in der österreichischen Armee diente.[392]
Das Haus Hessen-Darmstadt verfügte über familiäre Bande zum britischen Königshaus und zu den Romanows. So war Kaiserin Maria Alexandrovna (8. August 1824–3. Juli 1880) die Tante des jungen Battenberg. In ihr fand er eine tatkräftige Förderin für seine Wahl. Außer seinen verwandtschaftlichen Beziehungen dürfte auch der Umstand eine Rolle gespielt haben, dass sich Battenberg aktiv als Offizier der russischen Armee, am Krieg gegen das Osmanische Reich beteiligt hatte.[393]

Alexander von Battenberg kam am 24. Juni/ 6. Juli 1879 in Bulgarien an. Nach einer Reihe von Vorstellungsbesuchen in den europäischen Hauptstädten betrat Battenberg bei Varna bulgarisches Territorium und zog unter wenig Anteilnahme der bulgarischen Bevölkerung wenige Tage später in Sofia ein.[394] Der Prinz wurde von der russischen Botschaft in Deutschland über seine Wahl am 29. April 1879 informiert. Gleichzeitig mit der Verständigung erfolgte auch eine Einladung des Zaren nach Livadia, um dort den Wahlakt aus den Händen einer bulgarischen Abordnung zu empfangen. Er äußerte bereits dort gegenüber Alexander II. Bedenken hinsichtlich der bulgarischen Verfassung, die er

[389] Hayek, Bulgarien, 135-139.
[390] Vgl.; Geiss, Der Berliner Kongress, 385.
[391] Hans Zwiedineck an Gyula Andrássy, Tarnovo 1879 April 7, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 69, Hayek, Bulgarien, 154–157.
[392] Vgl.; zur Politik der Monarchie gegenüber Bulgarien von 1878–1912, Z. Todorowa, über die Politik Österreich-Ungarns gegenüber Bulgarien 1878–1912, in: Fritz Klein (Hg.), Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900–1918, Berlin 1965.
[393] Vgl.; Hans Klaeber, Fürst Alexander I. von Bulgarien. Ein Lebensbild, Dresden 1904, 20–35; Hayek, Bulgarien, 154–157; Hans Zwiedineck an Gyula Andrássy, Tarnovo 1879 Mai 3, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 85.
[394] Klaeber, Fürst Alexander I., 48–55.

als Hemmnis für seine Regierung und als zu liberal empfand. Von Russland reiste der Prinz anschließend nach Wien, wo er dem Kaiser seine Bedenken hinsichtlich der Abtretung von Ost-Rumelien vorbrachte und vor den Konsequenzen national-bulgarischer Unionsgedanken warnte. Über Berlin führte ihn seine Antrittsvisite auch nach Paris, London und Rom, von wo er weiter nach Konstantinopel reiste. Obwohl sich diverse osmanische Kreise anerkennend über das Auftreten des Fürsten äußerten, gestaltete sich die äußere Form der Audienz beim Sultan zwar in allen Ehren, aber frostig.[395]

Gleich seinem Vater, Prinz Alexander von Hessen–Darmstadt (15. Juli 1823–15. Dezember 1888) empfand sich Battenberg primär als Soldat und war daher nur schlecht auf seine Aufgabe vorbereitet. Außerdem versuchte Dondukow–Korsakow in dem von Russen und Panslawisten dominiertne Heer und der Zivilverwaltung weiterhin die Fäden hinter den Kulissen zu ziehen. Sein Versuch, nach seiner Ankunft ein Koalitionskabinett aus Konservativen und Liberalen zu bilden, scheiterte, sodass er sich auf Empfehlung seines Privatsekretärs Konstantin Konstantinow Stoilow (23. September 1853–23. März 1901) entschied, den Führer der Konservativen, Todor Stojanow Burmow (14. Jänner 1834–7. November 1906), am 8. Juli 1879 mit der Regierungsbildung zu betrauen.[396]
Dem Kabinett Burmow war jedoch kein langer Bestand vergönnt. Denn die Liberale Partei unternahm alles, um die konservative Regierung zu stürzen. Battenberg musste schon bald erkennen, dass die Aufgabe der er sich gestellt hatte, durch mehrere Bestimmungen der Verfassung geradezu unmöglich gemacht wurde.[397] Nach dem vollendeten Abzug der russischen Truppen am 4. August 1879 wurden der Fürst und die konservative Regierung zudem mit einer Zunahme von Grenzverletzungen durch serbische und osmanische Truppen konfrontiert, worauf in einigen Distrikten des Landes der Belagerungszustand verhängt wurde, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.[398]

3.1.7. Informationen über die Arbeit der europäischen Kommission für Ost–Rumelien

In Konstantinopel fand Mitte April 1879 durch die Vertreter der Großmächte die Unterzeichnung des „Organischen Statuts“ für Ost–Rumelien statt.[399] Auf der Grundlage der Vereinbarungen von

[395] Rudolf Khevenhüller an Gyula Andrássy, Sofia 1879 Juli 24, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106; Franz Zichy Gyula Andrássy, Konstantinopel 1879 Juli 8, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 61A; Hayek, Bulgarien, 157–161; Corti, Alexander von Battenberg, 80–120; Klaeber, Fürst Alexander I., 55–63.
[396] Ferdinand Oliva an Gyula Andrássy, Rustschuk 1879 Juni 7, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Hayek, Bulgarien, 159–165.
[397] Rudolf Khevenhüller an Gyula Andrássy, Sofia, 1879 August 13, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 4A.
[398] Rudolf Khevenhüller an Gyula Andrássy, Sofia, 1879 August 6, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 3A, 3B.
[399] Hayek, Bulgarien, 150.

Berlin wurde am 30. September 1878 eine europäische Kommission zusammengestellt, die aus Diplomaten aus England, Frankreich, Italien, Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn bestand und im Einvernehmen mit der osmanischen Regierung und dem Gouverneur von Ost-Rumelien, den im Oktober 1878 ernannten russischen General Arkadi Dimitrijevič Stolypin (1821–1899), das Justiz–, Verwaltungs- und Finanzwesen der Provinz regeln sollte. Die Kommission konstituierte sich in Konstantinopel, bevor sie Anfang November 1878 in Plowdiw (Plovdiv) ihre Arbeit aufnahm. In diesem Gremium vertrat Benjamin von Kállay von Nagy–Kálló (22. Dezember 1839–13. Juli 1903) die Interessen Österreich-Ungarns.[400] n seinen Verantwortungsbereich fiel, die Verwaltungsstatuten auszuarbeiten. Kállay informierte Andrássy in vielen Berichten über die Vorgänge in Ost–Rumelien. Von Beginn seiner Kontrolltätigkeit an schien für Kállay vieles darauf hinzudeuten, dass „von russischer Seite alles versucht werden wird, um die kommissionelle Organisation Ost–Rumeliens im Sinne des Berliner Vertrages zu vereiteln“.[401]

Von Beginn ihrer Arbeit an stieß die Kommission in vielen Bereichen auf den Widerstand der Bevölkerung. So konnte, trotz russischen Sicherheitsbeistands, die Kontrolle von Finanzeinrichtungen durch Mitglieder der Kommission nicht durchgeführt werden. Finanzbeamte gerieten beim Versuch, Unterlagen von Lokalbehörden einzufordern, in Bedrängnis und Übergriffe konnten erst mit Hilfe von Milizen und Truppen der Besatzungsmacht entschärft werden.[402] Unter dem Druck der Ereignisse verließen viele Beamte ihre Posten oder weigerten sich, den Anordnungen der Kommission zu folgen. Darüber hinaus fand die russische Verwaltung Ost-Rumeliens Mittel und Wege, die Herausgabe der betreffenden Akten und Dokumente für den Aufbau einer effektiven Finanzverwaltung zu boykottieren. Was die Übernahme der Finanzadministration betraf, musste sich die Kommission in der Folge ihr Scheitern eingestehen. Anstatt den Aufbau unabhängiger Strukturen voranzutreiben, gelang es lediglich, die Finanzadministration rudimentär und auf der Basis des Bestehenden fortzuführen.[403]

Mangels rechtlicher Grundlagen musste die Kommission tatenlos dem Aufbau einer Miliz unter russischer Ägide tatenlos zusehen. Zu diesem Zweck wurden in vielen Ortschaften Vereine gegründet, die die Aufgabe hatten, die bulgarische Bevölkerung im Umgang mit Waffen zu unterrichten.[404] Stolypin begründete diese Maßnahme mit dem Argument, der bulgarischstämmigen Bevölkerung die

[400] Vgl.; István Diószegi, Das Problem Ostrumelien in der österreich-ungarischn Außenpolitik 1878–1879, in: Christo Choliolčev – Karlheinz Mack – Arnold Suppen (Hgg.), Nationalrevolutionäre Bewegungen, in: Südosteuropa im 19. Jahrhundert, Wien/München 1992, 202–210.
[401] Franz Zichy an Gyula Andrássy, Privatschreiben von Herrn Kállay, Konstantinopel 1878 November 5, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 85A.
[402] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1878 November 15, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr 33; Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1878 Dezember 13, 17, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 64. 67; Hayek Bulgarien, 144–146.
[403] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 März 22, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 142, vgl.; Hayek, Bulgarien, 141.
[404] Vgl.; Diószegi, Ostrumelien, 206.

Möglichkeit einzuräumen, sich nach dem Abzug der russischen Truppen gegen eine erneute Besetzung durch die Osmanen mit Waffengewalt zu widersetzen.[405] In den Vereinbarungen von Berlin wurde dem Osmanischen Reich zugestanden, die Grenzen Ost–Rumeliens zu Lande und zu Wasser zu verteidigen sowie an den Grenzen der Provinz Truppen zu stationieren und Befestigungen zu errichten. Die osmanische Regierung wurde allerdings verpflichtet, diesbezügliche Aktivitäten den Vertretetern der Mächte zu berichten. Im Gegensatz dazu wurde dem Gouverneur zugestanden, im Augenblick der Gefahr für die innere oder äußere Sicherheit der Provinz, Militär mit der einstimmigen Einwilligung durch die Kommission anzufordern.[406]

Mitte April 1879 mehrten sich die Anzeichen, dass Konstantinopel eine Besetzung Ost–Rumeliens nach dem Abzug der russischen Truppen vorbereitete. Vermutlich hätte der Versuch einer Besetzung sowohl einen Aufstand der Bulgaren nach sich gezogen als auch die russische Besatzung verlängert und wurde deshalb von den Großmächten bereits im Vorfeld abgelehnt. Andrássy trat daraufhin für eine Okkupation durch Truppen der Großmächte ein, um der osmanischen Regierung die Aufrechterhaltung stabiler Verhältnisse nach dem Abzug der russischen Truppen zu garantieren. Obwohl in London der Vorschlag des österreichisch-ungarischen Außenministers unterstützt wurde, konnte keine Einigung unter den Großmächten erzielt werden. Die Initiative wurde ad acta gelegt, nachdem sich herausstellte, dass die Bulgaren Ost-Rumeliens einer Besetzung der Großmächte ebenso bereit waren Widerstand zu leisten wie den Truppen des Sultans.[407] Ende April 1879 wurde der Befehl des Zaren zum Abzug der russischen Truppen veröffentlicht, worauf die Machtübergabe an den neuen Gouverneur und der Abzug der russischen Truppen bis am 4. August 1879 plangemäß abgewickelt werden konnte.[408]

Im Kreis der russischen Soldaten, Militär- und Zivilfunktionäre bestand durchwegs keine Freude über die Rückkehr in die Heimat. Viele Heimkehrer empfanden den Rückzug aus Bulgarien und Ost–Rumelien als Niederlage und standen vor einer ungewissen Zukunft im Zarenreich. Dort führte ein von Nihilisten[409] begangenes Attentat am 14./2. April 1879 auf Alexander II. zu einer verschärften Überwachung der Gesellschaft durch den Staat.[410] Die Rückkehrer befürchteten eine verstärkte Kontrolle durch die russischen Sicherheitsorgane , weil sie im Verdacht standen, westlich-liberale

[405] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Februar 4, 14, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 98, 111.
[406] Diószegi, Ostrumelien, 207.
[407] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Jänner 10, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 105, Nr. 86.
[408] Hayek, Bulgarien, 149f.
[409] Vgl.; zu der nihilistischen Bewegung in Russland, Günter Stöckl, Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1981, 567–573.
[410] Vgl.; Zur Regierung Alexander II. siehe auch Carsten Goehrke, Russland, Eine Strukturgeschichte, Paderborn/München/Wien/Zürich 2001, 272–274.

Ideen in Bulgarien aufgegriffen zu haben.[411] Während der russischen Besatzung hatte sich auch die Beziehung zur christlichen Bevölkerung verändert, da sie der russischen Bevormundung müde war und ihre Freude darüber äußerte, nach dem Abzug die Herren im eigenen Land zu sein.[412]

Im Mai 1879 wurde das Mandat der europäischen Kommission um ein Jahr verlängert. Die osmanische Regierung veröffentlichte die Ernennung von Aleko Paschas (Aleksander Bogoridi, Aleko Bogoridi 1822–17. Juli 1910) zum Generalgouverneur von Ost–Rumelien für fünf Jahre bis 1884.[413] Von Anfang an befand sich der neue Gouverneur in einer schwierigen Lage. Bereits seine Ankunft wurde von peinlichen Zwischenfällen begleitet. Im Gegensatz zur feierlichen Verabschiedung Stolypins übernahm er noch am selben Tag in einer schmucklosen Zeremonie die Regierungsgewalt.[414] Es wurde ihm die Kompetenz abgesprochen, die ihm übertragene Aufgabe erfolgreich zu lösen.[415] Darüber hinaus wurden ihm Ambitionen auf den bulgarischen Thron unterstellt.[416] Des weiteren herrschte unter den Kommissären begründete Skepsis bezüglich seiner Zuverlässigkeit und Loyalität gegenüber der Pforte.[417] Aleko Pascha legte im Lauf der Zeit ein eigenmächtiges Verhalten an den Tag und zeigte sich respektlos gegenüber den Direktiven aus Konstantinopel. Der Gouverneur ließ autoritäre Züge erkennen, die seiner vorgesetzten Behörde nicht verborgen blieben. In Konstantinopel begann man sich zu fragen, als Repräsentant welcher Macht sich Aleko Pascha eigentlich halte?[418]

Trotz panslawistischer Agitation begann sich die Situation in Ost–Rumelien nach dem Abzug der Russen im August 1879 zu entspannen. Immer mehr Anzeichen deuteten darauf hin, dass die Bevölkerung auf der Basis einer vernünftigen Politik für die Aufrechterhaltung der Ruhe als auch zur Realisierung der Beschlüsse von Berlin zu gewinnen war. Die autonome Provinz war in erster Linie auf die Hebung und Wiederbelebung des materiellen Wohlstands bedacht, ohne dabei das Ziel der Vereinigung mit Bulgarien aus den Augen zu verlieren. In diesem Klima kehrten viele Muslime in ihre

[411] Ferdinand Langenau an Gyula Andrássy, St.Petersburg, 1879 25. April/ 7. Mai, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 106, Nr. 20B; Oskar Montlong an Gyula Andrássy, Rustschuk, 1879 Mai 12, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 106, Nr. 31.
[412] Hans Zwiedinek an Gyula Andrássy, Tarnovo 1879 April 28, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Gesandschafts- und Konsulararchive P, Paris, Karton (Kart.) 106, Nr. 84; vgl.; Diószegi, Ostrumelien, 210.
[413] Hayek, Bulgarien, 151f.
[414] Konsul Cingria an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Mai 30, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 59; Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Mai 30, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 167.
[415] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Mai 30, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 106, Nr. 168.
[416] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Mai 20, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris, Kart. 106, Nr. 162.
[417] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Juli 6, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Telegramm Nr. 71.
[418] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 Juli 18, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 195.

alte Heimat zurück und in den Rhodopen fand die ethnisch gemischte Bevölkerung zu ihrem traditionellen Zusammenleben zurück.[419]

Während seiner diplomatischen Tätigkeit in der k.u.k. Botschaft in Paris wurde Pallavicini auf „Allerhöchste Entschließung“ am 27. Dezember 1878 zum „Honorar Legation Sekretär“ ernannt. Am 19. Oktober 1879 wurde der Markgraf „seiner Dienstleistungen enthoben“ und in den Stand des „disponiblen diplomatischen Beamten“ versetzt. Dem Vorgang ging eine wochenlange Vorbereitung voraus, in die neben dem k.u.k. Botschafter, der Außenminister und zuletzt auch Kaiser Franz Joseph involviert waren. In Paris hatte sich Pallavicini „mit einer aus sehr gutem Haus stammenden Engländerin, Miss Gorgina Crow, verlobt“.[420] Weder der Markgraf noch seine Verlobte verfügten über genügend finanzielle Mittel, die sein Verbleiben im auswärtigen diplomatischen Dienst ermöglichten; unter diesen Umständen war es ihm nicht möglich, den Kaiser um Zustimmung für seine Verehelichung zu ersuchen. Deshalb sah er sich gezwungen, den Staatsdienst zu verlassen.[421] Der in Paris tätige Honorar-Legations-Rath Ladislaus Hengelmüller von Hengervár (2. Mai 1845–22. April 1917) setzte sich bei Andrássy dafür ein, dass Pallavicini in Disponibilität versetzt wurde.[422] Als Grund für seine Bemühung führte Hengelmüller an, dass er es „sehr bedauern würde, diesen fähigen und eifrigen jungen Attaché scheiden zu sehen, welcher nach einiger Zeit, vielleicht nach Ordnung seiner Vermögensverhältnisse, doch wieder verwendet werden könnte.“ Die Vermählung des Paares fand am 9. Oktober 1879 in Paris statt; das Ersuchen wurde vom Kaiser am 30. September 1879 zur Kenntnis genommen und genehmigt.[423]

Parallel zum temporären Abschied von Pallavicini aus dem diplomatischen Dienst vollzog sich an der Spitze des k.u.k. Außenamtes ein Wechsel. In Paris traf die Nachricht vom Rücktritt des österreichisch-ungarischen Außenministers Andrássy wenige Tage nach seiner Demission am 8. Oktober 1879 ein.[424] Zu seinem Nachfolger wurde Heinrich Karl von Haymerle (7. Dezember 1828–10. Oktober 1881) ernannt. Es ist anzunehmen, dass sich die finanzielle Situation des Markgrafen innerhalb einiger Monate verbessert hat. Dieser Umstand dürfte dazu geführt habe, dass sich Haymerle im Jänner 1880 beim Kaiser dafür einsetzte, dass Pallavicini wieder in den diplomatischen Dienst aufgenommen werden konnte. Gegenüber Franz Joseph führte der Außenminister an: „Da mir nun die

[419] Benjamin Kállay an Gyula Andrássy, Philippopel 1879 August 9, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, Nr. 203.
[420] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[421] Jahrbuch des k. u. k. Auswärtigen Dienstes 1897. Nach dem Stande vom 28. Dezember 1896. Wien 1897, Normen betreffend Ehebewilligung für diplomatische Beamte und die bei den k.u.k. Missionen in Verwendung stehenden Kanzleibeamten, 289.
[422] Jahrbuch des k. u. k. Auswärtigen Dienstes 1897. Nach dem Stande vom 28. Dezember 1896. Wien 1897.
[423] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[424] Gyula Andrássy an Ladislaus Hengelmüller, Wien, 1879 Oktober 10, HHStA Wien, Gesandtschaft und Konsulararchiv, Paris Kart. 106, vgl.; Diószegi, Graf Gyula Andrássy, 69–83, Schmidt, Graf Julius Andrássy, 3–39.

Möglichkeit zu Gebote steht, ihn mit einer bei der Botschaft in London verfügbaren Zulage dahin zuzuteilen, und ihn auch Seitens seiner Familie eine derartige Unterstützung zugesichert wurde welche die Wiederaufnahme seiner Verwendung im Auslands tunlich erscheinen lässt, handelt es sich darum, für die von ihm mittlerweile vollzogene Verehelichung mit Miss Crow E. M. Allergnädigst Genehmigung nachträglich einzuholen. Ich kann dieser Genehmigung nur auf das Wärmste das Wort reden, da ich es für einen Gewinn erachte, den genannten höchst brauchbaren und strebsamen jungen Beamten der diplomatischen Laufbahn wieder gegeben zu sehen".[425] Die Verehelichung und die Wiederverwendung des Markgrafen wurden auf Erlass Franz Josephs am 5. Februar 1880 im Nachhinein genehmigt. Der Markgraf ist am 21. Februar in London angenommen worden, wo er seine diplomatische Tätigkeit unter k.u.k. Botschafter Alajos Károly, und dem im November 1879 nach London versetzten Honorar-Legations-Rath Hengelmüller antrat.[426]

[425] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[426] Ebda.;

4. K.u.k. Botschaft London, Februar 1880 – Jänner 1881

4.1. Von Disraeli zu Gladstone – Neuorientierung der englischen Orientpolitik?

Als frisch gebackener Ehemann und mit hinreichend finanziellen Mitteln ausgestattet, traf Honorar–Legationssekretär Pallavicini Ende Februar 1880 in London ein. In England liefen zu diesem Zeitpunkt die Vorbereitungen für die Parlamentswahlen. Obwohl im Augenblick der Parlamentsauflösung noch viel für einen abermaligen Wahlerfolg der konservativen Partei unter Premierminister Disraeli sprach, setzten sich letztlich die Liberalen mit ihrem Vorsitzenden William Ewart Gladstone (29. Dezember 1089–19. Mai 1898) bei der Wahl am 23. April 1880 durch. Wie auch mit Nachdruck von Gladstone während der Wahlauseinandersetzung postuliert, wurde mit seiner Ernennung zum Premier allgemein eine Änderung der Politik im Zusammenhang mit dem Osmanischen Reich bzw. der Orientalischen Frage erwartet.[427]

Anhand der Berichte geht hervor, dass nach erfolgter Regierungsbildung im April 1880 Gladstone und sein Außenminister, Granville George Leveson Gower (11. Mai 1815–31. März 1891), vor den Mitgliedern beider Kammern des britischen Parlaments die Grundzüge ihrer außenpolitischen Linie skizzierten. Die konfliktfreien Beziehungen zu den Großmächten wurden gewürdigt, wenngleich die Situation im Orient kritisiert wurde, ohne die Ergebnisse von Berlin außer Frage zu stellen. Von der Regierung Gladstone wurde des weiteren die offene Frage der griechisch–osmanischen Grenzregulierung, die Einsetzung Montenegros in die vertragsmäßigen Territorialrechte und die notwendigen Reformen für Armenien thematisiert.[428]

Die neue englische Regierung war zu der Überzeugung gelangt, nur in Übereinstimmung und gemeinsam mit den anderen Großmächten eine umfassende Durchführung der Vereinbarungen von Berlin zu realisieren. Dabei setzte sie sich das Ziel, die Oberhoheit des Sultans im vorhandenen Umfang, aber unter Modernisierung der rechtsstaatlichen Bedingungen, zu erhalten. In diesem Zusammenhang kündigte der Premier die Ernennung von George Joachim Goschen (10. August 1831–7. Februar 1907) zum neuen englischen Botschafter im Osmanischen Reich, an Stelle von Sir Austen Henry Layard (5. März 1817–5. Juli 1894), an. In Konstantinopel sollte der neue Botschafter das

[427] Feuchtwanger, Disraeli, 191–197.
[428] Alajos Károly an Heinrich Haymerle, London 1880 Mai 22, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) VIII, Karton (Kart.) 95, Nr. 44A-B.

Vorurteil ausräumen, dass London eine Machterweiterungspolitik auf Kosten des Osmanischen Reiches verfolgt und immer uneingeschränkt an der Seite Konstantinopels steht.[429]

Bei seinem Antrittbesuch im Foreign Office wiederholte Lord Granville dem österreichisch-ungarischen Botschafter Alajos Károly die Grundzüge der englischen Außenpolitik. Bei dieser Gelegenheit unterstrich Granville den Wunsch seiner Regierung, hinsichtlich der Orientalischen Frage mit Österreich-Ungarn kooperieren zu wollen.[430] Für die k.u.k. Botschaft in London schien die Kontinuität der britischen Außenpolitik auf den ersten Blick gewahrt. Trotzdem blieb Károly skeptisch und zweifelte an der Status-quo-Politik von Gladstone, da das außenpolitische Programm der Liberalen in fast diametralem Gegensatz zu ihrer Haltung während der Zeit als Opposition stand. Denn in der k.u.k. Botschaft herrschte die Meinung vor, dass das Ziel der englischen Außenpolitik hinsichtlich der Orientalischen Frage die Emanzipation der christlichen Bevölkerung von der osmanischen Zentralgewalt sein werde.[431]

In Wien wurden die Ergebnisse der Unterredung Botschafter Károlys mit Granville mit lebhaftem Interesse zur Kenntnis genommen und Außenminister Haymerle äußerte sich zuversichtlich hinsichtlich der Zusammenarbeit . Im Hinblick darauf erklärte sich der k.u.k. Außenminister bereit, sich einer in London vorbereiteten Kollektivnote an die osmanische Regierung hinsichtlich offener Grenzfragen mit Griechenland und Montenegro anzuschließen und zeigte Verständnis für das Vorhaben der englischen Regierung, in diesem Punkt Druck auf den Sultan auszuüben.[432]

Auf seinem Weg nach Konstantinopel traf Goschen in Wien mit k.u.k. Außenminister Haymerle zu Gesprächen über die Situation im Orient zusammen. In den Unterredungen konnte weitgehend Übereinstimmung in den Standpunkten erzielt werden. Lediglich in der Frage des weiteren Bestands des Osmanischen Reiches kamen Differenzen zum Vorschein. Die Regierung Gladstone war nicht mehr bereit, den Status quo unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Reformen im Osmanischen Reich und self-gouvernment der Balkanvölker schienen dem neuen Premier die adäquaten Mittel, um Ordnung und Stabilität in den europäischen und asiatischen Besitzungen des Reiches zu schaffen.[433]
Aus den Informationen aus Wien war für die k.u.k. Botschaft in London ersichtlich, dass Außenminister Haymerle die Zeit für noch nicht gekommen erachtete, Initiativen für eine Neugestaltung des Balkans zu setzen. Der Außenminister benützte den Anlass auch, um über die

[429] Seton-Watson, R. W. Disraeli, Gladstone and the eastern question: a study in diplomacy and party politics London 1935.
[430] Alajos Károly an Heinrich Haymerle, London Mai 1, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 36.
[431] Alajos Károly an Heinrich Haymerle, London 1880 Mai 26, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 45C.
[432] Heinrich Haymerle an Alajos Károly, Wien 1880 Mai 18, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) VIII, Karton (Kart.) 96.
[433] Alajos Károly an Heinrich Haymerle, London 1880 Juni 2, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 49B.

österreichisch-ungarische Präsenz in Bosnien und der Herzegowina zu sprechen. Haymerle nützte die Gelegenheit, um dem englischen Diplomaten die außenpolitischen Zusammenhänge hinsichtlich des Erwerbs der okkupierten osmanischen Provinzen darzulegte, in deren Mittelpunkt die Verhinderung eines großen, von Slawen regierten Staates stand. Haymerle ließ diesbezüglich gegenüber Goschen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass Österreich-Ungarn den Erwerb Bosniens und der Herzegowina ebenso wie London die Okkupation Zyperns, aus strategischen Überlegungen als dauerhaft betrachte.[434]

Die deutsche Regierung nahm den Kabinettswechsel in London gelassen zur Kenntnis, da aufgrund der bekannten geostrategischen Interessen Londons Bismarck eine wesentliche Änderung der englischen Außenpolitik für unwahrscheinlich hielt. Der Reichskanzler riet lediglich zur Wachsamkeit gegenüber möglichen englischen Initiativen, die die Förderung von Gladstones propagiertem Nationalitätenprinzip beinhalten würden.[435] Im Gegensatz zu der Reaktion Berlins, verschärfte sich in St. Petersburg nach dem Wahlerfolg der Liberalen der Ton gegenüber Konstantinopel, da mit dem Sturz Disraelis eine Modifikation der englischen Haltung in der Orientfrage erwartet wurde.[436] Durch die Ankündigung Granvilles, an den Prinzipien der äußeren Politik nichts zu verändern, sondern nur andere Mittel und Wege einschlagen zu wollen, wurde diese Annahme jedoch enttäuscht. Außerdem wurde die Ankündigung Londons, im Hinblick auf die orientalische Frage mit Wien gemeinsam vorgehen zu wollen, zur Kenntnis genommen und wegen der schleppenden Umsetzung der Berliner Verträge ein energisches Auftreten der europäischen Großmächte gegenüber der Pforte verlangt.[437] In diesem Sinne stimmte der Zar der Londoner Kollektivnote wegen der noch offenen griechisch-osmanischen Grenzfragen, der Einsetzung Montenegros in die vertragsmäßigen Territorialrechte und die notwendigen Reformen für Armenien zu. Den Informationen des Außenministeriums konnte Pallavicini entnehmen, dass die russische Regierung in den noch offenen Fragen von Berlin in erster Linie eine Übereinkunft mit Wien anstrebte. Die russische Regierung kam zu dem Schluss, dass eine Verständigung mit Wien die Grundlage für weitere Verhandlungen und ein gemeinsames Vorgehen der Großmächte bildete.[438]

In Konstantinopel hinterließ das Ergebnis der britischen Wahlen vom April 1880 einen starken Eindruck und Said Pascha veranlasste, einen weiteren Reformvorstoß zu unternehmen.[439] Der

[434] Heinrich Haymerle an Alajos Károly, Wien 1880 Mai 30, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 96.
[435] Heinrich Haymerle an Alajos Károly, Wien 1880 April 30, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 96, Depesche nach London an Károly; vgl. Otto Planze, Bismarck: Der Reichskanzler, München 1998, 344.
[436] Gustav Kálnoky an Heinrich Haymerle, St. Petersburg 1880 April 29./ 17., HHStA Wien, PA X, Kart. 75, Nr. 24.
[437] Gustav Kálnoky an Heinrich Haymerle, St. Petersburg 1880 Mai 6./ 18., HHStA Wien, PA X, Kart. 75, Nr. 30A-D, Ković, Disraeli, 295–298.
[438] Gustav Kálnoky an Heinrich Haymerle, St. Petersburg 1880 Mai 6./ April 24., HHStA Wien, PA X, Kart. 75, Nr. 27B.
[439] Victor Dubsky an Heinrich Haymerle, Konstantinopel 1880 April 30, Haus-, Hof und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 137, Nr. 35B.

Widerstand des Sultans, politische Intrigen innerhalb der Regierung sowie die andauernde Finanznot setzten dem Großwesir enge politische Grenzen. Der von Goschen in Aussicht genommene kollektive Schritt der Signatarmächte zur Durchsetzung der noch offenen Fragen setzte Abdülhamid II. unter Druck und zog eine teilweise Regierungsumbildung nach sich.[440] Das neue Kabinett in Konstantinopel setzte auf Zeit, da in wesentlichen Gremien Beratungen über die Frage folgten, welche Haltung das Osmanische Reich den Vertretern Europas entgegen bringen sollte. Resultierend aus den Erfahrungen vergangener Jahre spekulierten der Hof und die Regierung mit divergierenden Standpunkten respektive mit der Uneinigkeit der Mächte, gemeinsame Schritte zu setzen.[441] Dies galt vor allem für die griechisch-osmanische Grenzfrage. Der Außenminister des Osmanischen Reiches ließ die Regierung in St. James wissen, dass die diesbezüglichen Beschlüsse von Berlin von seiner Seite so lange nicht umgesetzt werden können, solange die Besitzverhältnisse der muslimischen Bevölkerung in den betroffenen Gebieten nicht geregelt seien.[442]

Als äußeres Zeichen ihrer Entschlossenheit wurden die osmanischen Streitkräfte an der Grenze zu Griechenland erhöht. Obwohl die Gefahr von Konsequenzen in Form einer Flottendemonstration durch die Großmächte im Raum stand, zeigte Konstantinopel damit seinen Willen, seine Territorien in Thessalien und dem Epirus zu verteidigen. Es scheint, dass Pallavicini Die Informationen des Außenministeriums an die k.u.k. Botschaft in Paris lassen den Schluss zu, dass von der osmanischen Regierung eher ein Krieg, als eine Gebietsabtretung erwogen wurde.[443] In der angespannten Situation im Sommer 1880 wurde Viktor Dubský von Třebomyslice von Heinrich Joseph Aloys Graf Calice (31. März 1831–28. August 1912) als neuer k.u.k. Botschafter in Konstantinopel abgelöst.[444]

Während der Sommermonate 1880 sahen Pallavicini und seine Frau in der britischen Hauptstadt der Geburt ihres ersten Kindes entgegen. Trotz Personalmangels an der Botschaft ersuchte er daher um einen zweimonatigen Urlaub, um seine Gemahlin zu seiner Familie nach Hause begleiten zu können. Aus Rücksicht auf die Schwangerschaft der Markgräfin wurde dem Ersuchen des Legationssekretärs Pallavicini statt gegeben[445], der sich daraufhin auf seinem ungarischer Landsitz Puszta Radvány um seine Frau und seinen Sohn kümmerte.[446]

[440] Victor Dubsky an Heinrich Haymerle, Konstantinopel 1880 Juni 11, HHStA Wien, PA XII, Kart. 137, Nr. 46A-F.
[441] Victor Dubsky an Heinrich Haymerle, Bujukdere 1880 Juni 22, HHStA Wien, PA XII, Kart. 137, Nr. 49A-F.
[442] Alajos Károly an Heinrich Haymerle, London 1880 Juli 9, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 57B.
[443] Victor Dubsky an Heinrich Haymerle, Bujukdere 1880 Juni 22, HHStA Wien, PA XII, Kart. 137, Nr. 49B; Ković, Disraeli, 293–295.
[444] Victor Dubsky an Heinrich Haymerle, Bujukdere 1880 Juli 9, Haus-, Hof und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 138, Telegramm Nr. 6729, 5938.
[445] HHStA Wien, MdÄ AR, Personalia F4–245–3 Paliavicini.
[446] Gustav Kálnoky an Heinrich Haymerle, St. Petersburg 1880 Juni 3, HHStA Wien, PA X, Kart. 75, Telegramm 1920.

Im Frühsommer 1880 schränkte eine plötzliche Erkrankung den englischen Premierminister in seinen außenpolitischen Ambitionen ein. Daher stagnierten die diplomatischen Bemühungen, einer Lösung der noch offenen osmanisch-griechischen und osmanisch-montenegrinischen Grenzfragen näher zu kommen, bis zur Genesung Gladstones im September 1880.[447] Danach betrat der britische Premier wieder die politische Bühne und nahm in einer viel beachteten Rede im Unterhaus Stellung zu den Entwicklungen in Bezug auf die Orientalische Frage. Er unterstrich mit Nachdruck seine Sympathie für die christlichen Untertanen des Sultans und ließ keine Zweifel an der Entschlossenheit seiner Regierung, die Integrität des Sultans sowie des Reichs nicht mehr bedingungslos aufrecht zu erhalten. Gladstone war nach wie vor fest entschlossen, seine Forderung nach einer Lösung der osmanisch-griechischen Grenzfrage gewaltsam in Form einer Flottendemonstration durchzusetzen. Seine Bemühungen, eine gemeinsame Aktion mit Frankreich und Italien in die Wege zu leiten, scheiterten ebenso wie der Plan einer vorübergehenden Besetzung Izmirs (Smyrna). Gladstone brachte sich mit diesem Vorstoß in Gegensatz zum Außenminister und einigen Mitgliedern seiner Regierung, die für eine friedliche Lösung der Frage eintraten.[448] Denn die Mehrheit der englischen Regierung wollte weder den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches noch eine gemeinsame Aktion mit Russland. Diese Wahrnehmung wurden in Richtung Wien gesendet. Dort wurde dadurch ersichtlich, dass nach Lösung der osmanisch-griechischen bzw. osmanisch-montenegrinischen Grenzfrage die englische Regierung wieder eine konservative, auf die Aufrechterhaltung des Status quo ausgerichtete, Politik verfolgen würde.[449]

In Wien wurde die englischen Bereitschaft, gemeinsam für eine Lösung der noch offenen Grenzfragen einzutreten, begrüßt, obwohl man eine Besetzung Smyrnas abgelehnte. Aus den Informationen geht hervor, dass die Meinung vertreten wurde, dass Gewaltmaßnahmen die Gefahr von Misserfolgen bzw. Verwicklungen implizieren könnten. Daher tendierte der Außenminister der österreichisch-ungarischen Monarchie für eine Verhandlungslösung, wobei Abdülhamid II. mit diplomatischen Mitteln zur Umsetzung der Vertragsbeschlüsse von Berlin von 1879 bewegt werden sollte.[450]

In St. Petersburg wurde die Ablehnung Österreich-Ungarns, sich dem von London angeregten Schritt einer temporären Besetzung Smyrnas anzuschließen, mit Bedauern zur Kenntnis genommen wurde. In der russischen Hauptstadt sah man in der Haltung Österreich-Ungarns, Frankreichs und Deutschlands einen Rückschlag in den Verhandlungen mit der osmanischen Regierung; mancher russische Politiker sah bereits ein Ende der europäischen Zusammenarbeit zur Lösung der noch

[447] Ladislaus Hengelmüller an Heinrich Haymerle, London 1880 August 4, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 60A-G.
[448] Ladislaus Hengelmüller an Heinrich Haymerle, London 1880 September 15, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 96, Nr. 60A-G.
[449] Ladislaus Hengelmüller an Heinrich Haymerle, London 1880 August 4, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 72, Otto Planze, Bismarck, 345–347.
[450] Ladislaus Hengelmüller an Heinrich Haymerle, London 1880 Oktober 2, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 75B.

offenen Fragen voraus.[451] Die Weigerung der österreichisch-ungarischen Monarchie zur Anwendung von Gewalt zur Lösung der Grenzfragen mit Griechenland und Montenegro wurde von London ohne Bedauern aufgenommen und löste auch keine diplomatische Verstimmung zwischen Wien und London aus.[452]

Ungeachtet der Ablehnung von Gewaltmaßnahmen durch Wien, setzte die englische Regierung weiter auf die Unterstützung der Donaumonarchie zur Lösung der noch offenen Punkte. Die Informationen lassen den Schluss zu, dass Gladstone mit seinem Konzept der Begünstigung der christlichen Bevölkerung am Balkan keinen Erfolg hatte. Zwei wesentliche Faktoren trugen dazu bei; zum einen der Widerstand Abdülhamids II., der nach den Territorialverlusten in Folge der Verträge von Berlin nicht bereit war, sich widerstandslos dem diplomatischen Druck der Großmächte zu fügen. Denn seine Politik zielte darauf ab, durch taktische Manöver und Zeitgewinn Uneinigkeit innerhalb der Signatarmächte zu erzeugen. Zum anderen wurden dem britischen Premier Grenzen durch realpolitische Gegebenheiten gesetzt. Außer Russland zeigte keine Großmacht Bereitschaft, mit Gewalt die noch offenen Grenzforderungen durchzusetzen. Sämtliche diesbezügliche Initiativen Gladstones scheiteten an der Ablehnung von Gewalt. Innerhalb des Kabinetts entstanden Tendenzen, die für eine friedliche Lösung der Grenzfragen eintraten. Haymerle mit der Entwicklung zufrieden sein, da es sich zeigte, dass London trotz Differenzen zur Lösung der anstehenden Probleme an einer Zusammenarbeit mit Wien interessiert war.[453]

Die nach dem Wahlerfolg der Liberalen von Wien befürchtete Änderung der englischen Orientpolitik trat ebenso wenig wie ein Alleingang Londons in der Orientalischen Frage ein. Für den Moment hatte es den Anschein, als ob der Status quo im Orient gesichert war. Die Fortsetzung der konservativen englischen Orientpolitik durch das liberale Kabinett wurde lediglich von Russland mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Angesichts der wiederholt geäußerten Abneigung Gladstones gegenüber Österreich-Ungarn zeigte sich Russland zwar enttäuscht über dessen Bereitschaft zur Zusammenarbeit, die russische Regierung ließ aber dennoch ihren Willen erkennen, mit Wien zu kooperieren und weiterhin übereinstimmend und gemeinsam in der Orientalischen Frage vorzugehen. Für außenstehende Beobachter wie Pallavicini stand jedoch fest, dass Russland neben der Entschärfung seiner innenpolitischen Probleme am Balkan seine ganze Aufmerksamkeit darauf richtete, seinen Einfluss in Bulgarien zu stabilisieren.[454]

[451] Friedrich Trautenberg an Heinrich Haymerle, St. Petersburg, 1880 Oktober 17./ 29., HHStA Wien, PA X, Kart. 75, Nr. 65.
[452] Ladislaus Hengelmüller an Heinrich Haymerle, London 1880 November 11, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 95, Nr. 84A-E.
[453] Ladislaus Hengelmüller an Heinrich Haymerle, London 1880 September 15, HHStA Wien, PA VIII, Kart. 96, Nr. 60A-G.
[454] Ković, Disraeli, 291–300.

Während seiner Tätigkeit in London wurde Pallavicini Zeuge vom Beginn einer Änderung der englischen Orientpolitik. Nach den Verhandlungen in Berlin 1878 ermöglichte nicht zuletzt der Erwerb von Zypern sowie die Kontrolle des Suezkanals (durch den Kauf der Aktien des Khediven) dem Vereinigten Königreich seine Handelsrouten nach Asien in hohem Maße selbst zu verteidigen.[455] Der Wahlerfolg der Liberalen und Gladstones Hinwendung zu den jungen Nationalstaaten bedeutete dann einen weiteren Schritt in Richtung einer Abkehr von der Politik der „Aufrechterhaltung des Osmanischen Reiches um jeden Preis “.[456]

Nach seinem Aufenthalt in Ungarn kehrte Pallavicini nach einem kurzen Aufenthalt in Wien am 12. Oktober in die k.u.k. Botschaft nach London zurück und nahm seine diplomatische Tätigkeit wieder auf. Am 1. November 1880 erreichte den Markgrafen jedoch ein Telegramm, worin ihm die Ärzte seiner erkrankten Gemahlin seine sofortige Anwesenheit in Puszta Radvány empfahlen. Trotz schwieriger Personalverhältnisse in der k.u.k. Botschaft in London wurde ihm für die Dauer der Rekonvaleszenz seiner Frau Urlaub erteilt. Bei seiner Ankunft in Ungarn musste er erkennen, dass aufgrund der gesundheitlichen Probleme seiner Frau an eine baldige Rückkehr auf seinen Posten in London nicht mehr zu denken war. Offensichtlich entschloss er sich, aus Rücksicht auf die Situation seiner Familie um Versetzung in Disponibilität unbesoldet und auf unbestimmte Zeit anzusuchen. Dem Wunsch des Markgrafen wurde im Jänner 1881 stattgegeben.[457]

[455] Farnie, East and West, 231–235.
[456] Jakob Hort, Architektur der Diplomatie. Repräsentation in:europäischen Botschaftsbauten, 1800–1920, Konstantinopel/Rom/Wien/St. Petersburg/Göttingen 2014, 204.
[457] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

5. K.u.k. Gesandtschaft Belgrad, April 1887 – Dezember 1892

5.1. König Milan I., Obrenović – Herrscher, Politiker, Privatmann

5.1.1. Informationen über die innenpolitische Situation im Königreich Serbien

Nach einer Pause von über sechs Jahren trat Johann Pallavicini im April 1887 wieder in den aktiven Diplomatendienst ein.[458] Mit Hilfe der tatkräftigen Unterstützung des neuen Außenministers Gustav Graf Kálnoky von Kőröspatak, (29. Dezember 1832–13. Februar 1898) der am 20. November 1881 die Nachfolge des am 10. Oktober 1881 verstorbenen Haymerles antrat, gelang es ihm, sich für eine Stelle bei der Gesandtschaft in Belgrad zu bewerben. Im Rang eines Legationssekretärs extra statum wurde er dort bereits von Ladislaus Hengelmüller von Hengervár (2. Mai 1845 – 22. April 1917) erwartet, der am 21. Februar 1887 die Leitung der k.u.k. Gesandtschaft in der Hauptstadt des Königreichs Serbiens übernommen hatte.[459] Der Markgraf setzte seine Karriere in einem Land fort, dass sich in Folge des bulgarisch-serbischen Kriegs vom 14. bis 28. November 1885 sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch in einem krisenhaften Zustand befand.[460]

Die ohnehin prekäre innenpolitische Situation spitzte sich noch weiter zu, als ein seit längerer Zeit latenter Ehekonflikt zwischen Milan I.Obrenović (22. August 1854–11. Februar 1901) und seiner Ehefrau Natalia Cheşco (Keşco 15. Mai 1859–8. Mai 1941) zu eskalieren drohte. Ein von der Königin provozierter Eklat währen eines Hofempfangs bildete den Auftakt zu einem jahrelangen erbittert geführten Rosenkrieg, in Folge dessen der König nicht mehr bereit war, weiter den Thron mit seiner aus Moldavien stammenden Gemahlin zu teilen. Er war fest entschlossen, seine Frau aus Serbien zu verbannen oder aber selbst das Land zu verlassen. In diesem Fall bestand die Idee, bis zur Volljährigkeit seines Sohnes einen Regentschaftsrat einzusetzen. Die Forderungen des Königs mündeten in einer innenpolitischen Krise, die in der Rücktrittsandrohung der Regierung ihren Ausdruck fand.[461] Da eine Aussöhnung ebenso unwahrscheinlich schien wie ein weiteres Zusammenleben, willigte die Königin in eine zeitliche und räumliche Trennung ein. Außerdem regelte ein schriftliches Übereinkommen die Erziehung des Thronfolgers. In Begleitung seiner Mutter sollte Aleksandar demnach zuerst in Deutschland und danach in Frankreich auf seine zukünftigen Aufgaben

[458] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[459] Hengelmüller war von 21. Februar 1887 bis 30. Juli 1889 außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Belgrad. Erwin Matsch, Der Auswärtige Dienst von Österreich (-Ungarn) 1720–1920, Wien/Köln/Graz 1986, 154.
[460] über den bulgarisch–serbischen Krieg, Gerald Kanus, Bulgarien. München 1997, 67f.
[461] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 April 18, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 21, Telegramm Nr. 7.

vorbereitet werden.[462] Ohne weiteren Differenzen erfolgte daher kurze Zeit später die öffentlichkeitswirksame Abreise der Königin ins Exil nach Wiesbaden.[463]

Trotz der Abreise der Königin trat keine innenpolitische Beruhigung in Serbien ein.[464] Bereits kurz nach seiner Ankunft in Belgrad konnte Pallavicini mitverfolgen, wie im Sommer 1887 die entgegengesetzten Standpunkte wegen der weiteren Vorgehensweise in der Scheidungsangelegenheit zum offenen Bruch zwischen König und Regierung führten. Das Kabinett unter Ministerpräsident Milutin Garašanin (22. Februar 1843–5. März 1889) trat daraufhin zurück.[465] Nach Gesprächen des Königs mit der Opposition fand sich der Vorsitzende der Liberalen Partei (Liberalna stranka) Jovan Ristić (16. Jänner 1831–4. September 1899) bereit, ein Koalitionskabinett unter Beteiligung von drei Ministern der Radikalen Partei (Narodna radikalna stranka) zu bilden.[466] In seinem Regierungsprogramm betonte Ministerpräsident Ristić seinen Willen zur Aufrechterhaltung der guten Kontakte zu den Nachbarstaaten und kündigte eine Annäherung an Russland an. Gegenüber Hengelmüller betonte er die Fortführung der guten Beziehungen zu Österreich-Ungarn und unterstrich die gewissenhafte Erfüllung aller eingegangenen Verpflichtungen.[467]

Der serbische Ministerpräsident galt als Gegner der österreichisch-ungarischen Monarchie. Hinsichtlich der realpolitischen Gegebenheiten und des guten Kontakts zum König zeigte sich Wien über den Regierungswechsel in Belgrad wenig besorgt. Die Absicht der serbischen Regierung mit St. Petersburg wieder Beziehungen herzustellen wurde ebenso zur Kenntnis genommen wie die Bekräftigung der engen Verbundenheit Russlands mit Serbien durch den russische Außenminister Giers. In seiner Stellungnahme unterstrich Giers die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und ein Festhalten an der Dynastie. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, dass er der Regierung außerdem empfahl, weiterhin gute Beziehungen zu den Nachbarn, vor allem zu Österreich-Ungarn, zu unterhalten.[468]

Nach erfolgter Regierungsumbildung im Sommer 1887 reiste Milan I. nach Wien, um Franz Joseph I. über seine politischen Pläne zu unterrichten. In Wien zeigte man sich sehr erfreut über den Besuch des Königs. Im Zusammenhang mit der Trennung von seiner Gemahlin hatte sich der König nämlich

[462] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 April 19, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21, Telegramm Nr. 12.
[463] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Mai, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[464] Der Militärattaché der k.u.k. Gesandtschaft über die Situation in Serbien, Belgrad 1887 Mai 14, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 22.
[465] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Juni 8, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21, Telegramm Nr. 25.
[466] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Belgrad Juni 13, HHStA Wien, PA XIX Kart. 21, Telegramm Nr. 31.
[467] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Juni 15, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[468] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Juni 13, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 22, Circular des Herrn Ristić.

eingehend mit der Möglichkeit einer Abdankung zu Gunsten seines minderjährigen Sohnes auseinandergesetzt. In den Gesprächen der Monarchen unterrichtete Milan I. Franz Joseph I. über die Motive seiner Handlungen. Im Hinblick auf die Abdankungspläne des Königs zeigt sich, dass Pallavicini in Erfahrung bringen konnte, dass sich bei ihm der Gedanke an einen Thronverzicht dermaßen verfestigte, dass er gegen seine persönliche und politische Überzeugung die Mitglieder der Liberalen, bzw. Radikalen Partei in die Regierung berief. Die Reaktion zeigt, dass er trotz aller Animositäten in Ristić den einzigen regierungsfähigen serbischen Politiker sah, der ihn in der Realisierung seines Vorhabens unterstützen würde.[469]

Bei seiner Rückkehr gab Milan I. dem Regierungsprogramm des Ministerpräsidenten seine Zustimmung. Nach dem serbisch-bulgarischen Krieg von 1885 wollte Ristić insbesondere den angespannten Staatshaushalt und die ineffektive Verwaltung Serbiens reformieren.[470] In Punkto Außenpolitik hoffte er auf stabilere Verhältnisse am Balkan. Der Wahl des Prinzen Ferdinand von Coburg (26. Februar 1861–10. September 1948) zum Fürsten von Bulgarien Anfang Juli 1887 sah Ristić mit gemischten Gefühlen entgegen.[471] Mit Bulgarien wollte er sich gut stellen. Wahrscheinlich auch deshalb, um sich ausschließlich den inneren Angelegenheiten seines Landes kümmern zu können.[472]

Die Bemühungen des Ministerpräsidenten wurden jedoch vom König torpediert. Nach einer von Milan herbeigeführten Regierungsumbildung im Juli 1887 erging noch im Sommer die Anordnung, Neuwahlen durchzuführen.[473] In der k.u.k. Mission wurde der auf niedrigem Niveau geführten Wahlkampf aufmerksam verfolgen. Trotz Gerüchten über massive Wahlmanipulationen sowie Aufrufen zum Wahlboykott oppositioneller Parteien, ließ die Stimmung in der Bevölkerung einen Sieg der Radikalen Partei erwarten.[474] Obwohl der prognostizierte Wahlerfolg der Radikalen Partei eintrat, wurde Ristić abermals mit der Bildung einer Koalitionsregierung aus Liberalen und Radikalen betraut. Das zunehmende Ringen der Parteien um Einfluss und Macht führte jedoch binnen kürzester Zeit zu einer neuerlichen Regierungskrise. Ausschlaggebend für eine Weiterführung der Zusammenarbeit war das politische Geschick des Königs, der durch sein Eingreifen einen Bruch der Koalition verhindern konnte. Dennoch erwies sich die Partnerschaft der serbischen Regierung in der Folge als wenig stabil.[475]

[469] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Juni 13, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[470] Johann Schwartz an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Juli 4, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[471] Zum Werdegang und zur Wahl Ferdinands I., aus der Dynastie Sachsen-Coburg-Koháry, in: Franz Thierfelder, Männer am Balkan. Von Alexander dem Großen bis Josip Tito, Wien/Graz/Köln 1961, 199–205.
[472] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Juli 16, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[473] Johann Schwartz an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 August 6, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[474] Johann Schwartz an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 August 31, September 15, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[475] Ebenda.

Aus den Informationen aus St. Petersburg und Konstantinopel wurde die k.u.k. Gesandtschaft in Belgrad über die wesentlichen Entwicklungen und Initiativen innerhalb Europas unterrichtet. Diesen Meldungen war zu entnehmen, dass sich Spannungen zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und Russland anbahnten. Denn von St. Petersburg wurden Rüstungsbestrebungen der österreichisch-ungarischen Armee sowie Verbesserungen der Infrastruktur nahe der Grenze mit Besorgnis beobachtet. Dies galt vor allem für Truppenverstärkungen sowie Bahn- und Befestigungsbauvorhaben Österreich-Ungarns in Galizien. Im Gegensatz dazu wurde von Seiten Österreich-Ungarns die Aufstockung der russischen Truppen in Ostpolen kritisiert.[476]

In den europäischen Hauptstädten sprach man vor dem Hintergrund der Verwicklungen des französischen Präsidenten Jules Grévy (15. August 1807–9. September 1891) in einen Korruptionsskandal, sowie einer deutsch-französischen Spionageaffäre, über mögliche internationale Verwicklungen.[477] Als Option wurde dabei sowohl eine deutsch-französische, als auch eine russisch-österreichisch-ungarischen Konfrontation in Betracht gezogen. Aus den Berichten geht hervor, dass Pallavicini in diesem Zusammenhang beauftragt wurde, die Aktivitäten russischer Funktionäre in Belgrad zu beobachten.[478] Auch in der k.u.k. Gesandtschaft in Belgrad wurde die Thematik erörtert; Hengelmüller wurde beauftragt, die serbische Haltung zu erkunden. Die vorliegenden Informationen lassen den Schluss zu, dass der König im Konfliktfall zu Österreich-Ungarn tendierte, während die Sympathien von Ristić auf Seiten Russlands lagen.[479]

In diesem Jahr, im Februar und März 1887, konnten auch die Verhandlungen zur Mittelmeerentente abgeschlossen werden. Von den Unterzeichnerstaaten England, Italien und Österreich-Ungarn wurde dadurch de facto der Status quo im Mittelmeer garantiert sowie den Expansionsbestrebungen Russlands ins Mittelmeer ein Riegel vorgeschoben.[480] Im Osmanischen Reich führte der Abschluss der Verhandlungen zu mehr Selbstbewusstsein gegenüber Russland, obwohl ersichtlich war, dass wegen der ökonomischen und politischen Stagnation im Osmanischen Reich in wichtigen Fragen keine Fortschritte erzielt werden konnten. Zwar wurden in vielen Ausschüssen und Expertengruppen Beratungen über Verbesserungsmöglichkeiten und Reformen erörtert, diese scheiterten aber dann doch am Widerstand des Klerus und den reaktionären Kräften rund um den Sultan. Zu einem Hauptproblem

[476] Friedrich Beust an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1887 Dezember 9/ November 27, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 84.
[477] Hierbei handelte es sich um die Schnäbele-Affäre und die Korruptionsvorwürfe gegen den Sohn vom französischen Präsident François Paul Jules Grévy , in Pierre Jeambrun, Jules Grévy ou la république debout, Paris 1991.
[478] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Dezember 3, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[479] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Dezember 12, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[480] Vgl.; zur Mittelmerentente, Gregor Schöllen, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914, München 2000, 23; Buchmann, Österreich und, 237–239 und Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Bujuktere 1887 Oktober 11, 1878 November 1, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 149, Nr. 72C,74C.

des Osmanischen Reiches gehörte nach wie vor die prekäre Lage der Staatsfinanzen. Viele Minister waren fast ausschließlich mit der Klärung von Finanzfragen befasst. Dabei setzte die Pforte auch auf Verhandlungen mit dem Bankier Hirsch, in der Erwartung, durch seine Mithilfe die nötigen Mittel zur Aufrechterhaltung der Staatsausgaben zu erhalten.[481]

In einer ähnlich prekären Finanzlage wie das Osmanische Reich befand sich auch das Königreich Serbien. Nach negativ verlaufenen Kreditverhandlungen mit deutschen Finanziers musste sich Belgrad an eine österreichische Finanzgruppe wenden. Diese Gespräche konnten zu einem erfolgreichen Abschluss geführt werden. Aus den vorliegenden Informationen geht jedoch hervor, dass es in der Mission Österreich-Ungarns allerdings bezweifelt wurde, dass trotz Versprechungen bezüglich der Kürzung von Ausgaben und Steuererhöhungen, Serbien für die nächste Zeit einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen könne.[482] In diesem Zusammenhang ist es kaum verwunderlich, dass es noch vor dem Jahreswechsel 1887/1888 abermals zu einer Regierungskrise kam. Ein neuerlicher Konflikt führte zum Bruch der liberal-radikalen Koalition. In der Skupština verlor Ristić ein Vertrauensvotum und reichte daraufhin seine Demission ein.[483]

In dieser Situation stand, mit Direktiven aus Wien versehen, Hengelmüller dem König mit Rat und Tat zur Seite stand. Nach Gesprächen mit dem österreichisch-ungarischen Gesandten, fand der König einen Weg, sich mit den Spitzen der Radikalen Partei zu verständigen. Als Resultat wurde ein Kabinett mit dem Diplomaten und Mitglied der radikalen Partei, General Sava Grujić (25. November 1840–25. November 1913), als Ministerpräsident bis zu den kommenden Wahlen gebildet. Mit dieser Entscheidung sah der Königs seine Stellung gefestigt und bedankte sich bei Hengelmüller anlässlich des Neujahrsempfangs für die Unterstützung, die ihm seitens der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Teil wurde. Bei dieser Gelegenheit äußerte der König auch seinen festen Willen, weiterhin auf die Unterstützung Österreich-Ungarns zu bauen.[484] Weniger erfreut über den Regierungswechsel war man hingegen in der russischen Mission, die unzweifelhaft erkennen ließ, dass man das Ausscheiden von Ristić aus der Regierungsverantwortung sehr bedauere.[485] Die Berichte der k.u.k. Gesandtschaft zeigen, dass bei den folgenden Wahlen die Radikale Partei einen überwältigenden Wahlerfolg für sich verbuchen konnte.[486]

---

[481] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Bujuktere 1887 Dezember 6, HHStA Wien, PA XII, Kart. 149, 83A.
[482] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Dezember 9, 23, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21.
[483] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1887 Dezember 27, 29, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 21, Telegramm Nr. 75, 79.
[484] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Jänner 13, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 23.
[485] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Jänner 1, 2, 7, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23, Telegramm Nr. 1, 2.
[486] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 März 12, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.

Während der Bildung eines neuen Kabinetts traf in Belgrad am 9. März 1888 die Nachricht vom Tod Kaiser Wilhelms I. (22. März 1797–9. März 1888), seit 18. Jänner 1871 deutscher Kaiser, ein. Von König Milan wurde Ministerpräsident Grujić zur Leichenfeier nach Berlin geschickt.[487] Die in der k.u.k. Mission in Belgrad aus der österreichisch-ungarischen Botschaft in St. Petersburg eingelangten Berichte lassen den Schluss zu, dass die Nachricht vom Tod des Hohenzollern auch in Russland große Beachtung fand. In allen Zeitungen wurde dem Kaiser ein ehrfurchtsvoller Nachruf gewidmet.[488] Neben den Brüdern des Zaren wurde auch der russische Thronfolger Nikolaj (18./6. Mai 1868–17. Juli 1918) zu den Begräbnisfeierlichkeiten für Wilhelm I. entsandt. Am Rande der Trauerfeierlichkeiten traf Grujić mit Großfürst Nikolaj Nikolaevič (18./6. November 1856–6. Jänner 1929) zusammen. In den Gesprächen wurde neben der allgemeine politische Lage in Serbien vom Großfürsten auch die die Möglichkeit einer grundlegenden Umorientierung der serbischen Außenpolitik zur Sprache gebracht.[489] An einen Schwenk der außenpolitischen Aktivitäten unter Milan I. war jedoch nicht zu denken.[490]

Wider Erwarten kam es dann doch noch vor Jahresmitte 1888 zu einer Regierungskrise, die zum Sturz der Regierung Grujić führte. In den Augen des Souveräns erwies sich das Kabinett des Generals als schwach und inkompetent. Darüber hinaus resultierte die Abberufung aus dem Misstrauen und der Unzufriedenheit, die Milan gegenüber der radikalen Regierung empfand. Seine Reaktion lässt darauf schließen, dass er der Ansicht war, dass die Radikalen systematisch an der Untergrabung seiner Autorität und an der Auslösung einer Revolution arbeiteten. Mit der Regierungsbildung wurde der Vorsitzende der Konservativen Partei, Nikola Hristić (10. August 1818–26. November 1911), betraut, der dann zeitgleich mit dem Ende der Parlamentssession am 27. April 1888 die Regierungsverantwortung übernahm.[491]

Kaum im Amt, wurde das Kabinett Hristić von diplomatischen Vertretern der Pforte mit der Nachricht über Einfälle albanischer und montenegrinischer Aufständischer auf ihr Territorium konfrontiert. Obwohl sich das serbische Außenministerium skeptisch gegenüber den osmanischen Meldungen zeigte, wurden die Provinzbehörden zu erhöhter Wachsamkeit gemahnt.[492] Auch auf osmanischem Gebiet wurde die Überwachung intensiviert und die Garnison vor Ort teilweise in grenznahe Dörfer verlegte. Als Grund für die Ergreifung der Maßnahmen wurde mit der Verhinderung montenegrinischer Übertritte nach Serbien argumentiert. Durch diese Maßnahmen wollte die

[487] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 März 13, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23, Telegramm Nr. 12.
[488] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1888 März 21/ 9, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 87.
[489] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 März 26, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[490] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 März 13, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23, I und II.
[491] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 April 20, 22, 27, 29, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23, Telegramm Nr. 19, 20, 25.
[492] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1888 Mai 8, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 150, 28B.

osmanische Regierung die umsichtige Tätigkeit ihrer Lokalbehörde demonstrieren und präventiv serbische Bedrohungsszenarien entkräften.[493] Hinweise von Informanten und Berichte des serbischen diplomatischen Vertreters in Sofia unterrichteten das Außenministerium von bevorstehenden Überfällen. Als Reaktion darauf zeigt sich, dass in Belgrad weitere Vorkehrungen zur Abwehr getroffen wurden.[494]

Nachdem sich die außenpolitischen Differenzen mit Konstantinopel hinsichtlich der Einfälle albanischer und montenegrinischer Aufständischer gelegt hatten, zog die Nachricht von der baldigen Rückkehr der Königin die Aufmerksamkeit der serbischen Innenpolitik auf sich. Die Vorstellung einer abermaligen Konfrontation mit der Königin veranlasste Milan zum sofortigen Handeln. In Belgrad wurde binnen kurzem mit der Zustimmung des Ministerrats und des Metropoliten die Scheidungsklage eingereicht.[495] Politisch erwies sich die Angelegenheit jedoch als delikat und heikel. Milan I. hegte die Befürchtung, dass die Königin nach erfolgter Scheidung mit ihrem gemeinsamen Sohn Aleksandar (Obrenović, 14./ 2. August 1876–11. Juni/ 29. Mai 1903), dem serbischen Thronfolger, von ihrem momentanen Wohnsitz in Deutschland nach Russland ziehen würde. Daher beriet sich der König in dieser Angelegenheit, mit dem k.u.k. Gesandten, im Sinn der Vereinbarung mit Österreich-Ungarn von 1881. Während Milan den Erhalt der Dynastie im Auge hatte, befürchtete Hengelmüller eine Indoktrination des Thronfolgers im russischen. In weiterer Folge wandte sich Milan in offizieller Weise an die deutschen Behörden um Unterstützung.[496] Mit deren Hilfe sollte eine Ausreise der Ehefrau und Sohn Aleksandar nach Russland verhindert werden. In Belgrad wurde daher beschlossen, den Prinzen aus seinem deutschen Wohnsitz in Wiesbaden abholen zu lassen. Nach Prüfung der Rechtslage, willigte die deutsche Regierung in die Abholung des serbischen Thronfolgers ein. Als Voraussetzung dafür aber beharrte Bismarck auf einem Arrangement mit Wien, um eine sichere Reise des Prinzen durch das Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie garantieren zu können.[497]

Pallavicini wurde indes zur Berichterstattung nach Budapest geschickt, um Außenminister Kálnoky von den Vorgängen in Belgrad zu unterrichten. Anhand der folgenden Differenzen zeigt sich, dass sich die Königin gegenüber den deutschen Behörden keineswegs bereit zeigte, ihren Sohn ohne ihre Begleitung zum Vater bringen zu lassen. Die für die deutschen Behörden missliche Situation konnte erst mit der Ausweisung der Königin und des serbischen Thronfolgers aus Deutschland vor einer

[493] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Mai 16, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[494] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Mai 17, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[495] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Juni 21, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23, Telegramm Nr. 43.
[496] Zum freundschaftlichen Verhältnis Wilhelms II. zu König Milan, John C. G. Röhr, Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers 1859–1888, Band 1, München 2001, 481–482.
[497] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Juni 21, 23, 25, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23. Telegramm Nr. 44, 45, 46.

weiteren Eskalation bewahrt werden.[498] Aleksandar wurde in der Folge von einem Vertrauten des Königs aus Wiesbaden abgeholt und ohne weitere Turbulenzen nach Belgrad zu seinem Vater gebracht.[499] Aufschlussreich hierzu ist, dass, obwohl Hengelmüller mit Milan I. sympathisierte, sich die k.u.k. Botschaft in diesem Konflikt von Beginn an um Neutralität bemühte. In diesem Zusammenhang stellt sich heraus, dass der k.u.k. Gesandte von Pallavicini nach dessen Rückkehr aus Budapest davon unterrichte wurde, dass seine Haltung in dem Konflikt um den serbischen Thronfolger die volle Zustimmung des Außenministers fand. Wie die Darstellung vermuten lässt, war für die Außenpolitik Österreich-Ungarns der Einfluss auf Milan I. viel zu wichtig, um im Rosenkrieg die falsche Partei zu ergreifen.[500]

Die Informationen aus St. Petersburg lassen darauf schließen, dass der russische Außenminister Giers keineswegs undankbar dafür war, nicht in die Affäre involviert gewesen zu sein. Das Vorgehen der deutschen Behörden wurde zwar kritisiert, eine direkte Intervention allerdings ausgeschlossen.[501] Wenngleich die russische Presse heftige Angriffe gegen König Milan I. und Österreich-Ungarn richtete, verfolgte die Regierung in St. Petersburg den Konflikt im serbischen Königshaus gelassen.[502] Demzufolge besteht auch der Verdacht, dass Russland, nach dem unerwarteten Tod des Deutschen Kaisers Friedrich III.(18. Oktober 1831–15. Juni 1888)[503], außenpolitisch primär um eine Annäherung an das Deutsche Kaiserreich bemüht war. Daher kann anhand der Berichte des k.u.k. Botschafters in St. Petersburg geschlossen werden, dass beim Antrittsbesuch Wilhelms II. bei Alexander III. im Sommer 1888 neben wirtschaftlichen Fragen auch die politische Entwicklung in Bulgarien und Serbien zur Sprache kam.[504] Wie Aehrenthal an Außenminister Kálnoky berichtete, zielte die russische Politik gegenüber Serbien lediglich darauf ab, einen fundierten Beitrag zur Bewahrung und zum Aufbau stabiler Verhältnisse zu leisten.[505]

In Serbien wurde indes die Scheidung des Königs von der Opposition dazu benützt, die Bevölkerung gegen die Behörden aufzuhetzen. Die diesbezügliche Berichterstattung lässt darauf

[498] Vgl.; Brigitte Forßbohm, Die Entführung des Kronprinzen Alexander. Ein Akt in der serbischen „Königstragödie“, in: Hans-Jürgen Fuchs (Hg.), Verbrechen und Schicksale. Ein Wiesbadener Pitaval. Spektakuläre Kriminalfälle aus vier Jahrhunderten, Wiesbaden 2005, 82–98.
[499] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Juli 5, 11, 12, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23, Telegramm Nr. 51, 58, 59.
[500] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Juli 9, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[501] HHStA 88, P. A. X, Russland Berichte 1888 VII–XII, 1888 St. Petersburg Juli 27/ 15, Aehrenthal an Kálnoky.
[502] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1888 Juli 12, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 88, Telegramm Nr. 89.
[503] Der Deutsche Kaiser regierte sein Land lediglich 99 Tage. Er starb am 15. Juni 1888 in Potsdam. Über Krankheit und Herrschaft Kaiser Friedrich III., in: Frank Lorenz Müller, Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen, Prinz, Monarch, Mythos. München 2013, 257–310; Geyer, Imperialismus, 95–98.
[504] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1888 Juli 11/ Juni 29, HHStA Wien, PA X, Kart. 88, 39A-J, Otto Brandis an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 August 7, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[505] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1888 Juni 4/ Mai 23, HHStA Wien, PA X, Kart. 88.

schließen, dass sich die Folgen dieser Agitation in gewaltsamen Übergriffen und einer zunehmenden Unsicherheit im Land äußerten.[506] Aufgrund der Ereignisse verlor der König immer mehr an Popularität, während der Königin immer mehr Sympathien entgegengebracht wurden.[507] Als Ausweg aus der Misere sah Milan I. nur mehr seine Abdankung. Seine Entscheidung begründete er mit der in Serbien gegen seine Person herrschende Animosität und einer ablehnenden Haltung der politischen Persönlichkeiten wegen der Annullierung seiner Ehe.[508] Eine politisch vertretbare Lösung in der Scheidungssache wurde von Nikola Hristić gefunden. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten erfolgte die Scheidung des Königs durch das Oberhaupt der serbisch-orthodoxen Kirche. Im offiziellen Amtsblatt erschien ein Hirtenbrief des Metropoliten, in welchem er, gestützt auf die Rechtsnormen der autokephalen serbischen Kirche, die Ehe des Königs für ungültig erklärte.[509]

5.1.2. Herrscherwechsel in Serbien, von Milan I. zu Aleksandar Obrenović

Nachdem die Scheidung von der Königin in seinem Sinn geregelt wurde, ging der König daran, die gesetzlichen Grundlagen für seine Abdankung vorzubereiten.[510] Die Große Nationalversammlung wurde diesbezüglich vom König einberufen, um eine neue liberale Verfassung auszuarbeiten.[511] Damit wollte der König die Weichen für seinen freiwilligen Thronverzicht stellen. Zum Jahreswechsel 1888/1889 wurde die neue Verfassung dann angenommen.[512] In Anwesenheit der höchsten Repräsentanten des Königreichs wurde Anfang März 1889 die formelle Abdikation vollzogen. Gleichzeitig wurde sein Sohn am 6. März 1889 als König Aleksandar I. König von Serbien inthronisiert. Bis zur Volljährigkeit des noch minderjährigen Königs wurde ihm ein Regentschaftsrat unter der Führung von Jovan Ristić zur Seite gestellt.[513]

Noch im März 1889 reiste Milan I. in Richtung Konstantinopel ab. Er ging mit der Hoffnung, in absehbarer Zeit in einer politischen Funktion wieder in die Innenpolitik Serbiens eingreifen zu können.[514] In Konstantinopel wurde er in herzlicher Atmosphäre vom Sultan empfangen. Danach brach

[506] Otto Brandis an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 August 17, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[507] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1888 August 8/ Juli 27, HHStA Wien, PA X, Kart. 88.
[508] Ladislaus Hengelmüller an Ladislaus Szögyény, Gleichenberg 1888 September 19, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[509] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Oktober 23, 25, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 23.
[510] Zur Proklamation der Unabhängigkeit Serbiens am 1. August 1878, die Ernennung Milans zum König am 6. März 1882, sowie die Staatsrechtliche Stellung, die politische Einteilung und Verwaltung Serbiens, Heinrich Fülek von Wittinghausen und Szatmárvár, Das Königreich Serbien geographisch-militärisch dargestellt, Paderborn 2011, 31–33.
[511] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Oktober 27, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 70.
[512] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 Jänner 2, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 70.
[513] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 März 5,6,7, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 70, Telegramm Nr. 22, 25.
[514] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 März 31, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 70.

er zu einer ausgedehnten Orientreise auf.[515] Wahrscheinlich ist, dass sich der Ex-König während dieser Reise auf seine zukünftige Rolle als Berater eines Sohnes vorbereitete. Er wollte im Hintergrund den entschiedenen Einfluss ausüben, um weiter die Fäden der Macht in seinen Händen halten. Zur Aufbesserung seiner Finanzen wollte er Beziehungen zu Österreich-Ungarn aufrechterhalten und seine persönlichen Kontakte nützen. Denn er hatte vor, im Dienste Österreich-Ungarns tätig zu sein.[516]

Nach dem Abgang Milans im März 1889 übernahm Grujić wieder die Regierungsgeschäfte. Die serbische Bevölkerung reagierte auf die Abdankung ihres Königs verhalten und bedauerte die Entscheidung des Königs nicht.[517] In den Nachbarländern wurde die Entwicklung in Serbien aufmerksam beobachtet. Der russische Zar versicherte König Aleksandar und seinem Vater sein Wohlwollen. Ansonsten betrachtete die russische Regierung den Thronwechsel in Serbien als eine interne Angelegenheit, allerdings mahnte sie den Regentschaftsrat bei der Außenpolitik zur Vorsicht und zur Vermeidung jeglicher Provokationen gegenüber seinen Nachbarn.[518]

Am 30. Juli 1889 verließ Hengelmüller nach fast zweieinhalb Jahren als Missionschef die Gesandtschaft in Belgrad. Er war froh Belgrad zu verlassen, obwohl er sich stets für freundschaftliche Beziehungen einsetzte.[519] An seiner Stelle übernahm Gustav Freiherr von Thoemmel (7. März 1829–8. August 1902) am 30. Juli 1889 die Leitung der Gesandtschaft in der serbischen Hauptstadt. Die Ernennung Thoemmels löste eine gewisse Verstimmung in Belgrad aus, da sie ohne die übliche Zustimmung der serbischen Regierung erfolgte.[520]

Pallavicini hatte sich im Laufe der Jahre unter Hengelmüller zu einem gewandten Diplomaten entwickelt. Am 18. März 1848 geboren, konnte der Markgraf im Sommer 1889 mit seinen nunmehr 41 Lebensjahren auf einen reichen Erfahrungsschatz im diplomatischen Dienst zurückgreifen. In den k.u.k. Botschaften Berlin, Paris und London konnte er wertvolle Einblicke in Abläufe und Mechanismen diplomatischer Prozesse gewinnen. Aufgrund der Korrespondenz, die ihm durch den Informationsaustausch zwischen den k.u.k. Missionen zur Verfügung stand, war es ihm gelungen, zu einem profunden Kenner der Orientalischen Frage zu werden, der in groben Umrissen die innenpolitischen Gegebenheiten als auch die Außenpolitik jener Mächte kannte, die an einer Lösung dieser Frage mitwirkten.

---

[515] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1889 April 6, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 151.
[516] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1888 Oktober 27, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 22.
[517] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 März 14, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 70.
[518] Ebenda.
[519] Ladislaus Hengelmüller an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 Juni 25, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 24, Telegramm Nr. 98.
[520] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 Juli 29,30, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24.

In Belgrad konnte Pallavicini sich sowohl unter Hengelmüller als auch Thoemmel „in einer über dem Durchschnittsniveau stehenden Weise“ für weitere Aufgaben qualifizierte.[521] Durch seinen Fleiß und sein Engagement hatte der Markgraf nunmehr in seiner Karriere einen Punkt erreicht, an dem er von einer rein administrativen Tätigkeit zu den Aufgaben eines Geschäftsträgers herangezogen werden konnte. Die in Pallavicinis Aufgabenbereich fallenden Angelegenheiten des Jahres 1889 betrafen zumeist die Innenpolitik Serbiens und boten ihm die Möglichkeit, sich zu bewähren und sich als Repräsentant Österreich-Ungarns in zu profilieren.

Nach dem Thronwechsel nahm die „Groß-Serbische Idee“ in der öffentlichen Wahrnehmung wieder bedeutend mehr Raum ein.[522] Vor allem die bäuerliche Bevölkerung setzte große Hoffnungen in die Regentschaft des jungen Königs, dieses Ziel zu erreichen. Des Weiteren wurden mit der Übernahme der Regierung durch die Radikale Partei bei jeder Gelegenheit die Sympathien Serbiens für Russland zur Schau gestellt. Diese Entwicklung wurde von Milan in Konstantinopel mit Sorge beobachtet. In einem Gespräch mit Calice berichtete er von zunehmenden prorussischen und panslawistischen Tendenzen in seinem Land. Die Informationen des Königs ließen den Schluss zu, dass die Namen des Fürsten von Montenegro, Nikola I. Petrović Njegoš (7. Oktober/ 25. September 1841–1. März 1921) bzw. des Prinzen Petar Karađorđević (11. Juli/ 29. Juni 1844–16. August 1921) immer öfters als mögliche Nachfolger auf dem serbischen Thron genannt wurden.[523]

Diese Entwicklung wurde auch von der Pforte registriert. Für die Eventualität eines serbisch-montenegrinischen Bündnisses war das Osmanische Reich gerüstet. Um etwaige Unternehmungen von serbischer oder montenegrinischer Seite abwehren zu können, standen an den Grenzen genügend Truppen bereit. In Konstantinopel war man sich auch der Tatsache bewusst, dass sich groß-serbische Ambitionen nicht nur gegen Österreich-Ungarn richten würden.[524]
In der serbischen Presse wurde das 1878 in Berlin beschlossene Okkupationsmandat Österreich-Ungarns für Bosnien und Herzegowina nach dem Thronwechsel vermehrt thematisiert. Darüber hinaus wurden Artikel veröffentlicht, die über angebliche Machenschaften der Monarchie in Bulgarien berichteten. Pallavicini fand Übereinstimmung mit Anfeindungen in der russischen Presse.[525] In Hinblick darauf wurde Pallavicini von Außenminister Kálnoky beauftragt, sich mit dem serbischen Ministerpräsidenten zu treffen. In der Unterredung mit Grujić verwies der Markgraf auf die Haltung Russlands gegenüber der Okkupation Bosniens und der Herzegowina. Er hielt Grujić die völlige Aussichtslosigkeit aller eventuellen serbischen Bemühungen, diesbezüglich eine Änderung

[521] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[522] Als geistiger Schöpfer der „Groß-Serbischen Idee“ gilt Illija Garašanin (1821–1875).
[523] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Bujuktere 1889 Juni 29, HHStA Wien, PA XII, Kart. 151.
[524] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1889 Bujuktere Juli, HHStA Wien, PA XII, Kart. 151.
[525] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 September 11, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24.

herbeizuführen, vor Augen. Die Entgegnung des Ministerpräsidenten lässt den Schluss zu, dass die radikale Regierung in diese Richtung keine Pläne verfolgte.[526] Mitte des Jahres 1889 ebbte die Pressekampagne ab. Auch der Vorsitzende der konservativen Opposition Hristić vertrat gegenüber Pallavicini diese Meinung. Er war der Ansicht, dass „Serbien habe genug Probleme im Inneren, um nach außen gerichtete Aktionen zu unternehmen.“[527]

Allerdings führten Meldungen über die Einberufung von serbischen Reservisten zu Militärmanövern zu Reaktionen der Nachbarn. Den Berichten ist zu entnehmen, dass den militärischen Anordnungen in Sofia größte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Es wurde deshalb ein Vertrauter des Fürsten in geheimer Mission nach Belgrad entsandt, um Gerüchten über etwaigen Kriegsvorbereitungen nachzugehen. Aufgrund seiner Informationen wusste Pallavicini, dass das Misstrauen zwischen Belgrad und Sofia bereits ein besorgniserregendes Maß angenommen hatte.[528] Ebenso war ihm ein Anstieg der Rüstungsanstrengungen der Serben nicht verborgen geblieben. Allerdings waren die serbischen Truppenübungen mit keiner unmittelbaren kriegerischen Absicht verbunden. In Serbien hatte sich die Bauernschaft klar gegen einen Krieg ausgesprochen und außerdem bereitete sich im Spätsommer 1889 das Land auf die anstehenden Wahlen vor. Wien riet daher dazu, alle Meldungen über militärische Vorbereitungen der Serben mit Vorsicht zu bewerten.[529]

Neben den Vorbereitungen zu den Wahlen im Spätherbst 1889 in Serbien wurde die Aufmerksamkeit des Markgrafen auf die Ergebnisse der Auslandsreisen des Deutschen Kaisers im Jahr 1889 gelenkt. Es war zu erwarten, dass Wilhelm II. sowohl in St. Petersburg als auch in Konstantinopel die Orientalische Frage aufs Tablett bringen würde. Den Auftakt zu ausführlichen Gesprächen bildete ein Gipfeltreffen im Oktober 1889 mit dem Zaren. Bei der Entrevue wurde von russischer Seite eine Änderung der deutschen Politik in der Orientalischen Frage erhofft. Als Beweis dafür wurde erwartet, dass Deutschland auf Österreich-Ungarn Druck ausüben solle. Es sollte mit deutscher Unterstützung gelingen, Wien von seiner anti-russischen Politik in Bulgarien abzubringen. Russland seinerseits war gewillt, seine Aktionsfreiheit am Balkan zu wahren. Daraus ergibt sich, dass das Zarenreich es ablehnte, Allianzverpflichtungen einzugehen, die sich hemmend auf die Wahrung seiner Balkaninteressen auswirken konnten.[530]

[526] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 Mai 1, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24.
[527] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 Juli 18, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24.
[528] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 August 23,26, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24.
[529] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 September 5, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24.
[530] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1889 Oktober 16/4,, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 90, Telegramm Nr. 89.

Nach dem Treffen mit dem Zaren reiste Wilhelm II. im November 1889 von Athen kommend nach Konstantinopel. Obwohl im Vorfeld des Besuches seitens der russischen und französischen Botschaft heftig gegen den Kaiserbesuch intrigiert wurde, verlief die Zusammenkunft für beide Seiten erfreulich. Aus den Berichten geht hervor, dass der deutsche Kaiser dem Sultan die Verbundenheit Deutschlands mit seinem Reich versicherte. Des Weiteren geht daraus hervor, dass er Abdülhamid ermutigte, entsprechend der Stellung des Osmanischen Reiches, als Großmacht aufzutreten. Der Sultan zeigte sich mit dem Verlauf des Besuches erfreut und zufrieden. Die Unterredungen mit dem Kaiser hatten seine Zuversicht in die Erhaltung des Friedens bestärkt. Im Rahmen dieser Reise gelang es Wilhelm II., Abdülhamids Vertrauen in die Loyalität und den Wert der Freundschaft zu Deutschlands zu stärken. Auf diplomatischer Ebene war zu erkennen, dass durch das Treffen die Beziehungen zwischen den Ländern auf eine neue Ebene gestellt wurden.[531]

Inzwischen konnten die Parlamentswahlen vom Spätherbst 1889 in Serbien ohne Störungen mit einem neuerlichen Wahlerfolg von Ministerpräsident Grujić und der Radikalen Partei abgeschlossen werden. Nach diesem Erfolg begann nunmehr das Kabinett Grujić ab Jänner 1890 Maßnahmen zur Festigung seiner Macht zu ergreifen. Den Anfang hierzu machte die Pensionierung einiger Stabsoffiziere der serbischen Armee. Hierzu geht aus den Berichten Pallavicinis hervor, dass seit dem Beginn der Regierungsverantwortung durch die Radikalen in den Reihen des Offizierskorps eine gewisse Skepsis vorherrschte, weil eine Reihe von Gesetzen Einkommenskürzungen vorsahen. Viele Offiziere befürchteten sowohl finanzielle Einbußen als auch eine Gefährdung ihrer militärischen Karriere. Das ohnehin bestehende Misstrauen zwischen Regierung und Offizierskorps wurde dadurch verstärkt. Der Eingabe einer offiziellen Protestnote durch das Militär kam die Regierung zuvor, indem sie die zumeist königstreuen Initiatoren versetzte oder pensionieren ließ.[532]

Milan I. hatte unter den Generälen und älteren Stabsoffizieren noch immer Anhänger. Im Gegensatz dazu unterstützte das Gros der niedrigen Chargen und die Mannschaften die Politik der Radikalen Partei. Aus Sicht der k.u.k. Vertretung ließen diverse Indizien einen Wechsel der Heeresstruktur von einem Berufsheer in ein Milizsystem erkennen. Aus den diesbezüglichen Berichten geht hervor, dass es Pallavicini bereits 1888 gelang, Gerüchte über die Verteilung von Waffen an die Bauernschaft zu bestätigen.[533] Von der Regierung wurde die Ausgabe der Waffen mit dem Selbstschutz der Bauern, sowie der Änderung des bestehenden Wehrgesetzes begründet.[534]

---

[531] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1889 November 11, HHStA Wien, PA XII, Kart. 151.
[532] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1890 Jänner 23, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 25.
[533] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 Juli 6, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24.
[534] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1889 Juli 10, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 24, Telegramm Nr. 117.

Die Reise einer serbischen Militärkommission nach Russland führte zu weiteren Spekulationen. Hinter vorgehaltener Hand war zu vernehmen, dass der Zweck des Besuchs die Übernahme von Gewehren für die serbische Miliz war. Auf Anfrage von Pallavicini wurde die ständige Bewaffnung der Milizionäre vom Kriegsminister jedoch dementiert. Vom mittlerweile nach Belgrad zurückgekehrten Ex-König erfuhr der Markgraf, dass die russischen Gewehre für den raschen Zugriff im Ernstfall in leicht zugänglichen Waffendepots gelagert wurden. In einer weiteren Unterredung mit Pallavicini beklagte der Ex-König den seiner Meinung nach zunehmenden russischen Einfluss in Serbien und befürchtete, durch den Machtzuwachs der Radikalen und der gleichzeitigen Schwächung der Regentschaft, eine Bedrohung für die Dynastie.[535]

Von der russischen Gesandtschaft in Belgrad wurden solche Pläne jedoch in Abrede gestellt. Von Milan erfuhr Pallavicini, dass sich St. Petersburg im Allgemeinen zufrieden über die gegenwärtigen Verhältnisse in Serbien äußerte und erkennen ließ, dass erst eine drastischen Änderung der Gegebenheiten mögliche Konsequenzen für König Aleksandar nach sich ziehen könne.[536] Pallavicini konnte in diesem Zusammenhang in Erfahrung bringen, dass die russische Regierung die Vorgänge in den serbischen Militärkreisen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgte. Zum Dreh- und Angelpunkt wurde hierbei der russische Militärattaché, der besonders engen Kontakt zu Serbiens Offizieren pflegte. Es zeigt sich, dass in weiterer Folge die Rücknahme der Besoldungskürzungen und die propagandistische Tätigkeit des russischen Militärexperten zu einem merklichen Stimmungswechsel innerhalb des serbischen Offizierskorps führte.[537]

Aus den eintreffenden Berichte aus St. Petersburg konnte Pallavicini Einblicke über Reisetätigkeit und Kontakte zwischen serbischer und russischer Politprominenz nehmen. So unternahm der serbische Parlamentspräsident und Bürgermeister von Belgrad im März 1890 eine Reise in die russische Hauptstadt, um ein Darlehen für seine Stadt zu erhalten. Neben einer Audienz beim Zaren, traf er auch mit führenden Persönlichkeiten der „Petersburger Slawischen Wohltätigkeitsgesellschaft“ zusammen.[538] Einiges deutet darauf hin, dass ein intensiver gesellschaftlicher Verkehr zu den Mitgliedern dieser Gesellschaft ebenso von Mitgliedern der serbischen Gesandtschaft unterhalten wurde.[539] Es zeigt sich, dass Pallavicini feststellen konnte, dass die russisch-serbischen Beziehungen vor allem in finanzieller Hinsicht für Serbien sehr erfreulich verliefen. Neben großzügigen Waffengeschenken wurden auch Darlehen zum Ausbau von

[535] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1890 Mai 23, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 25.
[536] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1890 Mai 24, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 25.
[537] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1890 Juli 18, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 25.
[538] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1890 März 13/ 1, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 92.
[539] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1890 April 3/ März 22, HHStA Wien, PA X, Kart. 92.

Befestigungsanlagen gewährt. In der finanziellen Unterstützung Russlands für Serbien vermutete Pallavicini die Ursache für den Erfolg der Finanzpolitik des Kabinetts von Ministerpräsident Grujić.[540]

Trotz wiederholter beiderseitiger Übergriffe im Grenzgebiet waren die Beziehungen der serbischen Regierung mit dem Osmanischen Reich Mitte 1890 frei von ernsthaften Belastungen. Die Gesandtschaft in Belgrad erfuhr von Calice, dass die osmanische Regierung der Sicherheit der Bevölkerung in Teilen Albaniens und Mazedoniens nicht die nötige Aufmerksamkeit schenkte. Auf Drängen Calices wurde die Regierung des Osmanischen Reiches aktiv. Es wurden zusätzliche Truppen in die betreffenden Gebiete beordert, um die bedrohte Bevölkerung vor Übergriffen serbischer, montenegrinischer und griechischer Aufständischer zu schützen.[541]
Pallavicini wusste, dass von beiden Seiten die grundsätzlich Bereitschaft bestand, Grenzkonflikte im Einvernehmen zu regeln. Im Rahmen gemischter Kommissionen wurde versucht, geeignete Maßnahmen zur Verhütung weiterer Übergriffe und Zusammenstöße zwischen den verfeindeten Volksgruppen zu erarbeiten.[542] Von derartigen Bemühungen konnte sich Pallavicini im Sommer 1890 im Fall des von Albanern ermordeten serbischen Vizekonsuls von Priština überzeugen.[543] Während Serbien hinter dem Attentat ein politisch motiviertes Komplott vermutete, wurde von Seiten des Osmanischen Reiches der Mord als Racheakt dargestellt. Diese Argumentationsstrategie wurde bewusst gewählt. Zum einen, um in der Lage zu sein, Forderungen der serbischen Regierung nach Entschädigung zurückzuweisen. Zum anderen um ihre mangelhafte Kontrolle und Autorität über die Albaner zu verschleiern.[544] Unter dem leichten Druck der diplomatischen Vertreter Russlands und Österreich-Ungarns konnten die strittigen Punkte durch einen Kompromiss gelöst werden. Die Familie des Ermordeten erhielt eine angemessene Entschädigung. Die Attentäter wurden vor Gericht gestellt und streng bestraft. Für Pallavicini waren die Umstände der Lösung des Attentats ein lehrreiches Beispiel, da evident wurde, dass erst mit dem Eingreifen der Großmächte ein Einlenken der osmanischen Regierung erzielt werden konnte.[545]

In Belgrad entwickelte sich Pallavicini zu einem gewandten Diplomaten, der in der serbischen Hauptstadt geschätzt wurde. Im Umgang mit dem König, der Regentschaft, der Regierung und anderen Personen des öffentlichen Lebens erwies er sich in allem korrekt und zuverlässig. Pallavicini hatte sich in den zwölf Monaten seiner Tätigkeit als Geschäftsträger als umsichtige und allseits anerkannte

[540] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1890 Oktober 27, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 25.
[541] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1890 Juni 9, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 153, 23E.
[542] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Bujuktere 1890 Juni 14, HHStA Wien, PA XII, Kart. 153, 24H.
[543] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1890 Juli 20, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 25.
[544] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Bujuktere 1890 Juli 28, HHStA Wien, PA XII, Kart. 153, 28E.
[545] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Bujuktere 1890 August 9, HHStA Wien, PA XII, Kart. 153, 34D, Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Jänner 2, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 26.

Persönlichkeit erwiesen. Es steht außer Zweifel, dass der Chef der k.u.k. Gesandtschaft Thoemmel in Pallavicini eine Persönlichkeit sah, die sich aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Qualifikation für zukünftige höhere Aufgaben im diplomatischen Dienst empfahl. Deswegen schlug er Außenminister Kálnoky am 21. September 1890 die Beförderung Pallavicinis vor. Dieses Ansuchen wurde sowohl vom Kaiser als auch vom Außenminister bewilligt. Mit Anfang 1891 wurde der Markgraf in den Rang eines k.u.k. Titular-Legationsrats befördert.[546]

In seiner neuen Eigenschaft als Legationsrat konnte Pallavicini nunmehr einen weiteren Akt im Ringen um Macht und Einfluss zwischen königlicher Familie, Regentschaft und Regierung verfolgen. In der Radikalen Partei und im Kabinett kam es zu einem Führungswechsel. Aus den Informationen geht hervor, dass General Grujić von Nikola Pašić (18. Dezember 1845–10. Dezember 1926) am 23. Februar 1891 abgelöst wurde und als serbischer Gesandter nach Konstantinopel ging.[547]
Von Regierung und Regentschaft gingen Bestrebungen aus, den ehemaligen König ins politische Abseits zu stellen, um sich uneingeschränkten Einfluss auf den jungen König zu sichern. Auf der Basis eines finanziellen Arrangements wurden mit Milan Gespräche geführt, um ihn zur abermaligen Ausreise zu bewegen. Nach längeren Verhandlungen gelang es ein für beide Seiten akzeptables Ergebnis zu erzielen. In einer Erklärung an das Parlament im April 1891 verkündete Milan, erst nach Erreichung der Volljährigkeit seines Sohnes zurückzukehren und verließ ohne besonderes öffentliches Interesse Serbien.[548]

Der Versuch der politischen Führung, die Königin im Mai 1891 zwangsweise des Landes zu verweisen, verlief im Gegensatz dazu wesentlich spektakulärer. Denn der Widerstand gegen ihre Ausweisung nahm Züge eines Aufstands gegen die Staatsgewalt an und konnte erst durch den Einsatz von Militär beruhigt werden. Nachdem die öffentliche Ordnung wieder hergestellt werden konnte, wurde der Landesverweis unter Vermeidung weiteren Aufsehens durchgesetzt.[549]
Im Hinblick auf die Ausweisung der Königin zeigt sich, dass für Pallavicini zwei wesentliche Punkte für den Ausbruch der Unruhen verantwortlich waren. Zum einen resultierte das Auftreten von Gewalt aus dem vollkommenen Versagen von Verwaltung, Polizei und Militär. Den weit größeren Anteil am Ausbruch der Proteste vermutete Pallavicini zum anderen in der zunehmenden Ablehnung der Politik von Regierung und Regentschaft in der Gesellschaft. Des weiteren schürte die permanente Finanzkrise Serbiens unablässig den Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung. Das hatte zur Folge, dass neben einer allgemeinen hohen steuerlichen Belastung, die negativen Auswirkungen der Finanznot speziell in

[546] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[547] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 März 3, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[548] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 April 12, 14, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[549] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Mai 18, 19, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26, Telegramm Nr. 44,45,46,47.

militärischen Angelegenheiten ihren Niederschlag fanden.[550] Offiziere und Mannschaften wurden unregelmäßig besoldet, Waffenlieferungen nicht bezahlt werden konnten und Waffenübungen aus Geldmangel ausfielen.[551] Während der Sommermonate 1891 geriet der Staatshaushalt in eine ernsthafte Krise. Eine serbische Delegationen wurde deshalb nach Berlin und St. Petersburg entsandt, um neue Darlehen zur Finanzierung der Staatsausgaben zu erwirken.

Die gewaltsame Ausweisung der Königin blieb in der politischen Landschaft Serbiens nicht ohne Folgen. Pallavicini konnte in Erfahrung bringen, dass sowohl die Reputation des Kabinetts Pašić als auch die des Regentschaftsrats erheblich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Das ist darauf zurückzuführen, dass im In- und Ausland dem Ratsvorsitzenden Ristić die politische Verantwortung für die Maßnahmen zugeschrieben wurde. Um sein Prestige und das der Regentschaft wieder zu heben, wurde im Sommer 1891 der Plan gefasst, den jungen König zuerst nach Russland und danach nach Österreich-Ungarn reisen zu lassen.[552] Darüber hinaus sollte die Reise auch den Zweck verfolgen, die Dynastie zu festigen. Ristić wollte dadurch den russischen Kreisen des Landes beweisen, dass sich das Haus Obrenović ebenso wie die Dynastie der Fürsten von Montenegro der Gunst des Zaren erfreuen.[553] Den Berichten Aehrenthals konnte die k.u.k. Mission in Belgrad entnehmen, dass der Aufenthalt des Königs im August 1891 in Russland den erhofften Effekt nicht erzielen konnte. Die Reise wurde zwar in der russischen Presse positiv kommentiert, besondere Aufmerksamkeit von Seiten des Zaren wurde der serbischen Delegation jedoch nicht erwiesen.[554] Auch gelang es nicht, das russische Misstrauen gegenüber Ristić zu zerstreuen.[555] In Serbien blieb das Ergebnis der Reise weit hinter den politischen Erwartungen zurück. Es besteht Grund zu der Annahme, dass neben gegenseitigen Schuldzuweisungen, der gleichzeitigen Präsenz eines französischen Geschwaders in Kronstadt die Schuld am Misslingen des Aufenthalts zugeschrieben wurde.[556] Die Reise nach Österreich-Ungarn im Anschluss hat dagegen in Serbien einen tiefen Eindruck hinterlassen. Es zeigt sich, dass parteiübergreifend das Wohlwollen Franz Josephs I. gegenüber Aleksandar gewürdigt wurde.[557]

[550] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Mai 19, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[551] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Juni 5, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[552] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Juli 13, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[553] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Juli 17, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[554] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1891 August 5, 7, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 94, Telegramm.
[555] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1891 7. Juli/ 25. Juni, HHStA Wien, PA X, Kart. 94, 42B.
[556] Zum Zeitpunkt der Reise König Aleksandars im Sommer 1891 befand sich ein französisches Marinegeschwader unter der Führung von Admiral Alfred Albert Gervais auf Gegenbesuch in Kronstadt und St. Petersburg. Durch den großen Aufwand und die betont freundliche Aufnahme der Franzosen fühlte sich die serbische Reisegruppe zurückgesetzt. Außerdem empfand man in der Abreise des Zaren nach Finnland, während Aleksandar alleine in St. Petersburg zurückblieb, als eine offene Beleidigung Serbiens. Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 August 9, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26, Vorgeschichte und Anfänge des französisch-russischen Bündnisses und die französische Flotte vor Kronstadt, Justus Hashagen, Umrisse der Weltpolitik I 1871–1907, Leipzig/Berlin 1916, 58–60.
[557] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 August 17, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.

5.1.3. Informationen über die serbisch-bulgarischen Beziehungen

Vor dem Hintergrund nationaler Aspirationen in Mazedonien haben die Spannungen zwischen Serbien und Bulgarien auch nach dem Krieg vom November 1885 angehalten. Pallavicini waren die Differenzen aus seiner diplomatischen Tätigkeit bekannt. Im Sommer 1890 erfuhr er von den vergeblichen Bemühungen serbischer Vereine, in der Bevölkerung Mazedoniens ein mehrheitliches Bekenntnis zum Serbentum herbeizuführen.[558] Von offizieller Seite Serbiens wurde der Fortschritt der bulgarischen Propaganda in Mazedonien misstrauisch verfolgt .[559]

Im Rahmen einer Reise konnte sich der ehemalige griechische Ministerpräsident Charilaos Trikoupis (11. Juli 1832–30. März 1896) ein Bild von der tiefen Kluft zwischen den beiden Staaten machen. Auf seinem Weg nach Karlovy Vary (Karlsbad) im Sommer 1891 traf Trikoupis sowohl in Sofia als auch in Belgrad mit Regierungsvertretern zusammen. In den Gesprächen wurde die Möglichkeit einer Allianz zwischen den Balkanstaaten erörtert. Im Zuge der Gespräche musste Trikoupis jedoch erkennen, dass eine Annäherung der Standpunkte von Bulgaren, Serben und Griechen für den Augenblick unrealistisch war. Denn sowohl Regierung als auch Opposition in Sofia nahmen eine reservierte Haltung gegenüber derartigen Bestrebungen ein. Wahrscheinlich deshalb, weil sich Bulgarien im Sommer 1891 auf der Grundlage seiner eigenen Interessen an der Außenpolitik des Osmanischen Reichs orientierte.[560] Diese Haltung wurde von der osmanischen Regierung lobend anerkannt.[561]

Die serbisch-bulgarischen Differenzen drehten sich um den Bau einer direkten Bahnverbindung zwischen Bulgarien und Mazedonien und dem Bau militärischer Anlagen an der Grenze.[562] Die alljährlichen serbischen Militärmanöver bildeten hierzu erneut die Basis für gegenseitige Beschuldigungen und Spekulationen. Anfragen bulgarischer Regierungsvertreter bezüglich Truppenkonzentrationen wurden dementiert oder durch Übungen erklärt. Die Gerüchte über kriegerische Absichten hielt Pallavicini für unbegründet. Er informierte sich vor Ort, um sich ein genaues Bild von den Bauarbeiten zu verschaffen. Demzufolge konnte er in Erfahrung bringen, dass die an der Grenze stationierten Truppen großteils zur Fertigstellung der serbischen Befestigungsanlagen herangezogen wurden.[563] Diese Informationen passten zu den Meldungen, die

[558] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1890 Juli 18, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 25.
[559] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 April 3, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[560] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Juni 28, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[561] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Bujuktere 1891 Juli 22, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 154, 29A–D.
[562] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1891 Juli 30/ 18, HHStA Wien, PA X, Kart. 94, 47A.
[563] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 August 20, 21, 22, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.

von Verhandlungen über den Ankauf einer Anzahl schwerer Geschütze der deutschen Firma Krupp für die Bewaffnung der Anlagen sprachen.[564] Die Chancen zur Realisierung der Waffenankäufe standen dabei gut, da Serbien zur Rückzahlung seiner Staatsschulden von Russland ein größeres Darlehen erhalten hatte.[565]

Im Laufe seiner Karriere hatte Pallavicini mittlerweile einen Punkt erreicht, in dem er das Vertrauen der höchsten politischen Persönlichkeiten Serbiens gewonnen hatte. Dabei agierte Pallavicini mit Umsicht und einem hohen Grad an Objektivität. Seinen Berichten kam jener Stellenwert zu, der am Ballhausplatz als ein wichtiger Beitrag zu Meinungsbildungsprozessen, bzw. situationsbezogenen Analysen herangezogen wurde. Im Fall der bulgarischen Exilanten in Serbien verhielt es sich ähnlich. Neben dem militärischen Aspekt spielte die Präsenz der Emigranten einen wesentlichen Faktor im angespannten Verhältnis beider Länder. Diese Personen verstanden sich als Patrioten und Verteidiger der Beschlüsse von San Stefano. In der Anwendung von Gewalt sahen sie ein legitimes Mittel, um die herrschende politische Klasse Bulgariens zu bekämpfen.[566] Von der serbischen Presse wurden sie in ihrem Bemühen unterstützt. Regierungsfreundliche Blätter empörten sich über den Bau bulgarischer Grenzanlagen ebenso wie sie die Regierung selbstinszenierter Attentate beschuldigten.[567]
Tatsächlich wuren die bulgarischen Politiker von Gewalttaten bedroht. So entging Stefan Stambolov (31. Jänner 1854–18. Juli 1895), seit 1887 Ministerpräsident Bulgariens, mehrmals Attentatsversuchen nur knapp. Im April 1892 fanden die Anschläge auf ein Kabinettsmitglied und den bulgarischen diplomatischen Vertreter in Konstantinopel einen weniger glücklichen Ausgang. Über diese Vorkommnisse konnte sich Pallavicini anhand der Berichte der k.u.k. Botschaft ausführlich informierte.[568]

In Hinblick auf die öffentliche Sicherheit wurde sowohl vom Sultan als auch von den ausländischen Diplomaten auf eine rasche Aufklärung des Anschlags in Konstantinopel gedrängt. Bereits nach wenigen Tagen konnte ein der Tat verdächtigter Bulgare verhaftet werden. Eine weitere Spur führte nach Russland.[569] Die Begräbnisfeierlichkeiten für den diplomatischen Vertreter Bulgariens wurden zum Anlass genommen, um in der Frage der Anerkennung von Ferdinand I. (26. Februar 1861–10. September 1948) zum Fürsten von Bulgarien aktiv zu werden.[570] Während einer Audienz beim Sultan

[564] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 Oktober 13, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[565] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 November 1, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[566] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1892 April 11, Haus-, Hof und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 155, 19C.
[567] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1891 April 3, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 26.
[568] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 April 9, 10, 19, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XIX, Karton (Kart.) 27.
[569] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1892 März 5, HHStA Wien, PA XII, Kart. 155, 13G.
[570] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1892 März 14, 28, HHStA Wien, PA XII, Kart. 155, 1892 April 11, HHStA Wien, PA XII, Kart. 155, 19C.

wurde die Anerkennungsfrage vom neuen diplomatischen Vertreter Bulgariens zur Sprache gebracht. Der Sultan stellte die Anerkennung von Ferdinand I. ab dem Moment in Aussicht, „ab dem die vertragsmäßige Zustimmung der Signatarmächte erfolgen würde.“[571]

Die Prozesse gegen die Hauptattentäter wurden im Mai 1892 mit der Verhängung von Todesstrafen abgeschlossen. In beiden Fällen ließen die Verfahren jedoch Raum für Spekulationen, dass „ungeachtet der unzweifelhaften Mitschuld der Verurteilten, andere Haupt- oder Nebenschuldige, welche in den Prozess nicht einbezogen wurden, vorhanden [waren]“.[572]

Zu weiteren Konsultationen in der Anerkennungsfrage kam es, als Stambolov im August 1892 mit dem Sultan in Konstantinopel zusammentraf. Bei den Beratungen konnte zwar kein entscheidender Durchbruch erzielt werden. Allerdings konnte eine Annäherung der Standpunkte erzielt werden, die Stambolov auf eine baldige Lösung der Anerkennungsfrage hoffen ließ.[573] Der Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten in Konstantinopel blieb in Serbien fast unbemerkt, denn die Aufmerksamkeit von Serbiens Politik und Presse 1892 wurde von innenpolitischen Themen beherrscht.[574]

Einen zentralen Punkt bildete hierbei König Milans langer Abschied von Macht und Würde, der um eine weitere Episode bereichert wurde. Nach Verhandlungen mit dem ehemaligen König wurde im serbischen Parlament im März 1892 ein Gesetz beschlossen, dass ihn aller konstitutionellen Rechte und Pflichten enthob. In einer Deklaration ließ er daraufhin verlauten, in Zukunft jede Art von Ansprüchen oder Forderungen an den serbischen Staat auszuschließen. Er legte zugleich seine Staatsbürgerschaft nieder und verzichtete auf die Leitung der Erziehung seines Sohnes.[575] In Serbien verursachte die Kundmachung großen Aufruhr zum Schaden des jungen Königs und der Dynastie. In der Bevölkerung und im Militär regte sich Kritik an der Herrschaft der Familie Obrenović und es fanden vereinzelte Kundgebungen zu Gunsten der Familie Karađorđević statt.[576]

Eine neuerliche innenpolitische Krise wurde im Juni 1892 durch den Tod des dritten Regenten General Kosta Protić (29. September 1831–4. Juni 1892) ausgelöst. Aufgrund der politischen Machtverhältnisse wurde im Parlament von Ministerpräsident Pašić eine Persönlichkeit aus seiner

[571] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1892 April 11, HHStA Wien, PA XII, Kart. 155, 19C.
[572] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1892 Mai 9, HHStA Wien, PA XII, Kart. 155, 25A–G, Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 August 19, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.
[573] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1892 August 16, 29, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 156, 45, 47.
[574] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 September 1, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.
[575] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 März 25, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.
[576] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 Juni 6, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.

Partei als neues Ratsmitglied gefordert.[577] Der Anspruch der Radikalen Partei stieß vor allem auf den Widerstand von Ristić, der ein Ende der Konsenspolitik im Rat befürchtete.[578]

In der deutschen Kurstadt Bad Ems traf daraufhin König Aleksandar mit seinem Vater und einem Vertrauten von Ristić zusammen. Nach der Rückkehr des Königs kam es zur Auflösung des Parlaments und zu einem Regierungswechsel. Anstelle von Pašić wurde der Führer der Liberalen Partei, Jovan Avakumović (1. Jänner 1841–3. August 1928) am 22. August 1892 zum Ministerpräsidenten bestellt. Nach seiner Ernennung informierte Avakumović die k.u.k. Gesandtschaft über die Eckpunkte seiner Außenpolitik. Das Regierungsprogramm enthielt den Wunsch nach Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den Nachbarn und Gespräche mit Konstantinopel hinsichtlich der serbischen Bevölkerung in Mazedonien. Der Regierungswechsel fand in St. Petersburg keine Zustimmung, denn diese Entwicklung zerstörte die russischen Hoffnungen, die Gewaltenteilung zwischen Regentschaft und Regierung bis zur Volljährigkeit des Königs aufrecht erhalten zu können. In seinem Bericht vertrat Pallavicini die Ansicht, dass das liberale Kabinett von Ministerpräsident Avakumović ein schweres Erbe antrat.[579]
Das Defizit des serbischen Haushalts hatte zwischenzeitlich wieder bedenkliche Formen angenommen. Daher galt es für die neue Regierung in erster Linie, Maßnahmen zur Senkung des Defizits zu ergreifen. Zur Behebung der Finanzmisere wurden Gesetzesvorlagen eingebracht, die sich gegen Korruption und Misswirtschaft richteten. Verhandlungen der Regierung über neue Darlehen gestalteten sich jedoch schwierig.[580] Des weiteren wirkte sich der Ausbruch einer Choleraepidemie negativ auf die serbische Wirtschaft und den Handel aus. Ebenso wie das radikale Kabinett zuvor, setzte die Regierung Avakumović Maßnahmen, Schlüsselpositionen im öffentlichen Dienst, der Verwaltung und im Militär, mit Sympathisanten ihrer Partei zu besetzen. Im Spätherbst 1892 setzte darüber hinaus ein heftig geführter Wahlkampf unter den zerstrittenen Parteien Serbiens ein.[581]

Im November 1892 erreichte den Markgrafen die Nachricht hinsichtlich seiner Versetzung in die Hauptstadt des Königreich Bayerns. Nach mehr als fünfeinhalb Jahren diplomatischer Tätigkeit in Serbien verließ der Markgraf das Königreich in einer ähnlich angespannten politischen Situation wie sie zum Zeitpunkt seines Dienstantritts herrschte. Pallavicini konnte bei seinem Abschied auf eine durchaus erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. Er bekam nicht nur mehr Verantwortung übertragen, sondern konnte sich im Rahmen seiner diplomatischen Verpflichtungen zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten entfalten und weiterentwickeln. Als mehrmaliger interimistischer Leiter der

[577] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 Juni 19, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.
[578] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 August 21, 22, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.
[579] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 August 31, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.
[580] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 September 28, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.
[581] Gustav Thoemmel an Gustav Kálnoky, Belgrad 1892 November 9, HHStA Wien, PA XIX, Kart. 27.

Mission konnte er sich durch Tatkraft und Eigeninitiative gegenüber seinen Vorgesetzten auszeichnen. Während der Dauer seiner Tätigkeit wurde er im Umgang mit den Spitzenrepräsentanten der serbischen Gesellschaft mehrfach in die Lage versetzt, seine diplomatischen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Der Kontakt zu den Spitzen des Staates bot Pallavicini Gelegenheit, Einsicht in die Ziele, Motive und taktischen Manöver des serbischen Systems zu erhalten. Auf persönlicher Ebene und im Umgang mit den Verantwortlichen konnte er, durch seinen verantwortungsbewussten Umgang mit Information, Respekt und Vertrauen erwerben.

Die Einblicke, Erkenntnisse und Erfahrungen an anderer Stelle bildeten in Folge die Grundlage für seine Haltung, Einstellung und Meinung zur serbischen Politik. Das Informationssystem des k.u.k. Außenministeriums bot darüber hinaus die Möglichkeit, Informationen über politische Vorgänge rund um Entwicklungen in Bezug auf die Orientalische Frage zu erlangen. Die Art und Weise, wie sich Pallavicini durch seine Tätigkeit in Belgrad präsentierte, empfahl ihn für weitere diplomatische Aufgaben. Der Markgraf verließ Belgrad am 19. Dezember 1892 mit der Gewissheit, auch in München die Voraussetzungen zu finden, seine diplomatische Karriere weiterhin erfolgreich voranzutreiben.[582]

[582] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

6. K.u.k. Gesandtschaft München, Dezember 1892 – Mai 1894

6.1. Diplomatischer Alltag

Noch vor Jahreswechsel 1892–1893 traf Legationsrat Pallavicini in München ein, um am 31. Dezember 1892 seine Stelle als erster Beamter bei der k.u.k. Gesandtschaft einzunehmen. Die diplomatische Vertretung Österreich-Ungarns wurde seit 1889 vom Gesandten Nikolaus Fürst von Wrede (26. Dezember 1837–1. August 1909) geleitet.[583] In der Haupt- und Residenzstadt des Königreich Bayerns wurde der mittlerweile fünfundvierzigjährige Legationsrat vorwiegend mit innerdeutschen Angelegenheiten und allgemeinen gesellschaftspolitischen Nachrichten konfrontiert.

Kurz nach seinem Dienstantritt bereitete sich das Deutsche Kaiserreich auf vorgezogene Reichstagswahlen vor. Den Hintergrund für die Auflösung des Parlaments bildete die ablehnende Haltung der Mehrheit der Parteien zu einer Heeresvorlage des Reichskanzlers. Leo Graf Caprivi (24. Februar 1831–6. Februar 1899) forderte darin eine Erhöhung der Heeresstärke, sowie eine Herabsetzung des Wehrdienstes von drei auf zwei Jahre.[584]

In Bayern herrschte in außenpolitischen Fragen ein grundsätzliches Einverständnis mit der Politik von Bismarcks Nachfolger. Aus den Äußerungen des bayrischen Ministerpräsidenten war jedoch zu entnehmen, dass man in München mit der Innenpolitik des Reichskanzlers keineswegs in allem einverstanden war.[585] Vom bayrischen Ministerpräsidenten Friedrich Krafft Graf Crailsheim (15. März 1841–13. Februar 1926) wurde in erster Linie dessen stures Festhalten an allen Punkten der Militärvorlage heftig kritisiert.[586] In den darauffolgenden Wahlen konnten die Befürworter der Heeresvorlage eine Mehrheit im Reichstag erringen. Die Gesetzesvorlage wurde daraufhin im Wesentlichen angenommen.[587]Im Gegensatz dazu wurde die Haltung der Reichsregierung im handelspolitischen Konflikt mit Russland von allen maßgeblichen Parteien Bayerns unterstützt. Einiges spricht dafür, dass der Markgraf in Erfahrung bringen konnte, dass sich alle Beteiligten für

[583] Constantin von Wurzbach: Wrede, Nicolaus Fürst, in: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich. Band 58, Wien 1889, 197.
[584] Vgl.; Klaus Rüdiger Merzte, Leo von Caprivi (1831–1899). In: Wilhelm von Steinburg (Hg.), die Deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Merkel, Berlin 2006, 39–54.
[585] Vgl.; zur Innenpolitik Caprivis, Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918. Machtstaat vor der Demokratie, München 1998, 700–704.
[586] Vgl.; Der langjährige liberale Minister Dr. Freiherr Kafft von Crailsheim wurde 1890 von Prinzregenten Luitpold zum Ministerpräsidenten ernannt; Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986, 29; Uwe Schaper, Krafft Graf von Crailsheim. Das Leben und Wirken des bayrischen Ministerpräsidenten, Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte Band 47, Nürnberg 1991, 9.
[587] Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1893 März 10, Haus-, Hof und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) IV, Karton (Kart.) 50.

eine konsequente Beibehaltung der deutschen Verhandlungspositionen gegenüber Russland aussprachen. Es scheint, dass Crailsheim gegenüber Pallavicini die politischen Konsequenzen durch die Auseinandersetzung bedauerte. Nach Abschluss der Verhandlungen erwartete er jedoch einen tragfähigen Kompromiss auf der Basis der jeweiligen Wirtschaftsinteressen.[588]

Noch aus seiner Zeit in Belgrad hatte Pallavicini in Erinnerung, dass speziell die Getreideexporte für Russland eine wichtige Einnahmequelle bildeten. Aehrenthal berichtete aus St. Petersburg, dass Alexander III. in den vergangenen Jahren trotz gravierender Ernteausfälle immer auf die uneingeschränkte Ausfuhr von Getreide beharrte.[589] Die Verhandlungen mit Russland gestalteten sich durch den Widerstand des Bundes der Landwirte schwierig.[590] Die von Bismarck unterstützte Organisation trat für die Beibehaltung von Schutzzöllen ein und verteidigte generell die wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Landwirte.[591] Mit der Unterstützung des Kaisers gelang es Caprivi, noch vor Neujahr im Reichstag seine Agrarpolitik durchzusetzen. In Bayern reagierte darauf hin die ländliche Bevölkerung mit Ablehnung auf die in Berlin getroffenen handelspolitischen Entscheidungen. Angesichts der negativen Stimmung im Land antworteten die klerikale Presse und die konservativen Politiker Bayerns mit heftigen Angriffen auf Preußen. Des Weiteren kündigte die bayrische Regierung an, im Bundesrat gegen die Handelspolitik Caprivis zu stimmen.[592]

Von einem Treffen zwischen Wilhelm II. und dem russischen Zarevič Nikolaj im Winter 1892, wurde die k.u.k. Gesandtschaft in München vom preußische Gesandten Philipp Fürst Eulenburg-Hertefeld (12. Februar 1847–17. Dezember 1921) unterrichtet.[593] Anhand der Berichte lässt sich erkennen, dass Eulenburg die Artikel der deutschen Presse bestätigte, die die herzliche Stimmung während des Besuchs Nikolajs hervorhoben. Wahrscheinlich ist, dass sich der preußische Gesandte als Resultat der Gespräche eine Abkehr Russlands vom Dialog mit Frankreich und eine Intensivierung der deutsch-russischen Beziehungen erhoffte.[594]

---

[588] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, München 1893 August 9, HHStA Wien, PA IV, Kart. 50, vgl.; zur Handelspolitik Caprivis, Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806–1933, Band 1, Bonn 2002, 267, Nipperdey, Deutsche Geschichte, 701f.

[589] Alois Aehrenthal an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1891 Juli 7/ 25. Juni, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 94, Nr. 41C.

[590] Vgl.; Zum Bund der Landwirte: Volker Stalmann, Die Deutschkonserative Partei und die Deuche Reichspartei in Bayern 1890–1914. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Parteien im Königreich Bayern, Münchener Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Band 22, Frankfurt/Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/ Wien, 2003, 77-82.

[591] Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1893 Dezember 29, HHStA Wien, PA IV, Kart. 50.

[592] Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1894 Jänner 14, 25, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) IV, Karton (Kart.) 51.

[593] Walter Bußmann, Eulenburg und Hertefeld, Philipp Friedrich Alexander Bothe Fürst zu, Graf von Sandele, in: Neue Deutsche Biographie, Band 4, Berlin 1959, 681–683.

[594] Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1893 Februar 10, HHStA Wien, PA IV, Kart. 50.

Unter den Katholiken Bayerns hatte der Besuch des deutschen Kaisers im April 1883 zur Silbernen Hochzeit des italienischen Königs Umberto I. (14. März 1844–29. Juli 1900) in Rom keine positive Resonanz gefunden, da er für viele einen herben Rückschlag hinsichtlich der Lösung der Römischen Frage darstellte.[595] Pallavicini berichtete nach Wien, dass die Enttäuschung der bayrischen Katholiken über das Verhalten Wilhelm II. weder durch die Ankunft des Apostolischen Nuntius Kardinal Andrea Aiuti (17. Juni 1849–28. April 1905), noch durch die Feierlichkeiten zum Katholikentag in Würzburg 1893 eine Änderung erfahren hatte.[596]

Das diplomatische Tagesgeschehen Münchens ermöglichte Pallavicini private Einblicke in das Leben und Sterben der bayrischen Hocharistokratie. Sowohl die Vermählung der Prinzessin Elisabeth Marie von Bayern im November 1893 (verehelichte Gräfin Seefried auf Budenheim 8. Jänner 1874–4. März 1957)[597] als auch der Tod der Witwe von Herzog Max Emanuel in Bayern (4. Dezember 1808–15. November 1888), Ludovika in Bayern (30. August 1808–26. Jänner 1892) erregte gesellschaftliches Interesse.[598]
Auch die Gesundheit Otto I. von Wittelsbach, König von Bayern (27. April 1848–11. Oktober 1916.) wurde im kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen der Regierung Bayerns und der k.u.k. Gesandtschaft zum Thema.[599] Hierzu konnte der Markgraf in Erfahrung bringen, dass der bayrische Ministerpräsident seinen unter psychischen Störungen leidenden Souverän von Zeit zu Zeit besuchte, um sich persönlich über seinen Zustand zu informieren. Von den behandelnden Ärzten wurde das Krankheitsbild des Königs als stabil bezeichnet; Otto nahm nur wenig Notiz von seiner Umgebung oder schien sie nur selten zu erkennen. Der König befand sich oft unter dem Einfluss von Halluzinationen. In diesem Zustand unterhielt er sich mit imaginären Personen oder verharrte in einem Zustand körperlicher Starre.[600]

Vom preußischen Gesandten wurde der bayrische Ministerpräsident von der Anwesenheit eines weiteren prominenten Kranken im Königreich unterrichtet. Von Ministerpräsident Crailsheim erfuhr Pallavicini, dass Bismarck eine schwere Erkrankung in Bad Kissingen auskurierte, er sich aber bereits

[595] Die Römische Frage handelte um dem Konflikt um das Territorium des Vatikans in Rom, die nach der Bildung des italienischen Nationalstaats ungelöst blieb. Über die Entwicklung der Römischen Frage, in: Gustav Seibt, Rom Oder Tod. Der Kampf um die italienische Hauptstadt, Berlin 2001, Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1893 März 24, HHStA Wien, PA IV, Kart. 50.
[596] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, München 1893 Juli 14, September 2 HHStA Wien, PA IV, Kart. 50.
[597] Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1883 Dezember 7, HHStA Wien, PA IV, Kart. 50.
[598] Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1894 Mai 11, HHStA Wien, PA IV, Kart. 51, vgl.; Sigrid-Maria Größing, Sissi und ihre Familie. Wien/München 2005.
[599] Der Bruder König Ludwigs II. von Bayern (25. August 1845–13. Juni 1886) lebte bis 1916 in vollkommener Zurückgezogenheit. König Otto starb am 11. Oktober desselben Jahres an mangelhafter Darmtätigkeit und Magenblutungen. Vgl.; Zum Leben und Krankheit von Otto I., Wilhelm Liebhart, Bayerns Könige. Königtum und Politik in Bayern, Frankfurt/Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1998, 192–196.
[600] Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1893 Oktober 20, HHStA Wien, PA IV, Kart. 50, vgl.; Alfons Schweiggert, Schattenkönig, Otto der Bruder König Ludwig II. von Bayern, ein Lebensbild, München 1992.

auf dem Weg der Besserung befand.[601] So wie überall in Deutschland nahm auch die bayrische Öffentlichkeit die Nachricht von der Aussöhnung zwischen Kaiser Wilhelm II. und Bismarck positiv zur Kenntnis. In den politischen Zirkeln zeigte man sich erfreut, ohne daran weitergehende Erwartungen zu knüpfen. Aus einer vertraulichen Mitteilung Eulenburgs ging hervor, dass der ehemalige Reichskanzler erst durch fortgesetzte Bemühungen zu einem Treffen mit Wilhelm II. bewegt werden konnte. Sowohl der Kaiser als auch Bismarck sprachen sich letztlich jedoch sehr zufrieden über die Begegnung aus. Von beiden Seiten wurde betont, dass alles vermieden worden sei Differenzen entstehen zu lassen. Allgemein wurden von der Versöhnung mit Bismarck keine Folgen oder Änderungen der innenpolitischen Vorgaben des Kaisers für wahrscheinlich gehalten.[602]

Nach fast eineinhalbjähriger Dienstzeit in München wurde Pallavicini Mitte Mai 1894 der k.u.k. Botschaft in St. Petersburg zugeteilt. Wie schon in den Gesandtschaften davor, waren die Vorgesetzten des Markgrafen auch in München mit seinen Leistungen vollends zufrieden. Durch seine Begabung und diplomatisches Geschick konnte er auch in München die in ihn gesetzten Erwartungen in vollem Maße erfüllen. Diese Anerkennung manifestierte sich noch vor seinem Wechsel nach St. Petersburg in der Verleihung des Ritterkreuzes des Leopold-Ordens.[603] Als interimistischer Leiter der k.u.k. Gesandtschaft in München sein Wissen über internationale Beziehungen vertiefen und persönlichen Erfahrungen sammeln. Die Berichte lassen den Schluss zu, dass er gewandt im Umgang mit Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens agierte. Während seiner Zeit in München konnte er erneut wertvolle Einblicke in die Mechanismen des diplomatischen Parketts und der traditionellen gesellschaftlichen Umgangsformen gewinnen. Offizielle Informationen aus dem k.u.k. Außenministerium über Entwicklungen hinsichtlich der Orientalischen Frage blieben in München aus. Vermutlich weil in dieser Frage die politische Bedeutung des Königreichs Bayern für Wien durch seinen provinziellen Charakter keinen relevanten Stellenwert hatte; Impulse und Lösungsansätze gingen in erster Linie von den politischen Zentren der Großmächte ausgingen.

[601] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, München 1893 Oktober 6, HHStA Wien, PA IV, Kart. 50, vgl.; zur Krankengeschichte Bismarcks: Ulrich Volker, Bismarck, Hamburg 1998, Eberhard Kolb, Bismarck. München 2009, Rudolf Augstein, Otto von Bismarck. Frankfurt/Main 1990.

[602] Der Konflikt zwischen Bismarck und dem Deutschen Kaiser beruhte zum Großteil auf den unterschiedlichen Zugängen in Hinsicht auf innen- und außenpolitische Fragen. Die politischen Differenzen gipfelten am 18. März 1890 in der Abberufung des Reichskanzlers durch Kaiser Wilhelm II. Nikolaus Wrede an Gustav Kálnoky, München 1894 Jänner 26,29, 1884 Februar 9, HHStA Wien, PA IV, Kart. 51, vgl.; Rainer F. Schmidt, Bismarck, Realpolitik und Revolution. Eine Biographie. Stuttgart 2004, 277.

[603] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

7. K.u.k. Botschaft St. Petersburg, Juni 1894 – Dezember 1897

7.1. Die k.u.k. Botschaft unter der Leitung von Anton Graf Wolkenstein

7.1.1. Russlands Verhältnis zur Donaumonarchie, Rivalitäten und Differenzen am Balkan

Der Markgraf trat am 22. Juni 1894 seinen Dienst in der k.u.k. Botschaft in St. Petersburg an. Wenige Tage danach, am 7. Juli 1894 erfolgte seine Ernennung zum Legationsrat II. Kategorie. Es ist unbestritten, dass von der k.u.k. Mission in St. Petersburg Ziele, Ambitionen und strategische Manöver der russischen Außenpolitik über offizielle Kanäle in Erfahrung gebracht werden konnten. Außerdem ermöglichte die Analyse der russischen Presse Hinweise auf Stimmungen und politische Tendenzen im Zarenreich, so dass die Reaktionen in Zeitungen und Zeitschriften über die Entwicklung am Balkan und die Beziehung Russlands zu den Großmächten aufmerksam verfolgt wurden. Anlässlich des Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen Wien und St. Petersburg 1894 dominierten beispielsweise in den russischen Zeitungen Artikel, die ihre Unzufriedenheit mit dem Gang der Entwicklungen in den Balkanländern ausdrückten. In vielen Publikationen wurde die Politik der russischen Regierung kritisiert, die die nachgiebige Haltung der russischen Regierung gegenüber der Habsburgermonarchie für den Verlust von Einfluss auf die politische Entwicklung in den jungen Balkanländern verantwortlich machte. Generell allerdings, traten die russischen Blätter für ein möglichst gutes Verhältnis zu Österreich-Ungarn ein und wiesen gleichzeitig auf die Gefahren hin, die eine Fortführung der russenfeindlichen Politik Österreich-Ungarns in jenen Ländern mit sich bringen könnte.[604] Vom Gesichtspunkt der russischen Presse war der Einfluss der k.u.k. Monarchie im Sommer 1894 in Serbien und Bulgarien vorherrschend. Diese Ansicht wurde von offizieller Seite geteilt.

Nach der Volljährigkeit seines Sohnes kehrte Ex-König Milan im April 1893 zum Missfallen Alexanders III. (10. März/ 26. Februar 1845–1. November/ 20. Oktober 1894) und von Außenminister Giers nach Serbien zurück.[605] Die Rückkehr des Königs bot Pallavicini eine gute Möglichkeit, den k.u.k.Botschafter, Anton Graf Wolkenstein–Trostburg (2. August 1832–5. Dezember 1913) mit Informationen aus seiner Zeit in Belgrad zu versorgen. In Serbien traf Milan mittlerweile Vorkehrungen seine Rückkehr abzusichern. Sein Einfluss auf den König und das Offizierskorps versetzte ihn schon bald in die Lage, abermals die Geschicke des Landes aus dem Hintergrund zu lenken. Angesichts machtpolitischer Überlegungen ließ er im Mai 1894 eine Verfassungsänderung

[604] Gilbert Hohenwarth an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juni1/ Mai 20, HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[605] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 August 11/ 23, HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.

initiieren. Diese wurde zwar grundsätzlich von Alexander III. und von Giers gebilligt, der russische Außenminister empörte sich allerdings gegenüber Wolkenstein über die Art und Weise der Aktion. In der Unterredung mit Wolkenstein bekräftigte er dennoch den Willen der russischen Regierung, an der serbischen Dynastie festzuhalten und sich nicht in innerserbische Angelegenheiten einzumischen.[606] Diese Linie wurde auch von der russischen Presse vertreten. Nichtsdestotrotz führte die Rückkehr Milans zu diplomatischer Verstimmung zwischen St. Petersburg und Belgrad.[607]

In diesen Tagen kommentierte die russische Presse den Rücktritt des bulgarischen Ministerpräsidenten Stambolov, am 31. Mai 1894 als Sieg der österreichisch-ungarischen Diplomatie.[608] Das geht aus der Tatsache hervor, dass nach fast siebenjähriger Regierungstätigkeit der Vorsitzende der Nationalliberalen Partei überraschend sein Amt zurück legte. Stambolov wurde nach der Krönung von Ferdinand am 1. September 1887 zum Ministerpräsidenten berufen. Die Wahl Ferdinands erfolgte ohne die Zustimmung der Signatarmächte. Seine Regentschaft fand daher im August 1889 noch keine Anerkennung.[609] Während seiner Regierung vom 1. September 1887 bis zu seinem Rücktritt konnte Stambolov einen an den Westmächten, Frankreich, England, Österreich-Ungarn orientierten außenpolitischen Kurs durchsetzen. Diese Politik brachte Bulgarien in Konflikt mit Russland und hatten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Folge.[610]

Unter dem Kabinett Stambolov erlebte das Land einen wirtschaftlichen Aufschwung. Es wurde die Armee modernisiert und es kam zum Ausgleich mit der orthodoxen Kirche. Seine gemäßigte Haltung gegenüber dem Osmanischen Reich in Bezug auf Mazedonien wurde jedoch in Bulgarien kritisch gesehen. Trotzdem gelang es durch seinen Willen zur Kooperation mit der osmanischen Regierung, politische und religiöse Erleichterungen für die bulgarische Bevölkerung in Mazedonien zu erreichen. In der ersten Hälfte 1894, beim Versuch Ferdinands das Verhältnis zu Russland zu entspannen, fühlte er sich übergangen und rechte deshalb seine Demission ein.[611]
Die russische Presse reagierte zurückhaltend auf den Rücktritt des bulgarischen Ministerpräsidenten. Übereinstimmend erklärten die Kommentare, dass es unerheblich sei, welche Personen die Regierung repräsentieren, so lange Fürst Ferdinand in Bulgarien regiere. Die von Wien unterstützte Entlassung Stambolovs biete noch lange keine Gewähr für die Anerkennung des Fürsten oder die Normalisierung

[606] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Mai 29, HHSTA Wien, PA X, Kart. 102, Telegramm Nr. 76.
[607] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juni 1/ Mai 20, HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[608] Über die Herrschaft von Stefan Stambolov, Königslöw, Fürst Ferdinand, 88–149.
[609] Ferdinand wurde am 7. Juli 1887 Proklamiert und am 14. August 1887 zum Fürsten gekrönt. Zur Wahl Ferdinand von Sachsen–Coburg und Gotha: Thierfelder, Männer am Balkan, 199–205; Schönfeld, Bulgarien, 139–140.
[610] Zur Wahl Ferdinands von Ferdinand von Sachsen–Coburg und Gotha und Russlands Weigerung die Wahl anzuerkennen, Geyer, Imperialismus, 93–95.
[611] Schönfeld, Bulgarien, 141–143.

der Beziehungen.[612] Das offizielle Russland reagierte in ähnlicher Weise.[613] In dieser Angelegenheit wurde Pallavicini tätig. Er bekam Gelegenheit, die bulgarische Frage mit Giers zu erörtern.[614] In der Unterredung signalisierte Giers Bereitschaft seiner Regierung, Mittel und Wege zu finden, um eine Aussöhnung mit Bulgarien voranzutreiben. Der Außenminister ließ erkennen, dass alleine die Erfüllung der Bestimmungen von Berlin eine Änderung der russischen Haltung herbeiführen könnte. Diese Meinungsäußerung wurde in der Folge vom britischen und vom italienischen Missionschef in Gesprächen bestätigt.[615]

Die Vorgänge in Sofia wurden von der osmanischen Regierung aufmerksam verfolgt. Den Informationen Calices konnte Pallavicini entnehmen, dass die überraschende Demission des bulgarischen Ministerpräsidenten Sorge und Befürchtungen hervor rief. Daran konnte auch die Versicherung des Fürsten, dass es sich bei der Regierungsumbildung um eine innenpolitische Notwendigkeit handelte, nur wenig ändern. Die osmanische Regierung betrachtete Stambolov als einen konstanten politischen Faktor und sah ihn als den wesentlichen Repräsentanten der bulgarischen Politik an. Sein Prestige reichte bis in die höchsten politischen Zirkel des Osmanischen Reiches. Es wurde erwartet, dass sein Abgang nur schwer zu kompensieren sein werde.
In Konstantinopel war man sich der Tatsache bewusst, dass der Wechsel an der bulgarischen Regierungsspitze von Russland begrüßt wurde. Trotzdem war nach Ansicht der osmanischen Regierung die russische Vorherrschaft in Bulgarien vorbei.[616] Zum einen weil man die Russophilen für hinreichend national gesinnt erachtete, um eine neuerliche russische Dominanz zu verhindern. Zum anderen, weil der Zar keine Änderung seiner ablehnenden Haltung bezüglich der Wahl von Fürst Ferdinand erkennen ließ.[617] Die publizierten Gründe für die Demission Stambolovs wurden in Konstantinopel in Zweifel gezogen. Es wurde ein taktisches Manöver Österreich-Ungarns vermutet, das in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage der Anerkennung des Fürsten Ferdinand stand.[618]

Bei einem Halt in Sofia wurde Calice im Juni 1894 vom neuen bulgarischen Ministerpräsidenten Konstantin Stoilov (23. September 1853–23. März 1901) im Orientexpress ein Höflichkeitsbesuch abgestattet. Der seit 31. Mai 1894 die Amtsgeschäfte führende Stoilov setzte den nach Konstantinopel fahrenden k.u.k. Botschafter bei dieser Gelegenheit über die politische Lage in Bulgarien in

[612] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juni 1/ Mai 20, HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[613] Gilbert Hohenwart an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juni 7/ Mai 26., HHSTA Wien, PA X/ 102.
[614] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 September 15/ 3, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 103.
[615] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 September 12/ 24, HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[616] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel Mai 31, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 159, 20B.
[617] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel September 6, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 160, 33C.
[618] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Konstantinopel Juni 21, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 159, 22A–H.

Kenntnis.Den Informationen Calices konnte Pallavicini entnehmen, dass der Ministerpräsident die die öffentliche Ordnung durch den Regierungswechsel nicht gefährdet sah. Denn die Wahl von Stoilov zum Ministerpräsidenten stieß bei Opposition, Klerus und der Bevölkerung auf Zustimmung. Außerdem konnte Fürst Ferdinand weiter an Popularität gewinnen. In Hinblick auf die Außenpolitik versicherte Stoilov, die Linie seines Vorgängers beibehalten zu wollen und mit allen Mächten die bestmöglichen Beziehungen zu unterhalten.[619] Das Kabinett Stoilov t beabsichtigte auch nicht, hinsichtlich der Anerkennung des Fürsten, besondere Konzessionen an Russland zu machen.[620]

Zurück in Konstantinopel,unterrichtete Calice den russischen Botschafter im Osmanischen Reich Aleksandr Ivanovič Nelidov (11. Juni 1835–17. September 1910) über das Gespräch i. Nelidov äußerte sich positiv zum Ende der feindseligen Stimmung und würdigte die Dialogbereitschaft der neuen Regierung.[621] Durch die Berichte aus Konstantinopel erfuhr Pallavicini auch den Inhalt der Unterredung, die Calice mit dem bulgarischen Exarchen Joseph I. (Iosif I, Lazar Yovchev 5. Mai 1840–20. Juni 1915) führte. Joseph I. bedauerte die Art und den Zeitpunkt des Rücktritts Stambolovs. Er war der Ansicht, dass der Sultan Konzessionen an die bugarische Kirche aus dem Grund erteilte, weil er den abgetretenen Ministerpräsidenten stärken wollte, der sein Vertrauen besaß. Seit dem Regierungswechsel musste Joseph I. eine deutliche Abnahme der Kompromissbereitschaft der osmanischen Regierung feststellen. Gegenüber Calice trat der Bischof für eine Aussöhnung mit Russland eintrat, wobei er in der Abneigung Alexanders III. für Ferdinand das größte Hindernis für die Erteilung der Anerkennung sah.[622]

In den Berichten Calices konnte Pallavicini des Weiteren die Resultate einer Reise von König Aleksandar im Juni 1894 nach Konstantinopel verfolgen. Der Besuch diente dem Zweck, vom Sultan Konzessionen für die Wahrung und Stärkung der serbischen Bevölkerung in Mazedonien zu erhalten.[623] In Belgrad wurde die politische Benachteiligung der mazedonischen Serben gegenüber den dortigen Bulgaren wiederholt beklagt. Als Nachteil für die Serben wurden die zugestandenen Privilegien für bulgarische Bildungseinrichtungen und die Kirche kritisiert. Die serbische Delegation erhoffte sich von einem erfolgreichen Abschluss der Gespräche eine Stärkung der eigenen Schulen und Kirchen. Aus diesem Zusammenhang geht hervor, dass diese Vorgehensweise von serbischer Seite als probates Mittel erachtet wurde, dem bulgarischen Übergewicht wirksam entgegenzutreten.[624] Die Gespräche endeten jedoch ergebnislos. Außer allgemeinen Versprechungen wurden keine

[619] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Bujuktere Juli 8, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 160, 24D.
[620] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Bujuktere August 30, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 160, 32D.
[621] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Bujuktere August 9, Bujuktere September 6, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 160, 29B, 33D.
[622] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Bujuktere August 23, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 160, 31D.
[623] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Konstantinopel Juni 14, HHSTA Wien, PA XII/, Kart. 159, 21 A–E.
[624] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Bujuktere Juli 19, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 160, 26G.

verbindlichen Zusagen von Seiten der osmanischen Regierung abgegeben. Dennoch wurde die Reise als moralischer Erfolg gewertet. Der König hinterließ in Konstantinopel einen guten Eindruck, und konnte durch diese Initiative sein Prestige im eigenen Land verbessern.[625]

7.1.2. Zeitenwende: von Alexander zu Nikolaj

Neben den innen- und außenpolitischen Themen legte die k.u.k. Gesandtschaft den Fokus ihrer Berichterstattung auch auf Nachrichten aus dem russischen Kaiserhaus. Dort liefen bei der Ankunft Pallavicinis die Vorbereitungen zur Verlobung (8. April 1894) des Thronfolgers Nikolaj (18./6. Mai 1868–17. Juli 1918) mit Prinzessin Alix von Hessen–Darmstadt (6. Juni 1872–17. Juli 1918). Der Termin für die Hochzeitsfeierlichkeiten wurde für den Frühling 1895 festgesetzt.[626] Dadurch wurde der Prinzessin genügend Zeit eingeräumt, sich eingehend mit ihrem Übertritt in die Orthodoxe Kirche zu befassen.[627] Die anstehende Vermählung des Zarewitsch mit einer deutschen Prinzessin bedeutetet einen herben Rückschlag für jene russischen Politiker, die für eine Annäherung an Frankreich plädierten.[628] Im Zusammenhang mit der Aufdeckung eines Komplotts gegen den Thronfolger, setzte in Russland eine Verhaftungswelle ein.[629] Die von offizieller Seite geheim gehaltene Verschwörung löste Ängste in der russischen Aristokratie und Depressionen bei Alexander III. aus.[630] Das Misstrauen des Zaren gegenüber seiner Umgebung, wirkte sich negativ auf seine Gesundheit aus. Wie Wolkenstein von der Zarin, Marija Fedorovna (26. November 1847–13. Oktober 1928) im August 1894 erfuhr, musste die Teilnahme des Zaren an den Smolensker-Manövern im September 1894 wegen eines akuten Nierenleidens abgesagt werden.[631]

Von der angegriffenen Gesundheit Alexander III. konnte sich Pallavicini überzeugen, als er anlässlich einer Einladung im Katharinenpalast von Karsnoje Selo dem Zaren vorgestellt wurde. Bei dieser Gelegenheit sprach der Zar sein Bedauern über die bevorstehende Versetzung von Wolkenstein aus.[632]

Trotz intensiver Bemühungen der Ärzte konnte keine wesentliche Besserung des Gesundheitszustands des Zaren herbeigeführt werden.[633] Um seine Genesung voranzutreiben, reiste der Zar noch im Spätsommer 1894 auf die Halbinsel Krim, wo sich sein Zustand jedoch verschlechterte.[634] Nach

[625] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, 1894 Bujuktere Juli 19, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 160, 26F.
[626] Durch den Tod Alexanders III. wurde die Hochzeit des Zaren auf den 26. November 1894 vorverlegt.
[627] Gilbert Hohenwart an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juni 6/ Mai 26., HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[628] Gilbert Hohenwart an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juni 1/ Mai 20., HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[629] Die innenpolitische Situation Russlands unter der Herrschaft Alexander III., Goehrke, Russland, 209–211.
[630] Gilbert Hohenwart an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juni 6/ Mai 25., HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[631] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 August 18, HHSTA Wien, PA X, Kart.102, Telegramm Nr. 103.
[632] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 August 23/ 11, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103, vgl. Wakounig, Grandseigneur, 69f.
[633] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 August 29/ 17, HHSTA Wien, PA X, Kart. 102.
[634] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Oktober 19, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103, Telegramm Nr. 126.

kurzem Leiden verstarb Alexander III. am 1. November 1894.[635] Wenige Tage trat später Prinzessin Alix unter Annahme des Namens Aleksandra Fedorovna in die Orthodoxe Kirche ein[636] Die Beisetzung des Zaren fand unter reger Anteilnahme der Bevölkerung und im Beisein einer Reihe prominenter Vertreter des europäischen Hochadels statt.[637]

7.2. Die k.u.k. Botschaft unter der Leitung von Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein

Während die ausländischen Diplomaten noch Überlegungen über die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse in Russland anstellten, bereitete sich Wolkenstein auf seinen Abschied von St. Petersburg vor.[638] Die Abschiedsaudienz des k.u.k. Botschafters bei Nikolaj II. und Aleksandra Fedorovna verlief herzlich und wurde von der Verleihung eines hohen russischen Ordens begleitet.[639] Nachfolger von Graf Wolkenstein als k.u.k. Botschafter im Zarenreich wurde Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein (28. August 1853–25. Juli 1938).[640] Bereits im Sommer wurde Pallavicini die Aufgabe übertragen, sich um die Einfuhr des persönlichen Besitzes sowie die neue Ausstattung der Räume für das Botschaftspalais des Prinzen Liechtenstein zu kümmern und stand daher mit Liechtenstein in regem Briefkontakt.

Zum Jahreswechsel 1894/1895 hatte sich Pallavicini bereits gut in das diplomatische Corps der russischen Hauptstadt einfügen können. Neben inoffiziellen Gesprächen mit Vertretern der Großmächte, pflegte er dienstlich Kontakt zum russischen Außenminister und persönlichen Kontakt zu dessen Stellvertreter Nikolaj Pavlovič Šiškin (11.August 1827–11. November 1902). Von Wien wurden sein Einsatz und sein Fleiß in der russischen Hauptstadt am 7. Juli/ 25. Juni 1894 mit der Beförderung zum Legationsrat II. Kategorie honoriert.[641] Gegenüber Wolkenstein äußerte sich Giers lobend und anerkennend über die gewinnende Persönlichkeit Pallavicinis.[642]

---

[635] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 November 1, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103, Telegramm Nr. 153.
[636] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 November 3, HHSTA Wien, PA X/, Kart. 103, Telegramm Nr. 156.
[637] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 November 22, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103.
[638] Vgl.; Josef Brein, Anton Graf Wolkenstein-Trostburg: sein Wirken als österreichisch-ungarischer Botschafter in St. Petersburg von 1882–1894, Diplomarbeit, Wien 2010; Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 November 26, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103, Telegramm Nr. 184.
[639] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 November 29 und Dezember 1, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103, Telegramm Nr. 185, 186.
[640] Prinz Liechtenstein wurde am 5. Dezember 1894 von Kaiser Franz Joseph zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter am kaiserlich russischen Hof ernannt. Seine Vereidigung erfolgte am 24. Dezember 1894, kurz vor seiner Abreise nach St. Petersburg wo er den an einem Nierenleiden erkrankten Grafen Wolkenstein am 29./ 17. Dezember als k.u.k. Botschafter ersetzte. Wakounig, Grandseigneur, 70–78.
[641] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[642] Anton Wolkenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Juli18/ Juni 26, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103, Korrespondenz mit der k.u.k. Botschafters und des k.u.k. Geschäftsträgers.

Trotz seiner angegriffenen Gesundheit, wurde Giers noch von Nikolaj II. in seinem Amt bestätigt. Der Gesundheitszustand des russischen Außenministern bildete jedoch bereits zum Jahreswechsel 1894/1895 den idealen Nährboden für Spekulationen bezüglich seiner Nachfolge.[643] Nach kurzer, schwerer Krankheit verstarb der russische Außenminister am 26. Jänner 1895.
Für Liechtenstein und andere Diplomaten unerwartet wurde Fürst Aleksej Borisovič Lobanov-Rostovskij (30./ 18. Dezember 1824–30./18. August 1896) zu seinem Nachfolger bestimmt wurde.[644] Mit der Ernennung Lobanov-Rostovskij im März 1895 wurden auch die politischen Grundzüge von Nikolaj II. für das diplomatische Corps ersichtlich. Der Zar war gewillt, den Prinzipien seines Vaters zu folgen und wählte daher die Mitglieder seiner Regierung in diesem Sinne nach reiflicher Überlegung und mit Bedacht aus.[645]

7.2.1. Informationen über die bulgarische Widerstandsbewegung in Mazedonien

Im Jänner 1885 bemühte sich der Sultan, die Unterstützung der k.u.k. Regierung hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der mazedonisch-bulgarischen Bewegung in Sofia zu erlangen. Abdülhamid ersuchte Calice um zweckdienliche Informationen, um das Ausmaß der mazedonischen Bewegung festzustellen.[646] Trotz Nachforschungen konnte die k.u.k. Gesandtschaft in Sofia über keine nennenswerten Aktivitäten berichten. Auf Nachfrage der k.u.k. Botschaft bezeichnete der bulgarische diplomatische Vertreter in Konstantinopel die Sorge des Sultans und der osmanischen Regierung als unbegründet.[647] Die Skepsis gegenüber Bulgarien blieb jedoch von Seiten der osmanischen Regierung bestehen. Es wurden in der Folge Maßnahmen ergriffen, Demonstrationen gegen die Politik der Pforte in Mazedonien und Armenien zu verhindern, nachdem Armenier und Mazedonier weiterhin die Umsetzung der im Vertrag von Berlin versprochenen Reformen verlangten.

Aus den Gesprächen Calices mit den Exarchen Joseph I. konnte sich Pallavicini in dieser Hinsicht ein Bild über die Zustände der christlichen Bevölkerung in Mazedonien machen. Der Kirchenvertreter beklagte die vielen von offizieller Seite ungeahndeten Übergriffe auf die christliche Landbevölkerung, durch die viele Menschen zur Auswanderung in die Nachbarländer gezwungen wurden. Des weiteren übte der orthodoxe Bischof Kritik am Vorgehen der osmanischen Behörden gegenüber den bulgarischen Schulen, da sie die von Serbien entsandten Lehrer und Priester unterstützen würden.

---

[643] Johann Pallavicini an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1894 Dezember 20/ 8, HHSTA Wien, PA X, Kart. 103.
[644] Franz Liechtenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1895 März 3/ Februar 19, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 105.
[645] Franz Liechtenstein an Gustav Kálnoky, St. Petersburg 1895 Jänner 15/ 3 und Jänner 31/19, HHSTA Wien, PA X, Kart. 105.
[646] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1895 Jänner 5, Hof und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 161, Telegramm Nr. 1.
[647] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1895 Jänner 10, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161.

Joseph I. missbilligte die promazedonische Bewegung im Fürstentum und vertrat die Überzeugung, dass eine gegen die osmanische Herrschaft gerichtete Agitation negative Auswirkungen auf die Lage der Bulgaren im Osmanischen Reich und die Interessen der Kirche haben würde.[648] Hinsichtlich der herrschenden Missstände und des Reformbedarfs zog der Geistliche eine Parallele zwischen Mazedonien und Armenien und äußerte die Meinung, dass in beiden osmanischen Provinzen die christliche Bevölkerung dem Terror, der Gewalttätigkeit und dem Fanatismus der Muslime ausgesetzt sein würde.[649] Auch der diplomatische Vertreter Bulgariens erörterte mit Calice die Lage seiner Regierung hinsichtlich der mazedonischen Bewegung. Im Allgemeinen stimmte er der Argumentation Josephs I. zu und unterstrich, dass er in der praktischen Umsetzung der Beschlüsse von Berlin die einzige Möglichkeit sah, eine Radikalisierung der Situation zu verhindern.[650]

Im April 1895 setzte der Sultan auf den Rat des scheidenden deutschen Botschafters Hugo Graf Radolin (1. April 1841–12. Juli 1917) eine Kommission ein. Die sollte in Armenien und Mazedonien eine Untersuchung der Situation einleiten. Von den Botschaftern der Großmächte wurde jedoch wenig sachdienlicher Nutzen von diesem Gremium erwartet.[651] Als Konsequenz auf die Übergriffe auf die Armenier im Vilajet Bitlis wurden der englische Botschafter Philip Currie (13. Oktober 1834–12. Mai 1906) und sein französischer Kollege Paul Cambon (20. Jänner 1843–29. Mai 1924) aktiv, um eine Eskalation der Lage in Mazedonien zu vermeiden.[652]

Die Initiative der Botschafter lässt die Vermutung zu, dass sie der osmanischen Regierung ein von ihnen ausgearbeitetes und von ihren Regierungen sanktioniertes Reformwerk überreichten. Das Elaborat enthielt bestehende Gesetze und Konzessionen, die in den betreffenden Provinzen mangelhaft oder gar nicht zur Ausführung gelangten.[653] Die Initiative scheiterte jedoch am Widerstand Russlands.

[648] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1895 März 11, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 10E.
[649] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1895 März 28, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 13A–D.
[650] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1895 Mai 2, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161.
[651] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1895 April 25, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 17A–E.
[652] Den Hintergrund zu einer vermehrten Aufmerksamkeit der Signatarmächte bezüglich der Situation in Armenien bildete ein Massaker von Truppen der Zentralgewalt mit kurdischer Unterstützung. Am Beginn zu landesweiten Ausschreitungen gegen die armenische Bevölkerung stand 1894 der vergebliche Versuch von Steuereintreibungen im Vilajet Bitlis, der Region zwischen dem nördlichen Taurusgebirge und der Stadt Musch. Der Belagerung der armenischen Dörfer folgte deren Zerstörung. Die in die Berge flüchtende Bevölkerung wurde verfolgt und zum Großteil ermordet. Zur Untersuchung der Ereignisse wurde eine Kommission bestehend aus Vertretern der Regierung und der Signatarmächte zusammengestellt. Die Konsular-Delegierten konnten im Gegensatz zu den Behördenvertretern keine Mitschuld der Armenier an den Vorkommnissen feststellen. Axel Meißner, Martin Rades „Christliche Welt“ und Armenien; in: Bausteine für eine internationale Ethik des Protestantismus. Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte, Berlin 2010, Einblick über die Ereignisse zwischen Berliner Kongress und den ersten Massakern an der armenischen Bevölkerung 1894–95, 18–51, hier 26-27; Wolfgang Gust, Der Völkermord an den Armeniern. Die Tragödie des ältesten Christenvolks der Welt, München/Wien 1993, 105–116.
[653] Heinrich Calice an Gustav Kálnoky, Konstantinopel 1895 Mai 2, 26, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 19A–C, 21B.

Die Übergriffe auf die Armenier wurden von Lobanov-Rostovskij verurteilt, die Reformen die eine Autonomie beinhalteten, lehnte er, mit Hinweis auf die eigene armenische Bevölkerung, ab.[654]

In Wien kam es unterdessen am 16. Mai 1895 zu einem Wechsel an der Spitze des Ballhausplatzes von Außenminister Kálnoky zu Agenor Graf Gołuchowski dem Jüngeren (25. März 1849–28. März 1921). Dem Rücktritt Kálnokys gingen politische Differenzen mit dem liberalen Ministerpräsidenten der ungarischen Reichshälfte Desiderius Bánffy (28. Oktober 1843–24. Mai 1911) voraus.[655] In der russischen Hauptstadt wurde die Ablöse Kálnokys allseits bedauert. Lobanov-Rostovskij brachte gegenüber Liechtenstein zum Ausdruck, wie sehr die russische Regierung die Verdienste des Grafen und die guten Beziehungen beider Reiche würdigte. Die Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten wurde vom russischen Außenminister kritisiert und als taktlos verurteilt.[656]

Was Pallavicinis Kenntnisse hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Orientalischen Frage betrifft, konnte er sich anhand der in der k.u.k Botschaft in St. Petersburg einlangenden Informationen einen Überblick verschaffen. Im Sommer 1895 kam es in Konstantinopel zu personellen Veränderungen an der Regierungsspitze. Die ablehnende Haltung des Sultans bezüglich der Reformvorschläge der Botschafter machte es notwendig, eine neue Strategie zu wählen. Küçük Mehmed Said Pascha (1838–1. März 1914) wurde am 9. Juni 1895 zum fünften Mal zum Großwesir des Osmanischen Reiches ernannt.Die Ernennung von Said Pascha wurde von Calice in vollem Umfang begrüßte. Nach Ansicht des Botschafters erfolgte die Wahl des neuen Großwesirs aus taktischen Überlegungen. Said Pascha, bis dato Außenminister, wurde der Vorzug zum anglophoben Kibrish Kâmil Pascha (1833–14. November 1913) gegeben. Hinter dieser Entscheidung stand das Kalkül, möglichen Zwangsmaßnahmen der Großmächte zuvorzukommen.[657]
Said Pascha war als Reformer bekannt. Daher wurde von ihm erwartet, die Vorschläge der Botschafter mit gewissen Modifikationen doch noch zu akzeptieren. Bereits kurz nach seiner Ernennung unterbreitete er dem Sultan ein Memorandum, das ein Reformprojekt für das gesamte Reich enthielt. Dadurch gelang es ihm, den armenischen Forderungen die Schärfe zu nehmen.[658]

Die Maßnahme des Großwesirs konnte zwar die die Botschafter der Mächte für den Moment beruhigen; keineswegs aber den diplomatischen Vertreter Bulgariens bei der Pforte. Der beharrte nämlich, gestützt auf das Berliner Vertragswerk, auf die sofortige Einführung der entsprechenden

[654] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1895 Juni 12, 23, HHSTA Wien, PA X, Kart. 105, Telegramm Nr. 43, 45.
[655] Vgl. dazu Wakounig, Grandseigneur, 130.
[656] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1895 Mai 10/ April 28, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 104, Privatschreiben des Prinzen Liechtenstein.
[657] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Juni 13, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 25B.
[658] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juni 27, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 27A–D.

Reformen für Mazedonien. Da ihm keine Zusicherung seitens der Pforte gegeben werden konnte, reiste er zum Erstaunen des Großwesirs daraufhin ab.[659]

Eine Intervention Österreich-Ungarns und Englands in Sofia hatte zur Folge, dass die bulgarische Regierung das schroffe Auftreten ihres Agenten zutiefst missbilligte und eine Verstimmungen mit der Pforte vermieden werden konnten. Von Seiten der osmanischen Regierung blieb Misstrauen in die wahren Absichten der bulgarischen Machthaber bestehen.[660] Nachrichten über Grenzübertritte bewaffneter Gruppen von Bulgarien nach Mazedonien bestätigten die Bedenken in Konstantinopel. Von den religiös-konservativen Kreisen wurden die Meldungen benützt, um Said Pascha beim Sultan zu diffamieren. Durch eine Intrige wurde versucht, Österreich-Ungarn als Urheber der mazedonischen Widerstandsbewegung darzustellen, um das Vertrauensverhältnis zwischen Sultan und Großwesir zu untergraben.[661]

Aus den Informationen Calices geht hervor, dass die mazedonische Widerstandsbewegung starken Zulauf von kampfbereiten Männern verzeichnen konnte. Vom englischen Vertreter in Sofia gingen diesbezügliche Meldungen ein, die von desertierenden bulgarischen Offizieren auf Seiten der Widerstandskämpfer sprachen. Trotz diplomatischen Versuchen die erhitzten Gemüter zu beruhigen, kam es zu Kampfhandlungen mit den Truppen des Sultans.[662] Lediglich der Umsicht Said Paschas war es zu verdanken, dass die Situation nicht eskalierte. Er ergriff nicht nur politische sondern auch militärische Präventivmaßnahmen, um eine Eskalation zu verhindern.[663]
Auch der russische Botschafter in Konstantinopel wirkte deeskalierend, indem er den in der Stadt weilenden Bulgaren jede Hoffnung auf russische Unterstützung nahm.[664] Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen gelang es jedoch nicht, einzelne Übergriffe auf türkische Einrichtungen zu verhindern. Konsequenter Weise ordnete die Pforte daraufhin die Mobilmachung lokaler Truppen an. Sie ließ aber verlauten, dass die Maßnahme ausschließlich dem Schutze der muslimischen Bevölkerung vor möglichen Übergriffen diene.[665]

Positive Signale für ein Ende der Krise wurden vom Exarch Joseph I. gesetzt. Der Kirchenfürst machte seinen Einfluss geltend und erklärte die Krise für vorläufig beendet. Zugleich kündigte er aber eine Wiederaufnahme der Bewegung für das nächste Frühjahr an, falls die Pforte der Exarchatskirche

[659] Ebda.; 27C.
[660] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juli 4, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 28C.
[661] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juli 8, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, Telegramm Nr. 43.
[662] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juli 11, 17, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 29B, Telegramm Nr. 50.
[663] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juli 25, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 31A-G.
[664] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juli 18, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 30E.
[665] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juni 27, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, Telegramm Nr. 54.

weitreichende Zugeständnisse verweigern würde.[666] Im Hinblick darauf kann angenommen werden, dass Joseph I., in den Bemühungen um Reformen in Mazedonien, eine nicht unerhebliche Rolle spielte.[667] Von den ausländischen Diplomaten wurde der Exarch hinsichtlich der Mazedonischen Frage als eine der bestinformierten Persönlichkeiten gehandelt. Er wurde auch als diejenige Autorität angesehen, die maßgeblich Einfluss auf den weiteren Gang der Dinge nehmen konnte.[668] Calice konnte in Erfahrung bringen, dass der Kirchenfürst trotz der Ermordung Stambolovs am 15. Juli 1895, hinsichtlich der Anerkennungsfrage des Fürsten Ferdinand keine Fortschritte erkennen konnte.[669]

Im Spätsommer 1895 übernahm der Markgraf in Abwesenheit des urlaubenden k.u.k. Botschafters interimistisch die Leitung der Botschaft.[670] Noch vor seiner Abreise stellte Liechtenstein Pallavicini Lobanov-Rostovskij als Geschäftsträger vor. Dieser war in der Abwesenheit Liechtensteins in dieser Funktion für die Ausarbeitung der Berichte und Analysen verantwortlich. Im Rahmen seiner Gespräche mit dem russischen Außenminister konnte Pallavicini hinsichtlich der Situation am Balkan zwischen Wien und St. Petersburg keine wesentlichen Differenzen erkennen. Lobanov-Rostovskij vertrat die Überzeugung, dass die Unruhen in Mazedonien keine Gefahr für den Frieden in Europa darstellten.[671] Aus diesem Zusammenhang geht hervor, dass russischerseits darauf hingewiesen wurde, dass ein dauerhafter Frieden unter der gemischten Bevölkerung ohne tiefgreifende Reformen niemals hergestellt werden könne.

Im Verhältnis zu Bulgarien und der Anerkennungsfrage konnte Pallavicini seit dem Amtsantritt Lobanov-Rostovskijs keinen nennenswerten Fortschritt erkennen. Nach Ansicht des Markgrafen wurden alle Anstrengungen von bulgarischer Seite, eine praktikable Lösung der Anerkennungsfrage zu erreichen, von der russischen Regierung negiert oder zurückgewiesen. Wie schon Giers beharrte auch Lobanov-Rostovskij auf dem Standpunkt, dass es an Sofia sei, Mittel und Wege für eine Verständigung zu finden. In dieser Haltung vermutete der Markgraf die Fortsetzung der Politik Alexanders III. durch seinen Sohn.[672]

---

[666] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 August 22, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 35D.
[667] Hans-Dieter Döpmann: Kirche in Bulgarien von den Anfängen bis zur Gegenwart, München, 2006; Welichko Georgiew und Stajko Trifonow: Exarch, der bulgarischer Josef. Briefe und Dokumente, Sofia, 1994.
[668] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Juni 25, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 31E.
[669] Stefan Stambolov wurde am 15. Juli 1895 auf offener Strasse von bezahlten Attentätern überfallen und verwundet. Er starb einige Tage später an seinen schweren Verletzungen. Das Attentat und die Suche nach den Hintermännern wurde nicht weiter verfolgt. Schönfeld, Bulgarien, 143; Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 August 22, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 161, 35E.
[670] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 151.
[671] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1895 Juli 31/ 19, HHSTA Wien, PA X, Kart. 105.
[672] Pallavicini konnte diesbezüglich in Erfahrung bringen, dass Alexander III. großen Wert darauf legte, persönlich seinen Sohn in allen wichtigen politischen Fragen einzuweisen. Im Zentrum der Bemühungen stand dabei die Hoffnung, die Kontinuität der russischen Politik zu gewährleisten. Diese Tendenz ließ sich auch im Hinblick auf die französisch-russischen Beziehungen erkennen. Der Wille des Zaren und seiner Regierung, den von seinem Vater initiierten Prozess der Annäherung fortzusetzen, stand daher für Pallavicini fest. Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1895 September 25/ 13, HHSTA Wien, PA X, Kart. 105.

7.2.2. Ausschreitungen in Konstantinopel

Als sich der Sommer 1895 seinem Ende zuneigte, wurde die Aufmerksamkeit der Diplomaten in der russischen Hauptstadt auf Nachrichten über Krawalle in Konstantinopel gelenkt. Den Auftakt zu landesweiten Ausschreitungen bildete eine Konfrontation zwischen armenischen Demonstranten, konservativ-religiösen Studenten und der Polizei. Geplant war die Übergabe einer Petition an den Sultan, die Forderungen bezüglich der Einführung von Reformen enthielt.[673] Noch bevor die Demonstranten den Regierungssitz erreichten, wurde die Kundgebung von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Die Proteste forderten Tote und Verwundete auf beiden Seiten. Die Entschlossenheit auf beiden Seiten wurde von den Botschaftern der Großmächte mit Sorge registriert. Sie sahen nicht nur Gefahr für die öffentliche Ordnung, sondern befürchteten eine Auswirkung auf die Sicherheit der christlichen Untertanen. Vom armenischen Patriarchen und von einflussreichen Persönlichkeiten der armenischen Gemeinde wurde vor einer Ausweitung der Demonstrationen gewarnt, dennoch trafen laufend Berichte über weitere Massendemonstrationen aus den Provinzen ein.[674]

Die Demonstrationen verfolgten offensichtlich den Zweck, eine bewaffnete Intervention der europäischen Großmächte herbeizuführen. In Konstantinopel wurden die Botschafter der Großmächte Anfang Oktober 1895 beim Sultan vorstellig.[675] Durch eine gemeinsame Intervention der Botschafter und das Erscheinen britischer Kriegsschiffe vor den Dardanellen konnte die Pforte zu einer Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen veranlasst werden. Erst die Annahme eines Reformprogramms für Armenien und sicherheitspolizeiliche Maßnahmen konnte eine Beruhigung der Lage herbeigeführt werden.[676]

Aus den Informationen geht hervor, dass Pallavicini in St. Petersburg mit Šiškin zusammentraf, um die Situation in Konstantinopel zu erörtern. Im Verlauf der Unterredung gewann der Markgraf den Eindruck, dass die russische Regierung nicht gewillt war, hinsichtlich der Reformen Druck auf die osmanische Regierung auszuüben. Des weiteren ließ er erkennen, dass Russland die von der Pforte gegen die Armenier getroffenen Maßregeln bis zu einem gewissen Grad billigte, da sie befürchtete,

---

[673] Zur Entstehung der „ Armenischen Frage, Verbesserung der Lage der Armenier durch Reformen, Mehmet Cebeci, Die deutsch-türkischen Beziehungen in der Epoche Abdülhamids II. (1876–1908). Die Rolle Deutschlands in der türkischen Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Bulgarischen, Ägyptischen und Armenischen Frage, Marburg 2011, 234–235; vgl. Wakounig, Grandseigneur, 149–157.

[674] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Oktober 3, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 162, 41A,B–D, Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Oktober 9, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, Telegramm Nr. 82.

[675] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 150f.

[676] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1895 Oktober 10, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, 42B.

dass die armenische Bewegung auch auf russisches Gebiet übergreifen könnte.[677] Um den Schutz der christlichen Bevölkerung zu gewährleisten, wurde von Russland ein Kriegsschiff an den Bosporus beordert. Zu diesem Punkt stellte Lobanov-Rostovskij gegenüber dem Markgrafen klar, unter keiner Bedingung die Vertragsbedingungen bezüglich der Dardanellen verletzen zu wollen. Außerdem versicherte er, die Zusammenarbeit mit den Großmächten übereinstimmend und konstruktiv weiterzuführen zu wollen. Die russische Regierung erklärte sich auch bereit, allen Maßnahmen zum Schutz der Christen zuzustimmen, ohne Druck auf die Pforte ausüben zu wollen.[678] Lobanov-Rostovskij unterrichtete Pallavicini auch davon, dass abgesehen von einer gewissen Unruhe unter den Muslimen sich die Erregung in der Hauptstadt legte.[679]

Informationen lassen den Schluss zu, dass durch weitreichende Polizeimaßnahmen die öffentliche Ordnung wiederhergestellt werden konnte. Im Gegensatz hierzu, ließen die Nachrichten aus der Provinz kein Ende der Ausschreitungen erkennen. Dieser Entwicklung standen die Botschafter der Mächte ratlos gegenüber;[680] ihre Interventionen, einzeln oder kollektiv, konnten die Ausschreitungen gegen die Armenier nicht unterbinden. In den gemeinsamen Gesprächen der Diplomaten bildete sich übereinstimmend die Meinung, dass der unberechenbare Charakter des Sultans einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Gang der Ereignisse hatte. Als weitere Faktoren wurde für die Unruhen wurden religiöser Fanatismus und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber der Regierung berücksichtigt.[681] Den Unmut in der Bevölkerung konnte nicht ein Mal wiederholter Wechsel im Amt des Großwesirs beschwichtigen. Zwischen 9. Juni 1895 und November 1895 wurde das Amt des Vorsitzenden des osmanischen Ministerrats drei Mal neu besetzt. Am 7. November 1895 übernahm Halil Rifat Pascha (1827–9. November 1901) von Kâmil Pascha, der vom 2. Oktober bis 7. November 1895 das Amt inne hatte, die Großwesirswürde. Halil Rifat Pascha galt im Gegensatz zu seinen Vorgängern als ein Mann der religiös-konservativen Hofkamarilla. Mit der Regierungsumbildung versuchte der Sultan gegenüber den diplomatischen Vertretern der Großmächte sein Gesicht zu wahren. In Said und Kâmil Pascha fand er jene Sündenböcke, welchen er die Verantwortung für die ausufernden Unruhen aufbürden konnte.[682] Die abgesetzten Politiker, mussten sogar um ihr Leben bangen. Said Pascha flüchtete sogar aus Furcht vor Repressalien mit seinem Sohn in die englische Botschaft und konnte erst durch Garantien für seine Sicherheit und Freiheit zur Rückkehr an seinen ständigen Wohnsitz bewogen werden.[683]

[677] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1895 Oktober 10. / September 28, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 106.
[678] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1895 November 14, 18, 20, HHSTA Wien, PA X, Kart. 106, Telegramm Nr. 73, 76, 77.
[679] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1895 November 2./ Oktober 21, HHSTA Wien, PA X, Kart. 106.
[680] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Oktober 31, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, 45A–L.
[681] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 14, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, 47D.
[682] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 7, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, 46C.
[683] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 12, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, 51C.

Unterdessen trafen im November 1895 aus der Provinz weitere Nachrichten über schwere Ausschreitungen ein. Diese erhärteten auch den Verdacht der Botschafter, wonach es sich bei den angeblichen armenischen Provokationen in den meisten Fällen um Erfindungen von offizieller Seite handelte.[684] Als Reaktion darauf geht hervor, dass sich die Botschafter namens ihrer Regierungen anboten, als Mediatoren zu wirken, um weitere Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Von Seiten der osmanischen Regierung auf dieses Angebot mit dem Hinweis verzichtet, „die Truppen hätten bereits den Befehl erhalten unnötiges Blutvergießen zu vermeiden".[685] In der zweiten Hälfte 1895 bekam Pallavicini durch Informationen Calices abermals einen Vorgeschmack auf die Mechanismen der osmanischen Regierung ihre Interessen zu wahren, ohne dabei in Konflikt mit den Großmächten zu geraten. Anstatt das Land durch Reformen zu modernisieren, setzte der Sultan und die ihm gefügigen konservativen Kräfte am Hof mit Hilfe des Militärs darauf, unliebsame politische Tendenzen innerhalb der christlichen Bevölkerung zu unterdrücken. Im Laufe seiner Karriere wurde Pallavicini bereits des Öfteren mit ähnlichen Entwicklungen konfrontiert. Als bestimmender Faktor der Fortführung einer stagnierenden und reformfeindlichen Politik war dabei zu erkennen, dass die regierende Elite in Konstantinopel zumeist mit der Uneinigkeit der Großmächte rechnen konnte.

7.2.3. Die russische Anerkennung der Wahl von Ferdinand von Bulgarien

Aus den vorliegenden Informationen ist zu schließen, dass sich Pallavicini unter der Leitung von Liechtenstein als Repräsentant der Monarchie in den Diplomatenkreisen von St. Petersburgs weiter etablieren konnte. Sowohl im russischen Außenamt als auch unter den ausländischen Diplomaten zählte der Markgraf zu den bevorzugten Gesprächspartnern der k.u.k. Botschaft. Dank seiner einnehmenden Persönlichkeit konnte er ein Netzwerk aufbauen, das ihn schließlich mit den Spitzen der russischen Außenpolitik verband.[686] In Hinsicht auf die Entwicklungen der Orientalischen Frage beschränkte er sich nicht nur auf Nachrichten und Informationen aus Konstantinopel, sondern konnte durch persönliche Kontakte zu Beamten der Sängerbrücke immer wieder die Haltung der russischen Regierung zu aktuellen Fragen in Erfahrung bringen. Der Informationsaustausch auf persönlicher Ebene hatte hierbei auch zur Folge, dass Pallavicini im Februar 1896 von einer bevorstehenden Haltungsänderung Russlands in der Frage der Anerkennung Fürst Ferdinands erfuhr.[687] Von der bevorstehenden Zustimmung Russlands zur Anerkennung der Wahl von Fürst Ferdinand wurde die k.u.k. Botschaft wenige Tage später vom russischen Außenministerium unterrichtet.[688] In

[684] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1895 November 14, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, 47E.
[685] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1895 Dezember 26, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 162, 53A–F.
[686] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 241.
[687] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Februar 9/ Jänner 28, HHSTA Wien, PA X, Kart. 106.
[688] Von Stambolovs Sturz und der Anerkennung Ferdinands durch Russland, Königslöw, Fürst Ferdinand 152–193.

Konstantinopel wurde Nelidov von Lobanov-Rostovskij angewiesen, keine weiteren Einwände gegen die Anerkennung des Prinzen Ferdinands zu erheben.[689]

Der Schritt der russischen Regierung wurde von ehemaligen russischen Diplomaten kritisch kommentiert. So bewertete Ignat´ev den Vorgang als Fehler und Reichsratsmitglieder erkannten darin eine Pietätlosigkeit gegenüber den politischen Prinzipien Alexander III. Der russische Außenminister zeigte sich im Gegensatz zufrieden mit dem Erfolg seiner Bemühungen. Für ihn bedeutete die Beilegung der Differenzen mit Bulgarien einen Sieg über die starre politische Haltung des 1894 verstorbenen Zaren und der Unversöhnlichkeit der panslawistischen Partei.[690]

In Sofia wurde die Nachricht aus Russland mit Erleichterung aufgenommen. Offensichtlich bildete die Wiederaufnahme der russisch-bulgarischen Beziehungen unter Ferdinand und Ministerpräsident Stoilov 1894, sowie die Taufe des Thronfolgers Boris (30. Jänner 1894–28. August 1943) nach orthodoxem Ritus im Februar 1896 die Grundlage für die in der Folge vollzogene Aussöhnung.[691]
Ende Februar 1896 reiste Ferdinand von Sachsen-Coburg zu seinem Antrittsbesuch nach Konstantinopel. Dem Empfang bei Sultan Abdülhamid ging eine Mission des bulgarischen Ministerpräsidenten Stoilov voraus. In den Gesprächen wurden Fragen über Reformen in Mazedonien und über die Abwehr mazedonischer Aufständischer erörtert. Den Hauptzweck seiner Reise bildeten die Vorbereitung des Besuchs Ferdinands und die Ankündigung der Konversion des Prinzen Boris.[692] Die Informationen Calices lassen die Vermutung zu, dass die Umsetzung der Anerkennungsfrage durch eine geheime Vermittlung Frankreichs erzielt werden konnte.[693] Hinweise lassen darauf schließen, dass sich der Sultan positiv über die Entwicklung und befriedigt über die erfolgte Regelung der Anerkennung äußerte. Er zeigte sich darüber hinaus auch zuversichtlich, in Übereinstimmung mit Sofia der mazedonischen Agitation erfolgreich entgegentreten zu können.[694]

Bei seiner Ankunft in Konstantinopel wurde Ferdinand mit allen Ehren empfangen. Die von Griechen, Serben und Montenegrinern mit Unbehagen verfolgte Begegnung zwischen Fürst und Sultan nahmen für diese Beiden jedoch einen höchst befriedigenden Verlauf. Von Seiten der Pforte führten Gespräche über Reformen in Mazedonien, die Zweckmäßigkeit eines Bündnisses der Balkanstaaten

[689] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Februar 15, HHSTA Wien, PA X, Kart. 106, Telegramm Nr. 9.
[690] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Februar 13/ 1 Jänner 28, HHSTA Wien, PA X, Kart. 106.
[691] Milčo Lalkov, Bulgarien und die Habsbrgermonarchie, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/ 2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 426f.
[692] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Februar 9, 11, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 164, Telegramm Nr. 27, 33.
[693] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Februar 3, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, 7B.
[694] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Februar 27, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, 9A–H.

und die Frage des bulgarischen Tributes zu neuen Versprechungen; konkrete Zusagen wurden nicht gemacht.[695] Von Konstantinopel reiste Ferdinand im März 1896 nach Odessa, wo ihn ein Hofzug in die russische Hauptstadt bringen sollte. Dort traf er neben dem Kaiserpaar auch mit Lobanov-Rostovskij und Deputierten des Slawischen Wohltätigkeitsvereins zusammen.[696] Es ist wahrscheinlich, dass sein devotes Verhalten gegenüber der politischen Elite Russlands in Konstantinopel mit Bestürzung aufgenommen wurde.

Anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten am 26. Mai 1896 für Nikolaj II.und seiner Gemahlin in Moskau zeigte sich Ferdinand trotz allem sehr zufrieden mit der Entwicklung der Lage in seinem Fürstentum. Gegenüber Liechtenstein deutete er an, lediglich aus politisch-dynastischen Gründen die Versöhnung mit dem Zarenreich vollzogen zu haben.[697]

7.2.4. Informationen zur inneren Lage des Osmanischen Reiches

Zu den Krönungsfeierlichkeiten des russischen Zarenpaars am 26. Mai 1896 in der Moskauer „Mariä-Einschlafens-Kirche“ fanden sich auch Mitglieder des europäischen Hochadels, Staatsmänner und kirchliche Würdenträger aus vielen Staaten ein.[698] Aus Konstantinopel reiste der russische Botschafter neben einer Deputation des Sultans und hohen Würdenträgern in Vertretung des Patriarchen an. Wenige Wochen nach seiner Thronbesteigung brach das Kaiserpaar in Begleitung von Lobanov-Rostovskij zu einer Rundreise durch Europa auf, um den Vertretern der Großmächte seine Aufwartung zu machen. Auf dem Rückweg verstarb der Außenminister unvermutet in Kiew an einem Herzversagen.[699] Zu seinem Nachfolger wurde am 13./ 1. Jänner 1897 Michail Nikolaevič Murav´ev (9./ 7. April 1845–21./ 8. Juni 1900) ernannt. In der Presse wurden seine Verdienste hervorgehoben und sein Tod als großer Verlust für Russland dargestellt. Trotzdem gewann Pallavicini den Eindruck, als ob der Tod des Fürsten im Ausland einen tieferen Eindruck hinterlassen habe als in Russland selbst.[700]

Nach eineinhalbjähriger diplomatischer Tätigkeit in St. Petersburg wurde Pallavicini zunehmend mit Problemfeldern der Orientalischen Frage konfrontiert. Mit dem stellvertretenden Außenminister Šiškin pflegte er einen regelmäßigen Meinungsaustausch über Fragen bezüglich der weiteren Entwicklung am Balkan und im Orient. Den Berichten Calices war zu entnehmen, dass in Konstantinopel und in den Provinzen während des Winters 1895/1896 keine grundlegende Änderung

[695] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Februar 27, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, 19A–F.
[696] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 April 15/ 3, Haus- Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 107
[697] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Juni 18/ 6, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107.
[698] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 253–276.
[699] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 August 25, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107, Telegramm Nr. 73.
[700] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 September 10/ August 29, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107.

der angespannten Lage eingetreten war. Unterdes kündigte osmanische Regierung eine bedeutende Verstärkung ihrer Truppen in Mazedonien an, um dem Ausbruch von Unruhen vorzubeugen.[701] Im Jänner 1896 wurde das osmanische Heer in Kreta und Albanien in Kämpfe verwickelt. Die Reaktion des Sultans lässt darauf schließen, dass er trotz internationaler Appelle, die ihn zu einem maßvollen Umgang mit seinen Untertanen aufriefen, die gewaltsame Unterdrückung von Protesten in der Bevölkerung fortsetzte.[702] Zu einem weiteren Zentrum der blutigen Auseinandersetzung wurde die von Armeniern bevölkerte Region von Zeytun, im Vilâyet Aleppo.[703]

In den diplomatischen Vertretungen der Mächte trafen in der Folge aus allen Richtungen des Reiches Nachrichten ein, die von Plünderungen, Morden und erzwungenen Übertritten zum Islam berichteten.[704] In Syrien hatten sich die Drusen erhoben, die in den unzugänglichen Regionen des Dschebel ad-Duruz den Truppen der Zentralgewalt massive Verluste zufügten.[705] Mitte des Jahres revoltierten die Kurden in Diyarbakir, und im armenischen Vilâyet Van brachen abermals Unruhen aus, die sich sich zu einem überaus blutig geführten Bürgerkrieg entwickelten.[706] Auf Seiten der Armenier wurde dieser von der außerhalb Anatoliens gegründeten marxistisch-revolutionären Bewegung der Hintschaken massiv unterstützt.[707] Zur Beilegung der Kämpfe ersuchte die osmanische Regierung die in den Aufstandsgebieten weilenden Konsuls um Vermittlung. Durch die Unruhen verlor die Staatsmacht zunehmend an Autorität; die öffentliche Ordnung verschlechterte sich drastisch in Konstantinopel und in der Provinz .

Im August 1896 konnte Pallavicini in St. Petersburg aus den Berichten von Calice folgern, dass sich in dieser Situation die prekäre finanzielle Lage des osmanischen Staatshaushalts zum wiederholten Mal bemerkbar machte.Die osmanische Regierung war weder imstande den Sold der Truppen noch die Gehälter der Beamten zu bezahlen. Auszahlungen an osmanische Diplomaten im Ausland sowie an Berater fremder Mächte konnten nicht mehr durchgeführt werden.[708] Um den drohenden Staatsbankrott zu vermeiden, wurde von Diplomaten und Financiers die Erweiterung der Befugnisse der internationalen Kommission zur Kontrolle der Finanzen zur Diskussion gestellt. Während dem Vorschlag des französischen Botschafters Jules Cambon großes Interesse entgegengebracht wurde, lehnte ihn Nelidov ab. Calice äußerte sich dem Vorhaben gegenüber skeptisch und hegte Zweifel, ob

[701] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Jänner 30, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, 5A–L.
[702] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 Jänner 23, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, 4A–E.
[703] Zu den Aufständen und Massakern von Zeytun, Salahi Ramsdan Sonyel, The Ottoman Armenians. Victims of Great Power Diplomacy, London 1987, 67-95.
[704] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 März 5, 12, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, 10D, 14B.
[705] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1896 Juni 21, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, Telegramm Nr. 76.
[706] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1896 Juni 25, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 164, 28C.
[707] Zu der Bewegung der Hintschaken siehe: Meißner, Christliche Welt, 32.
[708] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 August 6, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 165, 34F.

unter den vorherrschenden Verhältnissen die Einführung einer Finanzkontrolle der Mächte überhaupt realisierbar sei.[709]

Inzwischen hatten sich die Unruhen auf Konstantinopel ausgedehnt. Der allgemeine Hass auf Armenier und Christen begann sich in einer beispiellosen Verfolgung durch die muslimische Bevölkerung zu manifestieren. Die zwei Tage andauernden blutigen Ausschreitungen forderten eine Unzahl von Todesopfern auf beiden Seiten.[710] Viele Menschen versuchten Zuflucht in den Botschaften und Konsulaten der ausländischen Mächte zu finden. Andere wurden wahllos verhaftet und in hoffnungslos überfüllten Gefängnissen interniert. Angesichts dieser Entwicklung zeigt sich, dass die Botschafter der Mächte Maßnahmen zum Schutz der verfolgten Christen ergriffen und eine Kollektivnote an den Sultan richteten. Die Initiative konnte zu einer vorübergehenden Beruhigung der Lage führen.[711]

Eine neuerliche bewaffnete Konfrontation zwischen Armeniern und regulären Truppen in der Hauptstadt verursachte nicht nur Panik, sondern fachte das blutige Drama erneut an.[712] In den Botschaften der Großmächte trafen Drohbriefe der Hintschakisten ein, die mit weiteren Aktionen drohten.[713] Aus Furcht vor neuerlichen Exzessen verließen daraufhin viele Christen fluchtartig die Stadt.[714] Durch die wachsende Unzufriedenheit erfuhr die Jungtürkische Opposition in allen Teilen der Gesellschaft regen Zuspruch Dem Sultan wurde die Schuld am Niedergang des Reiches zugeschrieben. Nach den schweren Unruhen war äußerlich wieder Ruhe eingekehrt. Ein Waffenstillstand mit den armenischen Komitees am Ende des Jahres 1896 bot der osmanischen Regierung Gelegenheit, sich intensiv der Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen zu widmen.

Im russischen Außenamt wurden die Ereignisse im Osmanischen Reich vom Herbst 1896 von Šiškin mit Sorge und Beunruhigung verfolgt. Auch nach Ansicht des Staatssekretärs war die Hauptverantwortung für die Geschehnisse in der labilen Politik des Sultans zu suchen.[715] In seinen Ausführungen kam er jedoch nicht umhin, der englischen Regierung auch einen gewissen Anteil am Ausbruch der Unruhen in Konstantinopel zuzuschreiben. Als diesbezügliche Faktoren nannte Šiškin die Duldung der armenischen Komitees in London und die fortgesetzte Agitation von St. James gegen die Person des Sultans. Von einer engen Kooperation der Mächte versprach er sich eine konstruktive Lösung, um derart den Schwierigkeiten in Konstantinopel Herr zu werden.

---

[709] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1896 Oktober 15, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 165, 43A–G.
[710] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1896 August 28, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 165, Telegramm Nr. 128.
[711] Rathberger, „Das beste Mittel, 68–80.
[712] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1896 August 30, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 165, Telegramm Nr. 132.
[713] Cebeci, deutsch-türkische Beziehungen, 274f.
[714] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1896 September 17, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 165, 41A–H.
[715] Vgl.; die Außenpolitik unter Abdülhamid II., Hanioğlu, A Brief History, 129–135.

In einem Gespräch mit Pallavicini bemühte sich sich der englische Botschafter, die gegen seine Regierung erhobenen Anschuldigungen zu entkräften. Ebenso wie Šiškin war Sir Nikolas O´Conor (3. Juli 1843–19. Februar 1908) der Ansicht, dass es nur durch gemeinsame Bemühungen gelingen werde, für menschenwürdige Verhältnisse im Osmanischen Reich zu sorgen. Dem Vorwurf Šiškins, Lord Salisbury würde die Absetzung des Sultans betreiben, trat er entschieden entgegen. Offensichtlich konnte er dem Markgrafen glaubhaft versichern, dass sich der englische Premier keinen politischen Nutzen von einem Thronwechsel versprach.[716]

Über den k.u.k. Generalkonsul in Odessa hatte Pallavicini im September 1896 Auskünfte über die Situation der Armenier im Kaukasus einholen lassen. Die Mitteilungen des Konsuls deckten sich weitgehend mit seinen eigenen Informationen. Danach barg das Autonomiestreben der in Russland lebenden Armenier in den Augen der russischen Regierung ein erhebliches politisches Unruhepotential. Es besteht Grund zu der Annahme, dass Pallavicini darin die Ursache vermutete, dass in St. Petersburg die Exzesse in Konstantinopel nur wenig oder gar kein Mitgefühl erweckten. Das Interesse des Zarenreichs den Status quo zu erhalten, wertete er als eine taktische Änderung der russischen Orientpolitik. Das Hauptziel der russischen Außenpolitik vermutete er nach wie vor in einer ungehinderten Durchfahrt durch die Meerengen. Es hatte für ihn nunmehr den Anschein, als ob die russische Regierung dieses Ziel nicht wie früher gewaltsam, sondern auf diplomatischer Basis und im Einklang mit Konstantinopel zu erreichen versuchte.[717] In diesem Zusammenhang müssen auch die Gespräche Franz Josephs I. mit Nikolaj II. vom 25. bis 27. April 1897 in St. Petersburg gesehen werden. Denn bei dem Besuch des österreichisch-ungarischen Kaisers in St. Petersburg kam es diesbezüglich zur einer - wenn auch nur mündlichen - Verständigung. Die beiden Souveräne konnten hierbei eine Einigung bezügliche ihrer Interessensphären erzielen und verpflichteten sich darüber hinaus, den Status quo von 1878 beizubehalten.[718]

Um jedoch das Überleben des Osmanischen Reiches gewährleisten zu können, mussten zu allererst die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Neben Briten gehörten großteils französische Financiers zu den Hauptgläubigern der Pforte. Angesichts eines drohenden Staatsbankrotts begannen die Kapitalgeber nunmehr vermehrt Druck auf ihre Regierungen auszuüben. In London stellte das Kabinett Salisbury daher den Antrag, im Rahmen der Großmächte die Frage zu erörtern, welche Mittel zu ergreifen wären, um den Status quo zu erhalten.[719] Während der Reise des Kaiserpaares nach

[716] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 September 24/ 12, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107.
[717] Ebenda.
[718] Roman Viorel, Rumänien im Spannungsfeld der Großmächte 1878–1944. Von der okzidentalischen Peripherie zum orientalischen Sozialismus, Offenbach 1989, 37; Wakounig, Grandseigneur, 183–193.
[719] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Oktober 28, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107, Telegramm Nr. 79.

Frankreich im September 1896, traf Šiškin, seit Anfang September/ Ende August 1896 mit der interimistischen Leitung des Außenministeriums betraut, in Paris mit dem französischen Außenminister Gabriel Hanotaux (9. November 1853–11. April 1944) zu Gesprächen zusammen. Zurück in St. Petersburg teilte er Pallavicini mit, dass er mit Hanotaux bezüglich einer gemeinsamen Initiative in Konstantinopel übereingekommen sei. Wahrscheinlich ist, dass sie eine Reform der osmanischen Administration beabsichtigten. Den inhaltlichen Schwerpunkt sollte die Ordnung der Finanz- und der Haushaltspolitik bilden. Wie der Staatssekretär weiters ausführte, wurde der russisch-französische Vorstoß vom Zaren bereits sanktioniert.[720] In Konstantinopel wurde darauf hin Nelidov beauftragt, sich mit den Botschaftern derGroßmächte in Verbindung zu setzen, um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln. Als Ziel der Bemühungen wurde postuliert, den Wirkungskreis der bereits bestehenden europäischen Staatsschulden-Kontrollkommission um die Kontrolle der Staatsausgaben zu erweitern.[721]

Über den Inhalt der Gespräche mit Šiškin wurde von Pallavicini nicht nur Gołuchowski, sondern auch Calice in Kenntnis gesetzt. Calice seinerseits berichtete, dass hinsichtlich der Umsetzung der Reform der osmanischen Administration die Ansichten des Botschafters Frankreichs und Russlands weit auseinander lagen.[722] Die Verhandlungen der Botschafter mit der osmanischen Regierung kamen nach der Abreise Nelidovs nach St. Petersburg im Oktober 1896 fast gänzlich zum Erliegen. Lediglich der Vertreter Frankreichs verfolgte mit wechselndem Erfolg seine Interessen.[723]
In St. Petersburg formierte sich unterdessen weiterer Widerstand gegen das von Šiškin mitentwickelte franko-russische Reformprojekt. Während sich der französische Botschafter Gustave Lannes Graf Montebello (4. Oktober 1838–2. Dezember 1907) weiterhin um die Unterstützung des Zaren bemühte, opponierte der russische Finanzminister heftig gegen diese Entscheidung. Ebenso wie Nelidov und andere russische Politiker befürchtete Sergej Julievič Vitte (29./17. Juni 1849–13. März/28. Februar 1915) eine Gefährdung der russischen Interessen im Orient durch die europäische Kontrolle der osmanischen Finanzen.[724]

In der Folge konnten sich beiden Politiker mit diesem Argument gegenüber Montebello beim Zaren durchsetzen: Damit war das Projekt zum Scheitern verurteilt. Die Begründung nahm Pallavicini als Vorwand zur Kenntnis. Insgeheim nahm er aber an, dass Vitte weder russische Staatsgelder noch das Geld russischer Staatsangehöriger riskieren wollte. Für ihn folgte daraus, dass Russland wenig

[720] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 170–174.
[721] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Oktober 21, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107, Telegramm Nr. 78.
[722] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1896 Oktober 29, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 165, 47F.
[723] Anton Macho an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1896 November 26, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 165, 51A–D.
[724] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 November 17, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107, Telegramm Nr. 86.

Interesse an der Konsolidierung der osmanischen Finanzen hatte, sondern eine Politik verfolgte, die auf einen langsamen Verfall des Osmanischen Reiches ausgerichtet war. Die Realisierung der russischen außenpolitischen Ziele hatte oberste Priorität und der Unmut der „Haute Finance“ in Paris wurde dabei in Kauf genommen.[725] Der französischen Botschafters betrachtete das Scheitern der Verhandlungen jedoch von einer anderen Perspektive. Montebello informierte Pallavicini vor seiner Rückreise nach Paris darüber, dass er den Verdacht hege, dass sich Nikolaj II. aus monarchischen Rücksichten nicht entschließen könne, Gewaltmaßnahmen gegen das Osmanische Reich anzuwenden, um Reformen zu erzwingen.[726]

Die Abneigung des Zaren vor der Anwendung von Zwangsmittel waren Pallavicini bekannt. Daher war der Markgraf einigermaßen erstaunt, als sich eine Änderung der russischen Haltung abzuzeichnen begann. Von Nelidov wurde Pallavicini vor dessen Rückreise nach Konstantinopel über seine Instruktionen unterrichtet. Im Rahmen einer Botschafterkonferenz sollten in Konstantinopel weitere Schritte erörtert werden.[727] Erst nach einer Ablehnung der Reformvorschläge durch die osmanische Regierung sollten Verhandlungen über den Einsatz von Zwangsmaßnahmen aufgenommen werden. Darüber hinaus wurde Nelidov angewiesen, den Sultan ernstlich darauf aufmerksam zu machen, dass „eine europäische Intervention drohe, wenn er sich den Ratschlägen der Mächte nicht fügen sollte.“[728]
In Konstantinopel hinterließ die Nachricht vom einheitlichen Vorgehen der Großmächte nachhaltigen Eindruck. Alle Augen richteten sich nunmehr auf die bevorstehenden Besprechungen der Botschafter, die Ende des Jahres 1896 vollzählig zusammengetreten waren.
In Konstantinopel wurde vor allem in den gebildeten Gesellschaftsschichten von den Vertretern der Großmächte ein Beitrag zur Milderung, bzw. zu einem Ende der katastrophalen Misswirtschaft erhofft. Im Gegensatz dazu wurde von Abdülhamid und der konservativen Hofkamarilla Vorsorge getroffen, die Reformbemühungen zu verhindern. Unter Zuhilfenahme der Presse und der Geistlichkeit sollte die Arbeit der Botschafter diskreditiert werden. Des Weiteren wurden Demonstrationen geplant, die den Widerstand in der Bevölkerung gegen die Bevormundung durch fremde Mächte entfachen sollten.[729]

Die Botschafterkonferenz ging nach einem Monat Beratungstätigkeit im Jänner 1897 ohne Störaktionen zu Ende.[730] Die Ergebnisse der Verhandlungen bezüglich einer Finanzkontrollkommission

[725] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 November 18/ 6, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107.
[726] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 November 23, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107, Telegramm Nr. 79.
[727] Vgl.; Rathberger, „ Das beste Mittel, 190–266.
[728] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1896 Dezember 8,9, HHSTA Wien, PA X, Kart. 107, Telegramm Nr. 95,96.
[729] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 7, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 167, 1B.
[730] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Februar 4, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 167, 5B.

waren dürftig, zumal sich die Aufmerksamkeit der Botschafter der Lösung der Kretafrage zuwendete.[731] Die Ergebnisse der Beratungen zur Umgestaltung des Osmanischen Reiches wurden den jeweiligen Regierungen zur Begutachtung zugesandt. Nach den großen Unruhen in den asiatischen Provinzen des Reiches richtete sich nunmehr die Aufmerksamkeit der Botschafter auf mögliche Krisenherde am Balkan. Calice erachtete es daher ergänzend für das Reformwerk als unbedingt nötig, die Regierungen der Balkanstaaten vor der Förderung oder Duldung illegaler Unternehmungen gegen den Status quo zu warnen[732], da er Angriffe vom Balkan auf die Integrität des Osmanischen Reiches vermutete.[733]

7.2.5. Osmanisch–griechischen Konflikt um Kreta 1897

In St. Petersburg wurden mit der Ernennung von Michail Nikolaevič Mura´ev am 1./ 13. Jänner 1897 zum Nachfolger Lobanov-Rostovskijs, die Weichen für die zukünftige Richtung der russischen Außenpolitik gestellt.[734] Seine Ernennung kann auf den Einfluss von Marija Fedorovna, der Mutter des Zaren, zurückgeführt werden.[735] Pallavicini, in seiner Funktion als Geschäftsträger der k.u.k. Botschaft, betrachtete Mura´ev von Beginn an als Garant von Stabilität und Kontinuität in der russischen Außenpolitik.[736] Im Orient verfolgte Mura´ev programmatisch die Linie des Zaren Nikolaj und adoptierte die Politik seines Vorgängers; Zwangsmaßnahmen lehnte er ab. Des Weiteren deponierte er den Wunsch den Status quo zu erhalten ohne dabei eine Reform des Osmanischen Reiches auf moderner Basis anzustreben. Da er sich hiermit im Widerspruch mit den Zielen Nelidovs befand, wurde allgemein dessen baldige Abberufung erwartet.[737] Dem Reformprogramm der Botschafterkonferenz stand er positiv gegenüber. An die Botschafter Russlands ging daher die Aufforderung, sich für die Annahme der Vorlage einzusetzen.[738]

Die Aufmerksamkeit der Kabinette der Großmächte wurde indessen auf die Folgen der Landung griechischer Truppen auf Kreta gerichtet. Anfang April 1897 erreichte die Kretakrise ihren Höhepunkt. Die bezüglich der Insel herrschende Spannung zwischen Athen und Konstantinopel entlud sich in einer militärischen Konfrontation. Ein Ultimatum der Pforte, das den Abzug der griechischen Truppen aus

[731] Zur Kretafrage und zur Botschafterkonferenz siehe: Rathberger, „Das beste Mittel, 267–382.
[732] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1897 Jänner 28, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 167, 4A,B.
[733] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1897 März 18, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 167, 12D.
[734] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 173.
[735] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Jänner 13, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) X, Karton (Kart.) 108.
[736] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 168.
[737] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Jänner 20/ 8, HHSTA Wien, PA X, Kart. 108.
[738] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Jänner 21/ 9, HHSTA Wien, PA X, Kart. 108.

Kreta forderte, verstrich dabei unbeachtet. Danach traten griechische Truppen zu Offensiven an.[739] Am 15. Februar 1897 landeten griechische Truppen auf Kreta. Am 7. April 1897 brachen die Kampfhandlungen aus. In St. Petersburg traf Pallavicini mit dem serbischen diplomatischen Vertreter General Gruijć zusammen. Grujić, den er noch aus seiner Zeit in Belgrad kannte, versicherte dabei, dass Serbien im osmanisch-griechischen Konflikt eine neutrale Haltung einnehmen werde. Wahrscheinlich auch deshalb, weil man in Belgrad von einem Sieg der osmanischen Truppen über Griechenland überzeugt war.[740]

In St. Petersburg äußerte sich der bulgarische diplomatische Vertreter gegenüber dem Markgrafen in einer ähnlichen Weise. Bei dieser Gelegenheit wehrte er sich auch gegen Gerüchte, die von militärischen Vorbereitungen seines Landes sprachen. Dimităr Janev Stančov (21. Mai 1863–23. März 1940) bestätigte Pallavicini dessen Annahme, dass die Oppositionsparteien, den Moment für einen Angriff für gekommen hielten. Er ließ Pallavicini jedoch wissen, dass sowohl der Fürst als auch die Regierung einen militärischen Konflikt mit dem Osmanischen Reich zum gegebenen Zeitpunkt ausschlossen. Im Laufe der Gespräche wurde des weiteren über einen möglichen Ausbruch von Unruhen in Mazedonien gesprochen. In diesem Zusammenhang unterrichtete er Pallavicini davon, dass für den Fall veränderter Herrschaftsansprüche Bulgarien niemals einer Teilung Mazedoniens zustimmen würde, sondern die Errichtung eines autonomen Staates befürworte. Weiters führte Stančov aus, dass auch Belgrad für diese Idee gewonnen werden konnte.[741]

Den Informationen aus Konstantinopel im April 1897 war zu entnehmen, dass Calice im Hinblick auf die militärische Lage des Osmanischen Reiches auf Kreta ein positives Resümee zog. Seiner Ansicht nach führte die griechische Aggression zu einer grundsätzlichen Verbesserung ihrer Situation. Offensichtlich nahm nach den militärischen Erfolgen der Truppen des Sultans die Zuversicht in die Vitalität des Osmanischen Reiches im In- und Ausland zu. Durch die unerwartete Kampfkraft des Heeres konnte die Rolle des Militärs als kalkulierbarer Machtfaktor erneut in Rechnung gestellt werden. Des weiteren hatten die militärischen Erfolge eine positive Auswirkung auf die Moral der osmanischen politischen Elite. Abdülhamid konnte diesbezüglich seine Reputation und seine Glaubwürdigkeit im Volk zurückzuerobern. Der Botschafter vermutete darüber hinaus eine Auswirkung auf die Finanzen des Reiches. Denn „sollte die Pforte in der Lage sein, im Wege einer von Griechenland zu zahlenden Kriegsentschädigung ihr die durch den Feldzug ihr verursachten Auslagen

[739] Eine sehr persönliche Sicht der Dinge erzählt der k.u.k. Kavallerie General Baron Wladimir Giesl. In seiner Tätigkeit als Militärattaché hatte Giesl die Gelegenheit einige der in dieser Arbeit beschriebenen Ereignisse persönlich zu erleben. Seine Sicht auf die Unruhen in Kreta und den Thessalischen Krieg 1897, den Giesl in Teilbereichen als k.u.k. Beobachter auf der Seite der Truppen des Sultans erlebte, beschreibt er in seine Memoiren; Wladimir Giesl, Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient. Aufzeichnungen des Generals der Kavallerie Baron Wladimir Giesl. Berlin 1927, 77–85 und 86–114; vgl. Mehmet Uğur Ekinci, The Origins of the 1897 Ottoman-Greek War. A Diplomatic History, Ankara 2006.

[740] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 März 24/ 12, HHSTA Wien, PA X, Kart. 108.

[741] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Mai 17/ 5, HHSTA Wien, PA X, Kart. 108.

einen Ersatz zu erhalten, so würde sich ihre Lage auf der ganzen Linie beträchtlich vorteilhafter gestalten als vor dem Ausbruch des Krieges.“[742]

Noch vor der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien am 20. September 1897[743] zwischen Griechenland und dem Osmanischen Reich, überreichte Nelidov im August 1897 dem Sultan sein Abberufungsschreiben.[744] Die Abreise Nelidovs wurde zu einer Sympathiekundgebung für den scheidenden russischen Botschafter, der nach fast fünfzehnjähriger Tätigkeit die Metropole am Bosporus verließ. Neben der diplomatischen Gemeinde waren ranghohe osmanische Repräsentanten zu seinem Abschied erschienen.[745] Sein Nachfolger als russischer Botschafter bei der Pforte Ivan Alekseevič Zinov´ev. Nelidov wurde nach Rom versetzt.[746]

Auch für Pallavicini hieß es nach fast vierjähriger Tätigkeit im Dezember 1897 Abschied von St. Petersburg zu nehmen. Wie bereits in Belgrad, konnte der Markgraf auch in der russischen Hauptstadt eine durchaus positive Bilanz hinsichtlich seiner diplomatischen Tätigkeit ziehen konnte. Den politischen Höhepunkt im Jahr 1897 bildete das Gipfeltreffen Kaiser Franz Josephs I. mit dem russischen Zaren Ende April in St. Petersburg. Die Gespräche der Monarchen über die Situation am Balkan und im Orient verliefen gelöst und in einer freundschaftlichen Atmosphäre.[747] Wenn auch nicht im selben Rahmen, so war auch der Besuch des deutschen Kaisers am 7. August/ 26. Juli 1897[748] und das Treffen Nikolaj II. mit dem französischen Präsidenten Félix Faures im August 1897[749] ein politisches Ereignis, das bei Pallavicini einen nachhaltigen Eindruck hinterließ.
Durch seine Kontakte konnte Pallavicini in St. Petersburg seine Kenntnisse über die Orientalische Frage vertiefen.[750] Aufgrund seiner diplomatischen Beziehungen zu hohen russischen Mitgliedern des Außenministeriums konnte er darüber hinaus auch wertvolle Einblicke in die Ziele der russischen Außenpolitik gewinnen. Pallavicini wurde in dieser Zeit zu einer vertrauenswürdigen Stütze Liechtensteins. Nicht nur ein Mal konnte er während der Abwesenheit des k.u.k. Botschafters sein Talent beweisen und die Geschicke der Botschaft würdevoll und mit Umsicht als Geschäftsträger leiten. Noch in St. Petersburg wurden seine Bemühungen von Wien mit der Verleihung des „Comthurkreuz“ des Franz- Joseph–Ordens am 21. April 1897 gewürdigt.[751]

[742] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Konstantinopel 1897 April 15, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 167, 19C.
[743] Anm.; Die Unterzeichnung des Friedensvertrag fand am 4. Dezember 1897 in Konstantinopel statt.
[744] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1897 August 26, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien), Politisches Archiv (PA) XII, Karton (Kart.) 168, 36D.
[745] Heinrich Calice an Agenor Gołuchowski, Bujuktere 1897 Oktober 7, HHSTA Wien, PA XII, Kart. 168, 42A–F.
[746] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 Mai 27/ 15, HHSTA Wien, PA X, Kart. 108.
[747] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 183–184.
[748] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 August 11/ Juli 30, HHSTA Wien, PA X, Kart. 108.
[749] Franz Liechtenstein an Agenor Gołuchowski, St. Petersburg 1897 August 26/ 14, HHSTA Wien, PA X, Kart. 108.
[750] Vgl.; Wakounig, Grandseigneur, 203, 241.
[751] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

Aus Dienstrücksichten wurde Pallavicini nach Wien in das Ministerium zurückbeordert, wo er mit der Leitung des Politischen Referats betraut wurde. In seiner Begründung schrieb der Außenminister, „er hat in allen seinen bisherigen Verwendungen seine Dienstes Tüchtigkeit und diplomatische Begabung zur Geltung zu bringen gewusst, hat sich auf dem Posten in St. Petersburg wo er auch wie früher schon in Belgrad und München als Geschäftsträger stets zur vollen Zufriedenheit fungiert, ebenfalls auf das Beste bewährt." Franz Joseph I. ist der Empfehlung seines Außenministers gefolgt und hat darüber hinaus den Markgrafen am 22. Dezember 1897 den Titel und den Charakter eines „außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers" verliehen. Die nächsten zwei Jahre verbrachte Pallavicini im Außenministerium in Wien, bevor er im Februar 1899 die Leitung der k.u.k. Vertretung in Bukarest übernahm.[752]

[752] Ebda.

8. K.u.k. Gesandtschaft Bukarest, Februar 1899 – Oktober 1906

8.1. Rumäniens Beziehung zu den Großmächten

Am 14. Jänner 1899 erteilte Carol I., seit 1881 König von Rumänien, seine Zustimmung zur Ernennung des Markgrafen Pallavicini zum neuen diplomatischen Vertreter Österreich-Ungarns in Rumänien.[753] Kurze Zeit später, am 22. Februar 1899, übernahm der Markgraf, mittlerweile seit 22. Dezember 1897 von Franz Joseph I. zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister ernannt, seine Tätigkeit als Gesandter Österreich-Ungarns im Königreich Rumänien.[754] Bei seinem Antrittsbesuch betonte Carol I. den großen Wert, den er auf die Erhaltung der guten Beziehungen Rumäniens mit der Habsburgermonarchie legte. Seiner Ansicht nach lag es angesichts der latenten Gefahr des Panslawismus in beiderseitigem Interesse, sich trotz vorhandener politischer Differenzen zu begegnen und sich bei aktuellen Problemen ohne unüberbrückbare Vorbedingungen zu verständigen.[755]

Unter den Beamten am Ballhausplatz galt der Botschafterposten in der rumänischen Hauptstadt als Einstieg zu einer vielversprechenden Karriere.[756] In Rumänien trat Pallavicini als diplomatischer Vertreter Österreich-Ungarns die Nachfolge von Aehrenthal an. Dieser machte sich seinerseits nach St. Petersburg auf, um dort die Leitung der k.u.k. Botschaft zu übernehmen. Dem Markgrafen stand Johann Prinz Schönburg–Hartenstein (12. September 1864–30. März 1937) als Geschäftsträger zur Seite. Als dieser 1903 zum Botschaftsrat nach Rom an die k.u.k. Mission beim italienischen Hof berufen wurde, übernahm Ludwig von Callenberg diese Aufgabe. Unter den Großmächten nahm Rumänien im Hinblick auf die Orientalische Frage eine spezielle Stellung ein, von der es möglich war, die gesamte Komplexität der Problematik zu überblicken und zu erfassen.[757]

Die zentrale Auslandsvertretung der Monarchie befand sich seit Oktober 1878, als österreichisch-ungarische Gesandtschaft in der rumänischen Haupt- und Residenzstadt. Nach der Ausrufung des

[753] Der vollständige Name des rumänischen Königs lautete, Karl Eitel Friedrich Zephyrius Ludwig von Hohenzollern-Sigmaringen. Über Carol I. von Rumänien in: Thierfelder, Männer am Balkan, 143–157.
[754] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.
[755] Die Bemerkung des rumänischen Königs ging in Richtung der ungarischen Reichshälfte. Zwischen den beiden Nationen führte die „Magyarisierungspolitik" Budapests immer wieder zu kleineren, bzw. größeren politischen Differenzen. Zeitweise sorgte sie auch für Irritationen in der Bevölkerung. Dazu: Ekkehard Völkl, Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Regensburg 1995, 59–63; Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 Februar 22, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 31.
[756] Cormons, Schicksale, 86.
[757] Viorel, Rumänien, 16.

Königreichs Rumänien entwickelte sich Bukarest (București) zu einer modernen, lebendigen Metropole, in der sich das gesellschaftliche, kulturelle und politische Leben konzentrierte. Hier entstanden Verwaltungs- und Repräsentationsbauten und es siedelten sich Finanzgesellschaften, Wirtschaftsunternehmen und Konzerne an. Im Besitz einer dieser Gesellschaften befanden sich auch die beiden Gebäude, in welchen die k.u.k. Gesandtschaft und das Konsulat untergebracht waren. Die beiden Objekte waren im Besitz der Versicherungsgesellschaft „Dacia Romania“. Die beiden nebeneinander liegenden Häuser befanden sich in der Strada Vamei Nummer 7 und 9, einer ruhigen Straße, die in unmittelbarer Nähe des königlichen Palais gelegen war.[758]

In den heißen Sommer- und Herbstmonaten wechselte die diplomatische Vertretung der Monarchie nach Sinaia, wo sich die Sommerresidenz Carols I. befand. Um der Hitze der Hauptstadt zu entfliehen, wurde der in den Südkarpaten gelegen Ort außer vom König auch von Regierungsmitgliedern und andere hochrangigen Persönlichkeiten frequentiert. Damit der Kontakt zu den offiziellen Repräsentanten aufrecht erhalten werden konnte, sah sich ein Großteil der Missionschefs gezwungen, während dieser Monate ebenfalls nach Sinaia zu übersiedeln. Die k.u.k. Mission in der kleinen Stadt am Fuße des Bucegi-Gebirges residierte in einer gemieteten Villa. Zusätzliche Repräsentationskosten, verbunden mit einem Mehraufwand an Personalkosten belasteten das ohnehin angespannte Budget des Markgrafen. Die vorliegenden Informationen zeigen, dass sich der Markgraf in sozialen Härtefällen nicht scheute, um Erhöhung von Zulagen bzw. Vergütungen von Transportkosten für die Botschaftsbediensteten anzusuchen. Die Personalkosten wurden zumeist bewilligt und die mit der Zweigniederlassung verbundenen internen Kosten sodann dem Außenministerium gesondert in Rechnung gestellt.[759]

Pallavicini wurde als Vorgesetzter von seinen Mitarbeitern überaus geschätzt. In seinen Erinnerungen bezeichnete ihn Ludwig von Flotow beispielsweise als das Ideal eines Chefs. In dessen Augen war er ein wohlwollender Vorgesetzter, der sein Augenmerk nur auf das Praktische, nie auf das Formale, richtete. Nach Aussage Flotows war sein Motto „Die Arbeit muss gemacht werden, es ist mir gleichgültig, wer sie macht.“[760] Nach dieser Devise ließ er als k.u.k. Diplomat nach seiner Beglaubigung auch nur wenig Zeit verstreichen, um sich von König Carol I. ausführlich über die innenpolitischen Verhältnisse seines Landes informieren zu lassen.

---

[758] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 März 21, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien,) Wien, Kaiserliche Missionen F6–57 Bukarest 31c, 15927, Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Juli 26, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien,) Wien, Kaiserliche Missionen F6–56 Bukarest 31, 32, und Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Juni 12, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien,) Wien, Kaiserliche Missionen F6–57 Bukarest 31c, 34612.

[759] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1899 Juli 20, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA Wien,) Wien, Kaiserliche Missionen F6–56 Bukarest 31, 32.

[760] Ludwig von Flotow, November 1918 auf dem Ballhausplatz. Erinnerungen Ludwigs Freiherrn von Flotow, des letzten Chefs des Österreich–Ungarischen Auswärtigen Dienstes 1895–1920. Bearbeitet von Erwin Matsch. Wien/Graz/Böhlau, 1982, 112.

8.1.1. Innenpolitischen Verhältnisse im Königreich Rumänien

Bei der Ankunft Pallavicinis in Rumänien war die kleinbürgerliche National Liberale Partei[761] an der Regierung. Parteiführer und Ministerpräsident war der Nachfahre einer alteingesessenen, adeligen rumänischen Familie, Dimitrie Alexandru Sturdza-Miclăuşanu. (10. März 1833–21. Oktober 1914). Gegenüber dem Markgrafen äußerte sich der König durchaus positiv über die Arbeit der Regierung äußerte. An Hand der Informationen die Carol I. zur Verfügung standen, konnten die Budgetverhandlungen für das Jahr 1900 erfolgreich abgeschlossen werden. Darüber hinaus gelang es dem Kabinett Sturdza, vertragliche Vereinbarungen mit dem deutschen Kaiserreich für weitere Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur unter Dach und Fach zu bringen. Im Mittelpunkt des rumänischen Interesses standen dabei der Ausbau des rumänischen Bahnnetzes und die Modernisierung bestehender Hafenanlagen am Schwarzen Meer.[762]
Die erfolgreiche Regierungstätigkeit schien jedoch gefährdet, als von Seiten der Opposition die inaktive Haltung der Regierung gegenüber einer konsequent durchgeführten Magyarisierungspolitik in der ungarischen Reichshälfte heftig kritisiert wurde.[763] Ein neuerlicher Vorstoß des ungarischen Parlaments in dieser Sache rief eine Welle der Entrüstung innerhalb der rumänischen Bevölkerung hervor. Die von der Opposition unterstützten öffentlichen Proteste führten in der Folge im Frühling 1899 zum Sturz der Regierung Sturdza.[764] Bis zu den vorverlegten Neuwahlen wurde vom König eine konservative Übergangsregierung unter Prinţul Gheorghe Grigore Cantacuzino, (22. September 1833–22. März 1913) bestellt.[765]

Aus den Informationen ist ersichtlich, dass Pallavicini gleich nach der Regierungsbildung mit dem neuen Außenminister Ion N. Lahovary (25. Jänner 1844–14. Juni 1915) zusammen traf. Auf Pallavicini machte Lahovary beim ersten Treffen einen sympathischen und einnehmenden Eindruck. Der Minister versicherte Pallavicini, mit ihm die besten Beziehungen unterhalten zu wollen und unterstrich dabei auch die große Wichtigkeit eines innigen und guten Verhältnisses zu Österreich-Ungarn.[766]

---

[761] die PNL, Partitul Naţional Liberal di România.
[762] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 März 14, Haus-, Hof- und Staatsarchiv, (HHStA Wien,) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 31.
[763] Zum primären Kritikpunkt wurde hierbei die eklatante Benachteiligung der rumänischen Bevölkerung durch das ungarische Wahlrecht. So blieb die nichtungarische Bevölkerung sowohl vom öffentlichen Dienst, als auch von der Verwaltung weitgehend ausgeschlossen. Darüber hinaus bestand die grundsätzliche Tendenz, die Minderheiten durch den gezielten Aufbau eines ungarischen Schulwesens ihrer ursprünglichen Kultur und Sprache zu entfremden. Besonders die rumänische Bevölkerung in Siebenbürgen wurde hart von den strikten Vorgaben aus Budapest getroffen. Völkl, Rumänien, 59–63.
[764] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 März 29, April 11, 12, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31, Telegramm Nr. 3,5,6.
[765] Anm.; seine konservative Partei, die Partitul Conservator România existierte von 1880–1918.
[766] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 April 26, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.

Unterdessen bereiteten sich die rumänischen Parteien für die kommende Wahlauseinandersetzung vor. Das Ringen um die Macht ging dabei nicht immer friedlich von statten. Während des Wahlkampfs kam es zu Bauernrevolten und örtlich begrenzten Ausschreitungen gegen jüdische Gemeinden. Die Reaktion des Markgrafen auf die Vorfälle lässt darauf schließen, dass er die antisemitischen Übergriffe als Vorwand zur Auslösung von Unruhen wertete. Einen Grund vermutete er im parteipolitischen Kalkül, den politischen Gegner in Bedrängnis zu bringen.[767] In erster Linie handelte es sich jedoch um eine generelle Unzufriedenheit der Landbevölkerung gegenüber der Regierungspolitik. Hinter einer sporadisch auftretenden Auflehnung gegen die Staatsorgane stand die sozialistische Bewegung, die besonders in der Walachei einen starken Einfluss ausübte. Seine Reaktion deutet darauf hin, dass er gegenüber Außenminister Gołuchowski keinen Zweifel daran ließ, dass er auch die wiederholt gebrochenen Versprechungen der jeweiligen Regierung, eine Bodenreform durchzuführen, für eine weitere Ursache für den Unmut in der Bevölkerung hielt.[768]

Der Urnengang verlief im Großen und Ganzen ruhig. Aus den Wahlen ging im Sommer 1899 die regierende Konservative Partei von Cantaguzino gestärkt und als Sieger hervor. Im Hinblick auf seine Position als Beobachter kann davon ausgegangen werden, dass er dem Resultat der Parlamentswahlen, trotz eindeutigem Ergebnis, keine übermäßige Bedeutung zumaß.[769] Die vorliegenden Informationen lassen erkennen, dass er sich ähnlich kritisch auch gegenüber den Regierungs- und Führungsqualitäten des Ministerpräsidenten äußerte. Als die eigentliche starke politische Persönlichkeit im Hintergrund betrachtete der Markgraf Finanzminister Take Ionescu[770]. Angesichts der innenpolitischen Differenzen, der Gefahr einer um sich greifenden neuerlichen Bauernrevolte und der prekären finanziellen Lage des Landes, beurteilte Pallavicini in seinen Berichten die Situation Rumäniens nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt, als durchaus kritisch. Im Zuge einer Unterredung mit Carol I. wurde er in dieser Auffassung bestätigt.[771] Auch der König setzte für die Zukunft hohe Erwartungen in die politischen Fähigkeiten von Ionescu. Gegenüber Pallavicini hob er nicht nur dessen große Befähigung hervor, sondern bezeichnete ihn als einen „der überzeugtesten Anhänger der Politik des Anschlusses Rumäniens an den Dreibund.“[772]

Die Bemühungen des Kabinetts Cantaguzino, eine Beruhigung der prekären wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Königreichs zu erreichen, blieben allerdings ohne Erfolg. Pallavicini konnte verschiedene Anzeichen beobachten, die auf eine abermalige Regierungskrise hinwiesen. Es schien

[767] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 Mai 31, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.
[768] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1899 Juni 22, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.
[769] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1899 Juni 17, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.
[770] Dimitru Ghiţă Ioan Ionescu, (25. Oktober 1858–2. Juni 1922).
[771] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1899 Juni 30, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.
[772] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1899 Juli 19, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.

den Markgrafen demzufolge wenig zu verwundern, als der König Sondierungsgespräche mit Vertretern der Opposition bezüglich der Ernennung einer neuen Regierung führte.[773] Nach zähen Verhandlungen wurde Petru Carp, Führer der „Junimisten“, im Sommer 1900 vom König mit der Bildung einer Regierung betraut.[774] Mit der Ernennung Carps zum Ministerpräsidenten und Finanzminister realisierte Carol I. seinen Plan, Rumäniens konservative Kräfte in einer Regierung zu vereinen. Gegenüber Pallavicini bezeichnete der König diese Lösung für die zukünftige Gestaltung Rumäniens als die denkbar beste. Nicht zuletzt auch deshalb, weil er wusste, dass Carp im Gegensatz zu den Liberalen für eine Öffnung der rumänischen Märkte stand und hierin das Vertrauen das Auslands, insbesondere das des deutschen Kaiserreichs, besaß.[775]
An Hand der Berichte zeigt es sich, dass ebenso wie vom König die Entwicklung in Rumänien auch von Wien begrüßt wurde. Die Berichte lassen den Schluss zu, dass der Markgraf durch seine Vermittlungsbemühungen einen gewissen Anteil an der Entwicklung hatte. Denn von Wien wurde Pallavicini beauftragt, sich für die Ernennung Carps beim König einzusetzen.[776]

Die Ernennung Carps wurde von der deutschen Reichsregierung ebenso positiv aufgenommen. Denn mit der Ernennung Carps zum Ministerpräsidenten verband Berlin nicht nur die Hoffnung auf eine Konsolidierung der rumänischen Staatsfinanzen, sondern auch die Öffnung seiner Märkte und somit eine Intensivierung seiner Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.[777] An eine Beteiligung zur Sanierung des rumänischen Budgetdefizits knüpfte Berlin allerdings Bedingungen. Im Rahmen einer Steuerreform sollten die Einnahmequellen des Staates effizienter gestaltet werden.[778] Die Erhöhung der Steuern löste jedoch großen Unmut in der Bevölkerung aus. Besonders unter der Bauernschaft kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, die nur mit Hilfe des Militärs beendet werden konnten. Von der Opposition wurde die Situation benützt, um heftige Angriffe gegen die Regierung zu starten.[779]
Als neutraler Beobachter musste Pallavicini zur Kenntnis nehmen, dass es sich für Carp in dieser Situation rächte, Ionescu nicht mit Regierungsverantwortung betraut zu haben. Denn durch die parlamentarische Behandlung der Steuerreform kamen auch die Differenzen der beiden Politiker voll

[773] Es ging dabei um eine Koalition zwischen Alt-Konservativen und deren Abspaltung den „Junimisten“ unter Petru Carp, 29. Juni 1837–19. Juni 1919 und Theodor Rosetti, 5. Mai 1837–17. Juli 1923. Die Junimisten: Die Bezeichnung stammt von dem literarischen Verein „Junimea“ und wurde zum Namen der Partei der Jungkonservativen in Rumänien. Diese spaltete sich von der alt-konservativen Bojarenpartei nach Meinungsverschiedenheiten 1882. Die ideologische Haltung der „Junimisten“ war liberal und an der westlichen Kultur ausgerichtet, in: Mayers Großes Konversations-Lexikon: Junimisten, Band 10, Leipzig 1907, 376.
[774] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Februar 15, Haus-, Hof und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 32.
[775] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 Juli 27, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[776] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 Juli 21, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[777] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sianaia 1900 Juni 29, HHStA Wien,PA XVIII, Kart. 32 Telegramm Nr. 11.
[778] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 September 28, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[779] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 November 10, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.

zum Ausbruch. Wie Pallavicini nach Wien berichtete, würden sich bei einem Scheitern der Regierung Carp die gesetzlichen Rahmenbedingungen für ausländische Investoren deutlich verschlechtern.[780]

Die vorliegenden Informationen zeigen, dass der Markgraf von Beginn seiner diplomatischen Tätigkeit in Rumänien an den politischen Kräften des Landes kritisch gegenüber stand. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, setzte er wenig Vertrauen in das politische Geschick der rumänischen Politiker. Politisch umsichtig verhielt sich jedoch seiner Ansicht nach der König, der um stabile innenpolitische Verhältnisse zu erhalten, sich flexibel bei der Ernennung der zu Gebote stehenden Kabinette zeigte. Für den Diplomaten Pallavicini war es grundsätzlich unerheblich, welche der Parteien vom König den Auftrag zur Regierungsbildung bekam, solange sich die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für den Export von Waren aus Österreich-Ungarn vorteilhaft gestalteten.

Sturdza, der Chef der Liberalen wurde indes zum Nutznießer der Regierungskrise und zum Gewinner der darauffolgenden Wahlen. In seiner Berufung im Februar 1901 sah der König den einzigen gangbaren Weg aus der Krise.[781] Im Hinblick darauf scheint es, dass Pallavicini sich des Eindrucks nicht erwehren konnte, dass der König die Zusammenarbeit mit Sturdza begrüßte als er ihm im Vertrauen gestand., dass er Sturdza den Vorzug gegenüber allen anderen rumänischen Staatsmännern gäbe.[782] Nach den Wahlen wurde Sturdza bei Pallavicini vorstellig. Der Ministerpräsident unterstrich bei seinem Antrittsbesuch neben seiner Verbundenheit zu Österreich-Ungarn auch den Wunsch nach einer engen Zusammenarbeit mit den Dreibundmächten. Die guten Beziehungen zu Österreich-Ungarn konnten sodann während des Besuchs von Friedrich Graf von Beck-Rzikowsky (1830–1920), des Chefs des Generalstabs, gebührend unter Beweis gestellt werden. Neben der Einladung zum Dejeuner wurde Beck auch in Privataudienz vom König empfangen. Bei der Zusammenkunft wurden die guten Beziehungen zwischen den Nachbarstaaten gewürdigt und der Waffenbrüderschaft der beiden Armeen gedacht.[783] Einen weiteren Beweis für das innige, ungetrübte Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien lieferte im Anschluss der Besuch des Königspaars in Wien sowie die Teilnahme des rumänischen Kronprinzen an kaiserlichen Manövern in Ungarn.[784]

Bilaterale Treffen wurden auch von russischer Seite organisiert. So verlief das Treffen von Großfürst Aleksandr Michajlovič Romanov (13. April 1866–26. Februar 1933) mit dem rumänischen

[780] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Februar 1, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 33.
[781] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Februar 27, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.
[782] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 April 2, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.
[783] Freiherr von Beck in Sinaia, *Neue Freie Presse,* Wien 1901 Juni 22, 2.
[784] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1901 Juni 21, Juni 28, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.

Thronfolger in Consanța (Konstanza oder Konstanz, auch Constanza, türkisch Kustendji, früher Küstendje.) in einer durchaus herzlichen Atmosphäre.[785] Dabei nützte der Schwager des Zaren die Gelegenheit, mit einer kleinen Gruppe von Torpedobooten entlang der russisch-rumänischen Grenze den Kiliya-Kanal aufwärts zu fahren, um Galați (Galatz) zu erreichen. Der Visite des Großfürsten folgte wenige Wochen später der Besuch eines Teils der russischen Schwarzmeerflotte. Dabei kam es zu einer Reihe von Festlichkeiten zu Ehren der russischen Gäste. Nach Ansicht der k.u.k. Vertretung handelte es sich bei den offiziellen Besuchen um reine Propaganda mit dem Zweck, politische Stärke zu demonstrieren und einzuschüchtern.[786]

Sowohl der König als auch der Premierminister teilten diese Auffassung. Vor allem Sturdza hegte die Befürchtung, dass Russland, „so wie es einst Bessarabien für sich als einstige russische Provinz reklamiert hat, einmal auch die Dobrudscha samt den Donaumündungen nehmen könnte“.[787] Pallavicini teilte die Sorge des Ministerpräsidenten nicht. Dennoch entwickelte Pallavicini eigene Gedanken zu den Äußerungen. An Hand seiner Beobachtungen kam er zum Schluss, dass sich in Rumänien allgemein ein Gefühl der Beklemmung gegenüber dem mächtigen Nachbarn auszubreiten begann. Grundsätzlich zweifelte der Markgraf an einem außenpolitischen Richtungswechsel des Königreiches. Wie er Gołuchowski jedoch wissen ließ, lag aber eine Umorientierung Rumäniens aus Furcht, bei einer Verteilung des osmanischen Erbes am Balkan ohne die Hilfe Russlands leer auszugehen, durchaus im Bereich des Möglichen. In diesem Zusammenhang lässt sein Bericht an das Außenministerium den Schluss zu, dass er die geschickte Strategie der russischen Außenpolitik hervorhob, die den Staaten am Balkan suggerierte, ohne die Unterstützung des Zarenreichs ihre Aspiration nicht erreichen zu können. An Hand dieser Beobachtungen legte er Gołuchowski nahe, diesen Umstand in seine außenpolitischen Überlegungen mit einzubeziehen. Denn nach seiner Einschätzung hatte die russische Taktik mehr Aussicht auf Erfolg, als jede panslawistische bzw. orthodoxe Propaganda in Rumänien zusammen.

In dieser Situation erfolgte im Sommer 1902 die Abberufung des russischen diplomatischen Vertreters aus Bukarest. Die Berichte zeigen, dass die Abberufung zwischen Pallavicini und dem rumänischen Außenminister auf seine politische Bedeutung erörtert wurde. Der Liberale Ion I. C. Brătianu (20. August 1864–24. November 1927) zweifelte an der Objektivität des neuen zarischen Gesandten und befürchtete eine Änderung der russischen Politik gegenüber Rumänien. Pallavicini riet dazu, erst einmal abzuwarten und den neuen russischen Gesandten, Michail Nikolajevič Giers (22.

[785] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1901 Juli 19, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.
[786] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1901 Juli 19, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.
[787] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1901 Oktober 28, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.

April 1856–27. November 1932), an seinen Handlungen und Taten zu messen.[788] Die von russischer Seite erfolgte Wahl von Giers, wurde von der rumänischen Regierung grundsätzlich zur Kenntnis genommen wurde Die diplomatischen Bemühungen Russlands, sich in Rumänien verstärkt zu profilieren, wurden von Pallavicini zwar erkannt; er stand den russischen Ambitionen jedoch gelassen gegenüber. Im Gegensatz zum rumänischen Außenminister teilte er nämlich dessen Sorge nicht, dass in absehbarer Zeit eine Änderung der russischen Politik gegenüber Rumänien eintreten werde.[789]

Nach drei Jahren erfolgreicher Regierungstätigkeit neigte sich 1904 die Herrschaft der Liberalen Partei unter Sturdza ihrem Ende zu. Eine drohende Missernte und damit verbundene wirtschaftliche und finanzielle Einbußen bildeten den Auftakt zu verschärfter Kritik an der Regierung. Des Weiteren schürte die erfolglose Politik des Kabinett Sturdza hinsichtlich der rumänischen Minderheit in Mazedonien den Unmut in weiten Teilen der Bevölkerung. Eine schwere Krise innerhalb der Liberalen Partei wurde dann zum Auslöser für die Demission des Ministerpräsidenten.[790] Nachdem der König den Rücktritt Sturdzas angenommen hatte, wurde abermals Cantacuzino mit dem Amt betraut.[791] Da grundsätzlich die außenpolitische Linie des Landes von Carol I. vorgegeben wurde, befürchtete Pallavicini keine wesentliche Änderung der rumänischen Außenpolitik.[792]

Der Missionschef äußerte sich von Beginn seiner diplomatischen Tätigkeit an skeptisch hinsichtlich des politischen Potenzials der rumänischen Politiker äußerte. Diese Einschätzung geht mehrfach aus seinen Berichten hervor. Trotz seiner intensiven Kontakte zu führenden Persönlichkeiten des öffentlich-politischen Lebens lassen seine Berichte darauf schließen, dass sich auch während der letzten Monate vor seiner Abberufung kaum etwas an dieser Einstellung geändert hat. Zu dieser Haltung trug vermutlich auch der Umstand bei, dass sich bereits kurz nach der Amtsübernahme Cantacuzinos eine Regierungskrise abzuzeichnen begann. Nach Meinung Pallavicinis trug nicht die Opposition zum schlechten Image der Regierung bei, sondern der Ministerpräsident selbst. Pallavicini hielt Cantacuzino für unfähig. Die Ursache für die Zwistigkeiten innerhalb der Regierung lagen seiner Meinung nach in der Abkehr des Ministerpräsidenten vom ursprünglichen Regierungsprogramm. Beachtenswert hierzu ist, dass nach Ansicht des Markgrafen dessen Familie zu viel Einfluss auf die Politik des Ministerpräsidenten ausübte.[793] Die Mitglieder des Großfamilie vertraten die Ansicht, auf

[788] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1902 Juni 19, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 34.
[789] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1902 September 29, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 34.
[790] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Dezember 17, Dezember 13, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 36.
[791] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Jänner 4, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 37.
[792] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Jänner 4, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 36.
[793] Die rumänische Adelsfamilie griechischen Ursprungs leiteten ihren Herrschaftsanspruch von ihrer Herkunft, der byzantinischen kaiserlichen Familie der Kantakuzenos, ab.

Grund seiner Abstammung befähigt zu sein, in Rumänien eine führende politische Rolle einzunehmen. Im Hinblick darauf kann angenommen werden, dass der Markgraf dieser Vorzugsstellung das tief verwurzelte Prestige des Königs im Volk gegenüber stellte. Für den Augenblick stand seiner Meinung nach die Dynastie auf fester und sicherer Basis, schien der König in jeder Hinsicht vollkommen Herr der Situation zu sein.[794] Allen Anschein nach mahnte der Botschafter jedoch in Wien zur Vorsicht.

In dieser Situation zeigt sich, dass Pallavicini Carol I. als den Garant für Kontinuität und stabile Verhältnisse in Rumänien sah. Eine Prognose für den Kurs im Fall eines Herrscherwechsels wollte und konnte er zum gegebenen Zeitpunkt nicht abgeben. Er gab allerdings unmissverständlich zu bedenken, dass „wir uns keiner Täuschung hingeben [dürfen], dass ein großer Teil der rumänischen Bevölkerung uns ebenso feindlich gesinnt ist wie die Völker der übrigen Balkanländer und dass früher oder später der rumänische Irredentismus wieder mit aller Kraft erwachsen wird." Diese Aussage lässt die Vermutung zu, dass der Markgraf trotz des Geheimvertrages der Dreibundmächte mit Rumänien[795] einen Schwenk der rumänischen Außenpolitik an die Seite Russlands als mögliches Szenarium für die Zukunft betrachtete. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass er für ein starkes Bulgarien plädierte, als Sicherheit gegen den rumänischen Irredentismus und den serbischen „Größenwahn".[796]

8.1.2. Der Zustand der rumänischen Wirtschaft und der Finanzen

Der Wiener Börsenkrach von 1873 ließ die Weltwirtschaft in ein über zwanzig Jahre andauerndes Konjunkturtief sinken. So wie andere Staaten hatte auch Rumänien mit den finanziellen und wirtschaftlichen Folgen zu kämpfen, die als Konsequenz der „Großen Depression" für das Land entstanden.[797] Bereits vor der Ankunft Pallavicinis 1899 in Bukarest informierte Aehrenthal seine vorgesetzte Behörde, von der prekären finanziellen Lage des Königreichs. Rumänien war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr in der Lage, sich zur Deckung seines Budgetdefizits die nötigen Kredite zu den handelsüblichen Konditionen zu verschaffen. [798] Nach Einschätzung der k.u.k. Botschaft trug vor allem der Umstand dazu bei, dass sich das Finanz- und Steuersystem des jungen Balkanlandes erst in seiner Entwicklung befand. Sowohl die Einnahmen der direkten als auch der indirekten Steuern waren im Vergleich zur Bevölkerung unverhältnismäßig niedrig. Zudem mangelte es an den Grundlagen einer

[794] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Juni 20, Haus-, Hof und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 38.
[795] Viorel, Rumänien, 20–23.
[796] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Februar 11, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 38.
[797] Als Große Depression wird die Zeit zwischen 1873 und 1896 bezeichnet, in der die Weltwirtschaft in ein tiefes Konjunkturtief geriet. Auslöser der Finanzkrise war der Wiener Börsenkrach von 1873. Dazu: Joachim Radau, Nationalismus und Nervosität, in Wolfgang Hardtwig, Hans-Ulrich Wehler (Hg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996, 284–315; Jörg Fisch, Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850–1914, Stuttgart 2002, 241–242.
[798] Alexander Musulin an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 Jänner 11, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.

effizienten Besteuerung von Einkommen. Der Staat bezog seine Einnahmen vorwiegend aus der rationellen Nutzung der vorhandenen staatlichen Ressourcen, wie Öl, Braunkohle, Tabak oder den Einkünften der Staatsbahnen.[799] Dementsprechend schwierig gestalteten sich die Verhandlungen Rumäniens mit den Vertretern internationaler Kreditgeber. Eine für beide Seiten akzeptable Übereinkunft zwischen deutschen, französischen und englischen Gesellschaften mit der rumänischen Zentralbank konnte erst durch das persönliche Eingreifen des Königs erzielt werden. Wie den Berichten zu entnehmen ist, konnte Pallavicini in Erfahrung bringen, dass sich Carol mit dem Ersuchen um Unterstützung bei den Gesprächen an die deutsche Regierung gewandt hatte. Ungern, aber doch, hatte Berlin dem Wunsch des Königs entsprochen. Im Gegenzug rechnete die deutsche Regierung mit einer bevorzugten Behandlung ihrer Wirtschafts- und Handelsinteressen.[800]

Ungeachtet des positiven Ausgangs der Verhandlungen bewertete der k.u.k. Gesandte die wirtschaftliche Lage Rumäniens äußerst ernst. Nach Ansicht Pallavicinis hatte der König, trotz seiner Regierungskompetenz, einen großen Anteil an den Finanzproblemen seines Landes. Dieser verfolgte nämlich konsequent das Ziel, Rumänien in kürzester Zeit auf eine Stufe mit den führenden Industriestaaten Europas zu stellen. Nach Ansicht Pallavicinis ging dieser Modernisierungsprozess zu schnell. Der rasche Fortschritt des Landes war bei genauerer Betrachtung auch nur oberflächlicher Natur. Die Finanzierung von Prestigeobjekten erforderte derart viel Kapital, dass für die Entwicklung der Infrastruktur nur wenig übrig blieb. Pallavicini kritisierte, dass Investitionen in eine bessere Verwaltung, in das Schul- und Bildungswesen auf der Strecke blieben. Außerdem verursachten protektionistische Gesetze äußerst schlechte Rahmenbedingungen für ausländische Kapitalanleger, die sich dadurch scheuten, in Rumänien zu investieren. Nach Aussagen des Finanzministers hatte die konservative Regierung dieses Problem erkannt. Daher wurden in den gesetzgebenden Kammern Gesetzesvorlagen vorbereitet, die dieses Hindernis beseitigen sollten.

Durch den Abschluss der Verhandlungen mit einem internationalen Bankensyndikat konnte jedoch keine spürbare Verbesserung, weder in finanzieller noch in wirtschaftlicher Hinsicht erzielt werden. Die Berichte Pallavicinis zeigen, dass sich die Lage rapide verschlechterte.[801] Um die Unterstützung der deutschen Regierung für weitere Investitionen zu erlangen, wurde der Finanzminister zu Gesprächen nach Berlin entsandt. Neben der Erörterung diverser Reformvorschläge gelang es Ionescu, als Anreiz für Investitionen, den Fokus auf den Ölreichtum seines Landes zu lenken.[802]

[799] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 Februar 4, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.
[800] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 November 8, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.
[801] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Jänner 3, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[802] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Juni 15, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.

Vom deutschen diplomatischen Vertreter in Rumänien erfuhr Pallavicini jedoch, dass der rumänische Finanzminister in Berlin keinen guten Eindruck gemacht hatte. Da Ionescus Reformvorhaben für Berlin nicht weitreichend genug erschienen, drängte man in Bukarest auf einen Regierungswechsel. Petru Carp, der Führer der „Junimisten“ wurde mit der Unterstützung der Mittelmächte im Jahr 1900 zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Durch diese Entscheidung gelang es Berlin, seinen Einfluss auf die Belange Rumäniens auszuweiten.[803] Die politische Stellung Deutschlands machte sich dann auch schon bald bemerkbar, als Carp ein französisches Darlehensangebot ablehnte. Hinter dem Angebot stand nach den Informationen des deutschen Gesandten die französische Regierung, die mit dieser Initiative die Abhängigkeit Rumäniens von deutschem Kapital einzuschränken hoffte.[804]

Die wirtschaftliche Lage des Landes änderte sich nach der Demission Carps, als der Führer der Liberalen Sturdza die Regierung übernahm. Anstatt Rumänien weiter zu reformieren und Rahmenbedingungen für ausländische Investitionen zu schaffen, schottete er das Land ab. Der Markgraf nahm diese Entwicklung zum Anlass, um in seinen Berichten zu Vorsicht bei Investitionen zu mahnen; wahrscheinlich auch deshalb, weil er in der Politik des Ministerpräsidenten negative Folgen für die rumänische Wirtschaft und den Außenhandel befürchtete. Denn trotz seines Rohstoffreichtums und des Handels mit Holz und Agrarprodukten erwirtschaftete Rumänien keine Überschüsse und hatte mit einer permanent passiven Handelsbilanz zu kämpfen.
Nach anfänglichen Schwierigkeiten gelang es dem Ministerpräsidenten dann doch seine Finanz- und Wirtschaftspolitik erfolgreich umzusetzen und die Finanzen seines Landes zu konsolidieren.[805] Einen maßgeblichen Anteil an der gelungenen Sanierung der Staatsfinanzen hatte die Landwirtschaft. Durch die Exporterlöse der guten Ernten von 1900 und 1901 konnte ein Großteil der noch vorhandenen finanziellen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Kapitalgebern erfüllt werden. Trotz dieser für Rumänien erfreulichen Entwicklung, beurteilte Pallavicini die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes weiter ungünstig. Durch Fleiß und Ausdauer war es dem Ministerpräsident zwar gelungen die Staatsfinanzen zu ordnen und auf den richtigen Weg zu führen, es blieben jedoch Zweifel aus seiner Sicht bestehen.

Aus der Darstellung geht hervor, dass sich der Markgraf irrte, was das Vermögen der liberalen Regierung betraf, die Staatsfinanzen aus eigener Kraft zu ordnen. Allerdings warnte Pallavicini Wien vor negativen Konsequenzen protektionistischen Maßnahmen Sturdzas für die rumänische Wirtschaft sowie zur Vorsicht bei Investitionen österreichisch-ungarischer Betriebe. Darüber hinaus regte er eine

[803] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 September 28, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[804] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Jänner 15, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.
[805] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1902 Februar 22, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 34.

kritische Neubewertung der Beziehungen zu Rumänien bei Gołuchowski an. In seiner diesbezüglichen Stellungnahme kam zum Ausdruck, dass er für zukünftige Beziehungen Österreich-Ungarns zu den Balkanstaaten in erster Linie eine enge Anbindung an Bulgarien befürwortete und in weiterer Folge als den wichtigeren Faktor auf der Balkanhalbinsel hielt.[806] Das lässt den Schluss zu, dass er daran zweifelte, dass es Sturdza gelänge, die anstehenden großen Reformen der Volkswirtschaft erfolgreich zu lösen.[807]

Durch einen neuerlichen Regierungswechsel zu den Konservativen wurde die Beantwortung dieser Frage jedoch obsolet. Im konservativen Kabinett von Cantacuzino nahm Ionescu abermals das Finanzressort ein. In einem ausführlichen Gespräch informierte der Finanzminister Pallavicini über den Verlauf der deutsch-rumänischen Verhandlungen bezüglich der Verpachtung der staatlichen Erdöllagerstätten. Gegenüber dem Botschafter machte Ionescu kein Hehl daraus, dass er wegen seiner differenzierten Haltung gegenüber Deutschland innerhalb des Ministerrats mit großen Problemen zu kämpfen hatte. Zwar wusste Ionescu, dass die Zukunft der konservativen Regierung von einem erfolgreichen Ergebnis der Verhandlungen mit Deutschland abhing, trotzdem galt es für ihn abzuwägen und auf internationale Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Um einen Kompromiss zwischen nationalen und internationalen Interessen zu finden, entschied sich der Minister, die Verhandlungen mit Berlin auszusetzen.
Den plötzlichen Abbruch der bereits weit fortgeschrittenen Verhandlungen kritisierte die deutsche Regierung als unfreundlichen Akt und als ein inkorrektes Vorgehen. Der deutsche Botschafter in Bukarest gab dem Ministerpräsidenten zu verstehen, dass „sich die deutsche Regierung dies merken würde und dass Rumänien einmal in die Lage kommen könnte, sein jetziges Vorgehen gegenüber deutschen Interessen zu bereuen.“[808] Gegenüber dem rumänischen Außenminister wurde Alfred von Kiderlen-Weachter sogar noch deutlicher und meinte, dass Deutschland in Zukunft mehr Interesse für die außenpolitischen Ambitionen Bulgariens und Griechenlands an den Tag legen werde, wenn es kein Entgegenkommen in wirtschaftlicher Beziehung seitens Rumäniens fände. Auch der Reichskanzler, Bernhard von Bülow (3. Mai 1849–28. Oktober 1929) brachte seine Verärgerung über das Verhalten Rumäniens in einer scharf formulierten Depesche an den König zum Ausdruck.[809]

Carol I. reagierte zwar auf das Verhalten der Deutschen etwas besorgt, mahnte aber dennoch zu mehr Mäßigung. Pallavicini konnte diesbezüglich in Erfahrung bringen, dass die Reichsregierung dem Abschluss eines Pachtvertrags für die noch im staatlichen Besitz befindlichen Ölvorkommen große

[806] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 April 2, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 33.
[807] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1902 Juli 15, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 34.
[808] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1905 Juni 30, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 37.
[809] Viorel, Rumänien, 33–55; Hermann Gross,Deutsch-Rumänische Wirtschaftsbeziehungen, Leipzig 1929, 35–49.

Bedeutung zumaß. Kiderlen-Weachter wurde sogar persönlich von Bülow diesbezüglich instruiert. Für Pallavicini stand fest, dass die deutsche Politik in diesem Raum hauptsächlich von wirtschaftlichen Aspekten geleitet wurde. Dabei befand sich bereits ein großer Teil der privaten Ölfelder in der Hand von deutschen Banken. Sollte es den Finanzinstituten gelingen auch noch die staatlichen Lagerstätten für sich zu gewinnen, befürchtete Pallavicini eine für Rumänien gefährliche wirtschaftliche Vormachtstellung des Deutschen Kaiserreichs. In Anspielung darauf wies er Gołuchowski auch auf mögliche negative Folgen für die österreichisch-ungarische Wirtschaft hin. Angesichts der drohenden wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands registrierte der Markgraf jedoch auch innenpolitische Tendenzen, die sich gegen weitere Verhandlungen mit den deutschen Banken aussprachen. Der Ausgang des Richtungsstreits war zu diesem Zeitpunkt für Pallavicini noch offen. Er wußte jedoch, dass dieser Zustand à la longue nicht haltbar sein würde.[810]

Während der folgenden Zeit konnte Pallavicini keine sonderliche Verbesserung der deutsch-rumänischen Beziehungen erkennen. Im Gegenteil, die Spannungen zwischen Ministerpräsident Cantacuzino und Kiderlen-Weachter nahmen an Intensität zu. Die gegenseitige Animosität verschärfte sich derart, dass der Ministerpräsident sogar die Abberufung des deutschen diplomatischen Vertreters forderte. Lediglich dem König gelang es, eine ernsthafte diplomatische Verstimmung mit Berlin zu verhindern, indem er den Wunsch des Ministerpräsidenten ablehnte.[811]

Als unmittelbarer Nachbarstaat bestand für Österreich-Ungarn ein natürliches Interesse mit Rumänien gute Wirtschafts- und Handelsinteressen zu unterhalten. Als Repräsentant Österreich-Ungarns gehörte es zu den Aufgaben des Markgrafen, die Voraussetzungen für eine für beide Seiten konstruktive Zusammenarbeit zu schaffen. Das dies nicht immer sehr leicht gewesen sein dürfte, geht aus seinen Berichten hervor. Aus den Informationen geht hervor, dass er mit starker europäischer Konkurrenz um den rumänischen Markt zu kämpfen hatte. Neben französischen Investoren versuchte vor allem das Deutsche Kaiserreich, sich eine dominante, was die Ölvorkommen betrifft, sogar eine monopolistische Stellung zu schaffen. Erschwerend für die Tätigkeit des k.u.k. Gesandten dürfte auch die Tatsache gewesen sein, dass die liberale Regierung unter Ministerpräsident Sturdza protektionistische Maßnahmen, einer Öffnung des rumänischen Marktes für ausländisches Kapital und Investitionen, den Vorzug gab. Diese Faktoren sprechen dafür, dass Pallavicini die wirtschaftliche Entwicklung des Landes skeptisch betrachtete und für die Zukunft eine engere Anbindung Österreich-Ungarns an Bulgarien als denkbare politische Perspektive anregte.

[810] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1905 Juli 17, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 37.
[811] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Juni 20, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 38.

8.2. Außenpolitik Rumäniens und Orientalische Frage

Als einer der jungen Balkanstaaten war Rumänien politisch und wirtschaftlich sowohl direkt als auch indirekt in die Orientalische Frage involviert. Wie auch die anderen Balkanstaaten befand sich Rumänien im unmittelbaren Spannungsbereich der Großmächte. Es nützte seine außerhalb des Königreichs lebende nationale Ethnie als Argument, um Gebietsansprüche durchzusetzen. Pallavicini wurde vielfach während seinen Tätigkeiten, sowohl davor als auch als k.u.k. Gesandter in Bukarest, mit den vielfältigen Facetten der Auseinandersetzung um Macht und Einfluss am Balkan konfrontiert. Denn seit vielen Jahren bildete die zukünftige Entwicklung Mazedoniens den Dreh- und Angelpunkt der Differenzen.[812] Für den rumänischen König stand dabei fest, dass die Erhaltung des europäischen Friedens in erster Linie vom Verhalten Bulgariens in dieser Frage abhing. Wiederholt vertrat Carol I. die Meinung, dass in einem osmanisch-bulgarischen Konflikt nur eine eindeutige Neutralitätsbekundung der Großmächte die Gewähr dafür böte, Bulgarien von unüberlegten Schritten abzuhalten. Außerdem äußerte der König wiederholt den rumänischen Standpunkt, dass sein Land im Fall bulgarischer Gebietsgewinne auf Kosten des Osmanischen Reiches, seinerseits von diesem Kompensationen fordern werde.[813] Jedoch konnte der Missionschef schon bald nach seiner Ankunft in Rumänien aus den vorliegenden Informationen der Regierung erkennen, dass in Bukarest niemand mit dem Eintreten einer derartigen Eventualität rechnete. Außerdem wurden die momentanen guten Beziehungen zwischen St. Petersburg und Wien als Garantie für die Erhaltung der Ruhe am Balkan angesehen. Auf Grundlage dieser Konstellation schien es der rumänischen Regierung daher auch opportun, ein Bündnisangebot Konstantinopels abzulehnen.[814]

Ungeachtet dessen wurde das Land von einer Reihe politisch motivierter Attentate erschüttert. Den Beginn einer Welle des Terrors bildete Mitte Februar 1900 der Anschlag auf einen osmanischen Agenten in Bukarest. Dieser hatte den Auftrag, die Aktivitäten des in der Hauptstadt ansässigen mazedonisch-bulgarischen Komitees zu beobachten. Der mutmaßliche Täter, ein Bulgare, konnte bereits kurz darauf festgenommen werden. Vom Außenminister wurde Pallavicini davon unterrichtet, dass man beabsichtigte, mit aller Härte gegen den Attentäter vorzugehen. Die rumänische Regierung war diesbezüglich fest gewillt, Bukarest nicht zum Schauplatz fremder politischer Verschwörungen werden zu lassen. In Hinblick darauf wurde auch beabsichtigt, die Mitglieder des Komitees auszuweisen.[815]

---

[812] Zur Mazedonischen Frage siehe auch Roland Schönfeld, Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 1998, 157-162.
[813] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 April 26, HHStA Wien PA XVIII, Kart. 31.
[814] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1899 März 6, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 31.
[815] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Februar 15, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32

In dieser Angelegenheit wurde Pallavicini auch vom diplomatischen Vertreter Bulgariens aufgesucht. In seiner Eigenschaft als Repräsentant einer Signatarmacht gab er dem Diplomaten dabei zu verstehen, dass die Tätigkeit des geheimen Komitees von den Großmächten missbilligend beobachtet wurde. Im Hinblick darauf gab ihm der Markgraf auch den Rat, auf seine Regierung dahingehend einzuwirken, die Aktivitäten des Komitees strenger zu überwachen oder dessen Handlungsfreiheit drastisch einzuschränken. Einwände des Gesandten bezüglich der offenen Reformfragen ließ er zwar gelten, Pallavicini stellte sich jedoch grundsätzlich hinter die „Status quo Politik“ seiner Regierung.[816]

In einem Treffen mit dem russischen Gesandten teilte dieser Pallavicinis Standpunkt. Im Rahmen einer Unterredung versprach der russischen Gesandten Nicolaj Antonovič Fonton Pallavicini, in St. Petersburg in diesem Sinne urgieren zu wollen.[817] Auf der Basis der Vereinbarungen von 1897 war auch Russland daran interessiert, keinen Krisenherd in dieser Region entstehen zu lassen.[818] Allerdings wurde Pallavicini von Aehrenthal gegenüber den Aussagen Fontons zu Bulgarien zur Vorsicht geraten. Der k.u.k. Botschafter in St. Petersburg ihn nämlich wissen, dass die russische Regierung den politischen Entwicklungen in Bulgarien wieder mehr Aufmerksamkeit widme. So wurden Verhandlungen über eine russische Finanzhilfe geführt und anti-russische Kräfte aus den Streitkräften eliminiert. Allem Anschein nach intensivierte St. Petersburg seine Ambitionen in Bulgarien, obwohl die Versicherungen Russlands, den Status quo aufrecht erhalten zu wollen, aufrichtig waren. Ebenso aber stand fest, dass das Zarenreich mit allen Mitteln danach trachtete, seinen Einfluss in Bulgarien deutlich auszuweiten. Pallavicini musste erkennen, dass durch die Gespräche zwischen Nikolaj II. und Franz Joseph I. im April des Jahres eine Einigung bezüglich einer Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan zwar erzielt werden konnte, die Bemühungen des Zarenreichs, seine Position in Bulgarien zu festigen, jedoch nicht weniger ambitioniert fortgesetzt wurden.

Im Allgemeinen teilte Carol I. die Auffassung Pallavicinis. In seiner Einschätzung prognostizierte der König die Lage am Balkan pessimistisch. Vor allem befürchtete er eine vollkommene Russifizierung Bulgariens. In diesem Zusammenhang gelangte Carol I. zu der Überzeugung, dass Russland Mittel und Wege finden werde, um seine Ziele auf friedlicher Basis zu erreichen. Als eine Option hierzu zog der König die Anerkennung des Nachbarstaats als Königreich durch Russland in Betracht.

---

[816] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Februar 24, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[817] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 März 2, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[818] Zwischen 27. und 29. April 1897 besuchte Franz Joseph I. im Beisein von Gołuchowski Russlands Hauptstadt. Dabei wurden in einer freundschaftlichen Atmosphäre Vereinbarungen zur Erhaltung des Friedens und des Status quo am Balkan getroffen. Über die Gespräche und deren Ergebnisse wurden keine Protokolle angefertigt, sodass u.a. das russische Zugeständnis auf das Recht Österreich-Ungarns auf die Annexion Bosniens und der Herzegowina, für den ihm passenden Moment, nicht schriftlich festgehalten wurde. Dazu: Pantenburg, Im Schatten, 236–242; Wakounig, Dissens, 470-47.

Wie Pallavicini vom rumänischen Außenminister erfuhr, beschäftigte sich der König daher intensiv mit der Anerkennungsfrage. Obwohl es den Vereinbarungen von Berlin widersprach, wollte der König in Wien und Berlin einen diesbezüglichen Vorstoß unternehmen. Dieser Idee konnte Pallavicini einiges abgewinnen. Denn er vertrat den Standpunkt, dass es vorzuziehen wäre, „wenn vermieden werden könnte, dass Bulgarien, um eine formelle Unabhängigkeit von der Türkei zu erlangen, [dadurch] in ein reelles Abhängigkeitsverhältnis zu Russland käme." Insgeheim schien ihm dieser Moment jedoch bereits verpasst. Seiner Meinung nach befand sich Bulgarien bereits in einer festen russischen Umklammerung.[819]

In der Zwischenzeit wurden die Untersuchungen zum Mord an dem Agenten der Pforte zum Abschluss gebracht. Darin konnte dem mazedonischen Zentral-Komitee in Sofia eindeutig die Urheberschaft an diesem Attentat nachgewiesen werden. Über Beziehungen des geheimen Komitees zu panslavistischen Kreisen lagen keine Beweise vor.[820] Bereits im August desselben Jahres erfolgte ein neuerliches Attentat, das vierte innerhalb weniger Wochen. Zum Ziel des Anschlags wurde diesmal ein rumänischer Staatsbürger. Bei dem Opfer handelte es sich um Stefan Mihaileanu, Chefredakteur der Zeitschrift *Peninsula Balcanica*,[821] mit aromunischen Wurzeln.[822]
Der Herausgeber einer politischen Zeitschrift hatte sich nicht nur durch die Propaganda für die Belange der Aromunen, sondern besonders durch seine Anfeindungen aller slawischen Bestrebungen in Mazedonien viele Feinde unter den Bulgaren gemacht. Die rumänische Regierung reagierte dieses Mal mit einer entsprechenden Note. Von Seiten Bukarests wurde abermals mit einer massenhaften Ausweisung bulgarischer Staatsangehöriger aus Rumänien gedroht, falls sich die Regierung nicht entschließen sollte, derartigen Übergriffen mit aller Härte entgegenzutreten.[823] Nach einer Intervention des russischen Botschafters in Sofia erklärte sich die bulgarische Regierung bereit, den rumänischen Forderungen nachzukommen und gerichtliche Schritte gegen etwaige Mitschuldige des Komitees einzuleiten.[824]

---

[819] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 April 20, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[820] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 April 24, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[821] Roman Viorel, Rumänien, 38.
[822] Die Aromunen, auch Mazedo–Rumänen, Zinzaren, Vlachen oder Kutzowalachen. Ein Volk aus Händlern, Kaufleuten, Hirten und Handwerkern über den gesamten Balkan verstreut. Im Laufe der Zeit konnte sie ihre Sprache als Umgangssprache bewahren. Im Gegensatz dazu existiert keine Schrift. 1860 wurde in Bukarest ein makedo-rumänisches Komitee gegründet, das von der Idee getragen wurde, die Aromunen seien Rumänen. Von da an flossen finanzielle Beiträge an aromatische Schulen in Mazedonien zur Förderung des Rumänischen als Schriftsprache. In der Auseinandersetzung der Balkanvölker um die osmanischen Gebiete in Mazedonien beanspruchte Rumänien durch diese Volksgruppe eine Mitsprache in der Neu- bzw. Umverteilung. Dazu: Völkl, Rumänien, 64–66; Max Demeter Peyfuss, Die Aromunische Frage. Ihre Entwicklung von den Ursprüngen bis zum Frieden von Bukarest (1913) und die Haltung Österreich-Ungarns. Wien/Graz 1974; Thomas. Kahl, Die Aromunen, in: Harald Roth (Hg.), Studienhandbuch östliches Europa Band 1, Geschichte Ostmittel- und Südeuropas, Köln/Weimar/Wien 2009, 460–461.
[823] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 August 6, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.
[824] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 August 28, September 12, HHStA Wien, PA XVIII, Kart. 32.

Als Chef der k.u.k. Mission in Bukarest befand sich Pallavicini in einem der Zentren der Auseinandersetzung um politischen Einfluss in Mazedonien. Trotz seiner exponierten Stellung hatte er jedoch keine Möglichkeit, auf die gewaltsamen Übergriffe innerhalb der verfeindeten Gruppierungen Einfluss zu nehmen. Diesbezüglich befand er sich im Nachteil gegenüber seinem russischen Kollegen, der zumindest offiziell die Parteinahme seiner Regierung für die offensive Haltung Bulgariens bzw. des mazedonisch-bulgarischen Komitees in Abrede stellte. In seiner Funktion als Repräsentant einer Signatarmacht und diplomatischer Vertreter Österreich-Ungarns hat sich der Markgraf nicht nur an den Richtlinien der Status quo Politik seiner Regierung orientiert, sondern sich darüber hinaus mit Nachdruck für deren Einhaltung eingesetzt. Im Herbst 1902 wurden dem Osmanischen Reich von Russland, Frankreich und England Reformvorschläge für Mazedonien unterbreitet.[825] Nach der Zustimmung des Sultans zur Realisierung der Vorschläge, reagierte binnen kurzem sowohl die Regierung als auch die Opposition Rumäniens auf die neue Entwicklung. Im Organ der Konservativen Partei erschien ein Artikel, der sich mit der Lage in Mazedonien und möglichen Eventualitäten beschäftigte. Darin wurde einerseits die Beibehaltung der „Status-quo-Politik“ gefordert, andererseits aber die bekannte Forderung postuliert, im Falle territorialer Veränderungen am Balkan mit partizipieren zu wollen. Aus sicherer Quelle erfuhr Pallavicini, dass Cantacuzino beabsichtigte, Carol I. diese Position seiner Partei darzulegen. Für Pallavicini bestand kein Zweifel, dass diese Haltung nicht nur von der Opposition, sondern von allen maßgebenden Politikern Rumäniens vertreten wurde. Der Markgraf konnte in Erfahrung bringen, dass sich unter den rumänischen Politikern eine Gruppe befand, die sich dafür aussprach, eventuelle Gebietsansprüche mit Hilfe Russlands zu erreichen. Grundsätzlich erwartete Pallavicini jedoch keine Umorientierung der rumänischen Außenpolitik. Jedenfalls ließ er Gołuchowski wissen, weiter aufmerksam die Aktivitäten des russischen Gesandten und der Konservativen Partei zu beobachten.[826]

In dieser Sache wurde von offizieller rumänischer Seite ein Rundschreiben an die Vertreter bei den Großmächten gerichtet, in welchem der Standpunkt der Regierung in der mazedonischen Frage präzisiert wurde. Die Regierung betonte darin ihren Wunsch zur Aufrechterhaltung des Status quo, sowie ihr großes Interesse an einer Lösung der Frage. Die Note war primär an die Adresse Russlands gerichtet, mit dem Hintergrund eine Reaktion aus St. Petersburg zu erhalten. Denn in Bukarest war man der Ansicht, dass St. Petersburg die Angelegenheit als ein Problem zwischen Russland, Serbien und Bulgarien betrachtete. Die russische Antwort auf die rumänische Initiative fiel dann ziemlich

[825] Dazu Hashagen, Umrisse, 132–135; Katrin Boeckh, Mazedonien, die Mazedonische Frage ab dem 19. Jhdt., in: Harald Roth, (Hg.), Studien Handbuch östliches Europa. Band 1, Geschichte Ostmittel- und Südeuropas, Köln/Weimar/Wien 2009, 259–260.

[826] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1903 Jänner 28, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XVIII, Karton (Kart.) 35.

eindeutig aus. Der russische Außenminister Vladimir Nikolaevitč Lamzdorf[827] lehnte es überhaupt ab, den rumänischen Standpunk auch nur in Betracht zu ziehen.[828]

Von seinem deutschen Kollegen erfuhr Pallavicini, dass der russische Gesandte in Sofia mäßigend auf die bulgarische Regierung bezüglich der Reformen einwirkte. Ihm gegenüber sprach sich Russlands diplomatischer Vertreter optimistisch über das Gelingen des Reformwerks aus. Er ließ aber gleichzeitig erkennen, dass es die russische Regierung auf sich genommen hatte, Bulgarien gegen alle eventuellen Angriffe zu schützen.[829] Diese Linie vertrat auch der bulgarische Gesandte in Bukarest gegenüber Pallavicini. Der ließ den Markgrafen wissen, dass „er von seiner Regierung die Mitteilung bekommen habe, Bulgarien wolle das Schicksal Mazedoniens vertrauensvoll in die Hände der Großmächte legen und sich jeder Aktion enthalten".[830] Diese offizielle Haltung Bulgariens widersprach jedoch einem Konfidentenbericht, der über versteckte Zuwendungen von Fürst Ferdinands an die mazedonische Untergrundbewegung berichtete.[831] Trotzdem sah Carol I. keinen Grund, sich Sorgen zu machen. In Hinsicht darauf rechnete der König zwar mit dem Ausbruch von Unruhen in Mazedonien, die seiner Meinung nach jedoch keine weiteren Konsequenzen nach sich ziehen würden.[832]

Mit dieser Prognose schätzte Carol I. die Lage in Mazedonien richtig ein. Anfang August brach in Kruševo ein Aufstand aus, der sich binnen kurzem auf ganz Mazedonien ausbreitete. Die unter der Leitung der IMRO geführte Revolte hatte die Befreiung Mazedoniens von der osmanischen Herrschaft zum Ziel. Trotz anfänglicher Erfolge gelang es den schlecht ausgerüsteten Widerstandskämpfern jedoch nicht, sich gegen die überlegenen Truppen des Sultans zu behaupten. Da keine Intervention von Seiten der Großmächte erfolgte, gelang es den osmanischen Kräften, den Aufstand innerhalb weniger Tage niederzuschlagen.[833]

Obwohl in diesem Zusammenhang in Bukarest Meldungen über eine Mobilisierung der bulgarischen Reserve eintrafen, nahm die rumänische Regierung die Nachrichten ruhig und gelassen auf. Nach einem Gespräch mit Pallavicini hatte Rumäniens Ministerpräsident vollkommenes Vertrauen in den

[827] Anm.; 6. Jänner 1845/ 25. Dezember 1844–19./6. März 1907, Lamsdorf bekleidete das Amt des russischen Außenministers ab Dezember 1900–1906.
[828] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1903 Februar 8, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[829] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1903 März 26, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[830] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1903 Februar 20, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[831] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1903 Februar 22, Telegramm Nr. 5, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[832] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1903 März 11, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[833] Der Aufstand begann am 2. August, am „Sankt Elias-Tag", einem kirchlichen Feiertag, in der Gebirgsstadt Kruševo. Der Aufstand wurde von der mazedonischen Untergrundorganisation IMRO = „Inneren mazedonische revolutionäre Organisation" organisiert und geleitet. Den Aufständischen gelang es sich zehn Tage gegen die überlegenen Truppen des Sultans zu behaupten. Dabei wurde die „Republik Kruševo ausgerufen. Die Kampfhandlungen forderten zahllose Opfer unter der Zivilbevölkerung. Dörfer wurden dem Erdboden gleich gemacht, Häuser wurden verbrannt, viele christliche Bewohner Mazedoniens flohen aus Angst vor Vergeltungsmaßnahmen in die Nachbarländer. Adanir, Die Makedonische Frage, 193, Stefan Troebst, Vom ethnopolitischen Schlachtfeld zum unterethnischen Stabilitätspol: Gewalt und Gewaltfreiheit in der Region Mazedonien im „ langen" 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, in: Philipp Ther – Holm Sundhaussen (Hgg.), Forschungen zur osteuropäischen Geschichte 59, Wiesbaden 2001, 40–41.

Willen der Großmächte, den Frieden zu erhalten. Dementsprechend negativ fiel auch eine Anfrage aus Konstantinopel aus, die die rumänische Haltung zu einem eventuellen Krieg zwischen dem Osmanischen Reich und Bulgarien zum Inhalt hatte.[834]

Über das weitere Übereinkommen Russlands und Österreich-Ungarns in Mürzsteg[835] äußerte sich Carol im Interesse der Erhaltung des Friedens gegenüber Pallavicini befriedigt. Er hegte jetzt allerdings Bedenken bezüglich der erfolgreichen Realisierung des Reformprogramms.[836] Die Vorbehalte des Königs wurden vom Außenminister geteilt. Bratianu hegte Zweifel an der Umsetzung der Kontrolle und der Organisation der Gendarmerie. Pallavicini hatte dann den Eindruck, dass der Minister die Umsetzung jenes Programmpunktes am meisten befürchtete, der die Abgrenzung nach Nationalität behandelte. An Pallavicini deponierte er daher den Wunsch seiner Regierung, auch Distrikte mit einer rumänischen Mehrheit zu formen. In dieser Hinsicht rechnete er mit der Unterstützung Österreich-Ungarns.[837] Pallavicini hatte wenig Zweifel daran, dass es sich hierbei weniger um das Los der rumänischen Bevölkerung handelte, als primär um die Furcht vor einer möglichen Vergrößerung Bulgariens.[838]
Der Unmut in der Bevölkerung, hinsichtlich der Politik der liberalen Regierung in Punkto der rumänischen Minderheit in Mazedonien, bildete einen Faktor zum Sturz des Kabinetts Sturdza. In Rumänien war die Außenpolitik eine Domäne des Herrschers. Demzufolge war nach dem Regierungswechsel zur konservativen Partei unter Cantacuzino im Jänner 1905, im Gegensatz zu veränderten Rahmenbedingungen hinsichtlich der Wirtschaftspolitik, keine wesentliche außenpolitische Kurskorrektur zu erwarten.

Überraschend in diesem Zusammenhang erfolgte allerdings für Pallavicini die Ernennung von General Jacob N. Lahovary (16. Jänner 1846–7. Februar 1907) zum Außenminister. In seiner ersten Stellungnahme nach dem Regierungswechsel bekannte sich der neue Außenminister dazu, die politische Linie seines Vorgängers beibehalten zu wollen. Die Berichte Pallavicinis lassen darauf schließen, dass er sich jedoch einer gewissen Unruhe bezüglich der zukünftigen Gestaltung der Politik des Generals nicht erwehren konnte. Was die Umsetzung der Reformbemühungen der Ententemächte in Mazedonien betraf, so wurden sie von Lahovary, so wie bereits von seinem Vorgänger, kritisch beurteilt. Der Außenminister hob ihm gegenüber hervor, dass seiner Ansicht nach weder die Verhandlungen der Finanzkommission, noch die Bemühungen der europäischen Sicherheitsorgane bis

[834] Ludwig Callenberg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1903 September 21, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[835] Wakounig, Dissens, 472f.
[836] Über die Reformation Österreich-Ungarn und Russlands, Jacob Ruchti, Die Reformaktion Österreich-Ungarns und Russlands in Mazedonien 1903–1908, Gotha 1918, Ludwig Callenberg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1903 Oktober 17, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[837] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1903 Dezember 3, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[838] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia1903 November 7, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.

dato ein praktisches Resultat geliefert hätten. Auf Grund dieser Einschätzung rechnete der General mit einem baldigen Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Bulgarien und dem Osmanischen Reich. Für diesen Fall war an die Möglichkeit einer Kooperation mit Bulgarien gedacht. Voraussetzung war die Zustimmung der Mächte und eine Einigung mit Sofia bezüglicher einer eventuellen Kompensation.
Diese Variante ließ Pallavicini aufhorchen. Denn nach Wien berichtete der Gesandte bereits wiederholt Anzeichen beobachtet zu haben, die auf eine Annäherung der Nachbarstaaten schließen ließen. Den Eintritt Rumäniens an der Seite Bulgariens bei einem Kriegsausbruch zwischen Sofia und Konstantinopel schloss Pallavicini jedoch aus; gut denkbar war hingegen die Vorstellung einer rumänischen Neutralität bei Zusicherung des bekannten Kompensationsobjektes. Für Sofia wäre diese Haltung von besonderem Wert. Pallavicini empfahl diese Eventualität bei zukünftigen Überlegungen miteinzubeziehen.[839]

Indes bereitete Carol I. die Lage Russlands am asiatischen Kriegsschauplatz zunehmend Sorge. Die russische Absenz am Balkan ließ nach Meinung des Königs unabsehbare Konsequenzen für die Region befürchten. In diesem Zusammenhang betrachtete der König auch die fieberhaften Rüstungsbestrebungen Bulgariens, die nach Angaben des rumänischen Militärattachés in Sofia das rumänische Rüstungspotential bereits bei weitem übertroffen hätten.[840]
Pallavicini konnte einen Gegensatz zwischen der Auffassung des Königs, des Ministerpräsidenten und seines Außenministers ausfindig machen. Cantacuzino gab vor, keine Kenntnis von den Ideen seines Außenministers zu haben. Bei einem Treffen mit dem Markgrafen stellte er fest, dass bei einem Gebietszuwachs Bulgariens auf Kosten des Osmanischen Reiches ein ebensolcher für Rumänien notwendig sei und es alles daran setzen werde, militärisch seinem Nachbarn ebenbürtig zu sein.[841] Angesichts der unterschiedlichen Aussagen ließ es sich der König nicht nehmen, den k.u.k. Missionschef von seiner Haltung zu unterrichten, nämlich dass die Zeit noch nicht reif sei, eine endgültige Position einzunehmen.[842]

Durch die Reformbemühungen der Großmächte, zum einen die Initiative von Frankreich, Russland und England 1902, zum anderen die 1903 in Mürzsteg vereinbarten Maßnahmen von Österreich-Ungarn und Russland, wurde unter den rumänischen Politikern eine gewisse Unruhe hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung Mazedoniens ausgelöst. Diese Unruhe manifestierte sich für den Markgrafen in diplomatischen Initiativen der liberalen Regierung. Sie kam in der Folge auch durch einen Regierungswechsel zum Vorschein, als Pallavicini Differenzen innerhalb des konservativen Kabinetts

[839] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Jänner 14, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[840] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Februar 27, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[841] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 März 5, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[842] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 März 12, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.

hinsichtlich der weiteren Schritte Rumäniens in Bezug auf die Mazedonische Frage feststellte. Grundsätzlich befürchtete er jedoch keine wesentliche außenpolitische Richtungsänderung der rumänischen Regierung. Eine eventuelle Hinwendung der Rumänen zu Russland schloss er jedenfalls nicht ganz aus, da er davon Kenntnis hatte, dass eine oppositionelle Gruppe danach trachtete, territoriale Veränderungen am Balkan mit Hilfe Russlands zu erreichen. In Carol I. sah der Markgraf den Garanten für die Erhaltung des Friedens, obwohl ihm die Rüstungsbestrebungen des Königreichs nicht verborgen blieben.

8.2.1. Die Frage der rumänisch-stämmigen Minderheit in Mazedonien

Im Hinblick auf die politischen Konsequenzen für die Aromunen durch die Vereinbarungen von Mürzsteg begann Rumänien seine Propaganda für die Volksgruppe zu verstärken. Der rumänischen Volksvertretung wurde ein Programm vorgelegt, das eine Intensivierung der Investitionen für Schulen und Kirchen vorsah.[843] In einem Gespräch mit Pallavicini versuchte der rumänische diplomatische Agent in Konstantinopel zu beweisen, dass der rumänische Bevölkerungsanteil in Mazedonien um vieles größer sei als allgemein vermutet; daher habe sich die Regierung das Ziel gesetzt, diese Nationalität auf kulturellem Gebiet binnen zehn Jahren der bulgarisch- und griechisch-stämmigen Bevölkerung gleichzusetzen. In Bukarest war man sich durchaus der Tatsache bewusst, im Rahmen dieses Vorhabens in erster Linie mit dem Widerstand der Griechen rechnen zu müssen. Pallavicini wusste, dass hinter diesem Plan das Konzept stand, die Aromunen bei künftigen Verhandlungen als Tauschobjekt zu verwenden. Den rumänischen Ambitionen auf kulturellem Gebiet stand der Markgraf grundsätzlich positiv gegenüber stand. Er warnte aber eindringlich vor politischer Agitation. Denn von seinem russischen Kollegen wurde er darüber informiert, dass in St. Petersburg die rumänischen Bestrebungen mit einem gewissen Misstrauen verfolgt wurden. Von rumänischer Seite wurde diesbezüglich allerdings nachdrücklich versichert, sich jeder politischen Propaganda enthalten zu wollen.[844]

Von den verstärkten Bemühungen Bukarests für die Volksgruppe wurde auch der griechische Gesandte in Unruhe versetzt. Dieser verurteilte auf das Schärfste die Ambitionen Rumäniens, den Anteil der Aromunen auf Kosten der griechischen Bevölkerung steigern zu wollen. Als Folge befürchtete der griechische Gesandte gegenüber Pallavicini eine Abkühlung der Beziehungen beider Staaten. In seiner Entgegnung verwies Pallavicini auf die grundsätzliche Erhaltung des Status quo.

[843] Peyfuss, Die Aromunische Frage, 462–466; Völkl, Rumänien, 64–66;
[844] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Jänner 8, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.

Gegenüber dem griechischen Diplomaten räumte er in Bezug auf die kulturelle Tätigkeit außerdem ein, dass Rumänien das gleiche Recht zustehe, wie den Bulgaren, Serben und Griechen.[845]

Den eigentliche Grund für die sich anbahnende Kontroverse resultierte für den Markgrafen in Missverständnissen, die anlässlich des Gipfeltreffens der Herrscher im Frühsommer 1901 in Abbazia (Opatija, Sankt Jakobi) entstanden waren.[846] Nach einer Audienz beim König wandte sich der griechische Gesandte abermals an Pallavicini und berichtet, dass Rumänien fest entschlossen sei, seine kulturelle Tätigkeit fortzusetzen. Auch bekräftigte Carol I. den Standpunkt seiner Regierung, bei einer endgültigen Lösung der Frage mitsprechen zu wollen. Unterdessen ersuchte die griechische Regierung im k.u.k. Außenministerium um Unterstützung für ihre Belange. Die Informationen hinsichtlich des Gesprächs weisen jedoch darauf hin, dass der Markgraf die Aussichten auf eine Intervention des Ballhausplatzes skeptisch beurteilte. Denn im Hinblick auf die innenpolitische Lage Rumäniens, hielt er einen diesbezüglichen Kurswechsel für kaum vertretbar. Es zeigt sich sogar, dass er grundsätzlich der Entwicklung einen positiven, möglicher Weise sogar einen persönlichen, Aspekt abgewinnen konnte. Im Sinn hatte Pallavicini dabei zweifelsohne die rumänische Bevölkerung in Ungarn. Als Diplomat und Mitglied des ungarischen Hochadels kannte der Markgraf natürlich die Minderheitenproblematik der Rumänen in seiner Heimat. Dieser Umstand lässt darauf schließen, dass er befürchtete, dass ein Land mit einem Teil seiner Volksgruppe außerhalb der eigenen Grenzen immer bestrebt sein würde, diese Gebiete für sich zu beanspruchen. Daher war es vom Standpunkt Österreich-Ungarns weitaus besser, wenn sich der Drang Rumäniens nach Vergrößerung eher in Richtung Süden als nach Norden richtete.Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass Pallavicini in dieser Richtung tätig war, um irredentistischen Forderungen Rumäniens an seine Heimat, das Königreich Ungarn, zu unterbinden [847]

Die Standpunkte der Konfliktparteien verhärteten sich, als Carol ankündigte, die Aromunen an das bulgarische Exarchat anschließen zu wollen.[848] Von diesem Vorhaben riet er Außenminister Bratianu eindringlich ab, da er befürchtete, dass eine offene Parteinahme Rumäniens für Bulgarien in Griechenland als Provokation aufgefasst werden würde. Er fand es nämlich „vom Standpunkt einer möglichen Kompensation (für) unklug, den Bulgaren das Objekt, für welches man dereinst eine Kompensation fordern wolle, so zu sagen schon jetzt ausliefere. Denn darüber dürfe man sich keiner

[845] Peyfuss, Die Aromunische Frage, 463–466;

[846] Pallavicini sah das Problem darin, dass man sich anlässlich der Zusammenkunft des griechischen und des rumänischen Königs nicht mit genügend Genauigkeit ausgesprochen hatte. Denn in Griechenland schien man von der Ansicht ausgegangen zu sein, dass Rumänien überhaupt auf jede kulturelle Propaganda in Mazedonien verzichten werde. Dies war aber niemals der Fall. Im Gegenteil, Rumänien hatte immer erklärt, es werde sich immer für die kulturellen Interessen der rumänischen Volksgruppe im Osmanischen Reich interessieren. Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Jänner 8, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.

[847] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Februar 12, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.

[848] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 März 8, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.

Illusion hingeben, dass die kutzo-wallachische Bevölkerung, wenn deren Priester vom Exarchat abhängen sollten, über kurz oder lang als ein dem Bulgarentum anheimgefallenes Element zu betrachten sein wird“.[849]

Dieser Argumentationslinie schien Bratianu zu folgen. Unter diesen Umständen sah auch der Außenminister das Prestige einer rumänischen Identität gefährdet. Bei einer diesbezüglichen Unterredung mit dem Ministerpräsidenten winkte auch der Chef der Liberalen, Sturdza ab. Der Ministerpräsident empfand die Idee, abgesehen von der politischen Warte, auch vom religiösen Standpunkt als höchst bedenklich. Er versuchte Pallavicini zu versichern, dass hiervon niemals ernstlich die Rede gewesen sei.[850] Dessen ungeachtet setzte die Regierung in Bukarest ihre Bemühungen um die Gleichstellung der rumänischen Bevölkerung fort. Einerseits wurde dem Patriarchat in Konstantinopel ein Zwölf-Punkte-Katalog übermittelt, der neben dem Recht auf Ausübung der Liturgie in rumänischer Sprache, auch die Erhaltung von Schulen, die Errichtung von Kirchen und diverse andere Initiativen zum Inhalt hatte. Zum anderen wurden Verhandlungen mit der Pforte initiiert, die die offizielle Vertretung der Aromunen in Verwaltungsausschüssen betrafen. Während die Pforte dem Anliegen der rumänischen Regierung positiv gegenüberstand, wurden die Forderungen, trotz der Unterstützung durch die Großmächte, vom Patriarchat in vollen Umfang zurückgewiesen.[851] Pallavicini wurde über den Verlauf der Verhandlungen mit der Pforte ebenso unterrichtet, wie er über die Hintergründe bezüglich der ablehnenden Haltung des Patriarchats in Kenntnis gesetzt wurde. Die Ablehnung der rumänischen Wünsche resultierte demzufolge zum Großteil aus der feindlichen Einstellung der weltlichen Mitglieder des Heiligen Synod in Konstantinopel.[852]

Darüber hinaus berief sich der Patriarch darauf, dass die aromunische Bevölkerung keinerlei Wunsch nach einer Änderung des augenblicklichen Zustandes geäußert hatte. In Anbetracht dessen blieb Ministerpräsident Sturdza nichts anderes übrig, als auf ein Entgegenkommen der Pforte durch entsprechende Verfügungen für die Volksgruppe zu hoffen. Gegenüber Pallavicini äußerte sich Außenminister Bratianu zunehmend enttäuscht über den Verlauf der Ereignisse. In Pallavicini verstärkte sich der Eindruck, dass Bratianu an seinem Ziel, der rumänisch-stämmigen Volksgruppe für zukünftige Entwicklungen eine möglichst breite Basis zu schaffen, mehr und mehr zu zweifeln begann.[853]

[849] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 April 1, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.
[850] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 April 20, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.
[851] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Mai 17, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.
[852] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 April 20, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.
[853] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Mai 25, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.

Im Gegensatz dazu stand die Thematik durch Opposition und Presse zunehmend im öffentlichen Interesse. Unter dem Druck der Öffentlichkeit schwenkte die liberale Regierung auf eine neue Strategie ein. Die Idee einer Kompensation auf Kosten Bulgariens trat merklich in den Hintergrund. Das Kabinett Sturdza ließ sie nunmehr von dem Gedanken einer kulturellen Offensive für die Aromunen leiten. Die rumänische Volksgruppe sollte derart zur führenden Nationalität in Mazedonien aufgebaut werden. Der von der Regierung angestrebte Kurswechsel ließ Pallavicini aufhorchen, da er seiner Meinung nach eine für den Habsburger Vielvölkerstaat bedenkliche Seite hatte, nämlich der Frage aller außerhalb des Königreichs lebenden Rumänen. Von dieser Perspektive musste sich der Markgraf fragen, ob es grundsätzlich klug sei, diese Bestrebungen überhaupt zu unterstützen. Aus den Berichten geht hervor, dass er trotz Bedenken diese Frage mit ja beantwortete. Sah er doch hierin eine Chance, die nationalen Aspirationen Rumäniens weg von Österreich-Ungarn in den Süden zu lenken und eine Politik, die die Reibungsflächen zwischen Rumänien und Bulgarien schürt, zu betreiben. In diesem Interessengegensatz konstatierte Pallavicini ein probates Mittel, rumänische Großmachtträume zu verhindern. Auch der Vertreter der Pforte konnte den rumänischen Ambitionen positive Aspekte abgewinnen. Kazim Bey empfand es durchaus als Vorteil für das Osmanische Reich, wenn sich neben der griechischen, bulgarischen und der serbischen Volksgruppe noch eine weitere am Kampf um die Vormachtstellung innerhalb der christlichen Bevölkerung beteiligte.[854]

Angesichts einer drohenden Missernte traten die Bemühungen der liberalen Regierung, die Gleichstellung der rumänischen Bevölkerung in Mazedonien zu erreichen, vorerst in den Hintergrund. Diese Entwicklung ließ Pallavicini, neben finanziellen und wirtschaftlichen Auswirkungen, vor allem erhebliche Rückwirkungen auf die Regierung von Ministerpräsident Sturdza befürchten.[855] Die kulturellen Bemühungen ließen in der Folge nach dem Regierungswechsel zu den Konservativen erste Erfolge erkennen. Den Aromunen wurde das Recht zugestanden, Muhtaren, die türkische Bezeichnung für Ortsvorsteher, in jenen Orten zu wählen, in welchen die rumänische Bevölkerung über eine Majorität verfügte. Doch mit diesem Resultat war das Kabinett Cantacuzino keineswegs zufrieden.[856] Für Außenminister Lahovary erschienen auch die Reformbemühungen der Mächte in einem schiefen Licht. Denn nach Informationen von europäischen Gendarmerieoffizieren hatte sich die Lage der christlichen Bevölkerung in Mazedonien weiter verschlechtert. Die stand nunmehr zwischen den christlichen Widerstandskämpfern und den Truppen des Sultans. Die regulären Heeresverbände reagierten eher mit Übergriffen auf die Zivilbevölkerung anstatt die griechischen oder bulgarischen Rebellen zu verfolgen.

[854] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Juni 6, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.
[855] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Juni 6, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.
[856] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 April 21, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.

Der Markgraf erachtete es in diesem Zusammenhang für notwendig, Wien darauf aufmerksam zu machen, dass seinen Informationen zufolge die rumänische Regierung in ihren Bemühungen für die Anerkennung der Aromunen als eigenständige Volksgruppe von Italien unterstützt wurde. Er regte daher an, in Konstantinopel ebenso vermehrt auf die Realisierung der rumänischen Wünsche hinzuarbeiten.[857] Tatsächlich hatte der italienische Botschafter in Konstantinopel von seiner Regierung den Auftrag erhalten, sich den Wünschen der Rumänen anzunehmen. Vom Kabinett Cantacuzino konnte auch der deutsche Botschafter bei der Pforte für diese Initiative gewonnen werden und schloss sich mit einer offiziellen Note an.[858] Durch die Unterstützung Roms und Berlins gelang es Außenminister Lahovary einen Durchbruch in der Verhandlungen mit der Pforte zu erzielen. Kurz darauf konnten die Gespräche mit der Anerkennung der Aromunen als eine eigenständige Volksgruppe im Juni 1905 erfolgreich abgeschlossen werden.[859]

Möglicher Weise auch aus persönlichen Gründen nahm Pallavicini in der Frage der rumänischen Bevölkerung außerhalb der Grenzen des Königreichs, eine eindeutige Stellung einnahm. Der ungarischer Magnat in ihm war so lange bereit, die national-kulturellen Bemühungen des Königreichs zu unterstützen, solange sich diese nicht gegen die rumänische Bevölkerung im Königreich Ungarn, dh. in Österreich-Ungarn richteten. Vom außenpolitischen Standpunkt der österreichisch-ungarischen Monarchie konnte er der Entwicklung durchaus positive Aspekte abgewinnen. Denn die Auseinandersetzung der Balkanstaaten um die jeweiligen Bevölkerungsgruppen in Mazedonien versetzte Österreich-Ungarn in die Lage, Reibungsflächen zu schüren. Bei dieser Gelegenheit stellt sich auch heraus, dass er im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen Griechenland und Rumänien hinsichtlich der kulturellen Propaganda bemüht war, eine neutrale Position einzuhalten. Pallavicini berief sich hierbei nicht nur auf den Status quo, sondern versuchte des Weiteren auch eine Verhärtung der Standpunkte zu verhindern.

8.3. Rumäniens Beziehung zu den Balkanstaaten

8.3.1. Informationen über Rumäniens Verhältnis zu Serbien

Es blieb Pallavicini bereits kurz nach seinem Amtsantritt im Jahr 1899 nicht verborgen, dass Carol I. bei verschiedenen Gelegenheiten mit einer gewissen Missgunst über Serbien zu sprechen pflegte. Weder die Dynastie noch das Königreich genoss das Wohlwollen des rumänischen Königs. Obwohl er

[857] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Mai 12, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[858] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Mai 15, HHStA Wien, PA XVIII/ 37.
[859] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Juni 3, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.

die Anwesenheit Milans I. seit 1893 in Serbien kritisierte, würdigte er dennoch dessen Verdienste beim Modernisierungsprozess der serbischen Armee.[860] Die Wiederannäherung Serbiens an Russland, nach den Prozessen in Folge des Attentats eines Mitglieds der Radikalen Partei auf Milan I. im Juli 1899, war dem König ein Dorn im Auge.[861] Die Sorge des rumänischen Monarchen erwies sich jedoch als vorerst unbegründet. Denn St. Petersburg wies die serbischen Avancen zurück und beharrte weiterhin auf die Begnadigung aller im Attentatsprozess verurteilten Personen. Carol verspürte keine sonderliche Sympathie für den ehemaligen serbischen König. Aus realpolitischen Gründen konnte er sich trotzdem dessen Rückkehr an die Spitze des Staates vorstellen.[862] Denn den Entschluss Aleksandars die Ehe mit Draga Mašin (23. September 1861–11. Juni 1903) einzugehen, bezeichnet er gegenüber Pallavicini als verrückt und erblickte darin auch eine Gefahr für den Bestand der Dynastie.[863] Im Hinblick darauf lehnte er die Demission Milans als Oberbefehlshaber ab und hoffe auf eine Versöhnung zwischen Vater und Sohn.

Ebenso wie das Wiener Kabinett richtete Carol I. seine Politik an dem Standpunkt der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens aus. Mit Pallavicini war er sich sich Carol I. darüber einig, dass eine Abkehr von dieser Orientierung gefährliche Konsequenzen nach sich ziehen würde.[864] Ungeachtet der rumänischen Vorbehalte wurden im Herbst des Jahres 1900 von Belgrad Schritte gesetzt, die eine Annäherung der jeweiligen Standpunkte zum Ziel hatten. Denn die serbische Regierung fühlte sich zunehmend durch die Aktivitäten des bulgarischen Komitees in Bulgarien bedroht. Pallavicini wurde davon unterrichtet, dass „man in Belgrad zu dem Bewusstsein gekommen ist, dass sich die Interessen Serbiens mit denen Rumäniens, was das Verhältnis beider Länder gegen Bulgarien anbelangt, decken“.[865] Als Reaktion darauf wies Pallavicini gegenüber dem rumänischen Außenminister Lahovary auf die seiner Meinung nach mangelhafte Zuverlässigkeit der serbischen

[860] Nach der Rückkehr des Ex-Königs nach Serbien 1893 wurde er von Alexandar, seinem Sohn, 1897 zum Oberbefehlshaber der serbischen Armee ernannt; am 7. Juli 1899 erfolgte ein Attentat auf Milan I. durch einen Bosnier, der bei seinen Vorbereitungen in Bukarest von Serben und Russen unterstützt wurde. Nach dem missglückten Attentat verfestigte sich bei Milan I. die Meinung, dass Mitglieder der Radikalen Partei hinter dem Anschlag stünden. Ohne wirklichen Grund wurden daraufhin einflussreiche Parteimitglieder verhaftet, der Belagerungszustand ausgerufen, so wie das Standrecht und Sondergerichtshöfe eingeführt. Bei dem nachfolgenden Prozess wurden Mitglieder der Radikalen Partei verurteilt, jedoch ohne triftige Beweise der Mittäterschaft. Im Anschluss an den Prozess erfolgte eine Amnestie, die vor allem den verurteilten Mitgliedern der Radikalen Partei zu Gute kam. Milan geriet im Juli 1900 in Konflikt mit seinem Sohn, als er sich gegen dessen Heirat mit Draga Mašin, geborene Lunjevica, (23. September 1861–11. Juni 1903), wendete. In der Folge verlor der Ex-König jeden Einfluss auf seinen Sohn und in Serbien. Er verließ im Jahr 1900 das Land Richtung Wien, wo er ein Jahr später, am 11. Februar 1901 verstarb. Walter M. Markov, Serbien zwischen Österreich und Russland 1897–1908, Stuttgart 1934, 16–43; über die russische Reaktion auf die Rückkehr Milans, Wakounig, Grandseigneur, 224–226.

[861] Unzufrieden mit seinem Einfluss auf den König unternahm im Juli 1899 ein Mitglied der Radikalen Partei ein Attentat auf den Ex-König. Als Reaktion darauf ließ Milan Anhänger der Partei verfolgen und vor Gericht stellen. Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Juni 15, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.

[862] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Juli 27, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.

[863] Markov, Serbien, 29.

[864] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Juli 31, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.

[865] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Oktober 19, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.

Politiker hin und mahnte zur Vorsicht.[866] Diese Ansicht wurde vom König geteilt. Gegenüber Pallavicini erklärt Carol I., dass bei der Unzuverlässigkeit des serbischen Monarchen und der Unsicherheit der dortigen Lage an den Aufbau enger Beziehungen nicht zu denken sei.[867] In diesem Sinne wurde auch ein Angebot Serbiens zum gemeinsam Bau einer Bahnverbindung vom Schwarzen Meer an die Adria behandelt. In Bukarest wurde der Vorschlag zwar registriert, jedoch nicht ernsthaft in Betracht gezogen.[868]

Nach dem Regierungswechsel 1901 wurde ebenso vom liberalen Kabinett Sturdza an dieser Position festgehalten. Auch der Ministerpräsident hegte die größten Zweifel bezüglich einer zielführenden Kooperation mit Serbien. Die Reaktion Rumäniens auf das Angebot Belgrads wurde jedenfalls vom italienischen Gesandten intensiv verfolgt. Dieser erklärte das Interesse seiner Regierung mit verwandtschaftlicher Beziehung des italienischen Hofes mit Montenegro. Hinter der Aufmerksamkeit Italiens an dem Bahnprojekt vermutete Pallavicini eher expansionistische Bestrebungen bezüglich Albaniens, als eine Unterstützung der montenegrinischen Verwandtschaft des Königs. Ihm wurde mitgeteilt, dass laut italienischen Plänen der Endpunkt der Stecke sich nicht in Montenegro sondern in Albanien befinden sollte.[869]

Trotz der passiven Haltung Rumäniens ließ Belgrad nicht nach. Bis zur Ermordung des serbischen Königs im Juni 1903 bemühten sich die politisch verantwortlichen Persönlichkeiten Serbiens wiederholte Male vergeblich, die Beziehungen zu Rumänien auf eine solide, vertrauensvolle Basis zu stellen. Diese wiesen jedoch die Avancen Belgrads zurück. Daran konnte weder die Versicherung Serbiens, die an Russland orientierte Politik der Radikalen Partei zu verlassen[870], noch das Angebot, sich im Hinblick auf eventuellen Ereignisse in Mazedonien zu verständigen, etwas ändern. Wie Pallavicini erfuhr, waren die diesbezüglichen Vorschläge unkonkret und wage. Angesichts seiner Erfahrungen in Belgrad riet der Markgraf zur Vorsicht. Gegenüber Sturdza vertrat er die Meinung, dass er bindende Abmachungen mit Serbien nicht nur zwecklos, sondern unter gewissen Umständen auch für gefährlich hielt. Dieser Standpunkt blieb nicht ohne Wirkung. Sowohl der König als auch der Ministerpräsident Sturdza blieben skeptisch gegenüber den Versicherungen der Serben.[871]

[866] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Dezember 13, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.
[867] JohannPallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Februar 1, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 33.
[868] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Dezember 13, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.
[869] JohannPallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Mai 31, Juni 8, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 33.
[870] JohannPallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Dezember 20, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 33.
[871] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1902 Dezember 23, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 34.

Die Ermordung des serbischen Königspaars und die folgenden Ereignisse in Belgrad wurden in Rumänien mit regem Interesse verfolgt.[872] Der Markgraf Gelegenheit bekam hierbei die Gelegenheit, sowohl mit dem König, als auch mit Außenminister Bratianu über die politische Entwicklung in Serbien zu sprechen. Er machte dabei gegenüber der rumänischen Politspitze kein Geheimnis aus seiner skeptischen Haltung gegenüber den politischen Protagonisten Serbiens und riet dem König und der Regierung zu Vorsicht gegenüber den Annäherungsversuchen Belgrads. Von Bratianu wurde er über den Inhalt von Gesprächen mit Insidern informiert, die meinten, „dass König Peter I. Karađorđević in der Radikalen Partei über wenig Zustimmung verfüge".[873] Dem neuen König wurde unterstellt, ein Sympathisant Österreich-Ungarns zu sein; sein Bekenntnis zu Russland entstand eher aus realpolitischen Überlegungen denn aus Überzeugung.

Über Tragweite und Konsequenzen der Ereignisse in Belgrad stimmte der König mit Pallavicini überein. Positiv gewürdigt wurde von beiden die abgestimmte, gemeinsame Vorgehensweise der Regierungen Russlands und Österreich-Ungarns. Sowohl der Botschafter als auch der König sahen darin eine erfolgreich absolvierte Bewährungsprobe für die russisch-österreichisch-ungarische Zusammenarbeit.[874] Die gemeinsame Vorgehensweise bezieht sich hierbei auf die Möglichkeit einer Intervention Österreich-Ungarns in Serbien, die allerdings trotz russischem Vorschlag nicht durchgeführt wurde.[875] Die Ermordung des Königspaars hinterleiß bei Pallavicini einen ebenso schockierenden Eindruck wie in der europäischen Öffentlichkeit.[876] Das Attentat kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass sich die Haltung des Markgrafen gegenüber der serbischen Politik und deren Repräsentanten nicht wesentlich geändert hatte. Es ist eher anzunehmen, dass sich der Markgraf des Umstands bewusst gewesen ist, dass mit Peter I. Karađdorđević (11. Juli 1844–16. August 1921) die Aufgabe Österreich-Ungarns, einen großserbischen Staat an seiner Grenze zu verhindern, in Zukunft nicht leichter werden würde.

---

[872] Zur Ermordung des Königspaars am 11. Juni 1903 durch Angehörige der serbischen Armee, Vladan Georgevitch, Das Ende der Obrenovic´. Erinnerungen des serbischen Ministerpräsidenten a.D., Markov, Beiträge der Geschichte Serbiens 1897–1900, Leipzig 1905, 42–43; Franz Thierfelder kommentiert das Ende der Dynastie der Obrenović mit den Worten: „ (So) wurden sie selbst Sklaven ihrer erotischen Leidenschaften und opferten für Nächte des Rausches, die sie bis in die Gosse führten, alles was ihnen sonst in verantwortungsbewussten Augenblicken heilig und teuer war. Durch Frauen wurde diese Dynastie zerrüttet, durch die serbischen Fürstinnen das Volk zeitweilig zum verächtlichen Gespött Europas", Thierfelder, Männer, 140.

[873] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1903 Juli 4, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.

[874] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1903 Juli 17, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.

[875] Francis Roy Bridge, Österreich(–Ungarn) unter den Großmächten, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch (Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/ 1, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen,Wien 1993, 169–373, hier 301–302.

[876] Publizistische Darstellung der Ereignisse und Reaktionen auch in: Der Königsmord in Belgrad. Wien 11. Juni, *Neue Freie Presse,* Wien 1903 Juni 12, 1, und Wien 12. Juni, *Neue Freie Presse Morgenblatt,* Wien 1903 Juni 13, 1.

8.3.2. Informationen über Rumäniens Verhältnis zu Bulgarien

Einen Großteil der natürlichen Grenze zwischen dem Fürstentum Bulgarien und dem Königreich Rumänien stellte der Flusslauf der Donau dar. Es war demzufolge wenig verwunderlich, dass die Besitzverhältnisse der 132 Donauinseln schon bald nach der Bestätigung der Grenzen des tributpflichtigen Fürstentums durch die Beschlüsse des Berliner Kongresses zu einem Stein des Anstoßes zwischen den Nachbarn wurden. Grundsätzlich wurde die Zugehörigkeit der Donauinseln durch Verträge bestimmt. Dennoch blieb die Regelung in einigen Fällen strittig. Von Russland unterstützt, hatte sich die bulgarische Regierung nunmehr entschlossen, im Winter 1900 den Ständigen Schiedsgerichtshof in Den Haag anzurufen.[877] Der rumänische König war zwar grundsätzlich an der Beilegung der Differenzen interessiert, fand jedoch die Anrufung des Gerichtshofes „wegen ein paar Hektar schlechten, steinigen Bodens“ lächerlich und übertrieben.[878] Weit ernster betrachtete der bulgarische Gesandte in Rumänien die Angelegenheit und beklagte gegenüber Pallavicini die Besetzung der „Eschek Ada Insel“ und der „Insel Bujore“ durch Rumänien.[879] Vom rumänischen Außenminister erfuhr Pallavicini, dass man in Bukarest bereit war, Sofia möglichst entgegenzukommen. Die Anrufung des Schiedsgerichtes schloss Außenminister Lahovary ebenso aus, wie den Abzug der Militärpräsenz von der Insel. Da Pallavicini Lahovarys Vertrauen besaß, ersuchte ihn der Minister, in Wien in dieser Frage um Unterstützung nachzufragen.[880] Dieses Ansuchen wurde von Pallavicini unterstützt, da sich auf Grund der Intervention des k.u.k. Vertreters in Sofia der bulgarische Außenminister bereit erklärte, dem Wunsch des Nachbarlandes nachzukommen.[881]

Zu einer Verbesserung der Beziehungen führte der Gegenbesuch Carols I. bei Fürst Ferdinand. Die Initiative ging von Bulgarien aus und fand in Russe (Rousse, Russe, bulgarisch Pyce, veraltet Rustschuk, türkisch Rusçuk) in der bulgarischen Grenzstadt zu Rumänien, statt. Anlässlich des 25. Jahrestags der Eroberung von Pleven (Plewen) durch die russisch-rumänischen Truppen beinhaltete das Besuchsprogramm auch eine Besichtigung der Stadt und der Festung. Vom Außenminister erfuhr Pallavicini, dass das Treffen in jeder Beziehung zur vollsten Zufriedenheit der beiden Herrscher verlief. Vor allem durch den Ausflug nach Pleven hatte der Besuch einen freundschaftlichen Charakter angenommen. Fürst Ferdinand zeigte Emotionen und ließ Carol bei diversen Gelegenheiten erkennen, wie sehr er sich durch seine Visite geschmeichelt fühlte.[882] Nach seiner Rückkehr berichtete Ionel

[877] Der Ständige Schiedsgerichtshof in Den Haag wurde 1899 und 1907 zur friedlichen Beilegung von internationalen Streitfällen ins Leben gerufen. http://www.universal_lexikon.deacademic.com/ 304537/Ständiger_Schiedsgerichtshof, 2015 Juli 12.
[878] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 März 29, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.
[879] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 März 14, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.
[880] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 April 8, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.
[881] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1900 Mai 6, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.
[882] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1902 November 14, November 23, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 34.

Bratianu Pallavicini erstaunt von den großen Fortschritten der Russifizierung Bulgariens, die er aus Gesprächen und Reden bulgarischer Persönlichkeiten entnehmen konnte. Der Außenminister registrierte diesbezüglich auch das Bemühen des Fürsten, nichts zu tun oder zu sagen, was in St. Petersburg missfallen könnte. Während in Rumänien das Treffen begrüßt wurde, reagierte Belgrad gekränkt. Wie Pallavicini erfuhr, beklagte der serbische Gesandte die Tatsache, dass zwar ein Treffen mit Ferdinand zustande kam, jedoch der Gegenbesuch in Belgrad noch immer ausständig war.[883]

Durch das Gipfeltreffen kamen die ins Stocken geratenen Verhandlungen bezüglich der strittigen Donauinseln wieder in Schwung. Der ungeklärte Grenzkonflikt sollte in Bukarest durch die Arbeit einer gemeinsamen Kommission gütlich beigelegt werden. Vom bulgarischen Repräsentanten wurde Pallavicini ersucht, die Rolle eines Vermittlers einzunehmen. Es ist anzunehmen, dass der Markgraf wesentlich dazu beitragen hat, dass nach zähen Verhandlungen schließlich eine für beide Seiten akzeptable Einigung erreicht werden konnte. Die von einer Kommission festgelegte Grenzlinie sollte dabei alle zehn Jahre auf ihren Ist-Zustand überprüft werden. Jene Inseln, die dabei von einem Staatsgebiet ins andere wanderten, sollten frei von sämtlichen Lasten in das Hoheitsgebiet des jeweils anderen Staats übergehen. Außerdem einigte sich die Kommission darauf, betroffene Privateigentümer finanziell zu entschädigen.[884]

Vom Gipfeltreffens der Herrscher erhoffte sich der Markgraf, wenn auch nur vorübergehend, eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien. Nicht zuletzt auch in Anbetracht der Tatsache, dass die Aktionen des bulgarischen Komitees von Rumänien aus die Beziehungen belasteten. Im Zusammenhang mit der Beilegung der Grenzstreitigkeiten um die Donauinseln war es dem Markgrafen gelungen, Ansätze von Gesprächs- bzw. Kompromissbereitschaft zwischen den Nachbarn herzustellen. Dies war wichtig, denn die ungelöste Zukunft Mazedoniens schwebte wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der beiden Länder. Das deutet darauf hin, dass der Markgraf aus seiner bisherigen Erfahrung in Bezug auf die mazedonische Frage wusste, dass erst die erfolgreiche Lösung dieser Thematik, die Voraussetzung für eine prosperierende Beziehung zwischen den beider Balkanländer ermöglichen würde.

[883] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1902 November 11, November 23, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 34.
[884] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1904 Juli 7, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 36.

8.3.3. Informationen über Rumäniens Verhältnis zu Griechenland

Ein ähnlich distanziertes Verhältnis wie zu Serbien hatte Rumänien anfänglich auch zu Griechenland. Der Grund dafür resultierte aus einem Bedrohungsszenario, das dem eigenen Sicherheitsempfinden widersprach. Sowohl der König als auch sein Kabinett waren grundsätzlich der Meinung, dass dem Eintritt in Verhandlungen mit Athen ebensolche mit Belgrad und Konstantinopel zu folgen hätten. Im Falle eines bulgarisch-osmanischen Konflikts wollte Bukarest darauf vorbereitet sein, seine postulierten Gebietsforderungen gegenüber Sofia durchzusetzen. Ein mögliches Szenarium bildet dabei die Schaffung eines Bündnisses mit diesen Staaten. Denn in den diesbezüglichen rumänischen Überlegungen nahmen sowohl Österreich-Ungarn als auch Russland die Position eines unkalkulierbaren Faktors ein. Für Rumäniens politische Elite stand nämlich fest, dass im Konfliktfall eine Intervention Russlands für Bulgarien nicht mit einem automatischen Eingreifen Österreich-Ungarns gleichzusetzen war. Die im November 1900 durchaus realistische Entwicklung wirkte sich demzufolge äußerst hemmend auf die Anbahnung neuer Kontakte und bilateraler Gespräche aus. Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, wurde Pallavicini angewiesen, auf eine Annäherung Rumäniens an Griechenland einzuwirken. Es zeigt sich, dass es dem Markgrafen gelang, nicht nur den rumänische Außenminister Alexandru Marghiloman (4. Juli 1854–10. Mai 1925)[885] sondern auch Carol I. für einen Dialog mit Griechenland zu gewinnen. Das lässt sich daraus zu schließen, dass ihm der König versicherte, „ein Treffen mit dem griechischen König wäre ganz in seinem Sinn.“[886] Sowohl der König als auch Außenminister äußerten sich in der Folge dahingehend, zuerst mit Griechenland einen Konsens finden zu wollen und danach auch mit den anderen Balkanstaaten in Verhandlungen zu treten.

Nach organisatorischen Vorbereitungen auf Regierungsebene fand das Treffen der Monarchen im Frühsommer des folgenden Jahres in Abbazia statt. Über den Verlauf der Gespräche äußerten sich beide Herrscher befriedigt. Darüber hinaus ließ es sich Carol I. nicht nehmen, sich bei Franz Joseph für die Initiative des k.u.k. Kabinetts zu dieser Begegnung zu bedanken. Die Unterredung der Souveräne verlief zwar in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre, ein praktisches, greifbares politisches Ergebnis konnte jedoch nicht erzielt werden.[887] Sowohl Carol als auch Georg I. (24. Dezember 1845–18. März 1913) wiesen darauf hin, dass die Erhaltung des Status quo am Balkan prinzipiell sowohl den rumänischen als auch den griechischen Interessen entsprach. Die beiden Herrscher waren sich auch darüber einig, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um keine ungewollten Entwicklungen in Gang zu setzen. Bezüglich der Lage der griechischen bzw. rumänischen Bevölkerung in Mazedonien konnte ebenso eine Übereinstimmung der Standpunkte erzielt werden. Von rumänischer Seite wurde

[885] Anm.; der konservative Politiker bekleidete das Außenministerium vom 7. Juli 1900 bis 13. Februar 1901.
[886] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1900 November 27, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 32.
[887] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Mai 17, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 33.

versichert, lediglich kulturelle Ziele in den europäischen Besitzungen des Osmanischen Reiches zu verfolgen. Die Stärkung der Position der Griechen als auch die der Aromunen sollte jedoch als Gegengewicht zu den Bulgaren von beiden Regierungen forciert betrieben werden. In Abbazia wurde daher vereinbart, nicht gegeneinander zu agieren, sondern gemeinsam expansionistischen Tendenzen Bulgariens entgegenzutreten.[888]

Dem Gipfeltreffen stand Pallavicini positiv gegenüber. Er vertrat die Ansicht, dass der Einfluss Carols I. auf König Georg I. auch zu einer Stärkung der Position Österreich-Ungarns in Griechenland führen könnte. Der Ankündigung der Herrscher, eine Verständigung auf dem Gebiet ihrer kulturellen Bestrebungen in Mazedonien herbeiführen zu wollen, konnte er nur wenig abgewinnen. Diese verwies er ins Reich der Utopie. Für den Markgrafen war dies ebenso schwer vorstellbar, wie eine Verständigung Sofias mit Belgrad auf dem Gebiet der Abgrenzung ihrer Interessensphären in Mazedonien.[889]

Nach dem Treffen der Monarchen im Frühsommer 1901 gestalteten sich die Beziehungen der beiden Länder über mehr als zwei Jahre hindurch vorteilhaft für beide Seiten. Zum Jahreswechsel 1903–1904 sah Pallavicini jedoch die ersten dunklen Wolken über das Verhältnis heraufziehen, da sich der König wiederholt beim Markgrafen über die feindselige Haltung der Griechen gegenüber den Kulturbestrebungen Rumäniens in Mazedonien beklagte. Des Weiteren kritisierte Carol den Mangel an Zuverlässigkeit in Bezug auf die gemachten Zusagen und Versprechungen der griechischen Regierung. Dies manifestierte sich in den Augen das Königs hauptsächlich in der Haltung des Patriarchen in Konstantinopel, der trotz griechischer Zusicherung den rumänischen Wünschen in keiner Weise entgegengekommen war. Die griechische Regierung zeigte sich zwar einsichtig, erklärte aber, dass sie den Patriarchen zu nichts zwingen könne.[890]

Vor dem Hintergrund der russischen Niederlage im Krieg gegen Japan 1905 gestalteten sich die griechisch-rumänischen Beziehungen von Tag zu Tag schlechter. Pallavicini berichtete nach Wien, dass in Bukarest die Meinung vertreten wurde, Athen unterstütze die griechischen Widerstandskämpfer in Mazedonien. Wie k.u.k. Diplomaten in den betreffenden Regionen ausführten, richteten sich deren Aktionen in erster Linie gegen die dort ansässige rumänische Bevölkerung.[891] In diesem Zusammenhang beklagte der diplomatische Vertreter Griechenlands gegenüber Pallavicini eine Verschärfung des politischen Klimas gegenüber der griechischen Bevölkerung in Rumänien.[892] Der

[888] Johannes Schönburg an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Mai 25, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 33.
[889] JohannPallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1901 Mai 25, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 33.
[890] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia1903 Dezember 3, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 35.
[891] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 März 5, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[892] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 März 12, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.

Markgraf vermutete jedoch in der Thematik um die Verfolgung der Aromunen durch griechische Widerstandskämpfer mehr einen Vorwand als einen reellen Grund. Es ist sogar wahrscheinlich, dass Pallavicini im Verhalten der rumänischen Regierung ein probates Mittel erkannte, Athen zu veranlassen, Druck auf den Patriarchen in einer den rumänischen Wünschen fördernden Weise auszuüben. [893]

Von Griechenland wurden die Anschuldigungen zurückgewiesen. Des Weiteren wurde auch die Anerkennung der rumänischen Bevölkerung durch Konstantinopel im Juni 1905 von Athen nicht anerkannt. Der griechische Ministerpräsident Dimitrios Rallis (1844–5. August 1921) argumentierte damit, dass das Anerkennungs-Irade des Sultans keine bindende Wirkung für den Patriarchen enthalte. Ebenso wie Bukarest verschärfte auch Athen seinen Ton und drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen. In der Auseinandersetzung bemühte sich Pallavicini mäßigend auf die Kontrahenten einzuwirken. Er musste sich jedoch eingestehen, dass die Chancen für eine einvernehmliche Lösung zur Beilegung der Spannungen in diesem Augenblick äußerst gering erschienen.[894]

Neuerliche Nachrichten aus Mazedonien über gewaltsame Übergriffe, Raub- und Mordtaten an den Aromunen heizten eine latent vorhandene antigriechische Stimmung in Rumänien weiter auf. Als Folge dazu kam es in der Hauptstadt und in anderen Landesteilen zu Ausschreitungen gegen die in Rumänien lebenden Griechen. Vor dem Hintergrund einer von beiden Seiten heftig geführten Pressekampagne reagierte Bukarest darüber hinaus mit den Ausweisungen von Griechen.[895] Diesbezügliche Proteste aus Athen und mahnende Worte der Mäßigung seitens der Vertreter der Großmächte wurden jedoch zurückgewiesen. Sowohl der rumänische als auch der griechische diplomatische Vertreter verließen ihren Posten und reisten ab. Von Bukarest wurde außerdem ein Abgesandter nach Athen entsandt, der die griechische Regierung über die Kündigung des gemeinsamen Handelsvertrages informierte.[896]

Auf der Grundlage seiner Direktiven hatte der k.u.k. Gesandte dem König die Position Österreich-Ungarns nahe zu legen. Gołuchowski ließ hierbei keinen Zweifel daran, dass er die Handlungsweise des griechischen Kabinetts, in Hinsicht auf die griechischen Widerstandskämpfer in Mazedonien, keineswegs billige. Trotzdem appellierte der k.u.k. Außenminister an den König, den Konflikt nicht auf die Spitze zu treiben und sich wieder zu verständigen.[897] Auch die russische Regierung wurde in

[893] Ebda.
[894] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Juli 17, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[895] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 August 19, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[896] Ludwig Callenberg an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1905 Oktober 6, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[897] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1905 Oktober 20, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.

dieser Sache aktiv und riet zur Mäßigung. Denn für den Fall eines Abbruchs der Beziehungen hatte St. Petersburg Athen versprochen, den Schutz der in Rumänien lebenden Griechen zu garantieren. Die russische Regierung zeigte sich auch bereit, in Athen und Konstantinopel mit Nachdruck dahin gehend zu wirken, den Übergriffen ein Ende zu bereiten.[898]

Dies wurde auch dringend notwendig, da sich auch die Beziehungen zwischen Rumänien und dem Osmanischen Reich zu verschlechtern drohten. Wie Pallavicini von Lahovary erfuhr, hatte der Außenminister aus den Krisengebieten Berichte erhalten, die im Kern von einem passiven Verhalten der osmanischen Truppen gegenüber den griechischen Widerstandskämpfern handelten. Seinen weiteren Aussagen konnte Pallavicini entnehmen, dass er in Hinblick darauf auch an eine Annäherung an Bulgarien dachte.[899] In Konstantinopel führte daraufhin eine Intervention der Großmächte sowie die Drohung mit einem Abbruch der rumänisch-osmanischen Beziehungen zu einem Einlenken der Pforte. In Bukarest gab der osmanische Gesandte über Auftrag des Sultans eine Erklärung ab, die bei König und Regierung einen positiven Eindruck hinterließ. Die Pforte demonstrierte dabei ihren Willen, ernstlich aufzutreten und strenge Maßnahmen gegen jegliche Willkürakte zu ergreifen.[900]

Zur Jahreswende 1905–1906 hatte sich die allgemeine Lage weitgehend entspannt. Der Außenminister zeigte sich erfreut über die konsequente Haltung der Pforte, die sie gegenüber den Widerstandskämpfern nunmehr an den Tag legte. Lahovary sprach sowohl dem Kabinett in Wien als auch St. Petersburg seinen Dank bezüglich deren Intervention in Konstantinopel aus. Obwohl er den Moment für noch nicht gekommen hielt, signalisierte Gołuchowski daraufhin Rumänien, in dem Konflikt mit Athen als Mediator wirken zu wollen. Anlässlich seiner Thronrede äußerte auch der König seinen Willen, sich um eine Wiederherstellung der guten Beziehungen zu Griechenland bemühen zu wollen.[901] Obwohl zu Jahreswechsel eine scheinbare Beruhigung der Lage eintrat, bereitete das Kabinett in Bukarest eine Gesetzesvorlage vor, die eine deutliche wirtschaftliche Diskriminierung der in Rumänien lebenden Griechen vorsah.[902] Darüber hinaus wurde trotz aller Bemühungen von offizieller Seite die antigriechische Stimmung in der Bevölkerung weiter geschürt. In Konstantinopel fanden unterdessen inoffizielle Verhandlungen zwischen Rumänien und Griechenland statt, die eine Basis für die Beilegung der Auseinandersetzung zum Inhalt hatten.[903] Bei dieser Gelegenheit konnte Pallavicini von griechischer Seite Bemühungen registrieren, die eine Verständigung mit dem Patriarchen zum Ziel hatten. Doch wie bereits bei den vorhergegangenen Gesprächen erwiesen sich auch dieses Mal die Laienmitglieder der Synode als unüberwindliches

[898] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Sinaia 1905 Oktober 21, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[899] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 November 15, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[900] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Dezember 1, Telegramm Nr. 51, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[901] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1905 Dezember 5, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 37.
[902] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Februar 6, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.
[903] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Februar 13, Telegramm Nr. 9, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.

Hindernis für einen Kompromiss. Für Bukarest stand somit fest, dass es von Seiten des Patriarchen zu keiner Annäherung der Standpunkte kommen würde.[904]

Die Nachricht von einem weiteren Massaker an Aromunen durch griechische Widerstandskämpfer ließ die angespannten Verhältnisse abermals eskalieren. Als Folge der Gewalttat wurden abermals Griechen ausgewiesen und die Gesetzesvorlage der Kammer zur Abstimmung vorgelegt.[905] Von Seiten Athens wurden daraufhin die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Der Markgraf war bis zum letzten Augenblick bemüht, auf die griechische Regierung einzuwirken, die Dinge nicht zu überstürzen. Pallavicini vertrat dabei die Ansicht, dass sich Athen zum Abbruch nur deshalb so rasch entschließen konnte, weil Russland sich bereit erklärte den Schutz der Griechen in Rumänien zu übernehmen. Der russische Botschafter zeigte sich jedoch keineswegs erfreut über diese Entwicklung.[906]

Von Wien und St. Petersburg wurde daher beschlossen eine russisch-österreichisch-ungarische Initiative zu ergreifen, die eine Aussöhnung der Balkanstaaten zum Ziel hatte.[907] Allerdings wurde Pallavicini von Carol I. in Kenntnis gesetzt, dass eine Beilegung der Differenzen in nächster Zukunft ausgeschlossen sei. Denn nach Informationen des Königs hatten sich trotz aller Versicherungen Athens die Verhältnisse nicht gebessert, sondern sich sogar noch verschlechtert.[908] Als Konsequenz für die Exzesse der griechischen Widerstandskämpfer gegen die rumänische Bevölkerung in Mazedonien reagierte Bukarest mit Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet. Die gegen die griechische Bevölkerung gerichteten Gesetze wurden ebenso in Kraft gesetzt, wie der Handel mit Griechenland völlig unterbunden wurde. Die rumänische Regierung bemühte sich dabei den Eindruck zu vermitteln, mittels dieser Maßnahmen dem aggressiven Vorgehen Griechenlands entgegen zu treten.[909]

Weit weniger verhalten reagierte hingegen Bulgarien auf die Übergriffe der griechischen Widerstandskämpfer auf die bulgarische Bevölkerung in Mazedonien. Wie die k.u.k. Gesandtschaft in Sofia nach Wien zu berichtete, begleiteten gewaltsame Ausschreitungen gegen Griechen als Racheakte die Aktionen der Regierung in der bulgarischen Hauptstadt, um in Athen Bereitschaft zur Ergreifung schärferer Maßnahmen gegen das Bandenwesen zu erzwingen. Der unterschiedliche Ansatz zur Konfliktbewältigung spiegelte für die k.u.k. Diplomatie einmal mehr das Unvermögen der Balkanstaaten wider, gemeinsam eine zielführende Strategie zu entwickeln: Der gemeinsame

[904] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 April 23, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.
[905] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Mai 22, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.
[906] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Juni 20, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.
[907] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Juli 5, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.
[908] Johann Pallavicini an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Juli 13, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.
[909] Laurenz Szapáry an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 Juli 13, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.

Aggressor wurde von Rumänien und Bulgarien nicht in koordinierter Weise bekämpft, weil in der Balkanpolitik der beiden Länder keine Übereinstimmung der Interessen bestand, bzw. bestehen konnte. Die griechisch-bulgarische Rivalität bestand darin, dass der von Bulgaren bewohnte Teil Mazedoniens von Sofia als natürliches Annexionsgebiet angesehen wurde. Die Bemühungen Rumäniens demgegenüber hatten die Anerkennung der Aromunen als gleichberechtigte Volksgruppe zum Ziel. Ein durch Gebietszuwächse in Mazedonien erstarkendes Bulgarien hingegen lag nicht im Interesse Rumäniens.[910]

Nachdem Pallavicini die Geschäfte der diplomatischen Vertretung Österreich-Ungarns in Bukarest an den Prinzen Schönburg–Hartenstein (12. September 1864–30. März 1937) übergeben hatte, verließ er am 6. November 1906, nach fast achtjähriger Tätigkeit, seinen Posten in der rumänischen Hauptstadt. Aus der Darstellung kann gefolgert werden, dass die diplomatische Tätigkeit des Markgrafen für die Belange Österreich-Ungarns positiv verlaufen ist. Als Vertreter Österreich-Ungarns gelang es ihm durch seinen persönlichen Einsatz eine Status-Quo-Politik zu betreiben und schwelende Probleme zwischen Rumänien und Österreich-Ungarn nicht zum Ausbruch kommen zu lassen. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Frage der rumänischen Minderheit im Königreich Ungarn. Auf diplomatischer Ebene setzte sich der Markgraf, wenn auch nicht immer erfolgreich, so doch für die Belange Rumäniens ein. Beachtenswert kann hierbei der Umstand angeführt werden, dass er seine Zweifel bezüglich der Bündnistreue Rumäniens ebenso wie seine Präferenz für Bulgarien geschickt zu verbergen wusste. An Erfahrung über die politischen Mechanismen wurde Pallavicini in diesen Jahren zweifellos reicher. Ebenso wurde ihm die Rivalität der Balkanstaaten im Ringen um die Vormachtstellung in Mazedonien deutlich vor Augen geführt. Die Konsequenzen dieser Rivalität sollten sich dann erst einige Jahre später an seinem neuen Arbeitsbereich im vollen Ausmaß manifestieren.

Pallavicini schied aus Bukarest als eine von allen Seiten geachtete und respektierte Persönlichkeit. Für seine Verdienste während seiner Zeit als diplomatischer Vertreter Österreich-Ungarns wurde er von Rumänien mit dem Großkreuz des Rumänischen Sternes ausgezeichnet. Weit persönlicher verlief der Abschied vom rumänischen König. Anlässlich der Übergabe seines Abberufungsschreibens überreichte ihm Carol I. sein auf Elfenbein gemaltes Portrait. Der König beabsichtigte mit diesem Geschenk seine ganz besondere Verbundenheit mit der Art und Weise zum Ausdruck zu bringen, mit der Pallavicini die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien behandelt hatte.[911] Diese Verbundenheit mit der Tätigkeit des Markgrafen manifestierte sich auch in einem persönlichen

[910] Laurenz Szapáry an Agenor Gołuchowski, Bukarest 1906 September 2, HHStA Wien, PA XVIII Kart. 38.
[911] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 November 7, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 190.

Schreiben, das Carol I. an Franz Joseph I. sandte. Darin betonte er, dass Pallavicini nicht nur das in ihn gesetzte Vertrauen vollkommen rechtfertigen konnte, sondern zudem auch während seiner Tätigkeit das des Königs erlangt hatte. Des Weiteren hob Carol Pallavicinis Bedeutung für die bilateralen Beziehungen hervor. Hierzu ließ er Franz Joseph wissen, dass Pallavicini „nie aufhörte alle seine Kraft dem Weiterbestehen und der Festigung der zwischen uns existierenden Bande zu widmen“.[912]

[912] Palais de Bukarest 1906 November 6, HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

9. K.u.k Botschaft Konstantinopel, Oktober 1906 – November 1918

9.1. Das Osmanische Reich unter der Herrschaft von Sultan Abdülhamid II.

9.1.1. Das Verhältnis Österreich-Ungarns zum Osmanischen Reich, Graf Calices Erbe

Am 5. November 1906 traf Pallavicini in Konstantinopel ein und übernahm sogleich die Leitung der k.u.k. Botschaft. Bereits am folgenden Tag stattete er dem Großwesir des Osmanischen Reiches seinen ersten Besuch ab und übergab Mehmet Ferid Pascha (1851–1914) bei dieser Gelegenheit sein Beglaubigungsschreiben am 24. November 1906. Noch vor seinem Rücktritt am 11.Oktober 1906 wurde der Markgraf am 1.Oktober 1906 dem österreichisch-ungarischen Kaiser von Gołuchowski als Nachfolger Calices als neuer Botschafter der österreichisch-ungarischen Monarchie bei seiner Majestät dem Sultan des Osmanischen Reiches vorgeschlagen. In seiner Empfehlung würdigte der Außenminister die bisherige Tätigkeit sowie die Verdienste Pallavicinis und betonte speziell dessen gründliche Kenntnisse und Erfahrungen im Rahmen der Orientalischen Frage. Franz Joseph I. stimmte dem Antrag zu und zeigte sich gegenüber Pallavicini bei dessen Ernennung großzügig. Darüber hinaus wurde er ihn in den Rang eines geheimen Rates erhoben. Wenig später erfolgte das Agrément Seiner Majestät des Sultans Abdülhamid II. (21. September 1841–10. Februar 1918) für Markgraf Pallavicini.[913]

Bereits unter dem neuen k.u.k. Außenminister Alois Lexa Aehrenthal (27. September 1854–17. Februar 1912) wurde Pallavicini in Konstantinopel die Ehre zu Teil, noch vor der offiziellen Audienz von Abdülhamid II. in Privataudienz empfangen zu werden.[914] Dabei hinterließ er beim Sultan einen sehr guten Eindruck hinterließ; nicht zuletzt, weil der Markgraf bei der Antrittsaudienz im ungarischen Galakleid erschien. Im Anschluss an die Audienz stattete Mehmet Ferid Pascha Pallavicini im Anschluss einen längeren Besuch ab, zum gegenseitigen Kennenlernen und um in entspannter Atmosphäre vertrauliche Gespräche zu führen.[915] Ohne große Umschweife wurden dabei offen die Übereinstimmungen und Differenzen der beiden Länder angesprochen.

Am Beginn ihrer Unterredung wurde der Markgraf vom Großwesir darauf aufmerksam gemacht, dass er es als Vertreter Österreich-Ungarns in Konstantinopel nicht leicht haben werde. Vor allem

[913] Agenor Gołuchowski an Franz Joseph, 1906 Wien Oktober 1, HHStA Wien, Personalia, F4-245-3, Pal.
[914] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 November 7, HHStA Wien, PA XII/ 190.
[915] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 Dezember 2, HHStA Wien, PA XII/ 190.

angesichts der Art und Weise, wie Calice in mancher Hinsicht am Ende seiner Tätigkeit wenig diplomatisches Geschick gegenüber der osmanischen Regierung und gegenüber seinen ausländischen Kollegen bewies. Obwohl Mehmet Ferid Pascha das schroffe Wesen Calices mit dessen Sorge um die Gesundheit seiner Gemahlin begründete, konnte er nicht umhin, sein wiederholt brüskes Auftreten zu kritisieren. Das „Säbelrasseln" des Großwesirs nahm Pallavicni zur Kenntnis, wissend, dass der abgetretene k.u.k. Botschafter nicht immer im Sinne der osmanischen Regierung tätig war.
Abgesehen von der Kritik an Calice sind in diesem Zusammenhang kritische Äußerungen Gołuchowskis in den Delegationen bezüglich der Lage am Balkan zu sehen, die bei der osmanischen Regierung Misstrauen gegenüber (expansionistischen) Zielen und Plänen Österreich-Ungarns verursachten. Außer Frage steht, dass sich beide über die Aufrechterhaltung des Status quo einig waren. Sowohl der Großwesir als auch Pallavicini betonten das Interesse ihrer Staaten, die Lage am Balkan nicht zu verändern und das Osmanische Reich in seinem gegenwärtigen Besitzstand zu erhalten. Pallavicini konnte in Erfahrung bringen, dass sich das Misstrauen gegenüber der Monarchie in einer wirtschaftlichen Benachteiligung österreichisch-ungarischer Produkte manifestierte. In dieser Hinsicht erwartete der Markgraf von Mehmet Ferid Pascha eine Änderung der osmanischen Politiker. Der Großwesir versprach die erhobenen Vorwürfe zu prüfen und seinen ganzen Einfluss geltend zu machen, um eine gleichberechtigte Behandlung der österreichisch-ungarischen Wirtschaftsinteressen zu gewährleisten.

Die Berichte zeigen, dass Pallavicini nach dem Gespräch mit dem Großwesir den Eindruck gewann, mit dem albanisch-stämmigen Mehmet Ferid Pascha einen osmanischen Politiker vor sich zu haben, mit dessen Unterstützung er rechnen konnte. Die Begegnung nahm der Markgrafen zum Anlass, selbstkritisch die Position der österreichisch-ungarischen Monarchie im Osmanischen Reich und am Balkan zu hinterfragen. Was das Misstrauen des Sultans gegenüber Österreich-Ungarn betraf, wusste Pallavicini, dass dieses primär auf Vermutungen und Spekulationen basierte, die die Einverleibung der westlichen Balkanprovinzen durch die Monarchie zum Inhalt hatten. Denn am Hof wurde befürchtet, dass in Wien expansionistische Aspirationen bestünden, die sich über Albanien nach Saloniki erstreckten. Am Beginn seiner Tätigkeit musste sich der Markgraf eingestehen, dass sich die Reputation Österreich-Ungarns sowohl im Osmanischen Reich als auch in den übrigen Balkanstaaten auf einem Tiefpunkt befand. Diesem Zustand wollte er ein baldiges Ende bereiten. Um den politischen und wirtschaftlichen Interessen der Monarchie mehr Geltung zu verschaffen, schlug er Außenminister Aehrenthal vor, für seine Ambitionen Tipps und Anregungen dem Kurs der deutschen Politik zu entnehmen.[916] Von Aehrenthal, der seit 24. Oktober 1906 im Amt war, wurde der Botschafter bei seinen Bemühungen, das Ansehen der Monarchie zu verbessern, indirekt unterstützt. In seiner

[916] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 Dezember 2, HHStA Wien, PA XII/ 190.

darauffolgenden Rede in den Delegationen zu der Situation im Osmanischen Reich fand Aehrenthal aus der Sicht der Pforte die richtigen Worte, ein Umstand, der in Konstantinopel positiv aufgenommen wurde.[917]

9.1.2. Informationen über die allgemeine Situation der Mächte im Osmanischen Reich

Nach der russischen Niederlage gegen Japan mehrten sich bei Pallavicini die Anzeichen dafür, dass sich die machtpolitischen Interessen der Mächte weg vom Fernen Osten hin zu den Gebieten des Nahen Ostens und des Balkans verschoben.[918] Das Osmanische Reich mit seinen vielen der Lösung harrenden Fragen in Asien, Afrika und dem europäischen Kontinent, zog nunmehr vermehrt die Aufmerksamkeit der Großmächte auf sich. Im Hinblick auf die veränderte Lage in Ostasien wurden daher Auswirkungen auf das Verhältnis Russlands zu Konstantinopel befürchtete. Wenn der Wandel in den Beziehungen bis dato noch nicht offen zu Tage getreten war, so lag das nach Auffassung Pallavicinis ausschließlich in den widrigen innenpolitischen Konsequenzen, die dem Zarenreich aus der Niederlage im Krieg gegen Japan im September 1905 entstanden. Sowohl die Überwindung der innenpolitischen Krise als auch die Wiedererlangung der Aktionsfreiheit Russlands in außenpolitischer Hinsicht, stellte für den Botschafter lediglich eine Frage der Zeit dar. Die ersten Anzeichen für eine Wende der russischen Politik waren bereits zu erkennen. Anzeichen sprachen dafür, dass er feststellen konnte, dass der russische Botschafter sich nach den englischen Vorgaben orientierte. In Konstantinopel trachtete Sir Nicolas Roderick O´Connor (3. Juli 1843–19. Februar 1908) danach, die Direktive seiner Regierung umzusetzen, die nach Informationen des Markgrafen weniger die Realisierung des russisch-österreichisch-ungarischen Reformvorhabens, sondern ein Ende der osmanischen Herrschaft in Mazedonien anstrebte.[919]

Die berichte des k.u.k. Botschafters weisen darauf hin, dass in London der Lösung der Mazedonischen Frage vermehrt Bedeutung beigemessen wurde. Die Gründe hierzu vermutete Pallavicini in der Absicherung des britischen Herrschaftsanspruchs in den Kolonien und in der Rivalität zum Deutschen Kaiserreich. Den Ausbau der deutschen Position und das Ringen Londons und Berlins um Einfluss im Osmanischen Reich konnte Pallavicini im Rahmen seiner diplomatischeD Tätigkeit sehr wohl registrieren Das Ansehen des deutschen Kaiserreichs reichte mittlerweile bis tief in

[917] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 Dezember 12, HHStA Wien, PA XII/ 190.
[918] Zum russisch-japanischen Krieg, Richard M. Connaughton, The War of the rising Sun and the tumbling Bear. A Military History of the Russo-Japanese War 1904–05, London/New York 1989; Dietmar Dahlmann, Die gescheiterte Revolution – Russland 1905–1907, in: Josef Kreiner (Hg.) Der Russisch-Japanische Krieg (1904/05) Bonn 2006, 117–135; Ian Nish, The origins of the Russo-Japanese War, eine Ausführliche Abhandlung von den Beginnen 1894 bis zum Friedensschluss 1904, London/New York 2003.
[919] Vgl.; Über die Reformation Österreich-Ungarn und Russlands, Jacob Ruchti, Die Reformaktion Österreich-Ungarns und Russlands in Mazedonien 1903–1908, Gotha 1918; zu Mürzsteg 1903, vgl. Wakounig, Dissens, 472-473.

das Innere des Osmanischen Reiches. Diese Tendenz wollte England zurückdrängen und bekämpfen. In diesem Gegensatz fand Pallavicini auch die Erklärung für die, seiner Meinung nach, starre Haltung der Engländer hinsichtlich der mazedonischen Reformen. Denn während Berlin eine zurückhaltende Haltung einnahm, agierte London entgegengesetzt und bereitete dem Sultan und der Regierung fortlaufend Probleme. Aufschlussreich ist, dass er vom Standpunkt Londons dessen Strategie nachvollziehen konnte. London spekulierte mit einem Regierungswechsel, um seinen Einfluss auf die Geschicke des Osmanischen Reiches zu erhöhen. Im Hinblick darauf richtete sich die Politik von St. James gegen die Interessen der Habsburgermonarchie, deren Ziel es war, stabile Verhältnisse für Mazedonien herbeizuführen.[920]

Die Sicht der Dinge erlaubt darauf zu schließen, dass im Fokus der taktischen Manöver der Mächte der Versuch stand, die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung im Osmanischen Reich zu erringen. Pallavicini gab sich hierbei keineswegs der Illusion hin, eine Verbesserung der Position der österreichisch-ungarischen Monarchie allein und aus eigener Kraft bewältigen zu können. Daher empfahl er eine enge Kooperation mit Berlin anzustreben. An der Seite Deutschlands schien es für Pallavicini möglich, den Außenhandel Österreich-Ungarns mit dem Osmanischen Reich zu steigern, wobei er an die an Österreich-Ungarn angrenzenden Provinzen dachte. Diese Politik wurde von Pallavicini ab 1907 energisch vertreten. Carlgren ist der Auffassung, dass Pallavicini mit der Hilfe der Bahnverbindungen eine langsame Kontrolle des Gebietes bis Saloniki durch Österreich-Ungarn im Sinn hatte, ohne dabei eine politische Veränderung der politischen Verhältnisse anzustreben.[921]

Von dieser Warte verfolgte er das von Aehrenthal forcierte Projekt der Sandschakbahn.[922] In der Mithilfe an der Realisierung dieses Vorhabens sah er auch eine der vorrangigen Aufgaben seiner diplomatischen Aufgaben. In dieser Hinsicht war sich Pallavicini durchaus bewusst, dass es schwierig sein würde, den Sultan zu bewegen, den Anschluss der bosnischen Bahnen an das türkische Netz zu gestatten.[923]

Auf die Bereitschaft Pallavicinis zur Zusammenarbeit reagierte der deutsche Botschafter erfreut. Wie Pallavicini von Adolf Marschall von Bieberstein (12. Oktober 1842–24. September 1912) erfuhr, gestalteten sich seine Beziehung zum ehemaligen k.u.k. Botschafter in der Vergangenheit keineswegs

[920] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 April 17. Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 191.
[921] Vgl.; Wilhelm M. Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreichisch-ungarische Balkanpolitik 1906–1908, Uppsala 1955, 261.
[922] Zur Sandschakbahn Evelyn Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialsismus. In: Europäische Hochschulschriften , Reihe III, Frankfurt/Main, u.a., 2001; Gregor Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die Orientalische Frage 1871–1914, München 1984, 248–253.
[923] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 April 3, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 193.

frei von Unstimmigkeiten und Differenzen. Calices Hauptkritikpunkt richtete sich hierzu vornehmlich gegen die gegenseitige Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiet. Es besteht Grund zu der Annahme, dass sie sich in dieser Hinsicht einig waren und den marktwirtschaftlichen Wettbewerb getrennt von den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Interessen im Osmanischen Reich betrachteten. Obwohl die Persönlichkeit des deutschen Botschafters in Konstantinopel nicht ganz unumstritten war, wusste Pallavicini um die gute Reputation eines Abgesandten des Deutschen Kaisersreichs. Denn der Sultan empfand Deutschland als die einzige Macht, die ohne Hintergedanken die Erhaltung des Osmanischen Reiches wünschte. Abdülhamid II.sah in der Person Wilhelms II. den Garant für die Sicherung seiner Macht. Vom deutschen Kaiser erhoffte er auch Schutz vor den anderen Großmächten. Pallavicini hatte den Eindruck, dass „die Stellung des deutschen Botschafters eine so außerordentliche ist, wie sie niemals ein Botschafter irgendeiner anderen Macht erreichen kann, solange die jetzigen Verhältnisse dauern.“[924]

Die Berichte deuten darauf hin, dass der Markgraf die Stellung Mehmet Ferid Paschas als ungefährdet betrachtete. Trotzdem kamen ihm Gerüchte zu Ohren, die von Intrigen gegen den Großwesir handelten. Er konnte in Erfahrung bringen, dass Hüseyin Hilmi Pascha (1. April 1855–1922) hinter den gegen Mehmet Ferid Pascha gerichteten Machenschaften stand. Der verfolgte das Ziel, den Sturz Mehmet Ferid Paschas durch anhaltenden Widerstand in den Reformfragen herbeizuführen.[925] So wurde er in seiner ablehnenden Haltung hinsichtlich der Gendarmeriefrage von Italien unterstützt, als der italienische Außenminister die Organisation der Balkanhalbinsel auf dem Nationalitätenprinzip ankündigte. Für Pallavicini war es kaum verwunderlich, dass der Vorstoß von Tommaso Tittoni (16. November 1855–7. Februar 1931) sowohl beim Sultan als auch bei der Regierung einen überaus schlechten Eindruck hinterließ. Einerseits interpretiere der Großwesir die Aussagen Tittonis im Dezember 1906 als eine Drohung gegenüber dem Osmanischen Reich,andererseits hob Mehmet Ferid Pascha gegenüber Pallavicini hervor, dass die Rede höchstwahrscheinlich sowohl auf die Balkanstaaten als auch auf die Ethnien in Mazedonien wie eine Aufforderung zur Fortführung ihres Kampfes gegen die Erhaltung des Status quo wirken werde. Dieser Analyse stimmte Pallavicini zu.[926]

Pallavicini betrachtete die Politik Italiens hinsichtlich Mazedoniens und des Reformwerks ohnehin nur als eine Möglichkeit, mehr Einfluss auf die mazedonische Gendarmerie zu nehmen. Die Gendarmerie betrachtete die Regierung in Rom seiner Meinung nach als eine italienische Institution und benützte sie nur für ihre Zwecke. Informationen deuten darauf hin, dass er auch die Bestellung

[924] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Februar 6, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[925] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 Dezember 19, HHStA Wien, PA XII/ 190.
[926] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 Dezember 26, HHStA Wien, PA XII/ 190.

eines italienischen Offiziers zum Leiter der Gendarmerie im März 1907 als Fehler betrachtete.[927] Basierend auf Informationen der osmanischen Regierung wusste Pallavicini, dass Rom ebenso danach trachtete, das Protektorat über die Katholiken in Albanien an sich zu reißen. Die Aktivitäten Italiens in Albanien wurden auch von Marschall registriert. Zum Bedauern des Großwesirs war es dem dem italienischen Botschafter Guglielmo Imperiali (19. August 1858–20. Jänner 1944) nach der Rede Tittonis gelungen, den Sultan für sich zu gewinnen. In dieser Hinsicht wollten sowohl Pallavicini als auch Marshall alles unternehmen, dass Albanien nicht unter italienischen Einfluss gerate.[928]

So sehr sich Imperiali bemühte die Frage der Gendarmerie unter seine Kontrolle zu bekommen, so sehr bemühte sich der englische Botschafter den Part des bestimmenden Faktors in der Justiz–Reform-Angelegenheit einzunehmen. Sir Nicolas Roderick O´Conor und Pallavicini kannten sich noch aus der Zeit in St. Petersburg. Es ist anzunehmen, dass es dem englischen Botschafter auf der Grundlage ihrer Bekanntschaft nicht allzu schwer fiel, Pallavicini über die Zusammenarbeit mit Calice zu informieren. Auf persönlicher Ebene unterhielt O´Conor eine gute Beziehung zu Pallavicinis Vorgänger. Allerdings bestanden im diplomatischen Tagesgeschäft mitunter erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Diese Differenzen bezogen sich auf den unterschiedlich Ansatz hinsichtlich der Vorgangsweise im Bezug auf die Mazedonische Frage. Im Zusammenhang damit wusste O´Conor zu berichten, dass seine Behörde entsprechende Schritte plane, um sich mit Wien in der Reformfrage auf eine gemeinsame Linie zu einigen.[929]

Im Gegensatz dazu erfuhr Pallavicini im März 1907 aus Berichten der k.u.k. Mission in London von einem Interview des Sultans in der *Daily Mail*. Der k.u.k. Botschafter in London, Albert Mensdorff-Pouilly-Dietrichstein (5. September 1861–15. Juni 1945) betrachtete den Artikel als Beginn einer Kampagne, die die Verbesserung der Beziehungen Londons zu Konstantinopel zum Inhalt hatte. Die englische Tendenzen, die auf die Rückeroberung der verlorenen Vormachtstellung im Osmanischen Reich abzielten, wurden auch von Pallavicini registriert. Dabei war für ihn nicht zu übersehen, dass auf wirtschaftlichem Gebiet eine enge finanzielle Kooperation mit Frankreich bestand.[930] Die Berichte lassen den Schluss zu, dass die englischen Bemühungen keineswegs ohne Erfolg blieben. Anhand der politischen Erfolge des englischen Botschafters war zu erkennen, dass Marschalls Stellung beim Sultan und der Regierung ins Wanken geriet. Je mehr Prestige O´Conor für seine Regierung zurückgewinnen konnte, desto mehr begann der Einfluss des deutschen Botschafters zu schwinden.[931]

[927] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 März 27, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[928] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 April 3, HHStA Wien, PA XII/ 193.
[929] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Jänner 30, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[930] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 März 27, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[931] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 April 3, HHStA Wien, PA XII/ 193.

In dieser Situation wurde während der Abwesenheit Marschalls vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907 der deutsche Gesandte in Bukarest, Alfred von Kiderlen-Waechter (10. Juli 1852–30. Dezember 1912), nach Konstantinopel geschickt.[932] Die kaiserliche Regierung wollte ihn deshalb dort haben, um das ohnehin angeschlagene Image nicht noch weiter zu belasten. Noch aus seiner Zeit in Bukarest war Pallavicini mit Kiderlen-Waechter bekannt, daher begrüßte er dessen Ernennung zum interimistischen Leiter der deutschen Botschaft. Der persönliche Vertraute des Kaisers galt als äußerst begabter und wenn nötig, als energischer Diplomat. Als überzeugter Anhänger einer deutsch-österreichisch-ungarischen Allianz teilte er Pallavicinis Auffassung, so viel als möglich gemeinsam aufzutreten, um einen solidarischen Eindruck der Bündnispartner zu erwecken.[933]

In Konstantinopel war man bemüht, Kiderlen-Waechter möglichst freundlich entgegen zu kommen. Fast entschuldigend erklärte der Sultan „er könne nicht immer alles tun, was er tun möchte, denn er werde von England und Frankreich gedrängt. Baron Marschall habe leider in letzter Zeit verabsäumt, die Türkei gegen andere Mächte in Schutz zu nehmen“.[934] Bis zur Rückkehr auf seinen Posten in Bukarest Ende 1907 gelang es dem deutschen Diplomaten, das Prestige seines Landes am Goldenen Horn vollkommen wiederherzustellen und wichtige Angelegenheiten erfolgreich zu Ende zu führen. Ein Erfolg auf diplomatischer Ebene, den Pallavicini zu einem Großteil auf den persönlichen Einsatz des Botschafters zurück führte. Trotzdem kritisierte der Markgraf die deutsche Politik im Osmanischen Reich. Denn während sich die anderen Mächte in der undankbaren Rolle des Reformers sahen, übernahm Berlin den Part des Protektors. Damit gelang es dem Deutschen Kaiserreich nicht nur das Vertrauen des Sultans zu erhalten, sondern auch die Interessen und den Reformwillen der andern Mächte zu behindern.[935]

9.1.3. Mazedonien. zwischen Widerstandsbewegung und Reformen

Die Berichte Calices gewährten dem Markgrafen im Lauf der Jahre wiederholt Einblicke über die Verhältnisse und Entwicklungen in Mazedonien aus der Sicht des Osmanischen Reiches. Seit seiner Ankunft in Konstantinopel befand er sich in der Lage, sich ein eigenständiges Bild von den Mechanismen dieser Politik zu machen. Am Beispiel des diplomatischen Vertreters der osmanischen Regierung in Athen konnte er Aehrenthal nunmehr seinerseits von diesbezüglichen Erfahrungen in Kenntnis setzte. Denn dessen Proteste gegen die Unterstützung der griechischen Widerstandskämpfer

[932] Nach einem ausgedehnten Urlaub wurde Baron Marschall als deutscher Bevollmächtigter vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907 zur 2. Friedenskonferenz nach Den Haag entsendet. Ekkehard Verchau, Marschall von Bieberstein, Adolf, in: Neue Deutsche Biographie, Band 16, Berlin 1990, 256f.
[933] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Mai 22, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[934] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Mai 31, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[935] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Dezember 18, HHStA Wien, PA XII/ 192.

beim k.u.k. diplomatischen Vertreter Karl Macchio (23. Februar 1859–1. April 1945) hinterließen den Eindruck, nicht ganz aufrichtig gemeint zu sein. Diesen Vorwurf fand Pallavicini, bis zu einem gewissen Grad, begründet. Bei der Beurteilung der osmanischen Politik hatte es sich der k.u.k. Botschafter angeeignet, zwei Richtungen zu unterscheiden. Auf der einen Seite die Politik Abdülhamids und der konservativ-religiösen Hofkamarilla und dem gegenüber die Politik der osmanischen Regierung, repräsentiert durch den Großwesir, die beide vom Sultan geleitet wurden.
Nun trat nach Ansicht Pallavicinis sehr oft der Fall ein, dass die offizielle Politik des Reiches, mit der des Hofes in Gegensatz geriet. Die Ursache dafür sah der Markgraf in erster Linie in der Vorliebe des Sultans, neben seiner offiziellen Einflussnahme auch inoffizielle Weisungen zu erteilen. Dies dürfte nach Meinung des Botschafters auch in diesem Fall geschehen sein. Denn deshalb musste er protestieren, obwohl das griechische Widerstandswesen in Konstantinopel nicht ernst genommen wurde und man deren Kampf gegen bulgarische Widerstandskämpfer nicht ungern sah.[936]

Über die Lage in Mazedonien und die Aktionen der diversen Widerstandsgruppen wurde der Markgraf vom Großwesir und vom Außenministerium auf dem Laufenden gehalten. In den Gesprächen wurde auch die Rolle der griechischen Konsulatsfunktionäre und des orthodoxen Klerus im Zusammenhang mit den griechischen Widerstandskomiteés erörtert. Mehmet Ferid Pascha weihte den Markgraf in geplante Maßnahmen ein, die sich gegen das Einsickern weiterer griechischer Widerstandskämpfer richteten. Der Großwesir vergaß dabei auch nicht, über die wiederholten Beteuerungen Athens zu berichten, mit dem Bandenwesen aufzuräumen und die Formierung von Widerstandsgruppen und deren Übertritt wirksam zu verhindern.[937]
In dieser Richtung äußerte sich auch der bulgarische diplomatische Vertreter. Bei seinem Antrittsbesuch im Dezember 1906 bei Pallavicini informierte er ihn über den Entschluss seiner Regierung, die Widerstandsgruppen in keiner Weise zu unterstützen. Aus den Informationen geht hervor, dass seine weiteren Instruktionen lauteten, so viel als möglich gute Beziehungen zu Konstantinopel anzustreben, um eine gründliche Durchführung der Reformen zu gewährleisten.[938]

Weder der Großwesir, noch Pallavicini hatten jedoch Vertrauen in die Ankündigungen des diplomatischen Vertreters Bulgariens. Mehmet Ferid Pascha gab gegenüber Pallavicini unumwunden zu, den Ausführungen des bulgarischen Diplomaten erst dann Glauben zu schenken, wenn die Regierung in Sofia der Verfolgung der muslimischen Bevölkerung im Fürstentum Einhalt gebieten werde. An dieser Stelle wird deutlich, dass Pallavicini, wie bei anderen Gelegenheiten auch, zum Ausdruck brachte, dass er die Bulgaren unter allen Balkanvölkern als diejenigen mit dem größten

[936] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 März 27, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[937] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 November 28, HHStA Wien, PA XII/ 190.
[938] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 Dezember 16, HHStA Wien, PA XII/ 190.

Potential und der stärksten Armee betrachte. Gegenüber dem Großwesir vertrat er daher die Ansichtt, dass „es im Interesse der Türkei [sein müsse], sich mit dem Fürstentum gut zu stellen, denn ohne Zweifel liege in dem Verhältnis der Türkei zu Bulgarien der Schwerpunkt der ganzen [Reform-] Frage“.[939] Trotz der Skepsis gegenüber Bulgarien konnte im Februar 1907 ein Handelsabkommen zwischen dem Fürstentum und dem Osmanischen Reich abgeschlossen werden.[940]

Dessen ungeachtet trafen im Frühjahr 1907 in Konstantinopel Nachrichten über neuerliche Aktivitäten der Widerstandsgruppen in Mazedonien ein. Je nach Art der ethnischen Zusammensetzung in den jeweiligen Gebieten informierten die Meldungen über Zusammenstöße zwischen serbischen Widerstandskämpfern mit Truppen des Sultans, Serben und Bulgaren, sowie über Kämpfe griechischer Freischärler mit osmanischem Militär. Im Hinblick darauf befürchtete Pallavicini eine Zunahme von Gewalt.[941] Denn der Markgraf wurde auch vom rumänischen diplomatischen Vertreter über Übergriffe griechischer Widerstandskämpfer auf Aromunen unterrichtet. Als Konsequenz forderte der Diplomat in einer vertrauliche Note an die Großmächte deren Unterstützung für eine strengere Überwachung der Grenzen .[942] Diesem Anliegen schlossen sich der britische und der russische Botschafter in der Folge an. Während O´Conor auf die Ergreifung umfassender militärischer Vorkehrungen im Grenzgebiet drängte, empfahl Ivan Sinov´ev (1835–1917) gleichzeitig mehr Druck auf Athen auszuüben. In Wien wurde Aehrenthal in diser Sache tätig wurde. Die Unterredung des k.u.k. Außenministers mit dem Botschafter des Osmanischen Reichs versetzte Mehmet Ferid Pascha in die Lage, bei Abdülhamid mit Nachdruck auf die Notwendigkeit eines energischen Vorgehens gegen griechische und serbische Widerstandsgruppen zu drängen.[943]

Die Intervention der Mächte blieb indes nicht ohne Folgen. Denn wie aus den Berichten hervorgeht, berichtete der Sultan Pallavicini im Rahmen einer Audienz, dass das Militär von ihm angewiesen wurde, ohne Rücksicht auf die Nationalität, gegen alle Widerstandsgruppen mit Entschlossenheit vorzugehen.[944] Die Nachsicht Konstantinopels gegenüber den griechischen Widerstandsgruppen fand daraufhin ein jähes Ende. Pallavicinis diesbezügliche Berichterstattung lässt den Schluss zu, dass er als Beweis dazu von Ferid Pascha über ein Schreiben des griechisch-orthodoxen Patriarchen an den Justizminister informiert wurde, in dem er sich über Schikanen gegen die Priesterschaft in den mazedonischen Gemeinden beschwerte und für den Fall weiterer Verfolgungen des Klerus mit seiner Demission sowie der Sperrung des ökumenischen Patriarchats drohte. Die Drohung wurde vom

[939] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1906 Dezember 19, HHStA Wien, PA XII/ 190.
[940] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Februar 13, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[941] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 März 13, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[942] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Mai 15, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[943] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/ 191.
[944] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/ 191.

Großwesir ignoriert und er fuhr fort Maßnahmen gegen den Klerus zu setzen. Sowohl der Markgraf als auch der russische Botschafter nahmen diese Entwicklung befriedigt zur Kenntnis. Pallavicini empfahl dem Außenministerium sogar, dem osmanischen Botschafter Anerkennung für das erfolgreiche Auftreten der osmanischen Behörden gegen die Widerstandsgruppen auszusprechen.[945]

Während die Maßnahmen gegen griechische Widerstandsgruppen im Spätherbst 1907 erste Erfolge erkennen ließen, registriere die Regierung in Konstantinopel zunehmende Aktivitäten bulgarischer Widerstandsgruppen. Von der Regierung des Sultans wurde das Wiedererstarken des bulgarischen Widerstandswesens daraufhin mit dem Abbruch sämtlicher offizieller Verhandlungen mit Sofia beantwortet. In Konstantinopel wurde hierzu vermutet, dass die bulgarische Regierung aus innenpolitischen Gründen danach trachtete, das öffentliche Interesse wieder vermehrt auf die Situation in Mazedonien zu lenken.[946] Gleichzeitig wurden die diplomatischen Vertreter angewiesen, die Regierungen vor Ort für eine Intervention in Sofia zu gewinnen und sie auf Konsequenzen einer Eskalation hinzuweisen.[947]

Die Entwicklung in Mazedonien wurde von Exarch Joseph I. mit großer Sorge verfolgt. Er war der Auffassung, dass sich die bulgarisch-stämmige Bevölkerung in Mazedonien aufzehrte, ohne etwas zu erreichen. Die Ursache an diesem unerfreulichen Zustand schrieb er teils der osmanischen Administration, teils dem Widerstandswesen zu. Außerdem gab er Pallavicini zu verstehen, dass es zwecklos sei, die Bevölkerung auf die Unsinnigkeit des Widerstands hinzuweisen. Er ließ weiters erkennen, dass seine Predigten im Allgemeinen auf taube Ohren stießen, da die Köpfe hinter der Bewegung sich nicht von humanitären sondern materiellen Interessen leiten ließen. In dem Gespräch mit dem k.u.k. Botschafter verwies der Bischof auch auf die Verhältnisse im Vilâyet Adrianopel. Dort würde die christliche und muslimische Bevölkerung ohne Hass und Gewalt friedlich nebeneinander leben. In den Berichten des Kirchenfürsten lag für Pallavicini der Beweis für seine Ansicht, dass der Grund für die Unruhen nicht so sehr in der osmanischen Verwaltung, sondern in den von außen kommenden Einflüssen zu suchen sei.[948]

Am Ende des Jahres 1907 wurde die Lage in Mazedonien von Pallavicini, wenn nicht schlechter, so doch gewiss nicht besser als die Jahre davor beurteilt. Auf der Grundlage seiner Informationen musste er sich eingestehen, dass der Kampf zwischen den Volksgruppen bereits Dimensionen angenommen hatte wie noch nie zuvor. Einiges spricht dafür, dass sich trotz des eingeleiteten Reformprozesses die

[945] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1907 September 11, HHStA Wien, PA XII/ 192.
[946] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Dezember 4, HHStA Wien, PA XII/ 192.
[947] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1907 November 13, HHStA Wien, PA XII/ 192, Telegramm Nr. 142 .
[948] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 November 21, HHStA Wien, PA XII/ 192.

Situation in Mazedonien am schlechtesten von allen osmanischen Provinzen in Europa gestaltete. Die Ursache dafür erklärte er sich mit der bulgarisch-, serbisch- und griechischen Propaganda im Reformvilâyet, das laut Widerstandspropaganda als erstes von der Herrschaft des Sultans befreit werden sollte.[949] Die Wirkung der Justizreform beurteilte der Markgraf pessimistisch. Nach Ansicht Pallavicinis würde die osmanische Justiz durch die Verhandlungen mit den Großmächten zwar bis zu einem gewissen Grad verbessert werden, den Kampf um Mazedonien würde sie jedoch nicht stoppen können. Des weiteren konnte der Markgraf auch wenig Erfolg in den Bemühungen der Großmächte im Rahmen der Gendarmeriereform-Frage erkennen konnte.[950]

Die Berichte lassen darauf schließen, dass der k.u.k. Militärbevollmächtigte in seinem Bericht vom Jänner 1908 über den Zustand der Reform im österreichisch-ungarischen Sektor, die erzielten Resultate als ineffizient und wenig zufriedenstellend bezeichnete. Von Oberst Ludwig Goiginger (11. August 1863–28. August 1931) wurde grundsätzlich der Wille der Pforte bezweifelt, das Reformwerk zu fördern. Aus der Sicht des k.u.k. Offiziers ging die größte Zahl der Verbrechen auf das Konto von bulgarischen und serbischen Widerstandsgruppen. Die Mehrzahl der Vergehen blieb jedoch ohne Konsequenzen. Zum einen weil die Täter nicht eruiert werden konnten, zum anderen weil die osmanischen Behörden Türken und Albaner mit entsprechender Nachsicht behandelten. Die Fakten sprechen dafür, dass er als bedenkliche Entwicklung das Auftreten von Blutrache zwischen den verschiedenen Volks- und Religionsgemeinschaften beklagte. Es wird deutlich, dass er hinsichtlich des Hauptzwecks der Reformaktion, Ruhe, Ordnung und Sicherheit einzuführen, eine negative Bilanz zog. Seiner Meinung nach war eine Besserung der Zustände nicht zu erwarten.[951]

Im Jänner 1908 registrierte Pallavicini auch von anderer Seite Entwicklungen, die für ihn auf ein Scheitern des Reformwerks schließen ließen. So wurde von der osmanischen Heeresleitung der Stand ihrer Truppen in Mazedonien deutlich erhöht. Die Erhöhung des Truppenstandes brachte er mit den Vorbereitungen der osmanischen Regierung in Verbindung, den Mächten Widerstand in der Frage der Justizreform entgegen zu bringen.[952] Offensichtlich zählte hierzu der Protest des Großwesirs zu Aussagen des k.u.k. Außenministers in den Delegationen zu Fragen der Justizreform.[953]

In England wurde unterdessen der Frage der Bekämpfung des Widerstandswesens in Mazedonien eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Sowohl von Seiten der Regierung als auch von Seiten

[949] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Dezember 18, HHStA Wien, PA XII/ 192.
[950] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Dezember 15, HHStA Wien, PA XII/ 192.
[951] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Jänner 8, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 194, Bericht des k.u.k. Militärbevollmächtigten Oberst Goiginger über den Zustand der Gendarmerie Reform im österreichisch-ungarischen Sektor im Schluss des Jahres 1907.
[952] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Jänner 15, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[953] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Jänner 5, HHStA Wien, PA XII/ 194.

der britischen Öffentlichkeit wurde diesbezüglich ein wirkungsvollerer Einsatz der internationalen Sicherheitskräfte gefordert. Diesen Zugang hielt Pallavicini für falsch. Seiner Meinung nach lag das Problem viel tiefer, als dass man es durch den verstärkten Einsatz der internationalen Gendarmerie hätte lösen können. In seinem Bericht an den Außenminister bekräftigte er diesen Standpunkt, dass nach seiner Ansicht das Hauptübel seine Ursache in der von außen nach Mazedonien getragenen nationalen und religiösen Propaganda der Balkanstaaten habe.[954]

Zur Jahreswende 1907/1908 mehrten sich für den Markgrafen die Anzeichen, dass Sinov´ev der russisch-österreichisch-ungarischen Zusammenarbeit weit weniger Interesse entgegenbrachte. Die Annäherung des russischen Botschafters an O´Connor war kaum mehr zu übersehen. Speziell in Fragen der Justizreform wurde eine Übereinstimmung der Positionen deutlich. Die Haltungsänderung des russischen Botschafters begründetet Pallavicini zu einem Großteil mit der britisch-russischen Konfliktbereinigung in Zentralasien .[955] Die politischen Differenzen zwischen Wien und St. Petersburg hinsichtlich der Pläne zum Bau der Sandschakbahn markierten für ihn hierzu den Endpunkt einer Entwicklung, die früher oder später abzusehen war.[956] In diesem Zusammenhang riet er, zur Wahrung der österreichisch-ungarischen Interessen, für die Zukunft zu einer Abkehr vom Prinzip der Einigkeit der Mächte. Offensichtlich zog er aus seinen bisherigen Erfahrungen den Schluss, dass „zwei Mächte von denen bekannt ist, dass sie analoge Interessen haben und unter allen Umständen vereint vorgehen, hier bedeutend mehr Gewicht haben als das Konzert der sechs Mächte, von welchem man sehr gut weiß, dass es nur deshalb besteht, damit sich die Teilnehmer an dem selben gegenseitig im Zaum halten“.[957]

Den Hauptgrund für die wenig erfolgreiche Tätigkeit des Konzerts der Mächte in Bezug auf die Umsetzung der Reformen begründete er mit der Uneinigkeit ihrer Mitglieder. In der Abfassung von Noten konnte er kein probates Mittel erkennen, die Pforte zur Annahme ihrer Vorschläge anzuhalten. Eine realistische Umsetzung von Maßnahmen war seiner Ansicht nach nur dann möglich, wenn unter den Großmächten Einigkeit über kollektive Schritte vorherrschen würde. Dies wurde, wie er wusste, jedoch von Konstantinopel seit geraumer Zeit in Frage gestellt. Seine bis dato realisierten diplomatischen Erfolge in Konstantinopel hingegen führte der Botschafter einerseits auf das Schwinden des Misstrauens von Hof und Regierung gegenüber der Politik Österreich-Ungarns zurück. Zum anderen machte Pallavicini seine Kooperation mit den Vertretern Deutschlands für das bisherige Erreichen seiner Ziele mitverantwortlich. Fraglos ist, dass er den Standpunkt vertrat, sich im Vorfeld

[954] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Februar 5, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[955] Vgl.; das Ende der Mürzsteger Entente, Pantenburg, Im Schatten, 418–450.
[956] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Februar 26, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[957] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 März 18, HHStA Wien, PA XII/ 194.

im Rahmen der Botschafterkonferenz über effektive Maßnahmen zu einigen, bevor man sich mit weiteren Vorschlägen an die Pforte wendet.

9.1.4. Informationen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Osmanischen Reichs

Aus der Darstellung geht hervor, dass der Markgraf im Laufe seiner diplomatischen Karriere durch die Informationen seiner Kollegen regelmäßig über Missstände im Osmanischen Reich unterrichtet wurde. In den Berichterstattungen nahm hierzu die anhaltende Finanznot des Reiches einen fortgesetzten Platz ein.[958] Zu den Aufgaben eines Botschafters gehörten neben der diplomatischen Vertretung ebenso die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen seines Landes. In seinen Berichten meldete der k.u.k. Botschafter zunehmend Zweifel an, ob das Konzert der Mächte überhaupt noch in der Lage war, eine einheitliche politische Linie gegenüber Konstantinopel zu vertreten. Seine Berichte deuten an, dass sich die Uneinigkeit der Mächte auf politischer Ebene in einer offensichtlichen Rivalität bei der Verfolgung ökonomischer und finanzieller Interessen manifestierte. So war für ihn der Kampf der sich zwischen der deutschen Botschaft einerseits und der englischen und französischen Botschaft andererseits abspielte, interessant zu beobachten.[959]

In den Sommermonaten 1907 hatten die finanziellen Probleme der Pforte wieder einen äußerst bedenklichen Höhepunkt erreicht.[960] Wie auch vielfach in den Jahren zuvor, konnten auch dieses Mal weder die Gehälter der Beamten, noch der Sold für Soldaten und Offiziere ausbezahlt werden. Um vor allem Meutereien unter den Heeresangehörigen zuvorzukommen, stürzte sich die Pforte in intensive Verhandlungen mit ausländischen Geldinstituten und Investoren. Von Kiderlen-Waechter wurde Pallavicini über den Verlauf der deutsch-osmanischen Verhandlungen unterrichtet. Dabei stellte sich die ganze Situation als ziemlich unklar heraus. Denn obwohl es für die Pforte sehr schwierig war an neue Kredite zu kommen, machten sich die verschiedenen Geldinstitute gegenseitig heftige Konkurrenz.[961] Während von deutscher Seite eine Finanz-Kooperation mit französischen Investoren angestrebt wurde, dämpfte der französische Botschafter jedoch diese Vorstellung. Jean Antoine Ernest Constans (3. Mai 1833–7. April 1913) hatte den offiziellen Standpunkt seiner Regierung zu vertreten, die sich nicht noch mehr im Osmanischen Reich engagieren und zudem keine Finanzgeschäfte mit Deutschland machen wollte. Hinter dieser Haltung vermutete Pallavicini den Einfluss der englischen Regierung. Der französische Botschafter agierte jedoch in finanziellen Angelegenheiten eigenmächtig

[958] Mehmet Beşirli: Die europäische Finanzkontrolle im Osmanischen Reich der Zeit von 1908 bis 1914. Die Rivalitäten der britischen, französischen und deutschen Hochfinanz und der Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg am Beispiel der türkischen Staatsanleihen und der Bagdadbahn, Berlin 1999.
[959] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 März 5, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[960] Shereen Khairallah, Railways in the Middle East 1856–1948. Political and Economic Background, Beirut 1991.
[961] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1907 Juni 5, HHStA Wien, PA XII/ 191.

und weitgehend unabhängig von der offiziellen außenpolitischen Linie seiner Regierung. Daher wurden nach außen die Gespräche der Pforte mit der Deutschen Bank geführt, während im Hintergrund über französisches Kapital verhandelt wurde. Derart wurde es möglich, mit einem deutsch-französischen Kredit die dringendsten finanziellen Bedürfnisse des Reiches zu erfüllen. Dies hatte zur Folge, dass die Deutsche Bank und Marschall einerseits, sowie Constans mit einer Gruppe französischen Investoren andererseits, eine profitorientierte Interessengemeinschaft im Osmanischen Reich bildeten.[962]

Im Zentrum der Bemühungen 1908 standen gemeinsame Projekte im Zusammenhang mit der Anatolischen Eisenbahngesellschaft und dem Bau der Bagdad-Bahn.[963] Durch politische Einflussnahme an entscheidender Stelle und dezentem politischen Druck auf den Hof und die Regierung, gelang es den Botschaftern Deutschlands und Frankreichs bedeutende Projekte durchzusetzen.[964] Der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen zum Bau der Bagdad-Bahn[965] setzte hierzu einen ebenso wichtigen Impuls für die deutsche Industrie, wie die Kontrolle der Kohlenminen von Heraklion für die französische Wirtschaft.[966] Die Abwicklung der Transaktionen brachte eine Entspannung für die finanzielle Lage des Osmanischen Reiches mit sich. Sowohl Mehmet Ferid Pascha als auch Pallavicini kamen jedoch bei ihrer gemeinsamen Analyse der finanziellen Situation überein, dass diese Art der finanziellen Gebarung früher oder später ein schlimmes Ende nehmen müsse. Denn beide wussten, dass dem Großwesir die Hände gebunden waren, solange sich Abdülhamid II. nicht zu einer radikalen Reform der Finanzen entschließen konnte.[967]

9.1.5. Aufstand der Unzufriedenen - die Jungtürkische Revolution

In Folge der prekären finanziellen Lage des Osmanischen Reiches trat vermehrt Unzufriedenheit unter der Beamtenschaft, in Armeekreisen und in der muslimischen Geistlichkeit zu Tage. Nach Informationen des k.u.k. Botschafters wurden diese Erscheinungen vor allem in den Reformprovinzen fühlbar. Dort machte sich der Unterschied zwischen der Behandlung der osmanischen Truppen und den Einheiten der Reformgendarmerie, für die osmanischen Offiziere immer deutlicher bemerkbar. Während die internationale Gendarmerie über hinreichende Mittel verfügte, herrschte unter den osmanischen Einheiten Mangel an allen Ecken und Enden. Über die Zustände und über die Bildung

[962] Vgl.; Erich Lindow, Freiherr, Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897-1912,Danzig 1934; Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juni 19, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[963] Johann Manzenreiter: Die Bagdadbahn als Beispiel für die Entstehung des Finanzimperialismus in Europa (1872–1903), Bochumer historische Studien, Neuere Geschichte, II, Bochum 1982.
[964] Eduard Otto an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 April 22, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[965] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Konstantinopel Juni 4, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 195.
[966] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Mai 27, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[967] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juni 2, HHStA Wien, PA XII/ 195.

einer Protestbewegung einiger Offiziere des Armeekorps von Saloniki wurde Pallavicini von Mehmet Ferid Pascha unterrichtet.[968]

Obwohl sich der Großwesir bemühte den Markgrafen davon zu überzeugen, dass es keinen Grund zur Sorge gebe, musste er hinsichtlich des Zustands der Armee Mängel einräumen. Es sei ihm bekannt, berichtete der Großwesir, dass immer wieder große Summen in der Armee und der Heeresverwaltung verschwinden würden. Außerdem wurde in Offizierskreisen der Umstand kritisiert, dass die Vergabe von Ehrungen und Auszeichnungen nur an die Truppen der Garnison von Konstantinopel erfolgte. Aber grundsätzlich, so der Großwesir, würde sich die Unzufriedenheit gegen die Berater des Sultans und nicht gegen ihn richten.[969]

Anfang Juli 1908 erweckte der Fall eines osmanischen Offiziers der Garnison Monastir die besondere Aufmerksamkeit des Botschafters Der flüchtete mit einigen Soldaten und einer Gruppe muslimischer Zivilisten in die Berge, nachdem er sich mit Geld und Munition aus der Garnison Monastir versorgt hatte.[970] Obwohl Mehmet Ferid Pascha versuchte, den Vorfall als unbedeutend darzustellen, konnte Pallavicini trotz allem in den Ausführungen des Großwesirs eine gewisse Beunruhigung erkennen. Für Mehmet Ferid Pascha stand jedoch nunmehr fest, dass es an der Zeit sei, sich ernsthaft mit den Zuständen in der Armee zu befassen.[971] in den Balkanprovinzen kam es in der Zwischenzeit zu weitere Desertionen von Offizieren und Mannschaften. Binnen weniger Wochen nahm die Auflehnung der europäischen Truppenteile des Osmanischen Reiches den Charakter einer revolutionären Bewegung an. Als Rechtfertigung für ihren Ungehorsam wurde von den Anführern des Aufstands das Unvermögen des Sultans angeführt, das Reich gegen fremde Einflüsse zu schützen.[972] An Hand der eingehenden Berichte befürchtete der k.u.k. Botschafter eine Eskalation der Situation und der Großwesir deutete an, dass es ohne gewisse Konzessionen zu keiner Einigung mit den reformistischen Kräften kommen werde.[973]

In diesem Sinn trat Ferid Pascha an den Sultan heran und unterbreitete Abdülhamid die Alternative, entweder die Verfassung von 1876 wieder einzusetzen, oder eine mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete Kommission zu Verhandlungen mit den revoltierenden Offizieren zu entsenden. Der Sultan zog jedoch keine dieser Optionen in Erwägung und entließ Ferid Pascha aus seiner

[968] Vgl.; die Jungtürkische Revolution als Folge der Missstände des Hamidischen Systems, Haken Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen 1890–1914 und die Rolle Enver Paschas. Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Band 16, Marburg 2011, 62f.
[969] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juli 1, HHStA Wien, PA XII/ 195.
[970] Vgl.; die revolutionären Vorgänge in Monatsir siehe: Şükrü Hanioğlu, A brief History of the Late Ottomane Empire, Princeton/Oxford 2008, 148–149.
[971] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juli 1, HHStA Wien, PA XII/ 195.
[972] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Juli 13, HHStA Wien, PA XII/ 195, Telegramm Nr. 190.
[973] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juli 13, HHStA Wien, PA XII/ 195, Telegramm Nr. 230.

Verantwortung. Als sein Nachfolger wurde am 22. Juli 1908 Mehmed Said Pascha (1838–1. März 1914) als Großwesir eingesetzt.[974] Die Nachricht von der Proklamation der Verfassung durch die revoltierende Armeeführung traf am 24. Juli 1908 ein, noch bevor der Sultan weitere Maßnahmen ergreifen konnte.[975] Unter dem Druck der Ereignisse blieb dem Sultan keine andere Wahl als seine Entmachtung zu akzeptieren und der Wiederherstellung der Verfassung zuzustimmen.[976]

Die Bevölkerung des Osmanischen Reiches wurde von der Entwicklung und von den bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus durch offizielle Kommuniqués unterrichtet. In den osmanischen Provinzen am Balkan wurde die Wiedereinsetzung der Verfassung von den christlichen Gemeinden begrüßt. Die Bevölkerung betrachtete die politischen Ziele der jungtürkischen Bewegung und die Wiederherstellung der Verfassung als Möglichkeit der Politik des Sultans zu entgehen.[977] In Konstantinopel kam es unterdessen zu gewaltsamen Ausschreitungen und Demonstrationen.[978] Von den Ereignissen wurden die Botschafter der Großmächte völlig überrascht, da sie sich in ihrer Einschätzung bezüglich der Loyalität der Armee gegenüber dem Sultan geirrt hatten. Denn unbemerkt vom Hof und der Regierung fiel die Ideologie der Jungtürken in den Reihen des osmanischen Offizierscorps auf fruchtbaren Boden.[979]
Die Ideen der jungtürkischen Opposition ließen in den gebildeten Oberschichten des Reiches ein bis dahin unbekanntes nationales Ehrgefühl entstehen, das sich vor allem gegen die Bevormundung durch fremde Mächte richtete.[980] Für den k.u.k. Botschafter hatte die Reformpolitik Europas einen nicht unerheblichen Anteil an der revolutionären Entwicklung im Osmanischen Reich. Demzufolge prognostizierte er den Reformbemühungen aufgrund der veränderten politischen Lage ein baldiges Ende. In letzter Konsequenz musste sich der k.u.k. Botschafter eingestehen, die verschiedenen Versuche der europäischen Großmächte das Reich von außen zu reformieren, schlussendlich scheiterten.[981]

Durch die Jungtürkische Revolution sahen sich die europäischen Großmächte vor eine gänzlich neue Situation gestellt. Dies gilt sowohl für die Beziehungen zum Osmanischen Reich als auch

[974] Mehmed Sükrü Hanıoğlu, Preparation for a revolution. The young turks 1902 – 1908, Oxford Univ. Press 2001.
[975] Feroz Ahmad, The Young Turks. The Commitee of Union and progress in Turkish Politics, 1908-1914, London 2011, 13–41; Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 5, HHStA Wien, PA XII/ 195.
[976] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juli 22, HHStA Wien, PA XII/ 195, Telegramm Nr. 214.
[977] Virgil Pósfai an Alois Aehrenthal, Monastir 1908 Juli 26, HHStA Wien, PA XII/ 195, Telegramm Nr. 214.
[978] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juli 27, HHStA Wien, PA XII/ 195, Telegramm Nr. 216.
[979] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 August 4, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 196.
[980] Vgl.; die Jungtürkische Bewegung, Beweggründe zur Revolte; Ernest Edmondson Ramsaur, The Young Turks. Prelude to the Revolution of 1908, Princeton 1957; Şükrü Hanioğlu, Preparation for a Revolution. The Young Turks 1902–1908, Oxford 2001; Josef Matuz, Das Osmanische Reich, 249–254, Klaus Kreiser und Christoph K. Neumann, Kleine Geschichte der Türkei. Stuttgart 2008, 351–355.
[981] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juli 29, HHStA Wien, PA XII/ 195.

hinsichtlich ihrer Beziehungen untereinander. Die Berichte lassen den Schluss zu, dass für den Markgrafen diese Tendenz offenkundig wurde, als sich in der Öffentlichkeit eine allgemeine Stimmungsänderung gegenüber den Großmächten bemerkbar machte. So wurde die Ankunft des neuen britischen Botschafters Sir Gerard Lowther (16. Februar 1858–5. April 1916) in Konstantinopel im Juli 1908[982] zum Anlass für „eine bemerkenswerte englandfreundliche Sympathiekundgebung“.[983]
Im Gegensatz dazu registrierte Pallavicini Straßendemonstrationen, die den Charakter anti-deutscher Manifestationen annahmen. Für den Markgrafen wenig verwunderlich, dass nunmehr das Naheverhältnis Deutschlands zum Sultan derart negativ in der Bevölkerung zum Ausdruck kam. Unter den veränderten Umständen wurde von allen diplomatischen Vertretern der Mächte die öffentliche Meinung als relevanter Faktor in Betracht gezogen. Die ansässigen Zeitungen veröffentlichten Pressestimmen aus allen Ländern und konnten ohne Zensur ihre politischen Kommentare schreiben. Pallavicini regte daher in Wien an, sich eingehender als bisher mit den bestimmenden Blättern vor Ort zu beschäftigen.[984]

In diesem Sinne reagierte auch Kiderlen-Waechter, der sich hierbei aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel bediente, um die enge Verbundenheit Deutschlands mit dem osmanischen Volk hervorzuheben.[985] Gleichzeitig versuchte der deutsche Botschafter den Eindruck zu erwecken, dass man von Seiten seiner Regierung mit der neuen Situation vollkommen zufrieden sei. Wegen des Interessenkonflikts zwischen England und dem Osmanischen Reich in Ägypten, in Arabien und in Mesopotamien äußerte er sich skeptisch hinsichtlich stabiler Verhältnisse zwischen London und Konstantinopel.[986]

Der französische Botschafter gab sich zufrieden über die Entwicklung im Osmanischen Reich und gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Osmanische Reich gestärkt aus der revolutionären Bewegung hervorgehen werde. Wie Pallavicini in Erfahrung bringen konnte, hatte der französische Botschafter auch allen Grund für diese Haltung. Denn neben persönlichen Ovationen für Constans wurde von den neuen Machthabern für Frankreich mehr Sympathie als bisher entgegengebracht. Der politische Wandel bereitete hingegen dem russischen Botschafter vergleichsweise wenig Freude. Die Aussöhnung zwischen Christen und Muslimen in den europäischen Provinzen legte nicht nur ein Ende der Reformbemühungen nahe, sondern stellte auch den traditionellen Schutz Russlands über die

[982] Pallavicini pflegte nach eigenen Angaben eine sehr gute persönliche Beziehung mit dem am 19. März 1908 in Konstantinopel verstorbenen englischen Botschafter. Sir Nicolas O´Conor litt an Arteriosklerose und wurde unter enormer Beteiligung aller Gesellschaftsschichten am englischen Friedhof in Haider Pascha in Konstantinopel, an der Seite der gefallenen englischen Soldaten des Krimkriegs begraben. Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 März 26, HHStA Wien, PA XII/ 194.
[983] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/ 195, Telegramm Nr. 232.
[984] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 5, HHStA Wien, PA XII/ 195.
[985] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 5, HHStA Wien, PA XII/ 195.
[986] Gökpinar, Beziehungen, 63-65.

orthodoxen Christen in Frage. Sinov´ev arrangierte sich vermutlich mit der Aussicht , dass eine friedliche Koexistenz zwischen den verfeindeten Gruppen nicht von langer Dauer sein wird.[987]

Die Informationen deuten darauf hin, dass der Markgraf die Stellung der Habsburgermonarchie hinsichtlich der veränderten Umstände vorsichtig optimistisch beurteilte. Pallavicini sah in der Fortführung seiner bisherigen Politik gute Chancen, weiterhin eine entscheidende Rolle unter den ausländischen Mächten im Osmanischen Reich einzunehmen. Pallavicini spekulierte damit, dass er im Gegensatz zu seinem deutschen Kollegen in bilateralen Angelegenheiten primär den Dialog mit der Regierung und nicht mit dem Hof gesucht hat.[988] Es ist anzunehmen, dass es ihm im Hinblick auf die zukünftigen Beziehungen erstrebenswert erschien, dieser Handhabe auch weiterhin zu folgen. Darüber hinaus appellierte er an die Regierung in Wien, sich dem neuen Kurs gegenüber positiv eingestellt zu zeigen und in der Frage Bosniens und der Herzegowina eine taktvolle Haltung einzunehmen.[989] Die Berichte lassen erkennen, dass im August 1908 Stimmen gegen Österreich-Ungarn laut wurden, die sich in feindseliger Weise mit dem Projekt der Sandschakbahn und dem Okkupationsmandat für Bosnien und die Herzegowina befassten.[990]

9.2. Machtkampf im Osmanischen Reich, von Abdülhamid II. zu Mehmed V.

Unter dem Druck der Straße und dem Komitee der Jungtürken sah sich Abdülhamid II. gezwungen Said Pascha am 6. August 1908 bereits wieder zu entlassen. An seiner Stelle wurde noch am selben Tag Kibrish Mehmed Kâmil Pascha (1833–14. November 1913) an die Spitze eines den Jungtürken genehmen Kabinetts berufen. Der für seine liberale Gesinnung bekannte Politiker bildete nach Ansicht des Markgrafen den Übergang vom alten zum neuen Regime. Pallavicini interpretierte die Wahl des neuen Großwesirs als den Schlussstrich unter die über dreißigjährige „Hamid´sche Ära“.[991]

Die Rückkehr zu geordneten Verhältnisse erwartetet der Markgraf jedoch erst nach der völligen Entfernung der alten politischen Elite.[992] Dieser Prozess implizierte seiner Meinung nach auch einen Wechsel an der Staatsspitze, von Abdülhamid II.[993] zu dessen Bruder Reşad Effendi (2. November

[987] Mihran Dabag, Jungtürkische Visionen und der Völkermord an den Armeniern, in Mihan Dabag, Kristin Platt, Genozid und Moderne, Band 1, Opladen 1998.
[988] Rubina Moehring, Die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich 1908-1912, Diss.;1978, 20-35.
[989] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 8, HHStA Wien, PA XII/ 196, Telegramm Nr. 261.
[990] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 4, HHStA Wien, PA XII/ 196, Telegramm Nr. 244.
[991] Vgl.; Gökpinar, Beziehungen, 62. Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 12, HHStA Wien, PA XII/ 196.
[992] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 4, HHStA Wien, PA XII/ 196, Telegramm Nr. 249.
[993] Über die Regierungszeit, die Persönlichkeit und politischen Erfolge des Sultans ausführlich in: Kreiser, Neumann, Kleine Geschichte, 339–350.

1844–3. Juli 1918), denn trotz der Entmachtung des Sultans stand die Möglichkeit einer reaktionären Bewegung in seinem Namen im Raum. Aus der Sicht des k.u.k. Botschafters hatte jedoch das jungtürkische Komitee mit der Hilfe seiner Sympathisanten in der Armee alles unter Kontrolle. Im Gegenteil, das neue Regime wurde binnen kurzem zu einem Machtfaktor, der nach seiner Ansicht einen viel zu intensiven Einfluss auf die Staatsgeschäfte nahm. Der Prestigeverlust des Sultans war in den jungtürkischen Kreisen enorm. Für Abdülhamids Idee des Panislamismus hatte die in der Mehrzahl aus Atheisten und Freidenkern bestehende Bewegung nur wenig übrig. Die Jungtürken vertraten zwar das Prinzip der Gleichstellung aller Religionen im Reich, nichtsdestotrotz bemühten sie sich, religiöse Inhalte aus ihrer Politik herauszuhalten.[994] Die Tatsache, dass viele Offiziere der Bewegung politische Aufgaben übernahmen, interpretierte Pallavicini als Bürde für die Zukunft. Denn „eine Armee die selbst die Geschicke des Landes lenken will, ist eine stete Gefahr sowohl für das eigene Land als auch für das Ausland“.[995]

Der Sommer des Jahres 1908 war kaum zu Ende, als sich für Pallavicini deutliche erkennbar die ersten Risse innerhalb der jungtürkischen Bewegung bemerkbar machten. Hinweise deuteten darauf hin, dass die Fusion der jungtürkischen Bewegung mit der Organisation des Prinzen Sabahaddin (13. Februar 1879–30. Juni 1948) „Dezentralisation und Privatinitiative“ zu ernsten Machtkämpfen innerhalb des Komitees führte.[996] Außerdem erzeugte die Haltung der Jungtürken in gesellschaftspolitischen Fragen den Widerstand religiös-konservativer Gruppierungen. Dies galt insbesondere für die Ausschaltung der Religion aus dem staatlichen Leben und die Emanzipation muslimischer Frauen.[997] Den politischen Willen der jungtürkischen Bewegung, westeuropäischen Liberalismus unvermittelt in das patriarchalische Kalifenreich verpflanzen zu wollen, bezeichnete der Markgraf als einen großen Fehler. Denn nach seiner Meinung würden gerade diese Ambitionen der stets wachsamen Reaktion einen willkommenen Angriffspunkt bieten, das neue Regime zu diskreditieren. Seine Berichte lassen den Schluss zu, dass für ihn diese Politik die Gefahr in sich barg, beim kleinsten Anlass einen religiösen Fanatismus in der großen Masse der Bevölkerung zu entfachen.[998]

Die von den Jungtürken verkündeten Ideale von Gleichheit und Brüderlichkeit konnte den realen Bedingungen nicht standhalten.[999] Dies kam für Pallavicini vor allem während der Vorbereitungen zu

[994] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 27, HHStA Wien, PA XII/ 196.
[995] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 August 20, HHStA Wien, PA XII/ 196.
[996] Vgl.; Zum Prinzen Sabahaddin auch, Kreiser, Neumann, Kleine Geschichte, 359, und Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 September 30, HHStA Wien, PA XII/ 196.
[997] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 September 23, 30, HHStA Wien, PA XII/ 197.
[998] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Oktober 21, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 197.
[999] Serif Mardin, The Genesis of young Ottoman Thought. A study in the Modernisation of Turkish political Ideas, Princeton 1962.

den Wahlen zum Ausdruck. Die griechisch-stämmige Bevölkerung beklagte sich über die eklatante Benachteiligung ihrer Interessenvertreter. Die Armenier äußerten sich bitter enttäuscht über das Desinteresse des Regimes, kurdischen Übergriffen auf ihre Volksgruppe energisch entgegenzutreten. Desillusioniert wandten sich auch die Albaner von den Jungtürken ab. Sie wurden mit allerlei Versprechungen gewonnen, die sich in Folge als trügerisch herausstellten. Als Reaktion dazu legten sie eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Wahlen an den Tag. Vor diesem Hinterrund befürchtete Pallavicini, dass es bereits vor dem Zusammentritt des Parlaments zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen kommen könnte.[1000]

Als Pallavicini am 6. Oktober 1908 Kâmil Pascha in einer Note die Annexion Bosniens und der Herzegowina, so wie die Räumung des Sandschaks von Novi Pazar durch Österreich-Ungarn bekannt gab, erfasste ein Ruck der Solidarität die von jungtürkischer Seite propagierte Nationalitätsidee Auf den Schritt Österreich-Ungarns reagierte die osmanische Regierung, neben halbherzigen Protesten, mit einem generellen Boykott aller Waren und Produkte aus der Donaumonarchie.[1001]
Hatte es vor der Annexionskrise noch den Anschein, als hätte das Komitee an Macht und Prestige eingebüßt, so ging es aufgrund der von ihr geschickt geführten Boykottbewegung[1002] danach gestärkt aus ihr hervor.[1003] Allerdings nur bis zu einem gewissen Grad. Trotz erheblicher Bemühungen war es dem jungtürkischen Komitee nicht gelungen, bei den Wahlen eine Mehrheit zu erringen. In dem vom Sultan feierlich eröffneten Parlament saßen den Mitgliedern der jungtürkischen Bewegung eine Mehrheit aus konservativen, konstitutionell gesinnten Muslimen gegenüber.[1004]

Neben der Abgeordnetenkammer konnte sich auch im Senat eine Mehrheit aus konservativen Kräften bilden. Hierbei setzte sich der Großteil der Senatoren unter dem Vorsitz Said Paschas aus verdienten Persönlichkeiten des alten Regimes zusammen, die in einem Naheverhältnis zum Sultan standen.[1005] Diese und andere Zeichen deuteten für Pallavicini darauf hin, dass Abdülhamid II. eifrig und mit Erfolg damit beschäftigt war, sich unter den veränderten Umständen eine Machtposition zu

[1000] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1908 Oktober 28, HHStA Wien, PA XII/ 197.
[1001] Vgl.; zu den Hintergründen, Auswirkungen und Folgen der Annexionskrise siehe u.a. Skřivan, Schwierige Partner, 76–196; Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht, 253–274; Berthold Molden, Alois Graf Aehrnthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns, Stuttgart/Berlin 1917, 67–110; Jürgen Angelow, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Köln/Weimar/Wien 2000, 175–225.
[1002] Vgl.; Zur Boykottbewegung: Y. Doğan Çetinkaya, The Young Turks and the Boykott Movement. Nationalism, Protest and the Working Classes in the Formation of modern Turkey, London/New York 2014. Der Autor beschreibt hierbei die Reaktion des Jungtürkischen Komitees auf die Annexion Bosniens und der Herzegowina, bzw. Organisation, Wirkung und Folgen des Boykotts österreichischer Waren, 39-88.
[1003] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Dezember 4, HHStA Wien, PA XII/ 197.
[1004] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Dezember 16, HHStA Wien, PA XII/ 197.
[1005] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1908 Dezember 23, HHStA Wien, PA XII/ 197.

schaffen. In diese Optik passten auch die Bestrebungen des Großwesirs, der augenscheinlich immer mehr danach trachtete, sich dem Einfluss der Jungtürken zu entziehen.[1006]

Den hinter den Kulissen geführte Machtkampf erachtete der k.u.k. Botschafter als verhältnismäßig großes Hindernis für die Lösung der Annexionsfrage. Für Pallavicini hatte es den Anschein, als ob die Verhandlungen mit zwei Partnern, auf zwei verschiedenen Ebenen geführt werden müssten. Diese Aufgabe forderte die volle Aufmerksamkeit Pallavicinis und rang ihm sämtliche diplomatische Fähigkeiten abrang.[1007] An dieser Stelle der Darstellung muss angeführt werden, dass sich die Bemühungen des k.u.k. Botschafters, eine für beide Seiten akzeptable Lösung der Annexionsfrage herbeizuführen nur am Rande behandelt werden können, da eine Bearbeitung der Informationen den Rahmen dieser Arbeit überschreiten würde. Die das Tagesgeschäft behandelnden Berichte des Markgrafen sind in dieser Hinsicht unergiebig und bieten nur wenige Informationen über die Ereignisse, bzw. die Verhandlungen des k.u.k Botschafters. Die die Annexionskrise aus der Sicht der k.u.k. Botschaft im Osmanischen Reich betreffenden Berichte wurden vom Außenministerium in Wien gesondert behandelt und abgelegt, so wie von Würl in seiner Dissertation behandelt. [1008]

Was die staatsrechtliche Frage betraf, nahm Kâmil Pascha eine eher moderate Haltung ein. In einem Exposé sprach der Großwesir zwar von „vertragswidrigen Übergriffen“, zeigte aber gleichzeitig Verständnis für Österreich-Ungarn, das sich in Folge der Wiedereinführung der Verfassung in einer Zwangslage befand. Aus den Verhandlungen mit dem Großwesir war für Pallavicini schon bald die Bestrebung Kâmil Paschas ersichtlich, dass er eine Lösung der Frage auf pekuniärer Basis anstrebte. Die Berichte Pallavicinis lassen den Schluss zu, dass der Großwesir das Parlament von den Vorteilen dieser Linie durch seine Ausführungen überzeugen konnte und das Vertrauen der Kammer für seine Politik gewann.[1009] Für das Komitee, das auf den Sturz des Großwesir hinarbeitete, bedeutete das Vertrauensvotum einen herben Rückschlag. Offensichtlich hatte die parlamentarische Niederlage Auswirkungen auf die Verhandlungen über ein Ende der Boykottbewegung, die vom Komitee der Jungtürken geleitet wurden. Denn nach Spaltung der Parlamentsfraktion bot die Kontrolle über die Boykottbewegung die einzige Möglichkeit, auf den Gang der Dinge Einfluss zu nehmen.[1010] Der Versuch des Großwesirs einige ihm unliebsame Ministerkollegen aus den Kabinett zu entfernen, bot seinerseits dem Komitee die Möglichkeit, durch Druck und Einschüchterung auf die Parlamentarier den Sturz Kâmil Paschas herbeizuführen.[1011] Das politische Ende Kâmil Paschas im Februar 1909 kam für Pallavicini unerwartet. Dem Markgrafen wurde dadurch jedoch die Möglichkeit eröffnet, sich mit

[1006] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Jänner 6, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 198.
[1007] Vgl.; Würl, Tätigkeit, 23-36.
[1008] Ebda., 23–50.
[1009] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Jänner 15, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1010] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Jänner 6, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1011] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Februar 18, HHStA Wien, PA XII/ 198.

Hilfe des neuen Großwesirs Hüseyin Hilmi Paschas (1. April 1855–1922) mit den Spitzen des Komitees im Februar 1909 über ein rasches Ende der Boykottbewegung zu einigen.[1012]

9.2.1. Reaktionäre Militärrevolte (April 1909)

Schon im Verlauf der Verhandlungen hinsichtlich einer Lösung der Annexionskrise wurden für den k.u.k. Botschafter die tiefen Gräben sichtbar, die sich innerhalb der Fraktionen zum osmanischen Parlament gebildet hatten. Im Frühjahr 1909 standen dem jungtürkischen „Komitee für Einheit und Fortschritt“ die reaktionären Kräfte der Vereinigung „Union Liberal“ und „Union Muselmane“ gegenüber.[1013] Der Mord an einem Redakteur des Zentralorgans der „Union Liberal“ im April 1909 verlagerte den Machtkampf der rivalisierenden Gruppierungen auf die Straße.[1014] Die Berichte zeigen, dass in diesem Klima am 13. April 1909 in Konstantinopel eine Militärrevolte ausbrach.[1015] Die Revolte ging von den Mitgliedern der „Union Liberal“ aus. Die Bewegung richtete sich in erster Linie gegen das Komitee und hatte das Ziel die Regierung Hüseyin Hilmi Paschas zu stürzen.[1016]

Unter dem Druck der Ereignisse zogen sich die regierungstreuen Truppen zurück und die Regierung reichte ihren Rücktritt ein. An die Stelle von Hüseyin Hilmi Pascha trat am 13. April 1909 der ehemalige Außenminister Ahmed Tevik Pascha (11. Februar 1845–8. Oktober 1936). Gegenüber Pallavicini ließ der neue Großwesir keinen Zweifel an seinem Willen erkennen, die von der vorigen Regierung befolgte politische Richtung im vollen Umfang beibehalten zu wollen. Der neue Großwesir sah seine Aufgabe darin, übergangsmäßig Ordnung zu schaffen und unter allen Umständen am konstitutionellen System festzuhalten. Die Rolle des Sultans in dieser Situation blieb für die Botschafter der Großmächte unklar. Einerseits versicherte der Großwesir, dass Abdülhamid von der Revolte der Garnison von Konstantinopel vollkommen überrascht wurde, andrerseits deuteten Hinweise auf seine Mitwisserschaft hin.[1017] Als Reaktion auf die Vorgänge in der Hauptstadt formierten sich regierungstreue Truppenverbände an der Tschataldscha-Linie aus Saloniki und Adrianopel, um die

[1012] An dieser Stelle soll nicht der Umstand vergessen werden, dass es Heinz Gemeinhardt gelungen ist Pallavicinis geschickten Umgang mit der Presse während der Annexionskrise nachzuweisen, der wesentlich zum Abbau der anti-österreichisch-ungarischen Hetze beigetragen hat. Mir der Ermächtigung Aehrenthals ist es dem Markgrafen für die Summe von 20 000 France gelungen, die Zusammenarbeit mit einem politischen Redakteur der *Yeni Gazette* zu arrangieren. Des Weiteren konnte er die Unterstützung der französischsprachigen *Turquie,* eines italienischen Herausgebers gewinnen, um derart erfolgreich auf die ausländische Presse einwirken. Die zweckdienliche Beeinflussung der politischen Kreise durch die Presse wurde am Ballhausplatz mit großer Befriedigung registriert. Heinz Alfred Gemeinhardt, Deutsche und österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908/ 09. Historische Studien, Heft 437, Hamburg 1980, 217–229; Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Februar 26, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1013] Vgl.; Gökpinar, Beziehungen, Gründung der Mohammedanische Union am 5. April 1909, 85-86.
[1014] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 April 16, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1015] Gökpinar, Beziehungen, 87.
[1016] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 13, HHStA Wien, PA XII/ 198, Telegramm Nr. 186.
[1017] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 15, HHStA Wien, PA XII/ 198, Telegramm Nr. 197.

Ordnung wieder herzustellen und die Rädelsführer der Revolte zur Rechenschaft zu ziehen. Diese Truppen marschierten im Einvernehmen mit der Regierung Ende April 1909 in Konstantinopel ein.[1018] Trotz erheblichem Widerstand gelang es den Heeresverbänden sämtliche aufständische Kasernen einzunehmen; es wurde außerdem der Belagerungszustand verkündet. Die Ausrufung des Ausnahmezustands wurde vom Sultan sanktioniert. Die Oberste Gewalt für die Dauer des Belagerungszustandes wurde vom Oberkommandierenden Mahmud Şevket Pascha (1856–11. Juni 1913) übernommen.[1019]

Gleichzeitig mit der Niederschlagung der Revolte wurden Gerüchte laut, die von einer bevorstehenden Absetzung Abdülhamid II. berichteten. Der deutsche Botschafter trat daraufhin für einen Thronwechsel ein, da er dem Sultan die Hauptschuld an der Revolte zuschrieb. Marschall war zu der Überzeugung gelangt, dass im Interesse der Rechtsstaatlichkeit ein Thronwechsel nicht zu vermeiden sei.[1020] Am 27. April 1909 wurde Pallavicini von der Absetzung Abdülhamids II., durch ein Rechtsgutachten des Schaich al-Islām und der Nationalversammlung, unterrichtet.[1021] In der gleichen Versammlung wurde sein Bruder Reşad Effendi als Mehmed V. zu seinem Nachfolger bestimmt.[1022]

Vom Standpunkt der internationalen Interessen hatte der Thronwechsel nach Meinung des Markgrafen nur lokale Bedeutung. Dies lässt darauf schließen, dass Pallavicini unter den gegebenen Verhältnissen lediglich das liberal gesinnte Offizierskorps der Armee als den einzigen relevanten politischen Faktor im Osmanischen Reich betrachtete. Er vertrat nämlich die Ansicht, dass sich während der reaktionären Bewegung die übrigen Faktoren der Staatsgewalt als vollkommen unzulänglich erwiesen hatten und sowohl Regierung als auch das Parlament durch ihre zögerliche und konzeptlose Haltung diskreditiert waren. Für die Zukunft stellte Pallavicini der Bevölkerung einen ideologischen Machtkampf in Aussicht. Dem liberalen, von der Armee gestützten, Gesellschaftsmodell stellte er demzufolge religiös-konservative Werte gegenüber.[1023]

[1018] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 23,24, HHStA Wien, PA XII/ 198, Telegramm Nr. 240–243, vgl, Haken Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen, 94–98.
[1019] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 23,24, HHStA Wien, PA XII/ 198, Telegramm Nr. 249.
[1020] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 April 21, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1021] Auch Scheichülislam, Scheikulislam, Scheik ül-Islam, Şeyh-ül Islam, oberste religiöse Autorität im Osmanischen Reich.
[1022] Wie Pallavicini nach Wien berichtete, nahm Abdülhamid die Botschaft seiner Absetzung einiger Massen verstört zu Kenntnis. Als er sich gefangen hatte, reagierte er mit den Worten „es scheint mein Kismet gewesen zu sein.“ Der Entthronte Sultan wurde ins Exil nach Saloniki gebracht, wo er die folgenden Jahre in der Villa Allatini verbrachte. Im Beisein der Missionschefs des gesamten diplomatischen Corps nahm Pallavicini an der Zeremonie der „ Schwertumgürttung“ für Mehmed V. am 10. Mai 1909 in der Eyüp-Sultan Moschee teil. Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 28, HHStA Wien, PA XII/ 198, Telegramm Nr. 261, 1909 Konstantinopel April 28, 1909 Mai 15, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1023] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 20, HHStA Wien, PA XII/ 198, Telegramm Nr. 225.

Der k.u.k. Botschafter wurde für seinen Beitrag um eine friedliche Lösung der Annexionsproblematik nicht nur von Aehrenthal aufs höchste belobigt[1024]; sondern auch von Franz Joseph I. mit der Verleihung des Großkreuzes des Leopoldordens am 3. März 1909 gewürdigt.[1025] Was die zukünftige Haltung der österreichisch-ungarischen Monarchie im Osmanischen Reich betraf, schlug Pallavicini vor, eine möglichst neutrale Politik einzunehmen.[1026] Wahrscheinlich ist, dass er sich dafür einsetzte, die Beziehungen zum Zentralkomitee der Jungtürken in Saloniki möglichst einzuschränken.[1027]

Durch die Ereignisse verlor die Volksvertretung an Bedeutung und Mahmud Şevket Pascha zum neuen starken Mann im Osmanischen Reich wurde. Im Mai 1909 konnte er mit der Unterstützung des wieder ins Amt berufenen Hüseyin Hilmi Paschas ein verhältnismäßig starkes Kabinett bilden.[1028] Gemeinsam mit Innenminister Ferid Pascha (1853–6. Oktober 1923) machte er es sich zur Aufgabe, ruhige, geordnete Verhältnisse zu schaffen, und den Einfluss des jungtürkischen Komitees auf die Regierung zurückzudrängen.[1029] Zu diesem Zweck wurde eine Verordnung erlassen, die das Komitee für Einheit und Fortschritt dazu verpflichtete, sich als Partei zu konstituieren.[1030] In seinen Bemühungen war Mahmud Şevket Pascha nur bedingt erfolgreich, weil viele der jüngeren Offiziere sich weigerten seinem Kurs zu folgen. Der Einfluss der jungtürkischen Bewegung auf die Geschicke des Landes konnte nur geringfügig eingeschränkt werden. Der Markgraf wertete als Zeichen dieser Entwicklung die Ernennung führender Mitglieder des Komitees in die Regierung.[1031]

9.3. Am Vorabend der Balkankriege

9.3.1. Gerüchte über die Bildung einer Allianz der Balkanstaaten

Von den ausländischen Mächten profitierte das Deutsche Kaiserreich von der verworrenen Situation im Frühjahr 1909. Auf Vermittlung der in Deutschland ausgebildeten Offiziere gelang es der deutschen

[1024] Vgl.; Arnold Suppan, Zur Frage eines österreichisch-ungarischen Imperialismus in Südost-Europa. Regierungspolitik und öffentliche Meinung um die Annexion Bosniens und der Herzegowina, in: Adam Wandruschka, Richard Plaschka (Hgg.), Die Donaumonarchie und die südslawische Frage von 1848-1918, Wien 1978, 103-136. Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 20, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1025] Vgl.; Zur Annexionskrise, August Fournier, Wie wir zu Bosnien kamen. Eine historische Studie, Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina 1908-1909, Wien 1909, Gemeinhardt, Pressepolitik, 64-70. Theodor von Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, Band II, Stuttgart 1914, 198-207. Wien 1909 März 3, HHStA Wien, Personalia F4/ 245/ Pal.
[1026] Roy Bridge, Die Habsburgermonarchie, 314-318.
[1027] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1909 April 20, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1028] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Mai 12, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1029] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Mai 5, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1030] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Mai 12, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1031] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1909 August 11, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 199.

Botschaft, mit den führenden Persönlichkeiten der jungtürkischen Bewegung in einen konstruktiven Dialog zu treten.[1032] Das durch die Jungtürkische Revolution an England verloren gegangene politische Terrain konnte dann ab dem Zeitpunkt vollkommen zurückgewonnen werden, als besagte Offiziere an die Macht kamen. Obwohl der englische Botschafter, Sir Gerad Lowther, anfänglich ein sehr vertrautes Verhältnis zu den Jungtürken pflegte, setzte das Kabinett in London in der Folge seine Hoffnungen in die politischen Durchsetzungskraft Kâmil Paschas. Nach dessen Rücktritt nahm der Einfluss Englands allerdings rapide ab.[1033]

Nach der Annexionskrise fand es auch die russische Außenpolitik unter Außenminister Aleksandr Petrovič Izvoľskij (18. März 1856–16. August 1919) angebracht, ihre Position im Osmanischen Reich zu überdenken und den veränderten Umständen Rechnung zu tragen. Als ersten Schritt dazu wurde der langjährige russische Botschafter Ivan Sinov´ev durch Nikolai Čarikov ersetzt. Der als ausgesprochen turkophil geltende russische Diplomat wurde nach Konstantinopel mit dem Ziel geschickt, das neue Regime nach Kräften zu unterstützen. Der Markgraf vertrat hierzu die Ansicht, dass er noch andere Ambitionen aus St. Petersburg mit im Gepäck hatte. Er verfolgte nämlich das Ziel, die Wirtschaftsinteressen der slawischen Balkanländer mit den Interessen des Osmanischen Reiches auf eine gemeinsame Ebene zu stellen.[1034] Den Moment für eine derartige Initiative hielt Pallavicini für günstig. Wie er aus Gesprächen mit Regierungsvertretern wusste, tendierte das Regime dahin, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht diese Annäherung zu suchen.
Obwohl Pallavicini dem Aufbau gut nachbarschaftlicher Beziehungen über das Maß handelspolitischer Interessen hinaus skeptisch gegenüber stand, riet er dem Ballhausplatz, die Augen in Sofia und Belgrad offen zu halten. Der Realisierbarkeit aller (Bündnis-) Pläne darüber hinaus sprach er hingegen jede Grundlage ab. Dies galt insbesondere für Izvoľskij´s Idee eines Balkanbundes unter der Führung des Osmanischen Reiches.[1035] Diese Meinung wurde von osmanischer Seite geteilt, da ein Krieg mit Bulgarien im Bereich des Möglichen stand.[1036] In diesem Zusammenhang wurde die Rüstung des Nachbarn mit dem größten Misstrauen verfolgt. An dieser Stelle wird deutlich, dass Mahmud Şevket Pascha in der Beurteilung der Lage noch weiter ging. Er vertrat die Ansicht, dass „in diesem Fall mit der Beteiligung Serbiens, Montenegros und Griechenlands zu rechnen sei“.[1037] Vor diesem Szenarium

[1032] Der Großteil dieser Offiziere wurde in Deutschland ausgebildet. Das osmanische Heer wurde zwischen 1883 und 1895 von deutschen Offizieren unter der Leitung von General Freiherrn Wilhelm Leopold Colmar von der Glotz (12. August 1843–19. April 1916) reorganisiert. Danach trat der Freiherr wieder in die preußische Armee ein, in: Cebeci, Die deutsch-türkischen Beziehungen, 349–353.
[1033] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 April 28, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1034] Leopold Berchtold an Alois Aehrenthal, St. Petersburg 1909 August 24/11 Haus- Hof- und Staatsarchiv HHStA, PA X Russland, Karton (Kat.) 135.
[1035] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1909 Juli 28, HHStA Wien, PA XII/ 198; zu der Initiative Izvoľskijs auch: Alan Bodger, Russia and the End of the Ottomane Empire, in: Marian Kent, The Great Powers and the End of the Ottoman Empire, London 1984, 93–94.
[1036] Eduard Otto an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 November 10, HHStA Wien, PA XII/ 199.
[1037] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Dezember 1, HHStA Wien, PA XII/ 199.

sah Mahmud Şevket Pascha seine Hauptaufgabe, das Osmanische Reich auf einen Krieg vorzubereiten. Dem k.u.k. Botschafter eröffnete der General „wir brauchen ein Jahr Ruhe und dann sind wir stark genug um uns gegen Bulgarien, Serbien und Griechenland, auch wenn sie uns gleichzeitig angreifen würden, zu wehren“.[1038]

Mehmet Ferid Pascha neigte im Dezember 1909 zu einer ähnlichen Prognose. Nach seiner persönlichen Überzeugung warteten die Balkanstaaten nur auf eine Gelegenheit, um über das Osmanische Reich herzufallen. So sehr die osmanischen Politiker eine militärische Konfrontation in Betracht zogen, so sehr bauten sie auch auf eine Interessengemeinschaft mit Österreich-Ungarn. Nach Bereinigung der Annexionskrise zeigte sich der Großwesir vom Desinteresse der österreichisch-ungarischen Monarchie an territorialen Zuwächsen am Balkan überzeugt. An der Wende 1909/1910 betrachtete die Regierung in Konstantinopel nur die Zweibundmächte als „Beschützer der Integrität des Reiches“.[1039] Währenddessen setzte sich Čarikov weiter für die Idee des Balkanbundes ein. Der russische Botschafter bemühte sich, vorwiegend unter jenen jungtürkischen Abgeordneten Werbung für seine Vorstellungen zu machen, die nach wie vor Österreich-Ungarn ablehnend gegenüber standen.[1040]

Am Widerstand des jungtürkischen Komitees an seiner Politik scheiterte auch das Kabinett von Hüseyin Hilmi Pascha. Zu seinem Nachfolger wurde am 12. Jänner 1910 Ibrahim Hakki Pascha (1863–29. Juli 1913) ernannt. Unter Beibehaltung des Generalinspektorats der drei europäischen Armeekorps übernahm Mahmud Şevket Pascha das Kriegsministerium.[1041] Anhand der vorliegenden Informationen zeigt sich, dass Pallavicini die Regierungsumbildung, aber vor allem den Eintritt Mahmud Şevket Pascha in die Regierung, als einen weiteren Beweis der innenpolitischen Dominanz des Komitees wertete.[1042] Die allgemeine Lage des Osmanischen Reiches beurteilte er pessimistisch. Anlässlich eines Besuchs in Konstantinopel wurde diese Ansicht von Generaloberst Wilhelm Leopold Colmar Freiherr von der Goltz hinsichtlich der Zustände in der Armee, vertreten.[1043] Der Generaloberst klagte über die mangelnde Disziplin, die sowohl unter den höheren als auch niederen Offizieren herrschte. „Die Leute die heute die Geschicke dieses Landes lenken, tun alles, um dasselbe zu Grunde zu richten“.[1044] Des Weiteren informierte ihn Colmar von der Goltz über Animositäten gegen deutsche

[1038] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Mai 12, HHStA Wien, PA XII/ 198.
[1039] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Dezember 1, HHStA Wien, PA XII/ 199.
[1040] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1909 Dezember 15, HHStA Wien, PA XII/ 199.
[1041] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Jänner 7, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 200.
[1042] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Jänner 14, HHStA Wien, PA XII/ 200.
[1043] Pertev Demirhan, Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz. Das Lebensbild eines großen Soldaten, Göttingen 1960.
[1044] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Jänner 19, HHStA Wien, PA XII/ 200.

Instruktoren und unerfreuliche Vorfälle zwischen deutschen und osmanischen Offizieren, die sich negativ auf die Stimmung im Heer auswirkten.[1045]

In seinen Berichten beklagte Pallavicini das Faktum, dass die europäische Öffentlichkeit noch immer viel zu wenig Informationen über das tatsächliche Ausmaß der Krise verfügte, in welcher sich das Osmanische Reich seit der Machtübernahme durch die Jungtürken befand. Denn neben innenpolitischen Machtkämpfen, der permanenten Finanznot und diversen Aufständen in den Provinzen, befand sich das Osmanische Reich in einer latenten Kriegsgefahr mit seinen Nachbarn. Es zeigt sich, dass er die Gefahr einer militärischen Eskalation am Balkan registrierte, als die Kreta-Frage wieder akut zu werden drohte. Daneben kamen Pallavicini wiederholt Nachrichten zu Ohren, die von überhandnehmenden Grenzzwischenfällen an der bulgarisch-osmanischen Grenze berichteten.[1046]

Ein wenig Anlass zu hoffen gab die Ankündigung der Pforte von bevorstehenden Besuchen des bulgarischen und serbischen Königs im März und April 1910 in Konstantinopel. Den Auftakt zu dem Besuchsreigen bildete der serbische Außenminister, den Pallavicini noch aus seiner Zeit in Belgrad gut kannte. Von Milovan Milanović (17.Februar 1863–18. Juni 1912) erfuhr der Markgraf einige Details über dessen Visite. Der Zweck der Reise war, die gegenwärtigen Machthaber von der guten Nachbarschaft mit dem Königreich zu überzeugen. Weitergehende Pläne und Absichten als handelspolitischer Natur, wurden vom serbischen Außenminister nicht verfolgt. Milanović betonte auch, dass die Idee eines Balkanbundes nicht in das Gebiet der praktischen Politik gehöre. Gegenüber Pallavicini vertrat der Außenminister den Standpunkt, dass sowohl Sofia als auch Konstantinopel den Frieden wünschen. „Die Lage würde sich allerdings ändern, wenn zwischen dem Osmanischen Reich und Griechenland ernste Komplikationen entstehen würden“.[1047]

Ähnliche Töne über den Besuch waren auch vom osmanischen Außenministerium zu vernehmen. Die Berichterstattung lässt darauf schließen, dass bei dem Besuch neben der Erörterung von Wirtschaftsfragen auch die Haltung Serbiens ihm Fall eines Kriegs mit Griechenland, bzw. eines bulgarischen Angriffs sondiert wurde.[1048] Pallavicini war bekannt, dass die osmanische Regierung für den Fall einer Eskalation ein Konzept parat hatte. Darin wurde von Österreich-Ungarn erhofft, Druck auf Belgrad auszuüben, um ein neutrales Verhalten Serbiens zu gewährleisten. Wenn auch nur privater Natur, so hatte Pallavicini zu dieser Hoffnung eine Haltung. Der k.u.k. Botschafter gab dem Großwesir deutlich zu verstehen, dass „bei Eintritt des von ihm ins Auge gefassten Falles eine direkte

[1045] Alexander Krethlow, Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz Pascha. Eine Biographie. Ferdinand Schöningh, Paderborn 2012.
[1046] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 März 2, HHStA Wien, PA XII/ 200.
[1047] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 März 9, HHStA Wien, PA XII/ 200.
[1048] Mehmet Hacisalihoğlu, Die Jungtürken und die mazedonische Frage 1890-1918, Oldenburg 2003, 206-366.

Stellungnahme einer der Großmächte zu Gunsten eines der Kombattanten nicht wahrscheinlich erscheine, weil eine solche zweifelsohne eine Einmischung auch einer der anderen Großmacht nach sich ziehen und dadurch die Gefahr herbeiführen könnte, dass die Konflagration am Balkan nicht nur nicht eingedämmt werde, sondern vielleicht zu einem europäischen Krieg führe“.[1049]

Mit seiner Aussage hat Pallavicini die Haltung der k.u.k. Regierung in einem Balkankonflikt gewissermaßen vorweg genommen. Der Besuch des bulgarischen und serbischen Königs im Frühjahr 1910 in Konstantinopel wurde sowohl unter den Diplomaten der Großmächte als auch von der osmanischen Regierung als Erfolg des neuen Regimes betrachtet. Darüber hinaus wurde die Visite des bulgarischen Königs als eine Garantie für die Erhaltung des Friedens am Balkan gesehen. Wie Pallavicini in Erfahrung bringen konnte, wurde der Besuch des bulgarischen Königs jedoch nicht als Einleitung zur Anbahnung inniger Beziehungen zu Bulgarien verstanden. Wie im Vorfeld bereits zu erwarten war, kamen während des Staatsbesuchs politische Fragen kaum zur Erörterung. Auch auf wirtschaftlicher Basis konnten keine nennenswerten Ergebnisse erzielt werden. Pallavicini konnte jedoch den Eindruck gewinnen, dass durch die Gespräche eine gewisse Entspannung in den Beziehungen erreicht wurde. Beide Seiten äußerten sich am Ende der Visite befriedigt und hoben die freundschaftliche Atmosphäre des Besuchs hervor.[1050]
Schon vor der Reise des König Peters I. verlautete aus Belgrad, dass die Visite des serbischen Königs weder in Verbindung mit der von Ferdinand stehe, noch irgendwie auf russische Einflüsse zurückzuführen sei.[1051] Ansonsten konnte der k.u.k. Botschafter keinen wesentlichen Unterschied im Verhalten der osmanischen Regierungsvertreter beim Besuch des serbischen Königs erkennen. Von Seiten des osmanischen Militärs wurde offensichtlich die Absicht verfolgten, die bulgarischen Gäste zu beeindrucken, während den serbischen Besuchern nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde.[1052]

9.3.2. Unruhen in Albanien und in den asiatischen Provinzen des Reiches

Ein weiterer, folgenschwerer Krisenherd entwickelte sich für das neue Regime in der Provinz Albanien. Dort brach im Frühjahr 1910 im Kosovo ein bewaffneter Aufstand gegen die Zentralgewalt aus. Neben den Berichten der k.u.k. Konsulate und den offiziellen osmanischen Stellen wurde Pallavicini auch vom albanisch-stämmigen Mehmet Ferid Pascha und dessen Onkel Ismail Qemali Bey Vlora (16. Jänner 1844–24. Jänner 1919), einem Mitglied der albanisch-türkischen Eilte und

[1049] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 März 9, HHStA Wien, PA XII/ 200.
[1050] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1910 März 21,29, HHStA Wien, PA XII/ 200, Telegramm Nr. 86, 90.
[1051] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1910 März 20, HHStA Wien, PA XII/ 200, Telegramm Nr. 79.
[1052] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 April 10, 14, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 201.

Parlamentsmitglied[1053], über die Vorgänge in der peripheren Region unterrichtet. Von offizieller Seite wurde angenommen, dass die ganze Bewegung durch eine separatistische Organisation, an der das Gros der albanischen Abgeordneten beteiligt sein könnte, in Bewegung gesetzt wurde.[1054] Dieser Verdacht wurde von Ismail Qemali Bey indirekt bestätigt. Seine Ausführungen ließen bei Pallavicini den Eindruck zurück, dass er und seine Mitstreiter auf einen gänzlichen Abfall Albaniens von Osmanischen Reich hinarbeiteten.[1055]

In der Unterredung wurde von Ismail Kemal Bey ganz offen die Eventualität eines Zusammenbruchs der osmanischen Herrschaft in Europa erörtert. Für diesen Fall nannte er als Ziel, die Errichtung eines autonomen Staats unter dem Protektorat Österreich-Ungarns. Auf seine Äußerung reagierte Pallavicini zurückhaltend. Er ließ jedoch keinen Zweifel am Interesse Österreich-Ungarns am Schicksal der Albaner, blockte aber alle weiteren Aussagen zu diesem Thema ab. Für die Idee einer Intervention Österreich-Ungarns zu Gunsten der Albaner war der k.u.k. Botschafter nicht zu gewinnen. Wahrscheinlich ist, dass er so wie Marschall im Rahmen diplomatischer Möglichkeiten bereit war, zu einer Verständigung der Konfliktparteien beizutragen.[1056] Ganz ohne Zweifel vertrat der Botschafter die außenpolitische Linie der Monarchie in Balkanfragen, nämlich am Prinzip des Status quo festzuhalten und sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Osmanischen Reiches einzumischen. In Albanien gelang es nur durch ein massives Truppenaufgebot den Aufstand niederzuwerfen und in den größeren Städten die Regierungsgewalt wieder einzusetzen. Während sich Mahmud Şevket Pascha optimistisch über das Ende des Aufstands äußerte, bestanden bei Pallavicini berechtigte Zweifel an einem generellen Ende der Unruhen .[1057]

Die kompromisslose Vorgangsweise der osmanischen Truppen nahm Pallavicini auch zum Anlass, um den Kriegsminister auf die Gefahr einer endgültigen Abkehr der Albaner hinzuweisen. In diesem Fall, so der k.u.k. Botschafter, würde sich das Osmanische Reich selbst erheblich schwächen und sich seiner stärksten Stütze gegen expansionistische Pläne der Balkanstaaten berauben.[1058] Diese Ansicht wurde von Mahmud Şevket Pascha geteilt. Trotzdem beharrte der Kriegsminister, im Rahmen eines für Albanien entworfenen Aktionsplans,aber auf eine bedingungslose Wiederherstellung der Staatsgewalt in diesem Teil des Reiches.[1059]

[1053] Ismail Kemal Bey Vlora, unter seinem Vorsitz proklamierte der albanische Nationalkongress am 28. November 1912 die Unabhängigkeit Albaniens. Michael Schmidt-Neke, Geschichtliche Grundlagen, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.), Albanien. Südosteuropa-Handbuch, Band VII, Göttingen 1993, 34.
[1054] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1910 April 10, HHStA Wien, PA XII/ 201, Telegramm Nr. 101.
[1055] Stavro Skendi: The Albanian National Awakening: 1878–1912.Princeton 1967, Albert Gottfried Krause, Das Problem der albanischen Unabhängigkeit in den Jahren 1908-1914, Diss. Wien 1970.
[1056] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Mai 31, HHStA Wien, PA XII/ 201.
[1057] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Juni 15, HHStA Wien, PA XII/ 201.
[1058] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Juni, HHStA Wien, PA XII/ 201, Telegramm Nr. 212.
[1059] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Juli 5, HHStA Wien, PA XII/ 201.

Nach Informationen des k.u.k. Botschafters ist zu schließen, dass in der ersten Hälfte des Jahres 1910 im Jemen und anderen arabischen Provinzen separatistische Bewegungen von Tag zu Tag mehr an Boden gewannen.[1060] Obwohl in gewissen Regionen die osmanische Autorität ohnehin nur aus einer nominellen Gewalt bestand, richtete sich der Unmut der Bevölkerung unter dem Schlachtruf „Arabien den Arabern“ gegen desolate Verwaltungszustände und „Turkisierungs-Bestrebungen“ der Zentralregierung. Kâmil Pascha bezeichnete die „Arabische Frage“ gegenüber Pallavicini als ernste Gefahr für den Osmanischen Staat.

Im wachsenden arabischen Nationalismus vermutete Pallavicini ein enormes Konfliktpotential für die Zukunft. In diesem Kontext interpretierte er das gespannte Verhältnis zwischen dem englischen Botschafter, der Pforte und dem jungtürkischen Komitee, das hierzu bereits die ersten Schatten auf kommende Ereignisse warf.[1061] Insbesondere der deutsche Botschafter verfügte über Informationen, die auf englische Bestrebungen hinwiesen, Arabien und Mesopotamien unter seine Kontrolle zu bekommen. Einen gewissen Anteil an den englisch-osmanischen Differenzen hatte auch die Haltung der englischen Regierung in der Kreta-Frage. Hierbei ließ sich vor allem in der Presse eine tendenzielle Zuwendung der Pforte zu den Mittelmächten erkennen. Pallavicini und Marschall erkannten hierin einen Erfolg ihrer Politik, sich in der Problematik um Kreta möglichst reserviert zu verhalten.[1062]

9.3.3. Deutschlands (Militär-) Engagement im Osmanischen Reich

Einiges spricht dafür, dass seit den Erfahrungen der Annexionskrise Österreich-Ungarn und Deutschland im Osmanischen Reich als ein fester Block galten. Damit wurde mit der Annäherung an einen der Partner auch eine solche an den anderen gleichgesetzt. Sowohl Pallavicini als auch Marschall hatten es durch ihre neutrale Haltung in der Kreta-Frage verstanden, in Konstantinopel Misstrauen in die Politik der Mittelmächte abzubauen. Ebenso trugen die Bemühungen des Deutschen Kaiserreichs auf finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Sektor dazu bei, Jungtürken und die osmanische Regierung davon zu überzeugen, dass ihre Interessen am zweckdienlichsten von den Zweibundpartner gewahrt werden konnten. Von Pallavicini wurde in dieser Hinsicht die vorrangige Stellung Berlins als auch die von Marschall anerkannt.[1063]

[1060] Vgl.; die Aufstände in Arabien 1910–1911, in: Kayali, Arabs and Young Turks, 108–112; hierbei für den Aufstand im Yemen im unter der Führung von Imam Yahya der dem Osmanischen Reich den Heiligen Krieg erklärt und von Armee Izzet Pascha bekämpft wurde, 110-111, sowie die Kontrolle der Sa´ud Familie über Asir und Ost Najad, 110.
[1061] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Mai 5, HHStA Wien, PA XII/ 201.
[1062] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/ 201; Lindow, Marschall von Bieberstein, 119.
[1063] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1910 November 15, HHStA Wien, PA XII/ 202.

Einen wesentlichen Anteil an der positiven Stimmung gegenüber Berlin bildete der Verkauf zweier Schlachtschiffe der Brandenburg-Klasse an die osmanische Marine. Mit dem Erwerb der Schiffe konnte den Seestreitkräften die gewünschte Superiorität gegenüber Griechenland gewährleistet werden.[1064] Im November 1910 äußerte sich neben dem Kriegsminister Mahmud Şevket Pascha auch Generaloberst von der Goltz positiv über die Fortschritte der Armee. Während Heeresmanövern in der Provinz Adrianopel besichtigte der deutsche Offizier auch die Festungswerke von Adrianopel und hielt sie für genügend stark, angreifende Gegner zu binden.[1065]

Für die hervorgehobene Stellung Deutschlands war die politische Unterstützung sowohl der deutschen Reichsregierung als auch die von Botschafter Marschall bei der Erteilung weitreichender Kredite für das Osmanische Reich mitverantwortlich.[1066] Dies geht aus der Tatsache hervor, dass es auf Intervention Marschalls nach unakzeptablen Forderungen des Pariser Kabinetts gelang, mit einem Bankenkonsortium aus deutschen und österreichisch-ungarischen Banken die Verhandlungen bezüglich einer neuen Anleihe für das Osmanische Reich erfolgreich abzuschließen.[1067] Die Schuld am Scheitern der Verhandlungen wurde dem französischen Botschafter Maurice Bompard (17. Mai 1854–7. April 1935) zugeschrieben , der nach Meinung der Jungtürken nicht in der Lage war, seine Regierung von der Unannehmbarkeit ihrer Bedingungen zu überzeugen.[1068]

Einen negativen Effekt auf die deutsch-osmanischen Beziehungen, wenn auch nur kurzfristig hatte das Gipfeltreffen des deutschen Kaisers mit Nikolaj II. in Potsdam vom 4.- 6. November 1910.[1069] Ein Teil der politischen Elite des Osmanischen Reiches hatte sich nämlich aus Furcht vor einem Vordringen Russlands im Nahen Osten und am Balkan den Mittelmächten zugewandt. Dabei bestand die Hoffnung, dass das Deutsche Kaiserreich ein weiteres Vordringen Russlands verhindern würde. Demzufolge zeigte sich die osmanische Regierung hinsichtlich der russisch-deutschen Kaiserentrevue in Potsdam im Herbst 1910 enttäuscht. Von der Begegnung der Monarchen wurde Pallavicini durch

[1064] Beide Schiffe wurden am 30. August 1910 vom deutschen Admiral Reinhard Koch (31. Oktober 1861–26. Juni 1939) übergeben. Bei den Schiffen handelte es sich um die SMS Weißenburg, die 1915 als Reis Torgut von einem englischen Unterseeboot versenkt wurde und die SMS Kurfürst Friedrich Wilhelm die den Namen Barbados Hayreddin erhielt. Eduard Otto an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1910 August 5, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 202.

[1065] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 November 5, HHStA Wien, PA XII/ 202.

[1066] Vgl.; Lothar Gall, Die deutsche Bank 1870-1995, München 1995, 52-106. Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 November 5, HHStA Wien, PA XII/ 202, Telegramm Nr. 341.

[1067] Cebeci, Die deutsch-türkischen Beziehungen, über das deutsche Kapital in Osmanischen Reich und die Methoden der deutschen „ bahşiş “ Geschäftspraktiken, 422– 427, Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yeniköy 1910 Oktober 31, HHStA Wien, PA XII/ 202.

[1068] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1910 November 15, HHStA Wien, PA XII/ 202.

[1069] In gewisser Weise stand das Gipfeltreffen im Zusammenhang mit der Ernennung von Sergej Dmitrijewitč Sazonov (10. August 1860–25. Dezember 1927) im September 1910 zum Nachfolger Izvol'skijs als Außenminister Russlands. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger stand Sasonov den Mittelmächten positiv gegenüber und versuchte mit diesem Treffen vor allem eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland zu erzielen. Darüber hinaus wurde in Potsdam im August 1911auch eine deutsch-russische Vereinbarung bezüglich der russischen Sonderinteressen in Nordpersien unterzeichnet. Zur Politik Sazonovs und dem Treffen von Potsdam, Skřivan, Schwierige Partner, 217–229; sowie Geyer, Der russische Imperialismus, 251; Schölgen, Imperialismus 317–328.

Berichte aus St. Petersburg unterrichtet .[1070] Im Zentrum der Vereinbarungen lag der ungehinderte Zugang deutscher Waren für den persischen Markt, der an die deutsche Zustimmung einer wirtschaftlichen Durchdringung Nordpersiens durch Russland gekoppelt wurde.[1071] Von Seiten Österreich-Ungarns wurden keinerlei Einwände gegen die Ergebnisse der Verhandlungen erhoben. Marschall musste im Anschluss an das Treffen gegenüber der osmanischen Regierung viel diplomatisches Feingefühl beweisen, um sie davon zu überzeugen, dass „es in Potsdam zu keiner Abmachung gekommen sei, die die Interessen der Türkei tangieren würde“.[1072]

Im April 1911 wurde Pallavicini vom Großwesir über diplomatische Verstimmungen zwischen Konstantinopel und St. Petersburg unterrichtet Ibrahim Hakki Pascha begründete Russlands Verstimmung mit der Furcht vor jungtürkischer Propaganda unter den in Russland lebenden Muslimen. Die Bedenken der russischen Regierung vor einem selbstbewussten Auftreten der Muslime waren im zarischen Russland nicht unbegründet.[1073] Gegenüber dem Markgrafen bemühte sich der Großwesir jedoch, die Förderung diesbezüglicher Tendenzen als völlig grundlos darzustellen. Ibrahim Hakki Pascha fühlte sich lediglich in seiner Meinung bestätigt, dass Russland einer Verbreitung des angeblich revolutionären Geistes der jungtürkischen Bewegung mit Sorge entgegen sehe.[1074] Dies stand im Widerspruch zu den Informationen aus St. Petersburg, die sehr wohl von einem starken Anwachsen panislamistischer Bewegung in allen von Muslimen bewohnten Teilen Russlands berichteten.[1075]

In Konstantinopel traf im Februar 1911 Pallavicini mit dem russischen Botschafter zusammen, um sich nach dessen Reise nach Sofia seine Sicht der allgemeinen Lage darlegen zu lassen. Nach Ansicht des Botschafters waren von Bulgarien für den Moment keinerlei aggressive Aktionen zu erwarten. Čarykov begründete diesen Umstand einerseits mit Differenzen in Fragen der Innenpolitik, zum anderen an einer offensichtlich erfolgreichen Reorganisation der osmanischen Armee. Trotzdem zog der russische Botschafter zwei Eventualitäten in Betracht, die eine Änderung der bulgarischen Haltung nach sich ziehen könnten. Er vermutete eine Gefahr für den Frieden, für den Fall, dass Konstantinopel weiterhin seine restriktive Haltung gegenüber der bulgarisch-stämmigen Bevölkerung in Mazedonien aufrechterhielt. In diesem Zusammenhang hielt er es auch für äußerst bedenklich, wenn in Folge der Unruhen im Jemen eine spürbare Verringerung der Mannschaftsstärke der mazedonischen Truppen eintreten würde.[1076]

[1070] Leopold Berchtold an Alois Aehrenthal, St. Petersburg 1910 Dezember 24./11, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) X Russland, Karton (Kart.) 136.
[1071] Geyer, Der russische Imperialismus, 250–254.
[1072] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Jänner 23, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 204.
[1073] Julius von Szilassy an Alois Aehrenthal, St. Petersburg 1911 April 29./ 16., HHStA Wien, PA X/ 137.
[1074] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/ 204.
[1075] Leopold Berchtold an Alois Aehrenthal, St. Petersburg 1911 Februar 4./Jänner 22., HHStA Wien, PA X/ 137.
[1076] Hacisalihoğlu, Jungtürken, 310-366.

Die Bedenken Čarykovs teilte der Markgraf nicht im vollen Umfang. Was die Reaktionen der Pforte bezüglich der Tätigkeit des bulgarischen Widerstandswesens betraf, hielt er es für ratsam, zunächst einmal abzuwarten. Die Entsendung von Kadertruppen in den Jemen lösten auch bei Pallavicini Befürchtungen aus, obwohl er vom Außenministerium davon unterrichtet wurde, dass entsprechende Bemühungen in Gang waren, die entstandenen Lücken zu schließen.[1077]
Von Mahmud Şevket Pascha wurden die Revolten als Gelegenheit wahr genommen, um die Volksvertretung positiv für größere Ausgaben für Heer und Marine zu stimmen.[1078] Im Jemen angekommen, stießen die Truppen ohne nennenswerten Widerstand bis nach Sana´a vor.[1079] Vom englischen Botschafter erfuhr Pallavicini, dass die militärischen Operationen für das Jahr 1911 wegen der fortgeschrittenen Jahreszeit eingestellt wurden. Nach Ansicht Sir Gerard Lowthers würde der Aufstand in der kühleren Jahreszeit jedoch neuerlich einsetzen.[1080]

Anfang März 1911 reiste Pallavicini nach Wien, um von Aehrenthal interimistisch die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie zu übernehmen.[1081] Wegen der geistigen und körperlichen Konsequenzen seiner Leukämie-Erkrankung, ersuchte Außenminister Aehrenthal Franz Joseph I. um einen zehnwöchigen Erholungsurlaub, den er in Abbazia verbrachte. Nach seiner Rückkehr zeigte sich Aehrenthal sehr zufrieden mit der von Pallavicini geleisteten Arbeit. Franz Joseph ließ er wissen, dass „der Genannte während meiner Abwesenheit die Äußere Politik genau mit großer Umsicht nach den von Euer Majestät huldreichst gebilligten Richtungslinien geleitet hat“. Auf Ersuchen des Ministers wurde daraufhin dem Markgrafen für seine Urlaubsvertretung die „Allerhöchste Anerkennung durch den Kaiser“ ausgesprochen und als amtliche Publikation in der *Wiener Zeitung* veröffentlicht. Nach dem Intermezzo am Ballhausplatz nahm Pallavicini Mitte Juni wieder seine Tätigkeit in Konstantinopel auf.[1082]

Nach seiner Rückkehr aus Wien im Sommer 1911 befasste sich der Markgraf mit alltäglichen Informationen des Lebens in Konstantinopel und der osmanischen Innen- und Außenpolitik. So beklagte sich der Kriegsminister bei ihm über die Einführung staatlicher Institutionen nach europäischem Vorbild im Osmanischen Reich. Er hielt die Verfassung des Osmanischen Reiches für viel zu fortschrittlich und zu liberal, um das Reich wirklich regieren zu können. Nach seinem

[1077] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Februar 15, HHStA Wien, PA XII/ 204.
[1078] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 März 25, HHStA Wien, PA XII/ 204.
[1079] Hierzu Kerstin Hünfeld, Imām Yaḥyā Ḥamīd ad-Dīn und die Juden in Ṣana´ā 1904–1948. Die Dimension von Schutz (Dhimma) in den Dokumenten der Sammlung Rabbi Sāīd al-Ǧamal, Berlin 210.
[1080] Ladislaus Müller an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/ 204.
[1081] Aus den Erinnerungen von Ernst Cormons geht hervor, dass Pallavicini diese Aufgabe nur widerwillig übernahm. Denn laut Cormons bestanden grundlegende Differenzen zwischen Aehrenthal und Pallavicini bezüglich der Annexion Bosniens und der Herzegowina. Pallavicini hätte demzufolge die interimistische Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Österreich-Ungarns lediglich im Interesse der Aufgabe und als Akt der Pflichterfüllung übernommen. Cormons, Schicksale, 125–126; Über die Vertretung Aehrenthals, Matsch, Der Auswärtige Dienst, 89.
[1082] Würl, Die Tätigkeit, 60, HHStA Wien, Personalia F4-245-3 Pall.

Dafürhalten wäre eine viel stärkere Betonung der Werte des Sultankalifen angebracht gewesen. Mit dieser Anspielung ließ der Kriegsminister eine Initiative für eine Verfassungsreform anklingen.[1083] Auf eine Änderung der Politik in Richtung Konservativismus deuteten auch Aussagen Kâmil Paschas, der Tendenzen innerhalb der Komiteepartei registrierte, die auf konservative Mehrheiten im Parlament abzielten.[1084] Einen fast schon alltäglichen Charakter nahmen hingegen die Informationen über die Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Pforte und einer deutsch-französischen Finanzgruppe über eine neuerliche Anleihe an.[1085]

Im Sommer 1911 wurde die Bevölkerung Konstantinopels vom Attentat auf einen Mitarbeiter einer oppositionellen, politisch liberal orientierten Tageszeitung in Aufregung versetzt.[1086] Aus den Berichten geht hervor, dass es im Stadtteil Stambul zu einem verheerenden Großbrand kam, dem mehr als 200 Häuser zum Opfer fielen. Das Feuer brach am Jahrestag der Wiedereinführung der Verfassung an mehreren Orten gleichzeitig aus; was für die Bevölkerung die Vermutung nahe legte, dass das Feuer von einer der Regierung feindlich gesinnten Gruppierung gelegt wurde.[1087]
Wenige Tage vor dem Großbrand kehrte Murat V. von einer ausgedehnten Reise nach Albanien und Mazedonien zurück. Vom Großwesir erfuhr Pallavicini, dass der Zweck der Reise vor allem in der Stärkung des monarchischen Prinzips bestand. Gleichzeitig wollte die Regierung aber auch dem Ausland die Zustimmung in der Bevölkerung für den Herrscher beweisen.[1088] Trotz Grenzzwischenfällen gestalteten sich die Beziehungen der Pforte zu Bulgarien einiger massen belastungsfrei. Hiervon zeugte nicht nur der erfolgreiche Abschluss der osmanisch-bulgarischen Grenzkonvention[1089], sondern auch der Privatbesuch des bulgarischen Thronfolgers Boris (30. Jänner 1894–28. August 1943) mit seinem Bruder Kyrill (17. November 1895–1. Februar 1945), der den Sehenswürdigkeiten Konstantinopels galt.[1090]

9.3.4. Die Besetzung der osmanischen Provinz Libyen durch das Königreich Italien

Noch vor der Rückkehr Pallavicinis nach Konstantinopel am 11. Juni 1911 leitete die k.u.k. Botschaft Informationen über Unruhen in der osmanischen Provinz Libyen an das Außenministerium weiter. Es scheint, dass die Meldungen des k.u.k. Konsulats in Tripolis von einer Reihe von Attentaten

[1083] Ladislaus Müller an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Mai 21, HHStA Wien, PA XII/ 204.
[1084] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Juli 8, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 205.
[1085] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yenikö 1911 Juni 16, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1086] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yenikö 1911 Juni 15, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1087] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yenikö 1911 Juli 24, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 199.
[1088] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yenikö 1911 Juli 1, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1089] Franz Koloss an Alois Aehrenthal, Yenikö 1911 Juni 5, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1090] Ladislaus Müller an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 April 25, HHStA Wien, PA XII/ 204.

auf Repräsentanten Frankreichs und osmanischen Regierungsbeamten berichteten. Von Seiten ausländischer Beobachter und Stellungnahmen in arabischen so wie in türkischen Blätter wurden die Vorfälle in Tripolitanien auf italienische Intrigen zurückgeführt.[1091] Das Königreich Italien ließ deutlich Anzeichen erkennen, geeignete Maßnahmen zum Schutz seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen in Nordafrika zu ergreifen.[1092]

Der deutsch-französische Konflikt um Marokko im Juni 1911 und die innenpolitischen Turbulenzen im Osmanischen Reich legen die Vermutung nahe, dass der Regierung von Ministerpräsident Giovanni Giolitti (27. Oktober 1842–17. Juli 1928) die Möglichkeit eröffnet wurde, Italiens koloniale Aspirationen in dieser Region zu realisieren. Ende September 1911 wurde die osmanische Regierung in einer ultimativ gehaltenen Note von Rom aufgefordert, sowohl den Abzug ihrer Truppen als auch den ihrer Verwaltungsbeamten zu veranlassen. Trotz weit unterlegener Truppenstärke entschied sich die Regierung in Konstantinopel jedoch, das Ultimatum Italiens zurückzuweisen. Die Weigerung der Pforte hatte zur Folge, dass Rom dem Osmanischen Reich am 29. September den Krieg erklärte. Die italienische Kriegserklärung löste in Konstantinopel eine Regierungskrise aus, die angesichts der italienischen Invasion in Libyen zur Demission des Kabinetts von Ibrahim Hakki Pascha führte.[1093]

Vom jungtürkischen Komitee unterstützt trat abermals Said Pascha am 4. Oktober 1911 an seine Stelle. Die Regierungsumbildung erfolgte noch rechtzeitig vor der Eröffnung der neuen Parlamentssession. Im Beisein des Sultans wurde die Thronrede des neuen Großwesirs von den Ereignissen in Libyen dominiert. Said Pascha appellierte an die Untertanen des Sultans, einig zu bleiben und berichtete über die getroffenen Maßnahmen zum Schutz des Reiches. Dazu hob er hervor, unverzüglich die Intervention der befreundeten Mächte in Anspruch genommen zu haben.[1094] Im Ministerrat äußerte sich der Großwesir äußerst besorgt über die Lage. Said Pascha gab zu erkennen, dass „es sich heute nicht nur um Tripolis, sondern um die Existenz der Türkei handle. Es seien Anzeichen vorhanden, welche darauf schließen ließen, dass auf die Zerstückelung der Türkei hingearbeitet wird".[1095] Damit Bulgarien gemeint war. Was die Kämpfe in Tripolitanien mit Italien betraf, ließ Said Pascha seine Bereitschaft erkennen, die Krise mit Italien in einer mit der Ehre des Landes vereinbarenden Weise zu lösen.[1096] Damit war gemeint, in Verhandlungen mit Rom über die zukünftigen Entwicklung des Landes treten zu wollen.

[1091] Ladislaus Müller an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Mai 5, HHStA Wien, PA XII/ 204.
[1092] Vgl.; zu den italienischen Ambitionen in Libyen und der anschließende Krieg, in: Schöllgen, Imperialismus, 274–286.
[1093] Vgl.;Skřivan, Schwierige Partner, 240–244.
[1094] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yenikö 1911 Oktober 15, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 331.
[1095] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Yenikö 1911 Oktober 20, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 348.
[1096] Hermann von dem Borne: Der italienisch-türkische Krieg, Band II., Oldenburg 1913; William Clarence, Askew: Europe and Italy's acquisition of Libya 1911–1912, Durham/North Carolina 1942.

Der italienische Überfall auf Libyen stieß bei den europäischen Größmächten auf keine besondere Gegenliebe. In London wurde die Aktion Italiens von einigen Zeitungen kritisiert, das Außenministerium hielt sich jedoch mit Äußerungen zurück. In Paris und St. Petersburg wurden hingegen Stimmen laut, die einen Angriff der Balkanstaaten auf das Osmanische Reich befürchteten. Die deutsche Diplomatie befand sich offensichtlich in einer Zwangslage. Einerseits hatte Berlin seine Verpflichtungen gegenüber dem Dreibundpartner Italien zu erfüllen; andererseits durfte Deutschland durch eine einseitige Parteinahme seine Interessen im Osmanischen Reich nicht gefährden. In Wien wurde die italienische Aktion mit wenig Freude aufgenommen. Sowohl Aehrenthal als auch Pallavicini rieten der osmanischen Regierung, den Krieg nicht unnötig in die Länge zu ziehen, um keine ungewollte Reaktion der Balkanstaaten zu provozieren.[1097]

Durch die Ereignisse in Nordafrika wurde der Einfluss der jungtürkischen Bewegung als politischer Faktor stark geschwächt.[1098] In dieser Situation wurde in Konstantinopel eine liberale Partei unter dem Namen „Entente Liberale“ gegründet. Wie Pallavicini der Darstellung Ferid Paschas entnehmen konnte, setzte sich die neue Partei vorwiegend aus einzelnen Fraktionen der parlamentarischen Opposition zusammen. Laut Ferid Pascha konstituierte sich die liberale Partei mit dem Ziel, die Macht des Komitees zu brechen. Die treibende Kraft im Hintergrund schien Kâmil Pascha zu sein, dem insgeheim die Unterstützung einiger Prinzen für diese Bewegung zu Teil wurde.[1099] Zum Bedauern Pallavicinis scheiterten die Versuche einzelner Abgeordneter, liberale und konservative Parteien wenigstens zu einer temporären Einigung zum Wohle der Reichseinheit zu bewegen.[1100]

Mehmed V.entschied sich deshalb im Jänner 1912, das Parlament aufzulösen und binnen drei Monaten eine neue Volksvertretung wählen zu lassen.[1101] In dieser für den weiteren Bestand des Osmanischen Reiches so prekären Situation, führte Pallavicini eine Reihe von Gesprächen mit wichtigen politischen Persönlichkeiten des Landes. Grundlegende politische Tendenzen konnte er diesbezüglich den Aussagen Hüseyin Hilmi Paschas entnehmen. In den Unterredungen stimmten beide überein, dass gerade die kommende Legislaturperiode für die Zukunft des Reiches von entscheidender Bedeutung sein werde. Der Lösung der Albanischen Frage räumte er dabei einen zentralen Platz ein. Was die Art und Weise der Niederwerfung des Aufstands in Albanien betraf, gab er gegenüber Pallavicini grobe Fehler der Regierung zu. Denn für ihn bildete eine prosperierende, loyal zum Reich stehende albanische Gesellschaft die eigentliche Stütze für die Aufrechterhaltung der osmanischen Herrschaft in Europa. Um der Gefahr einer Teilung Albaniens zwischen Montenegro, Serbien und

[1097] Würl, Die Tätigkeit, 62,
[1098] Matuz, Das Osmanische Reich, 255.
[1099] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 November 30, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1100] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1911 Dezember 10, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 417.
[1101] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1912 Jänner 16, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 417.

Griechenland vorzubeugen, musste seiner Meinung nach eine Verständigung auf gegenseitigem Interesse herbeigeführt werden.[1102] So sehr sich der Politiker über die Bedeutung Albaniens für die zukünftige Präsenz des Osmanischen Reiches in Europa im Klaren zu sein schien, so schwer tat er sich mit einer Prognose in Bezug auf Tripolitanien. Keinen Zweifel ließ er am Willen der Pforte, den Kampf gegen die Italiener so lange als möglich aufrecht zu erhalten. In seiner Stellungnahme gab sich Hüseyin Hilmi Pascha der Illusion einer erfolgreichen Verteidigung der Provinz dabei eben so wenig hin,[1103] wie an den Gedanken an eine Annahme der italienischen Bedingungen.[1104]

Aus den inoffiziellen Gesprächen zog Pallavicini das Resümee zog, dass sich, als Folge des erfolgreichen Widerstand der osmanischen Truppen gegen die italienische Invasionsarmee, das Ansehen des jungtürkischen Komitees bedeutend steigern konnte.[1105] Er vermutete auch, dass der Krieg dazu beitrug, die muslimischen Parteien enger an einander zu binden und eine bis dato unbekannte Verbundenheit zwischen Arabern und Türken herzustellen. In seinen Berichten erteilte er den italienischen Spekulationen auf eine innenpolitische Krise im Osmanischen Reich eine Absage.[1106] Er scheint davon ausgegangen zu sein, dass Nachgiebigkeit in Libyen die Feindschaft aller übrigen Araber gegen das Türkentum nach sich ziehen würde.[1107]

Der Tod vom k.u.k. Außenminister Aehrenthal am 17. Februar 1912 wurde in Konstantinopel mit großer Anteilnahme aufgenommen.[1108] Obwohl Pallavicini mit Bedauern feststellen musste, dass gegen das Ansehen der österreichisch-ungarischen Monarchie von Seiten der anderen Mächte intrigiert wurde, beurteilte er die Beziehungen zu Konstantinopel im Februar 1912 als relativ problemfrei. Dennoch ließen seine Beobachtungen den Schluss zu, dass in der politischen Elite des Reiches ein gewisses Misstrauen gegenüber der Außenpolitik Österreich-Ungarns bestand.[1109] Von den Gerüchten und Verdächtigungen wurde hierzu ein Spektrum zwischen einer Annexion Albaniens, bis hin zu einer gegen das Osmanische Reich gerichteten Entente zwischen Wien und St. Petersburg abgedeckt. In dieser Situation erreichten den Markgrafen Hinweise, die von einer Kehrtwendung der Politik des jungtürkischen Komitees weg von Deutschland und hin zu England berichteten.[1110] Ende Februar 1912 erreichte das diplomatische Corps die Nachricht von der Abberufung des russischen Botschafters.

[1102] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Pera 1912 Jänner 19, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 17.
[1103] Über die Entwicklung der Kämpfe, Izzet Pascha, Denkwürdigkeiten 134–140.
[1104] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1912 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1105] Orhan Kologlu: The Islamic public opinion during the Libyan war 1911–1912, Tripoli 1988.
[1106] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1912 Jänner 31, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1107] Vgl.; zu den Beziehungen der Osmanen zu den Arabern sowie zu den einzelnen ideologischen Strömungen innerhalb des Reiches, Hasan Kayali, Arabs and Young Turks. Ottomanism, Arabism, and Islamism in the Ottomane Empire, 1908–1918, Berkeley/Los Angeles/London 1997, über die arabischen Abgeordneten im Parlament 25–30.
[1108] Vgl.; zum Tod von Aehrenthal, Sieder, Botschafter, 138.
[1109] Johann Pallavicini an Alois Aehrenthal, Konstantinopel 1912 Jänner 31, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1110] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 April 5, HHStA Wien, PA XII/ 205.

Čarikov, der noch wenige Tage zuvor am 17. Februar 1912 die Ernennung des Grafen Berchtold (18. April 1863–21. November 1942) zum Nachfolger Aehrenthals mit großer Freude begrüßt hatte. Nach Ansicht Pallavicinis resultierte seine Abberufung nicht so sehr aufgrund seines Misserfolges in der Meerengenfrage, sondern wegen seiner nachgiebigen Haltung im persisch-osmanischen Grenzkonflikt.[1111]

Aus den Gesprächen mit Čarikov vwußte Pallavicini von der enormen Bedeutung der Grenzfrage für St. Petersburg. Die russische Politik in Persien zielte darauf ab, das Osmanische Reich als rivalisierenden Faktor auszuschalten. Nach Ansicht des Markgrafen bestand zwischen der Abberufung Čarikovs, den russischen militärischen Vorkehrungen an der kaukasisch-osmanischen Grenze und der Haltung des russischen Kabinetts in der osmanisch-italienischen Krise ein Zusammenhang. Der betraf die russischen Absichten in Persien.[1112] Zum Nachfolger Čarikovs als russischer Botschafter im Osmanischen Reich wurde Michail Nikolajevič Giers (22. April 1856–27. November 1932) ernannt, mit dem Pallavicini bereits in Bukarest ein freundschaftliches Verhältnis unterhielt. Giers äußerte sich gegenüber Pallavicini optimistisch, dass es gelingen werde, eine Übereinkunft zwischen Konstantinopel und Teheran zu finden, ohne das Haager Schiedsgericht in Anspruch zu nehmen.[1113]

Im März 1912 beschäftigte sich die Öffentlichkeit des Osmanischen Reiches mehr mit dem Wahlkampf und den militärischen Maßnahmen Russlands im Kaukasus, als mit dem Konflikt um Libyen.[1114] Als unbeteiligter Beobachter äußerte Pallavicini erhebliche Vorbehalte über die Art und Weise, wie der Wahlkampf von der Komiteepartei geführt wurde. Denn es wurde danach getrachtet, die Opposition durch gezielte Maßnahmen zu schwächen.[1115] Die Wahlen ergaben demzufolge auch ein für das Komitee und die Regierung günstiges Resultat; sie konnten die Mehrheit erringen. Die Thronrede zur Parlamentseröffnung nützte Said Pascha um auf die Lösung anstehender innen- und außenpolitischer Probleme hinzuweisen. Auf der innenpolitischen Ebene betraf dies in erster Linie eine Reform der Rechte der Krone; eine Verfassungsänderung die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Stärkung der Stellung der Regierung und des Komitees gegenüber dem Parlament bestand. Was den Krieg mit Italien betraf, betonte der Großwesir, dass der Friede nur unter effektiver und integraler Wahrung der Souveränität des Sultans möglich sei.[1116]

[1111] Der russische Botschafter nahm die Drohung der Italiener die Dardanellen anzugreifen zum Anlass, in Konstantinopel bezüglich einer Änderung des Meerengenstatus vorstellig zu werden. Der russische Vorstoß scheiterte aber ebenso wie die Versuche davor am Wiederstand der Engländer. Skřivan, Schwierige Partner, 243–247.
[1112] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 März 20, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1113] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 April 18, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1114] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 März 12, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1115] Ebda.
[1116] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 April 25, HHStA Wien, PA XII/ 205.

Die Wahlmanipulationen und die Verfassungsänderung blieb für das Kabinett Said Paschas nicht ganz ohne Konsequenzen. Der Missbrauch der Regierungsgewalt für nach Ansicht des k.u.k. Botschafters zu einer Wiederbelebung der Unruhen in Albanien, die von einem Teil der Armee unterstützt wurden. Um weitere Eskalationen zu vermeiden, reichte das Kabinett Said Pascha daraufhin seine Demission ein.[1117] Wegen der politischen Lage entschied sich das Komitee sich für Einheit und Fortschritt im Juli 1912, seinen Sitz von Saloniki nach Konstantinopel zu verlegen. Denn wie sich herausstellte, wurde statt der innenpolitischen Festigung seiner Position das Gegenteil erreicht.[1118] Bei den Verhandlungen um eine neue Regierung kam dem Markgrafen zu Ohren, dass sich Yussuf Izzettin Efendi (10. Oktober 1857–1. Februar 1916), seit 1909 Thronfolger, sehr bemühte, auf den Sultan in komiteefeindlichem Sinn einzuwirken.[1119] In diesem Zusammenhang ist auch die Ernennung von seinem Erzieher und siegreicher Feldherr im osmanisch-russischen Krieg, Ahmed Muhtar Pascha (1. November 1832–21. Jänner 1919), am 22. Juli 1912 zum neuen Großwesir, zu sehen.[1120] Gleichzeitig wurde von der osmanischen Regierung eine Zirkulardepesche an die Großmächte gerichtet, worin auf die schwierige innenpolitische Lage des Reichs hingewiesen und um friedenserhaltende Einflussnahme auf die Balkanstaaten ersucht wurde.[1121]

In diese für das Osmanische Reich so kritische Phase fiel noch vor Sommer 1912 die Abberufung des deutschen Botschafters. Die Nachricht von der Versetzung Marschalls nach London sorgte für eine recht unangenehme Überraschung, galt der Botschafter doch mit Recht als aufrichtiger Freund des Osmanischen Reiches. Da den Markgrafen mit Marschall eine langjährige gemeinsame diplomatische Tätigkeit in Konstantinopel verband, bedauerte Pallavicini dessen Abberufung nicht nur in politischer Hinsicht für die osmanische Regierung. Er empfand es als wünschenswert, wenn Marschall zumindest bis zu einer Einigung im osmanisch-italienischen Krieg in Konstantinopel geblieben wäre.
Während seiner fünfzehn Jahre als deutscher Botschafter verfolgte Marschall das Ziel, die Stellung des Deutschen Kaiserreichs zu einer dominanten zu machen. Unbestritten ist, dass im Zentrum seiner Bemühungen die Umsetzung der wirtschaftlichen Interessen seines Landes stand.[1122] Pallavicini war der Überzeugung, dass der Baron mit Stolz und Befriedigung auf seine Tätigkeit in Konstantinopel zurückblicken konnte; in der Gewissheit, mit seinem diplomatischen Geschick die einflussreiche

[1117] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 18, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 251.
[1118] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 15, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1119] Vgl.; Gökpinar, Beziehungen 85f. Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 19, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1120] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 22, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1121] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 21, HHStA Wien, PA XII/ 205, Telegramm Nr. 260.
[1122] Vgl.; Zur Stellung deutscher Firmen und Banken im Osmanischen Reich am Beispiel der Anleihe- und Waffengeschäfte der Jahre 1905–1908; Schöllgen, Imperialismus 234–238.

Stellung Deutschlands im Osmanischen Reich mitbegründet zu haben.[1123] Nachfolger von Baron Marschall wurde Hans Freiherr von Wangenheim (4. Juli 1859–25. Oktober 1915).[1124]

Bei der Ankunft des neuen deutschen Botschafters im Sommer 1912 hatten sich weder die innenpolitischen, noch die außenpolitischen Wogen für die osmanische Regierung geglättet. Zwischen Kâmil Pascha, in seiner Funktion als Präsident des Staatsrats, und dem Großwesir Ahmed Muhtar Pascha entwickelten sich Meinungsverschiedenheiten bezüglich des Umgangs mit dem Komitee und den Mitgliedern der, der Wahlmanipulation bezichtigten, Vorgängerregierung.[1125] Pallavicini konnte diesbezüglich in Erfahrung bringen, dass in diesem Zusammenhang das Komitee entschlossen war, sich gegen die Regierung mit parlamentarischen Mitteln zur Wehr zu setzen.[1126] Im Sommer 1912 erklärte sich das Kabinett Ahmed Muhtar Paschas zur Fortsetzung des Widerstands gegen die italienischen Invasoren bereit. Dem Parlament wurde parallel dazu ein Programm vorgelegt, das ein Ende der Feindseligkeiten erst auf der Basis einer ehrenvollen Einigung vorsah.[1127]

Neben den bewaffneten Vorfällen an der strittigen russisch-persisch-osmanischen Grenze kam es in diesen Tagen auch zu Zwischenfällen entlang des strittigen Grenzverlaufs zu Montenegro. Vom diplomatischen Vertreter Montenegros wurde Pallavicini über den Inhalt einer Demarche seiner Regierung an die Pforte unterrichtet, die keinen Zweifel am Willen Cetinjes ließ, wenn nötig, die ungeklärten Grenzfragen gewaltsam zu lösen. Die Berichte bezüglich der Grenzvorfälle nahm der Markgraf mit Bedauern zur Kenntnis, Gleichzeitig warnte er vor den Gefahren, die eine militärische Aktion Montenegros zur Folge hätten. Der diplomatische Vertreter Montenegros gab imVerlauf der Unterredung zu, die innenpolitische Krise im Osmanischen Reich auszunützen und ließ erkennen, dass im Fall einer Eskalation mit einer Redaktion von Seiten Bulgariens zu rechnen sei.[1128] Der Tragweite der Unterredung, im Hinblick auf kommenden Ereignisse, war sich Pallavicini nicht bewusst. Die Forderung des montenegrinischen Gesandten nach einer Kollektivdemarche der Mächte in dieser Angelegenheit, lehnte er, mit dem Hinweis auf mögliche innenpolitische Konsequenzen für das Kabinett von Ahmed Muhtar Pascha, ab. Sein Bericht lässt darauf schließen, dass er den Botschaftern der Mächte riet, in dieser Frage „freundschaftliche Ratschläge mündlich und ganz formlos zu erteilen“.[1129]

[1123] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 Mai 15, HHStA Wien, PA XII/ 205.
[1124] Lindow, Freiherr Marschall von Bieberstein, 180-195.
[1125] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 27, Haus-, Hof und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 206, Telegramm Nr. 273.
[1126] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 29, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 279.
[1127] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Juli 30, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 279.
[1128] Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan 13. August 1912 bis 6. November 1913, in: Österreich-Ungarns Außenpolitik VIII und IX, Wien 1914.
[1129] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 August 15, HHStA Wien, PA XII/ 206.

Im August 1912 verfügte weder Wien noch Konstantinopel über konkrete Informationen von Verhandlungsergebnissen zwischen den Balkanstaaten. Dabei waren Gespräche und Abkommen unter russischer Patronanz zwischen Bulgarien, Griechenland, Serbien und Montenegro bereits weit fortgeschritten.[1130]

9.3.5. Kriegsvorbereitungen der Balkanstaaten, Initiativen und Hintergründe

Vor dem Hintergrund neuerlicher Parlamentswahlen und einer abermaligen Regierungskrise trafen in Konstantinopel mehr und mehr besorgniserregende Nachrichten von der Balkanhalbinsel ein. Pallavicini war offensichtlich bemüht, an aufschlussreiche Informationen zu gelangen, um einen besseren Überblick über die Vorgänge zu erhalten. Über Entwicklungen wurde er hinter den Kulissen von Diplomaten der Balkanstaaten unterrichtet. Zu diesen gehörte auch der rumänischen diplomatische Vertreter. Von Nicolae Mişu (1858–1924) erfuhr der Markgraf, dass er von der Pforte wiederholt aufgefordert wurde, in Bukarest nachzufragen, wie sich Rumänien im Fall eines Angriffs Bulgariens verhalten würde. Auf diese Anfrage wurde mit einer für das Osmanische Reich positiven Stellungnahme reagiert. Denn die rumänische Regierung sah bis dato keinen Grund, mit ihrer Hilfe den Status quo am Balkan zu verändern.[1131] Der osmanische Außenminister ließ Pallavicini wissen, dass in Kürze eine Aufstockung der in Mazedonien stationierten Truppen erfolgen würde, um bulgarischen Provokationen vorzubeugen.[1132] Zur Erörterung der allgemeinen Lage traf Pallavicini auch mit dem bulgarischen diplomatischen Vertreter zu mehreren Gesprächen zusammen.[1133]

Im Mittelpunkt der Unterredungen stand die Initiative Graf Bertholds, die eine Eskalation am Balkan verhindern sollte.[1134] Trotz der vielen innen- und außenpolitischen Probleme des Osmanischen Reiches beurteilte Pallavicini die Lage am Balkan im September 1912 optimistisch. Denn er war der Meinung, dass es der osmanischen Regierung auch dieses Mal gelingen werde, die aufgetretenen Schwierigkeiten in der Armee, die Unruhen in Albanien und auch die Grenzstreitigkeiten mit Montenegro, zu überwinden. Darüber hinaus bildete für ihn die hohe Truppenpräsenz vor allem an der

[1130] Bereits am 13. März 1912 trat ein zwischen Serbien und Bulgarien verhandelter Bündnisvertrag in Kraft der am 29. April von einer allgemeinen Militärkonvention bereichert wurde. Die Verhandlungen zwischen Athen und Sofia wurden am 29. Mai 1912 mit einem Bündnisvertrag beendet. Ähnliche Verabredungen zwischen Serbien und Montenegro, bzw. Serbien und Griechenland wurden lediglich auf mündlicher Basis vereinbart. Zu der Entwicklung der Bündnisverträge zwischen den Balkanstaaten und den Reaktionen der Großmächte im Vorfeld des 1. Balkankrieges, siehe Skřivan, Schwierige Partner, 265–273, zum Balkanbund siehe auch, Hans Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges, Köln/Graz 1958, 72–89.

[1131] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 August 30, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 328, Yeniköy 1912 September 5, HHStA Wien, PA XII/ 206.

[1132] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 August 30, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 372.

[1133] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 15, HHStA Wien, PA XII/ 206.

[1134] Vgl.; Zu den diplomatischen Bemühungen Graf Bertholds den Krieg noch zu verhindern, siehe Skřivan, Schwierige Partner, 270–271.

Grenze zu Bulgarien und das Bewusstsein der albanischen Loyalität für den Krisenfall, die Gewähr für eine friedliche Beilegung der Differenzen.[1135]

Damit hatte er jedoch unrecht, denn dies stand im Widerspruch zu einer in der *Agende Ottomane* publizierten Ankündigung von Truppenmanövern im Vilájet Adrianopel, die zu einer Verschärfung der Lage führte. Gegenüber Pallavicini machte Außenminister Noradungyan kein Hehl daraus, dass der eigentliche Zweck der Mobilisierung darauf abziele, eine abschreckende Wirkung auf die Kriegspartei in Bulgarien auszuüben.[1136] Von Ahmed Muhtar Pascha wurde ihm die Situation noch deutlicher vor Augen geführt. Seine Informationen deuteten an, dass in Konstantinopel die Regierung zu der Gewissheit gekommen war, dass Bulgarien einen Coup plane und Indizien darauf hinwiesen, dass zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland ein Abkommen bestand.[1137] Vom diplomatischen Vertreter Bulgariens wurde Pallavicini davon unterrichtet, dass auch auf bulgarischer Seite mobilisiert wurde.[1138] Mit diesen Information konfrontierte er den osmanischen Außenminister und ließ ihn wissen, dass „Bulgarien in der beabsichtigten Konzentrierung von türkischen Truppen eine Provokation seitens der Türkei erblicke und wahrscheinlich auch seinerseits ähnliche Maßnahmen an der Grenze treffen dürfte, was die Situation noch kritischer gestalten müsste".[1139] Diese Einschätzung wurde zwar geteilt, Ahmed Muhtar Pascha ließ aber erkennen, dass die Pforte mit einer derartigen Eventualität zu rechnen habe.[1140]

Vom griechischen Gesandten wurde Pallavicini über die Stimmung in Griechenland informiert. Dabei unterrichtete er den Markgrafen über Diffamierungen der griechischen Volksgruppe im Epirus zu Gunsten der Albaner. Für den griechischen Diplomaten gipfelte die Benachteiligung der Griechen in der Ernennung eines Albaners zum Gouverneurs von Ioannina (Janina, griechisch Ι*ω*άννινα, türkisch Yanya, ist die Hauptstadt der Region Epirus im Nordwesten Griechenlands), eine Tat, die in der Bevölkerung als Provokation angesehen wurde.[1141] Auch der serbische Gesandte erschien bei Pallavicini mit beruhigenden Nachrichten. Zwar vermeid es der Gesandte eine Verständigung zwischen Sofia und Belgrad zu dementierte, bezweifelte aber kriegerische Absichten Bulgariens.[1142]
Den k.u.k. Berichten aus St. Petersburg zu entnehmen, dass die russische Regierung Montenegro nachdrücklich davor warnte, sich von Bulgarien zu einem Angriff auf das Osmanische Reich

[1135] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 15, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1136] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 26, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 406.
[1137] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 26, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 410.
[1138] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 26, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 406.
[1139] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 27, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 414.
[1140] Vgl.; Diplomatische Bemühungen während der Balkankriege, Ernst Christian Helmreich, The Diplomacy of the Balkan wars 1912–1913, Harvard historical studies 1938.
[1141] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 27, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 415.
[1142] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 27, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 416.

vorschieben zu lassen.[1143] Diese Information stimmte mit Bemühungen des russischen Botschafters überein, den Zeitpunkt für die Abhaltung der geplanten Manöver zu verschieben. Da er Gegenmaßnahmen von Bulgarien erwartete, kündigte Giers an, die Pforte zum Überdenken der provokativer Schritte bewegen zu wollen.[1144]

Von Seiten der österreichisch-ungarischen Botschaft wurden vom k.u.k. Militärattaché weitere Informationen über den Verlauf der geplanten Manöver eingeholt. Die Auskünfte des Kriegsministeriums bestätigten die Annahme, dass durch die Abhaltung von lokal begrenzten Manövern ein gewisser Druck auf die kleinen Balkanstaaten ausgeübt werden sollte.[1145] Der Truppenaufmarsch der Balkanstaaten war bereits voll im Gang, als Pallavicini von Noradungyan über massive serbische Truppenkonzentrationen im Grenzgebiet unterrichtet wurde.[1146] Diese Nachricht hatte den Markgrafen dazu veranlasst, bei Berchtold anzuregen, ein ernstes Wort mit Belgrad zu sprechen.[1147]

Übereinstimmend zeigt sich, dass Loyalitätsbekundungen aus allen Teilen des Osmanischen Reiches auf den Ernst der Lage schließen ließen. In den kritischen Stunden wurden Abgesandte der verschiedenen muslimischen Völker des Reiches von Murat V. empfangen. Sie alle versicherten dem Sultan ihre Treue, ihn im Moment der Krise nicht verlassen zu wollen, sondern bereit zu sein, für ihn und das Kalifat ihr Blut zu vergießen.[1148] Die Bemühungen der Großmächte deeskalierend zu wirken kamen zu spät und mussten deshalb scheitern. Mit dem Hinweis „die Großmächte hätten seine Bitten, die Türkei zur Einstellung der feindlichen Aktionen gegenüber Montenegro zu bewegen, monatelang nicht zur Kenntnis genommen," erklärte König Nikola seinen Beweggrund, nunmehr zur Tat zu schreiten. Am 8. Oktober 1912 wurde vom diplomatischen Vertreter Montenegros der osmanischen Regierung die Kriegserklärung seines Landes übergeben. Die anderen Staaten des Balkanbundes folgten diesem Beispiel am 18. Oktober 1912.[1149]

[1143] Julius Szilassy an Leopold Berchtold, St. Petersburg 1912 September 21, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) X Russland, Karton (Kart.) 138, Telegramm Nr. 154.
[1144] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 28, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 420.
[1145] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 September 29, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 421.
[1146] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Oktober 2, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 435.
[1147] Vgl.; Skřivan, Schwierige Partner, 273–274; über weitere Versuche Pallavicinis den Ausbruch des Krieges noch zu verhindern, Uebersberger, Österreich, 85–86.
[1148] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1912 Oktober 2, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1149] Skřivan, Schwierige Partner, 275–276.

9.3.6. Die Situation in Konstantinopel während des 1. Balkankrieges

Die anfänglichen militärischen Erfolge der osmanischen Armeen kehrten sich schon bald ins Gegenteil. Der Rückzug der osmanischen Truppen erfolgte so gut wie an allen Frontabschnitten und konnte erst an der Çatalca-Linie, wenige Kilometer vor Konstantinopel, gestoppt werden. Die katastrophale Bilanz der militärischen Aktivitäten führte dazu, dass angesichts der schwierigen Lage Ahmed Muhtar Pascha seine Demission einreichte. An seine Stelle trat nach einigem Zögern am 29. Oktober 1912 abermals Kâmil Pascha.[1150] Pallavicini hatte den Eindruck, dass die Berufung Kâmil Paschas hauptsächlich den Zweck verfolgte, die englische Regierung auf seine Seite des Reichs zu ziehen.[1151] Im Hinblick auf die militärische Situation rechnete Pallavicini mit der Eroberung Konstantinopels durch die Bulgaren und ersuchte für diesen Fall um die Zustimmung des Außenministeriums, bei einer etwaigen Evakuierung des Sultan und der Regierung diese an einen sicheren Ort zu folgen.[1152]
Denn in Anbetracht der schweren Verluste wurde von den diplomatischen Vertretern der Großmächte bezweifelt, dass es den osmanischen Truppen gelingen werde, die Çatalca-Linie vor den Toren Konstantinopels zu halten. Die Berichte lassen den Schluss zu, dass die Kampfkraft und die Moral der Soldaten an einem für den Fortbestand des Reichs bedenklichem Tiefpunkt angelangt waren. Im November 1912 hielt Pallavicini den Zusammenbruch der Osmanischen Herrschaft in Europa für unvermeidlich. Nach Beendigung des Krieges stellte er den Osmanen höchstens den politischen Status einer regionalen Macht in Aussicht. Als grundsätzliche Ursache für die militärische Niederlage des Osmanischen Reichs in dieser Konfrontation bezeichnete er die Überschätzung der Verantwortlichen, sowohl in die Fähigkeiten, als auch in die Schlagkraft der Armee des Sultans.[1153]

Obwohl er dem Komitee für Einheit und Fortschritt kein gutes Zeugnis für deren Politik ausstellte, kam Pallavicini nicht umhin, den Großmächten eine gewisse Mitverantwortung am Scheitern der Reformbemühungen des Osmanischen Reiches vorzuwerfen. In erster Linie hemmte seiner Ansicht nach die Rivalität der Großmächte die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. In diesem Zusammenhang wurde vom Markgrafen auch die einseitige Zoll- und Finanzpolitik der Großmächte kritisiert, die eine wirksame Sanierung der Staatsfinanzen verhinderte.[1154] Für die europäischen Provinzen galt darüber hinaus, dass die systematische Unterstützung nationalistisch fundierter

[1150] Zum Ersten Balkankrieg und der Unabhängigkeit Albaniens und eines Zugangs Serbiens zur Adria siehe : Uebersberger, Österreich, 89–110; Andrew Rossos, Russia and the Balkans: Inter-Balkan rRivalries and Russian foreign Policy 1908–1914, Toronto/Buffalo/London 1981, 70–106.
[1151] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1912 Oktober 28, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 517.
[1152] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1912 November 3, HHStA Wien, Personalia F4/ 245/ Pal.
[1153] Bodgar, Russia and, 112–118.
[1154] Dem Problem um die Auseinandersetzung zwischen Konstantinopel und den europäischen Mächten bezüglich der Erhöhung der Einfuhrzölle kam hierbei eine wichtige Bedeutung zu, Schöllgen, Imperialismus 197–204 sowie 291–306.

Agitation und dem Widerstandswesens durch die Balkanstaaten eine erfolgreiche Reformpolitik der Pforte verhinderte. Im Hinblick darauf lässt der Bericht Pallavicinis den Schluss zu, dass seit der Revolution von 1908 das Fehlen einer überparteilichen Autorität eine kontinuierliche innenpolitische Entwicklung erschwerte. Sowohl die liberalen als auch die konservativen Kräfte ließen sich primär von parteipolitischen Interessen, Erwägungen und vom Erhalt der Macht leiten. Dies führte nicht nur zum Verlust der Provinz Tripolitanien, sondern bildete die wahre Ursache der katastrophalen Niederlage in der Auseinandersetzung mit den Balkanstaaten.[1155]

Im Gegensaatz zu allen Erwartungen gelang es den osmanischen Truppen die Stellungen an der Çatalca-Linie doch zu behaupten. Unterdessen fand in Konstantinopel eine Verhaftungswelle unter den Mitgliedern der Partei für Einheit und Fortschritt statt,die unter dem Vorwand, eine Verschwörung gegen den Sultan vorbereitet zu haben, erfolgte.[1156] Die Nachrichten über den Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens am 20. November 1912, die Frage der zukünftigen Zugehörigkeit Adrianopels und die Verhaftung der jungtürkischen Führung löste daraufhin unter den Offizieren an der Front Empörung und Erbitterung aus.[1157] Angesichts der offensichtlichen Unruhe in der Armee empfahl der Markgraf der Regierung, eine Zurücknahme ihrer gegen die Jungtürken gerichteten Maßnahmen zu erwägen.[1158] Denn der k.u.k. Botschafter befürchtete einen erneuten Versuche der Jungtürken Einfluss auf die Regierungsgeschäfte zu nehmen und dadurch eine Regierungskrise zu provozieren.[1159]

Im Schatten der Friedensverhandlungen zwischen dem Osmanischen Reich und den Balkanstaaten fanden im Jänner 1913 sowohl in London als auch in Konstantinopel Beratungen der Großmächte auf Botschafterebene statt.[1160] Als Doyen der Botschafter wurde der Vorsitz der Botschafterkonferenz in Konstantinopel von Pallavicini übernommen. Das vorrangige Ziel der Beratungen war, eine Fortsetzung der Kampfhandlungen und somit einen Zusammenbruch des Osmanischen Reichs zu verhindern. Aufgrund der unterschiedlichen Interessenlage zwischen den Mittelmächten einerseits, Frankreich, Russland und England andererseits, gelang es den Mächten allerdings nicht, sich auf bindende Maßnahmen zu einigen. Im Beisein seiner Kollegen übergab Pallavicini Mitte Jänner 1913 dem Außenminister des Osmanischen Reiches eine Kollektiv-Demarche der Mächte, in der empfohlen wurde, sich mit den Balkanländern zu einigen, auf Adrianopel zu verzichten und sich grundsätzlich um die Aufrechterhaltung der Ordnung in den verbleichenden Provinzen zu kümmern.[1161]

[1155] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 November 14, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1156] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 November 23, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1157] Zum Waffenstillstand, Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen 98.
[1158] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 Dezember 20, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1159] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1912 Dezember 31, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1160] Zur Botschafterkonferenz in London, siehe Skřivan, Schwierige Partner, 307–313.
[1161] Vgl., Würl, Die Tätigkeit, 79–83.

Die Dispositionen Kâmil Paschas hinsichtlich der Antwort auf die Demarche ließ sowohl bei Pallavicini als auch bei den anderen Botschaftern eine baldige Beendigung des Krieges erwarten.[1162] Allerdings wurde die Agitation der Jungtürken unter der Bevölkerung und in der Armee fortgesetzt, um die Regierung an einer kompromissbereiten Politik zu hindern. Von den Befürwortern einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen trat vor allem der aus Tripolitanien zurückgekehrte Major Damad Ismail Enver Bey (22. November 1881–4. August 1922) hervor. Eine Fortsetzung des Krieges beurteilte der k.u.k. Botschafter pessimistisch. Der Markgraf war der Meinung, dass das Osmanische Reich nicht über die hierzu notwendigen finanziellen Mittel verfüge und außerdem die Bevölkerung den Frieden wünsche.[1163]

9.3.7. Gewaltausbrüche 1913

Unter der Führung von Enver und Mehmed Talât Bey fand dann am 23. Jänner 1913 eine Demonstration vor dem Sitz der Regierung statt, in dem sich das Kabinett von Kâmil Pascha gerade zu Beratungen über die Kollektiv-Demarche befand. In der Folge drang eine Gruppe der Demonstranten in das Gebäude ein und forderten den Rücktritt Kâmil Paschas. Im Rahmen dieser „kleinen Revolution“ wurde ein Teil der Mitglieder der Regierung gefangen genommen, ein Teil konnte fliehen. Im Anschluss darauf ist Enver Bey zum Sultan gefahren, um ihn zur Ablehnung der Forderungen nach Abtretung Adrianopels zu bewegen.[1164] Nach Verhandlungen mit den Putschisten erklärte sich Mahmud Şevket Pascha bereit, die Regierungsbildung zu übernehmen.[1165]

Was die Antwort auf die Kollektiv-Demarche der Botschafter betraf, erwartete Pallavicini von der neuen Regierung die Bereitschaft zu einem Friedensschluss, unter der Voraussetzung, dass Adrianopel osmanisch bleibt. Im Gegensatz zum russischen Botschafter wurde der Regierungswechsel von Baron Wangenheim begrüßt. Gegenüber seinen Kollegen machte der deutsche Botschafter kein Hehl daraus, dass er nicht mit der von den Großmächten gegenüber der osmanischen Regierung eingeschlagenen politischen Haltung übereinstimmte, die von ihr verlangte, mehr Gebiete abzutreten als vom Kriegsgegner erobert worden waren. Der deutsche Diplomat, dem enge Beziehungen zu jungtürkischen Offizieren nachgesagt wurden, vertrat den Standpunkt, dass die Armeeführung in der Frage Adrianopels nicht nachgeben werde. Einen besonderen Eindruck beim Botschafter hinterließ eine Depesche seiner Regierung, die unter anderem zum Inhalt hatte, dass „wenn die asiatischen

[1162] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1163] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Jänner 18, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1164] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 Jänner 23, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 59.
[1165] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 Jänner 24, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 64.

Besitzungen der Türkei irgendwie in Gefahr kommen sollten, dieser Umstand einen europäischen Krieg hervorrufen müsste“.[1166]

In seiner Funktion als Doyen bemühte sich Pallavicini, Verstimmungen zwischen den Vertretern der Mächten, allen voran von Giers und Wangenheim, auszugleichen. Der Sturz Kâmil Paschas hinterließ bei seinem russischen Kollegen einen sichtlich deprimierenden Eindruck. Von Giers wurde Pallavicini davon unterrichtet, dass Russland der Abtretung Adrianopels einen bedeutenden Stellenwert beimaß. Insofern brachte er seine Erwartung zum Ausdruck, dass sich die Regierung von Mahmud Şevket Pascha in der Frage von Adrianopel nachgiebig erweisen würde. Für Pallavicini lag der Grund für sein striktes Festhalten an dieser Forderung nahe. Denn um eine Aufrechterhaltung des Balkanbundes gewährleisten zu können, musste in erster Linie Bulgarien zufrieden gestellt werden. Erst dann bestand die Hoffnung, dass es gelingen könnte, auch die rumänischen Kompensationswünsche zu erfüllen, um das Königreich derart auf die Seite Russlands zu ziehen.Unter Berücksichtigung der momentanen Lage scheint es, dass er Berchtold empfahl, sich ernsthaft mit einem solchen Szenarium auseinander zu setzten.[1167]

Die Hoffnungen des russischen Botschafters wurden enttäuscht, als nach Ablauf der Waffenstillstandsvereinbarung Anfang Februar 1913 die Kampfhandlungen wieder aufgenommen wurden. Das Osmanische Reich war mit großen territorialen Einbußen aus den Kämpfen hervorgegangen. In der Abtretung von sechs europäischen Provinzen sah Pallavicini für die zukünftige Entwicklung des Reiches eher eine Chance, als einen Verlust. Er drückte in diesem Zusammenhang die Hoffnung aus, dass es bei den Verhandlungen in London gelingen werde, aus Albanien ein selbständiges Staatsgebilde zu machen. Vom Standpunkt der Monarchie erachtete der Markgraf ein derartiges Ergebnis als notwendig und wünschenswert, um ein Gegengewicht zu Griechenland, Bulgarien und Serbien am westlichen Balkan zu erzielen[1168]

Unter gewissen Voraussetzungen hielt es der Markgraf daher für nicht ausgeschlossen, dass sich der Staat in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht besser konsolidieren werde, als er es bisher vermochte. Eine Expansion Bulgariens nach Asien hielt er für unwahrscheinlich, da ihm die osmanische Truppenkozentration an der Çatalca-Linie und auf Gallipoli zur Verteidigung der Stadt stark genug erschienen. Die Option eines Abfalls der asiatischen Provinzen schätzte Pallavicini gering ein. Eine Bedrohung für den inneren Zusammenhalt konnte seiner Meinung nach nur durch Einfluss

[1166] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1167] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 Jänner 27, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 76.
[1168] Albanien hatte sich im Zuge der Kämpfe am 28. November 1912 für unabhängig erklärt; über den Unabhängigkeitskampf der Albaner, Schmidt-Neke, Geschichtliche Grundlagen, 31–34; vgl. Charles and Barbara Jelavich, The Establishment of the Balkan National States, 1804–1920, Seattle/London 1977, 222–234; Emil Niederhauser, The Rise of Nationality in Eastern Europa, Gyoma 1983, 301–308; Stevan K. Pavlowitch, A History of the Balkans 1804–1945, New York 1999, 147–150.

von außen erreicht werden. Es besteht Grund zu der Annahme, dass er hierzu mit der Aufteilung der Gebiete durch die Großmächte rechnete. Als ein Resultat des Balkankrieges wurde von ihm in Rechnung gestellt, dass nach seiner Ansicht eine Kräfteverschiebung zu Ungunsten der Dreibundmächte stattgefunden hat. In dieser Interpretation der Lage stimmte er mit Wangenheim überein, der ihm in einem Gespräch die Eckpunkte seiner zukünftigen diplomatischen Tätigkeit skizzierte. Der deutsche Botschafter war nämlich entschlossen, sich dafür einzusetzen, eine Zerstückelung zu verhindern und aus dem reduzierten Reich einen modernen, widerstandsfähigen Staat zu bilden.[1169]

Seit seinem Amtsantritt am 23. Jänner 1913 wurden zur Konsolidierung des Reiches von Mahmud Şevket Pascha diverse Reformvorschläge ausgearbeitet. Im Verlauf von inoffiziellen Gesprächen informierte der Großwesir den k.u.k. Botschafter über seine Pläne bezüglich der inneren Verwaltung. Aus seinen Aussagen ging dabei deutlich hervor, dass er dem Krieg ein rasches Ende bereiten wolle, um sich vollständig der Reorganisation des Reiches widmen zu können. In Mahmud Şevket Pascha sah Pallavicini einen Hoffnungsträger für die Zukunft. Der Großwesir schien ihm der einzig bekannte Politiker, der neben der entsprechenden Fähigkeit auch die Energie besaß, seine Reformvorhaben durchzusetzen.[1170]

Trotz der großen Kompetenz und den Führungsqualitäten des verdienten Offiziers bestand kein Zweifel daran, dass er mit einer Unzahl von äußeren und inneren Widerständen gegen seine Politik zu rechnen hatte. Die Berichte weisen darauf hin, dass im Jänner 1913 Nachrichten über Verschwörungen und Umsturzgerüchte gegen den Großwesir und sein Kabinett an der Tagesordnung waren. Zum personifizierten Mittelpunkt der diesbezüglichen Umsturzpläne der liberalen Opposition wurde deren Parteivorsitzender Prinz Sabahaddin. Zwar wurde von den Jungtürken wiederholt der Versuch unternommen den Prinzen für einen Eintritt in das Kabinett zu gewinnen, die Anstrengungen blieben jedoch erfolglos. Drohungen gegen die Friedensbemühungen des Großwesirs erfolgten auch von einer Offiziersvereinigung die ankündigte, Rechenschaft von der Regierung für ein negatives Ergebnis der Friedensverhandlungen zu fordern.[1171]

Von Seiten der konservativen Geistlichkeit wurden der Öffentlichkeit widersprüchliche politische Signale gesendet. Angesichts der Gefahren, die dem Staat, dem Volk und dem Islam drohten, wurde an die Opferbereitschaft der Gläubigen appelliert und zum Heiligen Krieg aufgerufen.[1172] In den

[1169] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 Jänner 28, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1170] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Mai 13, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1171] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1172] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/ 206.

Moscheen der Hauptstadt wurden hingehen Aufrufe der Opposition verbreitet, die den Sturz der Regierung zum Inhalt hatten.[1173] Darin wurde dem Komitee für Einheit und Fortschritt die Verantwortung für den Verlust der Provinz Tripolitanien, für die militärischen Niederlagen gegen die Balkanstaaten und den Besitz der asiatischen Provinzen in Gefahr gebracht zu haben, zugeschrieben. Die Berichte zeigen, dass die Regierung beschuldigt wurde, den Verlust von Adrianopel, der Ägäis-Inseln und einen unpopulären Grenzverlauf verschuldet zu haben.[1174]

In der christlichen Bevölkerung blieben die Wortmeldungen der konservativ-muslimischen Opposition nicht ohne Folgen. Vor allem befürchtete der armenisch-orthodoxe Patriarch bei der Rückkehr kurdischer Soldaten Ausschreitungen gegen die armenische Volksgruppe .[1175] Auch von Seiten der Regierung wurden den veränderten Umständen Rechnung getragen. In Konstantinopel mussten auf Weisung der Sicherheitsorgane Griechen und Albaner die Stadt verlassen. Ihnen wurde freigestellt, ins Ausland zu reisen, oder sich ins Innere Kleinasiens zu begeben.[1176]

Nach Ansicht des Markgrafen hastte der Großwesir unter der Generalität viele Feinde. Diese verfolgten den Plan, Mahmud Şevket Pascha zu stürzen und Kâmil Pascha, der sich mit mehreren Ministerkollegen nach Ägypten zurückgezogen hatte, an seine Stelle zu setzen. Um derartigen Entwicklungen vorzubeugen, wurde Kâmil Pascha von der Regierung die Rückkehr nach Konstantinopel verweigert.[1177] Indes war es der Regierung und der Armeeführung im April 1913 gelungen, erneut Offensivkräfte zu bilden. Zwar wurde dem Markgrafen von Mahmud Şevket Pascha versichert, dass vorderhand keine Absicht bestehe, kriegerische Operationen vorzunehmen, für eine Fortführung der Kämpfe erklärte er sich aber bereit. Als Beweis dazu lagen Pallavicini Berichte vor, die neben dem Abschluss eines Vorvertrags mit dem Deutschen Kaiserreich über zwei Kriegsschiffe der Dreadnought-Klasse und vier Torpedobooten,[1178] sowie über die Lieferung neuer Geschütze berichteten.[1179]

Auf eine Initiative Russlands zurückgehend, wurden Mitte April 1913 die Feindseligkeiten zwischen Sofia und Konstantinopel eingestellt. Damit war die Gefahr einer bulgarischen Okkupation der Stadt am Bosporus vorerst gebannt. Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen den verbündeten Balkanstaaten, konnte auf militärischem Gebiet, zumindest zwischen diesen beiden Kontrahenten eine gewisse Entspannung der Lage erzielt werden. Eine Eskalation der Verhältnisse

[1173] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 März 2, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 143.
[1174] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 143.
[1175] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Februar 27, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1176] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 März 27, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1177] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 April 24, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1178] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 April 25, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 220.
[1179] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 März 18, HHStA Wien, PA XII/ 206.

drohte hingegen von Seiten der Bündnispartner, die keine gütliche Einigung bezüglich der Aufteilung der eroberten Gebiete erreichen konnten.[1180]

Zu Gesprächen über eine Lösung der Differenzen traten nunmehr die Mitglieder der Londoner Botschafterkonferenz Mitte April 1913 in St. Petersburg zusammen. Bei den Verhandlungen sollte über die Vermeidung einer militärischen Intervention Rumäniens gesprochen werden.[1181] Während somit in St. Petersburg die Vertreter der Mächte über eine zukünftig Ordnung am Balkan verhandelten, wurde unterdessen Pallavicini in Konstantinopel von seinen Kollegen mit Plänen über eine künftige Aufteilung der asiatischen Provinzen unter den Großmächten konfrontiert. In Anbetracht der Ereignisse betrachtete Pallavicini das Vertragswerk von Berlin vom Juli 1878 für gegenstandslos. Er trat daher dafür ein, in Verhandlungen über ein neues Vertragswerk zu treten, das „bis zu einem gewissen Grade eine Gewähr dafür [bietet], dass der neue Zustand wenigstens für eine Reihe von Jahren sichergestellt [wird]“.[1182]

Die Berichte deuten darauf hin, dass Pallavicini einen Zerfall des Omanischen Reiches und einen europäischen Krieg um den Besitz Kleinasiens, Syriens und Konstantinopels befürchtete.[1183] Aus Gesprächen mit der Pforte und seinen Kollegen konnte er seit dem frühen Stadium des Balkankrieges Informationen entnehmen, die diverse Weichenstellungen in diese Richtung vermuten ließen. So erklärte die russische Regierung nach Kriegsbeginn, die persisch-osmanische Grenzfrage nicht mehr einer Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes unterwerfen zu wollen und mobilisierte ihre Truppen an der Grenze.[1184] Unter dem Druck der Ereignisse beschloss die osmanische Regierung St. Petersburg in dieser Frage nachzugeben und ihrerseits Truppen aus den strittigen Gebieten abzuziehen.[1185] Die Bereinigung der Frage erfolgte im russischen Sinn im Oktober 1913.[1186]

Um seine Interessen durchzusetzen wurde, nach Ansicht des k.u.k. Botschafters von Russland in der osmanischen Provinz Armenien wie in Mazedonien, dieselbe Taktik angewandt. Denn nach Vorbild des bulgarischen Exarchen wurden nunmehr in regelmäßigen Abständen von armenischen Würdenträgern Mitteilungen über Ausschreitungen und Gewaltakten gegen Armenier berichtet. Anhand der Entwicklung rechnete Pallavicini mit dem Ausbruch größerer Unruhen in den betreffenden Gebieten, die Russland als Vorwand nehmen konnte, um in irgendeiner Weise einzuschreiten. Aus den Gesprächen mit Mahmud Şevket Pascha hatte er den Eindruck gewonnen, dass sich die Pforte der

[1180] Vgl., über die rumänisch-bulgarischen Differenzen, Uebersberger, Österreich 139–154.
[1181] Skřivan, Schwierige Partner, 335–340.
[1182] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 April 24, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1183] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1184] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 Oktober 15, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 481.
[1185] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Pera 1913 Oktober 15, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm Nr. 485.
[1186] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 April 15, HHStA Wien, PA XII/ 206.

Gefahr für die Sicherheit seiner kleinasiatischen Gebiete vollkommen bewusst war. Trotz alledem vermisste Pallavicini den Willen der politisch Verantwortlichen, Reformen einzuleiten.[1187]

Von der Regierung in London wurde die Diabeteserkrankung Sir Lowthers indes zum Anlass genommen, um im Frühjahr 1913 einen Botschafterwechsel zu Louis du Pan Mallet (10. Juli 1864–8. August 1936) vorzunehmen.[1188] Im Mai 1913 konnte die englische Regierung erfolgreiche Verhandlungen hinsichtlich der noch offenen Fragen der Bagdad-Bahn und Kuwait führen.[1189] Zwar musste in einigen strittigen Punkten bezüglich der Genehmigung der Bahn bei Basra noch eine Übereinkunft mit Berlin erreicht werden, im Großen und Ganzen stand das Übereinkommen jedoch zur Unterzeichnung bereit.[1190] Von England wurde die Souveränität des Sultans über den Scheich von Kuweit anerkannt; im Gegensatz dazu wurde St. James die de facto Anerkennung des englischen Einflusses über Kuwait und den Persischen Golf zugestanden. In einem Gespräch gestand Sir Lowthers Pallavicini, dass eine Lösung der Fragen erst durch ein hohes Maß an Entgegenkommen von Mahmud Şevket Pascha zustande gekommen sei.[1191]

Über die deutsch-englisch-osmanische Einigung in diesem Raum zeigte sich Russland beunruhigt. In St. Petersburg verbreitete sich die Ansicht, dass das Osmanische Reich vollkommen in eine deutsch-englische Abhängigkeit geriet und sich derart mit der Zeit in eine Art Protektorat entwickeln könnte.[1192] Mit dieser Vorstellung hatte die russische Regierung nicht ganz unrecht. Denn vom deutschen Botschafter wurde Pallavicini bereits davon unterrichtet, dass ihm als Ziel der deutsch-englisch-osmanischen Vereinbarungen ein deutsch-englisches Protektorat über das Osmanische Reich vorschwebte. In diesem Sinn wurde Pallavicini von Wangenheim auch aufgefordert, in Wien auf derartige Bestrebungen hinzuweisen. Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen Österreich-Ungarns in den asiatischen Provinzen konnte Pallavicini den Ambitionen positive Seiten abgewinnen und regte am Ballhausplatz an, sich an diesem Vorhaben zu beteiligen und sich im Rahmen der Friedenskonferenz unterstützend für die Position der Pforte einzusetzen.[1193] Offensichtlich verfügte der deutsche Botschafter bereits über ganz konkrete Vorstellungen, was die politische Zukunft des Osmanischen Reiches betraf. Wangenheim war von der Notwendigkeit überzeugt, allen künftigen

[1187] Die Frage der armenischen Reformen und die Aufteilungspläne der Mächte, in: Schöllgen, Imperialismus 359–365, Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 April 24, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1188] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Mai 22, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1189] Vgl.; Die Verhandlungen zwischen England und dem Osmanischen Reich über die Bagdadbahn und den persischen Golf 1911–1913, Schöllgen, Imperialismus 375–379.
[1190] Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für die Erschließung Afrikas 1880–1960, Paderborn/München/Wien/Zürich 2005, 150–159.
[1191] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Mai 16, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1192] Vgl.; Malte Fuhrmann, Der Traum vom Deutschen Orient; Zwei deutsche Kolonien im Osmanischen Reich 1851-1918, Frankfurt/ Main/New York 2006, im Besonderen 109–355.
[1193] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Konstantinopel 1913 Mai 31, HHStA Wien, PA XII/ 206.

Aufteilungsbestrebungen der Großmächte entschieden entgegen zu treten und an der Konsolidierung des Reiches zu arbeiten. Er fand dabei wiederholt die Gelegenheit, dem Großwesir die Ziele der deutschen Politik darzulegen. Seine Vorstellungen beinhalteten, dass für den Fall eines Zerfalls des Osmanischen Reiches das Deutsche Kaiserreich alles für sich beanspruchen wollte, was es als seine Interessensphäre betrachte, und „Deutschland würde dann den Auswandererstrom aus der Heimat in diese Gegend leiten und dieselben in intensiver Weise kolonisieren, so dass diese deutschen Gebiete in Asien auch von deutschen Ansiedlern durchsetzt wären".[1194] Diesen Ausführungen Wangenheims konnte Pallavicini entnehmen, dass Deutschland gewillt war, seine Interessen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene durchzusetzen und territorialen Ambitionen anderer Mächte entschieden entgegen zu treten. Das galt für Russlands Pläne für Armenien ebenso wie für französische Ambitionen auf Syrien und Palästina.[1195]

Am 30. Mai 1913 wurde der Erste Balkankrieg in London mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen den Kriegsparteien offiziell beendet.[1196] Wenige Tage später am 11. Juni 1913 erlag Mahmud Şevket Pascha den Folgen eines Attentats.[1197] In dem Tod des Großwesirs sah der Markgraf einen schweren Verlust für das Osmanische Reich, da er ihn für einen Mann mit hervorragender staatsmännischer Begabung hielt. Nach Ansicht des k.u.k. Botschafters gelang es dem Großwesir, in dieser so prekären Zeit die Beziehungen zu den Großmächten, vor allem zu England, wesentlich zu verbessern.[1198] Im Gegensatz zu seinem deutschen Kollegen vermutete Pallavicini ein politisch motiviertes Attentat. Er war demzufolge wenig verwundert, als sich herausstellte, dass es sich um eine politische Verschwörung handelte. Wie er in Erfahrung bringen konnte, zielte die Konspiration darauf ab, die jungtürkischen Machthaber zu stürzen, um konservativen Politikern zur Übernahme der Regierungsgewalt zu verhelfen.[1199]

Zum neuen Großwesir wurde am 12. Juni 1913 Muhammad Said Halim Pascha (19. Februar 1864–6. Dezember 1921) ernannt. Schon nach dem ersten Zusammentreffen zweifelte der k.u.k. Botschafter an den politischen Fähigkeiten des Großwesirs und hielt ihn für ein Werkzeug des Komitees. Die Annahme wurde insofern bestätigt, als das Komiteemitglied Talât Bey (Juli 1872–15. März 1921) zum Innenminister ernannt wurde. Mit seiner Berufung wurde dem neuen Kabinett ein ausgesprochen unionistischer Charakter verliehen. Die Regierungsumbildung bedeutete eine politische Stärkung der Position des Komitees, indem dem Innenminister eine Schlüsselrolle zukam. In der Folge wurde von

[1194] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 10, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1195] Ebda.
[1196] Vgl., Skřivan, Schwierige Partner, 338, Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen, 167.
[1197] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 11, HHStA Wien, PA XII/ 206, Telegramm.
[1198] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 19, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1199] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 19, HHStA Wien, PA XII/ 206.

Seiten der Regierung und der Armee mit größter Energie gegen die Verschwörer vorgegangen. Neben hochrangigen Staatsbeamten und Offizieren konnte auch Prinz Sabahaddin eine Beteiligung an der Verschwörung nachgewiesen werden. Dem in Abwesenheit zum Tode verurteilten Prinzen gelang es jedoch, sich in die russische Botschaft zu flüchten, von wo er anschließend an Bord eines russischen Kriegsschiffes außer Landes gebracht wurde.[1200]

In Konstantinopel wurde unterdessen Pallavicini vom ökumenischen Patriarchen über gewaltsame Übergriffe der bulgarischen Okkupationstruppen gegenüber der griechischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten unterrichtet. Die bulgarische Soldaten machten sich nach Aussage des Patriarchen an zahlreichen Vergewaltigungen an Frauen und Mädchen schuldig. Um Maßnahmen gegen die Übergriffe einzuleiten, bat er Großvikar den Markgrafen um seine Intervention in Wien und bei der osmanischen Regierung.[1201] Dem Markgrafen war bekannt, dass Vergewaltigungen und Übergriffe gegenüber der jeweils anderen Nationalität nur einen Teilbereich der Spannungen zwischen den siegreichen Balkansaaten bildeten. Im Hinblick darauf kam für Pallavicini die Nachricht über den Ausbruch neuerlicher Kampfhandlungen am Balkan nicht unerwartet. Der Konfrontation der ehemaligen Verbündeten gingen erfolglose Verhandlungen hinsichtlich der Aufteilung der eroberten Gebiete unter Mitwirkung der Großmächte voraus.[1202]

9.3.8. Informationen über den 2. Balkankrieg, das Ende der osmanischen Herrschaft in Europa

Der Zweite Balkankrieg wurde am 29. Juni 1913 durch einen Angriff bulgarischer Truppen auf die serbischen und griechischen Stellungen in Mazedonien eröffnet.[1203] Serbien und Griechenland erklärten daraufhin Bulgarien am 8. Juli 1913 den Krieg. Wenige Tage später griffen sowohl Heeresverbände Rumäniens am 10. Juli 1913 als auch des Osmanische Reiches am 11. Juli 1913 in die Kämpfe ein. Den Truppen des Osmanischen Reiches gelang es, Teile Thrakiens und Adrianopel am 21. Juli 1913 zurückzuerobern.

Wie bereits im Rahmen der Annexionskrise ausgeführt, vermitteln auch die täglichen Berichte Pallavicinis an das k.u.k. Außenministerium in Wien über die Balkankriege, nur wenige Informationen über die diplomatischen Bemühungen des k.u.k. Botschafters während der Kampfhandlungen. Es muss auch hier davon ausgegangen werden, dass es sich bei den diesbezüglichen Berichten, um gesonderte

[1200] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 28, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1201] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Juni 19, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1202] Vgl.; über die bulgarisch-rumänischen Differenzen bezüglich Gebietskompensationen nach dem Ende des Ersten Balkankriegs, Uebersberger, Österreich 139–154.
[1203] Vgl.; über den 2. Balkankrieg siehe auch, Uebersberger, Österreich 154–167, Rossos, Russia, 179–206.

Informationen an das k.u.k. Außenministerium gehandelt hat, deren detaillierte Recherche auch in diesem Fall den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.

Eine Vorstellung über den Ablauf der Ereignisse seit der Besetzung Adrianopels durch bulgarische Truppen konnte Pallavicini jedenfalls aus den Erlebnissen zweier Ärzte des österreichisch-ungarischen Roten Kreuzes gewinnen. Die Mediziner trafen bereits wenige Tage nach dem Einzug der Bulgaren in Adrianopel ein. Laut den Auskünften der beiden Ärzte erwies sich die Bulgarien in Punkto Verwaltung der okkupierten Gebiete als vollkommen überfordert. Nach dem Abzug Bulgariens wurde der Einzug der osmanischen Truppen von der Bevölkerung begrüßt.[1204]

Die Auseinandersetzung Bulgariens mit seinen Nachbarn endete für Sofia in einer militärischen Niederlage. Ein Monat nach Beginn der Kämpfe wurde in Bukarest eine Friedenskonferenz eröffnet, die am 10. August mit der Unterzeichnung des „Friedens von Bukarest“ zu Ende ging.[1205] Das Ende der Herrschaft der Osmanen in Europa bildete zweifelsohne eine Zäsur in der Geschichte der christlichen Völker des Balkans. Nach einer mehrere Jahrhunderte dauernden Fremdherrschaft konnten sich die Balkanvölker von der Fremdherrschaft befreien. Die Nationalstaaten am Balkan traten jedoch ein schweres Erbe an. Von Serbien, Montenegro, Griechenland, Bulgarien und Rumänien wurden Gebiete erobert, die durch ihre ethnische Zusammensetzung den Keim weiterer gewaltsamer Konflikte in sich trugen. Bedingt durch ihre Eigeninteressen war es den Großmächten bei den Verhandlungen zur Lösung der Orientalischen Frage in Berlin 1878 noch gelungen, sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner zu einigen. Die Entscheidungen für die Region waren dabei keineswegs optimal, jedoch konnten über einen relativ langen Zeitraum stabile Verhältnisse aufrecht erhalten werden. Durch den Diktatfrieden von Bukarest 1913 wurde eine derartige Entwicklung von vornherein in Frage gestellt. Wie schon 1878 zuvor, musste Bulgarien wieder die Rückgabe bereits eroberter Gebiete akzeptieren. Als Konsequenz daraus lässt sich ableiten, dass es unter diesen Umständen nur eine Frage der Zeit war, dass Sofia diplomatische und militärische Schritte für eine Revision der Vertragsbedingungen einleitete.[1206]

Die veränderte Lage am Balkan nahm im August 1913 Pallavicini zum Anlass, eine Momentaufnahme der politischen Situation in Konstantinopel und unter seinen Kollegen zu skizzieren. Von der Pforte wurde die Reformarbeit von Mahmud Şevket Pascha fortgeführt. Im Rahmen einer kaiserlichen Irade wurden dabei der Öffentlichkeit die vom Ministerrat beschlossenen Reformen für

[1204] Vgl.; Die Rückeroberung von Adrianopel durch Enver Pascha, Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen, 177–180, Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 August 2, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1205] Vgl.; Zum Bukarester Frieden siehe auch Uebersberger, Österreich 168–175; Skřivan, Schwierige Partner, 338–349; Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen, 181–182.
[1206] Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen, 177-182.

die arabischen Provinzen vorgestellt. Ohne Zweifel erfolgten die politischen Zugeständnisse vor dem Hintergrund wachsender nationalistisch geprägten Spannungen zwischen der Zentralgewalt und arabischen Führern. Aus den Berichten des k.u.k. Botschafters geht hervor, dass die jungtürkische Regierung den Wünschen der arabischen Opposition zu einem großen Teil entsprochen hat und dies wurde von ihm positiv aufgenommen. In der Zusage politischer Zugeständnisse vermutete er ebenso ein probates Mittel, die Haltung gegenüber der Regierung in Konstantinopel in diesen Provinzen positiv zu beeinflussen.[1207]

Auch fanden die Bemühungen des Innenministers ausländische Fachleute für die Reorganisation von Verwaltung und Administration ins Land zu holen, den Beifall des Markgrafen. Den Innenminister setzte er davon in Kenntnis, sich für diesen Plan und hierzu für die Bewerbung österreichisch-ungarischer Spezialisten einzusetzen.[1208] Ansonsten kehrte das Osmanische Reich zur gewohnten Tagesordnung zurück. Am alljährlichen Kongress der Jungtürken wurde die Ausarbeitung eines neuen Statuts über die künftige Organisation des Komitees beschlossen. Das neue Reglement bezweckte in erster Linie die Jungtürkische Bewegung ihres konspirativen Charakters zu entkleiden und sie als eine im europäischen Sinn organisierte parlamentarische Partei zu präsentieren.[1209] Gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Demobilisierung erschien ein amtliches Kommuniqué, das die Ankündigung von Neuwahlen zum Inhalt hatte. Auf Anordnung des Ministerrats wurde der Innenminister aufgefordert, die entsprechenden Schritte zur Vorbereitung von Neuwahlen zu treffen, die ja anlässlich der Zuspitzung der Orientalischen Frage verschoben werden mussten.[1210]

Auf diplomatischer Ebene pflegte Pallavicini nach den Ereignissen eine intensive Beziehung zum deutschen und zum russischen Botschafter. Nach den Turbulenzen der vergangenen Monate fanden die Diplomaten ausreichend Gelegenheit, Perspektiven für die zukünftige Entwicklung des Osmanischen Reichs zu erörtern. Offen und ohne große Vorbehalte diskutierte Wangenheim mit Pallavicini die Ziele der deutschen Politik im Osmanischen Reich. Die Grundlage zu den Gesprächen bildete ein Schriftstück des Deutschen Kaisers, in dem er sich für die unbedingte Erhaltung des Osmanischen Reiches aussprach und mit der Haltung seines Botschafters während der vergangenen Krise völlig übereinstimmte. Deutschland war es weder auf finanzieller Basis noch infolge der geographischen Lage möglich, direkt auf Konstantinopel in seinem Sinn einzuwirken. Um seinen Einfluss zu erhalten, zielte die deutsche Diplomatie daher darauf ab, als verlässlicher Partner und Stütze hervorzutreten. Was den Stellenwert und die Bedeutung Wangenheims betraf, vertrat Pallavicini schon lange die

[1207] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 September 2, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1208] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 August 21, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1209] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Oktober 14, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 207.
[1210] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Oktober 14, HHStA Wien, PA XII/ 207.

Ansicht, dass sie der von Baron Marschall ebenbürtig waren. Dank der deutschen Politik war der deutsche Botschafter derjenige, der seine diplomatischen Vorgaben am ehesten bei der Pforte durchsetzen konnte.[1211]

Zu Konversationen traf Pallavicini mit dem russischen Botschafter zusammen. Die Ankündigungen Wangenheims bewertete Giers kritisch. Pallavicini gab er zu verstehen, dass Russland unter keinen Umständen bereit war, einer anderen Macht die Kontrolle der Meerengen und der Metropole am Bosporus zu überlassen, jedoch wollte St. Petersburg eine derartige Entwicklung vermeiden. Von Seiten der russischen Regierung wurde daher beschlossen, so lange wie möglich eine konservative, auf Erhaltung der Osmanen ausgerichtete Politik zu betreiben.[1212] Obwohl der Markgraf den einen oder anderen Zweifel an der Aufrichtigkeit des russischen Botschafters hegte, waren sich die beiden Diplomaten grundsätzlich einig, was die Zukunft des Osmanischen Reiches in seiner momentanen Lage betraf. Sie vertraten beide die Meinung, dass das Reich noch lange leben werde, wenn sich die Großmächte keine Teilung zum Ziel setzen.[1213]

Vom Standpunkt Österreich-Ungarns aus befürwortete der Markgraf den Fortbestand des Osmanischen Reiches verschiedenen Gründen. Er vertrat die Ansicht, dass die österreichisch-ungarische Monarchie bei einer Aufteilung der asiatischen und arabischen Provinzen leer ausgehen würde. Außerdem hielt er eine Verschiebung der Machtverhältnisse möglich, die den Großmachtstatus Österreich-Ungarns gefährden könnte.[1214] In dieser Hinsicht begrüßte er die Bemühungen der osmanischen Regierung, einen militärisch günstigen Grenzverlauf in Thrakien zu schaffen, um auch weiter als Machtfaktor in Europa zu bestehen. Des weiteren trat er für die militärische Sicherung Konstantinopels und die Kontrolle der militärischen Anlagen durch die osmanische Armee ein. Obwohl im Oktober 1913 die Frage der Grenzverläufe noch weitgehend ungeregelt war, wusste der k.u.k. Botschafter, dass die Vertreter der Balkanstaaten bereits um gute Beziehungen zum Osmanischen Reich bemüht waren. Wie zu erwarten war, reagierten die osmanischen Staatsmänner auf

[1211] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Oktober 14, HHStA Wien, PA XII/ 207.
[1212] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Oktober 2, HHStA Wien, PA XII/ 207.
[1213] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 August 21, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1214] Ernst Cormons schreibt in seinen Erinnerungen, dass der Friedensvertrag von Bukarest für Österreich-Ungarn nicht nur mit einem hohen Prestigeverlust verbunden war, sondern auch die Aufrechterhaltung des Großmachtstatus der Habsburgermonarchie im Raum stand. Die Verantwortung für den als außenpolitische Niederlage empfundenen Friedensvertrag wurde nach Aussage Cormons dem Außenminister Zugeschrieben, der auch tatsächlich dem Kaiser seinen Rücktritt anbot. Der Rücktrittswunsch Bertholds wurde jedoch von Franz Joseph I. abgelehnt. Anlässlich der Abschiedsaudienz für den russischen Botschafter legte der Kaiser Giers seine Motive dar und stellte fest: „ Ich kenne die Angriffe, die in der Presse und in den Parlamenten gegen meinen Minister des Äußeren wegen seiner Politik während des Balkankrieges gerichtet werden. Sagen Sie aber Ihrem kaiserlichen Herrn von mir, daß die Politik des Grafen Berchtold, die der Erhaltung des Friedens zwischen unseren beiden Reichen diente, meine eigene Politik war.“ Cormons, Schicksale S. 153.

diese Avancen vorerst sehr zurückhaltend. Anlässlich der Friedensverhandlungen hatte sich gezeigt, wie tief die Kluft zwischen den Balkanstaaten noch auf Jahre hinaus sein dürfte.[1215]

In Konstantinopel wurde deshalb mit einem Ausbruch des Widerstandswesens für 1914 gerechnet. In der Öffentlichkeit richtete sich der Zorn der Bevölkerung überwiegend gegen Bulgarien, obwohl in Regierungskreisen angenommen wurde, dass in Zukunft nur von Griechenland Gefahr drohen könne.[1216] Pallavicini registrierte die Freundlichkeit der deutschen Regierung gegenüber Griechenland, die seiner Meinung nach nur schwer mit den politischen Zielen der deutschen Politik in Konstantinopel in Einklang zu bringen war. Jedenfalls fand es Pallavicini interessant zu konstatieren, dass der deutsche Kaiser überhaupt den Gedanken einer griechischen Herrschaft über Konstantinopel ins Auge gefasst hatte. Diese Hypothese betrachtete er vom Standpunkt Österreich-Ungarns als weniger problematisch, als das Erbe der Osmanen in Konstantinopel von Russland angetreten zu sehen. Zum augenblicklichen Zeitpunkt sah Pallavicini jedoch keine Veranlassung, an eine derartige Eventualität zu denken. Die Konkurrenz der Mächte einerseits und die Bereitschaft andererseits, eine auf die Erhaltung des Osmanischen Reiches abzielende Politik zu betreiben, ließ es den k.u.k. Botschafter verfrüht erscheinen, die Frage einer Teilung Asiens auf die Tagesordnung zu setzen. In diesem Sinn trat Pallavicini im Oktober 1913 seinen alljährlichen Urlaub an, um sich zu regenerieren und frische Kräfte für die kommenden Ereignisse zu schöpfen.[1217]

[1215] Ottokar Czernin an Leopold Berchtold, St. Petersburg 1913 Oktober 11/ September 28, Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien, Politisches Archiv (PA) XII Türkei, Karton (Kart.) 139.
[1216] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 September 2, HHStA Wien, PA XII/ 206.
[1217] Johann Pallavicini an Leopold Berchtold, Yeniköy 1913 Oktober 14, HHStA Wien, PA XII/ 207.

10. Zusammenfassung

Die vorliegende Dissertation hat sich die Aufgabe gestellt,die Karriere des János Markgrafe Pallavicini im diplomatischen Dienst Österreich-Ungarns im Hinblick auf sein Wissen, seine persönlichen Erfahrungen und Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Entwicklung der Orientalischen Frage von 1875 bis 1913, dem Ende des Zweiten Balkankrieges, zu rekonstruieren und zu analysieren. Bei der Recherche und Auswertung zu dieser Arbeit wurde auf den umfangreichen diplomatischen Schriftverkehr bzw. das umfangreiche diplomatische Aktenmaterial des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchivs zurückgegriffen.

Nach erfolgreich absolvierter Staatsprüfung im Oktober 1873 wurde Pallavicini aufgrund der Entschließung vom 23. Dezember 1874 als unbesoldeter k.u.k. Gesandtschaftsattaché der k.u.k. Botschaft in Berlin zugeteilt, wo er am 11. Mai 1875 seinen diplomatischen Dienst angetreten hat. Von Berlin führte ihn sein Weg nach Paris, wo er am 16. April 1878 seine diplomatische Tätigkeit im Dienst der Habsburgermonarchie weiterführte und angesichts seiner hervorragenden Leistungen am 27. Dezember 1878 zum Honorarlegationsekretär ernannt wurde. Aus privaten Gründen wurde seine Versetzung in den Stand eines disponiblen diplomatischen Beamten im September 1879 genehmigt, worauf er einen Monat später seine Dienstelle in der französischen Hauptstadt verließ. Die Versetzung in den Stand der Disponibilität dauerte jedoch nur kurz, denn bereits wenig später wurde der Markgraf durch Erlass vom 5. Februar 1880 der k.u.k. Botschaft in London zugeteilt, wo er am 21. Februar 1880 eintraf und umgehend seine diplomatische Tätigkeit aufnahm. Eine schwere Krankheit seiner Frau zwang Pallavicini jedoch, sich bereits im Jänner 1881 abermals in Disponibilität versetzen zu lassen.

Die Fürsprache des österreichisch-ungarischen Außenministers Gustav Kálnoky bei Kaiser Franz Joseph I. hatte zur Folge, dass der Markgraf wieder in den diplomatischen Dienst eintreten konnte und am 20. April 1887 der k.u.k. Gesandtschaft in Belgrad zugeteilt wurde, wo er am 24. August 1887 in seiner Funktion als Legationsekretär mit der Würde eines k.k. Kämmerers ausgezeichnet wurde. Noch vor dem Ende seiner diplomatischen Tätigkeit in Belgrad am 19. Dezember 1892, wurde ihm am 8. Mai 1891 aufgrund seiner Verdienste als „musterhaft, diensteifriger und geschäftskundiger Vertrauter, in Behandlung der Dinge und Personen ein gewandter Diplomat“, der Titel eines k.u.k Titularlegationsrath verliehen.[1218] Vom 31. Dezember 1892 an versah er als erster Beamter seinen Dienst in der Gesandtschaft in München, bevor er am 14. Mai 1894 seine Zuteilung als erster Beamter

[1218] HHStA MdÄ AR Personalia F4-245-3 Pallavicini.

an die Botschaft nach St. Petersburg erhielt. Kurz nach seinem Dienstantritt in St. Petersburg am 22. Juni 1894 wurde Pallavicini am 7. Juli 1894 zum Legationsrath II. Kategorie und im Laufe seiner Tätigkeit in der russischen Hauptstadt zum Legationsrath I. Kategorie befördert.

Im Dezember 1897 haben Dienstrücksichten Außenminister Agenor Gołuchowski dazu bewogen, Kaiser Franz Joseph I. den Vorschlag zu unterbreiten, dem Markgrafen den Titel und den Charakter eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers zu verleihen und ihn nach Wien als Leiter eines politischen Referats zu berufen. Sein Aufenthalt in Wien war jedoch von kurzer Dauer, denn bereits ein Jahr später, am 22. Februar 1899, übernahm er von Alois Aehrenthal die Leitung der k.u.k. Gesandtschaft in Bukarest. Auf diesem Posten verblieb er bis 6. November 1906. Bei seinem Abschied äußerte sich der rumänische König in einem Brief an Franz Joseph I. überaus lobend über die diplomatische Tätigkeit des Markgrafen und versicherte dem Kaiser, dass Pallavicini während seiner Zeit in Rumänien „ nie aufgehört hat, alle seine Kraft dem Weiterbestehen und der Festigung der zwischen uns existierenden Bande zu widmen“.[1219]

Einer Initiative Gołuchowskis am 1. Oktober 1906 folgend, wurde Pallavicini noch vor der Amtsübergabe des Posten des k.u.k. Außenministers an Aehrenthal von Franz Joseph I. am 5. Oktober 1906 im Rang eines Geheimen Rates und zum außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Österreich-Ungarns als Nachfolger von Heinrich Graf Calice beim Sultan des Osmanischen Reichs ernannt. Pallavicini übernahm am 5. November 1906 die Leitung der k.u.k. Botschaft in Konstantinopel, die er bis zu seiner Abschiebung am 30. November 1918 durch die alliierte Besatzungsbehörde nach Bulgarien inne hatte.[1220]

Als Anerkennung und Würdigung für seine Verdienste wurde der Markgraf im Laufe seiner Karriere mit einer Anzahl von Auszeichnungen geehrt. So ließ es sich Außenminister Aehrenthal nicht nehmen, vom Kaiser zu erbitten, Pallavicini für seine verdienstvolle Vertretung bei der Führung der Geschäfte des Außenministeriums während seiner Krankheit vom März bis Mai 1911, die Allerhöchste Anerkennung verlautbaren zu lassen. Am 8. November 1893 wurde Pallavicini das Ritterkreuz des Leopolds-Ordens, am 21. April 1897 das Comthurkreuz des Franz Joseph Ordens, am 4. Juli 1902 das Großkreuz des Franz Joseph Ordens (samt Stern ohne Brillanten), am 5. Juli 1905 die Eiserne Krone 1. Klasse, am 31. August 1916 das Kriegskreuz für Zivilverdienste 1. Klasse und am 6. Oktober 1917 das Großkreuz des Leopolds-Ordens (mit Insignien und Brillanten) verliehen.

[1219] Ebda.
[1220] Matsch, Der Auswärtige Dienst, 177.

Der vorliegenden Rekonstruktion und Analyse der Karriere von Pallavicini liegt eine Reihe von Fragestellungen zu Grunde, die dessen diplomatische Tätigkeit im Dienst Österreich-Ungarns von 1875 bis 1913 im Zusammenhang mit der Orientalischen Frage sichtbar, erfassbar machen und verdeutlichen sollen. Wie war es Pallavicini gelungen, zu einem profunden Kenner der Orientalischen Frage zu werden, dessen Wissen, Erfahrung und Analysen im Außenministerium zu Prozessen der Meinungsbildung herangezogen wurden. Ab welchem Zeitpunkt seiner Karriere und wie war es dem Markgrafen auf der Basis des diplomatischen Informationstransfers gelungen, solche Informationen weiterzuleiten, die an vorgesetzter Stelle zur Entscheidungsfindung herangezogen werden konnten? War es dem Markgrafen im Laufe seiner Karriere gelungen, persönliche Kontakte und ein funktionierendes Netzwerk aufzubauen? Um welche Personen handelte es sich dabei, mit welchen Persönlichkeiten aus Politik und Diplomatie hatte er Kontakt bzw. war er während seiner diplomatischen Tätigkeit in Beziehung getreten? Wie und in welcher Form war es Pallavicini möglich sich für die Belange der österreichisch-ungarischen Wirtschaft einzusetzen und auf welche Art hat er sich eingesetzt? Wie und welche Maßnahmen hat er getroffen, um die Wirtschaftsinteressen Österreich-Ungarns zu fördern?

Nach erfolgreich absolvierter Diplomatenprüfung im November 1874 führte Pallavicini die erste Station seiner diplomatischen Karriere in die k.u.k. Botschaft nach Berlin, wo er unter der Leitung des österreichisch-ungarischen Botschafters Alajos Károly seine diplomatische Tätigkeit am 11. Mai 1875 begann. Bei seinem Eintreffen befand sich die Hauptstadt des 1871 konstituierten Deutschen Kaiserreiches in einer Phase der Modernisierung und des Umbruchs. Denn seit seiner Ernennung (1862) zum preußischen Ministerpräsidenten war Bismarck bemüht, Berlin seinen provinziellen Charakter zu nehmen und die Stadt an der Spree zu einem führenden Industrie- und Bankenplatz in Europa auszubauen. Bei der Ankunft Pallavicinis befand sich das Deutsche Kaiserreich außenpolitisch in einer schwierigen Lage, denn es bestanden Differenzen zwischen ihm und Frankreich, die ihren Höhepunkt in der „Krieg in Sicht Krise“, vom April 1875 hatten.

Neben Informationen über die Haltung der österreichisch-ungarischen Monarchie im deutsch-französischen Konflikt trafen in der k.u.k. Botschaft in Berlin Weisungen des k.u.k. Außenministeriums ein, die einen Tarifstreit zwischen der Betreibergesellschaft des französischen Erbauers des Suezkanals, Ferdinand de Lesseps, sowie französischen und englischen Investoren zum Thema hatten. Die Informationen aus den Akten boten dem Markgraf erstmals während seiner diplomatischen Tätigkeit die Gelegenheit, sich ein Bild von den Mechanismen der europäischen Mächte bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Ziele im Umgang mit dem Osmanischen Reich zu machen. Denn obwohl die Belange der Suezkanalgesellschaft in den Verantwortungsbereich

der osmanischen Regierung fielen, regte Konstantinopel bei den Regierungen der Großmächte an, gemeinsam und im Rahmen einer internationalen Konferenz eine Lösung der Unstimmigkeiten herbeizuführen. Daher wurden, nachdem zwischen Lesseps und den Aktionären keine Einigung erzielt werden konnte, die Regierungen der Großmächte von den betroffenen Anteilseignern in die Auseinandersetzung hineingezogen. Das hatte zur Folge, dass zwischen den Großmächten ein reger diplomatischer Austausch erfolgte, der sich zum Ziel setzte, eine einheitliche Linie zu verfolgen. Trotz intensiver Gespräche konnte jedoch keine idente Position gefunden werden. Erst der Initiative des englischen Premiers Benjamin Disraeli war es zu verdanken, dass zwischen den Konfliktparteien ein tragfähiger Kompromiss erzielt werden konnte. Die Haltung der osmanischen Regierung in dieser Frage verdeutlichte für Pallavicini einerseits den Einfluss der Großmächte auf die Belange des Osmanischen Reiches, andererseits aber auch das taktische Vorgehen Konstantinopels, das in strittigen Fragen auf Uneinigkeit unter den Großmächten setzte.

Ähnlich problematisch, wenn auch in anderer Form, gestalteten sich die Verhandlungen zwischen dem belgischen Bankier Maurice de Hirsch und der osmanischen Regierung über den von Österreich-Ungarn unterstützten Ausbau der osmanischen Eisenbahnen und deren Anschluss an das Bahnnetz der Donaumonarchie. Während in Europa das Projekt einer Anbindung der osmanischen Eisenbahn an das kontinentale Bahnnetz positiv aufgenommen wurde, versuchte Russland den Ausbau zu verhindern. Wie Pallavicini den Akten entnehmen konnte, gelang es dem russischen Botschafter durch fortgesetzte Interventionen bei der osmanischen Regierung nicht nur das Bauvorhaben von Hirsch zu verzögern, sondern auch eine Modifikation der osmanischen Verkehrspolitik zu erreichen. Hirsch wurde zwar für die Adaptierung der Verträge entschädigt, einzelne ungeklärte Aspekte der Vereinbarungen führten jedoch zu langjährigen juristischen Auseinandersetzungen zwischen den Vertragspartnern. Die Differenzen führten ebenfalls dazu, dass der Bau einzelner Streckenführungen ad acta gelegt wurde bzw. erst einige Jahre später bereits erfolgte Planungen erneut aufgegriffen wurden.

Im Herbst 1875 schlitterte das Osmanische Reich mangels notweniger Reformen in den Staatsbankrott. Neben immer neuen Auslandsanleihen versuchte die Pforte durch eine rigorose Finanzpolitik ihre zunehmenden Auslandsschulden unter Kontrolle zu bekommen. Diese Maßnahmen führten innerhalb weiter Teile der Bevölkerung zu einem Anstieg von Protestbewegungen und zur Zunahme von Widerstand. In Berlin konnte Pallavicini den Informationen des k.u.k. Außenministeriums entnehmen, dass als Folge davon am 9. Juli 1875 unter der christlichen Bevölkerung der Herzegowina ein Aufstand ausbrach, der sich binnen Kurzem auch über Bosnien auszubreiten begann. Um eine Intervention Serbiens, bzw. Montenegros zu vermeiden, regte die russische Regierung eine diplomatische Aktion der drei konservativen Kaisermächte an, um derart zur

Entspannung der Lage beizutragen. Von Seiten Österreich-Ungarns wurde der Versuch einer Mediation zwar grundsätzlich befürwortet, Außenminister Andrássy wollte allerdings den Aufstand als eine innere Frage des Osmanischen Reiches behandelt wissen. Den Informationen des Außenministeriums konnte Pallavicini entnehmen, dass es den diplomatischen Vertretern Russlands, Deutschlands und Österreich-Ungarns in Wien gelungen war, eine gemeinsame Haltung hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise zu erzielen. Jedoch ließen die Informationen auch den Schluss zu, dass der Zar dahingehend tendierte, eine breite Basis für die Vermittlungsaktion anzustreben. Die darauf folgenden Gespräche zwischen den Vertretern der Großmächte blieb jedoch ebenso erfolglos wie die Bemühungen, mittels einer aus Vertretern der Mächte bestehenden Kommission der Krise ein Ende zu bereiten.

Parallel zu weiteren Verhandlungen zwischen den Großmächten war für Pallavicini aus den Akten ersichtlich, dass der russische Botschafter in Konstantinopel mit der Unterstützung der diplomatischen Vertreter der Großmächte ein Reformprogramm bei der osmanischen Regierung lancierte. Ebenso erfuhr er daraus, dass die osmanische Regierung ihrerseits, um weiteren Initiativen der Mächte zuvorzukommen, einen Beschluss des Sultans veröffentlichte, in dem sie die Ausarbeitung eines reichsweiten Reformprogramms ankündigte. In diesem Vorhaben wurde Sultan Abdülaziz vom englischen Botschafter bestärkt, er stieß jedoch auf den starken Widerstand konservativ-religiöser und oppositioneller, nationalistischer Kreise.

Unter der Ägide des österreichisch-ungarischen Außenministers mündeten die Bemühungen der Dreikaisermächte, eine Beendigung der Krise zu erzielen, noch vor Ende des Jahres 1875 in der Abfassung einer gemeinsamen Note, die auf Anregung Russlands zur Begutachtung auch an die Regierungen der anderen Signatarmächte übermittelt wurde. Obwohl die „Andrássy–Note“ nicht die Zustimmung aller Kabinette fand, wurde sie im Jänner 1876 der osmanischen Regierung offiziell übergeben. Aus den Informationen aus Wien war für Pallavicini ersichtlich, dass trotz der Annahme der Note durch Sultan Abdülaziz in den aufständischen Gebieten im Frühjahr 1876 keine Beruhigung der Lage eintrat, sondern diese sogar noch durch den Ausbruch eines Aufstands in Bulgarien zu eskalieren drohte.

Infolge eines Gipfeltreffens der Außenminister Russlands, Österreich-Ungarns und des Deutschen Kaiserreichs in Berlin im April 1876 wurde abermals versucht, mit Hilfe eines an Konstantinopel gerichteten Memorandums eine Lösung der Krise herbeizuführen. Der Text des „Berliner Memorandums“ wurde im Anschluss an die Gespräche den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und Italiens mit der Aufforderung übergeben, sich der Resolution der Dreikaisermächte

anzuschließen. Frankreich und Italien schlossen sich dem Aufruf an. Das Kabinett in London reagierte ebenso ablehnend wie die osmanische Regierung, die die Initiative der Mächte als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Reiches zurückwies. In Konstantinopel führten indes die anhaltenden Interventionsversuche der Großmächte zu Protesten in der Bevölkerung. Dies führte nicht nur zum Rücktritt der Regierung, sondern darüber hinaus zur Abdankung des Sultans, der von oppositionellen Reformkräften am 30. April 1876 zum Thronverzicht bewegt werden konnte. Zu seinem Nachfolger wurde sein Neffe als Murad V. inthronisiert. Der neue Sultan blieb jedoch nur 93 Tage im Amt, bevor er Anfang September 1876 durch seinen jüngeren Bruder ersetzt wurde. Als eine seiner ersten Handlungen nach seiner Machtübernahme veranlasste Adülhamid II. die Ausarbeitung einer Verfassung für das Osmanische Reich.

Im Sommer 1876 traten Montenegro und Serbien in die Kampfhandlungen in Bosnien und der Herzegowina ein. Die Eskalation der Gewalt veranlasste Wien und St. Petersburg zu raschem Handeln, worauf es am 8. Juli 1876 zu einem Gipfeltreffen zwischen Alexander II. und Franz Joseph I. in Reichstadt, im Beisein der beiden Außenminister, kam. Eine in mündlicher Form beschlossene Übereinkunft basierte im Kern auf dem Prinzip der „Nicht-Intervention“ und bei einem Sieg der Truppen des Sultans auf der Aufrechterhaltung des Status quo, wodurch Russland durch seine Parteinahme für die kleinen Balkanstaaten seinen traditionellen Einfluss in der Region weitgehend sichern konnte. Sowohl Serbien als auch Montenegro mussten nach anfänglichen Erfolgen schwerer Niederlagen hinnehmen, was dazu führte, dass sie sich gezwungen sahen, die Signatarstaaten des Friedensvertrages von Paris 1856 um die Vermittlung eines Waffenstillstands mit dem Osmanischen Reich zu ersuchen.

In der Zwischenzeit wurden Gespräche auf Regierungsebene weitergeführt, um ein Ende des Konflikts zu erreichen. In London fanden Mitte September 1876 russisch-britische Verhandlungen statt, die die Abhaltung einer Mächtekonferenz in Konstantinopel bis Jahresende zum Ergebnis hatten. Angesichts der militärischen Niederlage Serbiens und Montenegros stieg in St. Petersburg indes der innenpolitische Druck auf Alexander II., was ihn veranlasste, Kriegsvorbereitungen zu treffen. Des Weiteren stellte die russische Regierung Ende Oktober 1876 Konstantinopel ein Ultimatum. Darin wurde gefordert, unverzüglich einen Waffenstillstand abzuschließen und binnen zweier Monate mit Friedensverhandlungen zu beginnen.

Wie Pallavicini an Hand der Informationen in Erfahrung bringen konnte, kamen die Botschafter der Großmächte am 11. und 12. Dezember 1876, trotz ablehnender Haltung der osmanischen Regierung, in Konstantinopel zu Beratungen zusammen. Fast gleichzeitig dazu wurde am 23. Dezember 1876 die

von Adülhamid II. in Auftrag gegebene Verfassung für das Osmanische Reich in Kraft gesetzt. Für die Botschafterkonferenz blieb die Proklamation der Verfassung ohne Konsequenzen. Ihr Inkrafttreten wurde zwar von den Konferenzteilnehmern als gegeben hingenommen, es hatte jedoch keinen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Gespräche. Die Botschafterkonferenz ging am 21. Jänner 1877 ohne bindende Ergebnisse zu Ende. Die wenigen Beschlüsse wurden von der osmanischen Regierung als inakzeptabel abgelehnt. Auch die im Anschluss an die Konferenz an die osmanische Regierung übermittelten Reformvorschläge der Großmächte blieben ohne Resonanz. Die Haltung Konstantinopels wurde am 24. April 1877 von Russland zum Anlass genommen, dem Osmanischen Reich den Krieg zu erklären. Nachdem die osmanischen Truppen im Verlauf des Krieges zunehmend in die Defensive gerieten, ergriffen sowohl der Fürst von Serbien als auch jener von Montenegro die Gunst der Stunde und traten an der Seite Russlands im Dezember 1877 in die Kampfhandlungen ein.

Wie Pallavicini den Informationen des Außenministeriums entnehmen konnte, sah sich Abdülhamid II. angesichts der katastrophalen militärischen Lage gezwungen, die Feindseligkeiten einzustellen und am 1. Jänner 1878 Alexander II. um die Gewährung eines Waffenstillstands zu ersuchen. Mit den Verhandlungen wurde der russische Botschafter in Konstantinopel beauftragt, der nach den Vorgaben des Zaren einen Präliminarfrieden verhandeln sollte.

Pallavicini verließ Mitte April 1878 die k.u.k. Botschaft in Berlin und wechselte in die k.u.k. Botschaft nach Paris. Während seiner Tätigkeit in Berlin konnte sich der Markgraf durch Einsicht in die Berichte des k.u.k. Außenministeriums ausreichend Informationen aneignen, die ihn über die Ziele und Bündniskonstellationen der Großmächte, im Zusammenhang mit ihren außenpolitischen Vorstellungen gegenüber dem Osmanischen Reich, in Kenntnis setzten. Die diesbezüglichen Aktenstücke lassen den Schluss zu, dass er folgende Konstellation erkennen konnte: 1. dass die russische Außenpolitik dahingehend ausgerichtet war, ihren Einfluss auf die Balkanvölker auszudehnen und zu festigen; 2. die Außenpolitik Englands bestrebt war ihre strategischen Interessen im Mittelmeer zu schützen, sowie seine handelspolitische Vormachtstellung im Osmanischen Reich zu behaupten und auf dieser Basis, bis zu einem gewissen Grad, als Schutzmacht für Konstantinopel zu fungieren; 3. Österreich-Ungarn zwar auf Kosten des Osmanischen Reiches territoriale Interessen am Balkan anmeldete, parallel dazu jedoch seine Außenpolitik gegenüber den Großmächten auf der Erhaltung des Osmanischen Reiches, also an den Vorgaben der Status quo Politik, orientierte.

Durch die einlangenden Berichte des k.u.k. Außenministeriums war es dem Markgrafen auch in Paris möglich, sich über den Fortgang der Ereignisse im russisch-osmanischen Krieg zu informieren. Die Informationen ließen für ihn erkennen, dass sich angesichts der militärischen Niederlagen die

Stimmung innerhalb der osmanischen politischen Klasse in Konstantinopel auffällig gegen die Haltung der englischen Regierung richtete. Denn sowohl bei Hof als auch in der Regierung war das Vertrauen in die Integrität Englands erschüttert; daran schien auch die Entsendung eines Teils der englischen Flotte vor die Einfahrt zu den Dardanellen nichts zu ändern. Im Hinblick darauf verstärkte London seinen Druck auf St. Petersburg, mit dem Ziel, eine Okkupation Konstantinopels durch russische Streitkräfte zu verhindern. Gleichzeitig fanden zwischen den Außenministern der Großmächte Sondierungsgespräche statt, die auf eine diplomatische Lösung der Krise abzielten und die Abhaltung einer Friedenskonferenz zum Inhalt hatten.

In San Stefano, einem Vorort von Konstantinopel, trafen in der Zwischenzeit russische und osmanische Unterhändler zusammen, um über die Bedingungen eines Friedensvertrages zu verhandeln. Dabei wurden die russischen Delegierten von St. Petersburg instruiert, Russlands Forderungen gegenüber der osmanischen Regierung kompromisslos durchzusetzen und in Teilbereichen vollendete Tatsachen zu schaffen. Trotz einer auf Verzögerung ausgerichteten Verhandlungsstrategie der osmanischen Vertreter wurden am 3. März 1878 die Friedensverhandlungen mit der Unterzeichnung der Präliminarien (Diktatfrieden) von San Stefano beendet.

Als Reaktion auf die Präliminarien von San Stefano fanden vom 13. Juni bis 13. Juli 1878, unter dem Vorsitz von Reichskanzler Bismarck, in Berlin Beratungen der Großmächte über die zukünftige Ordnung am Balkan statt. Die russisch-osmanische Vereinbarung von San Stefano wurde dabei so lange diskutiert, bis kaum mehr ein Artikel des Vertrages verbindlich blieb. Während in Österreich-Ungarn das Recht auf die Okkupation Bosniens und der Herzegowina begrüßt wurde und England die Resultate der Verhandlungen als einen Sieg der englischen Diplomatie feierte, empfand man in Russland die Revision von San Stefano und den in diesem Zusammenhang stehenden Verzicht auf die „Großbulgarien“ als schwere Demütigung.

Was die Orientalische Frage grundsätzlich betraf, konnte keine befriedigende Lösung der Probleme gefunden werden. Wie Pallavicini den Informationen des k.u.k. Außenministeriums entnehmen konnte, verblieben trotz Protesten der christlichen Bevölkerung dieser Gebiete sowohl Mazedonien als auch Ost-Rumelien weiter unter osmanischer Herrschaft und die Umsetzung der Beschlüsse für Serbien, Griechenland und Montenegro gestalteten sich in der Folge schwierig. Im Anschluss an die Beratungen von Berlin wurden im nunmehr autonomen Fürstentum Bulgarien Vorbereitungen zu einer verfassungsgebenden Versammlung und zur Wahl eines Fürsten getroffen. In dem unter russischer Verwaltung stehenden Land trat am 9. Februar 1879 die erste bulgarische Notablenversammlung zusammen, die nach heftigen Debatten am 16. April 1879 die „Konstitution des bulgarischen

Fürstentums“ feierlich annahm. Die Wahl des Fürsten fiel auf Alexander von Battenberg, der am 6. Juli 1879 in Bulgarien ankam.

Pallavicini wurde indes nach einer kurzen Phase der Disponibilität im Februar 1880 in die k.u.k. Botschaft nach London versetzt. Dort kam es in Folge der Unterhauswahlen vom 23. April 1880 zu einem Regierungswechsel von den Konservativen zu den Liberalen. Was die Entwicklung für die Orientalische Frage betraf, war für Pallavicini aus den Informationen der k.u.k. Botschaft ersichtlich, dass mit dem Wechsel an der Regierungsspitze von Benjamin Disraeli zu William Ewart Gladstone auch eine Änderung der englischen Außenpolitik gegenüber dem Osmanischen Reich zu erwarten war. Denn die Regierung Gladstone zeigte sich nicht bereit, den Status quo unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Reformen und Self-Gouverment schienen dem neuen Premier das adäquate Mittel, um Ordnung und Stabilität in den europäischen und asiatischen Besitzungen des Osmanischen Reiches zu schaffen. In Konstantinopel hinterließ das Ergebnis der britischen Wahlen vom April 1880 einen starken Eindruck und setzte den Sultan unter Druck. Auf die außenpolitische Linie des neuen englischen Kabinetts reagierte Abdülhamid II. mit einer Regierungsumbildung und ließ weitere Reformvorhaben ausarbeiten. Dennoch ließ der Sultan erkennen, dass er sich bei der Umsetzung der Beschlüsse von Berlin nicht widerstandslos dem diplomatischen Druck der Großmächte zu fügen beabsichtigte. Verhandlungen der Großmächte Konstantinopel mittels militärischer Maßnahmen zur Umsetzung der noch offenen Forderungen von Berlin zu bewegen, blieben erfolglos, da kein Konsens gefunden werden konnte. In diesem Zusammenhang wurde aus den Akten für den Markgrafen ersichtlich, dass von Seiten des Osmanischen Reiches mit dem Faktor Zeit taktiert und mit der Uneinigkeit der Mächte spekuliert wurde.

In London wurde Pallavicini Zeuge vom Beginn einer Änderung der englischen Orientpolitik. Nach den Verhandlungen in Berlin 1878 ermöglichten nicht zuletzt der Erwerb von Zypern sowie die Kontrolle des Suezkanals England, seine Handelsrouten nach Asien in hohem Maße autark zu verteidigen. Der Wahlerfolg der Liberalen und Gladstones Hinwendung zu den jungen Nationalstaaten bedeutete dann einen weiteren Schritt in Richtung einer Abkehr von der Politik der „ Aufrechterhaltung der Integrität des Osmanischen Reiches um jeden Preis.“ Im November 1880 erreichte den Markgrafen die Nachricht von einer schweren Erkrankung seiner Gemahlin. Es scheint, dass der Zustand der Gräfin derart bedenklich war, dass an eine baldige Rückkehr auf seinen Posten in London nicht mehr zu denken war und er abermals um Versetzung in Disponibilität ansuchte.

Durch die Fürsprache von k.u.k. Außenminister Kálnoky trat Pallavicini nach einer Pause von sechs Jahren wieder in den diplomatischen Dienst Österreich-Ungarns ein und wurde der k.u.k.

Gesandtschaft in Belgrad zugeteilt. Aufgrund seiner Beförderung bot ihm seine diplomatische Tätigkeit in der Folge die Gelegenheit, Kontakte zu den führenden politischen Persönlichkeiten des Landes zu knüpfen und sich ein Bild von den innen- und außenpolitischen Auswirkungen der Beschlüsse von Berlin auf das Königreich Serbien zu machen. Durch sein Eintreten für die Belange Serbiens gelang es Außenminister Andrássy nach dem Kongress von Berlin 1878, einen Richtungswechsel in der außenpolitischen Orientierung von Russland zu Österreich-Ungarn herbeizuführen. Die Verbesserung der Beziehungen mündete nicht nur im Abschluss weitreichender Handels-, Wirtschafts- und Verkehrsvereinbarungen, sondern es gelang, 1881 mit König Milan I. Obrenović ein geheimes Abkommen abzuschließen, worin er sich verpflichtete, keine außenpolitischen Schritte ohne die Zustimmung Österreich-Ungarns zu unternehmen. Da die Politik des Königs nicht von allen serbischen Parteien unterstützt wurde, führten Differenzen zwischen König und Regierung nicht nur zu wiederholten Regierungskrisen und Neuwahlen, sondern mündeten 1889 im Thronverzicht des Königs, der zu Gunsten seines Sohnes Aleksandars Obrenović abdankte.

Nach dem Thronwechsel nahm die „Groß-Serbische Idee“ in der öffentlichen Wahrnehmung wieder bedeutend mehr Raum ein und das Okkupationsmandat Österreich-Ungarns für Bosnien und Herzegowina wurde vermehrt in der serbischen Presse thematisiert. Im Hinblick darauf setzte vor allem die bäuerliche Bevölkerung große Hoffnungen in die Regentschaft des jungen Königs. Vor diesem Hintergrund bildeten die nationalen serbischen Aspirationen in Mazedonien, deren Ziel es war, in der Bevölkerung Mazedoniens ein mehrheitliches Bekenntnis zum Serbentum herbeizuführen, ein permanentes Konfliktpotential zwischen Serbien und Bulgarien. Wie Pallavicini in Erfahrung bringen konnte, blieben im Hinblick auf die tiefe Kluft zwischen den beiden Staaten daher von Griechenland initiierte Gespräche über eine mögliche Allianz der Balkanstaaten ergebnislos.

Im November 1892 erreichte den Markgrafen die Nachricht bezüglich seiner Versetzung in die Hauptstadt des Königreich Bayerns. In Belgrad hatte sich Pallavicini zu einem gewandten Diplomaten entwickelt, der in der serbischen Hauptstadt geschätzt wurde. Im Umgang mit dem König, der Regentschaft, der Regierung und anderen Personen des öffentlichen Lebens erwies er sich in allem korrekt und zuverlässig. Im Hinblick auf seine Leistungen sah der Leiter der k.u.k. Gesandtschaft in Belgrad in Pallavicini eine Persönlichkeit, die sich aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Qualifikation für zukünftige höhere Aufgaben im diplomatischen Dienst empfahl. Das geht aus der Tatsache hervor, dass er während seiner Zeit in Serbien nicht nur mehr Verantwortung übertragen bekam und seine diplomatischen Fähigkeiten wiederholt unter Beweis stellen konnte, sondern darüber hinaus sich im Rahmen seiner diplomatischen Verpflichtungen zur vollsten Zufriedenheit seiner Vorgesetzten dienstlich entfalten konnte.

Nach mehr als eineinhalbjähriger diplomatischer Tätigkeit in der k.u.k. Gesandtschaft in München, wo er vorwiegend mit innerdeutschen Angelegenheiten befasst war, wurde der Markgraf im Juni 1894 der k.u.k. Botschaft in St. Petersburg als Erster Beamter unter der Leitung von Anton Wolkenstein zugeteilt. Bei seiner Ankunft wurde der Markgraf mit anti-österreichisch-ungarischen Tendenzen konfrontiert. In vielen Publikationen wurde die Politik der russischen Regierung kritisiert, die in den Augen der Presse eine zu nachgiebige Haltung gegenüber Wien im Hinblick auf die Entwicklung in den Balkanländer nahm. Zum Auslöser der Pressekampagne wurden die Rückkehr von Milan I. nach Serbien und der Rücktritt des bulgarischen Ministerpräsidenten Stefan Stambolov am 31. Mai 1894, der als ein Sieg der österreichisch-ungarischen Diplomatie kommentiert wurde.

In den ersten Monaten nach dem Eintreffen des Markgrafen in Russland wurde die innenpolitisch Szenen, nach Gerüchten über ein Komplott gegen den Thronfolger, von einer Verhaftungswelle gegen oppositionelle Kräfte dominiert. Überschattet wurden die Ereignisse in der Folge vom plötzlichen Tod Alexanders III. im November 1894 und der Inthronisierung seines Sohnes als Zar, Nikolaj II.
Was die Orientalische Frage anbelangte, stand eine Lösung der Anerkennungsfrage des bulgarischen Fürsten von Seiten Russlands noch aus und geriet die Situation der christlichen Bevölkerung in Mazedonien, deren Problematik sich für Pallavicini bereits in Belgrad verdeutlicht hatte, sowie Massaker osmanischer Truppen an Armeniern in das Zentrum des Geschehens. Nachrichten über Grenzübertritte bewaffneter Gruppen von Bulgarien nach Mazedonien verstärkten das ohnehin latente Misstrauen Konstantinopels gegenüber den Machthabern des Fürstentums. Klare Worte des Außenministeriums in St. Petersburg, die keine Unterstützung für die Ziele der Widerstandskämpfer erkennen ließen. Durch die deeskalierende Wirkung des bulgarischen-orthodoxen Exarchen und durch das beherrschte Handeln der osmanischen Regierung in dieser Situation konnte der Ausbruch einer größeren Krise verhindert werden.

Nach dem Abgang von Wolkenstein übernahm Franz de Paula Prinz von und zu Liechtenstein im Dezember 1894 die Leitung der k.u.k. Botschaft in St. Petersburg. Unter seiner Leitung konnte sich Pallavicini weiter als Repräsentant der Monarchie in den Diplomatenkreisen von St. Petersburgs etablieren. Sowohl im russischen Außenamt als auch unter den ausländischen Diplomaten zählte der Markgraf zu den bevorzugten Gesprächspartnern der k.u.k. Botschaft. Dank seiner einnehmenden Persönlichkeit konnte er ein Netzwerk aufbauen, das ihn schließlich mit den Spitzen der russischen Außenpolitik verband. In Hinsicht auf die Entwicklungen der Orientalischen Frage blieben seine Informationen nicht nur auf Nachrichten aus Konstantinopel beschränkt, sondern der persönliche Kontakt zu Beamten des russischen Außenministeriums erlaubte ihm, die Haltung der russischen Regierung zu aktuellen Balkanfragen in Erfahrung zu bringen.

Aus diesen Informationen war für Pallavicini ersichtlich, dass mit dem Wechsel im Außenministerium von zu Nikolaj de Giers zu Fürst Aleksej Borisovič Lobanov-Rostovskij im März 1895 eine Änderung der russischen Haltung in der Frage der Anerkennung von Fürst Ferdinand von Bulgarien eingetreten war. Die offizielle Zustimmung zur Wahl erfolgte dann im Februar 1896 und wurde in Sofia mit Erleichterung zur Kenntnis genommen.

Nachdem sich Pallavicini durch Informationen des Außenministeriums über den Antrittsbesuch des Fürsten Ferdinand beim Sultan informieren konnte, erreichten die k.u.k. Botschaft in St. Petersburg Nachrichten über gewalttätige Proteste in Konstantinopel, die sich bald über das ganze Reich ausbreiteten. Den Auftakt zu landesweiten Ausschreitungen bildete eine Konfrontation zwischen armenischen Demonstranten, Koranschülern und der Polizei. Geplant war die Übergabe einer Petition an den Sultan, die Forderungen der Demonstranten bezüglich der Einführung von Reformen enthielt. In Konstantinopel konnte durch eine gemeinsame Intervention der Botschafter und das Erscheinen britischer Kriegsschiffe vor den Dardanellen die osmanische Regierung dazu veranlasst werden, die Annahme eines Reformprogramms für Armenien zu gewährleisten. Durch sicherheitspolizeiliche Maßnahmen konnte in der Folge eine Beruhigung der Lage in der Hauptstadt herbeigeführt werden. Neben den Aufständen im asiatischen Reichsgebiet wurde das osmanische Heer im Jänner 1896 in Kreta und Albanien in Kämpfe verwickelt und in Konstantinopel flammten die Proteste wieder auf. Durch die wachsende Unzufriedenheit in allen Teilen der Gesellschaft erfuhr die jungtürkische Opposition regen Zuspruch. Die Schuld am Niedergang des Reiches wurde dem Sultan zugeschrieben. Erst nach schweren Unruhen war äußerlich wieder Ruhe eingekehrt und ein Waffenstillstand mit den armenischen Komitees Ende 1896 bot der osmanischen Regierung Gelegenheit, sich intensiv der Konsolidierung ihrer Staatsfinanzen zu widmen.
Neben englischen Banken gehörten großteils französische Financiers zu den Hauptgläubigern des Osmanischen Reichs. Angesichts eines drohenden Staatsbankrotts begannen die Kapitalgeber nunmehr vermehrt, Druck auf ihre Regierungen auszuüben. In London stellte die Regierung daher den Antrag, im Rahmen der Großmächte die Frage zu erörtern, welche Mittel zu ergreifen wären, um den Status quo zu erhalten. Als Ergebnis der Gespräche wurde für Ende 1896 eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel beschlossen, die jedoch im Jänner 1897 ohne nennenswerte Resultate hinsichtlich der Bildung einer internationalen Finanzkontrollkommission zu Ende ging.

Die Aufmerksamkeit der Kabinette der Großmächte wurde indessen auf die Folgen der Landung griechischer Truppen auf Kreta gerichtet, die unmittelbar zu Kampfhandlungen mit den Truppen des Sultans führten. Nach schweren Kämpfen mussten die griechischen Truppen eine Reihe von Niederlagen hinnehmen. Die militärischen Siege des Osmanischen Reiches führten nicht nur zu einer

grundsätzlichen Stabilisierung der innenpolitischen Situation, sondern es konnte dadurch Zuversicht in die Vitalität des Osmanischen Reiches drastisch erhöht werden.

Wenige Wochen nach Abschluss des osmanisch-griechischen Friedensvertrags in Konstantinopel am 4. Dezember 1897 verließ Pallavicini nach fast vierjähriger Tätigkeit im Dezember 1897 die russische Hauptstadt, um in Wien die Leitung eines politischen Referats zu übernehmen. In St. Petersburg konnte der Markgraf aufgrund seiner Position über seine Kontakte zu hohen russischen Mitgliedern des Außenministeriums seine Kenntnisse im Hinblick auf die ungelösten Fragen der Orientalischen Frage erweitern und darüber hinaus wertvolle Einblicke in die Ziele der russischen Außenpolitik, beispielsweise Ambitionen Russlands in Asien, Persien und am Balkan, gewinnen. Pallavicini wurde in dieser Zeit zu einer vertrauenswürdigen, verlässlichen Stütze sowohl des Botschafter Wolkenstein und Prinz Liechtenstein. Während deren Abwesenheit konnte er sein diplomatisches Talent beweisen und vermochte die Geschicke der Botschaft würdevoll und mit Umsicht als Geschäftsträger zu leiten.

Nach nur einem Jahr im k.u.k. Außenministerium am Ballhausplatz wurde Pallavicini im Rang eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers im Februar 1899 die Leitung der k.u.k. Gesandtschaft in Rumänien als Nachfolger von Alois Aehrenthal anvertraut. Was die Orientalische Frage betraf, so standen für den Markgrafen Rumäniens Haltung hinsichtlich der Orientalische Frage, die Thematik der rumänischen Minderheit in Mazedonien und die Beziehung Rumäniens zu seinen Nachbarn am Balkan im Fokus sowohl seines Interesses als auch seiner Berichterstattung nach Wien.

Als einer der jungen Balkanstaaten war Rumänien politisch und wirtschaftlich sowohl direkt als auch indirekt in die Orientalische Frage involviert und befand sich wie die anderen im unmittelbaren Spannungsbereich der Großmächte. Es nützte seine außerhalb des Königreichs lebende nationale Ethnie als Argument, um Gebietsansprüche durchzusetzen. Pallavicini wurde vielfach während seinen Tätigkeiten, sowohl davor als auch als k.u.k. Gesandter in Bukarest, mit den vielfältigen Facetten der Auseinandersetzung um Macht und Einfluss am Balkan konfrontiert.
Seit Berlin 1878 bildete die zukünftige Entwicklung Mazedoniens den Dreh- und Angelpunkt der Differenzen. Für den rumänischen König Carol I. stand dabei fest, dass die Erhaltung des Friedens in erster Linie vom Verhalten Bulgariens in dieser Frage abhing. Der König vertrat die Meinung, dass in einem osmanisch-bulgarischen Konflikt nur eine eindeutige Neutralitätsbekundung der Großmächte die Gewähr dafür böte, Bulgarien von unüberlegten Schritten abzuhalten. Carol I. ließ keinen Zweifel daran, dass Rumänien zwar das außenpolitische Ziel der Aufrechterhaltung des Status quo verfolge, im

Fall einer bulgarisch-osmanischen Konfrontation allerdings, bei bulgarischen Gebietsgewinnen auf Kosten des Osmanischen Reiches, seinerseits vom Fürstentum Gebietskompensationen fordern werde. Vom rumänischen Standpunkt in der mazedonischen Frage wurden auch die Großmächte unterrichtet. Im Hinblick darauf schloss der Markgraf eine Mitwirkung Rumäniens an der Seite Bulgariens bei einem Kriegsausbruch zwischen Sofia und Konstantinopel aus; gut denkbar war hingegen die Vorstellung einer rumänischen Neutralität bei Zusicherung von Kompensationen seitens Österreich-Ungarns, daher empfahl er Außenminister Gołuchowski, diese Eventualität bei zukünftigen Überlegungen miteinzubeziehen.

Als Konsequenz auf die russisch-österreichisch-ungarischen Vereinbarungen von Mürzsteg vom 30. September bis zum 3. Oktober 1903 verstärkte Bukarest seine kulturellen Bemühungen um die rumänische Bevölkerung in Mazedonien. Obwohl die Regierung mit dem Widerstand Griechenlands rechnete, wurde ein Programm beschlossen, das eine Intensivierung der Investitionen für Schulen und Kirchen vorsah. Pallavicini stand den kulturellen Ambitionen Rumäniens grundsätzlich positiv gegenüber. Er war sich allerdings der Tatsache bewusst, dass hinter dem Vorhaben das Konzept stand, die rumänische Bevölkerung bei künftigen Verhandlungen als Tauschobjekt zu verwenden und warnte deshalb vor politischer Agitation. Von Seiten Griechenlands wurde die österreichisch-ungarische Diplomatie um Vermittlung gebeten, um eine Eskalation der Differenzen zu vermeiden. Der Initiative räumte der Markgraf allerdings wenig Erfolg ein, da er sichtlich bemüht war, in der Auseinandersetzung eine neutrale Position einzuhalten und sich hierzu auf die Aufrechterhaltung des Status quo berief.

Es blieb Pallavicini nicht verborgen, dass Carol I. den Machthabern Serbiens keine große Achtung entgegen brachte. Wenngleich der König die Dynastie der Obrenović‘ nicht schätzte, würdigte er dennoch die Anstrengungen Milans I., die dieser nach seiner Rückkehr nach Serbien im Jahr 1893 beim Modernisierungsprozess der serbischen Armee erzielen konnte. Grundsätzlich richtete sich die Außenpolitik Rumäniens gegenüber dem Balkanstaat am Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Serbiens aus.
Ungeachtet der rumänischen Vorbehalte wurden im Herbst des Jahres 1900 von Belgrad Schritte gesetzt, die eine Annäherung der jeweiligen Standpunkte zum Ziel hatten. Da sich die serbische Regierung zunehmend durch die Aktivitäten des bulgarischen Komitees in Bulgarien in ihren Zielen bedroht fühlte, sah sie in Rumänien einen möglichen Verbündeten, dessen Interessen sich in Mazedonien mit den eigenen decken könnten. Im Hinblick auf seine Erfahrungen mit serbischen Politikern mahnte Pallavicini zur Vorsicht. Diese Ansicht wurde vom König und der Regierung geteilt und beide blieben in der Folge skeptisch gegenüber einer Annäherung an Serbien.

Zwischen Bulgarien und Rumänien herrschte seit Ende des osmanisch-russischen Krieges hinsichtlich diverser Differenzen bezüglich der gemeinsamen Grenze ein gespanntes Verhältnis. Wenn auch nur kurzfristig, brachte der Besuch Carols I. bei Fürst Ferdinand von Bulgarien im November 1902, anlässlich des 25. Jahrestags der Eroberung von Pleven während des osmanisch-russischen Krieges, eine Verbesserung der Beziehungen. Im Zusammenhang mit der Beilegung der Grenzstreitigkeiten war es dem Markgrafen gelungen, Ansätze von Gesprächs- bzw. Kompromissbereitschaft zwischen den Nachbarn herzustellen. Vom bulgarischen diplomatischen Vertreter wurde Pallavicini ersucht, die Rolle eines Vermittlers einzunehmen. Im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen am Balkan willigte er in das Ersuchen ein, wissend, dass die ungelöste Zukunft Mazedoniens wie ein Damoklesschwert über den beiden Länder schwebte.

Ein ähnlich distanziertes Verhältnis wie zu Serbien hatte Rumänien anfänglich auch zu Griechenland, das vor allem auf den Differenzen hinsichtlich der Unterstützung der jeweiligen Volksgruppen in Mazedonien basierte. Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten, wurde Pallavicini von Wien angewiesen, auf eine Annäherung Rumäniens an Griechenland einzuwirken. In der Folge ist es dem Markgrafen gelungen, nicht nur den rumänische Außenminister, sondern auch den König für einen Dialog mit Griechenland zu gewinnen. Im Frühsommer 1901 kam es zu einem Gipfeltreffen der beiden Monarchen, das zwar in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre stattfand, jedoch keine greifbaren politischen Ergebnisse zur Folge hatte. Sowohl Carol I. als auch Georg I. wiesen darauf hin, dass das Ziel ihrer Außenpolitik der Erhaltung des Status quo am Balkan diene. Bezüglich der Lage der griechischen bzw. rumänischen Ethnien in Mazedonien konnte während der Zusammenkunft eine Übereinstimmung der Standpunkte erzielt werden. Die Stärkung der Position der griechischen als auch der rumänischen Bevölkerung sollte als Gegengewicht zu den Bulgaren von beiden Regierungen in Mazedonien forciert betrieben werden, um derart gemeinsam expansionistischen Tendenzen des Fürstentums entgegentreten zu können.

Bis zum Jahreswechsel 1903–1904 gestalteten sich die Beziehungen der beiden Länder konfliktfrei. Danach erreichten Pallavicini Informationen, die von Mangel an der Zuverlässigkeit Griechenlands in Bezug auf die gemachten Absprachen und über eine zunehmend feindselige Haltung gegenüber den Kulturbestrebungen Rumäniens in Mazedonien handelten. Obwohl sich der Markgraf um eine Aussöhnung der Streitparteien bemühte, entstanden nicht nur Spannungen zwischen Bukarest und Athen, sondern es drohte auch die Lage zwischen der jeweiligen Ethnie zu eskalieren.

Bei seinem Abschied aus Bukarest im November 1906 konnte der Markgraf keine Annäherung der Standpunkte zwischen Griechenland und Rumänien erkennen. Pallavicini verließ das Königreich

Rumänien mit dem Wissen, das Entstehen irredentistische Differenzen hinsichtlich der rumänischen Minderheiten in Ungarn verhindert und die Belange Rumäniens nach den Richtlinien der k.u.k. Außenpolitik erfolgreich umgesetzt zu haben. Im Hinblick darauf schied er als eine von allen Seiten geachtete und respektierte Persönlichkeit, die von Seiten Rumäniens viel Lob und Anerkennung für seine Verdienste fand.

In der Funktion als außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter Österreich-Ungarns übernahm Pallavicini am 5. November 1906 die Leitung der k.u.k. Botschaft im Osmanischen Reich. Der Markgraf begann seine diplomatische Tätigkeit in einem Klima, in dem sich die Reputation Österreich-Ungarns auf einem Tiefpunkt befand. Denn in Konstantinopel bestand die Befürchtung, dass in Wien expansionistische Aspirationen bestünden, die sich über Albanien nach Saloniki erstreckten.
Das von Aehrenthal seit 1899 verfolgte und Pallavicini ab 1907 vertretene Projekt der Sandschakbahn, der Anschluss der bosnischen Bahnen an das osmanische Netz, bildete hierzu für Hof und Regierung einen weiteren Grund zur Skepsis. Durch die persönliche Beziehung zu Großwesir Ferid Pascha gelang es Pallavicini, diesbezügliche Sorgen auszuräumen und Konstantinopel vom wirtschafts- und handelspolitischen Nutzen des Vorhabens zu überzeugen. Es ist anzunehmen, dass der Markgraf im Verlauf der Gespräche auf sein Wissen über Bahnprojekte im Osmanischen Reich zurückgreifen konnte. Im Zusammenhang mit dem Export österreichisch-ungarischer Waren empfahl er eine enge Kooperation mit Deutschland, eine Empfehlung die bei Baron Marshall von Bieberstein, dem Botschafter des Deutschen Kaiserreichs, positive Aufnahme fand.

Diplomatisches Geschick und Sensibilität gegenüber seinen Gesprächspartnern wurde von Pallavicini bei den Verhandlungen zur Annexionskrise 1908–1909 abverlangt. Anhand seiner Erfahrungen im Umgang mit politischen Vertretern des Osmanischen Reiches konnte der Markgraf während der Verhandlungen sowohl mit den Vertretern der Regierung als auch den Mitgliedern des Jungtürkischen Komitees die politischen und wirtschaftlichen Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie erfolgreich vertreten und derart maßgeblich zur Lösung der Differenzen beitragen. Der k.u.k. Botschafter wurde für seinen Beitrag um eine friedliche Lösung der Annexionsproblematik aufs Höchste belobigt.Es muss an dieser Stelle dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Auswertung der detaillierten Informationen Pallavicinis über seine diplomatischen Tätigkeit währen der Annexionskrise nicht berücksichtigt werden konnte, da diese den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte.
Im Machtkampf zwischen der Führung des Jungtürkischen Komitees und reaktionären Kräften im Frühjahr 1909 die eine Rückkehr zur Autokratie zum Ziel hatten, verhielt sich der Markgraf neutral; er

stellte allerdings dem Osmanischen Reich für die Zukunft einen ideologischen Machtkampf in Aussicht, in dem er einem liberalen, von der Armee gestützten Gesellschaftsmodell, ein auf religiös-konservative Werte ausgerichtetes Modell gegenüber stellte. Aus der Sicht Pallavicinis profitierte von den ausländischen Mächten vor allem das Deutsche Kaiserreich von den politischen Umwälzungen im Osmanischen Reich. Seiner Ansicht nach konnte die deutsche Botschaft auf Vermittlung der in Deutschland ausgebildeten Offiziere mit den führenden Persönlichkeiten der jungtürkischen Bewegung in einen konstruktiven Dialog eintreten. Wirtschaftliche Ambitionen von Seiten Russlands verfolgte Pallavicini mit Interesse, wobei er der russischen Idee eines Balkanbundes unter der Führung des Osmanischen Reiches wenig Aussicht auf Erfolg attestierte.

Anhand der Informationen, die Pallavicini zur Verfügung standen, schien die Integrität des Reiches nicht nur von außen, sondern auch von innen gefährdet. Im Frühjahr 1910 entwickelte sich in Albanien eine Krise, als im Kosovo ein bewaffneter Aufstand gegen die Zentralgewalt ausbrach. Obwohl Pallavicini mit Zurückhaltung reagierte, wurde im Beisein des k.u.k. Botschafters von albanischen Politikern offen über den Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft in Europa spekuliert und für diesen Fall als Ziel die Errichtung eines autonomen Staats unter dem Protektorat Österreich-Ungarns postuliert. Der Aufstand konnte nur mit Hilfe eines massiven Truppenaufgebots niedergeworfen werden. Die Vorgehensweise nahm Pallavicini zum Anlass, den Kriegsminister vor einer endgültigen Abkehr der Albaner zu warnen. Aufstände gegen die Zentralgewalt brachen 1910 und 1911 auch in den arabischen Provinzen des Reiches aus. Dort richtete sich der Unmut der Bevölkerung unter dem Schlachtruf „Arabien den Arabern“ gegen desolate Verwaltungszustände und „Turkisierungs-Bestrebungen“ der osmanischen Regierung.

Der italienische Überfall auf die osmanische Provinzen Libyen und Tripolitanien Ende September 1911 bedeutete einen weiteren Rückschlag in den Bemühungen der Jungtürken, das Reich zu konsolidieren. Da sich in Konstantinopel niemand der Illusion einer erfolgreichen Verteidigung der Provinzen hingab, appellierte der Markgraf im Auftrag des k.u.k. Außenministeriums an die osmanischen Regierung, den Krieg nicht unnötig in die Länge zu ziehen, um keine ungewollte Reaktion der Balkanstaaten zu provozieren. Aus innenpolitischer Sicht trug der Krieg dazu bei, die muslimischen Parteien enger aneinander zu binden und eine bis dahin unbekannte Verbundenheit zwischen Arabern und Türken herzustellen.

Als Pallavicini im Frühling 1912 Nachrichten über Zwischenfälle an der osmanisch-montenegrinischen Grenze erreichten, warnte der k.u.k. Botschafter vor den Gefahren einer militärischen Aktion Montenegros; nicht zuletzt da er über Informationen verfügte, die davon

sprachen, dass im Fall einer Eskalation mit einer Reaktion von Seiten Bulgariens zu rechnen sei. Allerdings verfügten im August 1912 weder Wien noch Konstantinopel über konkrete Informationen von Verhandlungsergebnissen zwischen den Balkanstaaten im Hinblick auf ein Bündnis, die zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschritten waren. Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen am Balkan blieben die diplomatischen Bemühungen der Großmächte, deeskalierend zu wirken, ohne Erfolg. Am 8. Oktober 1912 überreichte der Vertreter Montenegros der osmanischen Regierung die Kriegserklärung seines Landes. Die anderen Staaten, Bulgarien, Serbien und Griechenland, die sich zwischenzeitlich in einem Bündnis vereinigten, folgten diesem Beispiel am 18. Oktober 1912.

Trotz anfänglicher militärischer Erfolge entwickelte sich der 1. Balkankrieg für das Osmanische Reich zu einer Katastrophe. Als neutraler Beobachter hielt Pallavicini den Zusammenbruch der osmanischen Herrschaft in Europa im November 1912 für unvermeidlich und stellte nach Beendigung des Krieges den Osmanen den politischen Status einer regionalen Macht in Aussicht. Wider Erwarten konnten die Truppen des Sultans eine Besetzung Konstantinopels verhindern. Einem daraufhin abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen zwischen dem Osmanischen Reich und den Balkanstaaten am 20. November 1912 folgten daraufhin Friedensverhandlungen im Jänner 1913 in London.
Die Bereitschaft der osmanischen Regierung, Friedensverhandlungen zu führen, veranlasste eine Gruppe von Offizieren im Jänner 1913, sich an die Macht zu putschen. Als Doyen der Botschafter der Großmächte versuchte Pallavicini in dieser Situation eine gemeinsame Linie der Diplomaten gegenüber den neuen Machthabern und den Forderungen der Balkanstaaten zu erzielen. In der Abtretung der europäischen Provinzen an die Balkanstaaten sah der Markgraf für die zukünftige Entwicklung des Reiches eher eine Chance, als einen Verlust. Unter gewissen Voraussetzungen hielt er es daher für nicht ausgeschlossen, dass sich der Staat in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht besser konsolidieren könne, als er es bisher vermochte. In London wurde am 30. Mai 1913 der Erste Balkankrieg mit der Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwischen den Kriegsparteien offiziell beendet.

Vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen den verbündeten Balkanstaaten, die keine Einigung bezüglich der Aufteilung der eroberten Gebiete erreichen konnten, wurde der Zweite Balkankrieg am 29. Juni 1913 durch einen Angriff bulgarischer Truppen auf die serbischen und griechischen Stellungen in Mazedonien eröffnet. Serbien und Griechenland erklärte daraufhin Bulgarien am 8. Juli 1913 den Krieg. Wenige Tage später griffen sowohl Heeresverbände Rumäniens am 10. Juli 1913 als auch des Osmanischen Reiches am 11. Juli 1913 in die Kämpfe ein. Den Truppen des Osmanischen Reiches gelang es bereits verloren gegebene Reichsteile zurückzuerobern. Auf eine

ausführliche Darstellung der diplomatischen Tätigkeit Pallavicinis während des Ersten und Zweite Balkankrieges konnte nicht weiter eingegangen werden, da sie den Rahmen dieser Arbeit gesprengt hätte.

Die veränderte Lage am Balkan im August 1913 nahm der Markgraf zum Anlass, eine Momentaufnahme der politischen Situation in Konstantinopel und unter seinen Kollegen skizzieren, sowie im Zuge von Gesprächen die zukünftige Entwicklung des Osmanischen Reiches zu erörtern. Pallavicini befürwortete den Fortbestand des Osmanischen Reiches vom Standpunkt Österreich-Ungarns. Denn bei einer Aufteilung der asiatischen Teile des Osmanischen Reiches durch die Großmächte befürchtete der k.u.k. Botschafter, dass die österreichisch-ungarische Monarchie leer ausgehen würde und es zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse kommen könnte, die den Großmachtstatus Österreich-Ungarns gefährde.

11. Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

Haus-, Hof- und Staatsarchiv (HHStA) Wien

a) Gesandtschafts- und Konsulararchive

Gesandtschaftsarchiv Berlin

141-3 (Weisungen 1875, I–IV)
142-1 (Weisungen 1875, VII–XII)
142-2 (Berichte und Weisungen 1876)
143-1 (Berichte und Weisungen 1877)
143-2 (Berichte 1878, I-VI)

Gesandtschaftsarchiv Paris

104 (Weisungen 1877, X–1878, VII)
105 (Weisungen 1878, VIII–1879, IV)
106 (Weisungen 1879, V–XI)

b) Administrative Registratur des Ministerium des Äußeren

F4–245–3 (Personalakten, Generalia Pallavicini Johann)
F6–55-3 (Kaiserliche Missionen, Missionssitze B 1871–1918)
F6–57-1. (Kaiserliche Missionen, Missionssitze B-C 1871–1918)

c) Politisches Archiv des Ministeriums des Äußeren

PA IV-50-(Bayern, Berichte, Weisungen, Varia,1891–1893)
PA-IV-51 (Bayern, Berichte, Weisungen, Varia,1894–1895)

PA VIII-94 (Großbritannien, Weisungen, Varia 1879, Berichte 1800, I–III)
PA VIII-95 (Großbritannien, Berichte 1800, IV–XII)
PA VIII-96 (Großbritannien, Weisungen, Varia 1880–1881)

PA X-75 (Russland, Berichte 1880)
PA X-84 (Russland,Berichte 1887)
PA X-87 (Russland,Berichte 1888, I–VI)
PA X-88 (Russland, 1888, VII–XII)
PA X-89 (Russland, 1889, I–V)
PA X-90 (Russland, 1889, VI–XII)
PA X-92 (Russland, Berichte 1890)
PA X-94 (Russland, Berichte 1891, I–IX)
PA X-95 (Russland, Berichte 1891, X–1892, XII, Varia 1891)
PA X-96 (Russland, Berichte 1892, I-IV)
PA X-97 (Russland, Berichte 1892, V–IX)
PA X-98 (Russland, Berichte 1892, X–XII, Weisungen 1892)
PA X-102 (Russland, Berichte 1894, I–IX)
PA X-103 (Russland, Berichte 1894, X–XII, Varia 1894)
PA X-104 (Russland, Weisungen 1894, Weisungen, Varia 1895–1896)

PA X-105 (Russland, Berichte 1895, I–IX)
PA X-106 (Russland, Berichte 1985, X–1896, III)
PA X-108 (Russland, Berichte 1897)
PA X-130 (Russland, Weisungen ,Varia 1906, Berichte 1907, I–V)
PA X-131 (Russland, Berichte 1907, VI–XII, Weisungen, Varia 1907)
PA X-132 (Russland, 1908, I–VIII)
PA X-133 (Russland, Berichte 1908, IX–XII, Varia 1908, Weisungen 1908–1909)
PA X-134 (Russland, Berichte 1909, I–IX)
PA X-135 (Russland, Berichte 1909, X–19010,IX)
PA X-136 (Russland, Berichte 1910, X–XII, Weisungen, Varia 1910–1911)
PA X-137 (Russland, Berichte 1911)
PA X-138 (Russland, Berichte, Weisungen, Varia 1912)
PA X-139. (Russland, Berichte, Weisungen, Varia 1913)

PA XII-137 (Türkei, Berichte 1800, I–VI)
PA XII-138 (Türkei, Berichte 1800, VII–XII)
PA XII-149 (Türkei, Berichte 1887)
PA XII-150 (Türkei, Berichte 1888)
PA XII-151 (Türkei, Berichte 1889)
PA XII-153 (Türkei, Berichte 1890)
PA XII-154 (Türkei, Berichte 1891, I–IX)
PA XII-155 (Türkei, Berichte 1891, X–1892,IV)
PA XII-156 (Türkei, Weisungen, Varia 1892)
PA XII-159 (Türkei, Berichte, Varia 1894)
PA XII-160 (Türkei, Berichte, Weisungen 1894)
PA XII-161 (Türkei, Berichte 1895, I–VIII)
PA XII-162 (Türkei, Berichte 1895, IX–XII)
PA XII-164 (Türkei, Berichte 1896, I–VI)
PA XII-165 (Türkei, Berichte 1896, VII–XII)
PA XII-167 (Türkei, Berichte 1897, I–V)
PA XII-168 (Türkei, Berichte, Weisungen, Varia 1897)
PA XII-190 (Türkei, Berichte, Weisungen, Varia 1906)
PA XII-191 (Türkei, Berichte 1907, I–VI)
PA XII-192 (Türkei, Berichte 1907, VII–XII)
PA XII-193 (Türkei, Weisungen, Varia 1907)
PA XII-194 (Türkei, Berichte 1908, I–V)
PA XII-195 (Türkei, Berichte 1908. VI–VII)
PA XII-196 (Türkei, Berichte 1908, VII-IX)
PA XII-197 (Türkei, Berichte 1908, X–XII, Weisungen 1908)
PA XII-198 (Türkei, Berichte 1909, I–VII)
PA XII-199 (Türkei, Berichte 1909, VII–XII)
PA XII-200 (Türkei, Berichte 1910, I–III, Weisungen, Varia 1909)
PA XII-201 (Türkei, Berichte 1910, IV–VII)
PA XII-202 (Türkei, Berichte 1910, VII–XII)
PA XII-204 (Türkei, Berichte 1911, I–V)
PA XII-205 (Türkei, Berichte 1911, VI–1912, VI)
PA XII-206 (Türkei, Berichte 1912, VII–1913, IX)
PA XII-207 (Türkei, Berichte 1913, X–XII)

PA XVIII-31 (Rumänien, Berichte, Weisungen, Varia 1899)
PA XVIII-32 (Rumänien, Berichte, Weisungen, Varia 1900)
PA XVIII-33 (Rumänien, Berichte 1901, Weisungen, Varia 1901)
PA XVIII-34 (Rumänien, Berichte, Weisungen, Varia 1902)
PA XVIII-35 (Rumänien, Berichte, Weisungen, Varia 1903)
PA XVIII-36 (Rumänien, Berichte, Weisungen, Varia 1904)
PA XVIII-37 (Rumänien, Berichte, Weisungen, Varia 1905)
PA XVIII-38 (Rumänien, Berichte, Weisungen, Varia 1906)

PA XIX-21 (Serbien, Berichte 1887) Karton (Kart.) 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 70 Liasse VI.
PA XIX-22 (Serbien, Weisungen, Varia 1887–1888)
PA XIX-23 (Serbien, Berichte 1888)
PA XIX-24 (Serbien, Berichte, Weisungen, Varia 1889)
PA XIX-25 (Serbien, Berichte, Weisungen, Varia 1890)
PA XIX-26 (Serbien, Berichte, Weisungen, Varia 1891)
PA XIX-27 (Serbien, Berichte, Weisungen, Varia 1892)
PA XIX-70.(Serbien, Liasse VI: Serbische Krise 1888, X–1889,V)

Gedruckte Quellen:

Österreich-Ungarns Außenpolitik VIII und IX. Wien 1914. Diplomatische Aktenstücke betreffend die Ereignisse am Balkan 13. August 1912 bis 6. November 1913.

Ernst U. Cormons, Schicksale und Schatten. Eine österreichische Autobiographie, Salzburg 1951.

Ludwig von Flotow, November 1918 auf dem Ballhausplatz. Erinnerungen Ludwigs Freiherrn von Flotow, des letzten Chefs des Österreich–Ungarischen Auswärtigen Dienstes 1895–1920. Bearbeitet von Erwin Matsch. Wien/Graz/Böhlau, 1982.

Immanuel Geiss, Der Berliner Kongress 1878: Protokolle und Materialien, Michigan 2008.

Wladimir Giesl, Zwei Jahrzehnte im Nahen Orient. Aufzeichnungen des Generals der Kavallerie Baron Wladimir Giesl, Berlin 1927.

Karl Klinghart, Denkwürdigkeiten des Marschalls Izzet Pascha. Ein kritischer Beitrag zur Kriegsschuldfrage, Leipzig 1927.

Adolf Koch, Fürst Alexander von Battenberg. Mitteilungen aus seinem Leben und seiner Regierung nach persönlichen Erinnerungen, Darmstadt 1887.

Alexander Freiherr von Musulin, Das Haus am Ballplatz. Erinnerungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten, München 1924.

Nikola Petrović, Der Balkan1860–1875, Die Darstellung der politischen Situation in den Berichten russischer Diplomaten, Österreichische Osthefte, Jahrgang 19, Wien 1977.

Joseph Pomiankowski, Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches. Erinnerungen an die Türkei aus der Zeit des Weltkriegs, Zürich/Leipzig/Wien 1928

Literatur:

Fikret Adanir, Die Makedonische Frage. Ihre Entstehung und Entwicklung bis 1908, Wiesbaden 1979.

Rudolf Agstner, 125 Jahre Suezkanal. Österreich–(Ungarn) und seine Präsenz am Isthmus von Suez, Zur Geschichte der Konsulate in Suez, Ismailia und Port Said 1844–1956, Kairo 1995.

Feroz Ahmad, The Young Turks. The Commitee of Union and Progress in Turkish Politics, 1908–1914, London 2011.

Jürgen Angelow, Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkriegs, Köln/Weimar/Wien 2000.

William Clarence Askew, Europe and Italy's Acquisition of Libya 1911–1912, Duke University Press, Durham/ North Carolina 1942.

Rudolf Augstein, Otto von Bismarck. Frankfurt/Main 1990.

Winfried Baumgart, Europäisches Konzert und nationale Bewegung. Internationale Beziehungen 1830–1878, Paderborn/Wien 2007.

Winfried Baumgart, Bismarcks Außenpolitik. Einige grundsätzliche Bemerkungen, in: Rainer F. Schmidt (Hg.), Deutschland und Europa, Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft, Band 58, Stuttgart 2004, 10–19.

Erwin Beckert, Gerhard Breuer, Öffentliches Seerecht. Berlin/New York 1991.

Stefan Bernhard – Christian Schmidt-Wellenburg, Feldanalyse als Forschungsprogramm, in: Stefan Bernhard – Christian Schmidt-Wellenburg (Hgg.), Feldanalyse als Forschungsprogramm 1, Der programmatische Kern, Wiesbaden 2012, 27–56.

Mehmet Beşirli, Die europäische Finanzkontrolle im Osmanischen Reich in der Zeit von 1908 bis 1914. Die Rivalitäten der britischen, französischen und deutschen Hochfinanz und der Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg am Beispiel der türkischen Staatsanleihen und der Bagdadbahn, Berlin 1999.

Ali Haydar Midhat Bey, The Life of Midhat Pasha. A Record of his Services, Political Reforms, Banishment, and Judicial Murder, London 1903.

Wolfdieter Bihl, Die europäischen Mächte und die Entstehung der Osmanischen Verfassung vom Dezember 1876, in: Österreichische Osthefte, Jahrgang 20, Wien 1978.

Mustafa Sıtkı Bilgin, The construction of the Bagdad Railway and its impact on Anglo-Turkish relations 1902–1913, in: OTAM (Ankara Üniversitesi Osmanlı Tarihi Araştırma ve Uygulama Merkezi Dergisi), Band 16, Ankara 2004.

Beate Binder und Astrid Deuber-Mankowsky, Die Botschaft der Botschaften. Einige einleitende Anmerkungen, in: Die Botschaft der Botschaften. Beate Binder–Astrid Deuber-Mankowesky (Hgg.), Berliner Blätter, Ethnographische und ethnologische Beiträge 34, München 2004, 7–11.

Alfred Birk, Alois von Negrelli. Die Lebensgeschichte eines Ingenieurs, Band 1, Wien/Leipzig 1915.

Robert Blake, Disraeli, New York 1966.

Alan Bodger, Russisa and the End of the Ottomane Empire, in: Marian Kent (Hg.), The Great Powers and the End of the Ottoman Empire, London 1984.

Katrin Boeckh, Mazedonien, in: Harald Roth, (Hg.), Studien Handbuch östliches Europa. Band 1, Geschichte Ostmittel- und Südeuropas, Köln/Weimar/Wien 2009.

Andreas Böhm, Heiner Legewie, Thomas Muhr, Technische Universität Berlin, Interdisziplinäres Forschungsprojekt ATLAS (Archiv für Technik, Lebenswelt und Alltagssprache) (Ed.), Kursus Textinterpretation: Grounded Theory, Berlin 2008.

Jürgen Bolten, Die Hermeneutische Spirale. Überlegungen zu einer integrativen Literaturtheorie, Poetica 17, Heft 3/ 4, München 1985.

Hermann von dem Born, Der italienisch-türkische Krieg, Oldenburg 1913.

Peter Borowsky, Der Historikerstreit. Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um?, in: Rainer Hering – Rainer Nicolaysen, (Hgg.), Peter Borowsky, Schlaglichter historischer Forschung. Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Hamburg 2005, 63–87.

Ebru Boyar, Ottomans, Turks and the Balkans. Empire lost, Relations Altered, Tauris 2007.

Josef Brein, Anton Graf Wolkenstein-Trostburg: ein Wirken als österreichisch-ungarischer Botschafter in St. Petersburg von 1882–1894, Diplomarbeit, Wien 2010.

Francis Roy Bridge, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch (Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/1, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 196–373.

Ulf Brunnbauer, Gebirgsgesellschaften auf dem Balkan. Wirtschaft und Familienstrukturen im Rhodopengebirge, Wien/Köln/Weimar 2004.

Bertrand Michael Buchmann, Österreich und das Osmanische Reich. Eine bilaterale Geschichte, Wien 1999.

Konrad Canis, Bismarcks Außenpolitik nach 1871. Die Frage der Alternativen, in: Rainer F. Schmidt (Hg.), Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke–Gesellschaft, Band 58, Stuttgart 2004, 20–35.

Wilhelm M. Carlgren, Iswolsky und Aehrenthal vor der bosnischen Annexionskrise. Russische und österreichisch-ungarische Balkanpolitik 1906 – 1908, Uppsala 1955.

Mehmet Cebeci, Die deutsch-türkischen Beziehungen in der Epoche Abdülhamids II. 1876–1908. Die Rolle Deutschlands in der türkischen Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Bulgarischen, Ägyptischen und Armenischen Frage, Marburg 2011.

Doğan Y. Çetinkaya, The Young Turks and the Boykott Movement. Nationalism, Protest and the Working Classes in the Formation of Modern Turkey, London/New York 2014.

Philipp Charwath, Der Untergang einer mittelmäßigen Macht, die Großmacht sein wollte, Wien 2005.

Richard M. Connaughton, The war of the rising Sun and the tumbling Bear. A Military History of the Russo – Japanese War 1904–05, London/New York 1989.

Eckart Conze – Ulrich Lappenküper – Guido Müller (Hgg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln/Weimar/Wien 2004.

Egon Caesar Conto Corti, Alexander von Battenberg. Sein Kampf mit den Zaren und Bismarck, Wien 1920.

Richard J. Crampton, Bulgaria. Oxford 2009.

Mihran Dabag, Jungtürkische Visionen und der Völkermord an den Armeniern, in: Mihran Dabag, Kristin Platt: Genozid und Moderne; Band 1. Opladen 1998.

Dietmar Dahlmann, Die gescheiterte Revolution, Russland 1905–1907, in: Josef Kreiner (Hg.) Der Russisch-Japanische Krieg (1904/05), Bonn 2005, 117–135.

Laurenz Demps, Ingo Materna, Eckhard Müller–Mertens, Helga Schulz, Heinz Seyer, Geschichte Berlins von den Anfängen bis 1945, Berlin 1987.

Astrid Deuber-Mankowsky, Vertrauen erweckendes Grenzgängertum. Eine Annäherung an das neue Interesse an Diplomatie aus kulturwissenschaftlicher Perspektive, in: Astrid Deuber-Mankowsky (Hgg.), Berliner Blätter, Ethnographische und ethnologische Beiträge 34, München 2004, 12–23.

Pertev Demirhan, Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz. Das Lebensbild eines großen Soldaten, Göttingen 1960.

István Diószegi, Das Problem Ostrumelien in der österreich–ungarischen Außenpolitik 1878 – 1879, in: Christo Choliolčev, Karlheinz Mack, Arnold Suppen (Hgg.), Nationalrevolutionäre Bewegungen in Südosteuropa im 19. Jahrhundert, Wien/ München 1992, 202–210.

István Diószegi, Die Außenpolitik der Österreichisch-Ungarischen Monarchie 1871 – 1877, Wien/Köln/Graz 1985.

Istvan Diószegi, Graf Gyula Andrássy der. Ältere, Schöpfer des Zweibundes 69–83, in: Helmut Rumpler und Jan Paul Niederkorn (Hgg.), „Der Zweibund“ 1879. Das österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996.

Erich Donnert, Russland 860–1917. Von den Anfängen bis zum Ende der Zarenzeit. Ost– und Südeuropa Geschichte der Länder und Völker, Regensburg 1998.

Mehmet Uğur Ekinci, The Origins of the 1897 Ottoman–Greek War. A Diplomatic History, Ankara 2006.

Douglas A. Farnie, East and West of Suez. The Suez Canal in History 1854–1956, Oxford 1969.
Edgar Feuchtwanger, Disraeli. Eine politische Biographie, Berlin 2012.

Jörg Fisch, Europa zwischen Wachstum und Gleichheit 1850–1914, Stuttgart 2002.

Alfred Fischel, Der Panslawismus bis zum Weltkrieg, Stuttgart/ Berlin 1919.

Brigitte Forßbohm, Die Entführung des Kronprinzen Alexander. Ein Akt in der serbischen „Königstragödie“, in: Hans-Jürgen Fuchs (Hg.), Verbrechen und Schicksale. Ein Wiesbadener Pitaval, Spektakuläre Kriminalfälle aus vier Jahrhunderten, Wiesbaden 2005, 82–98.

Werner Früh, Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis, Stuttgart 2001.

Heinrich Fülek von Wittinghausen und Szatmárvár, Das Königreich Serbien geographisch-militärisch dargestellt, Paderborn 2011.

Malte Fuhrmann, Der Traum vom Deutschen Orient; Zwei deutsche Kolonien im Osmanischen Reich 1851–1918, Frankfurt/Main/New York 2006.

Lothar Gall, Bismarck. Der weiße Revolutionär. Berlin/Frankfurt/Main 1995.

Lothar Gall, Die Deutsche Bank 1870–1995, München 1995.

Immanuel Geiss, Der Berliner Kongress, eine historische Retrospektive, in: Ralph Melville – Hans-Jürgen Schröder (Hgg.), Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1982.

Heinz Alfred Gemeinhardt, Deutsche und österreichische Pressepolitik während der Bosnischen Krise 1908–1909, in: Historische Studien, Heft 437, Hamburg 1980.

Vladan Georgevitch, Das Ende der Obrenovic´. Beiträge der Geschichte Serbiens 1897–1900, Leipzig 1905.

Dietrich Geyer, Der russische Imperialismus. Studien über den Zusammenhang von innerer und auswärtiger Politik 1860–1914, in: Helmut Bering, Jürgen Kocka, Hans-Ulrich Wehler (Hgg.), Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 27, Göttingen 1977, 55–82.

Carsten Goehrke, Russland, Eine Strukturgeschichte. Paderborn, München/Wien/Zürich 2001.

Hakan Gökpinar, Deutsch-türkische Beziehungen 1890–1914 und die Rolle Enver Paschas, in: Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Band 16, Marburg 2011.

David F. Good, Der wirtschaftliche Aufstieg des Habsburgerreiches 1750–1914, Wien/Köln/ Graz 1986.

Karen Gram-Skjoldager, Bringing the Diplomat Back in Elements of a New Historical Research Agenda, EUI Working Papiers, Fiesole 2011.

Hannes Grandits, Herrschaft und Loyalität in der spätosmanischen Gesellschaft. Das Beispiel der multikonfessionellen Herzegowina, Wien/Köln/Weimar 2008.

Sigrid-Maria Größing, Sisi und ihre Familie. Wien/München 2005.

Johann Groller von Mildensee, Vor vierzig Jahren. Die Orientreise seiner Majestät Kaiser Franz Joseph I. im Jahre 1869, Wien 1909.

Hermann Gross, Deutsch-Rumänische Wirtschaftsbeziehungen, Leipzig 1929

Kurt Grunwald, Türkenhirsch. A study of Baron Maurice de Hirsch Entrepreneur and Philanthropist, Israel Program for Scientific Translations 1966.

Wolfgang Gust, Der Völkermord an den Armeniern. Die Tragödie des ältesten Christenvolks der Welt, München/Wien 1993.

Mehmet Hacisalioğlu, Die Jungtürken und die mazedonische Frage 1890–1918, Oldenburg 2003.

Hans Joachim Härtel und Roland Schönfeld, Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 1998.

Hermann Hagspiel, Aussenwirtschaftliche Beziehungen zu Frankreich, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch, (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/ 1, Die Habsburgermonarchie im System Internationaler Beziehungen, Wien 1989, 687–709.

Mehmed Şükrü Hanioğlu, A Brief History of the Late Ottomane Empire. Princeton and Oxford 2008.

Mehmed Şükrü Hanioğlu, Preparation for a Revolution. The Young Turks 1902–1908, Oxford 2001.

Horst Haselsteiner, Bosnien–Herzegowina. Orientkrise und Südslawische Frage, Buchreihe des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa Band 3, Wien/Köln/Weimar 1996.

Justus Hashagen, Umrisse der Weltpolitik I, 1871–1907, Leipzig/Berlin 1916.

Ferdo Hauptmann, Österreich-Ungarns Werben um Serbien 1878–1881, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 5, 1952.

Alois Hayek, Bulgariens Befreiung und staatliche Entwicklung unter seinem ersten Fürsten. München/Berlin 1939.

Heinrich Hefter, Heinrich VII. Prinz Reuß–Köstritz, in: Neue Deutsche Biographie, Band 8, Berlin 1969.

Ernst Christian Helmreich, The Diplomacy of the Balkan Wars 1912–1913. Harvard Historical Studies 1938.

Harald Heppner, Die personelle Entwicklung der österreichischen Balkandiplomatie in der 2. Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Österreichische Osthefte 24, Wien 1982
Franz Herre, Bismarck. Der preußische Deutsche, Augsburg 1997.

Andreas Hillgruber, Politische Geschichte in moderner Sicht, in: Historische Zeitschrift 216, München 1973.

Edgar Hösch, Geschichte der Balkanländer. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 1988.

Jakob Hort, Architektur der Diplomatie. Repräsentation in europäischen Botschaftsbauten, 1800–1920, Konstantinopel/Rom/Wien/St. Petersburg/Göttingen 2014.

Kerstin Hünfeld, Imām Yaḥyā Ḥamīd ad-Dīn und die Juden in Ṣana´ā 1904–1948. Die Dimension von Schutz (Dhimma) in den Dokumenten der Sammlung Rabbi Sāīd al-Ǧamal, Berlin 2010.

Gisela Hünigen, Nikolaj Pavlovič Ignat´ev und die russische Balkanpolitik 1875–1878. Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Band 40, Göttingen/Zürich/Frankfurt 1968.

Johannes Janorschke, Bismarck Europa und die „Krieg in Sicht“ Krise von 1875. Otto von Bismarck Stiftung, Band 11, Paderborn/München/Wien/Zürich 2010.

Pierre Jeambrun, Jules Grévy ou la République Debout, Paris 1991.

Charles and Barbara Jelavich, The Establishment of the Balkan National States 1804 – 1920, Seattle/London 1977.

Thede Kahl, Ethnische Gruppen in der Republik Makedonien und ihre demographischen Eigenschaften, in: Gabriella Schubert, Makedonien, Prägung und Perspektiven, Forschungen zu Süd-Osteuropa 1, Wiesbaden 2005, 57–80.

Thede Kahl. Die Aromunen, in: Harald Roth, (Hg.), Studien Handbuch östliches Europa. Band 1, Geschichte Ostmittel- und Südeuropas, Köln/Weimar/Wien 2009, 85–110.

Gerald Kanus, Bulgarien. München 1997.

Evangelos Karagiannis, Zur Ethnizität der Pomaken Bulgariens. Münster 1997.

Michael Schwarz, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013.

Hasan Kayali, Arabs and Young Turks. Ottomanism, Arabism, and Islamism in the Ottomane Empire, 1908 – 1918, Berkeley/Los Angeles/London 1997.

Hans Klaeber, Fürst Alexander I. von Bulgarien. Ein Lebensbild, Dresden 1904.

Shereen Khairallah, Railways in the Middle East 1856 – 1948, Political and Economic Background, Beirut 1991.

Markus Klenner, Eisenbahn und Politik 1758–1914. Zum Verhältnis der europäischen Staaten zu ihren Eisenbahnen, Dissertation, Universität Wien 2002.

Joachim von Königslöw, Fürst Ferdinand von Bulgarien. Vom Beginn der Thronkanditatur bis zur Anerkennung durch die Großmächte1886 bis 1896. Dissertation, Philosophische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1966.

Eberhard Kolb, Bismarck. München 2009.

Evelyn Kolm, Die Ambitionen Österreich-Ungarns im Zeitalter des Hochimperialismus, in: Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Frankfurt/Main, 2001.

Orhan Kologlu, The Islamic Public Opinion During the Libyan War 1911 – 1912 , Libyan Stuies Center, Tripoli 1988.

Wolfgang Kor, Schienen für den Sultan: Die Bagdadbahn: Wilhelm II. Abenteurer und Spione, Köln 2009.

Jiři Kořalka, Deutschland und die Habsburgermonarchie 1848–1918, in : Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch

(Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 59–70.

Franz-Josef Kos, Die Politik Österreich-Ungarns während der Orientkrise 1874/75–1879. Zum Verhältnis von politischer und militärischer Führung, Köln/ Wien, 1984.

Miloš Ković, Disraeli and the Eastern Question, Oxford, 2011.

Albert Gottfried Krause, Das Problem der albanischen Unabhängigkeit in den Jahren 1908-1914, Dissertation Wien 1970.

Klaus Kreiser, Der Osmanische Staat 1300 –1922, in: Jochen Bleicken–Lothar Gall–Hermann Jakobs (Hgg.), Oldenburg Grundriss der Geschichte Band 30, München 2001.

Klaus Kreiser – Christoph K. Neumann, Kleine Geschichte der Türkei, Stuttgart 2008.

Alexander Krethlow, Generalfeldmarschall Colmar Freiherr von der Goltz Pascha. Eine Biographie. Paderborn 2012.

Martin Kröger, Hans Lothar von Schweinitz, in: Neue Deutsche Biographie, Band 24, Berlin 2010.

Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für die Erschließung Afrikas 1880–1960, Paderborn/ München/ Wien, Zürich 2005.

Milčo Lalkov, Bulgarien und die Habsburgermonarchie, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 406–432.

David Clay Large, Berlin. Biographie einer Stadt. München 2002.

Heiner Legewie, Globalauswertung von Dokumenten, in: Andreas Boehm – Andreas Mengel – Thomas Muhr (Hgg.), Texte verstehen. Konzepte, Methoden, Werkzeuge, Konstanz 1994, 177–182.

Ursula Lehmkuhl, Diplomatiegeschichte als internationale Kulturgeschichte: Theoretische Ansätze und empirische Forschung zwischen Historischer Kulturwissenschaft und Soziologischem Institutionalismus, in: Gisela Bock – Dieter Langewiesche – Hans Ulrich Wehler (Hgg.), Geschichte und Gesellschaft, Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 27. Jahrgang/Heft 3, Göttingen 2001, 349–423.

Wilhelm Liebhart, Bayerns Könige. Königtum und Politik in Bayern, Frankfurt/Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1998.

Erich Lindow, Freiherr Marschall von Bieberstein als Botschafter in Konstantinopel 1897–1912, Danzig 1934.

Wilfried Loht, Einleitung, in: Jürgen Loht–Jürgen Osterhammel (Hgg.), Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten, Studien zur Internationalen Geschichte 10, München 2000, 7–14.

Eduard März, Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I., Am Beispiel der k.k. priv. österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, Wien/Frankfurt/Zürich 1968.

Johann Manzenreiter, Die Bagdadbahn als Beispiel für die Entstehung des Finanzimperialismus in Europa (1872–1903), Bochumer historische Studien, Neuere Geschichte II, Bochum 1982.

Marcin Marcinkowski, Die Entwicklung des Osmanischen Reiches zwischen 1839 und 1908. Reformbestrebungen und Modernisierungsversuche im Spiegel der deutschsprachigen Literatur, Islamkundliche Untersuchungen Band 279, Berlin 2007.

Şerif Mardin, The Genesis of Young Ottoman Thought. A Study in the Modernization of Turkish Political

Ideas, Princeton Press 1962.

Walter M. Markov, Serbien zwischen Österreich und Russland 1897–1908, Stuttgart 1934.

Rasim Marz, Das Osmanische Reich auf dem Weg nach Europa, Norderstedt 2013.

Erwin Matsch, Der Auswärtige Dienst von Österreich (–Ungarn) 1720–1920. Wien/Köln/Graz/Böhlau 1986.

Josef Matuz, Das Osmanische Reich. Grundlinien seiner Geschichte, Darmstadt 1985.

Karl Megner, Beamte. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Aspekte des k. k. Beamtentums. Wien 1985.
Axel Meißner, Martin Rades „Christliche Welt“ und Armenien. Bausteine für eine internationale Ethik des Protestantismus, Studien zur Orientalischen Kirchengeschichte, Berlin 2010.

Klaus Rüdiger Merzte, Leo von Caprivi (1831 – 1899). In: Wilhelm von Steinburg (Hg.), Die Deutschen Kanzler, Von Bismarck bis Merkel. Berlin 2006, 39–54.

Karl Möckl, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München/Wien/Oldenburg 1972.

Rubina Moering, Die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich 1908–1912, Dissertation, Wien 1978.

Berthold Molden, Alois Graf Aehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns, Stuttgart/ Berlin 1917.

Ernst Molden, Die Orientpolitik des Fürsten Metternich 1829–1833. Herausgegeben von der Gesellschaft für Neuere Geschichte Österreichs. Wien/Leipzig 1913.

Wolfgang J. Mommsen, Das Zeitalter des Imperialismus. Frankfurt/Main 1969.

Frank Lorenz Müller, Der 99-Tage-Kaiser. Friedrich III. von Preußen, Prinz, Monarch, Mythos. München 2013.

Ingrid Müller, Die Handelspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie am Balkan 1890–1914, Dissertation, Wien 1979.

Emil Niederhauser, The Rise of Nationality in Eastern Europa, Gyoma 1983.

Thomas Nipperdey, Deutsche Geschichte 1866–1918, Machtstaat vor der Demokratie. München 1998.

Ian Nish, The Origins of the Russo-Japanese War, London/New York 2003.

Alexander Novotny, Österreich, die Türkei und das Balkanproblem im Jahre des Berliner Kongresses 1878. Quellen und Studien zur Geschichte des Berliner Kongresses 1878, Band 1, Graz/Köln, 1957.

Jürgen Osterhammel, Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München 2009.

Ștefan Pascu (Cluj–Napoca) und Constantin Nuțu, Rumänien und die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch (Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 279–318.

Emil Palotás, Die wirtschaftlichen Aspekte in der Balkanpolitik Österreich-Ungarns um 1978, in: Ralph Melville und Hans-Jürgen Schröder (Hgg.), Der Berliner Kongress von 1878. Die Politik der Großmächte und die Probleme der Modernisierung in Südosteuropa in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Wiesbaden 1982.

Isabel F. Pantenburg, Im Schatten des Zweibundes. Probleme österreichisch-ungarischer Bündnispolitik 1897 – 1908, Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Band 86, Wien/Köln/Weimar 1996.

Stevan K. Pavlowitch, A History of the Balkans 1804–1945, New York 1999.

Jutta Pemsel, Die Wiener Weltausstellung von 1873. Das gründerzeitliche Wien am Wendepunkt, Wien/Köln 1989.

Margot Pernau, Transnationale Geschichte, Göttingen 2011.

Max Demeter Peyfuss, Die Arumonische Frage. Ihre Entwicklung von den Ursprüngen bis zum Frieden von Bukarest (1913) und die Haltung Österreich-Ungarns, Wien/Graz 1974.

Heinrich Pfusterschmid-Hardtenstein, Von der Orientalischen Akademie zur k. u. k. Konsularakademie. Bedeutung für den Auswärtigen Dienst der österreichisch-ungarischen Monarchie, in: Adam Wandruszka – Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848 –1918, Band VI/1, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1989, 1–121.

Otto Planze, Bismarck: Der Reichskanzler, München 1998.

Joachim Radau, Nationalismus und Nervosität, in Wolfgang Hardtwig–Hans-Ulrich Wehler (Hgg.), Kulturgeschichte heute, Göttingen 1996.

Ernest Edmondson Ramsaur, The Young Turks. Prelude to the Revolution of 1908, Princeton 1957.

Andreas Rathberger, „Das beste Mittel, das wir zur Verfügung haben“ oder „eine Schande für uns Europäer?“ Die Botschafterkonferenz von Konstantinopel als Kollektivorgan des Konzerts der Großmächte und die Kretakrise 1895–1898, Dissertation Wien 2013.

Walther Rechberger, Zur Geschichte der Orientbahnen. Ein Beitrag zur österreichisch-ungarischen Eisenbahnpolitik auf dem Balkan in den Jahren 1852–1888. Dissertation, Wien 1958.

Klaus Reisinger, Österreichs Eisenbahnwesen als Bindeglied zwischen Zentraleuropa und den Balkanländern, in: Harald Heppner (Hg.), Der Weg führt über Österreich. Zur Geschichte des Verkehrs- und Nachrichtenwesens von und nach Südosteuropa, Wien/Köln/Weimar 1996,128–129.

David Reynolds, The American Occupation of Britain, 1942–1945, London 1995.

Wolfgang Ribbe, Berlin als brandenburgisch–preußische Residenz und Hauptstadt Preußens und des Reiches, i n: Wolfgang Neugebauer (Hg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Band 1, Berlin/New York 2010, 1049 –1073.

John C. G. Röhr, Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers 1859–1888, Band 1, München 2001.

Andrew Rossos, Russia and the Balkans: Inter-Balkan Rivalries and Russian Foreign Policy 1908–1914, Toronto/ Buffalo/London 1981.

Jakob Ruchti, Die Reformaktion Österreich-Ungarns und Russlands in Mazedonien 1903– 1908, Gotha 1918.

Helmut Rumpler, Die Dalmatienreise Kaiser Franz Josephs 1875 im Kontext politischer Richtungsentscheidungen der Habsburgermonarchie am Vorabend der orientalischen Krise, in: Lothar Höbelt, Thomas G. Otte (Hgg.), Living Anachronism? European Diplomacy and the Habsburg Monarchy, Wien/Köln/ Weimar 2010, 157–176.

Helmut Rumpler, Die rechtlich-organisatorischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/1, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1989, 1–121.

Uwe Schaper, Krafft Graf von Crailsheim. Das Leben und Wirken des bayrischen Ministerpräsidenten, Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte Band 47, Nürnberg 1991.

Michael Schmidt-Neke, Geschichtliche Grundlagen, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hg.), Albanien. Südosteuropa-Handbuch, Band VII, Göttingen 1993.

Rainer F. Schmidt, Bismarck, Realpolitik und Revolution. Eine Biographie, Stuttgart 2004.

Rainer F. Schmidt, Die Balkankrise von 1875–1878. Strategien der großen Mächte, in: Rainer F. Schmidt (Hg.), Deutschland und Europa. Außenpolitische Grundlinien zwischen Reichsgründung und Erstem Weltkrieg, Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke–Gesellschaft Band 58, Stuttgart 2004, 36–96.

Rainer F. Schmidt, Graf Julius Andrássy und der Zweibund. Zur Vorgeschichte des Bündnisses vom Oktober 1879 zwischen Österreich-Ungarn und den Deutschen Reich, in: Helmut Rumpler und Jan Paul Niederkorn, (Hgg.), „Der Zweibund“ 1879. Das österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie, Wien 1996.

Gregor Schöllgen, Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die Orientalische Frage 1871–1914, München 1984.

Roland Schönfeld, Bulgarien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Regensburg 1998.

Michael Schwarz, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013.

Alfons Schweiggert, Schattenkönig, Otto der Bruder König Ludwig II. von Bayern, ein Lebensbild, München 1992.

Gustav Seibt, Rom oder Tod. Der Kampf um die italienische Hauptstadt, Berlin 2001.
Robert William Seton-Watson: Disraeli, Gladstone and the Eastern Question. A Study in Diplomacy and Party Politics, London 1935.

Erich Sieder, Österreichs Botschafter und Gesandte zwischen Wiener Kongress und Erstem Weltkrieg. Versuch einer sozialhistorischen Bestandsaufnahme, Dissertation, Wien 1969.

Billâl N. Şimşir, The Turks of Bulgaria and the Immigration Question, in: The Tukish Presence in Bulgaria, Communications 1985, Publication of the Turkish Historical Society, VII, Nr. 87A, Ankara 1986.

Stavro Skend, The Albanian National Awakening: 1878–1912, Princeton 1967.

Aleš Skřivan, Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906–1914, Hamburg 1999.

Salahi Ramsdan Sonyel, The Ottoman Armenians. Victims of Great Power Diplomacy, London 1987.

Theodor von Sosnosky, Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866, Band 2, Stuttgart 1914.

Volker Stalmann, Die Deutschkonserative Partei und die Deutsche Reichspartei in Bayern 1890–1914. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Parteien im Königreich Bayern, Münchener Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Band 22, Frankfurt/Main/Berlin/Bern/Bruxelles/New York/Oxford/Wien 2003.

Peter Stein, die Neuorientierung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik 1895–1897. Ein Beitrag zur europäischen Bündnispolitik im ausgehenden 19.Jahrhundert, Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft Band 44, Göttingen 1972.

Günter Stöckl, Russische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1981.

Arnold Suppan, Zur Frage eines österreichisch-ungarischen Imperialismus in Südosteuropa: Regierungspolitik und öffentliche Meinung um die Annexion Bosniens und der Herzegowina, in: Adam Wandruszka–Richard Plaschka (Hgg.), Die Donaumonarchie und die Südslawische Frage von 1848–1918, Wien 1978, 103–136.

Berthold Sutter, Um Österreich-Ungarns Großmachtstellung am Balkan. Sicherung des europäischen Friedens durch Teilung der Balkanhalbinsell zwischen Russland und Österreich-Ungarn. Eine militärische Denkschrift anlässlich der Kaiserentrevue 1897, in: Walter Höflechner – Helmut J. Mezler-Andelberg–Othmar Pickl (Hgg.), Graz 1983, 391–406.

Robert Tarek-Fischer, Österreich im Nahen Osten. Die Großmachtpolitik der Habsburgermonarchie im Arabischen Orient 1633–1918. Wien/Köln/Weimar 2006.

Franz Thierfelder, Männer am Balkan. Von Alexander dem Großen bis Josip Tito. Wien/ Graz/ Köln 1961.

Zvetana Todorowa, über die Politik Österreich-Ungarns gegenüber Bulgarien 1878–1912, in: Fritz Klein (Hg.), Österreich-Ungarn in der Weltpolitik 1900–1918, Berlin 1965, 120–136.

Stefan Troebst, Vom ethnopolitischen Schlachtfeld zum unterethnischen Stabilitätspol: Gewalt und Gewaltfreiheit in der Region Mazedonien im „langen“ 20. Jahrhundert. Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, in: Philipp Ther – Holm Sundhaussen (Hgg.), Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Band 59, Wiesbaden 2001, 175–224.

Hans Uebersberger, Österreich zwischen Russland und Serbien. Zur Südslawischen Frage und der Entstehung des Ersten Weltkrieges, Köln/Graz 1958.

Ekkehard Verchau, Marschall von Bieberstein, Adolf in: Neue Deutsche Biographie, Band 16, Berlin 1990.

O. Veredarius, Das Buch von der Weltpost. Entwicklung und Wirken der Post und Telegraphie im Weltverkehr, Berlin 1894.

Roman Viorel, Rumänien im Spannungsfeld der Großmächte 1878–1944. Von der okzidentalischen Peripherie zum orientalischen Sozialismus, Offenbach 1989.

Karl Vocelka, Das Osmanische Reich und die Habsburgermonarchie 1848–1918, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch (Hgg.) Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 247–278.

Ekkehard Völkl, Rumänien. Vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart, München 1995.

Ulrich Volker, Bismarck, Hamburg 1998.

Branislav Vranešević, Außenpolitische Beziehungen zwischen Montenegro und der Habsburgermonarchie von 1848–1918, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 319–378.

Hans-Ulrich Wehler, Moderne Politikgeschichte, oder „große Politik der Kabinette?“, in: Geschichte und Gesellschaft 2/3, Göttingen 1975.

Marija Wakounig, Dissens versus Konsens. Das Österreichbild in Russland während der Franzisko–Josephinischen Ära, in: Adam Wandruszka–Peter Urbanitsch (Hgg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Band VI/2, Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen, Wien 1993, 436–490.

Marija Wakounig, Ein Grandseigneur der Diplomatie. Die Mission von Franz de Paula von und zu Lichtenstein in St. Petersburg 1894–1898, Europa Orientalis, Institut für osteuropäische Geschichte an der Universität Wien, Band 1, Wien/Berlin 2007.

Stanley Weintraub, Disraeli: A Biograph, New York 1993.

Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806–1933, Band 1, Bonn 2002.

Erich Würl, Die Tätigkeit des Markgrafen Pallavicini in Konstantinopel 1906–1914, Dissertation, Wien 1951.

Rüdiger Wurth, Österreichs Orientalische Post. Durch Balkan und Levante, Österreichische Postgeschichte, Band 16, Eisenstadt 1992.

Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland, München 1986.

Lexika und Nachschlagewerke

Enzyklopädie Britannica, Volume 11, Chicago/ London/ Toronto 1962.

Victor Röll, Enzyklopädie des Eisenbahnwesens, Band 7, Berlin/ Wien 1915.

Neue Deutsche Biographie, Band 8, Berlin 1969; Band 24, Berlin 2010.

Mayers Großes Konversations-Lexikon, Band 10, Leipzig 1907.

Militäroperationen und Partisanenkampf in Südosteuropa. Vom Berliner Kongress zum Ende Jugoslawiens. Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Truppendienst, Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, Wien. 2009.

Jahrbuch des k. und k. Auswärtigen Dienstes 1917,Wien 1917.

Joseph L. Wieczynski, The Modern Encyclopedia of Russian and Soviet History, Nr. 9,
Academic International Press 1978.

Zeitungen und Presse:

Die Presse
Daily Mail
Berliner Börsenzeitung

12. Abstrakt

12.1. Abstrakt – Deutsch

Diese Dissertation handelt von der diplomatischen Karriere des Markgrafen Johann Pallavicini, die er vom Dezember 1874 bis in den November 1918 im diplomatischen Dienst für Österreich-Ungarn absolvierte. Den Höhepunkt dieser diplomatischen Laufbahn bildete zweifelsohne die Ernennung des Markgrafen zum k.u.k. Botschafter im Osmanischen Reich, ein Posten den er von 1906 bis 1918 inne hatte. Im Hinblick auf die Wahl des Markgrafen zum diplomatischen Repräsentanten der österreichisch-ungarischen Monarchie geht diese Untersuchung der Frage nach, welche Kompetenz, Erfahrung und welches Wissen über die außenpolitischen bzw. diplomatischen Charakteristika des Osmanischen Reiches, so wie der Mechanismen der osmanischen Außen- und Innenpolitik, qualifizierten Pallavicini zu dieser Ernennung?

Der Markgraf wurde im Verlauf seiner Karriere in Berlin, Paris, London, Belgrad, St. Petersburg und Bukarest auf verschiedenste Weise, direkt als auch indirekt, mit Entwicklungen, Krisen und Konsequenzen rund um die Orientalische Frage konfrontiert und wurde dadurch zu einem intimen Kenner der Thematik, dessen Informationen bei allfälligen Entscheidungsfindungsprozessen herangezogen werden konnten. Daher steht im Mittelpunk dieser Untersuchung sowohl seine Wissens- und Informationsaneignung über die Politik der europäischen Großmächte im Hinblick auf deren Einflussnahme im Osmanischen Reich, als auch der durch seine diplomatische Tätigkeit erfolgte Informationstransfer durch seinen Zugang zu Fakten und Hintergrundwissen, sowie durch persönlichen Kontakte, von der jeweiligen k.u.k. diplomatischen Vertretung an das k.u.k. Außenministerium in Wien.

Im Verlauf seiner Karriere gelang es Pallavicini nicht nur ein Mal sein diplomatisches Geschick durch persönliche Initiative, effizienten Einsatz und gesellschaftliches Engagement unter Beweis zu stellen. Sei es im Kontakt mit dem Herrscher des jeweiligen Landes, sei es mit hochrangigen außen- und innenpolitischen Repräsentanten der jeweiligen Politelite in Serbien, Russland, Rumänien oder dem Osmanischen Reich. Dem Markgrafen ist es immer gelungen seine dienstlichen Aufgaben zur vollen Zufriedenheit sowohl seiner unmittelbaren Vorgesetzten, den verschiedenen Außenministern während seiner Laufbahn, zu erfüllen, aber auch wiederholt das Lob und die persönliche Anerkennung durch Kaiser Franz Joseph I. zu erlangen.

In Hinsicht darauf bietet diese Untersuchung detaillierte Einblicke in die konfliktreiche Materie einer Neuordnung des Balkans rund um die nationalistischen Bestrebungen der Balkanstaaten und einem durch innere Wirren und äußere Bedrohungen stagnierenden Osmanischen Reich. Es ermöglicht darüber hinaus auch einen Einblick in die Mechanismen österreichisch-ungarischer Diplomatie aus der Warte eines Diplomaten, der durch seine Arbeit, seine Erfahrung und sein Wissen einen bescheidenen Beitrag für die Ausrichtung der österreichisch-ungarischen Außenpolitik im Rahmen der Orientalischen Frage leisten konnte.

12.2. Abstract – English

This dissertation is concerned with the diplomatic career of margrave Johann Pallavicini lasting from December 1874 till November 1918 completed in the diplomatic service of the Austro-Hungarian monarchy. The high point of his diplomatic career was without a doubt the appointment of margrave Pallavicini to the post of k.u.k. ambassador to the Ottoman Empire, a post he held from 1906 to 1918. Regarding the choice of margrave Pallavicini to be the diplomatic representative of the Austro-Hungarian monarchy, this study attempts to answer the question what kind of expertise, experience and knowledge regarding the foreign political or rather diplomatic key characteristics of the Ottoman foreign and interior policy qualified Pallavicini for this appointment.

During his long diplomatic career, that took him to be posted in Berlin, Paris, London, Belgrade, St. Petersburg and Bukarest, margrave Pallavicini was confronted in different manner, directly as well as indirectly with developments, crises and their consequences surrounding the oriental question and acquired in depth knowledge of the topic, and the information thus gained was put to good use in decision making processes when applicable. Hence the focus of this analysis in on his method of acquiring knowledge and information on the politics of the european great powers regarding their exertion of influence on the Ottoman Empire as well as transfer of information due to his diplomatic activity and his access to facts and his background knowledge as well as personal contacts with regards to the respective k.u.k. diplomatic representative and the k.u.k. Ministry of foreign affairs in Vienna.

During his career Pallavicini demonstrated more than once his great diplomatic skill through personal initiative, efficient effort and social commitment. Be it by contact with the rulers of the respective country, be it with high ranking foreign affairs or home affairs representatives of the respective political elite in Serbia, Russia, Romania or the Ottoman Empire. Margrave Pallavicini not only always succeeded during his career in carrying out his official duties to the utmost satisfaction of

his direct superiors, the different ministers of foreign affairs but also obtained personal recognition from Emperor Franz Joseph I. With this in mind, this study offers a detailed insights into the conflictual issue of the reorganization of the Balkans keeping in mind the nationalistic aspirations of the Balkan States and an Ottoman Empire made stagnant by inner turmoil and outside threats. Furthermore this study offers an inside view of mechanisms of the Austro-Hungarian diplomacy from the standpoint of a diplomat, who through his effort, his experience and his knowledge was able to make a modest contribution to the orientation of Austro-Hungarian foreign policy within the scope of the oriental issue.